



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 41. Sitzung, Teil I
- endgültige Fassung* -

2. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 11. Januar 2021, 10.00 Uhr
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee 2 (Eingang Süd)
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 4.900 (Europasaal)

Vorsitz: Vorsitzender Udo Schiefner, MdB

**Tagesordnung - Öffentliche Beweis-
aufnahme**

	Seite
1. Vernehmung des Zeugen Karl-Heinz Görrissen, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Beweisbeschluss Z-32)	12
2. Vernehmung des Zeugen Guido Beermann, Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg (Beweisbeschluss Z-62)	80

Der Zeuge Karl-Heinz Görrissen hat Änderungswünsche übermittelt, siehe Anlage 1
Der Zeuge Guido Beermann hat Änderungswünsche übermittelt, siehe Anlage 2



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses (29. Ausschuss)

Montag, 11. Januar 2021, 10:00 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u> Frieser, Michael Lange, Ulrich Warken, Nina		<u>CDU/CSU</u> Kiebling, Michael Kuffer, Michael Sendker, Reinhold	
<u>SPD</u> Lühmann, Kirsten Schiefner, Udo		<u>SPD</u> Klare, Arno Müller (Chemnitz), Detlef	
<u>AfD</u> Wiehle, Wolfgang		<u>AfD</u> Mrosek, Andreas	
<u>FDP</u> Jung Dr., Christian		<u>FDP</u> Luksic, Oliver	

4. Januar 2021

Anwesenheitsliste

Referat BL 4 - Zentrale Assistenzdienste, Tagungsbüro

Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32251, Fax: +49 30 227-36339

Es gelten die Datenschutzhinweise unter: <https://www.bundestag.de/datenschutz>.

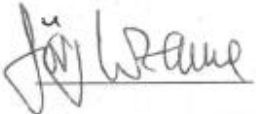

Seite 1 von 2



Nur zur dienstlichen Verwendung

19. Wahlperiode

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses (29. Ausschuss)
Montag, 11. Januar 2021, 10:00 Uhr

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
DIE LINKE. Cezanne, Jörg		DIE LINKE. Lutze, Thomas	_____
BÜ90/GR Krischer, Oliver		BÜ90/GR Gelbhaar, Stefan	_____



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses (29. Ausschuss)

Montag, 11. Januar 2021, 10:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU		
SPD		
AfD		
FDP		
DIE LINKE		
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		

Fraktionsmitarbeiter

Name (bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Köhler	Grüne	
Wagner	AfD	
Kobus	CDU/CSU	
Fuchs	FDP	
Winkel	SPD	
Muturschek	LINKE	
HURCINZ	SPD	
Wolff	390/Grüne	



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bundesrat

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amtsbezeichnung
Baden-Württemberg			
Bayern	Susanne REIFF	S. Reiff	MRM
Berlin			
Brandenburg			
Bremen			
Hamburg			
Hessen			
Mecklenburg-Vorpommern			
Niedersachsen			
Nordrhein-Westfalen			
Rheinland-Pfalz			
Saarland			
Sachsen			
Sachsen-Anhalt			
Schleswig-Holstein			
Thüringen			



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte in Druckschrift)	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amtsbezeichnung



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 10.06 Uhr)

Vorsitzender Udo Schiefner: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie recht herzlich begrüßen zur ersten Sitzung im neuen Jahr und wünsche Ihnen natürlich an dieser Stelle vor allen Dingen Gesundheit, Zufriedenheit. Dann sind der Erfolg und das Glück vielleicht auch ein Stück weit vorprogrammiert. Hoffen wir, dass diese schwierige Situation, die Lage, die wir im Moment haben, sich möglichst bald entspannt. Ich wünsche uns natürlich und wünsche Ihnen, dass Sie weiterhin positiv denken, aber negativ bleiben. In dem Sinne: Herzlich willkommen zur unserer heutigen Sitzung!

Bevor wir in die Sitzung einsteigen, darf ich hier ganz kurz noch einige Regularien abwickeln. Zunächst mal möchte ich darauf hinweisen, dass uns die derzeitige schwierige Situation vor dem Hintergrund der Pandemie, der notwendigen Maßnahmen sehr wohl bewusst ist. Das haben wir auch in der letzten Woche unter den Obleuten diskutiert. Es sind Hygienemaßnahmen noch strenger einzuhalten, als das bisher der Fall war. Darum haben wir auch für unsere Sitzungen in dieser Woche Folgendes vereinbart:

Zum einen: Es sollen FFP2-Masken hier im Sitzungsraum getragen werden. Falls jemand keine FFP2-Maske zur Hand hat, sondern eine normale Schutzmaske: Das Sekretariat hält die entsprechenden Masken bereit.

Es bestand die Möglichkeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Abgeordneten hier im Saal inklusive der Mitarbeiter des Ausschusssekretariates, vor der Sitzung einen Schnelltest durchzuführen. Meines Wissens haben davon auch weitgehend alle Gebrauch gemacht, und alle Tests waren meines Wissens auch negativ, sodass wir beste Voraussetzungen haben. Ich möchte noch mal daran erinnern, dass bitte jeder, der sich hier in dem Raum bewegt, den Raum verlässt, darauf achten sollte, die FFP2-Maske auch zu tragen.

Und der dritte Punkt: Wir haben entschieden, auch aus diesen notwendigen Maßnahmen heraus, hier im Saal oben auf der Besuchertribüne keine Besucher zuzulassen, und haben uns dafür entschieden, dann zu sagen: Wir übertragen diese Sitzung in einen Nebenraum, wo auch unter Hygienebedingungen und den notwendigen Maßnahmen die Öffentlichkeit so hergestellt wird.

Das heißt also, dass wir sehr umfangreich die notwendigen Maßnahmen hier umsetzen und dass wir darauf setzen, dass die Maßnahmen auch dazu führen, dass hier keiner einem Risiko ausgesetzt wird. Zu dem abschließend: Wer immer noch der Meinung ist aufgrund seines Krankheitsbildes, er sei einem Risiko ausgesetzt, hat natürlich dann auch die Möglichkeit, dieser Sitzung fernzubleiben. Dafür würde jeder Verständnis haben. - Dies zur Einleitung.

Ich stelle fest: Soweit es die Coronakrise zulässt, ist die Öffentlichkeit in der Form, wie eben geschildert, hergestellt. Die Öffentlichkeit verfolgt die Beweisaufnahme in einem anderen Sitzungssaal, um die Zahl der anwesenden Personen in diesem Saal hier möglichst gering zu halten. Heute übertragen wir in den Raum E 800 im Paul-Löbe-Haus. Die Öffentlichkeit, die Pressevertreter und den ersten Zeugen Herrn Görrissen darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen:

Ich bitte die Vertreter der Medien, soweit sie Geräte für Ton-, Film- und Bandaufnahmen mit sich führen, den Saal dann zu verlassen. Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Bevor wir mit den Zeugenvernehmungen beginnen können, muss der Ausschuss heute noch in öffentlicher Sitzung darüber beschließen, ob er



Nur zur dienstlichen Verwendung

gemäß § 13 Absatz 1 Satz 3 des Untersuchungsausschussgesetzes mit der Bild-/Tonübertragung zum einen in den erwähnten Raum E 800 im Paul-Löbe-Haus zur Herstellung der Öffentlichkeit und zum anderen mit der Übertragung ins Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Ermöglichung der audiovisuellen Zeugenvernehmung der heutigen Zeugen einverstanden ist. Das muss der Ausschuss mit Zweidrittelmehrheit beschließen.

Ich schlage daher folgenden Beschluss vor:

Der 2. Untersuchungsausschuss der 19. Wahlperiode beschließt gemäß § 13 Absatz 1 Satz 3 Untersuchungsausschussgesetz eine Ausnahme vom Verbot von Bild-/Tonübertragungen der Beweisaufnahmesitzung dahin gehend, dass die Übertragung in den Raum E 800 im Paul-Löbe-Haus und ins BMVI zur Durchführung der audiovisuellen Zeugenvernehmung am heutigen Tag zugelassen wird.

Ich bitte um das Handzeichen, wer dieser Vorgehensweise so zustimmt. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann hat der Ausschuss dies einstimmig beschlossen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf - öffentliche Beweisaufnahme aufgrund der Beweisbeschlüsse Z-32 und Z-62 -:

1. Vernehmung des Zeugen
Karl-Heinz Görrissen
Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
2. Vernehmung des Zeugen
Guido Beermann
Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg

Damit wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag (Bundestagsdrucksache 19/15543) durch Vernehmung des Zeugen Karl-Heinz Görrissen, Leiter der Abteilung „Leitung, Kommunikation“ im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, und des Zeugen Minister Guido Beermann, ehemalig beamteter Staatssekretär im

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Karl-Heinz Görrißen

Ich darf Sie nun noch mal recht herzlich im BMVI begrüßen, Herr Görrißen. Herr Görrißen, der Ausschuss hat eben beschlossen, Ton- und Bildaufnahmen in einen anderen Sitzungssaal - heute ist es der Raum PLH E 800 - und zu Ihnen ins BMVI zur Ermöglichung Ihrer Zeugenvernehmung auf diesem Wege zu übertragen. Im Raum PLH E 800 kann die Öffentlichkeit die Beweisaufnahme verfolgen. Sind Sie damit einverstanden, Herr Görrißen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Vorsitzender, herzlichen Dank für Ihre Begrüßung. - Ich bin damit einverstanden.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ich hoffe, Sie können mich hinreichend verstehen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, es ist so weit alles gut. Wenn Sie irgendwie Probleme haben und die Übertragung nicht so funktioniert, bitte ich auch Ihrerseits um ein Zeichen.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Gerne.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung auf den heutigen Sitzungstag am 25.11.2020 bestätigt. Haben Sie zunächst den besten Dank, dass Sie zur Verfügung stehen.

Ich habe darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Görrißen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein, habe ich nicht, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann möchte ich darauf hinweisen, dass der Zeuge vom Rechtsanwalt Dr. Daniel Krause betreut wird bei dieser Vernehmung. Ich stelle fest, dass Sie vom eben genannten Rechtsbeistand begleitet werden, Herr Görrißen.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Das ist zutreffend, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ich darf Sie, Herr Rechtsanwalt Krause, bitten, sich dem Ausschuss kurz vorzustellen.

RA Dr. Daniel Krause: Ich grüße Sie, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Dr. Daniel Krause. Ich bin Rechtsanwalt in Berlin.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Herr Rechtsanwalt Krause, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen hier beantragen.

Herr Görrißen, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren:

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestufteten Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschussgesetz fassen kann.

Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Görrißen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein, habe ich nicht, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, der sogenannten Berliner Stunde. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein, habe ich nicht.

Vorsitzender Udo Schiefner: Falls Sie nach einer längeren Befragungsdauer eine kurze Unterbrechung wünschen, lassen Sie mich das wissen. Dann machen wir eine kurze Pause, am besten nach einer kompletten Berliner Stunde.

Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen - -

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Vorsitzender, Entschuldigung. Dürfte ich zu dieser Anmerkung eine kleine Ergänzung meinerseits machen?

Vorsitzender Udo Schiefner: Bitte.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ich würde ganz gerne gegen 13 Uhr, so wir denn so lange tagen, eine etwas längere Pause machen, weil ich da mal einen kleinen Gang zur Toilette machen muss, was für mich heute etwas beschwerlich ist. Dazu benötige ich auch eine Hilfestellung durch meine Ehefrau. Also das wäre meine Bitte, dass wir so gegen 13 Uhr einmal unterbrechen könnten.

Vorsitzender Udo Schiefner: Das können wir gerne so machen, Herr Görrißen. Keine Frage.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Vielen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Mein Name ist Karl-Heinz Görrißen. Geboren wurde ich am 22.12.1953, bin also 67 Jahre alt. Die ladungsfähige Adresse ist Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Invalidenstraße 44, 10115 Berlin. Von Beruf bin ich Diplom-Verwaltungswirt und Leiter der Leitungsabteilung im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Ich möchte dann noch darauf hinweisen, dass vom Ausschusssekretariat Herr Simon im BMVI an Ihrer Befragung teilnimmt.

Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Wenn Sie davon Gebrauch machen, bitte ich Sie nun, dem Ausschuss dies kurz darzustellen, auch darzustellen, wie Sie sich auf die Sitzung vorbereitet haben. Konnten Sie irgendwelche Unterlagen einsehen? Haben Sie Gespräche geführt? Ist Ihnen Hilfestellung gegeben



Nur zur dienstlichen Verwendung

worden zur Vorbereitung auf die heutige Vernehmung? Möchten Sie Ihre Möglichkeit nach § 24 Absatz 4 nutzen, Herr Görrissen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich würde gerne davon Gebrauch machen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann gebe ich Ihnen hiermit das Wort.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, dass ich mich einleitend äußern darf, um meine Berührungspunkte mit Ihrem Untersuchungsgegenstand zu beschreiben und Ihnen zu erläutern, auf welche Weise ich im Rahmen meiner Funktion im Ministerium mit der Pkw-Maut zu tun gehabt habe. Gerne unterstütze ich den Ausschuss bei der Erfüllung seiner Aufgabe nach meinen Möglichkeiten. Ich bitte aber schon jetzt um Verständnis, wenn mir nicht mehr jedes Detail für einen Zeitraum von elf Jahren in Erinnerung ist.

Zunächst zu meinem beruflichen Werdegang, der aber auch Bedeutung hat für meine konkreten Wahrnehmungen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand: Nach der Ausbildung für den allgemeinen gehobenen Verwaltungsdienst des Landes Schleswig-Holstein habe ich 1976 im Gesetzgebungsreferat des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein meine berufliche Tätigkeit begonnen. Schwerpunkt war die rechtsförmliche Prüfung von Gesetzentwürfen und Verordnungen diverser Landesministerien. 1980 wurde ich in die Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund nach Bonn versetzt. Hier war einer der Schwerpunkte die Funktion des Bundesratsreferenten, also die Vor- und Nachbereitung der Bundesratssitzungen. 1989 wurde ich beurlaubt für eine Tätigkeit des Büroleiters des Parlamentarischen Geschäftsführers bzw. des Landesgruppenvorsitzenden der CSU-Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag. Schwerpunkt war hier die parlamentarische Arbeit im Bundestag, vor allem die Gesetzgebung und Koordination der politischen Arbeit. Während der Dauer

der Beurlaubung wurde ich vom Land Schleswig-Holstein zum Deutschen Bundestag versetzt. Seit 2009 bin ich Leiter der Leitungsabteilung im Bundesverkehrsministerium; das hatte ja damals noch eine andere Bezeichnung.

In allen Funktionen waren die Gesetzgebung und Koordinierungsaufgaben Schwerpunkt meiner Tätigkeit, nie die fachliche Tätigkeit in einem bestimmten Aufgabenbereich. Dies gilt insbesondere auch in Bezug auf meine Berührungspunkte mit der Pkw-Maut bzw. der Infrastrukturabgabe. Auch mit der Pkw-Maut bin ich nur in meiner koordinierenden Funktion in Berührung gekommen, nicht im Rahmen einer fachlichen oder inhaltlichen Tätigkeit.

Erlauben Sie mir jetzt, dass ich Ihnen kurz meine Aufgaben als Leiter der Leitungsabteilung darstelle. Mit dem Amtsantritt von Dr. Peter Ramsauer als Bundesminister 2009 haben wir im Ministerium die vorhandenen Stabsstellen in einer Leitungsabteilung zusammengefasst. Diese Abteilung wurde von mir in den letzten elf Jahren geleitet, und sie ist verschiedentlich in der Struktur leicht verändert worden. Dies hatte mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der einzelnen Bundesminister zu tun, aber auch jeweils mit den dort tätigen Mitarbeitern.

Kernaufgabe dieser Abteilung sind Koordinierungsfunktionen im parlamentarischen Bereich, also Deutscher Bundestag und Bundesrat, Bundeskabinett, Bund-Länder-Beziehungen, und auch in den Bereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienst. Zeitweilig waren es auch Europafragen und auch die Koordinierung der VMK, also der Verkehrsministerkonferenz der Länder. Eine gewisse Besonderheit dieser Abteilung ist die direkte Zuordnung zum jeweiligen Minister. Die konkreten Aufgaben sind in den jeweiligen Organisationsplänen, die Ihnen vorliegen, vor allem auch in der Ergänzung zur Gemeinsamen Geschäftsordnung der Ministerien¹, im Einzelnen näher dargestellt. Wesentlich ist noch Folgendes: Meine Abteilung ist weitge-

¹ Richtigstellung des Zeugen: „des Ministeriums“, siehe Anlage 1, S. 14



Nur zur dienstlichen Verwendung

hend keine aktenführende Einheit im Ministerium. Die Sachakten werden entsprechend der Registraturrichtlinie auf der Ebene der Betreuungseinheiten, wie es dort so schön heißt, geführt.

Die damit beschriebenen Rahmenbedingungen haben auch meine Berührungspunkte mit der Pkw-Maut bestimmt, zu denen ich, unterteilt nach den Amtszeiten der einzelnen Bundesminister, unter denen ich tätig war bzw. bin, nun komme.

In der Amtszeit von Dr. Peter Ramsauer ging es vorrangig um die Fragestellung, ob eine europarechtskonforme Ausgestaltung einer Pkw-Maut entsprechend den Vorgaben des damaligen Koalitionsvertrages machbar ist. Das Ergebnis kennen Sie.

In der Amtszeit von Alexander Dobrindt wurde vom Minister eine vollkommen andere Konzeption entwickelt, nämlich die Infrastrukturabgabe. Hier waren meine Zuständigkeiten vor allem die Begleitung der beiden Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag und im Bundesrat. Dies waren sehr komplizierte Verfahren, da es sich um zwei Gesetzentwürfe handelte jeweils, die in unterschiedlichen Ausschüssen federführend beraten wurden. Es schlossen sich dann die Vertragsverletzungsverfahren und die Verhandlungen mit der EU-Kommission an, die letztlich in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren, was Ihnen bekannt ist, endeten.

In der noch laufenden Amtszeit von Herrn Andreas Scheuer waren es schließlich das Vorgehen nach dem Urteil des EuGH und vor allem die pressemäßige Begleitung und das Fragewesen. Nicht befasst war ich mit rechtlichen und europarechtlichen Fragen, der inhaltlichen Ausgestaltung und dem Abschluss der beiden Verträge, dem Vergabeverfahren und den damit zusammenhängenden Verhandlungen. Insbesondere zur Jahreswende 2018 war ich persönlich anderweitig gebunden.

Ich möchte abschließend auf drei Punkte näher eingehen, die mir für Ihre Untersuchung bedeutsam erscheinen und die teilweise auch schon in

der öffentlichen Diskussion angesprochen worden sind, nachdem Unterlagen aus dem Untersuchungsausschuss an die Presse bzw. an abgeordnetenwatch gelangt - dort gelandet sind.

Der erste Punkt ist der Bereich „Koordinierung des Fragewesens“. Die Koordinierung des Fragewesens war und ist für mich eine besonders umfangreiche Aufgabe und ein umfangreiches Betätigungsfeld. Hier ging es um die Koordinierung der verschiedenen Fragewege, nämlich auf der einen Seite dem parlamentarischen Fragerecht mit Kleinen Anfragen und schriftlichen und mündlichen Fragen, auf der anderen Seite den Presseanfragen, dann dem Block der IFG-Anfragen und schließlich auch noch den Anfragen der Haushälter, ein parlamentarisches Gewohnheitsrecht, mit dem jeweils zu bestimmten parlamentarischen Terminen eben auch umfangreiche Fragen gestellt wurden. Diese Fragen wurden von verschiedenen Stellen im Ministerium sehr unterschiedlich beantwortet und lösten daher einen hohen Koordinierungsbedarf aus.

Der zweite Block ist mein vermeintlicher Vermerk oder mein Vermerk zur vermeintlichen Behinderung der Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses. Im Vorfeld der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gab es Diskussionen, ob es überhaupt einen Untersuchungsausschuss geben soll oder die Aufklärung im fachlich zuständigen Verkehrsausschuss erfolgen könne, der damit ja bereits unter dem Vorsitz von Herrn Özdemir begonnen hatte. Hier wurde von einigen Oppositionspolitikern unter anderem aus rechtlichen Gründen als Alternative zu einem Untersuchungsausschuss der nicht gangbare Weg vorgeschlagen, einen Ermittlungsbeauftragten einzusetzen. In den Medien und auch im Ministerium selber hatten manche dies als eine Alternative zu einem Untersuchungsausschuss verstanden, also ein Ermittlungsbeauftragter statt eines Untersuchungsausschusses.

Um den rechtlichen Sachverhalt zu klären, habe ich damals einen Vermerk angefertigt, der es dann zu abgeordnetenwatch geschafft hat und dort bewusst missinterpretiert wurde. Der Vermerk stellt lediglich die zutreffende Rechtslage dar, dass es einen Ermittlungsbeauftragten nur



Nur zur dienstlichen Verwendung

nach der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses geben kann, und erwähnt, dass es für das Ministerium natürlich der näherliegende Weg sei, eine Aufklärung durch den Fachausschuss zu erreichen als durch einen Untersuchungsausschuss. Die Unterstellung, die in den Medien gegeben² wurde, der Vermerk sei der Versuch, die Arbeit eines noch nicht existierenden Untersuchungsausschusses zu behindern, ist mir bis heute absolut unerklärlich; ja, sie ist einfach falsch.

Der dritte Punkt sind die sogenannten Tagesinformationen. Als 100-Prozent-Schwerbehinderter, der nach einem Schlaganfall auf den Rollstuhl angewiesen ist und dem mehrere Bundesminister die Chance gaben, auch weiter in seinem Beruf tätig sein zu können, musste ich mir überlegen, wie ich meinen jeweiligen Minister trotz gewisser körperlicher Handicaps umfassend informieren und unterstützen kann.

Minister Andreas Scheuer war und ist viel unterwegs, und es war und ist mir in der Regel nicht möglich, ihn zu begleiten. Die gebotene Information des Ministers war und ist aber ein Anspruch, den ich zu erfüllen hatte und auch gerne erfüllen möchte. Um dieses Ziel zu erreichen, habe ich die sogenannten Tagesinformationen eingeführt. In diesen Tagesinformationen habe ich den Minister an den Tagen, an denen er unterwegs oder kaum im Ministerium war, über das Tagesgeschehen informiert. Dies waren kurze Informationen über eingegangene Post, über parlamentarische Entwicklungen und auch vertrauliche Informationen über personelle Dinge oder auch regierungsinterne Abläufe usw.

Um sicherzustellen, dass derartige Informationen, die ich dem Minister sonst im persönlichen Gespräch gebe, nicht über einen großen Verteiler geschickt werden und damit die Vertraulichkeit gewahrt wird, habe ich diese Tagesinformationen an den MdB-Account des Abgeordneten Andreas Scheuer gesendet. Gelegentlich hat der Minister in der Regel sehr kurze Antworten gegeben. Meistens handelte es sich aber um reine Informations-

übermittlungen durch mich, die keiner Beantwortung bedurften bzw. die wir später im Gespräch dann vertieft erörtert hatten³.

Erlauben Sie mir noch den Hinweis: Ebenso wenig wie ich meine sonstigen mündlichen und sonstigen Informationen zu Ereignissen des Tages an den Minister in Form von Vermerken festhalte und verakte, habe ich auch die E-Mails mit Tagesinformationen nicht in Akten des Ministeriums aufgenommen. Dazu bestand keine Veranlassung; denn es handelte sich jeweils nur um kurze Informationsübermittlungen als Ersatz für einen persönlichen Hinweis oder Zuruf.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich mit dem Thema Pkw-Maut bzw. Infrastrukturabgabe in meiner konkreten Tätigkeit und Funktion keinen herausgehobenen Stellenwert - - gesehen habe. Es war ein politisch wichtiges, aber kein meine Tätigkeit prägendes oder auch nur bestimmendes Thema. Es gab Monate, in denen es überhaupt nicht auf der Agenda stand, und dann wieder kurze Phasen, in denen es sehr aktuell war und uns intensiv befasst hat. Schon wegen meines Zuständigkeitsbereiches lagen sachliche Entscheidungen der Pkw-Maut nicht bei mir, sondern bei den Fachabteilungen und den Staatssekretären des Ministeriums. Ein Weisungsrecht gegenüber Fachabteilungen besteht nicht. Soweit ich in Besprechungen, an denen ich vereinzelt teilgenommen habe, zur anstehenden Entscheidung um meine Einschätzung gebeten wurde, habe ich diese abgegeben, soweit ich dies sachlich konnte. Sachentscheidungen getroffen habe ich zu keiner Zeit. Die Texte der Mautverträge habe ich erstmalig am 19. Juni abends erhalten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe jetzt gerne für Ihre Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Udo Schiefner: Herzlichen Dank, Herr Görrissen. - Und dann können wir gleich in die Fragerunde einsteigen. Als Erstes hat das Wort die CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Lange.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja. - Einen schönen guten Morgen, Herr Görrissen! - Ich weiß jetzt nicht,

² Richtigstellung des Zeugen: „erhoben“, siehe Anlage 1, S. 16

³ Richtigstellung des Zeugen: „haben“, siehe Anlage 1, S. 16



Nur zur dienstlichen Verwendung

ob das so funktioniert; sonst nehme ich die Maske wirklich zum Fragen vielleicht doch besser runter, damit man es auch deutlicher versteht. - Danke auch für die Einführung, die natürlich, Herr Görrissen, den einen oder anderen Punkt der Fragen vorweggenommen hat, beantwortet hat, einiges erläutert hat, womit wir uns aber jetzt sicherlich in dem einen oder anderen Detail noch auseinandersetzen werden.

Sie haben es ja selber schon geschildert: Sie dienen jetzt dem dritten Bundesverkehrsminister, angefangen mit Peter Ramsauer. Sie haben auch kurz schon beschrieben, welche Aufgaben Sie als Leiter der Koordination hatten.

Für mich oder für uns ist jetzt schon noch ein bisschen wichtig: Es ist klar: In Ihrer Abteilung oder bei Ihnen werden keine Sachentscheidungen getroffen, aber Sie koordinieren, wie Sie selber dargestellt haben, das Fragewesen. Um ein Fragewesen koordinieren zu können, müssen aber ja Sachinformationen bei Ihnen auch zusammenlaufen, um die Abwägung aus den einzelnen Abteilungen vornehmen zu können; denn ansonsten würde man ja ein Fragewesen nicht koordinieren müssen. Können Sie uns bitte informieren, und zwar grundsätzlich darstellen, wenn Sie aus Abteilungen, sage ich mal, unterschiedliche Antworten, nicht ganz identische Darstellungen, rechtliche Abwägungen, die vielleicht jetzt nicht ganz politisch sind, bekommen haben, wie dann die politische Rückkopplung stattgefunden hat bzw. wie die jeweiligen Minister - also, ich kenne ja auch alle drei; die sind ja doch ein bisschen unterschiedlich, auch von ihrer Art her - dann diese Koordination des Fragewesens politisch gestaltet haben?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Lange, vielen Dank für die Frage. Das will ich gerne versuchen. - Ich habe ja versucht, darzustellen, dass es natürlich auf der einen Seite einen sehr unterschiedlichen Herkunftsbereich der Fragen gibt. Sie haben jetzt sich bezogen auf das parlamentarische Fragerecht. Da haben wir die Situation, dass es dieses Mal ja Fragen waren, die

sich teilweise ganz allgemein mit der Maut beschäftigt haben, dass es auch Fragen waren, die sich mit haushalterischen Fragen beschäftigt haben, dann wiederum mit vergaberechtlichen Fragen und auch mit ganz allgemeinen Dingen. Das heißt, diese Fragen wurden natürlich fachlich in den jeweiligen Fachabteilungen vorbereitet; aber ich sagte jetzt ganz bewusst: eben sehr unterschiedlich vorbereitet. - Sie wissen vielleicht, dass in der Geschäftsordnung der Bundesregierung steht, dass derartige Fragen knapp beantwortet werden sollen. Das hören Sie als Parlamentarier nicht alle gern; aber es ist die Tatsache. Und insofern haben wir immer sehr unterschiedliche Antwortbeiträge bekommen, die teilweise sehr allgemein formuliert waren, aber auch sehr verständlich, aber auch manchmal sehr unverständlich. Und meine Aufgabe oder die Aufgabe meiner Abteilung ist es, daraus Texte zu machen, die eben allgemein verständlich sind, die den Fragekreis auch betreffen und die auch hinreichend richtig in ihrer Darstellung sind.

Und vor allem - ich hatte das eben mit meinen Tagesinformationen gesagt -: Genauso wie meine Tagesinformationen manchmal häufiger kamen, kamen auch die Fragen häufiger. Und wir haben häufig parallellaufende, auch fast gleichlautende Fragestellungen aus unterschiedlichen Fraktionen gehabt, sodass es darauf ankam, diese dann möglichst wieder so in eine Antwort zu bringen, dass sie zusammenpassten.

Und - Sie haben es gesagt -: Fragewesen. Die Fragen werden formal beantwortet vom jeweiligen Parlamentarischen Staatssekretär bei uns im Hause, von denen wir teilweise⁴ drei, dann wieder zwei hatten, und sie werden bei ganz wichtigen Dingen auch mit dem Minister immer abgestimmt. Sie haben die unterschiedliche Arbeitsweise der Minister gerade genannt. Da gab es in der Tat auch Minister, die sich das etwas genauer noch angeschaut haben und daran noch mal politisch gearbeitet haben. Aber wir haben eben versucht, aus der Fülle von Materialien und verschiedenen Herkunftsstellen, die jeder Beamte hat - der eine schreibt viel, der andere schreibt

⁴ Richtigstellung des Zeugen: „zeitweise“, siehe Anlage 1, S. 17



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenig; der eine schreibt verständlich, der andere unverständlich -, dieses zusammenzuführen, damit wir eine geordnete Antwort und einheitliche Antwortvorgehensweise finden konnten.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön an dieser Stelle. - Sie hatten vorhin gesagt: Es gab dann Wochen und Monate, da spielte die Infrastrukturabgabe keine besondere Rolle mehr. Dann kam das Thema - ich meine, so war es ja auch für alle, die wir hier politisch damit beschäftigt waren - wieder massiver oder geballter. - Gab es im Rahmen dieses koordinierten Fragewesens durch die Minister mit den Abteilungen dann entsprechende Vorkoordinationen, bevor man wieder in den politischen Bereich gegangen ist, oder war es tatsächlich so, dass, je nachdem, ob das Thema tagesaktuell auf die Agenda kam, man sich auch tagesaktuell damit wieder auseinandersetzte?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Diese Frage kann ich jetzt nicht ganz richtig einordnen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Mir geht es ein bisschen um den roten Faden in der Koordination des Fragewesens. Wir haben ja auch parlamentarische Anfragen; wir haben Anfragen auch einzelner Abgeordneter. Das berühmteste Beispiel ist hier der Kollege Zylajew - - den damals der Parlamentarische Staatssekretär Andreas Scheuer noch beantwortet hat. Diese Koordination oder dieser rote Faden im Rahmen auch der Veränderung des tagespolitischen Geschäftes, der Auseinandersetzung mit der Maut musste ja irgendwo sich wieder abbilden. Lief der tagesaktuell, dass man gesagt hat, jetzt schaut man wieder an? Oder hat man gesagt: „Hier zieht sich ein Faden, und es haben sich gewisse Situationen verändert“? Das Modell, nach dem der Kollege Zylajew fragte, war ja nicht das Modell der Infrastrukturabgabe nach dem zweiten Änderungsgesetz.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir haben uns also bemüht, da ein System hineinzubringen. Die Frage von Herrn Zylajew war gerade ein Fall, wo es in eine ganz andere Richtung ging. Insofern haben wir schon uns bemüht, koordinierend einzugreifen und die Fragen so darzustellen, wie sie halt in der politischen Entwicklung aus den Ge-

gebenheiten heraus, die sich auch aus den unterschiedlichen Koalitionen und Koalitionsverträgen ergaben - - zu beantworten und in der jeweiligen Handlungsweise darzustellen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke. - Da möchte ich noch mal ein bisschen auf die Informationspraxis im BMVI und auch der unterschiedlichen Minister - das hat uns ja auch schon beschäftigt - eingehen. Wir haben festgestellt, dass es bei Bundesminister Alexander Dobrindt eine Vielzahl von Leitungsvorlagen unmittelbar an den Minister gab. Die Praxis bei Bundesminister Andreas Scheuer hat sich dann durchaus etwas verändert; dort liefen die Vorlagen insbesondere an den dann zum Staatssekretär beförderten Herrn Dr. Schulz. Wie schätzen Sie oder wie beurteilen Sie diese unterschiedlichen Informationsaufbauten durch die Minister? Oder hatte das durchaus etwas damit zu tun, dass Herr Dr. Schulz dann im Ministerium unter der Leitung von Andreas Scheuer Staatssekretär wurde und damit die Leitungsvorlage zum beamteten Staatssekretär ging?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Lange, das ist, glaube ich, genau die richtige Feststellung, die Sie gerade getroffen haben. In der Tat gab es bei Herrn Dobrindt häufiger Leitungsvorlagen. Seine Arbeitsmethodik bestand darin - entschuldigen Sie, ich darf das vielleicht so leicht salopp sagen -, dass er sehr gerne Abend-sitzungen machte und wir sehr detailliert über Vorgänge gesprochen haben, während Herr Minister Scheuer eher im Tagesgeschäft gearbeitet hat und der Herr Dr. Schulz, den Sie zitieren, unser Staatssekretär zu dem Zeitpunkt, natürlich mit dieser Thematik sehr detailliert befasst war.

Insofern, glaube ich, müssen wir einmal unterscheiden zwischen Leitungsvorlagen und Ministervorlagen. Jede Ministervorlage ist auch eine Leitungsvorlage; aber nicht jede Leitungsvorlage ist eine Ministervorlage. Das heißt, viele Dinge hat Herr Dr. Schulz aus seiner Kenntnis heraus - - Er hat ja als Referatsleiter, als Abteilungsleiter, als Staatssekretär dann selber sehr intensiv an der Maut gearbeitet, vorher schon an der Lkw-Maut, dann an der Pkw-Maut, und war natürlich der optimale Informant und auch Gesprächs-



Nur zur dienstlichen Verwendung

partner. Das heißt, es war gar nicht immer erforderlich, jetzt eine mühsam erstellte Leitungsvorlage, die die Hierarchieleiter hinaufging, zu machen, sondern häufig konnte im Gespräch der zuständige Staatssekretär sofort die Details darstellen und konnte auch Fragen, die der Minister hatte, beantworten. Das heißt also, auch Herr Scheuer hat natürlich sehr intensiv sich mit der Thematik befasst, aber eben in einer anderen Vorgehensweise.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke, Herr Görrissen, an dieser Stelle. - Ich will jetzt einen kleinen Sprung machen gedanklich - weg von der Arbeitsweise, hin in einen vielleicht politischen Bereich - und bitte nur dazu um ganz kurze, grundsätzliche Aussagen. Nachdem Sie vorhin Ihre Tätigkeit beschrieben haben, Sie jedoch - wie soll ich das nennen? - die Konstante an der Seite der Minister waren, von Ramsauer, Dobrindt bis Scheuer - - einen kurzen - wie soll ich sagen? - Seitenaspekt aus Sicht des Hauses, aber natürlich politisch nicht ganz unbedeutend, hin zum Koalitionsvertrag, der ja dann 2013 geschlossen wurde.

Nur noch mal zur Einordnung in die Diskussion: Wir haben gehört von Peter Ramsauer, seinen Kontakten mit Siim Kallas, die dann auch Alexander Dobrindt ja fortgesetzt hat, bis hin zu Violeta Bulc dann bei Alexander Dobrindt, und die damit von vornherein verbundenen Fragestellungen, die im Vorfeld des Koalitionsvertrages ja mehrfach diskutiert wurden. Wurden die auf Ebene BMVI - Koordinierung - damals schon thematisiert, oder hat man sich im Haus einfach mal zurückgezogen und gewartet: „Was wird der Koalitionsvertrag bringen? Und wir setzen uns im Anschluss damit, mit diesem auseinander“?

Vorsitzender Udo Schiefner: Es gab ein kleines Tonproblem.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich versuche es noch einmal.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, bitte.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Können Sie mich jetzt hören?

Vorsitzender Udo Schiefner: Jetzt ist okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Okay. - Bevor der Koalitionsvertrag, Herr Abgeordneter Lange, entstand, gab es ja die politischen Gespräche zum sogenannten Bayernplan, also dem Wahlprogramm der CSU, wo dieses Thema ja erstmalig hochkam. Und wir haben natürlich auch im Hause uns mit dieser Frage einer europarechtskonformen Ausgestaltung des Modells, was im „Bayernplan“ vorgesehen war und was dann Einfluss⁵ in den Koalitionsvertrag nahm - - nach diesen Gesprächen oder Interviews, wie sie die damaligen Kandidaten geführt haben und wie es dann interpretiert wurde. Da hat es dann Modellüberlegungen gegeben, die in der Tat Peter Ramsauer und auch später Alexander Dobrindt mit Herrn Kallas erörtert hatten, die ja in diese Richtung gingen, dass Herr Kallas sagte: Okay, das lässt sich europarechtskonform machen, wenn wir dieses so interpretieren, dass wir sagen: Nicht jeder einzelne Autofahrer, aber die deutschen Autofahrer in ihrer Gesamtheit werden nicht höher belastet. - Aber das war ein Modell, was mit dem Koalitionsvertrag nicht kompatibel wurde und nicht war.

Mit der Frau Bulc hat dann Herr Dobrindt die Gespräche geführt, die übrigens sehr viel schwieriger waren, als sie es mit Herrn Kallas waren. Herr Kallas war ein Mann, mit dem man reden konnte; Frau Bulc war sehr, sehr schwierig in ihrer Art. Umso wichtiger war es, dass man mit ihr sprach.

Und wir haben da natürlich auch als Haus zuge liefert und dann in dem - ich hatte es ja eingangs bemerkt - veränderten Modell, das Herr Dobrindt entwickelt hat - ich nenne es jetzt mal vereinfacht „Kompensationsmodell⁶“, also den Änderungen der beiden Gesetze - - Und da haben wir in der Tat als Haus zugearbeitet und auch Empfehlungen gegeben, immer in dieser Kontinuität. Deshalb habe ich es erwähnt, dass Herr Dr. Schulz, der ja eigentlich - manche nenne ihn ja „Mister Maut - - Ich habe ihn kennengelernt als

⁵ Richtigstellung des Zeugen: „Eingang“, siehe Anlage 1, S. 19

⁶ Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1, S. 19



Nur zur dienstlichen Verwendung

jemand, der wirklich ein exzellenter Fachmann auf diesem Gebiet war und auch heute noch ist.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke, Herr Görrissen. - Mit dem Wort „exzellenter Fachmann“ geben Sie mir natürlich quasi eine Vorlage für eine Frage. Die Zuarbeit kam aus dem Mautreferat. Wir hatten aber das europarechtliche Referat ja auch noch. Und vielleicht können Sie uns dann in diesem Zusammenhang, sofern Sie da eigene Kenntnis haben, kurz schildern, wie man dann auf den Professor Hillgruber als rechtliche Begleitung für die europarechtlichen Fragen gekommen ist.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Es ist vollkommen zutreffend, dass die Hauptvorschläge aus dem Mautreferat kamen und dort auch erarbeitet wurden. Ich habe ja einige Zeit lang auch die Zuständigkeit für den Europabereich gehabt im Hause. Das ist mir in meiner Tätigkeit nicht gelungen - es ist bis heute nicht gelungen -, darzustellen, dass dieser Europabereich wirklich eigenständig arbeitet, sondern es ist auch mehr eine rein koordinierende Stelle. Das heißt, eigene Entwicklungen, eigene Stellungnahmen, eigene Positionierungen sind aus dieser jeweiligen Arbeitseinheit heraus nicht in großem Umfang erstellt worden. Vielfach ist dieses ja auch in vielen Dingen in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie - oder wie es dann jeweils auch hieß - getroffen worden, das ja in Europa-rechtsfragen die Federführung hat, auch in Abstimmung dann mit dem BMJ.

Ihre Frage zu Herrn Professor Hillgruber, den ich persönlich nicht kenne, kann ich nicht genau beantworten. Ich weiß, dass es damals ein Vorschlag des damals zuständigen beamteten Staatssekretärs Rainer Bomba war, nachdem man erkundet hat, welcher Rechtsprofessor in der Lage war, vor allem zeitlich auch in der Lage war, dieses Verfahren zu begleiten. Und da sind wir auf Herrn Hillgruber gekommen. Ich weiß, dass es da auch Stimmen gab, die etwas überrascht waren, weil Herr Hillgruber jetzt vielleicht nicht gerade der ausgewiesene Europarechtspolitiker⁷ ist; aber

ich habe die Erfahrung gemacht, dass er sich sehr, sehr tief in die Thematik eingearbeitet hat und auch mit anderen Professoren zusammengearbeitet hat. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, wie genau und warum wir uns für Herrn Professor Hillgruber entschieden haben.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke schön. - Ich habe jetzt, glaube ich, noch zwei Minuten, drei Minuten?

Vorsitzender Udo Schiefner: Drei Minuten.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Drei Minuten. - Dann setze ich noch eine ganz kurze Frage an, europarechtlicher Art. Als dann die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat, hat man sich ja im BMVI zunächst entschieden, die Sache eher defensiv anzugehen. Können Sie uns kurz schildern, wie man zu dieser Entscheidung damals gekommen ist?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann das jetzt aus meiner Erinnerung heraus nicht genau darstellen; ich bitte um Verständnis. Ich erkenne auch nicht, was Sie jetzt unter „defensiv“ verstehen; das müssten Sie mir näher erläutern.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Dann würde ich in der nächsten Runde, sofern das dann noch offen ist, wieder zu diesem Punkt zurückkommen, weil meine Zeit an dieser Stelle zu Ende ist. - Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön, Herr Kollege Lange. - Dann hat jetzt der Kollege Mrosek das Wort.

Andreas Mrosek (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Görrissen, ich wünsche Ihnen erst mal ein gesundes neues Jahr und dass Sie gesund bleiben. - Eine allgemeine Frage: Haben Sie denn an bestimmten Verhandlungsgesprächen teilgenommen?

⁷ Richtigstellung des Zeugen: „Europarechtler“, siehe Anlage 1, S. 20



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Abgeordneter, vielen Dank für Ihre Wünsche. Das mit dem „gesund bleiben“ ist bei mir leider ein bisschen zu spät. Wie Sie sehen, bin ich leider schon nicht mehr ganz gesund, durch einen Schlaganfall leicht gehandicapt. Aber Sie beziehen das auf Corona, und dafür bedanke ich mich. - Sagen Sie noch mal genau, in welche Richtung Sie mit Ihrer Frage tendieren wollen.

Andreas Mrosek (AfD): Das BMVI hat sich doch schon länger mit der Infrastrukturabgabe beschäftigt. Seit wann eigentlich - das ist die Frage, weil Sie sind ja schon sehr lange im BMVI -, und haben Sie da an bestimmten Gesprächen, Verhandlungen teilgenommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Die Entstehungsgeschichte war ja die Pkw-Maut - ich hatte das eben schon als Stichwort genannt - in dem sogenannten Bayernplan, dem damaligen Wahlprogramm der CSU, wo - das ist ja heute der Kampfbegriff, wenn ich das so sagen darf - die Ausländermaut erfunden wurde. Und seitdem - - Das war so in der Schlussphase der Amtszeit von Herrn Ramsauer. Auch vorher gab es schon aus der CSU heraus diese Überlegungen; also insofern hat es viele Gespräche gegeben, politische Gespräche, wo man entwickelt hat, was eine Maut sein kann, aber auch Fachgespräche, wie man es umsetzen kann. Ich habe immer wieder an Gesprächen teilgenommen, aber nie in einer Detailtiefe oder - Sie haben, glaube ich, den Begriff „Verhandlungen“ gewählt; das waren keine Verhandlungen, sondern das waren Entwicklungen oder Fortsetzungsgespräche - nie in der Kerngeschichte; die sind von anderen. Ich hatte das versucht in meinem Eingangsstatement zu sagen: durch die Kollegen aus den Fachabteilungen.

Es gab ja auch bei uns unterschiedliche Zuständigkeiten, heute die Abteilung StV, früher einmal die Grundsatzabteilung. Und viele dieser Dinge wurden durch die damals zuständigen Staatssekretäre - - Es begann mit Rainer Bomba und dann Guido Beermann, aber eben vor allem auch mit Herrn Schulz, der eben auch schon in seiner Rolle als Abteilungsleiter die Kerngesprächsführung hatte, also in Detailgesprächen. Ich war bei

Gesprächen mit Herrn Kallas, mit Frau Bulc dabei; aber da waren diese Mautthemen nicht die Kernthemen, sondern es waren immer Gegenstände der Erörterung neben vielen anderen Themen, die dort eine Rolle spielten.

Andreas Mrosek (AfD): Wurde denn im Zusammenhang mit diesem, wie Sie gesagt haben, „Bayernplan“ die Vereinbarkeit mit dem europäischen Recht besprochen, oder wie wurde das ausgewertet?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ja, gut, der „Bayernplan“ wurde erarbeitet, und es war eine der Forderungen der Partei, hier eben eine Maut, eine Pkw-Maut für Reisende aus dem Ausland auf deutschen Autobahnen zu schaffen, natürlich immer mit der Zielsetzung: Die muss europarechtskonform sein. - Das war ja allen bewusst, dass ein Modell, das nicht europarechtskonform ist, nicht funktionieren kann. Ausgangspunkt waren, glaube ich, im Wesentlichen die Vorhaben in Österreich, weil die Österreicher ja ein ähnliches Modell geschaffen hatten. Und das wollte man halt erreichen, dass man auch in Deutschland ein derartiges Thema sucht. Es war ein Thema in den süddeutschen Bundesländern; in den norddeutschen Bundesländern hat es eigentlich niemanden interessiert.

Und Sie können sich wahrscheinlich alle erinnern an dieses TV-Duell zwischen der Frau Bundeskanzlerin und Herrn Steinbrück, wo es am Schluss um diesen Satz ging: „Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben“, eine Aussage der Bundeskanzlerin, die, wie gesagt, im Laufe der Zeit dann durch die politischen Dinge und die Abstimmungen über den Koalitionsvertrag etwas relativiert wurde - also, eine lange Diskussion zu dieser Thematik.

Andreas Mrosek (AfD): Kurze Nachfrage: Wurde denn da konkret auch über dieses Diskriminierungsverbot gesprochen, in diesem „Bayernplan“?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ich war, wie gesagt, allenfalls immer mal am Rande beteiligt; insofern kann ich diese Frage nicht aus meiner Erinnerung heraus beantworten. Es war klar: Das muss



Nur zur dienstlichen Verwendung

irgendwie europarechtskonform geschaffen werden; das waren sozusagen die Aufträge an die beiden Minister Ramsauer und später dann auch Alexander Dobrindt.

Wie das vertieft erörtert worden ist: Natürlich hat es viele Gespräche gegeben; auch die Europapolitiker haben sich in diese Thematik immer wieder eingefunden. Klar war: Es muss ein Weg gefunden werden, wie das europarechtskonform laufen kann.

Andreas Mrosek (AfD): Dann möchte ich mal auf dieses Beweismaterial kommen, MAT A BRH-2/2i-01f, auf dieses Blatt 170 f. Da schreiben Sie - ich zitiere mal - an eine Frau Dr. Mohn:

... in der letzten Grossen Lage hatten Sie das Thema der Zulaessigkeit von Kompensationsmassnahmen bei der Einfuehrung einer Pkw-Maut angesprochen. Min hat die Bitte, ob Sie bitte noch im Laufe dieser Woche folgende Frage klaeren koennten: Ist es EU-rechtlich zulaessig, wenn bei der Einfuehrung einer Pkw-Maut in D

- Deutschland -

alle in D Kfz-Steuerpflichtigen (unabhaengig von der Staatsbuergerschaft) eine Vignette erhalten, ohne dass sie diese zahlen, waehrend alle anderen Autofahrer dafuer zahlen muessen?
Vielen Dank im voraus
Karl-Heinz Görrissen

Das war eine E-Mail vom 27.09.2011.

Und als Antwort haben Sie bekommen:

Lieber Herr Görrissen,
Anbei eine rechtliche Bewertung für BM

- Bundesminister -

zu seiner Anfrage. Einschätzung ist, dass das geschilderte Vorhaben EU-rechtswidrig ist, weil es eine verdeckte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit darstellt.

Gruß Astrid Mohn

Wie ist man denn mit dieser Einschätzung, mit diesem Ergebnis damals umgegangen?

(Der Zeuge blickt auf einen Bildschirm)

RA Dr. Daniel Krause: Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter, wir haben hier in dem Raum einen Vorhaltbildschirm, auf dem wir aber die Unterlage, die Sie jetzt zitiert haben, noch nicht sehen können. Könnten Sie so freundlich sein, noch mal die genaue Fundstelle anzugeben?

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, die Materialnummer bitte, Herr Kollege.

Andreas Mrosek (AfD): Ja, und zwar sage ich es noch mal: MAT A BRH-2/2i-01f, Blatt 170 f.

Vorsitzender Udo Schiefner: Also das, was hier auf dem Monitor angezeigt wird. Jetzt ist die Frage: Im BMVI, sagten Sie gerade, kann man dieses Material, dieses genannte, gerade nicht einsehen. - Ist das so, oder haben Sie da jetzt - -

(Der Zeuge blickt auf einen Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir haben es leider nicht sichtbar hier.

RA Dr. Daniel Krause: Also, wir haben hier eine - - Verzeihen Sie, Herr Vorsitzender; wenn ich das kurz erläutern darf.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, bitte.

RA Dr. Daniel Krause: Wir haben hier eine Aufstellung der Unterlagen, und unter der von dem Herrn Abgeordneten eben zitierten Materialbezeichnung hat die Mitarbeiterin hier keine Unter-



Nur zur dienstlichen Verwendung

lage mit dieser Seitenanzahl finden können. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir einen Moment Zeit hätten.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, werden wir machen; werden wir jetzt klären. Die für die Technik Zuständigen aus dem Ausschusssekretariat - - Gibt es dazu eine Information, warum das da - -

RA Dr. Daniel Krause: So, jetzt haben wir hier eine E-Mail vorgelegt auf dem Bildschirm, vom 28. September 2011, 18.01 Uhr, von einer Frau Mohn an Herrn Görrissen. Aus dieser E-Mail - - Ist das richtig, dass da eben vorgehalten worden ist? Ist das die richtige E-Mail?

Vorsitzender Udo Schiefner: Herr Kollege.

Andreas Mrosek (AfD): Ich kann sie ja nicht sehen. Das ist eine E-Mail vom 28. September 2011, 18.01 Uhr, von Astrid Mohn an Herrn Görrissen, -

RA Dr. Daniel Krause: Danke sehr.

Andreas Mrosek (AfD): - wo sie antwortet auf die Frage von Herrn Görrissen - ich zitiere sie noch mal -:

Lieber Herr Görrissen,
Anbei eine rechtliche Bewertung für BM zu seiner Anfrage. Einschätzung ist, dass das geschilderte Vorhaben EU-rechtswidrig ist, weil es eine verdeckte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit darstellt.
Grüß Astrid Mohn

Diese meine ich. Und da war meine Frage: Wie ist man damit danach umgegangen?

Vorsitzender Udo Schiefner: Können Sie das jetzt sehen? Ansonsten, die Frau Hönle ist, glaube ich, auch bei Ihnen; -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann es jetzt sehen; ich habe es auch gelesen.

Vorsitzender Udo Schiefner: - die müsste das auch aufrufen können. - Sie haben es.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ja, wir haben es.

Vorsitzender Udo Schiefner: Okay, Herr Görrissen. Dann können wir weiter fortfahren, okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe es jetzt gelesen. Sie werden verstehen, dass ich mich nach zehn Jahren nicht mehr genau an diese Mail oder diesen Mailverkehr mit Frau Dr. Mohn erinnern kann. Aber Frau Dr. Mohn war damals für die Europaangelegenheiten im Hause zuständig. Die Amtszeit von Dr. Peter Ramsauer ist ja, wie Ihnen bekannt ist, geendet mit dem Ergebnis, dass er die europarechtskonforme Pkw-Maut nicht hat einführen können, weil das in der Tat damals die Position des Hauses war. Ich habe das, wenn Sie sich erinnern, in meinem Einführungsstatement versucht deutlich zu machen, dass Herr Do-brindt, als er Minister wurde, mit ja eigentlich dem ähnlichen Auftrag versehen, einen vollkommen anderen Weg gegangen ist und mit diesem Kompensationsmodell - so habe ich es mal genannt -, also mit der Änderung des steuerlichen Teils, versucht hat, diese Besorgnis, die hier auch Frau Dr. Mohn zum Ausdruck bringt, zu beseitigen.

In der Tat war das, was Frau Mohn hier schreibt, die Position. Deswegen hatte ich ja auch auf das Testat von Herrn Kallas verwiesen, der da ja auch einige andere Lösungswege uns vorgeschlagen hat.

Aber das war damals die Arbeitsgrundlage im Hause, Herr Abgeordneter, wie Sie es gefragt haben.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zur Kollegin Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Hallo, Herr Görrissen! - Meine erste Frage ist eine grundsätzliche, und zwar nach der Fehlerkultur. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, Ihre Aufgabe ist es, zu koordinieren. Das heißt, aus den einzelnen Fachabteilungen kommen Meldungen rein, Sie müssen sie zusammenbinden, Sie müssen gucken, was das für Gesetzesvorhaben auslöst, wie die abzuwickeln sind, und Sie können inhaltlich



Nur zur dienstlichen Verwendung

eigentlich nichts dazu sagen, was aus den Fachabteilungen kommt.

Da stellt sich mir die Frage: Wer ist denn eigentlich die Person, die da noch mal draufguckt, ob das Ganze dann wirklich korrekt ist oder nicht?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Gut, Frau Lühmann, die Frage kann man natürlich ganz einfach beantworten und sagen: immer der Letztunterzeichner, wie man es so schön nennt; die Staatssekretäre oder der Minister, der die Letztverantwortung trägt.

Mein Versuch und mein Bemühen - wir kennen uns auch, glaube ich, seit sieben Jahren - ist es, inhaltlich natürlich mich vorzubereiten und auch mit einem gewissen politischen Gespür, das ich mir einfach vielleicht im Laufe der vielen Jahre angeeignet habe, zu prüfen, ob das in sich schlüssig ist, ob diese Konzeption denkbar ist. Aber wir haben acht Fachabteilungen - wenn ich den heutigen Stand des Hauses nehme -, wo wir eine exzellente Zuarbeit bekommen. Natürlich sind alle bemüht, dieses richtig und verständlich darzustellen. Meine Koordinierungsfunktion - - das klingt jetzt zwar etwas lächerlich, aber sie beginnt quasi bei einem Vermerk oder bei einer Anrede damit: Sind die Daten überhaupt richtig?

Es werden leider Gottes auch immer wieder Fehler gemacht; dass irgendwo etwas übersehen wird. Ich bin ein Mensch, der sehr viel liest, der auch häufig dann den aktuellen Stand oder aktuelle Ergänzungen noch hineinbringen kann. Und am Ende erwartet der Minister, dass wir - das heißt, die acht Kollegen und ich, wir neun Abteilungsleiter - ihm Vorlagen liefern, die fachlich und auch politisch - deswegen sind wir politische Beamte - richtig sind. Auf der Basis kann er oder können seine vier oder fünf Staatssekretäre - je nachdem, wie viel wir hatten - ihre Entscheidungen treffen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, aber das beantwortet ja meine Frage nicht richtig. Wo kann ein Fehler korrigiert werden? Ich gebe Ihnen ein Beispiel:

Wir haben hier die Leiterin des Haushaltsreferates gehört, die gesagt hat, von einer bestimmten Problematik hat sie nichts gewusst, weil das fachlich der Mitarbeiterin zugeordnet ist, die für Haushalt zuständig ist, aber nicht in ihrem Referat sitzt, sondern im Mautreferat. Und die hat eine Aussage getroffen, die zumindest kritikwürdig ist; wenn ich die Zeugin richtig verstanden habe, hat sie sogar gesagt, die wäre falsch. Im gesamten Verfahren ist das aber nirgends aufgefallen, weil im Mautreferat diese Mitarbeiterin die Einzige ist, die für Haushalt zuständig ist. Das heißt, im Mautreferat gibt es keinen anderen, der ihre Aussage überprüfen kann. Das Haushaltsreferat ist nicht eingebunden worden. Dann kommt es zu Ihnen. Sie sagen, Sie koordinieren dann, gucken noch mal die Plausibilität, und dann geht es hoch zum Staatssekretär oder Minister.

Wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, heißt das letztendlich: Der, der zum Schluss die Unterschrift daruntersetzt, ist der oder die politisch Verantwortliche, und eine Möglichkeit, das noch inhaltlich zu überprüfen, gibt es nicht.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Natürlich gibt es die Möglichkeit, das inhaltlich zu überprüfen, wenn man Zweifel hat. Das ist ja genau die Kunst. Ich meine, mein Versuch ist es ja - - Ich bin ja nicht derjenige, der jetzt eine Vorlage nimmt und sagt: „So ist es“, sondern ich frage nach. Das heißt, in einem derartigen Fall, wenn mir dort gewisse Dinge unklar vorgekommen wären, hätte ich nachgefragt, im Zweifel auch im Haushaltsreferat.

Normalerweise soll solches ja durch die förmliche Mitzeichnung⁸ verhindert werden. Wenn das mal nicht erfolgt, worauf aber auch ja dann die zuständigen Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter zu achten haben, muss es im Zweifel nachgeholt werden. Sie werden sehen, dass es bei mir viele Vorgänge gibt, die nicht beim Minister anlanden, sondern erst einmal zurückgehen, noch mal in einen anderen Strang gehen, um eventuell vergaberechtlich, haushaltsrechtlich oder sonst wie - unter welchen Kriterien auch immer - -

⁸ Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1, S. 24



Nur zur dienstlichen Verwendung

noch mal geprüft werden und quasi im Wege einer Mitzeichnung dann wieder ordentlich hergestellt werden, so wie Sie es erwarten.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke schön. - Sie hatten den Werdegang der Infrastrukturabgabe geschildert. Ich komme auch noch mal zurück auf Herrn Ramsauer. Der hat hier nämlich berichtet, dass er während der Koalitionsverhandlungen am 6. November 2013 mit Herrn Kallas geredet hat - Sie haben da auch drüber gesprochen -, und da ging es um die Voraussetzung für die Europarechtskonformität. Herr Kallas soll gesagt haben, dass es keine Verbindung zwischen Kfz-Steuersenkung und Maut geben dürfe, was unter anderem dadurch bewiesen werden könne, dass es bei den deutschen Haltern und Halterinnen auch Verlierer gäbe; Sie haben das auch, ein bisschen anders formuliert, schon angedeutet.

In dem Koalitionsvertrag stand ja dann etwas anderes drin, nämlich dass kein deutscher Fahrzeughalter oder - Ich sage mal korrekter: Kein Fahrzeug, das in Deutschland zugelassen ist, darf finanzielle Nachteile durch diese Maut bekommen. - Wann ist Ihnen diese europarechtliche Problematik bewusst geworden, und haben Sie darüber mit Herrn Ramsauer gesprochen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Uns war diese europarechtliche Problematik bewusst. Ich will jetzt nicht sagen: Das war ja einer der Gründe mit vielleicht, warum die Amtszeit von Herrn Dr. Ramsauer nach vier Jahren endete: weil man politisch anders entschieden hat. - Sie haben gerade den Koalitionsvertrag - wo es in der Tat heißt, dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet werden darf. Das war dann der neue Auftrag aus dem Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2013, den es umzusetzen galt, und auch dort war ja noch aufgeführt, dass das europarechtskonform zu erfolgen hat und auch möglichst im Jahre 2014 noch ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll. Natürlich waren diese Dinge klar, aber deswegen - habe ich ja auch gesagt - sind wir mit einer neuen oder veränderten Konzeption gestartet.

Kirsten Lühmann (SPD): Diese neue Konzeption, da möchte ich kurz drauf eingehen oder auf die Vorarbeit. In einer Vorlage vom 14. Februar 2014

stellt, also nachdem Herr Dobrindt Verkehrsminister wurde - - Am 14. Februar 2014 hat das Mautreferat vier Lösungsvarianten vorgestellt, um die Vorgaben des Koalitionsvertrages zu erfüllen; das ist die MAT A BMVI-1/1_B30, Blatt 1 bis 4. Staatssekretär Bomba hat auf dieser Vorlage vermerkt, mit Ihnen abgesprochen zu haben, dass die Vorlage zunächst nicht an den Minister weitergeleitet werden soll. Sie haben dann am 27. Februar 2014 verfügt, die Vorlage zu den Akten zu geben. - Können Sie uns erklären, warum der Minister nicht über diese vier Varianten des Mautreferates informiert wurde?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe die jetzt gerade hier, Frau Lühmann, eingespeist; wenn ich sie vielleicht einmal gerade lesen darf.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Ich habe den Text gelesen, Frau Lühmann. Ich kann jetzt nicht aus der Erinnerung genau sagen, was da die gesamte Vorgeschichte war. Ich will es nur einmal versuchen, Ihnen zu erläutern, dass Sie meine Notiz oder meine Empfehlung verstehen.

Das war ziemlich zum Amtsbeginn von Herrn Dobrindt, wo es ja darum ging, ein Modell zu finden, das zu einer wirklichen Lösung führt. In diesem Vermerk sind verschiedene Punkte aufgeführt, wo immer wieder auch Schwierigkeiten dargestellt wurden, also Dinge, über die wir auch unabhängig von dieser Vorlage - und deswegen habe ich vorhin gesagt: Leitungsvorlage, Ministervorlage sind manchmal etwas unterschiedliche Dinge - auch in den Wochen oder Tagen vorher schon intensiv diskutiert hatten, sodass das noch mal eine Zusammenfassung oder ein Vorschlag für das weitere Vorgehen war, was aber mit Sicherheit nicht auf die Schnelle zu einem Ergebnis geführt hätte. Und ich habe ja gesagt: Da stand im Koalitionsvertrag ja auch ein Zeitrahmen drin.

Wenn ich mich recht erinnere, habe ich damals mit Herrn Bomba darüber gesprochen und gesagt: Werter Herr Staatssekretär, ich glaube nicht, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Vermerk dem Minister hilfreich sein wird, um einen Lösungsweg zu finden. Es wäre klüger, wenn wir ihm jetzt nicht darstellen, wo wir überall Probleme sehen, sondern wenn wir jetzt endlich uns mal daran begeben, den Koalitionsvertrag so anzupacken, dass wir zu einer Lösung kommen; denn Herr Dobrindt hatte bereits signalisiert: Wir werden irgendwo einen Lösungsweg finden, und - ich habe das ja schon mehrfach gesagt - wir haben dann auch ja Wege gefunden, wie man es aus unserer damaligen Sicht europarechtskonform hinbekommt.

Also, ich glaube, es war mehr eine gut gemeinte Empfehlung - das Verhältnis Bomba/Dobrindt war eh nicht das beste -, jetzt nicht mit einem Vorschlag zu kommen, der wieder auch an vielen Stellen darstellt, was nicht geht, sondern den Versuch zu unternehmen, eine Lösung zu schaffen, mit der wir den Koalitionsvertrag umgesetzt bekommen.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Das verstehe ich. Ich habe da nur eine Frage. In dieser Vorlage steht unter anderem drin:

Die direkte Verbindung zwischen Pkw-Maut und Kompensation dürfte gegen das Diskriminierungsverbot der EU ... verstoßen.

Das ist einer von den Hinderungsgründen, die Sie gerade genannt haben.

Dann wissen wir, dass andere Ministerien, zum Beispiel das BMJV, das ähnlich gesehen haben; denn das Gesetz, das dann geschaffen wurde, sah ja genau das vor: eine direkte Kompensation; zwar in zwei Gesetzen, aber faktisch wurde die Kfz-Steuer exakt um die Summe gesenkt, die die Höhe der Infrastrukturabgabe ausmachte.

Und auch in diesen Stellungnahmen heißt es nicht: „Das Gesetz ist europarechtskonform“, sondern: Es wäre gut vertretbar.

Wir haben hier die Zeugin Wunderlich gehabt aus dem BMVI. Die hat noch mal deutlich gesagt:

Wir haben durchweg auf das Risiko hingewiesen und haben auch

nie gesagt, dass es europarechtskonform ist, sondern dass es europarechtlich gut vertretbar ist.

Protokoll vom 12.03.2020, Seite 17.

Allein Herr Hillgruber, also der Sachverständige, von dem wir eben schon gehört haben, dass er auch aufgrund seiner zeitlichen Verfügbarkeit ausgesucht wurde, sagte dann letztendlich, dass es europarechtlich problemlos sei. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat auf Probleme hingewiesen.

Meine Frage ist nun: Wenn ich jetzt so viele kritische Stimmen habe, warum wurde dann - und das haben uns andere Zeugen auch schon gesagt - allein auf das Gutachten von Herrn Hillgruber hin die Bewertung vorgenommen, dass das alles sauber ist und durchgehen wird?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, ich glaube nicht, dass man das jetzt allein auf das Gutachten von Herrn Hillgruber stützen kann, sondern es hat ja intensive Gespräche gegeben. Und wie Sie wissen, sind diese beiden Gesetzentwürfe vom Bundeskabinett beschlossen worden; das heißt, es haben die Fachressorts im Rahmen der Ressortabstimmung auch zugestimmt. Es ist parlamentarisch behandelt worden, und Sie kennen den Verlauf auf der europäischen Ebene.

Dass dieses eine Position war und dass es Interpretationsmöglichkeiten gibt, das ist allen bewusst gewesen. Aber wir waren der Meinung, dass man einen Lösungsweg finden konnte und dass wir den gefunden haben, wo wir - und das hat nichts mit Herrn Professor Hillgruber - - Und ich habe auch nicht gesagt, dass er nur aus Zeitgründen - - sondern dass er einer war, der zeitlich verfügbar war. Aber, ich glaube, Herr Hillgruber ist schon ein anerkannter Rechtsprofessor. Also insofern ist es jetzt keine Notlösung gewesen, sondern es war schon jemand, der das mit Überzeugung und Verve - und er hat ja auch andere Mitarbeiter dabei gehabt - dargestellt hat. Also, die Tatsache, dass wir durch das Bundeskabinett entschieden haben - - glaube ich, sind die Bedenken, die immer wieder mal geäußert wur-



Nur zur dienstlichen Verwendung

den und - die haben Sie ja gerade eben richtig zitiert - auch wieder ausgeräumt wurden durch dieses Modell, das der Herr Dobrindt entwickelt hat - - und das dann eben auch ja immerhin bis ins Gesetzblatt geschafft hat.

Und ich habe immer wieder den Eindruck, dass auch der Herr Bundespräsident - Joachim Gauck meine ich - damals sehr bewusst noch mal gerade diese europarechtliche Seite sich angeschaut hat. Denn wenn Sie in die Gesetzesmaterialien gehen, sehen Sie etwas, was etwas ungewöhnlich ist, nämlich dass Herr Gauck - sprich: das Bundespräsidialamt - immerhin vier Wochen geprüft hat, bevor das Gesetz endgültig ausgefertigt wurde - etwas, was sehr ungewöhnlich ist. Meistens dauert so eine Ausfertigungsphase einige Tage. Später bei Herrn Steinmeier ist es dann auch wesentlich schneller gegangen. Bei Herrn Gauck hat es vier Wochen gedauert, und es hieß immer, man lässt gerade noch mal diese europarechtliche Seite prüfen.

Also, sie ist ja kritisch gewürdigt worden, aber sie ist eben als ein Lösungsweg am Ende dargestellt worden. Und so sind ja auch die Formulierungen hier gewählt: dass es denkbar ist. Dass es gewisse Risiken gab, wussten wir im Vorfeld, aber sie sind durch die parlamentarische Beratung, durch die verschiedenen Instanzen, die sich damit beschäftigt haben, unseres Erachtens dann auch ausgeräumt worden.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Ich finde das immer sehr nett, wie Frau Lühmann darauf achtet, dass ihr eigenes Zeitfenster nicht überschritten wird, und sie selber darauf hinweist. - Jetzt hat der Kollege Jung das Wort.

Dr. Christian Jung (FDP): Vielen Dank. - Frau Lühmann, Sie sind immer sehr vorbildlich. - Sehr geehrter Herr Görrissen, schön, Sie zu sehen! Erst mal auch für Sie ein gutes neues Jahr! Und ich finde es auch gut, dass wir aus den von Ihnen beschriebenen Gründen auch diese Videobefragung machen. Das Wichtigste im Moment ist, dass alle gesund bleiben, auch wenn man

schon Dinge hat, die auch vorher schon passiert sind. Deswegen freue ich mich, dass Sie heute über das BMVI zugeschaltet sind.

Ich interessiere mich vor allem in Bezug auf Ihre Arbeit für den Tag des EuGH-Urteils, und dazu hätte ich jetzt in der ersten Runde einige Fragen. Wenn Sie sich zurückversetzen an den Tag des EuGH-Urteils, an welchen Besprechungen haben Sie damals genau teilgenommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Vielen Dank für Ihre Wünsche, Herr Abgeordneter. - Sie meinen also den 18. Juni, über den ich Ihnen hier jetzt berichten soll.

Dr. Christian Jung (FDP): Genau. Exakt.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Der 18. Juni begann ja mit der Urteilsverkündung am relativ frühen Vormittag. Da haben wir dann im Kollegenkreis - - Das heißt, ich hatte meine beiden Unterabteilungsleiter zu mir geholt, weil ich selber leider nicht so beweglich bin, wie ich es früher gewohnt war; da bin ich zu Kollegen hingegangen, oder wir haben irgendwo eine Runde gebildet. Ich muss heute leider ein bisschen darauf Rücksicht nehmen, dass meine Beweglichkeit eingeschränkt ist. Deswegen hatte ich beide Kollegen zu mir gebeten.

Wir wussten ja nicht, wie das Urteil ausgeht. Wir waren der festen Überzeugung: Es kommt ein positives Urteil, vielleicht mit ein paar Hinweisen auf irgendetwas, was man noch ein wenig anpassen muss, um dem Ganzen gerecht zu werden. - Umso mehr hat uns das Urteil, wie es dann letztendlich gefällt wurde, überrascht. Wir haben dann relativ schnell den Minister informiert, und wir haben dann erste Gespräche im Kollegenkreis geführt.

Die Bewertung des Urteils haben wir natürlich anschließend vorgenommen, aber sie war relativ einfach. Es war halt ein so klares Urteil: Das Modell, was wir im Gesetzblatt stehen hatten, wird nicht gehen. - Wir haben dann an diesem Tag verschiedene Gespräche geführt. Ich habe viele Anrufe bekommen von unterschiedlichen Stel-



Nur zur dienstlichen Verwendung

len, Verbänden, Organisationen, die alle natürlich mit der Frage kamen: Was macht ihr jetzt? Also eine Frage, die ich gerne hätte beantworten mögen, aber nicht in der Lage war zu beantworten.

Sie wissen aus Ihren Befragungen, dass der Minister kurzfristig und sehr schnell entschieden hat, die Dinge, die wir am Laufen hatten, zu stoppen, damit nicht weiter Geld ausgegeben wird, damit keine Verbindlichkeiten eingegangen werden, weil da ja auch auf verschiedenen Ebenen Gespräche schon liefen, das eine oder andere zu machen. Wir haben dann eine Taskforce eingesetzt unter der Leitung des zuständigen Staatssekretärs, Guido Beermann, der leider an diesem Tag seine Aufgabe aber nicht wahrnehmen konnte, weil er nicht im Hause war. Wenn ich mich erinnere - aber das können Sie ihn genauer fragen -, meine ich, wäre er bei einer Klausurtagung oder Strategietagung des DB-Aufsichtsrates gewesen. Und wir haben diese Taskforce arbeiten lassen in einer variablen Zusammensetzung und haben dann am späten Nachmittag, frühen Abend mit dem Minister zusammen noch einmal uns die Ergebnisse dieser Taskforce berichten lassen aus den verschiedenen fachlich infragekommenen Bereichen und haben dann uns am späteren Abend zusammengesetzt in einem kleineren Kreis mit dem Minister, um noch einmal zu beraten und darüber zu befinden, wie wir mit dem Urteil umgehen. Details, glaube ich, sind Ihnen weitgehend bekannt. Das sind also die Gespräche, die ich bis in die Nacht hinein an diesem Tage geführt habe, also koordiniert, diese Kernrunde Taskforce usw.

Dr. Christian Jung (FDP): Vielen Dank. - Man könnte den Eindruck haben, obwohl wir uns nicht persönlich kennen, dass wir die Fragen so ein bisschen abgesprochen haben, weil Sie dankenswerterweise einige meiner Fragen jetzt schon beantwortet haben.

Es gab ja die Taskforce, wie Sie gesagt haben. Und die Frage wäre für mich bei der Taskforce: Haben Sie die zusammengestellt, oder war das jemand anderes, die Teilnehmer?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Der Auftrag des Ministers - - Oder was heißt „Auftrag“? Wir haben darüber uns unterhalten, weil - das darf ich vielleicht an dieser Stelle einmal ganz offen sagen - wir haben seinerzeit zu der Amtszeit von Peter Ramsauer das Thema „Aschewolke“ - Sie können sich erinnern - gehabt und haben damals das Problem „Aschewolke“ gelöst, indem wir im Kollegenkreis zusammengesessen sind und das besprochen und verhandelt haben, und haben da den Fehler gemacht, keine Taskforce einzuberufen. Das ist uns später angekreidet worden. Ja, wie habt ihr das eigentlich gehandhabt? Wir hatten im Prinzip eine Taskforce. Wir haben nur die Taskforce nicht „Taskforce“ genannt. Und die Lehre haben wir gezogen und gesagt: Man muss jetzt das sozusagen formalisieren.

Wir haben dem Staatssekretär Guido Beermann, der ja nicht weg war, aber eben nicht verfügbar war, diesen Auftrag gegeben, und er hat das dann teilweise auf seinen Kollegen Dr. Michael Güntner delegiert, der dann - - Ich selber habe mich da überhaupt nicht drum gekümmert. Ich habe gleich gebeten, nicht in dieser Taskforce dabei sein zu müssen, weil ich gar nicht mit dem nötigen Sachverstand da hätte arbeiten können - ich wäre da eigentlich nur ein zuhörendes Organ gewesen -, habe also gebeten oder wir haben gebeten, dass der Staatssekretär die Kollegen dazu holt, die er meint zu brauchen, die fachlich Auskunft geben können, die das Urteil bewerten können, die Schlussfolgerungen ziehen können und dies auch gegebenenfalls unter Hinzunahme der Berater, die ja sich auch mit der Thematik immer sehr intensiv befasst haben. Aber ich selber war nicht Mitglied der Taskforce, die ja auch später - - Sie haben jetzt nur nach dem 18. gefragt, aber auch später hat es ja noch mal Tagungen oder Sitzungen gegeben unter der Leitung dann von Herrn Beermann.

Dr. Christian Jung (FDP): Also das heißt, Sie haben gar nicht an den Sitzungen teilgenommen der Taskforce?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe an keiner Sitzung der Taskforce teilgenommen. Ich habe nur am späten Nachmittag, als der Minister dazu kam - jetzt kann man das noch eine Sitzung der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Taskforce nennen; wie Sie wollen - - Wir haben dort sozusagen aus den verschiedenen Bereichen die zusammengefassten Ergebnisse uns berichten lassen, was man tun kann oder was man machen sollte, und noch mal so eine Gesamtschau auch des Urteils, wie das Urteil nun insgesamt bewertet wird. Es gab ja dann auch schon mediale Berichte darüber, wie es interpretiert wurde und was nun an Möglichkeiten gegeben ist, wie man weiter vorgeht bei dieser Taskforce.

Dr. Christian Jung (FDP): Jetzt, als Sie bei den Sitzungen dran teilgenommen haben dann mit dem Minister zusammen, an welche Teilnehmer können Sie sich denn noch erinnern? Wer war denn genau dabei? Wie hießen die?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, das fällt mir jetzt schwer, das aus der Erinnerung heraus zu sagen, wer alles dabei war. Es war ein größerer Kreis. Und ich hatte ja schon gesagt: Es oblag dem zuständigen Staatssekretär, darüber zu befinden, wen er dazuholt. Das heißt, in der Phase, wo ich dazukam, will ich jetzt nicht sagen: „Das war jetzt die Taskforce“, sondern das war ein Kreis, der dann noch zusammen tagte.

Natürlich waren es die Kollegen, die sich mit der Mautthematik aus der Abteilung StV beschäftigt hatten. Es waren die Kollegen, die sich mit den europarechtlichen Fragen beschäftigt hatten, dabei, und es waren auch - ich glaube jedenfalls - aus der Abteilung Z Haushalt usw. noch dabei. Aber eine genaue Liste sozusagen - - Es war ein relativ großer Kreis in unserem Besprechungsraum, der einen großen ovalen Tisch hat, wo 20 Leute Platz finden. Aber ich kann Ihnen nicht mehr im Detail sagen, wer da jetzt alles sozusagen als Taskforce dabei war.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut. Dann ist die Zeit auch abgelaufen.

Dr. Christian Jung (FDP): Ich sehe, dass meine Zeit auch abgelaufen ist. Ich werde dann weitere Fragen in der nächsten Runde stellen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat jetzt der Kollege Cezanne das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Görrissen! Vielen Dank, dass Sie uns heute für Fragen zur Verfügung stehen.

Ich setze auch mal an dem Datum 18.06.2019 an. Mich würde interessieren: Sie haben selbst gesagt, Sie haben eigentlich mit einem positiven Urteil des EuGH gerechnet. Aber wie haben Sie denn dennoch für die Öffentlichkeitsarbeit, für die Außendarstellung diesen Tag inhaltlich vorbereitet? Gab es dazu Vorlagen intern oder ausgearbeitete - - keine Ahnung, ob das im Ministerium auch „Sprechzettel“ heißt - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, ich habe ja versucht, das deutlich zu machen, dass wir - und mit „wir“ meine ich eigentlich alle Stellen im Hause - der festen Überzeugung waren: „Es wird ein positives Urteil geben“, begründet dadurch, dass wir ein Gesetzgebungsverfahren hatten, das uns mühsam genug war, und am Ende aber niemand Zweifel dann mehr erhoben hat. Die beiden Gesetze sind von verschiedenen Bundespräsidenten sogar ausgefertigt worden; sie sind im Gesetzblatt veröffentlicht worden. Wir haben von der EU-Kommission unter der Ägide von Frau Bulc ein Testat bekommen, dass sie sagt: Es sind jetzt europarechtskonforme Regelungen. - Und wir haben auch durch den Generalanwalt - - Nun habe ich gelernt, dass man auf Generalanwälte unterschiedlich einwirken kann. Manchmal treffen sie es scheinbar; manchmal treffen sie es nicht. Wir haben jetzt leider einen Fall gehabt, da war der Generalanwalt anderer Meinung als am Ende das Gericht.

Aber alles, was ich so vernommen hatte - - Ich war, wie gesagt, nicht bei den Terminen, die auf europäischer Ebene stattfanden usw., dabei, aus den bekannten Gründen, weil wenn ich reise, ist das immer ein Aufwand; ich bin immer eine Stunde später erst da, bevor die anderen das schon alles erlebt haben. Aber wir haben eben durch die mündliche Verhandlung, über die mir der Kollege Dr. Schulz berichtet hat, über die Gespräche, über die Tatsache, dass das Projekt der Großen Kammer des EuGH zugewiesen wurde, wo er meinte, daraus könnte man ableiten, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

sie das Verfahren sehr ernst nehmen, aber wahrscheinlich auch nutzen werden, noch einige Dinge uns mit auf den Weg zu geben, zum Beispiel eben zu sagen, wie die europarechtliche Ausgestaltung der Eurovignetten-Richtlinie - - kommen, also so ein Grundsatzurteil, das eben nicht nur sich mit der reinen Thematik Pkw-Maut befasst, sondern auch darüber hinaus noch einige wegweisende Dinge, was die Gerichte ja gerne mal mögen, der Politik mit auf den Weg gibt.

Das heißt, wir waren eigentlich der festen Überzeugung und haben diesen Plan B, wenn Sie es so nennen wollen, nicht durchgespielt - was machen wir denn, wenn es schiefgeht? -, weil wir uns das einfach nicht vorstellen konnten. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe manchmal das Gefühl gehabt, wenn noch etwas kommt, werden die einige kleinere Korrekturen anbringen, die wir dann umsetzen müssen, was - das können Ihnen Herr Lange und Frau Lühmann bestätigen - sicher nicht einfach geworden wäre, aber man hätte es hinbekommen. Also, wir hatten diesen Fall „Es kommt ein Urteil, das uns sagt: Infrastrukturabgabe geht gar nicht“, nicht durchgeplant. Was hätten wir da auch planen sollen? Weil wir nicht wussten, was das Gericht verfasst, was das Gericht uns gibt, wo es - - Denn streng genommen hat es ja nur gesagt: Eine Pkw-Maut ist möglich, aber nicht in dieser Konstellation. - Also, mehr hatten wir nicht uns vorbereitet, weil wir der festen Überzeugung waren im ganzen Hause, dass das EU-konform abgelaufen ist und so auch im Gesetzblatt jetzt steht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - In den Unterlagen haben wir eine E-Mail von Ihnen vom 12. Juni 2019 an Herrn Beermann gefunden, wo Sie schreiben:

Lieber Guido,
Min bittet für den 18.6. (Urteilsverkündung EuGH zur Infrastrukturabgabe) für ihn und Herrn ...

- heißt wahrscheinlich „Landesgruppenvorsitzenden“ -

Dobrindt eine Sprachregelung und Kommunikationsstrategie zu erstellen.

Ich kann die MAT-Nummer sagen: MAT A BMVI-5/8, Blatt 1. - Wie ist denn - - Wollen Sie erst schauen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter - -

Riccy Simon (BT): Könnten Sie bitte die MAT-Nummer noch mal wiederholen?

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja, gerne: MAT A BMVI-5/8, Blatt 1.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich weiß jetzt nicht, Herr Abgeordneter, ob das noch weitergeht, ob es da eine Antwort gibt. Ich kann jetzt auch das - - Also, ich kann mich jetzt nicht genau an diesen Vorgang erinnern. Er ist ja relativ knapp und kurz. Es ist das übliche Verfahren eigentlich, wie ich es kenne, dass Herr Dobrindt angerufen hat und gesagt hat: Ich brauche was, wenn das Urteil kommt, dass ich argumentieren kann. - Da wir aber das Urteil nicht kannten, ist jetzt meine Vermutung, dass dieser Auftrag nicht erfüllt wurde, sondern dass wir eben alle drangesessen sind und gesagt haben: Sobald was kommt, werden wir auch eine Sprachregelung vorlegen. - Denn über ein nicht vorhandenes Urteil eine Sprachregelung zu fertigen - - Wahrscheinlich haben wir für den Fall, dass es positiv ausgeht, irgendwas vorbereitet gehabt noch mal zusammenfassend; aber ich kann nicht erinnern, was da vorbereitet war. Jedenfalls hatten wir nichts in der Tasche, was wir dort hätten vorlegen können.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - Nun hat es nach dem, was wir wissen, eine AG Kommunikation oder Informationsmanagement zwischen den Betreibern, dem Kraftfahrt-Bundesamt und dem Ministerium gegeben. Wissen Sie, wussten Sie von dieser AG Kommunikation, welche Aufgaben hatte sie, und waren Sie da mit eingebunden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Von dieser AG Kommunikation habe ich nie etwas gehört; ich kannte sie nicht, ich war auch nicht eingebunden. ... (akustisch unverständlich) Geschichte scheinbar. Ich kann es nicht bewerten und nicht beurteilen. Ich habe jedenfalls mit keinem jemals darüber gesprochen. Ich habe es jetzt erst im Nachhinein gehört oder mal irgendwo gelesen, dass es das gegeben hat. Mir war das nicht bekannt.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Und vielleicht dann noch eine letzte Frage zu diesem Themenkomplex: Bei autoTicket gab es einen relativ neuen Kommunikationschef, Herrn Kollner. Hatten Sie denn Kontakt mit ihm, oder gab es vom Ministerium Kontakt mit ihm? Herr Blum, zum Beispiel, von den Betreibern hat ausgesagt, dass es für den Tag des EuGH-Urteils intern eine Kommunikationsrichtlinie gegeben hätte, die wir aber in den Unterlagen bisher nicht gefunden haben. Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Den von Ihnen genannten Herrn Kollner - oder wie Sie sagten - kenne ich nicht. Den habe ich nie kennengelernt. Ich kenne natürlich Herrn Dr. Blum, vor allem aus seiner vorherigen Tätigkeit bei Toll Collect, und ich kenne Herrn Schneble. Mir war nicht bekannt, dass die irgendwas vorbereitet haben. Die werden sicherlich firmenintern etwas gemacht haben, aber wir hatten keinerlei Kontakt mit denen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann darf ich das Wort geben dem Kollegen Krischer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Görrißen, danke, dass Sie hier zur Verfügung stehen, und auch danke für Ihre Ausführungen zu Beginn, die ich sehr interessant fand. Und da möchte ich auch nachfragen.

Sie haben beschrieben, wie Sie mit den verschiedenen Ministern - die, manche sagen ja, unter Ihnen Minister waren -, denen Sie gedient haben, kommuniziert haben. Ich hätte eine Frage zu den Tagesinformationen, die Sie geschrieben haben.

Wir haben ja einige dieser Tagesinformationen vorliegen, hier in den Unterlagen. Sie haben aber eben gesagt: Die sind nicht veraktet worden. - Können Sie uns das erklären, warum es dann einige dieser Tagesinformationen in den Unterlagen gibt, andere aber wahrscheinlich nicht? Oder wissen wir einfach nicht, ob es andere gab?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Abgeordneter, Sie dürfen jetzt den Begriff „Tagesinformationen“ nicht so verstehen, dass es jeden Tag irgendwas zu informieren gab, sondern es war halt ein gewillkürter Begriff, und wenn was zu berichten war, habe ich es berichtet.

Sie sagen, Sie haben einige in Ihren Akten vorliegen. Das würde ich anders interpretieren: Sie haben die in Ihren Akten vorliegen, die untersuchungsgegenständlich waren. - Es gibt einen großen Berg weiterer Tagesinformationen, die aber mit dem Thema Maut oder Infrastrukturabgabe oder drum herum nichts, aber auch gar nichts zu tun haben. Sie haben zu tun mit der Gründung der Autobahngesellschaft, mit vielen Fragestellungen, die wir im Bundesverkehrswegeplan - - also eine wirklich breite Palette. Und insofern haben Sie die vorliegen, die sich mit Mautfragen beschäftigen, also die untersuchungsgegenständlich sind. Und die habe ich Ihnen zur Verfügung gestellt.

Alle anderen, die es gibt, in großer Zahl sogar gibt, betreffen - - Und Sie haben ja einige Schwärzungen auch gesehen. Ich habe die Schwärzungen vorgenommen, weil es Informationen sind, die niemanden aus dem Bereich des Untersuchungsausschusses eigentlich betreffen, habe mir aber erlaubt, die Überschriften stehen zu lassen, damit Sie sehen, welche Themen das sind, und sehen, dass das eine wirklich breite Palette ist.

Das ist ein Riesenministerium, und Sie können sich vorstellen: Ich habe da manchmal auch ganz banale Dinge mitgeteilt. Wenn Sie als Abgeordneter eine Frage gestellt haben, Herr Krischer, dann habe ich dem Minister auch mitgeteilt: Der Abgeordnete Krischer hat eine Frage gestellt zum Thema Pkw-Maut, von der wir davon ausgehen dürfen, dass die morgen oder übermorgen in der Zeitung steht. - Entschuldigen Sie, wenn ich das



Nur zur dienstlichen Verwendung

als Beispiel nehme, aber so waren die Sachverhalte, weil das natürlich Ihre parlamentarische Arbeit ist, die ja auch vollkommen in Ordnung ist, aber wir eben am nächsten Tag - - Und Sie können sich gar nicht vorstellen, wie oft der Minister mich dann am Wochenende oder was⁹ anmorst: „Was ist das schon wieder gewesen?“ oder: „Was was steckt dahinter?“ Deswegen habe ich mir gesagt: Bevor er dich jedes Mal fragen muss, sagst du einfach, was du weißt sozusagen, informierst ihn, was da kommen wird. - Also, vorausschauende Informationspolitik betreiben, -

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: - das ist der Sinn der Tagesinformationen zu einem wirklich breiten Spektrum.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das freut mich ja zu hören, dass unsere Arbeit im Verkehrsministerium wertgeschätzt wird. - Meine Frage wäre dann zu den Tagesinformationen: Die haben Sie dann immer an den MdB-Account geschickt?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Hatte ich ja in meinem Einführungsstatement gesagt, warum ich das gemacht habe: weil der Minister-Account, der normale Minister-Account, ist ein Account, wo wohl am Tag - ja, lassen Sie mich grob schätzen - 200, 300 Mails einlaufen. Das heißt, der wird natürlich vorsortiert von den Sekretärinnen des Ministers, vom Leiter des Ministerbüros, von auch noch ein, zwei weiteren Mitarbeitern. Das heißt, dort haben viele Zugriff. Und wenn ich jetzt zum Beispiel - und ich habe es ja versucht darzustellen - - Normalerweise, früher bei Peter Ramsauer und auch vielfach noch bei Dobrindt, bin ich halt mit denen unterwegs gewesen, habe ihnen erzählt: Soundso, da kommt dies oder jenes. - Das war mir einfach aus Gesundheitsgründen bei Herrn Scheuer nicht mehr möglich, weil ich - - Ich sage es mal ganz salopp: Als Mittsechziger mit einem Anfang-Vierziger noch mithalten, und

dann im Rollstuhl, das war einfach nicht möglich. - Aus dem Grunde habe ich diese Informationen ihm dann auf diesem Wege mitgeteilt, und damit war es auch nicht erforderlich, derartige Dinge - -

Wenn Herr Luksic ein Gutachten in der Presse zitiert hat, dann kam natürlich vom Scheuer¹⁰ die Frage am Telefon: Woher hat er das? - Ja, woher soll ich wissen, wo Herr Luksic das Gutachten herhat? Bis ich dann feststellte, dass es ein Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes ist, was er in Auftrag gegeben hat. Logischerweise hatte er es nur, und wir hatten es nicht; Herr Simon wird es bestätigen, der vor mir sitzt.

Also, insofern war das das hilflose Bemühen eines Abteilungsleiters, möglichst viele Informationen an einen Minister heranzutragen - und dass er sie auch wirklich liest und das nicht in der Fülle dieser Ministeriumsmails irgendwo untergeht -, aber eben auch vertrauliche Dinge. Wenn es um die Frage der Besetzung der Autobahngesellschaft ging, da konnte ich nicht öffentlich und offen diskutieren, wen wir da vorschlagen als Geschäftsführer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber das ging immer an seinen MdB-Account?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: All diese Tagesinformationen sind an den MdB-Account gegangen. Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich: damit ich auch die Sicherheit hatte. Weil ich wusste: Das liest er. - Das andere, was ihm dann das Ministerbüro hätte weiterleiten müssen oder ihn drauf aufmerksam machen müssen, das hätte nicht funktioniert. Und Sie sehen es ja auch teilweise an meinen Zeiten: Ich arbeite nicht nur zu den normalen Zeiten, sondern ich mache manchmal auch etwas am Wochenende in aller Ruhe, weil ich das sonst einfach nicht schaffe, und es gibt eben auch Abende, wo einem noch etwas einfällt: Mensch, du hast vergessen, den Minister über dies oder jenes zu informieren. - Und das war

⁹ Richtigstellung des Zeugen: „sonstwie“, siehe Anlage 1, S. 31

¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: „Minister“, siehe Anlage 1, S. 32



Nur zur dienstlichen Verwendung

zwischen uns vereinbart, dass meine Informationen, wenn ich sie ihm dann schicke, eigentlich wichtig sind, um das politische Geschehen des Tages zu verfolgen und gerüstet zu sein für weitere Informationen¹¹.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben eben gesagt: Diese Tagesinformationen sind nicht veraktet worden. - Dass uns aber jetzt welche zur Verfügung gestellt wurden, zeigt ja, dass sie im Ministerium vorliegen. Wo liegen die denn da dann vor?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sie liegen vor im Computer sozusagen. Ich meine, ich habe sie jetzt auch mir angeschaut noch mal, und ich habe sie ja sortiert, und ich kann Ihnen sagen: Sie könnten jetzt - - Ich könnte dem Herrn Simon einen Stapel geben, den kann er durchblättern, und er wird sehen: Das sind interessante Themen, politisch interessante Themen, aber es hat nichts mit dem Untersuchungsgegenstand des heutigen Tages zu tun.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wenn man in diese Tagesinformationen guckt, bestätigt sich das, was Sie sagen, dass da zu verschiedenen Themen ausgeführt wird. Sie haben aber eben gesagt, das seien sehr kurze Informationen. Also, ich habe hier eine - ich kann gern die MAT-Nummer sagen: MAT A BMVI-5/12, Blatt 35 -, da gibt es - das ist wohl vom 01.09.2019 - elf Punkte, und allein die Ausführungen zum Thema Infrastrukturabgabe umfassen fast eine DIN-A4-Seite mit sehr vielen auch relevanten Informationen. Das ist ja schon ein bisschen mehr als eine kurze Information, sondern das sind schon umfangreiche Vorlagen, die Sie ja verschickt haben.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe jetzt gerade den Text hier vor Augen. Wenn ich das gerade mal durchschauen darf, weil ich jetzt natürlich nicht genau weiß, was - -

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das meiste ist schwarz. Das ist klar, weil da geht es um Klimaschutz - gut, da hat das Ministerium nicht so viel zu sagen - und andere Dinge, wo man nicht mal die Überschrift erkennen kann. Aber Punkt fünf und sechs von elf, da geht es um die Infrastrukturabgabe. Und meine Frage wäre an Sie nur: Würden Sie das, ein solch umfangreiches Dokument, als kurz bezeichnen? Weil Sie eben gesagt haben, diese Tagesinformationen seien kurze Informationen.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, es ist Ihnen jetzt gelungen, ein Beispiel aufzunehmen, wo es mal anders ist. Ich meine, es ist wie im richtigen Leben: 90-mal geht es gut, und einmal geht es dann am Ende schief. - Also, natürlich, hier habe ich mal etwas mehr ausgeführt. Aber wenn Sie standardmäßig die anderen Texte sich anschauen: Die sind in der Regel kurz. - Nun kann man über „kurz“ streiten. Jedenfalls habe ich mich bemüht, immer zusammengefasst das darzustellen. Und das hier sind auch Zusammenfassungen - wenn Sie sehen: „das von der FDP beauftragte Gutachten“, dass man das nutzen kann. Da habe ich natürlich ein paar Dinge - - Manchmal kann man nicht ganz kurz schreiben, weil es dann der Betroffene nicht versteht. Manche Dinge kann man mit einem Stichwort beschreiben.

Also, ich bitte schon, mir abzunehmen, dass die Masse meiner Tagesinformationen kurz ist. Manchmal vielleicht - und Sie haben jetzt gerade einen Fall, am 1. September, gefunden, den ich etwas länger ausgeführt habe - - vielleicht manchmal auch aus Bequemlichkeitsgründen, dass man es irgendwo abschreibt. Denn das wissen Sie selber auch: Ein kurzer Text ist schwieriger verfasst als ein langer. - Das Erstellen von Tagesinformationen ist eine sehr, sehr schwierige Aufgabe, mit wenigen Worten einen komplexen Sachverhalt manchmal zu beschreiben oder zu umschreiben.

¹¹ Richtigstellung des Zeugen: „Gespräche“, siehe Anlage 1, S. 32



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde. Und nach dieser zweiten Runde, würde ich vorschlagen, machen wir dann auch die Pause, die Herr Görrißen erbeten hat. - Herr Kollege Lange.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke schön. - Herr Görrißen, ich möchte noch mal ganz kurz einhaken in den Juni 2015. Da leitete die Kommission ja das Vertragsverletzungsverfahren wegen der Infrastrukturabgabe ein, und im BMVI hat Bundesminister Dobrindt dann entschieden, dass die Vergabeverfahren zwar intern vorbereitet werden, die Umsetzung jedoch erst vorgenommen wird, wenn die europarechtliche Klärung erfolgt ist. Wissen Sie heute noch, warum man sich zu diesem Schritt entschieden hatte, hier zunächst mal - das ist das, was ich vorhin meinte mit „defensiv“ - defensiv damit umzugehen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Jetzt verstehe ich Ihre Frage; aber ich kann Ihnen es trotzdem nicht erklären, weil ich das nicht erinnere, ob wir das diskutiert haben. Ich glaube eher, dass es eine fachliche Geschichte war. Und ich habe ja versucht, in meinen Einführungen zu sagen, dass ich in diesen fachlichen Diskussionen nicht dabei war. Also, ich kann Ihnen da als Zeuge jetzt keine Dinge benennen, die diese Frage beantworten.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Es gab dann in der Folge ja einen durchaus regen Austausch mit der Kommission, mit der Kommissarin. Am Ende des Jahres, also 1. Dezember 2016, fand man dann auch einen Kompromiss. Bei diesem Kompromiss ging es jetzt hier im Untersuchungsausschuss auch durchaus um die Frage: Welche Zugeständnisse gab es, und welche Qualität hatte dieser Kompromiss? Ist es ein rein politischer Kompromiss gewesen? Ist es ein politisch-juristischer Kompromiss mit der Kommission gewesen? Die Kommission hat ja dann am Ende auch das Vertragsverletzungsverfahren eingestellt und die Klage zurückgenommen. Wie hat man das auf Ihrer Seite und auch in der Kommunikation beurteilt?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Wir haben natürlich sehr begrüßt, dass am Ende Frau Bulc in einer

Presseerklärung - am 1. Dezember war es, glaube ich - deutlich gemacht hat, dass sie bestätigt hat, dass das ein europarechtskonformes Vorgehen ist, und sie hat dann ja auch das Vertragsverletzungsverfahren eingestellt.

Es hat im Vorfeld viele Gespräche gegeben. Ich habe bereits gesagt, dass ich eigentlich an fast keinem teilgenommen habe; aber es hat Gespräche gegeben, von denen ich weiß, insbesondere auch mit dem Juristischen Dienst, auch mit Herrn Selmayr - Sie haben ihn ja als Zeugen vernommen -, wo wir bestimmte Dinge erörtert haben.

Dieses Gespräch mit der Frau Bulc, wo wir angeblich Zugeständnisse gemacht haben: Ich habe das nicht so mehr in Erinnerung, sondern meines Erachtens war das ein politisches Zugeständnis, dass man gesagt hat: Die Frau Bulc bestätigt, dass das Vertragsverletzungsverfahren auch rechtlich sauber in dieser Variante der Änderung des Gesetzes abgearbeitet ist, und wir haben politisch gesagt - aber das muss Herr Dobrindt Ihnen näher darstellen -: Wir unterstützen die Bemühungen der Kommission bei der Eurovignetten-Richtlinie, natürlich nur so, wie wir es politisch durchsetzen können. - Sie haben ja miterlebt, dass wir jetzt gerade im Rahmen unserer EU-Ratspräsidentschaft die EU-Richtlinie, die Eurovignetten-Richtlinie, versuchen anzupassen, und Sie haben auch miterlebt, wie schwer es ist, innerhalb der Bundesregierung zu einer Positionierung zu kommen. Und insofern war das für mich eine politische Zusage, die man gemacht hat: Wir bemühen uns auf den europäischen Ebenen. - Jeder Verkehrsministerrat hatte diese Eurovignetten-Richtlinie auf der Tagesordnung, und es war das große Bestreben von Frau Bulc, das zu einem Ende zu bringen, was sie aber nicht mehr in ihrer Amtszeit geschafft hat - lag aber teilweise auch an ihrer Unnahbarkeit bei bestimmten Themen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Darf ich an dieser Stelle einfach noch mal nachfragen? Ich weiß nicht, ob Sie dabei waren oder ob das überhaupt ein Thema in diesen Gesprächen war: Der Herr Selmayr hat hier ausgesagt, man habe quasi von Deutschland oder aus dem BMVI eine Zusage zu einer sogenannten Interoperabilität mit dem eu-



Nur zur dienstlichen Verwendung

ropäischen System und damit zu einer streckenbezogenen Maut bekommen und sei deswegen enttäuscht gewesen, dass sich Deutschland dann gegen eine streckenbezogene Maut ausgesprochen hätte. Waren Sie da in irgendeiner Sprache involviert, oder ist Ihnen davon irgendetwas bekannt?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich war in keines dieser Gespräche involviert. Ich habe mit Herrn Selmayr nie ein Gespräch geführt oder war nie dabei, als mit ihm Gespräche geführt wurden, kann mir allerdings auch nicht vorstellen, dass wir eine streckengebundene Maut zugesagt haben, weil - Herr Lange, Sie wissen es selber - ich seit 30 Jahren im Umfeld der CSU tätig bin und ich weiß, dass es in Flächenländern - als jemand, der aus Schleswig-Holstein kommt, vielleicht nicht ganz so bedeutsam - halt mit der streckengebundenen Maut ein Riesenproblem gibt. Aber ich habe keine Detailkenntnisse.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke schön. - Dann mache ich jetzt einen relativ großen Sprung in das Jahr 2018. Am 17. Oktober 2018 kam das finale Angebot, mehrfach ja schon benannt und bekannt. Wurden Sie über den Eingang dieses finalen und einzigen Angebotes informiert? Hat man Sie informiert über die große Diskrepanz zwischen dem finalen Angebot und dem, was im Haushalt eingestellt war? In welcher Form waren Sie in diesen Informationskreislauf und, wenn, zu welchen Zeitpunkten eingebunden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich war in diesen Informationskreislauf nicht eingebunden. Mir waren die Termine nicht bekannt. Ich habe dann in immer wieder stattfindenden Gesprächen - aber das waren keine geplanten Gespräche, sondern es waren Gespräche, die man halt immer wieder geführt hat - - von Herrn Dr. Schulz zwischenunterrichtet, sage ich mal, über den Stand: „Es läuft“ oder „Es sind Angebote da“. Aber ich habe keine Erkenntnisse, zu denen ich jetzt etwas konkret aussagen könnte, wie diese Vergabeverfahren - - Das waren Verwaltungsverfahren, die eigentlich in der Zuständigkeit der Staatssekretäre laufen und gar nicht über meinen Tisch in irgendeiner Form liefen.

Und, wie gesagt, vielfach hat der Herr Schulz dann auch direkt den Minister unterrichtet. Ich habe immer nur kurze Hinweise von Herrn Schulz bekommen über den Stand der Verfahren, aber keine Details, wer angeboten hat oder zu welchen Konditionen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Dann möchte ich jetzt noch mal genauer auf den 2. Oktober 2018 eingehen. Da erhielten Sie eine Einladung für ein Gespräch mit dem Minister zum Thema Infrastrukturabgabe; MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 1. Haben Sie, wenn Sie jetzt die Einladung sehen, am 2. Oktober, falls erinnerlich, an einem Gespräch teilgenommen, und, wenn ja, was wurde dabei besprochen, und ging es dabei eventuell um das Treffen am 3. Oktober 2018 mit Herrn Kapsch und Herrn Schneble? Das war ja am Tag darauf.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: An diese Einladung habe ich keinerlei Erinnerung, und ich meine auch, ich hätte daran nicht teilgenommen. Ich kann es jetzt nicht ganz genau sagen; aber gerade der 3. Oktober ist für mich eigentlich immer so ein Tag, wo ich, weil es meistens irgendwo Brückentage dann gibt, dieses gerne ausnutze, um in meine Zweitwohnung nach Husum zu fahren, weil ich ab und zu einfach mal ein paar Tage der Erholung brauche, und da ist der 3. Oktober eigentlich immer ein Standardtermin. Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich daran teilgenommen habe. An Inhalte könnte ich mich schon überhaupt nicht erinnern. Auf jeden Fall diente es nicht der Vorbereitung, weil dann war ich nämlich in Husum.

Wo ich mich noch wiederum gut dran erinnere: Ich war in Husum, weil hinter meiner Wohnung dort ein neues Einkaufszentrum eröffnet wurde, und aufgrund der langen Lärmbelästigung in der Bauphase war ich dort eingeladen und war ein Ehrengast, und ich habe, wenn ich ganz ehrlich sein soll, diese Rolle ein wenig genossen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja. Vielleicht gab es da sogar Krabbenbrötchen, die ich nicht gegessen hätte.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, leider nicht. Herr Lange, ich weiß, dass Sie das nicht essen würden. Nein, es gab ganz banale Dinge, die Sie auch gegessen hätten.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Herr Görrissen und ich haben das schon verstanden, was wir hier gerade gemeint haben. - Am 29. November 18 fand dann ja auch ein in der Presse vieldiskutiertes Gespräch statt mit dem Bundesminister, den Herren Schulenberg und Kapsch. Hat der Minister Ihnen in irgendeiner Form darüber berichtet, oder hat er Ihnen erzählt: „Die haben jetzt angeboten, das alles auszusetzen, bis der EuGH entschieden habe“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sie haben zu Recht die Teilnehmer benannt. Ich selber war nicht dabei. Sie kennen mich: Ich wäre natürlich als neugieriger Mensch gerne dabei gewesen; aber es war klüger, nicht dabei zu sein, weil dann hätten auch noch andere dabei sein wollen wie zum Beispiel Herr Schneble oder Sonstige. Wir haben über diesen Termin weder eine Vorbereitung getroffen noch Sonstiges.

Der Minister hatte immer mal den Wunsch geäußert, er würde gerne seine Vertragspartner kennenlernen. Ich weiß gar nicht, ob er zum damaligen Zeitpunkt den Herrn Kapsch persönlich kannte; ich glaube es aus irgendeiner Geschichte im deutsch-österreichischen Grenzraum. Auf jeden Fall, der Herr Schulenberg war uns allen nicht bekannt, und es war für uns natürlich schon eine leicht überraschende Situation, dass ein Unternehmer wie Schulenberg, den wir von Eventim, also Konzertkarten usw., kannten, jetzt sich für ein derartiges Projekt interessiert.

Der Minister hat immer wieder mal gesagt: Ich möchte gerne wissen: Wie will der das handhaben? Wir haben immerhin geredet über 41 Millionen Bescheide, die hätten verfasst werden müssen. Klappt das? Kann man sich auf den

ver¹²- - Ist das ein Vertragspartner, mit dem man vernünftig arbeiten kann? - Uns allen steckten natürlich in den Gliedern die Entstehungsgeschichte und die Anlaufphase der Lkw-Maut, wo man schlechte Erfahrungen hatte, und eine derartige Situation wollten wir vermeiden.

Also, ich habe über dieses Gespräch nur im Nachhinein noch mal kurz mit Herrn Schulz gesprochen, der gesagt hat: Och, lief ganz gut; die scheinen einen ganz vernünftigen Eindruck zu machen. - Dieser Umstand, den Sie jetzt nennen, dass man das nicht unterzeichnet oder irgendwie, ist mir nie bekannt gewesen; ich habe nichts davon gehört.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja. Danke schön. - Dann mache ich einen Sprung zum Dezember 2018. Sie haben vorhin in Ihrer Einleitung schon gesagt, dass Sie in diese Vertragsverhandlungen nicht eingebunden waren. Deswegen nur noch mal die Frage - das Ganze lief über den Herrn Schulz; mehrfach schon beschrieben -: War im Rahmen des Aufstellungsverfahrens Haushalt 2019 das Thema „Abschluss der Verträge“ irgendwie in Ihrem Umfeld mal adressiert worden, dass man gesagt hat: „Ja, da müssen wir noch aufpassen; da brauchen wir vielleicht in 19 noch mal Geld; wir wissen nicht, ob wir in 18 die Verträge zustande kriegen“, oder war das auf der Ebene „Koordinierung der Informationen“ zu dem Zeitpunkt kein Thema?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das war auf meiner Ebene, in meiner Zuständigkeit kein Thema, weil der Haushalt - - Die Haushaltsunterlagen waren dort, und es war klar, welcher Finanzrahmen vorgesehen war. Und mir zumindest war eigentlich auch klar, dass man keinen Erfolg haben würde, noch einmal mehr Geld zu organisieren. Aber ich war damit nicht befasst, und - Sie haben es gerade gesagt - Ende 2018 habe ich mich einfach mal für ein paar Wochen ausgeklinkt, weil da fiel hinein mein 65. Geburtstag, und da mein 60. in einer Reha landete, habe ich mir gesagt: Du möchtest noch einmal mit Freunden wirklich einen Geburtstag feiern, den es zu feiern lohnt. - Das habe ich da an diesem Jahresende gemacht

¹² Ergänzung des Zeugen: „lassen“, siehe Anlage 1, S. 35



Nur zur dienstlichen Verwendung

und habe auch dem Minister gesagt und Herrn Schulz: Ihr könnt mir schicken, was ihr wollt; mich interessiert das jetzt nicht. Ich habe Geburtstag. - Aber ich habe zu den Haushaltsdingen keine Details.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön. - Dann springe ich. Weil ich das auch richtig verstanden habe, dass Sie auch die Verträge im Vorfeld nicht weiter gekannt haben oder sie besprochen wurden, nehme ich das jetzt einfach so und würde wirklich auch zu diesem 18./19. Juni zu sprechen kommen, also der Tag, als das Urteil kam. Können Sie uns bitte schildern, wie dann Ihr Erstkontakt mit dem Minister lief, was Sie besprochen haben, wie man jetzt vorgehen will, wen man auch sonst aus dem politischen Bereich jetzt informieren und mit wem man sich abstimmen möchte, wen man im rechtlichen Bereich braucht? Wie sind Sie an diesem Tag dann mit der ja doch unerwarteten Situation umgegangen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das Urteil wurde, glaube ich, um 9.30 Uhr verkündet. Der Minister war nicht in Berlin anwesend, sondern war in seinem Wahlkreis und hatte mir kurz vorher schon eine SMS geschickt: „Sind alle aufmerksam dabei und beobachten das Urteil?“, und ich konnte ihm berichten: „Alle, die damit befasst sind, werden sich jetzt diese Urteilsverkündung genau anschauen“, weil wir ja auch dachten, es wird jetzt auf Details ankommen, was wir für eine Umsetzung brauchen. Dass es so klar wird, war nicht denkbar.

Ein paar Minuten nach der Urteilsverkündung - aufgrund der Klarheit - hat der Minister angerufen. Ich hatte die Kollegen, meine beiden Unterabteilungsleiter, bei mir, und wir haben dann gemeinsam mit dem Minister kurz nur besprochen. Und ich sagte ja schon eingangs: Es waren zwei Entscheidungen, die der Minister getroffen hat. Einmal: Stoppt bitte alle Maßnahmen, die noch laufen. - Da ging es ja auch um Grundstücksdinge oder Gebäude, Beschaffung für Personal beim KBA - das lief bei mir, in meiner Heimat in Nordfriesland; da gab es Überlegungen - und auch andere Dinge. Und das Zweite war eben das Einsetzen dieser Taskforce; das war die klare Entscheidung des Ministers.

Wir haben dann gesagt: Wir werden nachher noch mal eine Telefonschleife machen mit den Verkehrspolitikern aus der Fraktion. - Das waren ja damals - Herr Lange, Sie werden sich erinnern - im Wesentlichen CSU-Politiker, mit denen wir dann eine kurze Schleife - - Ich kann nicht mehr beurteilen, wer da jetzt alles drin war; das hat das Vorzimmer koordiniert. Wir haben dann noch mal alle informiert. Aber, wie gesagt, die Informationen waren ja über die Ticker schon gelaufen.

Wir haben dann verschiedene Gespräche geführt. Der Minister hat sicher viele Leute informiert - das weiß ich nicht, weil er nicht da war -, und wir haben dann, wie Sie sicher auch alle wissen, diese Pressekonferenz vorbereitet, die am Flughafen München stattfand, weil die Presse natürlich drängte und Statements haben wollte. Das hätte zu lange gedauert, bis der Minister wieder in Berlin gewesen wäre, und er wäre dann auch in die Fraktionssitzung usw. hineingeplatzt. Also, wir mussten da ein wenig improvisieren und haben dann diese Gesprächsrunden, von denen ich eben schon in der Fragestellung von Herrn Dr. Jung berichtet habe, einberufen. Die Taskforce hat getagt, auch unter Beteiligung von Fachleuten usw., und wir haben dann abends die Bewertung vorgenommen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja. - Die Bewertung ist für mich jetzt auch ein Stichwort. Sie haben sich dann mit dem Minister in einem kleineren Personenkreis an diesem 18. Juni in das Büro des Ministers noch zurückgezogen - so hat es zumindest die Zeugin Bethge hier berichtet -, also nicht die gesamte Taskforce, sondern eine kleinere Runde, an der auch Sie teilgenommen haben sollen. Können Sie uns bitte kurz berichten, was man in dieser kleinen Runde besprochen hat und - man kam ja dann mit einem Ergebnis auch aus dieser Runde - wie man zur Abwägung und dann zu diesem Ergebnis für das weitere Vorgehen gekommen ist?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich hatte ja schon berichtet, dass es vorher noch mal den Termin der Taskforce mit dem Minister gab, wo die einzelnen Bereiche dargestellt haben, was sie im



Nur zur dienstlichen Verwendung

Laufe des Tages erörtert haben, was sie für rechtliche Bewertungen vorgenommen haben, was sie für Schlussfolgerungen vorbereitet haben, was sie veranlasst haben, um weitergehende Dinge, die beim KBA oder beim BAG gelaufen sind, zu stoppen. Wir haben dann gesagt: „Das hat jetzt keinen Sinn in dieser großen Runde, wo dann jeder noch mal wieder meint, noch mal wieder was sagen zu sollen“, sondern die Positionen waren dargestellt; der Minister hatte sich das dort angehört.

Wir haben gesagt: „Das müssen wir jetzt bewerten und zu einer Idee kommen, wie wir mit dem Ganzen weiter umgehen“, und haben uns dann in der Tat in diese kleinere Runde zurückgezogen im Büro des Ministers, die ja aus - ich kann es jetzt nicht ganz genau sagen - sieben, acht Leuten bestand, und haben dort noch einmal Revue passieren lassen, was jetzt das Urteil konkret bedeutet, und haben uns insbesondere auch durch den anwesenden Rechtsberater Herrn Dr. Neumann noch mal Empfehlungen geben lassen, was man machen kann: die Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen auf der einen Seite, aber vor allem auch den weiteren Kündigungsgrund wegen der Schlechtleistung, der ja zu vollkommen anderen Rechtsfolgen auch führt.

Wir haben das alles noch einmal abgewogen, haben uns die Dinge noch mal vorgestellt und dargestellt, was rechtlich geht, was man machen könnte, wie die Verfahrenswege vor allem sind. Es gibt ja in dem Vertragswerk auch sehr genaue Kündigungsregelungen und Zustellungsbestimmungen. Über all diese Dinge haben wir uns unterhalten, und am Schluss bestand das Einvernehmen. Also, es ist jetzt nicht abgestimmt worden, oder irgendeiner hat gesagt: „So machen wir es“, sondern es ist, wie bei Herrn Scheuer häufig üblich, die Frage: Hat noch einer eine andere Meinung? Hat noch einer eine andere Position?

Und es war eigentlich die einhellige Meinung: Nein, wir müssen zu der Erkenntnis kommen - - Wir müssen kurzfristig - - Der Rechtsberater hatte gesagt: Wir haben vielleicht auch ein paar Tage

Zeit. - Aber uns hatte eine Mail besonders verunsichert, die am Tag vorher versandt worden war, am 17. Juni, nämlich von der Kanzlei Noerr und Stiefenhofer - wie sie genau heißt, weiß ich jetzt nicht -, in der ja sinngemäß mitgeteilt wurde: „Wir sind dabei, diese Feindokumentationsplanung¹³ [sic!] zu betreiben, aber jetzt kommt ihr mit ganz anderen Forderungen noch, die auch vom Vertragswerk nicht gedeckt sind“, also wo man wittern könnte - Sie selber, Herr Lange, sind Jurist; Sie können das besser als ich als Nichtjurist bewerten -, wo man auch herauslesen konnte: Na, jetzt wollen sie noch Geld machen. Jetzt wollen sie uns noch aufdrücken, dass die Forderungen, die wir stellen, wo wir meinen, dass sie richtig sind für die Feinplanungsdokumentation, dass die noch - - Das hat uns sehr nachdenklich gestimmt, und wir haben gesagt: Bevor wir jetzt hier lange Zeit ins Land gehen lassen, entscheiden wir, dass diese Kündigungen jetzt vorgenommen werden aus den beiden genannten Gründen. Später ist ja dann noch ein weiterer Kündigungsgrund dazugekommen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke, Herr Görrissen. Damit haben Sie den zweiten Teil meiner Frage vorweggenommen und mir die Möglichkeit gegeben, in der Zeit zu bleiben. - Danke.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das tut mir leid, Herr Lange; aber das ahnte ich nicht.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Perfekt.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat jetzt der Kollege Mrosek das Wort.

Andreas Mrosek (AfD): Ja, recht vielen Dank. - Herr Görrissen, ich habe noch mal eine kurze Frage. Die Frau Lühmann hatte vorhin erklärt, ich sage mal, dass Sie da, nachdem der Minister Dobrindt im Amt war, Warnungen gekriegt hatten - habe ich das so richtig verstanden, Frau Lühmann? -, und zwar - ich gehe noch mal darauf ein - saß der Kollege Ramsauer hier und

¹³ Richtigstellung des Zeugen: „Feinplanungsdokumentation“, siehe Anlage 1, S. 37



Nur zur dienstlichen Verwendung

hatte von sich gegeben, dass er vor dem Koalitionsvertrag gewarnt hatte, dass das so nicht geht, wie man das wollte. Dann war er kein Minister mehr; es wurde Herr Dobrindt Minister. Sie hatten dann Nachrichten bekommen, dass gewarnt wurde, dass das so nicht geht, und Sie sagten, wenn ich es richtig wahrgenommen habe: Wir wollen den Minister nicht mit so was bombardieren, was nicht geht, sondern wir wollen eine Lösung haben. - So haben Sie das auch wahrgenommen, ne?

(Abg. Kirsten Lühmann
(SPD) nickt)

Jetzt ist ja das Ganze auch in die Hose gegangen - das wissen wir ja nun -, und Sie sagten: Einen Plan B gab es nicht. - Deswegen frage ich: Warum gab es denn keinen Plan B? Denn uns liegen hier auch Mails vor, so eine Art Pressemitteilungen, die gemacht werden sollten - nicht von Ihnen, von jemand anders -, wo die Pressemitteilung positiv ist, wenn das EuGH-Urteil für Deutschland gut ausfällt, aber die Pressemitteilung auch anders aussieht, wenn das EuGH-Urteil nicht gut für Deutschland ausfällt. Das heißt, man hatte sich ja im BMVI damit beschäftigt. Und deswegen war die Frage: ein Plan B. Wieso hatte man die Warnungen nicht aufgegriffen und doch schon an einem Plan B gearbeitet, anstatt sofort den ganzen Firmen zu kündigen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, ich habe jetzt nicht genau verstanden, welche Presseentwürfe Sie dort meinen, wer diese verfasst hat. Ich kenne sie nicht. Insofern kann ich dazu auch nichts sagen.

Ich will nur eins sagen: Sie vermengen jetzt „Warnungen“, wie Sie es nennen - - Ich würde es anders bezeichnen. Es waren Stellungnahmen, wie Europäer typisch sich äußern: ja nicht verbindlich, sondern immer noch mit der Abwägung, es könnte sein, aber es müsste nicht sein. Und das war im Jahre 2014, glaube ich, während das Urteil vier Jahre später kam. Also, insofern kann man, glaube ich, diese Verbindung nicht

stellen¹⁴. Dazwischen - ich habe es versucht darzustellen - ist vier Jahre lang - entschuldigen Sie, wenn ich es so sage - verdammt viel passiert - ich habe es versucht darzustellen -: durch das Verhalten des Bundespräsidenten, durch Gesetzgebungsverfahren, durch die Positionierung der Kommission oder die Veränderung der Positionierung. Und insofern kann ich jetzt zwischen diesem Vermerk, den Sie haben, der in der Anfangsphase der Amtszeit von Herrn Dobrindt erstellt wurde - in Unkenntnis des Lösungsmodells, das Herr Dobrindt anstrebt -, und den „Warnungen“, die Sie hier nennen, die wir dann bei Verkündung des Urteils in Form eines Plans B hätten berücksichtigen müssen - - Ich sehe da keinerlei zeitlichen Zusammenhang, geschweige denn einen inhaltlichen.

Andreas Mrosek (AfD): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat jetzt die Kollegin Lühmann das Wort.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke schön. - Herr Görrissen, ich habe noch mal eine Frage zu der Art und Weise, wie Herr Scheuer eingebunden wurde. Wie Herr Dobrindt eingebunden wurde, da haben wir drüber geredet - aber wie Herr Scheuer eingebunden wurde. Welche Rolle wollte er einnehmen? Wie stark wollte er eingebunden werden? Was für eine Rolle hatte Dr. Schulz, und was für eine Rolle sollten Sie einnehmen? Könnten Sie uns das mal kurz schildern?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das Schwerste ist jetzt, meine eigene Rolle darzustellen, weil das können besser Sie als Außenstehende nehmen¹⁵. Die Rolle von Herrn Dr. Schulz ist klar: Er war der zuständige Staatssekretär, jedenfalls in der letzten Phase, vorher der zuständige Abteilungsleiter. Vor allem, Frau Lühmann: Es geht ja in vielen Dingen um reine Verwaltungsverfahren, wo in der Regel der Staatssekretär auch der Letztentscheider ist. Und auch das hat Herr Schulz in vielen Fällen getan, gerade in dem ganzen Bereich des Vergabeverfahrens. Das ist kein

¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: „herstellen“, siehe Anlage 1, S. 38

¹⁵ Richtigstellung des Zeugen: „machen“, siehe Anlage 1, S. 39



Nur zur dienstlichen Verwendung

Verfahren üblicherweise, wo man einen Minister mit befasst; dann wäre ein Minister, glaube ich, auch überfordert. Und viele der Dinge sind eben über den zuständigen Staatssekretär gelaufen, der in unserem speziellen Fall nun auch wirklich der absolute Fachmann ist. Dem konnte keiner so ohne Weiteres Paroli bieten.

Und das hatte sich bereits in der Amtszeit von Herrn Dobrindt so eingeschpielt, dass Herr Dobrindt gerne es ausgenutzt hat und gesagt hat: Schulz soll zu mir kommen, soll mir das erläutern, und zwar nicht jetzt in Form von einem vierseitigen Vermerk, sondern persönliches Erscheinen. - Und der Minister hat Fragen gestellt, und Herr Schulz hat sie beantwortet, wo man sonst wahrscheinlich auch wegen der Hierarchie lange Zeit gebraucht hätte, um erst mal auf der Arbeitsebene einen Vermerk zu machen, der dann hätte die Hühnerleiter herauflaufen müssen, und es hätte lange Verfahren gebraucht.

Hier war es so: Herr Schulz kam oft bei mir auch vorbei - Sie wissen, räumlich sitzen wir ja alle nicht weit auseinander -, ist bei mir kurz reingekommen, hat gesagt: Ich muss mal wieder zum Chef und ihm die Details erläutern; da ist irgendeine Frage aufgetreten im Zusammenhang mit einer Presseanfrage oder einer kleinen oder schriftlichen Frage eines Abgeordneten. - Und, wie gesagt, bevor Herr Schulz dann einen langen Vermerk hat fertigen lassen, ist er halt mit den Unterlagen zum Minister gegangen und hat ihn informiert.

Ich war in der Regel nicht dabei, weil - das sage ich ganz offen - das sehr viel Kleinkram war. Wenn ich mich damit auch noch hätte beschäftigen müssen - - Ich habe immer das Gefühl, dass mein Bauchladen groß genug ist, wenn ich da einigermaßen à jour sein will. Und insofern war dort ein sehr guter und verlässlicher Informationsfluss gestartet zwischen Schulz und Dobrindt, fortgeführt zwischen Schulz und Scheuer.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Jetzt gab es aber bei Herrn Dobrindt trotzdem einige Ministervorlagen, und uns ist aufgefallen: Bei Herrn Scheuer gab es deutlich weniger. Am Tag der Ernennung von Herrn Scheuer zum Bundesminister

erstellte das Mautreferat am 13. März 2018 so eine Vorlage; das ist die MAT A BMVI-6/50, Blatt 42 und 43. Diese Vorlage war an den Minister und an Sie adressiert, wurde jedoch weder von Ihnen noch von dem Minister gezeichnet. Meine Frage ist: Kennen Sie die? Sind die später noch gezeichnet worden?

Ich sage Ihnen auch den Hintergrund meiner Frage: Das am 13. März war eine Ministervorlage, von der wir nicht wissen, ob der Minister sie zur Kenntnis genommen hat, und die nächste war vom 14. Januar 2019, also nach Unterzeichnung des Vertrages. Also, meine erste Frage ist: Diese erste Ministervorlage vom 13. März 2018, hat er die irgendwann noch zur Kenntnis genommen, und haben Sie die zur Kenntnis genommen? Denn beide Vermerke fehlen.

RA Dr. Daniel Krause: Frau Abgeordnete, könnten Sie bitte so freundlich sein, noch mal die genaue Fundstelle zu bezeichnen? Das bereitet hier Schwierigkeiten, die zu finden.

Kirsten Lühmann (SPD): MAT A BMVI-6/50 - klein Otto, Entschuldigung -, Blatt 42/43; mein Fehler.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Lühmann, ich muss mir das gerade mal anschauen, -

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: - weil auf Anhieb sagt mir diese Vorlage nichts.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Also, ich kann mich an diese Vorlage nicht erinnern. Ich könnte jetzt nicht sagen, dass ich sie jemals gesehen habe oder bewertet habe oder irgendwie was. Also, mir ist sie nicht bekannt.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Das finde ich spannend, weil sie ja auch an Sie adressiert ist. Gut, jetzt kann es sein, dass im - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Na ja, Sie müssen nur schauen: Sie ist an mich adressiert nach dem Herrn Bomba. Aber auf dem Exemplar, was Sie haben, hat Herr Bomba nicht abgezeichnet.

Kirsten Lühmann (SPD): Also, da könnte es hängen geblieben sein?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Da ist die Frage: Hat Herr Bomba sie jemals weitergegeben? Vielleicht hat er sie schon nicht weitergegeben, weil er gesagt hat: Das werde ich dem Minister persönlich sagen. - Das gab es ja auch.

Entschuldigung, ich darf das einmal so offen sagen: Es gab natürlich auch gewisse Rivalitäten. Der Umstand, dass Herr Schulz - damals noch, wie Sie sehen, Abteilungsleiter - direkten Informationszugang sozusagen hatte zum Minister, gefiel nicht unbedingt dem Staatssekretär, dem Minister schon. Und insofern mag es Fälle geben, wo Vorlagen auch an diesen bösen Görrißen nicht erst gegeben wurden, sondern die der Staatssekretär dann direkt mal dem Minister gegeben hat. Das kann ich aber nicht beurteilen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nur, Sie können mich jetzt nicht als Empfänger bezeichnen; denn der Empfänger wäre ich erst nach Bomba geworden.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. - Ich formuliere neu: Sie stehen unter dem Adressatenkreis. - Aber es hat Sie nicht erreicht, wie wir jetzt gehört haben.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Also, ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Auch jetzt durch Lektüre des Inhalts verfestigt sich kein Eindruck bei mir.

Kirsten Lühmann (SPD): Dann stelle ich fest, dass die erste Ministervorlage tatsächlich, die den Minister nachweislich erreicht hat, nach der Vertragsunterzeichnung ist.

Jetzt haben Sie gesagt verschiedene Dinge; das habe ich mitgenommen. Das Erste ist, dass Sie gesagt haben: Der Minister hat eine Fülle von Informationen, da geht einiges unter, darum habe ich diese Tagesmeldungen auf seinen MdB-Account geschickt, und das waren aber keine fachlichen Sachen, sondern eher politische, um ihn zu informieren, wie man damit umgeht. - Und für das Fachliche war Herr Schulz zuständig - so habe ich Sie verstanden -, und der ist öfter gekommen und hat gesagt: Ich muss mal wieder zum Minister und zu der einen oder anderen Frage referieren. - So habe ich das aufgenommen.

Meine Frage ist jetzt nur: Wie hat der Minister denn Informationen gekriegt, die er nicht persönlich angefordert hat, also zum Beispiel die Tatsache, dass ein Bieter nach dem anderen ausgestiegen ist, bis auf das Telefonat mit Herrn Höttges, der dem Minister persönlich mitgeteilt hat, dass T-Systems und AGES kein finales Angebot abgegeben werden? Das wusste er nun von dem persönlich. Aber die anderen Sachen, die hat er ja gar nicht mitgekriegt, und deswegen kann er auch nicht danach fragen. Deshalb kann er auch nicht Herrn Schulz bitten, zu einem Termin zu kommen und ihm darüber was zu erzählen.

Also, wie ist sichergestellt worden, dass der Minister über die problematischen Punkte - - Und Sie haben gerade eben gesagt: „Na ja, das ist eine reine Rechtsfrage“, Vergaberecht oder so. Aber ich sage mal: Sie sind lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass die Tatsache, dass es zum Schluss nur noch einen Bieter gibt, keine rein vergaberechtliche, sondern auch eine politische ist. Also, meine Frage: Wie ist denn der Minister informiert worden, wenn es kein strukturelles Verfahren wie das von Ministervorlagen gab?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Frau Lühmann, Sie haben gesagt, ich mache meine Tagesinformationen, da sonst einiges untergeht. Das ist natürlich nicht die richtige Beschreibung.

Kirsten Lühmann (SPD): „Könnte“ habe ich gesagt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: „Könnte.“ Es ist teilweise auch richtig. - Nein, es sind Informationen, die ich bekomme, wenn ich zum Beispiel mit der Abgeordneten Frau Lühmann über irgendwas spreche und sie mir beiläufig sagt: Da und da ist das und das. - Das wäre zum Beispiel etwas, wo ich sage: Mensch, das muss der Minister wissen, weil: Wenn Frau Lühmann nächste Woche auf ihn trifft, dann kommt sie wieder damit und dann ist er vorgewarnt und sagt: Ja, Sie haben doch schon dem unbedeutenden Görrißen das gesagt. - Also, es war der Versuch, eine Informationsquelle für ihn zu sein.

Jetzt ist es ja nicht so, dass ein Minister alleine durch Vorlagen informiert wird, sondern die Routine - die haben wir damals noch relativ streng eingehalten - des Hauses war, dass man einmal die Woche, am Mittwochnachmittag, eine sogenannte Leitungsrunde hatte - oder hat. Das klappt leider nicht immer durch die Strukturen, die jetzt im Parlament etwas anders geworden sind: dass wir häufig mittwochs schon parlamentarische Tagesordnungspunkte haben. Aber es war damals zumindest bei Dobrindt und auch später bei Scheuer in der Anfangsphase gang und gäbe, dass wir am Mittwoch Leitungsrunde haben, und da berichtet jeder Abteilungsleiter über die Punkte, die aus seiner Sicht wichtig sind - plus die vier Staatssekretäre.

Und da kann ich jetzt nicht im Einzelnen sagen: „Das war dann und dann gewesen“; aber natürlich wird in diesen Runden auch intensiv über die Themen, die dann gerade aktuell sind - - Und sicher wird dort auch berichtet worden sein: Wir haben jetzt nur noch ein Angebot vorliegen, nachdem die anderen uns nichts mehr anbieten werden oder kein Letztangebot mehr machen werden. - Also, es gibt auch noch ganz andere Quellen, und es ist auch nicht so, dass der Minister von sich aus gesagt hat: „Ich brauche jetzt mal den Schulz“, sondern eben Schulz auch gesagt hat: „Da ist jetzt ein neuer Fall, eine Situation eingetreten.“

Und bevor ich da jetzt die ganze Maschinerie arbeiten lasse und einen Vermerk schreiben lasse - - Denn so Vermerke - wissen Sie auch -, die

beginnen dann ja: „Die Einführung der Infrastrukturabgabe wurde im Jahre sowieso ange-dacht, und jetzt ist die Situation“, sondern das ging halt schneller, indem der wirklich erfahrene Dr. Gerhard Schulz zum Minister gegangen ist mit seinen aktuellen Unterlagen, hat gesagt: Hier, Herr Minister, das und das ist jetzt die Situation. Da brauchen wir jetzt eine Entscheidung. - Oder er hat es selber entschieden. Ich sagte ja: Das sind Verwaltungsverfahren gewesen, die ja eigentlich in der Kompetenz eines Staatssekretärs auch liegen.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Übrigens, aus eigener Erfahrung im Team kann ich Ihnen sagen: Die Schreiben von solchen Vermerken, bei denen erst bei Adam und Eva angefangen wird, bevor man zum Punkt kommt, kann man durchaus verändern. Das funktioniert.

Die letzte Frage in dieser Runde bezieht sich auf den 3. Oktober 2018. Da trafen sich Minister Scheuer und Staatssekretär Dr. Schulz mit Herrn Kapsch am Flughafen Tegel. Wann haben Sie von diesem Treffen Kenntnis erlangt? Denn Sie haben an demselben Tag, also am 3. Oktober, eine Mail an die persönliche Referentin des Ministers, Frau Teufert, mit folgendem Text - -

Weißt Du übrigens, daß sich Sts S heute auf dem Flughafen wegen Maut mit Min.

Und Frau Teufert antwortete:

Nein. Wusste ich nicht. Komisch...

Das ist die MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 2. Also, wann haben Sie zum ersten Mal davon erfahren, und warum haben Sie diese Mail an Frau Teufert geschrieben?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ich darf es mir gerade noch mal anschauen, Frau Lühmann.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, ich habe das ja gerade schon auf die Frage von Herrn Abgeordneten Lange gesagt, dass das wieder so ein Fall war, wo ich ganz gerne die Zeit einmal nutze mit einem Brückentag - - verbringe ich meinen Aufenthalt dann in Husum in einer behindertengerechten Wohnung, die ich mir dort gekauft habe. Und ich brauche ab und zu einfach mal so ein paar Tage der Entspannung. Das heißt, ich hatte in den Tagen - ich glaube, ich habe die ganze Woche Urlaub gehabt - mich nicht mit dem Tagesgeschäft beschäftigt.

Aber ich bin ein Mensch, der dann doch nicht lassen kann und irgendwann dann wieder schaut, und so habe ich, so meine ich mich zu erinnern, noch mal in den Kalender geschaut: Was ist jetzt eigentlich in den nächsten Tagen, was erwartet dich, oder was versäumst du? - Und dann habe ich gesehen diesen Termin im Kalender, dass der Minister sich mit Herrn Schulz auf dem Flughafen trifft. Das war ja an dem Tag, glaube ich, wo der Minister zu den deutsch-israelischen Konsultationen abreiste, wiederum eine gute Gelegenheit für mich, mal nicht da zu sein, weil er auch nicht da war, und habe dann gesehen diesen Termin und habe gedacht: Was ist denn das? Kein Mensch hat dir davon berichtet. - Und dann habe ich die Frau Teufert, die damals schon, glaube ich, persönliche Referentin war - vorher ja, wie Sie wissen, meine engste Mitarbeiterin -, befragt, ob sie mir das erklären kann, und sie wusste es auch nicht.

Es war dann ja, wie sich herausgestellt hat, ein Termin, den der Leiter des Ministerbüros mit Herrn Schneble vereinbart hat. Es wurde ja sogar gesagt: angeblich sogar unter geheimem Namen vereinbart hat, was aber alles nicht stimmt, sondern die haben halt einen Raum in Tegel angemietet, weil eben die Herren der Betreiberseite - die haben ja den Luxus von Privatfliegern - dorthin geflogen sind und der Minister auf dem Flughafen war, weil er von dort dann direkt rüber zum militärischen Teil - - um nach Israel zu fliegen.

Das gehörte zu dem, was ich eingangs schon auch zu Herrn Lange sagte: dass der Minister immer mal gesagt hat: Ich will wissen, mit welchen Betreibern ich es hier zu tun habe, ob das Firmen

sind, die mir wirklich zuverlässig garantieren können, dieses, ja, ich sage mal, Mammutprojekt mit über 40 Millionen Steuerbescheiden usw. in den Griff zu kriegen. - Und dazu hat dieses Gespräch gedient. Inhalte darüber sind mir nicht bekannt, und ich hatte vorher auch keine Kenntnis von diesem Termin. Aber bedingt dadurch, dass ich - - Frau Lühmann, was Sie bei mir selten kennen - Sie rügen es auch jedes Mal, wenn ich mal nicht da bin -: Da war ich einfach mal nicht da.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut. - Dann hat jetzt der Kollege Jung das Wort für die FDP.

Dr. Christian Jung (FDP): Sehr geehrter Herr Görrißen, ich finde es ja immer interessant, wenn man sich sozusagen - in Führungszeichen - als „unbedeutend“ bezeichnet. Ich bin da von Landräten aus Baden-Württemberg von der CDU ganz anderes gewohnt, die mir immer sagen, wenn sie was wollen, dann rufen sie erst mal Sie an in Berlin. Also, so unbedeutend können Sie nicht sein.

Aber die Frage, die ich jetzt habe an Sie - -

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Aber, Herr Dr. Jung, das sagt nur Ihr Landrat, mein Freund Riegger. Das rührt aber daher, dass wir alte Freunde sind und schon mal Kollegen in den Landesvertretungen waren. Sonst kann das keiner in Baden-Württemberg als Landrat von mir behaupten.

Dr. Christian Jung (FDP): Der hat das zum Beispiel gesagt; das stimmt, ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Das war mir klar.

Dr. Christian Jung (FDP): Der hat mir aber auch selbst bestätigt, dass Sie nicht so unbedeutend sind, wie Sie jetzt hier sich darstellen. - Aber Spaß beiseite: Haben Sie sich mit dem Herrn Dr. Feser im Vorfeld der heutigen Veranstaltung besprochen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Dr. Feser ist mir natürlich seit rund 30 Jahren bekannt, weil ich mal dafür verantwortlich war, dass er eine Tätigkeit in der CSU-Landesgruppe aufgenommen hat. Auf gut Deutsch: Ich habe ihn damals



Nur zur dienstlichen Verwendung

eingestellt, bin ab und zu dafür beschimpft worden und auch wieder gelobt worden. Aber so ist es nun mal: Mit seinem Tun wird man manchmal gelobt, manchmal geschimpft.

Ich habe mich mit Herrn Feser im Vorfeld des Untersuchungsausschusses, also im Vorfeld der Einrichtung des Untersuchungsausschusses, unterhalten, weil wir, wie gesagt, alte Fahrensleute sind. Und ich behaupte: Wir waren in der Fraktion immer diejenigen, die vielleicht ein bisschen Ahnung vom PUAG hatten. - Ich habe festgestellt, dass viele gar nicht wissen, was das PUAG ist, geschweige denn die Inhalte kannten. Und Feser und ich sind da alte Leidenskumpane. Wir haben die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes mitgemacht.

Ich hatte damals den Kontakt mit Herrn Feser wegen dieser Frage des Ermittlungsbeauftragten. Das waren nicht - ich verrate ja keine Geheimnisse - die Herren Krischer und Cezanne, die damals in der Presse den Eindruck vermittelt hatten, es könne auch ein Ermittlungsbeauftragter - oder sie haben es, glaube ich, damals in den ersten Medienberichten „Sonderermittler“ genannt - eingesetzt werden, ohne dass es einen Ausschuss gibt - etwas, was eigentlich sehr sympathisch war. Ich habe da auch die leicht ironische Bemerkung gemacht, das würde dann ja der Deutsche Bundestag bezahlen, den ganzen Aufwand, weil das so die Vorkehrungen sind. - Ich habe mit Herrn Feser gesprochen.

Ich habe dann bewusst keinen Kontakt mehr mit Herrn Feser gehabt, was ich sehr bedaure, was nämlich, Herr Dr. Jung, auch dazu geführt hat, dass ich ihm nicht mal zu seinem 60. Geburtstag gratuliert habe, was ich mir eigentlich als schweren Fehler vorwerfe. Aber ich habe mir geschworen: Wenn der Untersuchungsausschuss zu Ende ist, werde ich dieses würdig nachholen. Und insofern habe ich aber sonst mit ihm keinen Kontakt mehr gehabt, um ihn nicht in Schwierigkeiten zu bringen und mich auch nicht.

Dr. Christian Jung (FDP): Gut. Das ist auch sehr lobenswert, auch aus Fürsorgegründen gegenüber dem Herrn Dr. Feser. Hätte ja sein können, dass Sie gestern irgendwie mit ihm gesprochen hätten.

Jetzt hatten sie den 18.06. noch mal ausführlich beschrieben. Wie viele SMS haben Sie denn am 18.06. von dem Minister etwa bekommen? Sie haben ja sehr viel Kontakt an dem Tag gehabt.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe morgens eine bekommen, die da eben sagte: „Sind alle Gewehr bei Fuß? Also, kümmert ihr euch auch?“, also, so eine, wissen Sie, nach dem Motto: Ich glaube ja schon, dass der Görrissen was tut, aber ich kontrolliere ihn noch mal. - Und dann weiß ich nicht. Möglicherweise habe ich im Laufe des Tages noch mal eine bekommen, nämlich zu der Frage: Wann kommen denn jetzt Kapsch und Eventim? - Denn das war einer der Punkte - das habe ich Ihnen unterschlagen - -

Der Minister hatte dann auch gesagt: Vielleicht ist es klug, wenn wir uns mit denen noch mal unterhalten. - Und das hatten wir dann für den 18. vereinbart, Herr Schneble und ich. Und dann hat sich herausgestellt, dass das alles sich hinzieht bei uns durch diese Gespräche und Beratungen und Überlegungen in der Taskforce, und wir haben dann den Termin abgesagt. Und wir hatten im Rahmen der Taskforce-Überlegungen am Abend dann noch mal die Frage uns gestellt - und ich habe sie selber auch; Sie wollen ja auch darauf hinaus, dass ich doch bedeutender bin, als ich tue -, ob es sinnvoll ist, sich am 19. noch mal mit den beiden Herren zu treffen. Und es wurde dann auch anwaltlicherseits gesagt: Ja, es kann nicht schaden, dass man sich noch mal unterhält, dass man sich noch mal in die Augen schaut und miteinander redet. - Aber sonst war der Tag auch gar nicht dafür geeignet, sich SMS-mäßig auszutauschen, weil wir da einfach - - Wir haben mehrfach telefoniert. Der Minister war im Flieger, also nicht erreichbar, und wir haben dann auch viele Stunden eben zusammengesessen. Da brauchten wir uns ja nicht austauschen.

Dr. Christian Jung (FDP): Ich frage deswegen, Herr Görrissen: Sie hatten jetzt ja gesagt - etwa drei SMS oder vielleicht auch nur eine -: „Sind alle an Bord?“, sinngemäß. Diese SMS, diese Unterlagen liegen uns allerdings nicht vor. Wir haben gerade noch mal nachgeschaut in unseren Unterlagen. Sie haben ja, das Ministerium, eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vollständigkeitserklärung auch über diese Unterlagen abgegeben. Das liegt uns leider nicht vor. Haben Sie das möglicherweise mit einem privaten Handy gemacht oder - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein. Mit meinem privaten Handy - das ist ein Uraltgerät; da würden Sie sich schämen, wenn Sie so ein Gerät benutzen müssten - habe ich - - Ich habe nur immer meine dienstlichen - - Aber, wie gesagt - -

Dr. Christian Jung (FDP): Ich frage deswegen, weil wir verschiedene Vollständigkeitserklärungen immer abgerufen haben, und diese Unterlagen liegen jetzt leider nicht vor. Ich bin jetzt ein bisschen verwirrt, weil wir immer -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich weiß jetzt nicht, welche Unterlagen Sie meinen.

Dr. Christian Jung (FDP): - die Mutmaßung haben, dass uns alle Unterlagen vorliegen.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich weiß jetzt nicht, was Sie mit „welche Unterlagen?“ meinen. Ich sage ja: Ich erinnere nur diese Morgen- - Das kann sein, dass die irgendwo, weil sie nun überhaupt keinen Bezug - - „Sind alle an Bord?“ Gut, das hätte man auch fragen können: „Sind alle gesund?“ oder: „Hast du einen Krankenstand?“ Also, ich habe meine SMSen sehr sorgfältig geprüft und auch rechtlich bewerten lassen; ich habe es Ihnen ja gesagt. Also, da sehe ich jetzt keinen Fehler, dass da irgendwie Ihnen etwas nicht mitgeteilt worden ist.

Dr. Christian Jung (FDP): Jetzt hatten Sie ja über die Taskforce gesprochen, an der Sie ja, wie Sie gesagt haben, erst später teilgenommen haben: am Abend, als der Minister auch da war. Gab es denn insgesamt einen schriftlichen Arbeitsauftrag für die Taskforce?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, ich weiß nicht, ob jemand einen schriftlichen verfasst hat. Mir ist keiner bekannt.

Dr. Christian Jung (FDP): Haben Sie denn einem Teilnehmer oder einer Teilnehmerin der

Taskforce explizit gesagt: „Wir brauchen kein Protokoll davon“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich weiß jetzt nicht genau, wo Sie mit Ihrer Frage hinwollen. Warum hätte ich das sagen sollen?

Dr. Christian Jung (FDP): Also, könnte es sein, dass Sie extra gesagt haben zu Mitarbeitern von Ihnen: „Wir brauchen an diesem Tag kein Protokoll“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, Sie machen es mir jetzt schwer, Herr Dr. Jung. Das Einzige war - - Ich habe Ihnen ja gesagt: Ich selber bin nicht in diese Taskforce hineingegangen, weil ich die Zeit auch gar nicht gehabt hätte. - Und, wie gesagt, mein Beitrag hätte da auch nicht sehr viel weitergeholfen.

Ich hatte in meiner Vertretung die Frau Bethge gebeten oder auch der Minister hat sie gebeten, an dieser Taskforce teilzunehmen. Und wir haben uns, Frau Bethge und ich, darüber unterhalten: Wie machen wir das? - Und da mag es sein, dass ich am Anfang zu ihr gesagt habe: „Schreiben Sie mal ein bisschen was auf“, wobei ich jetzt nicht formal von einem Protokoll, ich glaube, gesprochen habe, weil: Was soll ein Protokoll bei allen Teilnehmern, die die entscheidenden Dinge treffen? Aber ich wollte vielleicht eine kleine Gedankenskizze haben: „Was ist dort erörtert worden?“, weil - - Ich habe Ihnen ja gesagt: Der Minister war in seinem Wahlkreis unterwegs, war dann auf dem Weg nach München und von München dann nach Berlin. - Und Sie wissen auch, von Passau nach München bist du schon mal lang unterwegs und dann wieder weiter. Das war alles nicht so schnell. Und ständig wollte er natürlich mit irgendeinem informiert sein - - dass ich ihr gesagt habe: Wenn es da was zu berichten gibt, schreiben Sie es auf.

Und dann habe ich irgendwann auch wieder gesagt: „Es hat eh keinen Sinn, weil das wird wahrscheinlich so hin- und hergehen, und wir müssen uns abends ja doch noch mal zusammensetzen“, sodass also von einem Protokoll jetzt in dem Sinne „Meier sagt dies, Jung sagt das; Meier will gar nicht mehr - - habe ich nicht ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Christian Jung (FDP): Ich war aber nicht dabei.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Sie waren nicht dabei, nee. Sehen Sie. - Sie hätten natürlich ein Protokoll in Auftrag gegeben, aber ich habe es nicht. Also, ich habe nur erst gedacht, dass sie mir ein paar Stichworte schreibt, weil ich nämlich auch ein bequemer Beamter bin, und was man auf dem Papier hat, kann man mit nach Hause tragen. Nein, aber ein Protokoll habe ich nicht gefordert.

Dr. Christian Jung (FDP): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hätte jetzt der Kollege Cezanne das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Görrißen, ich gehe auch noch mal auf den 18. Juni, also den Tag des EuGH-Urteils, ein. Sie haben um 11.13 Uhr eine E-Mail von Herrn Molitor erhalten mit einer schnellen Übersicht über die Kündigungsmöglichkeiten, die sich aus dem Vertrag ergeben. Wenn Sie wollen, kann ich die MAT-Nummer - können Sie sich gerne noch mal angucken - - MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 151, und dann eben der entsprechende Anhang. Mich würde jetzt interessieren, mit wem Sie sich ausgetauscht haben bezüglich der rechtlichen Folgen einer Kündigung.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Abgeordneter, ich muss mir das mal gerade anschauen, weil ich das jetzt nicht erinnere, was Sie - - Wir haben es aber hier.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Gerne.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ich kann, Herr Abgeordneter Cezanne, dazu nur Folgendes sagen: Ich habe damals, an dem 18. Juni, ja auch die Frage gestellt, welche europarechtlichen Bedenken oder Punkte da jetzt zu berücksichtigen sind, weil wir ja wussten: Wir müssen gerüstet sein. - Und meine damalige Informantin, sage ich jetzt

mal, im Hause war die Frau Dr. Gebauer, die dieses Verfahren begleitet hat und die auch immer sehr präzise - juristisch zwar etwas unmutig manchmal in der Abschlussdefinition - war, aber mir immer gut berichtet hat. Und das war hier jetzt ein Vermerk, wo noch mal die einzelnen Punkte dargestellt sind, die ich einfach haben wollte, um für weitere Gespräche, weitere Informationen - -

Denn ich hatte es ja gerade auch schon gegenüber Herrn Abgeordneten Lange gesagt: Wir haben dann eine Reihe von Telefonschalten noch gemacht und Telefonate geführt, dass man einfach noch mal diese Dinge - - und auch in Vorbereitung auf die Frage „Was kommt noch?“ gerüstet ist - - haben wir uns dieses von unseren Europarechtlern und der Frau Brändike, die damals ja - ich weiß gar nicht, ob die, ja, heute ist sie auch noch da, in dem Referat tätig ist - - zusammengestellt sind. Das war ein Informationsvermerk, mit dem ich eigentlich gar nicht gearbeitet hatte, sondern der einfach vorrätig war, um auf mögliche Nachfragen antworten zu können, weil - das habe ich ja anfangs deutlich gemacht - ich selber kein Jurist bin und mich deswegen immer im Sinne von Horst Seehofer verhalte als Erfahrungsjurist. Aber da haut nicht immer alles hin; deswegen müssen wir ein bisschen juristischen Beistand haben.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - Sie haben dann am Nachmittag noch mal ein Telefonat geführt mit Rechtsanwalt Graf von Westphalen - zumindest mit Juristen dort -, um sich über deren Bewertung der möglichen Kündigung noch mal - was weiß ich, wie sagt man? - eine zweite Meinung einzuholen. Warum haben Sie das getan, und was wurde Ihnen dort mitgeteilt?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Sie haben das richtige Stichwort genannt: „zweite Meinung“. Wir haben natürlich die Meinung im Hause und auch die Meinung unserer Rechtsberater gehabt. Aber da auch Herr Scheuer ja kein Jurist ist - und wir hatten gerade in einem vollkommen anderen Zusammenhang mit der Kanzlei von Westphalen Kontakt, und ich hatte dem Minister über einige Dinge in den Tagen vorher berichtet, wo die Kol-



Nur zur dienstlichen Verwendung

legen der Kanzlei mir einige Tipps gegeben hatten zu, wie gesagt, vollkommen anderen Dingen - - Und dann sagte er: So, ruf die doch einfach noch mal an, und frag, wie die das sehen würden. - Nun war es so, da habe ich natürlich in ein Wespennest geknipst. Denn dann wurde mir gleich gesagt: Ja, da müssen wir noch mal den Kollegen Sowieso und den Kollegen Sowieso holen. - Und im Prinzip haben sie mir das weitgehend noch mal so bestätigt, was ich schon wusste.

Es war einfach noch mal eine zweite Meinung holen, weil natürlich bei uns im Hause die Kollegen und auch die Rechtsberater, die sich damit befassten, ja nun ständig - - Und dann noch mal jemanden zu hören, der vollkommen neu sich in dieses Thema hineinkniet - - ob der jetzt sagt: Na, Moment, das ist ja vollkommen anders oder so. - Aber es war im Prinzip eine Bestätigung, und deswegen sind wir auch nicht weiter auf die Kanzlei von Westphalen zugegangen, und Kosten hat es auch nicht verursacht, weil es ein kollegiales Gespräch war - aber einfach noch mal eine Absicherung für einen Nichtjuristen.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - Sie haben selber das Schreiben der Kanzlei Noerr für die Betreiber angesprochen. Wann ist Ihnen das denn bekannt geworden, und wann haben Sie die Bewertung, dass dort eine problematische Formulierung drinsteht, wahrgenommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: „Wahrgenommen“ in dem Sinne habe ich sie gar nicht - zunächst nicht. Ich habe nur von Herrn Dr. Neumann - - der hat uns an dem 18. abends davon berichtet, dass diese Kanzlei Noerr, was uns auch etwas verwundert hatte, weil normalerweise oder - -

Ich muss noch anders anfangen. Wir haben am 18. abends ja alles überlegt, und dann habe ich irgendwo, glaube ich, so salopp gesagt: Na ja, die Betreiber werden ja jetzt auch nicht sitzen und nur Däumchen drehen, sondern sie werden sich ja auch etwas überlegen. - Und es hat dann einer aus dem Kreise gesagt: Na ja, aber die trinken, wahrscheinlich jedenfalls, einen ordentlichen Rotwein dabei. - Und dann kam plötzlich: Na, Moment, wir müssen noch mal diese Notiz des

Anwalts Frevert oder wie er heißt - ich weiß nicht; das ist der, glaube ich, der das Verfahren dort betreut hatte, aber es dann nicht mehr betreute plötzlich, was auch etwas verwunderlich war - - Aber jedenfalls, dort ist diese Mail, die am Morgen, glaube ich, des 18., so berichtete Herr Neumann, eingegangen war, erörtert worden und ist uns dort vorgelesen worden. Ich habe sie mir dann später noch mal besorgt, einfach um das zu begreifen. Und da steht so sinngemäß - ich kann es nur sinngemäß wiedergeben, aber Sie haben sie ja scheinbar vorliegen; Sie können es dann genau noch mal durchlesen -, dass da irgendwo Forderungen geltend gemacht werden, wenn man wirklich die Feinplanungsthematik bis zum Ende durchgeht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja, das ist ja genau die interessante Frage für uns: Wann ist denn die Frage aufgetaucht, ob man noch einen weiteren Kündigungsgrund geltend machen kann - außer den ordnungspolitischen, die nach dem Urteil ja völlig offen zutage lagen? Also, das würde mich jetzt noch mal interessieren.

Sie haben in der Besprechung durch Herrn Neumann von diesem Schreiben Kenntnis genommen. In den Bewertungen von der Frau Gebauer war ja jetzt aber von so einer Kündigung wegen Schlechtleistung noch gar nicht die Rede. Ist das dann tatsächlich erst in der Situation in der verkleinerten Taskforce dann von Herrn Dr. Neumann eingebracht worden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich nicht Mitglied der Taskforce war. Aber ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass diese Frage des zweiten Kündigungsgrundes bereits in der Taskforce erörtert worden ist und dass dann im zusammenfassenden Bericht von Herrn Dr. Neumann gesagt wurde: Neben dem Kündigungsgrund „ordnungspolitische Gründe“ gibt es noch einen zweiten, nämlich die Schlechtleistung. - Und das war ja ein Punkt, weil wir das auch in der Runde dann juristisch noch mal deutlich erörtert haben. Da gab es ja die Fristenfragen, bis zu welchem Termin das geheilt werden sollte oder nicht. Und insofern, fand ich, war dieser Hinweis vom 17. Juni, von dem ich nicht weiß, wer ihn genau - das haben Sie, aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich habe ihn jetzt im Moment nicht vor Augen; Sie haben ihn ja vor sich liegen - - an wen er gerichtet war und von wem er weitergeleitet worden ist.

Wie gesagt, er ist dort eingeführt worden vielleicht schon am Nachmittag in der Runde - das weiß ich aber nicht, weil ich nicht dabei war -, aber dann am Abend zumindest noch mal wiederholt worden. Und es war eigentlich einer der entscheidenden Punkte auch mit für den zweiten Kündigungsgrund, den wir ja an diesem Abend auch vertieft erörtert haben - sehr vertieft sogar.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat jetzt der Kollege Krischer das Wort.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Görrißen, ich komme noch mal - -

RA Dr. Daniel Krause: Verzeihen Sie, wenn ich da noch mal unterbreche. Wir haben jetzt nach meiner Uhr drei Minuten vor eins. Wenn Herr Abgeordneter Krischer im Zusammenhang seine Fragen stellen möchte und man andererseits dem Wunsch von Herrn Görrißen, den er eingangs nannte, Rechnung tragen möchte, dann ist vielleicht jetzt doch noch eine Zäsur vorzunehmen, die sich vor der Pause anbieten würde.

Vorsitzender Udo Schiefner: Also, wenn der Herr Görrißen jetzt sagt: „Wir machen jetzt die Pause, und die sechs Minuten, die der Herr Krischer jetzt noch nutzen könnte, wollen wir erst nach der Pause machen - - Ansonsten hätten wir die Berliner Runde in sechs Minuten dann abgeschlossen. Das überlassen wir Ihnen gerne.“

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Schließen wir die Runde da ab.

Vorsitzender Udo Schiefner: Bitte?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Wir können die Runde abschließen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Wir werden die Runde abschließen, und dann, denke ich, haben wir kurz nach 13 Uhr die sechs Minuten auch von Herrn Krischer, und dann machen wir eine Stunde Pause. Wäre das okay für Sie, Herr Görrißen, eine Stunde?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ist so in Ordnung.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut, okay.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Görrißen, ich komme noch mal zu den Tagesinformationen, zu der, die ich eben auch schon aufgerufen habe. Das ist MAT A BMVI-5/12, Blatt 37. Da heißt es unter den Informationen, die Sie geben:

5. Infrastrukturabgabe

...

b) Klare Argumentationslinie zu den Aussagen im Gutachten, die Schadensersatzregelung sei unüblich (nachteilig) und überraschend.

Es geht um ein Gutachten der FDP.

Dies sollte nicht Unsere bisherige (befangene) Kanzlei machen, sondern ein Außenstehender (Prof. Altmeppen?).

Das geht ja weit über eine Information hinaus, sondern Sie machen hier einen konkreten Vorschlag, wo ein Gutachter beauftragt werden soll. Mich würde interessieren: Wie hat Herr Scheuer denn darauf geantwortet?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Also, die Frage Altmeppen war eine andere Konstellation. Herr Scheuer hat bei Herrn Altmeppen mal ein Semester studiert und kannte ihn und hat gesagt: Das wäre vielleicht mal ganz interessant, wenn der sich das mal anschaut. - Ich hatte ihm weit vorher gesagt: Ich halte den Herrn Professor Altmeppen, den ich persönlich nicht kenne, für nicht so richtig geeignet, weil der eigentlich auf einem vollkommen anderen Gebiet tätig war. - Aber hier war es jetzt etwas - - Schadensersatz, hätte man



Nur zur dienstlichen Verwendung

vielleicht sagen können: Na ja, das kann vielleicht der Altmeppen sich mal angucken. - Der sollte eigentlich mehr eine juristische Bewertung vorher mal machen.

Und das war einfach die Frage, weil es damals ja um die verschiedenen Gutachten ging, die uns um die Ohren gehauen wurden. Sie selber, Herr Krischer, Ihre Fraktion hat ja auch ein Gutachten gemacht, die FDP hat ein Gutachten gemacht - mit unterschiedlichen Inhalten und Bewertungen, sage ich mal. Für uns war es halt so: Jetzt dieselben Leute, also die, die das Verfahren gemacht haben, die uns Vorschläge gemacht haben, immer wieder zu beauftragen - - Es wäre halt sinnvoll, mal - ich habe das gerade eben mit Herrn Cezanne erörtert - eine Zweitmeinung zu hören. Und da war diese Vorstellung, dass der Minister ganz gerne gesehen hätte, dass Herr Altmeppen sich das mal anschaut. - War ein Gedanke, der mir da kam, den ich da reingebracht habe. Daraus ist aber nichts geworden.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Frage ist ja - - Es ist ja gut, dass sich jetzt man mal überlegt, jemand anders zu beauftragen, nachdem Herr Professor Hillgruber jahrelang der einzige Vertreter war. Aber da war das Kind ja schon in den Brunnen gefallen. Warum ist man denn nicht mal früher auf die Idee gekommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Hillgruber war nicht der Vertreter für diese Fragestellung. Das ist ja eine vollkommen andere Fragestellung, Schadensersatz.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, Herr Hillgruber hat das ganze Verfahren vor dem EuGH vertreten; aber gut.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Er arbeitet in eine vollkommen andere Richtung.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber Herr Altmeppen wurde also dann nicht beauftragt.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Genau. Genau so ist es.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben den Minister ja gefragt, haben das ja selber vorgeschlagen. So anders kann man die Tagesinformationen ja nicht verstehen. Wie ist denn dann die Kommunikation zu Ihnen gegangen? Der Minister muss ja da irgendwie reagiert haben, weil: Wenn Sie ihm eine Frage stellen, dann muss ja irgendwo eine Antwort erfolgen.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Muss nicht zwingend, aber ist hilfreich. Ich habe das ja eingangs berichtet in meinem Statement, dass ich gesagt habe: Es gibt immer wieder mal Hinweise, dass der Minister meine Fragen beantwortet hat.

Aber Sie müssen sich das jetzt auch so vorstellen, Herr Krischer: Mein Problem war, an den Minister ranzukommen. Sein Problem, an mich ranzukommen, gab es nicht. Das heißt: Wir haben über diese Tagesinformationen, wenn ich sie ihm dann zugeleitet habe - - entweder durch ganz kurze Reaktionen, dass er mal gesagt hat: „Okay“ oder: „Nein, lass es“, bzw. ich wusste: Wenn er gar nicht reagiert, dann gefällt ihm das nicht. - Es ist ja nicht so, dass alle meine Ideen immer gleich toll waren, sondern vieles hat ihm auch nicht gefallen. Da hat er dann einfach nicht reagiert.

Aber wir haben eben in der Regel auch über diese Tagesinformationen in einer regulären Rücksprache oder bei einem Termin oder in einer Morgenlage - - dass der Minister gesagt hat: „Also, das mit dem Vorschlag Altmeppen: Das machen wir mal nicht“, oder ich selber dann auch wieder mich korrigiert habe und habe mal gesagt: Na ja, vielleicht brauchen wir es auch gar nicht mehr.

Also, Sie müssen sich mehrere Wege - - Mir ging es ja immer nur um den Weg: Wie bekomme ich eine Information an den Minister ran? Wie wir damit weiterarbeiten, da gab es verschiedene Wege, dass wir das im Rahmen von Besprechungen, von Terminen erörtert haben oder eben - - Ich meine, nach so vielen Jahren der Zusammenarbeit weiß man auch: Wenn jemand auf irgendwas spontan reagiert, findet er es gut; wenn er lange braucht bis zur Reaktion, findet er es nicht gut; wenn er gar nicht reagiert, findet er es überhaupt nicht gut. Insofern gab es - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich verstehe das richtig: Das ist so eine Art informelle Führung. Wenn der Minister nicht reagiert, dann wurde es halt nicht gemacht.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein, so kann man das - - Das ist jetzt eine sehr vereinfachte Information. Dann habe ich - -

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie aber gerade zu dem Beispiel gesagt.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ja, gut. Das wurde nicht gemacht. Wenn ich es hätte machen wollen, wenn ich es für - - Es war ja nur ein Gedanke. Ich meine, ich liege ja mit Herrn Jung ein wenig im Clinch, ob ich bedeutend bin oder nicht bedeutend bin.

(Dr. Christian Jung (FDP):
Das ist doch kein Clinch!
Ich weiß, dass Sie bedeutend sind!)

Ich habe mich jetzt auch nie für so bedeutend gehalten, dass jeder Vorschlag, den ich mache, toll ist und übernommen werden muss, sondern ich kenne, kannte meine Chefs. Wenn ich bestimmte Dinge nicht beantwortet bekommen habe, dann weiß ich, dass sie es nicht wollten oder es verworfen haben. Also, wissen Sie, man vertraut sich auch und sagt: Wenn er - - Oder es war halt Stillschweigen, das ich interpretiert habe: Na ja, das will er schon so.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Also, Sie werden nicht jetzt überall ein klares Ja oder Nein oder eine schriftliche Antwort bekommen.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich in dem Themenkomplex bleiben, aber etwa ein Jahr zurückspringen, und zwar - -

Vorsitzender Udo Schiefner: Können wir das in der nächsten Runde - -

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Udo Schiefner: Würde ich vorschlagen. Ich weiß nicht, wie viel Fragen sich sonst anschließen. Dann wäre das nachher - - Dann würde ich jetzt vorschlagen, dass wir um vier nach 13 Uhr die Pause machen. „Eine Stunde“, hatten wir gesagt. Ich würde sagen: Bis 14 Uhr oder 14.05 Uhr unterbreche ich dann die Befragung. Wir sehen uns dann später hier wieder. - Danke.

(Unterbrechung von 13.04
bis 14.07 Uhr)

Vorsitzender Udo Schiefner: Meine Damen und Herren, dann können wir mit der Sitzung fortfahren. - Können Sie wieder alles so weit verfolgen, Herr Görrißen? Die technischen Bedingungen sind so weit klar?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Jawohl. Es ist alles in Ordnung, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde. Die CDU/CSU hätte das Wort.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben momentan keine Fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Hat keine Fragen. - Dann kommt der Kollege Wiehle für die AfD.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, Herr Görrißen, vielen Dank für das Wort zunächst. - Ich habe das Staffelholz vom Kollegen Mrosek übernommen und mir auch sagen lassen, was schon besprochen ist. Ich hoffe also, dass ich keine Fragen doppelt stelle. Ich bitte aber um Nachsicht, wenn es an der einen oder anderen Ecke doch passieren sollte.

Zunächst geht es mir um den Zeitpunkt vor der notariellen Beurkundung des Vertrags. Da liegt mir eine E-Mail von Ihnen vor an den Herrn Minister vom 22. November. Das ist fürs Protokoll



Nur zur dienstlichen Verwendung

MAT A BMVI-5/12, Blatt 5. Da geht es um die Tagesinfo eben vom 22. November. Da ist geschrieben unter Ziffer 1:

Kapsch verlangt wohl stärkere Garantien, wenn sie mit dem Angebot runtergehen soll.

Meine Frage an dieser Stelle ist ganz einfach: Hatten Sie Kenntnis davon, welche stärkeren Garantien Kapsch verlangt hat?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Abgeordneter Wiehle, zu Ihrer Frage kann ich nur sagen: Ich hatte keine Detailkenntnisse. Das war ein Hinweis von Herrn Dr. Schulz. Ich hatte das heute Morgen ja wiederholt gesagt, dass Herr Dr. Schulz mich immer wieder einmal informiert hat. Er hatte mir den Hinweis gegeben: Wir müssen da noch nachbessern, damit wir auf die Summe kommen, die haushalterisch verantwortlich ist. - Aber Details waren mir nicht bekannt.

Wolfgang Wiehle (AfD): Dann darf ich zu einer E-Mail von einem späteren Zeitpunkt, ebenfalls an den Herrn Minister, Ihnen noch eine Frage stellen. Es geht jetzt diesmal um die Tagesinformation vom 10. Dezember 2018. Ich gebe hier auch noch mal die MAT-Nummer. Wenn ich richtig sehe, ist es das gleiche Dokument, aber jetzt Blatt 10. Da ist unter Ziffer 4 b auch die Infrastrukturabgabe genannt, insbesondere mit dem Stichwort - ich zitiere das ganz schnell; halbe Zeile -: „Unterzeichnung der ISA-Verträge am 30.12.18“.

Jetzt ist Ihre E-Mail vom 10.12., zu einem Zeitpunkt also, wo das Angebot noch gar nicht abgegeben war. Wissen Sie, wie es dazu kam, dass an diesem Tag schon die Terminierung für den 30.12. vorgenommen wurde, obwohl ja noch gar kein zuschlagsreifes Angebot vorlag?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Auch das, Herr Abgeordneter Wiehle, kann ich Ihnen nicht im Detail sagen. Das ist auch die Wiedergabe, wie ich es heute Morgen ja schon mal versucht habe darzustellen, einer Information, die mir Herr Staatssekretär Dr. Schulz gegeben hat, so nach dem

Motto: „Sagst du dem Chef Bescheid, oder informierst du ihn?“, aber ohne das jetzt im Detail zu hinterfragen oder was. Das kann ich nicht sagen. Das waren die Planinformationen, die ich aus der Abteilung StV über den Staatssekretär bekommen habe. Aber ich kann das nicht im Detail - - Das müssen die Fachleute Ihnen sagen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Dann erst mal danke für Ihre Auskunft. Dann werden wir den Herrn Staatssekretär Dr. Schulz danach auch fragen.

Dann komme ich auf einen anderen Zeitpunkt, nämlich auf die Kündigung der Betreiberverträge nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Ganz konkret geht es mir darum: Wer hat wann die Entscheidung getroffen, nach dem Urteil des EuGH die Betreiberverträge zu kündigen?

Und insbesondere geht es mir darum zunächst mal - ich habe dann noch eine zweite Frage -: Warum wurde nicht ins Auge gefasst, das Infrastrukturabgabengesetz anzupassen entsprechend dem, was der Europäische Gerichtshof moniert hatte? Auch dazu habe ich noch eine MAT-Nummer, jetzt fürs Protokoll - ich werde Ihnen auch ganz kurz in Erinnerung rufen, was das war; Sie werden das sicher kennen -: MAT A BMVI-6-20a, Blatt 7. Da geht es speziell um eine Mail von dem Herrn Strater an den Herrn S [REDACTED] mit zwei verschiedenen, je nach Urteil, Reaktionen an die Presse, also Sprachregelungen für den Herrn Minister, je nachdem, ob der EuGH die Klage von Österreich zurückweist oder ihr stattgibt. Das war also vorbereitet in die eine oder in die andere Richtung.

Für den Fall, dass das Gericht gegen Deutschland urteilt, war hier im letzten Satz dann auch formuliert - das darf ich kurz zitieren -:

Klar bleibt: Die Pkw-Maut lebt. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung setzen, um unsere Regelungen europarechtskonform anzupassen.

Das war - Stand 14.06., also vier Tage vor dem Urteil - die Idee, wie man auf ein eventuelles negatives Urteil reagiert. Später kam dann aber die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kündigung und nicht mehr der Versuch, das ISA-Gesetz anzupassen. Das also jetzt der Hintergrund.

Meine Frage an Sie, Herr Görrißen: Welche Kenntnisse haben Sie dazu? Warum wurde die Entscheidung so getroffen, nicht mehr weiter zu versuchen, ISA umzusetzen, sondern in die Kündigung zu gehen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Abgeordneter, vielleicht fange ich mal rückwärts mit Ihnen, wenn ich es richtig gezählt habe, drei Fragen an. - Diese Pressevorbereitung, die Sie zitiert haben, die ich hier auch lese, war auf der Arbeitsebene im Vorfeld entstanden, allerdings - das habe ich ja heute Morgen schon gesagt - ohne Kenntnis des Urteils. Das heißt: Das war etwas, was man einfach mal so aufgeschrieben hat: Wie könnte es ausgehen? Diese hat keinerlei Relevanz gehabt. Es war einfach mal ein Arbeitsdokument, das man hingelegt hat für den Fall, dass man es braucht. Wir haben es aber nicht gebraucht, weil es zu dem eigentlichen Urteil gar nicht passte.

Die zweite Frage, die Sie gefragt haben, wie man das Gesetz anpasst oder ob man das Gesetz anpasst: Das Urteil war so eindeutig, dass man eine Anpassung des Gesetzes nicht vornehmen konnte. Natürlich war das eine Überlegung im Vorfeld immer gewesen, wenn mal was kommt. Aber bei dem klaren Urteil - - Und für uns war ja Grundlage - ich habe das heute Vormittag bereits auch zu einer Frage von Frau Lüthmann ausgeführt - - war ja der Umstand, dass wir keinen deutschen Autofahrer schlechterstellen durften, als er im Vorfeld gestanden war. Also, insofern hätte eine Modifikation des Gesetzes uns in keiner Weise weitergeholfen. Es wäre ein Verstoß gegen den Koalitionsvertrag gewesen und vor allem eine Regelung gewesen, die innerhalb der Koalition keinerlei Mehrheit gefunden hätte.

Das Dritte war, glaube ich, Ihre Frage, wer am Abend des 18. Juni oder überhaupt am 18. entschieden hat, die Klagen [sic!] zu erheben¹⁶. Wir

haben - das hatte ich heute Morgen ja auch bereits versucht darzustellen - die Taskforce eingesetzt, die sehr ausführlich gearbeitet hat. Wir haben uns dann am Abend in einem etwas kleineren Kreis im Büro des Ministers getroffen und haben noch mal genau abgewogen, welche Kriterien da sind, die beiden Kündigungsgründe, die wir dann auch relevant gezogen haben, und haben in dem Kreise entschieden, dass der Kündigungsweg der richtige Weg ist. Also, keine Entscheidung einer einzelnen Person oder aufgrund irgendeiner Vorlage, sondern im Gespräch und in der Replizierung des Ergebnisses der Taskforce war das das Ergebnis, die Kündigung aus den ordnungspolitischen Gründen und aus dem Grund der Schlechtleistung umgehend zu vollziehen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. Ihre Zeit - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich hätte noch eine Nachfrage.

Vorsitzender Udo Schiefner: Eine Nachfrage; okay.

Wolfgang Wiehle (AfD): Das ist jetzt eine Frage - -

Vorsitzender Udo Schiefner: Oder in der nächsten Runde dann auch.

Wolfgang Wiehle (AfD): Wir können das in die nächste Runde nehmen; ich könnte sie jetzt stellen. Das überlasse ich Ihnen, Herr Kollege Schiefner.

Vorsitzender Udo Schiefner: Haben Sie noch viele Fragen in der nächsten Runde?

Wolfgang Wiehle (AfD): Nein, ich habe nur noch diese eine Frage.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann machen wir sie noch.

¹⁶ Richtigstellung des Zeugen: „Kündigung auszusprechen“, siehe Anlage 1, S. 51



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wolfgang Wiehle (AfD): Auch im gleichen Zusammenhang, Herr Görrissen, hat vielleicht für die Kündigung auch eine Rolle gespielt, dass es noch bei der Umsetzung der ISA Probleme gegeben hätte oder die absehbar gewesen wären, auch im Bereich der Vollstreckung?

Dazu habe ich auch hier eine Nachricht vorliegen vom Herrn Staatssekretär Dr. Schulz an das BMF, an den Herrn Dr. Böisinger. Das stammt vom 02.08.2018; MAT A BMVI-5/4a, Blatt 40. Da stellt der Herr Dr. Schulz dar, dass das BMVI die Vollstreckungsaufgaben nicht übernehmen kann, sondern dass das schon auch wegen der Einheitlichkeit der Anwendung beim BMF liegen müsste.

Aber zu dem betreffenden Zeitpunkt war jedenfalls nicht klar, ob es eine Einigung zwischen dem BMVI und dem BMF über diese Frage gibt. Wenn diese Unklarheit, was ich jetzt nicht weiß und Sie hiermit fragen möchte, zum 18.06.19 noch bestand: War das vielleicht auch ein Grund, jetzt dann aufzustecken und das Projekt zu beenden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Wiehle, soweit ich das erinnere, hat das am 18. Juni keinerlei Rolle gespielt. Dies war eine vollkommen andere Diskussion, weil es ist in der Bundesverwaltung üblich, dass die Vollstreckung durch die Zollverwaltung erfolgt. Hier hat man aber gesagt, der Herr Böisinger und auch andere: Das ist uns zu aufwendig, weil wir haben 41 Millionen Fälle. Und es ist zu erwarten, dass es ganz, ganz viele Fälle gibt. - Da hat das BMF gesagt: „Das schaffen wir mit dem vorhandenen Personal nicht; ihr müsst als BMVI eine eigene Vollstreckung aufbauen“, was ein Riesenaufwand ist und was auch sehr ungewöhnlich ist, aber was in Angriff genommen worden wäre. Für die Kündigung, also Ihre eigentliche Frage, hat das keinerlei Rolle gespielt.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herzlichen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat die Kollegin Lühmann nun das Wort.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Herr Görrissen, am 17. Oktober 2018 ging nur ein Angebot

für den Betreibervertrag „Erhebung“ ein, und das lag mehr als 1 Milliarde über dem zur Verfügung stehenden Haushaltsrahmen. Von wem und wann erfuhren Sie davon, dass dieses Angebot eingegangen ist und deutlich über dem Haushaltsrahmen lag?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, von wem ich das erfahren habe, war Herr Dr. Schulz, dass es deutlich über dem Haushaltsrahmen lag, im Prinzip 1 Milliarde drüber. Wann ich das erfahren habe, Frau Lühmann, kann ich Ihnen nicht sagen; das weiß ich nicht. Es war keine formelle Information durch eine Vorlage oder irgendwas, sondern das hat er mir halt in einem unserer - ich habe es ja heute Vormittag schon gesagt - zahlreichen Gespräche berichtet, dass die Situation eingetreten ist, dass wir nur ein Angebot haben, das wesentlich überhöht ist. Und wir haben uns dann darüber unterhalten, woher das kommen kann, woran das liegen kann, ob die gehaut haben, dass sie der einzige Anbieter sind usw. Aber wann das genau war, vermag ich nicht zu sagen, beim besten Willen nicht.

Kirsten Lühmann (SPD): Nun haben wir hier Zeugen gehabt, Frau Geese und Herrn Molitor, die übereinstimmend berichtet haben, dass Herr Schulz erst Mitte November, also vier Wochen nach Eingang dieses Angebotes, realisiert hat, dass es noch ein gewaltiges Problem gibt. Und dann hat er auch ein Treffen gemacht, und das wurde da besprochen. Er hat sich ziemlich aufgeregt. Am Tag davor, am 13. November, traf Staatssekretär Dr. Schulz laut seines Terminkalenders Minister Scheuer. Waren Sie da mit dabei, bei dem Treffen? Wissen Sie, worum es da ging?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann mich jetzt da an kein konkretes Treffen erinnern, wobei - ich habe es ja heute auch schon gesagt -: Wir haben ständig Termine gehabt, wo wir uns getroffen haben. Aber hier jetzt konkret - ich habe keinerlei Erinnerung.

Ich war auch - und da bin ich ziemlich überzeugt - nirgendwo dabei, wo wir über das Thema gesprochen haben. Ich habe das ja schon einleitend gesagt: In diese Fachdinge hinein, in das ei-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gentliche Vergabeverfahren usw., war ich überhaupt nicht involviert. Ich habe immer nur so die Gesamtzusammenhänge mir berichten lassen. Aber hier habe ich keinerlei Detailkenntnisse.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, jetzt ist aber für mich der Fakt, dass drei Wochen vor Vertragsunterzeichnung, geplanter Vertragsunterzeichnung - der Minister hat ja immer gesagt, er will noch im Jahre 2018 den Vertrag unterzeichnen, aus haushaltsrechtlichen Gründen - - also drei Wochen vor Vertragsunterzeichnung ist die Summe, die im Angebot steht, 1 Milliarde über dem, was zur Verfügung steht. Das ist ein Drittel. Das ist aus meiner Sicht nicht Schräubchenkunde einer Fachdiskussion, sondern das ist eine handfeste politische Diskussion: Wie sollen wir in drei Wochen ein Angebot 1 Milliarde runterverhandeln? Trotzdem sagen Sie, Sie waren nicht eingebunden in diese Diskussion.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Abgeordnete Lühmann, wenn Sie sich daran erinnern, habe ich heute Morgen gesagt, dass ich mich in einer koordinierenden Rolle gesehen habe, aber jetzt nicht in der Rolle eines Fachabteilungsleiters, der sich um bestimmte Dinge kümmert. Das war eine Frage, die zwischen der Haushaltsabteilung auf der einen Seite und der Fachabteilung StV auf der anderen Seite mit dem Staatssekretär behandelt wurde.

Ich bin vielleicht hier und da über ein paar Punkte informiert worden, aber ich war nicht beteiligt an diesem Gespräch. Ich hätte auch nichts dazu beitragen können; denn Sie haben ja gesehen: Auch wenn es nur eine Spanne von drei Wochen war, aber es ist ja gelungen, dieses Verhandlungsergebnis so zu verändern, dass wir eine Basis hatten, die dem Haushaltsrecht entsprochen hat. - Ich war nicht beteiligt an diesem Gespräch. Ich kann deswegen auch in meiner Zeugenrolle hier keine Informationen dazu geben.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. - Zu Ihrer letzten Aussage haben wir unterschiedliche Zeugenaussagen bezüglich des Haushaltsrechtes; nur fürs Protokoll.

Der Kollege Wiehle hat zwei von Ihren Tagesinformationsschreiben zitiert, die ich auch zitiert hätte. Sie haben es erklärt: Herr Schulz hat Sie gebeten, dem Minister das mitzuteilen. - Jetzt frage ich mich: Sie haben vorhin gesagt, Herr Schulz hat dem Minister immer direkt berichtet, auch häufig ohne dass Sie das wussten. Jetzt haben wir aber die Situation, dass Herr Schulz Sie gebeten hat, dem Minister gewisse Dinge mitzuteilen. Das passt für mich nicht ganz zusammen. Das ist die erste Frage.

Und die zweite Frage ist: Was ist denn danach passiert? Also, das waren ja wieder Dinge, und das war ja exakt das, wo Sie gesagt haben, da haben Sie eigentlich gar nichts mit zu tun, nämlich so ein Klein-Klein.

Kapsch verlangt wohl stärkere Garantien ...

Das ist für mich Klein-Klein, übrigens mehr Klein-Klein als 1 Milliarde, die ich noch finden muss.

Und dann ging es - das ist ja auch schon gefragt worden - um den Zeitpunkt der Unterzeichnung. Also, was ist hinterher passiert, und warum ist in diesem Fall davon abgewichen worden, dass Sie sich um solches Klein-Klein kümmern und Herr Schulz nicht direkt an den Minister gegangen ist?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Lühmann, Ihre Aussage, dass das nicht zusammenpasst, kann ich nicht teilen, weil - ich habe das ja auch schon versucht zu erklären - es gibt natürlich viele Informationswege. Ich habe den Minister auf meinem Weg informiert. Parallel sind andere Informationen gelaufen. Herr Schulz hatte auch nicht immer Gelegenheit, an den Minister ranzukommen, und hat manches dann mir mal gesagt: Kannst du ihm das schnell mal mitteilen? - Oder es war halt beiläufig ein Bericht, den er mir gegeben hat, und ich meinte: Ich muss es dem Minister weiter mitteilen. - Aber es gab andere Themen, wo Herr Schulz gesagt hat: Das will ich dem Chef selber darstellen. - Und so war auch meine Notiz, die der Schulz mir kurz berichtet hatte. Im weiteren Verlauf haben dann Gespräche stattgefunden, wo Herr Schulz das dann dem Minister



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch intensiver erläutert hat bzw. worüber dann gesprochen wurde.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich bin sozusagen in der Rolle eines Mediators gewesen, der einfach nur dafür sorgt, dass Informationen von A nach B kommen, und irgendwo Wege findet. Denn Sie wissen selber, wie es im Ministerium zugeht: Man hat manchmal Tage, wo man überhaupt keine Chance hat, irgendwelche Informationen im Hause zu verteilen; dann gibt es wieder Tage, wo man stundenlang zusammensitzt und alles berichten könnte und man hat nichts mehr zu berichten.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. Danke schön. - Ich komme noch mal auf den Dezember 2018, etwas später, zurück. Sie haben gesagt, da haben Sie sich irgendwann in den Urlaub ausgeklinkt, weil Sie Geburtstag hatten. Aber am 20. Dezember - es kann also durchaus sein, dass Sie das nicht aufgenommen haben; ich frage Sie aber trotzdem - haben Sie einen Vermerk von Frau Gebauer aus dem Mautreferat bekommen. Der Vermerk kommt am Ende zu folgendem Fazit:

Aus den Fragen der Richter und des Generalanwalts ließ sich keine abschließende Tendenz für den Ausgang des Verfahrens erkennen.

Ich lasse jetzt einen Satz aus. Der letzte Satz lautet:

Der Ausgang des Verfahrens erscheint nach der mündlichen Verhandlung zumindest offen.

Das ist hier schon sehr oft zitiert worden; trotzdem noch mal: MAT A BMVI-7-1e, Blatt 133 bis 138. - Haben Sie diese Bewertung zur Kenntnis genommen, oder war das auch eine von denen, wo Sie gesagt haben: „Da habe ich im Urlaub nicht so draufguckt“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Lassen Sie uns das gerade mal hier aufmachen.

(Der Zeuge blickt auf einen Bildschirm)

Wir haben sie leider noch nicht gefunden. Herr Simon sucht noch. - Frau Lühmann, würden Sie freundlicherweise die Nummer noch mal wiederholen?

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. MAT A BMVI-7-1e, Blatt 133 bis 138. Ich gucke mal, ob da ein Übertragungsfehler ist, was ich aber nicht glaube.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Lühmann, ich kenne diesen Vermerk. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass ich ihn nicht am 20. Dezember gelesen habe, weil ich da wirklich - - Ich weiß, dass das jetzt etwas eigenartig klingt; aber Sie können sich vorstellen: Ich war in einer ziemlich schwierigen Situation nach meinem Schlaganfall. Und ich hatte mir jetzt wirklich vorgenommen: Diesen 65. - es gab Momente, da habe ich gedacht: den wirst du nicht erleben -, den wirst du jetzt feiern, und da können dir Frau Gebauer und sonst wie Leute Mails schicken; die sind halt alle da, aber die sind auch nach diesem Geburtstag noch da.

Ich habe diesen Vermerk später mal gelesen; das erinnere ich sehr gut. Und ich kann Ihnen auch sagen, dass dieser letzte Satz für Frau Dr. Gebauer typisch ist: Ja keine klare Position darstellen. Es könnte ja später sein, dass man verhaftet wird und es heißt - wenn es jetzt anders ausgegangen wäre -: Aber Sie haben doch damals in Ihrem Vermerk gesagt: So und so erwarte ich den Ausgang.

Ich habe vor allem über diese mündliche Verhandlung, an der ich persönlich natürlich nicht teilgenommen habe, mit Herrn Dr. Schulz gesprochen. Der kam mit einem recht guten Gefühl aus dieser mündlichen Verhandlung zurück. Ich habe das vorhin ja schon mal angedeutet. Er hatte vor allem den Eindruck, dass allein schon durch die Zuweisung an die Große Kammer und die Art und Weise der Fragestellung dort durch den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Richter oder die Richter es in diese Richtung gehen könnte, dass es ein Grundsatzurteil geben wird zur Pkw-Maut, zur Eurovignetten-Richtlinie usw. Aus dem Grunde war er sehr optimistisch, dass es ein positives Ergebnis gibt.

Diese besorgte Formulierung von Frau Dr. Gebauer ist leider typisch für unsere Europäer so nach dem Motto: Ja nicht klare Farbe bekennen; wir lassen das mal offen. - Das war aber nicht der Gesamteindruck anderer Teilnehmer aus dieser Runde.

Kirsten Lühmann (SPD): Wir werden die anderen dann dazu befragen.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das ist eine Möglichkeit.

Kirsten Lühmann (SPD): Ich gehe jetzt mal - - Nach der Vertragsunterzeichnung, und zwar am 11. Januar 2019, forderte das Mautreferat bei der rechtlichen Beratung eine Ausarbeitung zu der Frage an, welche Möglichkeiten bestehen, den Betreibervertrag nach einem negativen EuGH-Urteil zu kündigen, und welche Entschädigungszahlungen in einem solchen Falle drohen. Aus meiner Sicht ist das eigentlich eine ganz zentrale Frage. Die stelle ich mir immer, wenn ich irgendein Haus kaufe, ein Auto kaufe, einen Arbeitsvertrag mache. Ich gehe immer davon aus: Das läuft alles super, die Abzahlungsraten funktionieren. Aber ich mache mir immer Gedanken: Was ist eigentlich der Worst Case? Was passiert, wenn doch etwas dazwischenkommt?

Nun ist das das erste Mal, dass wir in irgendeiner Art und Weise das gefunden haben, ganz konkret die Frage: Was passiert denn eigentlich, und was für Entschädigungszahlungen sind dann zu leisten? Sie haben gesagt, Sie haben koordinierende Aufgaben innegehabt; aber aus meiner Sicht ist das ja nun auch eine Frage, die koordiniert werden könnte: Was passiert eigentlich, wenn der Worst Case eintritt? Haben Sie irgendwann dieses Thema „Was passiert eigentlich, wenn der Vertrag gekündigt wird, und was für Entschädigungszahlungen sind fällig?“ gehört in Ihrer Arbeit? Waren Sie da am 11. Januar eingebunden? Was ist danach passiert? Ist das danach etwas

vertieft diskutiert worden, oder ist das gar nicht an Sie rangetragen worden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Können Sie mir das vielleicht einmal vorhalten, was Sie gerade zitiert haben, weil mir das im Moment nichts sagt?

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, das ist MAT A BMVI-6-1a-16, Blatt 298 bis 309. Das ist eine Vorlage, die ist - - Also, wir haben keine Hinweise in den Akten, dass das an Sie herangetragen wurde. Da das aber so ein wichtiges Thema ist, ist meine Frage: Haben Sie mit dem Minister oder Staatssekretär darüber gesprochen? Ist das irgendwie mal Thema gewesen nach diesem 11. Januar? Und die erste Frage war ja: Ist davor schon mal irgendwann darüber geredet worden, wie das mit möglichen Entschädigungen aussieht?

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, das ist, wie ich vermutet habe, Frau Lühmann, eine Notiz, die, glaube ich, gemacht wurde für den Minister zur Vorbereitung des Ausschusses. Ich selber habe mich nicht damit befasst; wir haben es auch nicht erörtert. Aber es waren ja Fragen, die im Vorfeld der Ausschussberatung auch gestellt wurden, die eben auch öffentlich gestellt wurden. Und das war eine Vorbereitung. Sie wissen, dass immer viele Dinge prophylaktisch aufbereitet werden. Ein Minister geht mit einer Riesensmappe in den Ausschuss, und am Ende werden ganz andere Fragen gestellt. Aber ich bin mit der Thematik als solche nicht befasst gewesen, sondern nur im Vorfeld der Vorbereitung der Ausschusssitzung.

Kirsten Lühmann (SPD): Und vorher war das nie Thema?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Als das im Ausschuss erörtert worden ist; das wissen Sie vielleicht sogar besser als ich.

Kirsten Lühmann (SPD): Entschuldigung, vorher war das nie Thema?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, ich hatte ja gesagt, wir sind immer davon ausgegangen, dass dieses Urteil im positiven Sinne für uns ausgehen wird. Und wir haben uns immer wieder deutlich gemacht, dass es eigentlich keine Gründe geben kann. Ich habe die einzelnen Bereiche heute Morgen ja schon mal genannt, die uns eigentlich immer wieder bestätigt haben: Das wird nicht schiefgehen. - Ich sage ja: Wir haben keine Anhaltspunkte gehabt. Jetzt im Nachhinein zu sagen „Ja, das haben wir doch immer schon gewusst“: Das ist leider Gottes auf Gottes Erdboden immer so, dass man danach klüger ist.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat jetzt der Kollege Jung das Wort.

Dr. Christian Jung (FDP): So, also wieder herzlich willkommen aus der Mittagspause! Ich will jetzt nicht mit Ihnen streiten, wie bedeutend Sie sich selbst finden. Aber ich glaube, Sie sind - das kann man vielleicht festhalten, auch nach verschiedenen Berichten, auch über Sie - schon ein Mensch, der sehr strategisch ist.

Was ich jetzt nicht verstehe nach dem, was Sie gesagt haben, und was ich gern noch besser verstehen würde, ist: Warum wurde damals der ortsabwesende Staatssekretär Beermann vom Minister mit der Leitung dieser Taskforce beauftragt? Und Sie haben ja berichtet, dass Sie den ganzen Tag sozusagen da gar nicht dran teilgenommen haben. Also, das heißt, diese Taskforce war offenbar ohne irgendeine Leitung und hat da vor sich hin gewurschtelt.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Dr. Jung, dazu kann ich Ihnen ganz klar Folgendes sagen: Die Idee, diese Taskforce einzurichten, ist in dem ersten Telefonat nach Bekanntwerden des Urteils gefallen: Richtet unter Leitung des zuständigen Staatssekretärs eine Taskforce ein. - Der zuständige Staatssekretär war zu dem damaligen Zeitpunkt Guido Beermann. Jetzt haben manche die Terminkalender aller Staatssekretäre usw. - auch wenn sie bedeutend sind - im Kopf. Ich beherrsche dieses nicht, sondern ich bin noch ein Mensch des Papiers; ich schaue nach. So, und dann habe ich den Herrn Beermann angerufen und ihn zwar erreicht, aber er hat mir gesagt:

„Du, ich kann heute nicht; wir haben“ - ich bitte um Nachsicht, wenn ich mich da jetzt vertue - „heute“ - ich glaube, vielleicht auch sogar schon den Tag vorher - „eine Strategieklausur des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG.“ Sie wissen als Verkehrspolitiker, dass das BMVI die Koordination der Position des Bundes dort vornimmt. Das heißt, Guido Beermann musste als Vertreter des Bundes in diese Strategiesitzung, die eben ja im großen Kreise des Aufsichtsrates lief.

Und daher war es logisch, dass in seiner Vertretung - so ist es in der Geschäftsordnung vorgesehen - der Stellvertreter, nämlich Staatssekretär Dr. Michael Güntner, das sofort übernommen hat und unter seiner Leitung dann diese Taskforce einberufen wurde. Die bestand eben nicht - - fixiert auf bestimmte Leute, sondern das wurde denen anheimgegeben, was sie gerade - - Der Herr Güntner selber ist auch Jurist, kennt sich also auch in vielen Dingen aus, und er hat dann die Leute zusammengetrommelt oder zusammen-trommeln lassen, die sich daran beteiligt haben.

Ich selber habe das deutlich gemacht: Ich war nicht beteiligt, weil ich erstens nicht viel hätte beitragen können, wenn es um all diese Fragen aus dem Vertragswerk ging. Zum Zweiten wäre es mir zeitlich gar nicht möglich gewesen, weil es jetzt ja darum ging, viele Gespräche zu führen. Ich will damit nicht meine Bedeutung unterschlagen. Wenn Sie meinen, dass ich bedeutend bin, können Sie sich vorstellen, dass mich dann auch plötzlich ganz viele Leute angerufen haben. Also, insofern war ich auch als Gesprächspartner gefragt und habe dann meine Meinung vertreten und Informationen gegeben an viele Stellen innerhalb und außerhalb des Hauses.

Dr. Christian Jung (FDP): Dann halte ich fest nach dem, was Sie gesagt haben, dass der Herr Dr. Güntner bis zum Eintreffen von dem Herrn Beermann dann sozusagen die Leitung der Taskforce offiziell hatte. Das heißt, es waren - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Es ist richtig, Herr Abgeordneter: Herr Beermann ist am späten ¹⁷... (akustisch unverständlich) zugestoßen und hat dann den Vorsitz quasi übernommen und hat in den Folgetagen dann das auch weitergeführt.

Dr. Christian Jung (FDP): Das heißt, als Volljuristen waren dann bis zum Eintreffen zum Beispiel der Herr Dr. Neumann dabei. Von der Frau Bethge wissen wir, dass sie Volljuristin ist, von dem Herrn Dr. Güntner. Waren da noch weitere Volljuristen dabei, bei diesen Besprechungen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann Ihnen jetzt nicht - - Ich weiß auch nicht bei jedem, wer jetzt Volljurist ist oder nicht. Ich glaube, Frau Dr. Gebauer war dabei; soweit ich weiß, ist sie auch Volljuristin. Es war Herr Zielke weitgehend oder teilweise - das kann man jetzt unterschiedlich sehen - dabei, der Volljurist ist. Herr Molitor war in weiten Zügen dabei, der Volljurist ist. Also, es waren sehr viele Juristen dabei.

Dr. Christian Jung (FDP): Jetzt hatten Sie ja schon heute gesagt, dass es aus verschiedenen Gründen kein Protokoll dieses Tages gab und Sie auch selbst nicht durchgehend dabei waren. Jetzt hatten Sie vorhin gesagt, dass Sie dann gemeinsam mit dem Minister auf Basis der Beratungsergebnisse dann eine gemeinsame Entscheidung gefällt haben. Wie haben Sie denn das gemacht? Haben Sie die Entscheidung gefällt oder der Minister? Wer hat das gemacht?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das ist relativ einfach zu beantworten. Ich habe das auch in meinem Eingangsstatement deutlich gemacht, dass ich keine Entscheidungen zu fällen habe, sondern wir haben am Ende der Taskforce - - Also, diese Taskforce hat getagt den Tag über in unterschiedlicher Besetzung, hat sich mit den Themen befasst bis etwa - da muss ich jetzt spekulieren - halb sechs oder wann es war.

So am Abend hin sind der Minister und ich - ich weiß nicht, ob noch ein, zwei mehr mitgekommen sind - in diese Taskforce hineingegangen und haben uns über die Beratungen, die im Laufe

des Tages stattgefunden haben, unterrichten lassen. Dort wurde dann vorgetragen von den Kollegen, die dort schon länger zusammen waren, was sie für Kündigungsgründe, was sie für all diese Fragestellungen, die sich halt - - Der Herr Minister hat dann hier und da auch wieder nachgefragt.

Wir haben uns dann, wie Sie es schon berichtet haben, auch in die kleinere Runde zurückgezogen und haben da noch einmal eine abschließende Bewertung dieser Aufgaben oder dieser Ergebnisse der Taskforce, die in der Tat jetzt nicht aufgeschrieben waren - weil wir hätten sie ja für uns selber nur aufgeschrieben; es waren ja immer dieselben Leute wieder dabei - - die sind noch mal zusammengeführt worden. Und aufgrund dieser Ergebnisse haben wir im Kollegium, wenn Sie so wollen, eine Gesamtentscheidung herbeigeführt.

Dr. Christian Jung (FDP): Aber das heißt, es gab jetzt keine schriftlich ausgearbeitete und auch juristisch noch mal überprüfte Zusammenfassung, die als Entscheidungsgrundlage diente.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Die Entscheidungsgrundlage wurde von den Juristen vorgetragen. Nun sind wir noch in der Lage, einige Dinge aufzunehmen, und das haben wir auch verstanden. Man hätte es aufschreiben können - das hätte viel Zeit gebraucht -, und die hätten uns das noch mal vorlesen können. Statt des Vorlesens haben sie uns vorgetragen, und das hatte die gleiche Wirkung. Es war nämlich überzeugend dargestellt, dass es Kündigungsgründe gab. Die beiden haben wir schon genannt. Insofern wäre die Verfertigung eines Papiere eigentlich eine überflüssige Tat gewesen, die viel Zeit gekostet hätte und allenfalls wieder einen hierarchischen Gang ausgelöst hätte, dass noch mehrere Instanzen das hätten sich anschauen müssen. Und hier waren alle vertreten, immerhin auch ein Staatssekretär, der als Jurist - und ich kenne den Herrn Dr. Güntner auch seit vielen Jahren, und ich darf mir erlauben

¹⁷ Ergänzung des Zeugen: „Abend“, siehe Anlage 1, S. 57



Nur zur dienstlichen Verwendung

zu sagen: als wirklich guter Jurist - auch mit Informationen dazu beitragen konnte, zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen.

Dr. Christian Jung (FDP): Ich habe nur deswegen gefragt, weil es natürlich oftmals so ist, dass viele Dinge sehr lange rechtlich geprüft werden. Hier hat man bei einer Sache von erheblicher Bedeutung diese lange Prüfungszeit wegen den ganzen Persönlichkeiten, die da waren, so nicht gebraucht. - Das war eine Frage.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Kann ich nur bestätigen.

Dr. Christian Jung (FDP): Gut. - Ich habe noch weitere Fragen in der nächsten Runde.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat der Kollege Cezanne das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Görrissen, ich setze daran gleich noch mal an. Also auch, wenn da jetzt lauter qualifizierte Leute um einen Tisch sitzen: Man weiß, man ist von einem Urteil am Vormittag überrascht; man weiß jetzt, nachdem man einen Tag lang daran gearbeitet hat, es gäbe den offensichtlichen Kündigungsgrund und es gibt noch einen zusätzlichen Kündigungsgrund wegen der Schlechtleistung. Beide Kündigungsgründe ergaben aber keinen Zeitdruck oder keine Notwendigkeit, das unbedingt an diesem Tag zu entscheiden. Was war denn aus Ihrer Erinnerung der ausschlaggebende Grund, warum Sie in dieser Runde am Abend dieses Tages sich dann schon für die Kündigung entschieden haben?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Aus meiner Erinnerung heraus war der entscheidende Grund, dass wir eben in der Tat, was Sie jetzt sagen, uns auch gefragt haben: Wie viel Zeit haben wir? Der Rechtsberater hat dann gesagt: Na ja, ein paar Tage kann man drüber nachdenken. - Aber ich habe das ja schon erwähnt: Sehr nachdenklich hat uns dieser Mailverkehr des Anwalts Frevert von Noerr gestimmt, der ja schon tags vorher, also unabhängig auch von dem Urteil, gekommen war, wo er Bedenken äußerte. Und wir haben uns

eben auch gesagt: Die Gegenseite wird ja auch etwas überlegen. - Und sie haben ja dann im Nachhinein - das wussten wir nicht an dem Abend, aber wir haben ja später gesehen - die Unterauftragnehmerverträge noch verändert; das kam ja dann ein paar Tage später.

Und insofern haben wir gesagt: Es ist vielleicht besser, das jetzt schnell zu machen, als jetzt einen langen Abwägungsprozess darzustellen, wo auch die Gegenseite dann vielleicht irgendwelche anderen Schritte geht. Wir hatten hier zwei aus unserer Sicht klare Kündigungsgründe, nämlich das Urteil und diese Schlechtleistung, die uns eigentlich bestätigt worden war noch mal durch die Gespräche am Nachmittag in der Taskforce und eben auch durch diese Mail vom Tag vorher über die Anwaltskanzlei.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Nun hat der Herr Schneble, mit dem Sie an diesem Tag nach seiner Erinnerung dreimal telefoniert haben, hier bei uns ausgesagt, dass er in diesen Gesprächen die Bereitschaft der Betreiber ausgesprochen habe, in veränderter Form, wie auch immer, weiter an dem Projekt zu arbeiten. Das muss Ihnen doch - - Also, zumindest nach den Aussagen von Herrn Schneble war Ihnen bekannt, dass die Betreiber interessiert sind, das Projekt fortzusetzen, unabhängig davon, was in dem Schreiben von der Kanzlei Noerr und Herrn Frevert steht. Wie haben Sie das denn miteinander in Einklang gebracht, dann hinterher trotzdem zu sagen: „Nee, wir kündigen jetzt, und zwar auf der Stelle“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich bin mir gar nicht mal bewusst, ob Herr Schneble zu dem Zeitpunkt das Schreiben der Kanzlei Noerr gekannt hat. Herr Schneble war Geschäftsführer seit kurzer Zeit. Ich kannte ihn als Lobbyisten. Insofern weiß ich nicht, inwieweit und in welcher Tiefe er in dieser Thematik insgesamt drin war, weil das ja auch ganz andere Leute dann inhaltlich gesteuert haben. Das ist das eine.

Zum Zweiten habe ich in der Tat mit Herrn Schneble an dem Tag - Sie sagen, er sagt dreimal; ich bin mir nicht ganz sicher, ob zwei- oder dreimal; aber egal - - Wir haben miteinander telefoniert. Und - das habe ich ja schon gesagt - es war die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Überlegung, man trifft sich noch mal und unterhält sich.

Es gab dann auch in der öffentlichen Diskussion, die ja ganz schnell begann, die Frage: Gibt es nicht die Möglichkeit, diese Maut zu ändern, in eine Ökomaut umzuwandeln? Das war eine Sache, die man politisch vielleicht hätte machen können; sie wäre aber enorm schwierig gewesen. Und wir haben relativ schnell auch in den Gesprächen, die wir in Vorbereitung auf die Kündigung an dem Abend geführt haben, festgestellt, dass wir eine veränderte Maut mit veränderten Strukturen oder die Einführung einer Ökomaut - - die wäre nie möglich gewesen, ohne den deutschen Autofahrer zu belasten. Und damit war die Bereitschaft innerhalb der Koalition nicht vorhanden, da Änderungen herbeizuführen.

Das Urteil war leider so vernichtend, dass man eben sagen musste: Es bietet keine Chance mehr, jetzt zu einer Änderung zu kommen. - Dass die Unternehmen Kapsch und Eventim natürlich daran interessiert waren, ein gutes Geschäft zu machen - denn das wäre es ja, wenn es funktioniert hätte, geworden -, war klar, und dass sie sich auch bemühten und sagten: Wir müssen noch einmal überlegen. - Aber es gab für uns - und das war leider Gottes der Tenor dieses Urteils - - so eindeutig, dass das, was der Koalitionsvertrag uns vorgab, nicht hätte realisiert werden können. Aus dem Grunde brauchten wir da auch nicht mehr lange über Alternativen oder derartige Dinge nachzudenken.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Dennoch hat Herr Scheuer - jetzt muss ich allerdings aus dem Gedächtnis arbeiten; da kann ich Ihnen jetzt keine Vorhaltung machen - am kommenden Tag, am Mittwoch dann, im Kabinett die Frage ja offensichtlich noch mal aufgeworfen und hat dann berichtet, dass es - das stimmt; da haben Sie dann das, wie soll ich sagen, vorausgeahnt am Dienstagabend - im Kabinett keine Bereitschaft gibt, das Thema weiterzuverfolgen. Aber wäre das nicht ein relativ logischer Schritt gewesen, am Dienstag zu sagen: „Also jetzt, Leute, macht mal halblang; morgen ist Kabinettsitzung, da können wir das ja noch mal mit den Kollegen aus der Regierung besprechen“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sie wissen und Sie vermuten ja sicher auch, dass Herr Scheuer am Tag selber schon mit einigen in der Regierung gesprochen hatte, und insofern war das eigentlich ziemlich eindeutig. Die Kabinettsberichterstattung war halt einfach, die Kollegen, die sich nicht mit der Thematik befassen, aber natürlich politisch von so einer wegweisenden Entscheidung auch betroffen sind, noch einmal zu informieren und auch sicher noch mal das gesamte Stimmungsbild zu sehen. Aber es war für uns relativ eindeutig, dass wir in der Phase keine Chance hatten auf der Basis des vorhandenen Koalitionsvertrages. Und, Herr Abgeordneter Cezanne, Sie wissen selber, dass diese Maut auch innerhalb der Koalition begrenzte Freunde hatte. Also, das war eine schwierige Diskussion.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke sehr.

Vorsitzender Udo Schiefner: Herr Kollege Krischer hat dann das Wort.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Görrissen, ich bleibe bei diesem Tag und dem Thema Taskforce. Ich habe, ehrlich gesagt, immer noch nicht verstanden: Wer hat denn am 18. - und was dann im Laufe des Tages passierte - die Teilnehmer ausgewählt? Wie ist da entschieden worden, wer dort hinkommen soll? Wie passierte das? War das Ihre Aufgabe? Waren Sie damit befasst?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe das ja versucht schon darzustellen. Meine Aufgabe bestand darin, den Wunsch des Ministers, eine Taskforce einzusetzen, weiterzugeben. Dieses habe ich weitergegeben an den zuständigen Staatssekretär oder an sein Büro, wo sich aber dann herausstellte, dass Herr Beermann eben nicht da ist und auch nicht verfügbar ist. Und er hat dann mit seinem Stellvertreter, dem zweiten Staatssekretär unseres Hauses, gesprochen. Und Herr Güntner hat dann entschieden, wer dazukommt. Ich will nicht ausschließen, dass Herr Güntner mich zwischendurch noch mal gefragt hat: Wen, meinst du, sollte man noch dazuholen? - Aber wir haben dann natürlich auch gesagt: Das weiß Herr Zielke. - Der Herr Zielke hat seine Leute geholt, die seit Jahr und Tag in der Abteilung StV daran



Nur zur dienstlichen Verwendung

arbeiteten. Es sind die Europarechtler dazugekommen; es sind, glaube ich, vom Haushalt einige dazugekommen. Aber ich kann Ihnen nicht sagen - -

Ich habe da auch nichts mitentschieden, sondern ich habe nur gesagt: Der Minister möchte gerne eine Taskforce, die nicht aus einer festen Zusammensetzung besteht, wo man sagt: „1 bis 17 sind die Leute“, sondern ihr sollt euch die zusammenholen, auch unter Beteiligung der Rechtsberater bzw. der Berater - wir haben ja neben den Rechtsberatern auch noch andere gehabt, die sich mit dieser Thematik befasst haben, die das Vertragswerk kannten und die sich inhaltlich mit der Thematik beschäftigt haben - - dass sie dort eine Zusammenstellung machen der Kollegen, die man dafür braucht, egal welche Ebene, ob Sachbearbeiter oder Referatsleiter oder Unterabteilungsleiter. Und so wurde halt diese Taskforce, soweit ich weiß - wie gesagt, ich bin selber ja nicht dabei gewesen -, auch in unterschiedlicher Zusammensetzung - - Sie werden sich das thematisch etwas aufgeteilt haben. Die Wortführung, vermute ich mal, werden im Wesentlichen Herr Zielke und der Herr Molitor als die Kernabteilung, die für die Maut zuständig ist, gehabt haben.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es Sie nicht gewundert? Da kommt jetzt ein Urteil, und das ist ja wie eine Bombe eingeschlagen, hat alle überrascht. Sie haben halt mit etwas anderem gerechnet; das hören wir von allen hier. Was mich wundert, ist, dass der Prozessbevollmächtigte, der beim EuGH das Haus vertreten hat, nicht dabei ist. Warum?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Krischer, das kann ich Ihnen nicht sagen, weil - ich hatte es gerade gesagt - ich war für die Zusammensetzung nicht verantwortlich. Nun war der Prozessbevollmächtigte ja auch nicht am Ort. Ich weiß aber nicht, ob mit ihm telefonischer Kontakt oder was gehalten wurde. Ich sage ja: Ich habe mich weder in die Zusammensetzung der Taskforce noch in die Arbeit dieser Taskforce in irgendeiner Form eingemischt.

Die anderen Fragen, die dort wegen des - - Das hätten Sie Herrn Zielke fragen können. Ich weiß nicht, ob Herr Hillgruber oder ob andere Beteiligte, die wir eingeschaltet hatten, die wir beteiligt haben - - Und vieles ist eben auch über die Kanzleien gelaufen. Also, wie gesagt: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich nicht beteiligt war.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Herrn Zielke gefragt. Er kann es auch nicht sagen.

Ich komme dann auf den 20. Juni und habe da eine Vorlage. Das ist MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 231. Da gibt es einen Mailverkehr. - Gucken Sie erst mal, wenn Sie schauen möchten.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Aber was ist jetzt Ihre Frage, Herr Abgeordneter?

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage zielt darauf ab, dass Staatssekretär Beermann Sie am 20. zur „Task Force Maut“ am 21. einlädt. Und da steht drunter:

Ihre persönliche Teilnahme ist erforderlich.

Das ist fett unterstrichen.

Dann fragt Sie Frau Julie Heidl, ob Sie da hingehen, und Sie sagen: „Nö, gehe ich nicht hin“, obwohl es eine Aufforderung - würde ich es mal so formulieren -, keine Einladung ist, dort zu erscheinen. Und Sie schreiben - das finde ich sehr bemerkenswert - an die Frau Julie Heidl:

Ehrlich gesagt, würde ich es Ihnen nicht empfehlen, ich gehe nicht hin.

Die ist auch eingeladen, die Julie Heidl.

Ich finde das sehr bemerkenswert, dass man vom Staatssekretär aufgefordert wird - kann man



Nur zur dienstlichen Verwendung

schon sagen -, persönlich zu erscheinen, und dann sagt: Ich gehe da nicht hin.

Jetzt haben Sie eben erläutert, Sie seien da nicht so ganz involviert gewesen. Aber wenn der Staatssekretär Sie auffordert und Sie gehen einfach nicht hin und dann sagen Sie auch noch Kollegen: „Geht ihr auch mal nicht hin“: Finde ich komisch. Können Sie mir das erläutern?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das will ich gerne versuchen Ihnen zu erläutern. Das ist eine Standardeinladung, die Herr Beermann ja an viele andere geschickt hat. Das heißt also, das ist keine persönliche Aufforderung an mich, zu erscheinen, sondern er hatte um Präsenz gebeten. Wir hatten aber bereits - - Also, das ist büromäßig abgelaufen. Ich hatte von vornherein gesagt: Ich werde mich an diesen Taskforce-Sitzungen nicht beteiligen, weil ich das zeitlich einfach nicht schaffen kann.

Und dann ist immer die Frage: Wenn in so einer Taskforce, die sich inhaltlich mit den Themen beschäftigt, Vertreter der Pressestelle dabei sind und dann kommen Presseanfragen, dann muss man auch vernünftige Antworten geben können. Und deswegen war meine Empfehlung: Lasst uns lieber die Ergebnisse nachher haben, dann müssen wir auch nicht sagen: Ja, wir wissen das alles, aber wir sagen nichts.

Ich habe von vornherein ausgeschlossen, dass ich an einer Taskforce-Sitzung teilnehme, weil ich, wie gesagt, inhaltlich nichts hätte beitragen können und im Übrigen auch einfach nicht den Zeitrahmen zur Verfügung hatte, mich dort auch noch stundenlang im Zweifel zu beschäftigen. Die Aufforderung, persönlich zu erscheinen, war ja nicht an mich persönlich gerichtet, sondern an eine ganze Reihe von Teilnehmern. Und das ist in unserem Hause leider so üblich, dass man den Abteilungsleiter L, wenn man ihn mit in die Verantwortung nehmen will, gerne mit einlädt und auch erwartet, dass er kommt. Aber das ist die Ubiquität, Herr Abgeordneter Krischer, die ich noch nicht schaffe. ... (akustisch unverständlich) von vornherein klargestellt: Ich werde mich da nicht beteiligen.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann frage ich in der nächsten Runde weiter, weil ich glaube, meine Zeit ist um, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat jetzt das Wort der Kollege Lange.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Keine Wiederholungen und keine Fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Kollege Wiehle?

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich bin gerade noch dabei, was zu klären. Bitte am Ende der Runde noch mal fragen. - Danke.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke. - Kollegin Lühmann?

Kirsten Lühmann (SPD): Danke schön. - Herr Görrissen, nachdem der Vertrag unterschrieben war, haben Sie in Ihren Tagesinformationen noch dreimal das Thema Vertrag oder Vertragspartner erwähnt; das Thema Feinplanungsdokumentation kommt nicht ein einziges Mal vor. Ist bis zur Kündigung des Vertrages das Thema „Probleme bei der Feinplanungsdokumentation“ bei Ihnen aufgelaufen, vielleicht dass Herr Schulz gekommen ist auf dem Weg zum Minister und Ihnen das mitgeteilt hat, dass Ihnen andere das mitgeteilt haben mit der Bitte, es dem Minister zu sagen? Also dieses Thema „Probleme bei Feinplanungsdokumentation“ bis zum Tag der Kündigung: Haben Sie davon irgendetwas gehört?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Dann habe ich noch einige Fragen zu der Situation nach der Kündigung oder nach dem EuGH-Urteil. Nach dem Tag der Kündigung - wir haben ja eben darüber geredet: was passierte an dem Tag? Taskforce, Sie haben nicht teilgenommen; Entscheidung -, an dem Tag nach dem Urteil und nach der Kündigung kam es am 19. Juni 2019 von 12.30 bis 13.30 Uhr zu einem Treffen zwischen Ministeriumsspitze und Betreiber. Dieses Treffen - das haben wir auch gehört - ist erst für den Tag davor um 18 Uhr angesetzt worden, ist dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

verlegt worden. Und zwar haben da laut Protokoll des Betreibers teilgenommen: Minister Scheuer, Staatssekretär Beermann und Sie und aufseiten des Betreibers Herr Laux, Herr Schulenberg, Herr Blum und Herr Schneble. Das Dokument, auf das ich mich beziehe, hat die Nummer MAT A D-1/6, Blatt 6 und 7. Ist die Darstellung des Teilnehmerkreises so zutreffend? Haben Sie da teilgenommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir schauen erst mal, was Sie jetzt gerade als Material meinten.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Lühmann, ich glaube, Sie haben gerade bei der Auflistung den Herrn Ruoff vergessen gehabt, der hier im Text steht und der mir auch rememberlich ist, aber nicht jetzt als groß Beitragenden, sondern dass er dabei war.

Kirsten Lühmann (SPD): Stimmt, habe ich vergessen.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sonst ist der Teilnehmerkreis dort richtig wiedergegeben.

Kirsten Lühmann (SPD): Was erinnern Sie sich noch? Wie ist dieses Gespräch abgelaufen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nun gut, es war ein Gespräch, über das man vorher sich überlegt hatte: Führen wir es überhaupt noch, oder führen wir es nicht? Wir haben dann gesagt: Wir führen das noch mal. - Der Minister hat seine Ausführungen gemacht und noch mal die ganze Lage dargestellt, auch die Problematik, die sich nach dem Urteil ergibt. Und Sie haben mir ja jetzt gerade hier eingespielt diesen Vermerk, den, wenn ich es richtig sehe, die Kollegen Schneble und Dr. Blum gemacht haben. Ich hatte ihn auch schon einmal wahrgenommen, weil er auch pressemäßig schon verkauft worden ist.

Mich hat in diesem Vermerk etwas überrascht die Bedeutung, die Herr Schneble dort plötzlich sich selbst zuschreibt. Die ist mir so nicht rememberlich, sondern es war mehr ein Gespräch zwischen Herrn Minister Scheuer und Herrn Schulenberg, bei dem es insbesondere natürlich - und dieser Begriff ist in diesem Vermerk auch nicht aufgeführt - um das Thema Schlechtleistung geht. Ich verstehe, dass Herr Schneble und Herr Blum das nicht in ihren Vermerk hineinschreiben wollten, weil das ja auch für sie nicht gerade ein Aushängeschild jetzt war, dass dort Schlechtleistung erbracht worden ist. Übrigens der Begriff „Schlechtleistung“, wie ihn der Minister in dem Gespräch verwandt hat, hat bei Herrn Schulenberg zu ziemlicher Aufregung geführt, weil er sich in seiner kaufmännischen Ehre gekränkt fühlte und es nicht akzeptieren wollte, dass er nun Schlechtleistung vollbracht hat. Und die Kollegen schreiben ja auch lieber „Feinplanung“; aber wir haben das eben als Schlechtleistung bezeichnet. Und insofern war die Atmosphäre für dieses Gespräch nicht ganz optimal.

Natürlich haben die Betreiber versucht, noch einmal darzustellen, dass sie alles tun werden, um das in Griff zu bekommen. Wir haben unsere Position dargestellt. Und es war halt eine Stunde, die wir uns miteinander unterhalten haben, die aber zu keinerlei Ergebnissen geführt hat und die eben deutlich gemacht hat die Verärgerung auf unserer Seite, die schwierige Situation, die sich nach dem Urteil ergibt, und das Bemühen, sage ich jetzt mal, von den Herren Laux und Ruoff, die im Zweifel nicht viel gesagt haben - Herr Schneble hat etwas mehr gesagt; Herr Blum hat meines Wissens fast gar nichts gesagt -, die sich versuchen zu rechtfertigen und zu sagen: Na, so schlimm ist das alles nicht; wir kriegen das schon irgendwie hin.

Das ist so meine grobe Erinnerung an diese Stunde, die wir dort miteinander zusammensaßen.

Kirsten Lühmann (SPD): Der Zeuge Schulenberg hat hier erklärt, dass entweder er oder Herr Schneble - das wusste er nicht mehr so genau - am Ende des Gesprächs den Minister gefragt haben, was sie jetzt noch tun könnten, also vonseiten



Nur zur dienstlichen Verwendung

der Betreibenden; das ist im vorläufigen Protokoll vom 01.10., Seite 80 und 81. Wissen Sie noch, wie der Minister auf die Frage geantwortet hat?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein. Wir schauen gerade mal in den Text, Frau Lühmann, bitte.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Kirsten Lühmann (SPD): Seite 82 [sic!], links, zweiter Absatz. Er endet mit einem - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Gefunden.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Soweit ich das erinnere, war das der Kollege Schneble, der gesagt hat: Was können wir noch machen? - Und, ja Gott, es war nicht mehr viel zu machen. Also, das war mehr so eine Floskel, wie man halt sagt: Hör mal, irgendwie - - Und wir haben ja, wenn Sie sich erinnern - so ist es, glaube ich, auch in dem Vermerk notiert -, gesagt: Wir wollen uns noch mal wieder treffen. - Und insofern hätte man noch mal überlegen können, ob man noch irgendwas besprechen kann. Aber richtig klare Vorstellungen, was das hätte sein können, hatte zu dem Zeitpunkt, glaube ich, niemand. Ich habe das mehr als Höflichkeitsgeschichte gesehen.

Kirsten Lühmann (SPD): Sie haben ja die Presse erwähnt, die unter anderem die Formulierung, die gefallen sein soll, der Minister könne seinen Bericht im Ausschuss so oder so ausfallen lassen, zum Inhalt hatte. Können Sie sich an die Äußerung des Ministers erinnern?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Eine wirkliche Erinnerung an diese Äußerung habe ich nicht. Es könnte sinngemäß so gewesen sein, dass er gesagt hat: Wir werden mal sehen, wie ich es im Ausschuss darstelle. - Man kann ja - so wie ich es ge-

rade versucht habe in den Vermerk hineinzunehmen - von Fehlern in der Feinplanung sprechen; man hätte aber auch von Schlechtleistung sprechen können. Und das war vielleicht, je nachdem, wie gehen wir jetzt insgesamt damit um, ja auch - und das ist Tage später dann in die Medien gegangen - die Frage des Schadensersatzes. Es kursierten ja dann unterschiedliche Summen in den nächsten Tagen. Und das war, glaube ich, so zu verstehen. Dass das irgendwas anderes war, habe ich nicht so wahrgenommen.

Kirsten Lühmann (SPD): Also, Sie haben es nicht wahrgenommen. Also, Sie wissen nicht, ob es passiert ist; denn Sie wissen ja: In den Medien stand, dass der Minister das von einer Bedingung abhängig gemacht haben soll, ob er in dem Verkehrsausschuss so oder so aussagt. Ob es diese Bedingung gegeben hat, daran können Sie sich nicht erinnern. Habe ich Sie so richtig verstanden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Da haben Sie mich richtig verstanden. Ich habe daran keinerlei Erinnerung.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Ich habe jetzt eine MAT-Nummer, die ich Ihnen gerne vorhalten möchte: Das ist die MAT A BMVI-5/12, Blatt 35 bis 37. Da geht es um eine Tagesinformation von Ihnen, die sich mit der maximal möglichen Transparenz beschäftigt, die ja der Minister nach der Kündigung der Öffentlichkeit und insbesondere auch dem Ausschuss versprochen hat. Und da schreiben Sie:

Unsere Strategie der Transparenz hilft m.E. nicht mehr weiter. Sie führt dazu, dass die Gegenseite immer neue Felder aufmacht, wo wir nicht ausreichend vorgelegt haben.

Sie können es ja gleich noch mal lesen; das geht ja noch etwas weiter.

Das heißt, die Strategie der Transparenz - - Wenn Sie schreiben: „Es kommen Fragen nach Dingen, die nicht vorgelegt wurden“, ist das ja nicht maximale Transparenz, weil augenscheinlich ja Dinge nicht vorgelegt wurden. Aber der Kern



Nur zur dienstlichen Verwendung

meiner Frage geht dahin: Ist also schon im September diese Strategie wieder aufgegeben worden?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Also, die Strategie der maximalen Transparenz - das habe ich mir geschworen -, die werde ich nie wieder vorschlagen,

(Heiterkeit der Abg. Nina Warken (CDU/CSU) und Kirsten Lühmann (SPD) -
Kirsten Lühmann (SPD):
Sehr gut!)

weil ich habe gelernt, dass man darüber befinden muss, was Transparenz oder maximale Transparenz ist, und habe gelernt, dass wir darüber nicht hätten befinden können, sondern dass Sie - ich meine Sie jetzt nicht persönlich, Frau Abgeordnete Lühmann, aber Ihre Kollegen usw. - darüber befunden haben. Und Sie hätten nie erklärt: Das reicht uns jetzt. - Aber es wäre immer noch wieder irgendwo etwas gekommen.

Und deswegen habe ich so versucht darzustellen: Leute, es hat keinen Sinn, jetzt ständig von dieser maximalen oder vollständigen Transparenz zu sprechen; es wird immer wieder irgendeiner kommen und sagen: „Moment, das fehlt aber noch“ usw. Und deswegen würde ich nicht sagen, dass wir sie aufgegeben haben. Es war ein Versuch, möglichst das, wo wir meinten, dass es mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, was man braucht, um den Sachverhalt aufzuklären, das aber auch aus Ihrer Sicht dazugehört, weil ich irgendwo formuliert habe: „Herr Luksic hat wieder eine Frage gestellt - - Das war für mich nicht Teil einer maximalen Transparenz, weil ich das für ziemlich albern gehalten habe. Ich habe ihn aber auch gefragt: Warum sollte ich den Chef unterrichten? - Aber ich habe es gemacht, damit er weiß, wenn am Samstag wieder in den Zeitungen steht: „FDP fordert ...“, wo kommt das her, dass ich ihm sagen konnte: Das kommt aus dieser Anfrage heraus.

Also das war eine Strategie. In meinem zweiten Berufsleben - ich weiß nicht, wo ich es dann beginne - werde ich diesen Vorschlag nicht wieder machen.

Kirsten Lühmann (SPD): Aufgenommen. - Ich habe noch eine Frage; dann bin ich auch durch. Das geht wieder um eine Materialnummer, und zwar MAT A BMVI-5/12, Blatt 40 und 41. Das ist ein Papier vom 13. September 2019. Und da kam der Minister mit der Idee an Sie heran, doch noch eine Vereinbarung mit dem Betreiber zu beschließen. Es geht mir nicht um den Inhalt, sondern es geht mir um das Verfahren. Möchten Sie Zeit haben, um den Inhalt noch mal zu lesen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Schon aufgemacht hier. Ich will es nur ganz kurz einmal durchlesen, -

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: - wenn Sie gestatten.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

So, jetzt bitte ich aber, Frau Lühmann, noch mal die Frage zu stellen, die ich jetzt nicht mehr ganz präsent habe.

Kirsten Lühmann (SPD): Nee, ich hatte sie noch gar nicht gestellt.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ach so. Dann habe ich sie auch in der Tat ja nicht verstehen können.

Kirsten Lühmann (SPD): Richtig. - Ich habe dazu zwei Fragen. Die erste: Wessen Idee war das? War das die Idee des Ministers, das, was da drinsteht, oder hat er die von jemand anders? Wenn von jemand anders: Von wem?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Da bringen Sie mich jetzt in eine leichte Schwierigkeit, weil ich das nicht genau sagen kann. Ich meine, zu erinnern - aber ich meine es wirklich nur; ich weiß es nicht -, dass das eine Idee war, die der Minister



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit Herrn Kollegen Zielke im Gespräch entwickelt hat. Sie wissen ja, dass die Verträge - - Wir haben sie gekündigt, aber die Kündigung wurde ja erst im September wirksam. Und es war im Vorfeld dieses Kündigungsdatums, also der Wirksamkeit der Kündigung am 30.09., dass dieses Thema mal diskutiert wurde.

Es ist ja dort das Stichwort des Moratoriums, und es war die Frage: Können wir das hinauszögern, dass man eventuell noch zu einer anderen vertraglichen Vereinbarung kommt? Das war auch, glaube ich, zu sehen in dem Gesamtzusammenhang mit der ökologischen Maut, dass man gesagt hat: Vielleicht ergeben sich noch mal weitere Entwicklungen. - Die Zeit war ja schon weitergegangen, und das ist ja heute auch ein Thema. Aber ich kann nicht hundertprozentig sagen - - Ich meine, zu erinnern, es wäre eine Idee gewesen, die so in einem Gespräch - - Der Kollege Zielke hat immer interessante Ideen gehabt.

Und Sie merken vielleicht an meiner Rückfrage bei Herrn Dr. Schulz: Ich war sehr skeptisch, ob das überhaupt funktionieren kann und funktionieren wird. Und das hat ja Herr Schulz in seiner kurzen Erwiderung - - Denn den hatte ich, weil ich, wie gesagt, rechtlich das überhaupt nicht bewerten konnte, noch mal gebeten um sein Testat, wie er das sieht.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Das ist nämlich jetzt genau meine zweite und letzte Frage: Warum Herr Schulz? Der war zu dem Zeitpunkt nicht mehr Staatssekretär. Er war in einer Funktion, die bei einer möglichen ökologisch ausgerichteten Maut auch als Betreiber infrage kommen könnte. Sie merken den Hintergrund meiner Frage: Ich sehe da einen Interessenkonflikt. Und im Hause gab es ja wohl genug juristischen Sachverstand, um das auch im Haus prüfen zu können.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das ist auch eine Frage des Vertrauens. Wenn man einen vertraulichen Hinweis hat, eine vertrauliche Überlegung hat, dann muss man einmal schauen: Wie wird es gesehen? - Wenn meine Vermutung nicht ganz falsch ist, dass es vielleicht von Herrn Zielke kommt, hätten seine Mitarbeiter natürlich einen

Teufel getan, das irgendwie zu bewerten; da hätten sie sich gar nicht getraut. Und insofern war Herr Dr. Schulz - Sie haben recht - natürlich in einer neuen Funktion, aber war für mich ein absoluter Spitzenfachmann, was dieses Thema anbelangt, der in dieser Thematik drin war. Und ich brauchte, wie ich das heute Morgen schon mal sagte, noch mal eine zweite Meinung neben meiner, um zu hören: Ist das überhaupt ein gangbarer Weg? Denn ich hielt ihn für nicht gangbar; aber ich konnte es nicht so wirklich begründen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ein - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: An einen Interessenkonflikt -

Kirsten Lühmann (SPD): Genau.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: - habe ich in dem Zeitpunkt überhaupt nicht gedacht und ihn auch nicht in irgendeiner Weise gesehen. Es war einfach ein kollegialer Rat.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann gebe ich das Wort dem Kollegen Jung.

Dr. Christian Jung (FDP): Ja, vielen Dank, auch für die Ausführungen zu dem Innenleben des Ministeriums. Ich meine, man kann, glaube ich, festhalten: Kommunikation ist eine schwierige Sache.

Was ich jetzt noch nicht so ganz nachvollziehen kann, weil Sie da sehr gesprungen sind und auch viele Gesprächspartner das erste Mal erwähnt worden sind: Könnten Sie bitte noch mal genau den Tagesablauf von Ihnen vom 18. Juni ab etwa 9.30 Uhr sagen - vielleicht können Sie es chronologisch machen - und, weil Sie ja sehr viele Telefonate auch aufgeführt haben, mit wem Sie alles telefoniert haben? Sie haben zum Beispiel erwähnt, dass Sie sich mit den zuständigen Unionsabgeordneten abgestimmt haben. Was ist bei diesen Gesprächen auch mit wem genau gesprochen worden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Dr. Jung, ich kann mich sicher wiederholen; es wird aber nicht anders dadurch. Ich glaube, ich habe auf die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage des Abgeordneten Lange versucht, deutlich zu machen, wie ungefähr der Tagesablauf war, wobei - jetzt muss ich doch wieder auf meine bescheidene Rolle zurückkommen - nicht ich diese Gespräche geführt habe, sondern ich habe dafür gesorgt, dass sie überhaupt geführt werden können. Es waren teilweise Gespräche, die auch andere geführt haben. Aber ich kann jetzt gerne noch einmal den ganzen 18. Ihnen vortragen.

Dr. Christian Jung (FDP): Genau, bitte ganz konkret und chronologisch.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir können uns aber auch ins ... (akustisch unverständlich) setzen, dass Sie ins Protokoll schauen und dann noch einmal - -

Dr. Christian Jung (FDP): Bitte ganz konkret und chronologisch.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ja, das ist morgens angefangen und hat abends aufgehört. Das ist nun mal die Chronologie eines Tages. Ich kann es, wie gesagt, noch mal gerne wiederholen. Das macht mir nichts aus, aber es hilft Ihnen keinen Deut.

Dr. Christian Jung (FDP): Sehr gerne.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir sind morgens um halb zehn mit dem Urteil konfrontiert worden. Ich saß mit Frau Bethge und Herrn Ainetter, meinen beiden Unterabteilungsleitern, zusammen, und wir haben dieses Urteil zur Kenntnis genommen. Wir haben daraufhin den Minister informiert. Der Minister hat das natürlich über Ticker - die Ticker sind immer schneller, als wir unsere Telefone hinbekommen - auch schon erfahren. Wir haben dann eine kurze Schalte gemacht mit allen Beteiligten, sprich: der Frau Gebauer, glaube ich, dem Herrn Zielke und den beiden eben Genannten, haben noch einmal kurz Revue passieren lassen, dass er sozusagen noch mal hört. Und es war einvernehmlich ja klares Testat: Dieses Urteil ist so eindeutig; wir können da gar nichts machen.

Der Minister hat entschieden, dass wir eine Taskforce einsetzen. Ich habe das gerade eben

noch einmal geschildert, wie das erfolgt ist. Das, glaube ich, muss ich nicht noch mal wiederholen. Und der Minister hat entschieden, dass bestimmte Maßnahmen, die derzeit ergriffen wurden vom KBA und auch vom BAG, kurzfristig gestoppt werden, damit nicht weitere Personaleinstellungen erfolgen. Ich könnte Ihnen noch ein konkretes anderes Thema nennen - das ging um eine Liegenschaft in Schleswig-Holstein, wo das KBA sich ausbreiten wollte -, was auch gerade in der Schlussphase war.

Wir haben dann, wie gesagt, eine Telefonschalte der Verkehrspolitiker der Union gemacht. Ich hatte das heute Morgen zu der Frage von Herrn Lange bereits gesagt: Das waren weitgehend halt CSU-Politiker, weil die damals in der Verantwortung in der Fraktion waren. - Und dann hat es sicher bei mir viele Anrufe gegeben; das bin ich nicht in der Lage Ihnen zu sagen. Ich habe auch mit Herrn Schneble dazwischen gesprochen, wie wir schon festgestellt haben.

Wir haben dann diese Taskforce tagen lassen. Wir sind dann am Nachmittag, am späten Nachmittag, der Minister und ich, in diese Taskforce hineingegangen, haben uns ... (akustisch unverständlich) lassen. Wir sind nach der Taskforce in sein Büro gegangen, in einem kleineren Kreis, und haben dort noch einmal konkret über die Kündigungsgründe und über die Kündigungsvarianten und das Verfahren gesprochen. Und irgendwann, ein Stück weit nach Mitternacht, bin ich nach Hause gefahren, weil mir der Tag, ehrlich gesagt, reichte. Und bei mir heißt „nach Hause fahren“ noch lange nicht, dass ich im Bett liege. Das braucht immer noch ein bisschen.

Dr. Christian Jung (FDP): Und am Ende dieses Tages hat dann der Minister diese Entscheidung als Verantwortlicher getroffen, zu kündigen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Dr. Jung, ich habe das auch schon jetzt mehrfach gesagt: Wir haben in der Runde, in der wir zusammensaßen, beraten, was man machen kann. Es lag dieser Vorschlag auf dem Tisch, diese beiden Kündigungen auszusprechen. Und wir haben einvernehmlich - ich glaube, ich hatte eben den Begriff „Kollegialorgan“ gewählt - gesagt: Der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kündigungsweg, so wie wir ihn dargestellt bekommen haben, ist der richtige, und den gehen wir.

Natürlich ist der Minister der Letztentscheidende; aber es ist eine Art bei Herrn Scheuer, dass er häufig fragt: „Gibt es noch jemand, der anderer Meinung ist?“ oder: „Habt ihr eine andere Meinung?“ Es hatte jeder die Gelegenheit, sich da zu äußern; das ist auch erfolgt. Und wir waren einheitlich der Meinung, dass es der richtige Weg ist, die Kündigung so, wie wir sie dort vorbesprochen haben, am nächsten Morgen formalisiert durchzuführen.

Das ganze Verfahren, wie das formalisiert jetzt geht, glaube ich, muss ich nicht wiederholen, mit Zustellung und was weiß ich; war alles und ist alles im Vertragswerk geregelt. Genau so sind wir auseinandergegangen. Und wenn ich ganz ehrlich sein soll: Mir reichte es auch.

Dr. Christian Jung (FDP): Ich frage deswegen, weil wir haben hier auch in einer der letzten Sitzungen eine Aussage gehabt eines hochrangigen Beamten des Ministeriums, dass der Minister selbst diese Entscheidung getroffen hätte.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Gut, das ist jetzt eine Interpretationsfrage. Natürlich ist ein Minister immer der, der die Letztentscheidung trifft. Ich habe das aber als ein Ergebnis einer intensiven Beratung eines Kollegialorgans, das immerhin dann in der Schlussphase aus zwei beamteten Staatssekretären und zwei Abteilungsleitern, mindestens einem Unterabteilungsleiter und noch zwei, drei anderen bestand, die in der Tat jetzt, wenn Sie mich nehmen - da sind wir beide uns ja nicht ganz einig, wie weit meine Bedeutung geht - - Aber ich hätte eine derartige Entscheidung nicht treffen dürfen, weil sie meiner Aufgabe nicht entspricht. Und insofern war mein Eindruck - und so bin ich aus dieser Runde gegangen, und er ist auch heute noch mein Eindruck -, dass wir alle, die wir dort saßen - und es gab kein Gegenvotum -, der Meinung waren: Es ist der richtige Weg, diesen Kündigungsweg zu beschreiten und das in dieser formalisierten Form, wie wir es dort erörtert hatten, nun auch zu tun.

Dr. Christian Jung (FDP): Was Sie jetzt ja gesagt haben: Der Minister ist jemand, der sich gerne in seinem Umfeld noch mal rückversichert. - Hat er sich denn auch mit Ihrer Hilfe noch anderweitig zurückversichert? Sie haben ja exzellente Kontakte aus Ihrer Karriere in die CSU. Mit welchen Politikern der CSU hat er sich rückversichert? Hat er mit der Bundeskanzlerin gesprochen? Hat er mit dem Vizekanzler gesprochen? Weil diese Entscheidung trifft man ja nicht so einfach. Und der Herr Scheuer ist ja jemand, wie Sie ja zu Recht gesagt haben, der sich gerne rückversichert. Bei wem hat er sich denn über Ihnen noch rückversichert?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Dr. Jung, diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich es nicht weiß. Ich habe ja gesagt: Der Minister war den ganzen Tag auch unterwegs. Es werden viele Gespräche stattgefunden haben, aber ich bin nicht über die Details informiert, mit wem er da geredet hat. Das weiß ich nicht.

Dr. Christian Jung (FDP): Sie haben auch zu CSU-Spitzenpolitikern an diesem Tag keinerlei Kontakte gehabt? Sie haben ja da sehr enge Beziehungen, auch aus der Vergangenheit, zu einzelnen Persönlichkeiten.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Mit „Sie“ meinen Sie mich jetzt, also großgeschrieben?

Dr. Christian Jung (FDP): Ja, ich meine Sie. Ich meine Sie, ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, nicht gehabt. Ich habe nur diese Telefonschalte, von der ich sprach, bei der einige Verkehrspolitiker dabei waren. Und für mich sind auch Verkehrspolitiker bereits hochrangige Politiker.

Dr. Christian Jung (FDP): Gut.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wenn Sie an Parteivorsitz oder Ähnliches denken - oder Generalsekretär -: Habe ich keine da gehabt.

Dr. Christian Jung (FDP): Okay.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat der Kollege Cezanne nun das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Görrissen, auch da knüpfe ich gleich noch mal an. Herr Seehofer hat bei seiner Befragung hier ausgesagt, dass er, nachdem er von dem Urteil Kenntnis genommen hatte, den Herrn Dobrindt angerufen habe und sich mit ihm verständigt habe, dass damit das Thema Maut jetzt mal gut sei - also, das ist jetzt meine Formulierung -, und sich mit Herrn Dobrindt auch verständigt, dass der sich mit dem Parteivorsitzenden in Bayern in Verbindung setzt. Haben Sie Kenntnis darüber, ob aus diesem Kreis der drei Herren auch mit Herrn Scheuer gesprochen worden ist?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Klare Antwort, danke schön. - Am 28. August 2019 gab es ein Gespräch bei Minister Scheuer, an dem Sie, Staatssekretär Beermann und weitere Personen teilnahmen. Da ging es um die Geltendmachung von Vertragsstrafen. Ich sage auch mal die MAT-Nummer. Also das ist MAT A BMVI-5/1_b-3, Blatt 208.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm - Zuruf des RA Dr. Daniel Krause)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Entschuldigung bitte, Herr Abgeordneter, könnten Sie noch mal genau sagen, was Sie vorhalten wollen inhaltlich?

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Nein, die Frage habe ich noch nicht gehabt, aber es geht um die Einladung zu diesem Gespräch am 28.08.:

Betreff: Sts Be Gespräch mit Minister, Herr Görrissen, Herr Mollitor zu „Vertragsstrafen“

Und zu den Vertragsstrafen gab es eine Vorlage. Meine Frage wäre, was das Ergebnis des Gesprächs war. Und dann würde ich gern noch eine Anschlussfrage stellen.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen nur sagen: Ich kenne das nicht. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass wir uns da zusammengesetzt haben.

Sie dürfen nicht immer, wenn mein Name drinsteht - - Den schreibt man überall rein, immer nach dem Motto: Damit der ja nicht später kommen kann und sagen kann, er sei ja nicht informiert gewesen.

Aber ich kann mich an diese Notiz nicht erinnern, auch nicht sagen, was daraus erfolgt ist.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Na ja, dann ist es ja gut, dass wir Sie dann heute fragen können. - Trotzdem würde mich noch mal interessieren: Also, wir haben jetzt die offensichtliche Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen. Wir haben zusätzlich die Kündigung wegen Schlechtleistung. Dann hat man noch mal nachgesetzt wegen der Vergabe von Unterauftragnehmerverträgen, die noch weiter ausgefertigt worden sind. Und jetzt setzt man mit den Vertragsstrafen noch mal einen drauf. Hat denn bei Ihnen im Ministerium in der Diskussion nie mal eine Rolle gespielt, dass es für das Schiedsverfahren vielleicht taktisch klug sein könnte, nicht jede Eskalationsstufe in dieser Auseinandersetzung zu betreten?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Auch diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten; ich weiß es nicht. Dieses Thema Vertragsstrafen, das ist irgendwie in der Fachabteilung hochgekommen; dazu kann ich Ihnen keine Informationen geben. Ich kann mich ... (akustisch unverständlich) Beteiligung oder Gespräche erinnern.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - Und eine letzte Frage von mir noch mal zu der - wie soll ich sagen? - Erfindung der Transparenzstrategie. Da geht es jetzt um zwei Dokumente. Aber wesentlich wäre, glaube ich, hier MAT A BMVI-5/12, Blatt 19.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Was ist jetzt Ihre konkrete Frage, Herr Abgeordneter?

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja, mich würde interessieren - - Also, das ist ja jetzt eine E-Mail, die Sie am Samstag an den MdB-Account von Herrn Scheuer geschickt haben mit Vorschlägen, wie er - wie soll ich sagen? - befreundete Abgeordnete informieren könnte.

Das eine, was mich interessiert: Was haben denn die Kollegen Lange, Ludwig, Lühmann und der Landesgruppenvorsitzende am Montag als Mitteilung erhalten? Das ist der letzte Absatz. Könnte ich natürlich auch Kirsten Lühmann fragen oder den Herrn Lange.

Und die zweite Frage ist: Also das ist ja jetzt, sagen wir mal - - Also, wie ist denn die Abwägung? Weil eigentlich können Sie den Kollegen ja nur Sachen zur Verfügung stellen, die Sie im Zweifelsfall auch mir oder dem Herrn Krischer geben müssten. Wie funktioniert denn die Abwägung, wie man dann im Ministerium mit solchen Sachen umgeht?

(Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fände ich gut übrigens!)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, was wir da für Unterlagen wirklich genau weitergegeben haben. Es war - - Wann war der Zeitpunkt dieses - -

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Das war am 22. Juni 2019.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Denn das - - Auslöser waren ja Briefe aus der Opposition, wo sie uns mit Forderungen überhäuft haben. Und da war natürlich und ist natürlich auch, dass innerhalb der Koalition darüber eine Meinungsbildung herbeigeführt werden musste oder eine Information, was denn da wirklich Gegenstand war, damit wir sozusagen wieder Waffengleichheit hat-

ten. Aber ich kann im Detail Ihnen das nicht sagen, was daraus geworden ist oder was wir da zu-geleitet haben. Das weiß ich nicht mehr.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Herzlichen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zu Kollege Krischer. Bitte schön.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe heute schon mal viel gelernt. Dass es Kollegialorgane in Ministerien gibt, wusste ich auch noch nicht; aber das war interessant.

Ich hätte aber eine konkrete Frage noch mal zu einer Vorlage aus dem Jahr 2018. Ich würde auch gleich die Nummer sagen: MAT A BMVI-6/5x, Blatt 235.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Vorsitzender Udo Schiefner: Fragen Sie Ihre Frage, Herr Krischer, bitte.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Das ist eine Vorlage, die Frau Henke geschrieben hat, und da geht es darum - so verstehe ich das -, dass im nachgeordneten Bereich beim KBA und BAG ungefähr 300 Stellen fehlen, die geschaffen werden müssen, um die Infrastrukturabgabe umzusetzen und abzuwickeln. Es wird detailliert erläutert, was da alles problematisch ist und eigentlich noch zu tun ist, und es wird darauf gedrängt, dass diese Stellen dann auch beim Finanzministerium zu akquirieren sind. Die ist über Herrn Zielke gegangen, und der hat draufgeschrieben: „am 19.06. bei AL L“ - das sind Sie, gehe ich mal davon aus - „abgegeben. Er spricht mit Min.“ Also Minister, gehe ich mal von aus, heißt das.

Wir haben Herrn Zielke dazu gefragt. Der hat gesagt, er kann sich an diese Vorlage erinnern und erinnert sich daran, dass er die bei Ihnen persönlich abgegeben hat. Da ist der Auftrag drin, mit dem Minister über diese Frage zu reden, wie denn der Personalbedarf geregelt werden soll.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Zielke konnte am Ende nicht so wirklich beantworten, ob das Problem denn geregelt wurde oder nicht.

Mich würde einfach interessieren: Was ist danach passiert, was haben Sie mit dieser Vorlage gemacht? Wie haben Sie danach mit dem Minister über dieses ja nicht kleine Problem oder Herausforderung zu dieser Zeit gesprochen, und was geschah dann?

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, Sie sehen ja - und da sind wir wieder bei der Kernproblematik Leitungsvorlagen -: Das ist eine Leitungsvorlage, die an den Staatssekretär gegangen ist. Der Kollege Zielke hatte den Eindruck, dass er das gerne noch mal ein bisschen nachsteuern wollte und dass er auch gerne wollte, dass der Minister darüber informiert ist, und hat deswegen eine Kopie - das ist ja nicht das Original; das lagert ja bei Herrn Schulz - mir gegeben mit der Bitte, das dem Minister noch mal zu sagen, dass dort ein Problem besteht, was übrigens niemanden überraschte; denn das war ja auch gerade das Thema, was wir schon mal hatten bei der Vollstreckung, dass wir da zusätzliches Personal brauchten, wenn die OFDen oder vielmehr der Zoll das nicht macht. Was daraus jetzt geworden ist, kann ich aus der Erinnerung nicht mehr genau sagen.

Das waren so Vorgänge, die man dann in einer der nächsten Besprechungen entweder mit Herrn Dr. Schulz oder mit dem Minister zusammen noch mal erörtert hat, und wir haben das, glaube ich, sogar dann in einer Leitungsrunde oder irgendwie noch mal auch mit der Abteilung Z, weil die ja für die Beschaffung des Personals oder für die Beschaffung der Stellen zuständig ist, erörtert. Aber was da jetzt konkret - -

Ich meine, Sie haben gerade formuliert, das war ein Auftrag an mich. Das ist kein Auftrag; das ist eine Bitte, eine begleitende Bitte, so in der Hoffnung: Wenn der Görrissen das dem Minister sagt, dann hat das vielleicht noch ein bisschen mehr

Nachdruck, und alle sehen, dass da objektiv was kommt.

Es war uns allen klar, dass wir noch einen ziemlichen Personalbedarf haben. Und das war ja einer der Punkte, wo ich gesagt habe: Nach der Kündigung hat der Minister gesagt: Stoppt diese ganze Maschinerie, damit da nicht weitere Leute eingestellt werden und Geld verursachen. - Aber das ist ein Verfahren - - Sie haben gerade eben gesagt, Sie lernen vieles Neues über ein Ministerium. Herr Krischer, wenn man wie ich 40 Jahre in dem Geschäft ist, dann lernt man ganz fürchterlich viel, jeden Tag. Also, das ist ein Vorgang, der einfach noch mal zur Bekräftigung des Anliegens der Fachabteilung an mich herangetragen wurde mit der Bitte um Unterstützung, dass dort wirklich Personalstellen geschaffen werden.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich kann davon ausgehen, dass diese Vorlage der Minister nicht gesehen hat? Das ist da nicht weitergeleitet worden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen allenfalls sagen: Sie können davon ausgehen, dass wir das Thema im Hause weiter behandelt haben. Entweder hat Herr Dr. Schulz es direkt gelöst. Und ich würde hier sogar vermuten, dass ich mit Herrn Schulz darüber gesprochen habe und gesagt habe: Pass auf, was können wir denn da machen? - Es war ja nicht so, dass das nicht allen bewusst war, sondern es war einfach noch mal der Versuch, noch mal auf einer zweiten Schiene vielleicht ein bisschen Schnelligkeit hineinzubringen, damit es etwas schneller geht. Ich weiß nicht, ob der Minister - - Also, der Minister ist mit dem Thema sicher befasst gewesen. Ob er diese Vorlage gesehen hat, das weiß ich nicht.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde mich zum Thema Leitungsvorlagen - das ist auch meine letzte Frage zu dem Thema - noch mal interessieren: Sie haben ja eben die Tagesinformationen - - die haben Sie an den MdB-Account geschickt. Hat es denn per E-Mail noch irgendwelche andere Kommunikation mit dem Minister gegeben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein. Ich habe ja keine direkte E-Mail-Kommunikation mit dem Minister, sondern die Vorlagen, die bei mir eingehen, gehen dann an seinen Schreibtisch oder über seinen Schreibtisch. Es war halt nur diese Tagesinformation, die Möglichkeit zu haben, vertrauliche Informationen an den Minister heranzutragen, auch wenn er nicht für mich auf die Schnelle erreichbar war. Das hätte man auch alles telefonisch machen können. Aber das wäre nie gelungen, weil ich ihn so oft gar nicht ans Telefon bekommen hätte und auch die Geduld eines Ministers irgendwann erschöpft ist, wenn nun irgendjemand immer redet, aber andererseits auch die Unzufriedenheit da ist, wenn man nicht informiert wird.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig klar. Aber das heißt, per E-Mail haben Sie außer über den MdB-Account mit ihm nicht kommuniziert?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Per E-Mail habe ich nicht mit ihm kommuniziert, weil das wäre ja albern gewesen. Was hätte ich da ihm schreiben sollen? Das waren ja Dinge, die - - Wir sitzen ja fast Tür an Tür. Also, wenn Sie jetzt klassisch hierarchisch in ein Ministerium hineinschauen, müssen Sie sich vorstellen: Bei uns war es ein bisschen anders und ist es ein bisschen anders. Der Minister oder - ich will sagen: - die Minister - es war bei Herrn Dobrindt genauso - kommen auch zu mir, und wir nutzen dann die Gelegenheit, uns schnell mal zusammzusetzen, irgendwas zu besprechen, einfach auch in Rücksichtnahme auf meinen Gesundheitszustand, weil ich halt immer gleich ein bisschen mühsam erst unterwegs bin.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Also, das ist ein enger Informations- und Kommunikationsaustausch. Da bedarf es keines E-Mail-Verkehrs.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber Sie haben ja die Tagesinformation schon per E-Mail verschickt. Aber okay. Da habe ich jetzt verstanden.

Ich hätte dann noch eine Frage zu Herrn Schulz. Frau Lühmann hat eben von einem möglichen Interessenkonflikt gesprochen. Sie haben - das hat mich etwas überrascht - in Ihrem Eingangsstatement vom „Mister Maut“ gesprochen in Bezug auf Herrn Schulz. Können Sie mir erläutern, wie Herr Schulz eigentlich von der einen Funktion als Staatssekretär in die andere gelangt ist, wie die Entscheidungen getroffen sind? Weil das ist ja in dem Zusammenhang vielleicht nicht ganz irrelevant.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Das kann ich Ihnen im Näheren nicht erläutern. Er hat sich für diese Position interessiert gezeigt. Und ich meine, der Begriff „Mister Maut“ ist keine Erfindung von mir. Gucken Sie mal Wikipedia sich an, und Sie werden dort das sehen. Ich habe das also nur nachgeplappert. Ich bitte also, nicht da mich jetzt als Erfinder eines neuen Begriffes zu verakten, sondern das habe ich nur - -

Herr Schulz hat - ja, ich will fast mal sagen - sein ganzes Berufsleben lang sich mit Mautfragen beschäftigt, vor allem auch mit der Lkw-Maut. Und dass so jemand, wenn er Interesse zeigt, sagt: „Ich könnte mir vorstellen, auch dieses Unternehmen zu leiten - - dass ein Minister dann sagt: „Mensch, das ist eine kluge Entscheidung, jemanden zu nehmen, der Ahnung von der Sache hat.“

Hätten wir da jemand anders hingesetzt, hätten Sie heute kritisiert, wie man so eine unfähige Person da hinsetzen kann, weil das Toll Collect ein etwas schwieriges Unternehmen war in der Anfangsphase, das sich dann aber toll entwickelt hat und auch heute einen wirklich tollen Job macht.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Sie sagen mir bitte wieder Bescheid, Herr Görrißen, wenn Sie eine Pause wünschen. - Ansonsten gehen wir jetzt in der Runde noch zum Abschluss zu Herrn Wiehle.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Görrißen, ich habe noch eine



Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage im Zusammenhang mit der Einschätzung der Europarechtskonformität des Infrastrukturabgabengesetzes, und zwar Folgendes: Sie sagten vorhin, wenn ich das richtig weiß, es gab keinen Anlass, anzunehmen in Ihrem Hause, dass das EuGH-Urteil negativ ausfällt.

Jetzt erinnere ich mich an die letzte Videozeugenvernehmung, die wir hier im Ausschuss hatten. Da hatten wir den Herrn Martin Selmayr aus Wien zugeschaltet. Ich verweise dazu auf das Protokoll, ohne jetzt eine Seitennummer zu haben. Aber ich denke, die Kollegen hier im Ausschuss erinnern sich auch daran, dass Herr Selmayr sagte: Nach dem ersten Vertragsverletzungsverfahren hatte sich ja die Bundesregierung mit der EU-Kommission auf einen Lösungsansatz verständigt, und aus der Sicht der EU-Kommission sei dann aber die Anpassung des Infrastrukturabgabengesetzes in 2017 nicht so gewesen, wie man sich es dort vorgestellt hätte.

Jetzt hat ja möglicherweise das BMVI in der Zeit, wo dieses neue Gesetz erarbeitet wurde, also mutmaßlich Anfang 17, auch bestimmte Gestaltungsspielräume gesehen und ausgeschöpft, vielleicht dabei aber auch Bedenken gehabt, ob das jetzt der Absprache mit der EU-Kommission entspricht. Können Sie sich daran erinnern, dass in Ihrem Hause über solche Fragen gesprochen wurde: „Passt das noch zu der Verabredung mit der EU-Kommission oder nicht?“ Und wie waren Sie da selber drin involviert?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Wiehle, Sie waren heute Vormittag nicht dabei, als Herr Abgeordneter Lange eine Frage zu diesem Komplex gestellt hat, die ich beantwortet habe, was diese Verbindung der Zusage von Frau Bulc auf der einen Seite und der Erwartungen von Frau Bulc - - Die Äußerungen von Selmayr habe ich in der Presse gelesen. Sie haben mich sehr verwundert, muss ich ganz ehrlich sagen. Aber ich sehe da keinerlei Zusammenhang, dass sich da irgendetwas verändert hat. Wir haben da eine klare Linie gefahren. Und ich kann also das, was Sie jetzt dort vermuten, nicht bestätigen.

Ich habe aber auch an diesen Gesprächen - - Das war auch meine Eingangsbemerkung, dass ich aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage war, diese Europatermine mit wahrzunehmen. Ich war nirgendwo dabei. Insofern kann ich weder die Wahrnehmung von Herrn Selmayr bestätigen noch mich erinnern, dass das irgendwie ein Thema so war in der Form.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann steigen wir jetzt ein in die nächste Runde. CDU/CSU-Fraktion? - Keine Fragen mehr. - AfD? - Keine Fragen mehr. - SPD? - Keine Fragen mehr. - Herr Kollege Jung.

Dr. Christian Jung (FDP): Ja, vielen Dank. - Ich hätte noch einige Fragen, weil wir natürlich auch, Herr Görrissen, immer wieder auch die Aussagen mit denen von anderen vergleichen müssen. Und deswegen wollte ich von Ihnen noch mal wissen - Sie hatten ja gesagt, dass Sie da bei den abendlichen Sitzungen auch vor der sogenannten Kollegialentscheidung dabei gewesen seien -: Welche Beiträge gab es denn von den einzelnen Teilnehmern, an die Sie sich noch gut erinnern können, vor allem bei dieser abendlichen Sitzung mit dem Minister?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Dr. Jung, das fällt mir jetzt schwer, darzustellen, welche Beiträge die einzelnen Kollegen gegeben haben. Ich habe ja gesagt: Es war ein Brainstorming auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Zusammenfassung der Ergebnisse vom Tag. - Dazu bin ich jetzt nicht in der Lage, zu sagen, wer was gesagt hat, wer welche Idee entwickelt hat. Ich kann mich nur erinnern, dass wir über viele Fragestellungen geredet haben und viele Fragen an Herrn Dr. Neumann gerichtet haben, die sich auf das Vertragswerk bezogen, weil die Details des Vertragswerkes kannten im Prinzip nur Herr Mudlo¹⁸ (?) und Herr Dr. Neumann. Aber wer jetzt was gefragt hat - -

Ich kann mich sehr gut erinnern, dass ich am Schluss die Frage gestellt habe, ob es sinnvoll ist,

¹⁸ Richtigstellung des Zeugen: „Molitor“, siehe Anlage 1, S. 72



Nur zur dienstlichen Verwendung

tags darauf sich noch mal mit den Herren Schulenberg und Kapsch zu treffen. Und ich kann mich daran erinnern, dass wir eine relativ lange Diskussion über die Frage der Zustellung hatten: Wie macht man das? Wie geht es, dass das auch formal richtig ist, dass es später nicht heißt: „Das ist nicht zugestellt worden“? Und das steht leider sehr detailliert in dem Vertragswerk drin. Das hatten wir nicht gleich auf Anhieb parat. Aber was für Beiträge da jetzt im Einzelnen gegeben wurden - - Das ist einfach eine breite Palette der Darstellung der Kündigungsgründe. Da hat jeder seinen Beitrag geliefert, jeder gesagt, was er davon hält. Aber es gab keine dominanten Pers¹⁹ - Ich sage ja: Die Hauptrolle hat sicher der Herr Neumann gespielt, weil er der Informant war, der uns unterrichtet hat über die Abläufe, auch gerade über die Entwicklung dieser Feinplanung, wie da der Stand ist. - Aber verstehen Sie bitte, dass ich das jetzt nicht im Detail den einzelnen Personen zuordnen kann. Das könnte ich dann auch nur fälschlicherweise.

Dr. Christian Jung (FDP): Wenn Sie jetzt sich mehr so allgemein erinnern können: Wie waren denn Ihre persönlichen wesentlichen Wortbeiträge bei dieser Entscheidungsfindung?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Auch da kann ich Ihnen ja nur sagen, was ich gerade schon ausgeführt habe, dass ich mich über die Zustellungsdinge ein bisschen - - Weil ich war früher mal im Land Schleswig-Holstein für Landesverwaltungsrecht auch zuständig und habe da Zustellungsbestimmungen gemacht. Insofern kenne ich mich da ein bisschen aus. Darüber habe ich mich etwas intensiver mit Herrn Dr. Neumann ausgetauscht.

Und wie gesagt: Einer der weiteren Beiträge war es, die Frage zu stellen, ob wir am nächsten Tag noch - - ob es Rechtsgründe gebe, die dagegen sprächen, sich mit Schulenberg und Kapsch zu treffen. Ansonsten, wie gesagt, war es eine Diskussion, in der wir immer wieder uns ausgetauscht haben. Da habe ich sicher nicht die dominante Rolle gespielt, weil als Nichtjurist muss man manchmal auch Stillschweigen bewahren

und sich auf das verlassen, was die Juristen gerade in solchen Rechtsfragen einem raten.

Dr. Christian Jung (FDP): Jetzt hatten wir von der Frau Bethge ja auch hier eine Zeugenaussage. Und ich habe dazu noch einige sozusagen Erkenntnislücken, die Sie vielleicht mir helfen können dann zu beseitigen. Und da können Sie sicherlich mit Ihrer Expertise beitragen. Ich will mich mal beziehen auf das Stenografische Protokoll 19/34 I vom 15.11.2020 [sic!], die Seite 66. Wir können Ihnen das bestimmt auch vorlegen. Ich würde es aber schon mal zitieren. Zitat, Zeugin Bethge sagt - dann fängt das Zitat an -:

Ich meine, mich erinnern zu können, dass Herr Zielke zum Beispiel sich zum Koalitionsvertrag und zu der politischen Landschaft geäußert hatte, was andere Mautkonzepte, also insbesondere eine streckenbezogene Mautvariante, angeht.

Zitat Ende.

Herr Zielke hat in seiner Zeugenaussage, die ich hier jetzt eigentlich nicht verlesen möchte - aber kann ich gern auch machen -, erklärt, er habe diese Punkte nach seiner Erinnerung *nicht* angesprochen. - Stenografisches Protokoll der 40. Sitzung in der vorläufigen Fassung vom 10. Dezember 2020, Seite 121.

Und ich wollte Sie jetzt einfach fragen: Wie war das jetzt mit dem Herrn Zielke? Hat der jetzt hier Ausführungen gemacht, wie das die Frau Bethge gesagt hat, zu anderen Mautkonzepten und insbesondere zur politischen Landschaft?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, das kann ich jetzt nicht aus der Erinnerung genau sagen. Ich glaube sehr wohl, dass wir, wie es Frau Bethge hier formuliert hat, über dieses Thema gesprochen haben. Ich habe das ja vorhin auch schon mal angedeutet, dass natürlich bei der Frage Alternativen - welche Möglichkeiten gibt es? - man immer sehr schnell bei der streckengebundenen Maut landet, was ja auch die EU-Kommission

¹⁹ Ergänzung des Zeugen: „Personen“, siehe Anlage 1, S. 73



Nur zur dienstlichen Verwendung

will, aber was für Flächenländer Teufelszeug ist. Aber dass wir das jetzt vertieft dort erörtert haben - - und zumindest waren es keine Punkte, die entscheidend jetzt für die Kündigung waren.

Also, das ist, glaube ich, schon angesprochen worden, so ähnlich, wie Frau Bethge es darstellt. Aber ich kann es nicht zuordnen, und ich weiß es nicht, ob wir das wirklich nur mal so am Rande besprochen haben. Wenn man dann überlegt hat: „Welche Alternative haben wir, oder haben wir überhaupt Alternativen?“, dann ist ja immer sehr schnell wieder das Ergebnis gekommen: „Nein, wir haben eigentlich keine Alternativen, weil alles, was zu einer streckengebundenen Maut führt, führt uns in die Irre.“ Aber ich kann jetzt den Dissens - das hätten Sie die beiden dann fragen müssen -, wer was da - - Ich kann es nicht genau erinnern.

Dr. Christian Jung (FDP): Eine wichtige Frage für mich. Die Frau Bethge war aber bei diesen Sitzungen auch dabei?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Bethge war dabei, ich glaube, nicht ganz bis zum bitteren Ende. Aber sie war ja in der Taskforce dabei auf meine Bitte hin, und sie war am Abend auch dabei.

Dr. Christian Jung (FDP): Ich frage nur deswegen, weil der Herr Zielke fast ein Bein geschworen hätte, dass sie nicht dabei gewesen wäre; zumindest konnte er sich nicht daran erinnern, dass sie dabei gewesen wäre. Was kann denn die Frau Bethge damit gemeint haben, dass der Herr Zielke gesprochen habe über die politische Landschaft? Um was ging es da? „Politische Landschaft“ verstehe ich nicht so ganz.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Da bitte ich aber jetzt um Verständnis. Ich bin hier nicht der Interpret von Frau Bethge oder von Herrn Zielke. Ich erinnere den Begriff nicht. Also, das kann ich Ihnen jetzt - - Das könnte ich jetzt spekulieren. Aber das ist nicht meine Aufgabe als Zeuge.

Dr. Christian Jung (FDP): Also, „politische Landschaft“ könnte zum Beispiel bedeuten, dass man sich hätte überlegen können, dass man sozusagen eine grüne Maut macht, dass man zum Beispiel

auch hier anwesende Kolleginnen oder Kollegen von den Grünen anruft und versucht, sozusagen dieses CSU-Projekt noch zusammen mit den Grünen zu retten. Haben Sie denn darüber diskutiert, oder hat man gleich gesagt: „Wir kündigen jetzt“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich glaube, Herr Abgeordneter, dass wir zu dem Zeitpunkt nicht Überlegungen angestellt haben, eine Maut mit den Grünen zusammen zu retten.

(Heiterkeit)

Dr. Christian Jung (FDP): Es hätte ja sein können, weil das war ja durchaus eine Option. Ich meine, wenn man so strategisch auch vorgeht, wie Sie das vielleicht auch tun, dann wäre es ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Es war schon schwer, Mautfachmann der FDP zu werden.

Vorsitzender Udo Schiefner: So, jetzt haben wir 8:15 Minuten. Sie können gleich gerne noch mal in der nächsten Runde. - Herr Kollege Cezanne.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Ich habe noch zwei Fragen, Herr Görrissen. Die eine Frage, ganz praktisch - das habe ich vorhin vergessen -: An dem 18.06., hatten Sie denn da - oder am 19. - auch ein persönliches Gespräch noch mal mit dem Herrn Dr. Schulz zu der Frage: „Wie umgehen mit der Kündigung?“

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, hatte ich nicht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Hatten Sie nicht. - Und eine abschließende Frage. Bei der Entscheidung über die Kündigung: Kannten Sie die Position des Kraftfahrt-Bundesamtes, das zunächst noch von einer Klärung der Situation und dann einer weiteren, weiterführenden Zusammenarbeit der Umsetzung der Infrastrukturabgabe ausging? Also, der Beleg wäre da unter anderem eine E-Mail von Herrn Blumenberg am 19. Juni. Wenn Sie sich das angucken wollen: eine sehr lange Materialnummer: MAT A BMVI 6/20 Unterordner 2019 I/06 JUN/P850 800 20190619. Aber die Frage in Kurzfassung ist eben: Kannten Sie die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Position des KBA und, wie gesagt, von Herrn Blumenberg, dass man da eigentlich am 19.06. noch davon ausging, dass man die Situation klärt und dann eine weiterführende Zusammenarbeit zur Umsetzung der ISA möglich sei?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, das kannte ich nicht. Ich kannte auch Herrn Blumenberg nicht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat der Kollege Krischer jetzt das Wort.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe noch eine Frage, und zwar schließt das genau an den Komplex an, zu dem der Herr Kollege Cezanne gerade gefragt hat. Sie haben uns eben sehr ausführlich erläutert, was man in diesen Tagen der Kündigung auch in der Gruppe besprochen hat. Sie haben geschildert: Da ging es um Fragen der Zustellung. - Also, das überrascht ja ein bisschen, dass man in einem so hochrangig besetzten Kreis dann über Zustellungsfragen diskutiert.

Mich würde in dem Zusammenhang interessieren: Es gab ja durchaus auch vom KBA Nachfristsetzungen zur Behebung der Probleme und der - - was dann vonseiten des Ministeriums als Schlechtleistung, vonseiten der Betreiber als Feinplanungsdokumentation beschrieben worden ist. Sie haben ja auch die Begriffe erläutert, woher sie kommen. Ist das diskutiert worden? Weil es ist ja ein bisschen merkwürdig, wenn man sagt, auf der einen Seite setzen wir Nachfristen, dass bestimmte Probleme behoben werden können; auf der anderen Seite kündigt man. Das entspricht eigentlich nicht dem üblichen Verfahren.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Über diese Nachfristen ist natürlich gesprochen worden, und ich hatte das ja versucht deutlich zu machen. Diese Mail der Kanzlei Noerr hat uns eher verunsichert, weil in der Tat es ja Hinweise gab, dass man sich bemüht, die Nachfristen zu erfüllen. Es wurden aber auch immer wieder Probleme dargestellt, jetzt im Rahmen dieser Taskforce, deren Ergebnisse wir uns haben dann berichten lassen. Das

war dort Gegenstand der Erörterungen. Und es ist vor allem bei uns dann nachdenkliche Meinung hervorgerufen durch diese Mail vom 17., wo es hieß: Na ja, da ist noch so viel, was ihr euch jetzt vorstellt. Das können wir vielleicht korrigieren, aber, Moment, es passt nicht zum Vertragswerk. - Also, als Nichtjurist sage ich mal: Das hieß doch: Also, wir werden die Hand aufhalten; wir wollen noch mal Geld nachgefordert bekommen. - Und insofern: Das ist erörtert worden. Das ist auch behandelt worden, welche Wirkungen das auf die Kündigungen hat usw. - Aber das sind jetzt juristische Fragen, Herr Krischer. Das bitte ich dann lieber die Juristen zu fragen als mich.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kämen wir in die nächste Runde. CDU/CSU-Fraktion? - Keine Fragen mehr. - AfD? - Keine Fragen mehr. - SPD? - Keine Fragen mehr. - Herr Kollege Jung.

Dr. Christian Jung (FDP): Herr Görrissen, bitte schildern Sie noch, nachdem der Staatssekretär Beermann dann eingetroffen ist, was dann dessen Beiträge waren bis zu der gemeinsamen Entscheidung der Kündigung. Was hat er jetzt gesagt?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Soweit ich das erinnere, ist Herr Beermann zu einem Zeitpunkt eingetroffen, wo eigentlich wir weitgehend die Punkte erörtert hatten. Ich glaube, irgendjemand hat ihm noch mal kurz gesagt, wie der Stand unserer Gespräche war. Aber Sie haben ja noch das Vergnügen, ihn heute zu befragen. Ich kann nicht erinnern, dass er sich da noch groß geäußert hat, was auch keinen Sinn ergeben hätte, wenn Sie überlegen, dass man stundenlang über ein Thema redet und dann kommt jemand neu hinein und der soll dann noch einmal anfangen. Also, es war mehr eine Information, die wir ihm gegeben haben, damit er weiß - - Und er hat das dann bekräftigt, aber nicht noch, dass er ins Detail gegangen ist. Aber dann sollten Sie ihn fragen, ob er noch aus seiner Sicht wichtige Beiträge meint dazugeben zu haben. Ich kann es nicht erinnern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Christian Jung (FDP): Die Frage stellt sich nämlich für mich immer wieder. Man hat ja dann diese Entscheidung getroffen. Aber man hätte ja auch durchaus versuchen können - ich habe das ja schon angedeutet, wie man das hätte machen können; wir versuchen, uns ja auch immer sozusagen in Sie oder andere mehr oder weniger wichtige Spitzenbeamte hineinzudenken -, dass man dieses ganze Projekt hätte retten können. Hat man denn gar nicht überlegt: „Wie können wir“, ich sage mal, „dieses CSU-Jahrhundertprojekt überhaupt gemeinsam retten?“? Weil immer innerhalb von einem Tag so was aufzugeben - - Ich meine, wenn man jetzt lange verheiratet ist, lässt man sich ja auch nicht innerhalb von einem Tag scheiden.

Vorsitzender Udo Schiefner: Kommt immer darauf an.

Dr. Christian Jung (FDP): Einige haben anscheinend andere Erfahrungen hier im Raum; aber ich spreche jetzt mal von mir.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, Herr Abgeordneter, ich wollte gerade sagen: Das weiß ich jetzt nicht. Da muss jeder seine Erfahrungen nehmen. Ich bin 35 Jahre verheiratet mit ein und derselben Frau -

Dr. Christian Jung (FDP): Sehr gut.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: - und würde mir das nicht innerhalb von ein, zwei Tagen überlegen.

Das Projekt zu retten: Ja, klar. Haben Sie eine Idee gehabt? Und retten Sie mal etwas, wenn Sie Nichtschwimmer sind wie ich und haben niemanden dabei, der sich wirklich darum bemüht. Denn innerhalb der Koalition gab es, glaube ich, viele, die ganz glücklich waren, dass das Ding weg war; bei Ihnen in der Opposition sowieso. Und insofern: Wir haben keine Idee gehabt, wie man es retten hätte können. Wenn da jemand gewesen wäre, der hätte sich sehr verdient gemacht. Aber da muss ich jetzt wieder sagen in aller Bescheidenheit: So weit reicht mein Einfluss auch nicht. Ich habe auch keine Idee gehabt. Ich hätte es gerne ger-

Dr. Christian Jung (FDP): Ich will nur wissen - weil Sie verstehen ja anscheinend, auf was ich hinauswill -: Wenn man jetzt so viel Arbeit da hineininvestiert hat - und auch Sie haben ja da sich wirklich lange die Sache überlegt - und dann innerhalb von wenigen Stunden kündigt man dann am gleichen Tag noch, da würde ich jetzt immer sagen, auch aus vielem Hintergrundwissen: Da ist ja durchaus die Frage: Gab es da nicht wirklich noch eine andere Möglichkeit? - Weil Sie waren ja völlig überrascht morgens. Und dann kündigt man doch nicht eigentlich sofort, sondern dann wartet man doch vielleicht zwei, drei Tage oder versucht, das mit den wirklichen Spitzenpolitikern der CSU und der Koalition auch noch zu retten. Und dann habe ich ja gesagt - das haben wir uns ja überlegt: was hätten wir vielleicht gemacht, wenn wir die CSU gewesen wären? -: Wir hätten vielleicht die Grünen angerufen. Aber das wurde ja auch nicht gemacht.

Vorsitzender Udo Schiefner: Herr Kollege Jung, könnten Sie jetzt eine Frage stellen und nicht alle Dinge aufzählen, die man hätte machen können?

Dr. Christian Jung (FDP): Ja. Haben Sie diese Überlegungen, die ich sozusagen gerade vorgetragen habe, jemals gehabt, Herr Görrissen?

Vorsitzender Udo Schiefner: „Hätte, hätte, Fahrradkette“, gab es mal.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Vorsitzender, Sie haben jetzt - -

Dr. Christian Jung (FDP): Herr Vorsitzender, ich habe eine Frage gestellt und möchte hier nicht lächerlich gemacht werden, ja? Das interessiert die deutsche Öffentlichkeit, Herr Vorsitzender, ja?

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, weiß ich.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann dazu leider keine andere Antwort geben, als ich es getan habe. Wir hatten keine Lösung. Und, Herr Abgeordneter Jung, Sie sehen bis heute: Wir haben bis heute keine. - Wenn uns was eingefallen wäre - - Und Sie müssen immer sehen: Der Ausgangspunkt war: Kein deutscher Autofahrer darf mehr



Nur zur dienstlichen Verwendung

belastet werden. - Das war schon mal eine verdammt schwierige Hürde zu nehmen. Ich weiß keine Lösung. Und da hätte man jetzt - - Da sind wir wieder bei „hätte“ und bei „man“. „Man“ ist immer ein Schreibfehler, weil den gibt es gar nicht; Thomas Mann schrieb sich mit zwei n. Also, wir können da nicht irgendwo jetzt fachsimpeln, was man hätte machen können.

Ich glaube, die Grünen anzurufen, wäre eine ziemlich - entschuldigen Sie -, ich will nicht sagen: alberne Nummer, aber eine unergiebig Nummer gewesen. Wir waren nämlich in einer Koalition. Und ich kenne viele Koalitionen. Ich habe auch eine Vier-Jahre-Koalition mit der FDP sehr erfolgreich gehabt. Da war man koalitions-treu. Und wenn etwas nicht ging, dann ging etwas nicht.

Also, hier hat es keine Lösung gegeben. Sie mögen recht haben mit den Überlegungen aus heutiger Sicht. Wenn Sie heute im Rahmen der Diskussion über Klima und Klimaschutz - - Einer Ihrer Kollegen hat vorhin gesagt, Klimaschutz spiele ja beim Verkehrsministerium keine Rolle. Ich war schon geneigt, Ihnen zu widersprechen. Aber ich habe es dann nicht getan, weil es nicht mein Recht ist, als Zeuge Ihnen zu widersprechen. Aber wir haben keine andere Lösung gehabt. Da hätten wir noch tagelang drüber nachdenken können. Wenn die jemand gefunden hätte - gehe ich jede Wette mit Ihnen ein -, hätte man sie vorgebracht und hätte versucht, sie umzusetzen.

Dr. Christian Jung (FDP): Zum Abschluss hätte ich gerne noch von Ihnen gewusst: Bevor jetzt die Entscheidung getroffen worden ist, die ja immer dann - - Im Endeffekt ist der Minister dafür verantwortlich, für die Entscheidung, auch wenn sie gemeinsam getroffen worden ist. Wie hat er denn jetzt diese Entscheidung begründet? Hat er dann gesagt: „Wir müssen das jetzt so machen“ oder: „Wir sind uns alle einig“? Wie hat er jetzt diese Entscheidung, die man vielleicht auch im Nachhinein anders getroffen hätte, genau begründet vor allen? Sie sind ja dann gemeinsam noch mal rausgegangen zu der großen Taskforce und haben dann die Entscheidung auch bekannt gegeben.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir sind nicht mehr gemeinsam rausgegangen, sondern wir haben das dort in dem kleinen Kreis abschließend - - Und das habe ich Ihnen ja gesagt. Sie nehmen mich jetzt so ein bisschen auf den Arm mit dem Begriff „Kollegialorgan“. Natürlich entscheidet ein Minister. Aber wir haben in unserem Hause die Praxis - - Und gerade am Wochenende war der Begriff, mein Minister sei „beratungsresistent“. Ich kann nur sagen: Das war er nicht, und das ist er nicht, sondern er lässt sich beraten. Und wir haben in diesem Kreis - das können Sie jetzt „Kollegialorgan“ nennen; ich habe es „Kollegium“ genannt -, also der leitenden Mitarbeiter des Hauses, gemeinsam ein Projekt beschlossen. Wir haben ein gemeinsames Ergebnis in dieser Runde vereinbart und haben das dargestellt. Wir sind nicht nach draußen gegangen und haben es noch mal den Mitarbeitern, die dort waren, begründet oder irgendwas, sondern wir haben es vollzogen. Und wenn Sie jetzt sagen: Man hätte alles - - Und da bedanke ich mich für den Hinweis des Vorsitzenden: Es ist halt: Hätte, hätte, Fahrradkette.

Dr. Christian Jung (FDP): Vielen Dank. - Mit dem Begriff „Beratungsresistenz“ habe ich persönlich oder auch die FDP nichts zu tun; wollte ich nur noch mal klarstellen. Das kommt aus einer anderen Ecke.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das „sie“ war kleingeschrieben, Herr Jung.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat der Kollege Cezanne jetzt das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Keine Fragen mehr.

Vorsitzender Udo Schiefner: Kollege Krischer? - Keine Fragen mehr. - CDU/CSU? - AfD? - SPD? - Kollege Jung?

Dr. Christian Jung (FDP): Nein.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann frage ich nach: Sind noch Fragen offen, die nichtöffentlich oder gegebenenfalls in eingestufte Sitzung zu beantworten sind? - Haben wir nicht. Dann sind wir am Ende der Zeugenvernehmung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach seiner Fertigstellung wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen. Erst nach Ablauf dieser Frist oder wenn Sie auf die Einhaltung dieser Frist verzichten, kann der Abschluss Ihrer Zeugenvernehmung durch den Untersuchungsausschuss beschlossen werden. Über diesen Beschluss erhalten Sie eine separate Mitteilung.

Nach Abschluss der Vernehmung kann der Tatbestand einer falschen uneidlichen Aussage gemäß § 153 des Strafgesetzbuches vollendet sein. - Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Görrissen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, Herr Vorsitzender, das habe ich nicht.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann darf ich mich noch mal ganz recht herzlich bei Ihnen bedanken für Ihre Ausführungen und wünsche Ihnen alles Gute.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Vielen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann werden wir gleich Herrn Minister Beermann hier befragen mit seinem Rechtsbeistand Herrn Dr. Krause, der dann auch hier anwesend sein wird. Dann können wir ihn hier begrüßen. Und bis dahin unterbreche ich die Sitzung. Das Sekretariat geht davon aus: 20 bis 30 Minuten. - Ihnen noch mal herzlichen Dank.

Die Sitzung ist dann hiermit unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 16.10 Uhr - Folgt Beratungssitzung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 16.56 Uhr)

Vernehmung des Zeugen Guido Beermann

Vorsitzender Udo Schiefner: Damit setzen wir nun die Befragung des heutigen Tages fort, und ich begrüße nun den Zeugen Herrn Minister Guido Beermann - herzlich willkommen! - mit seinem Rechtsbeistand Herrn Dr. Krause, der auch eben als Rechtsbeistand im BMVI anwesend war bei der Vernehmung des Herrn Görrissen.

Herr Beermann, der Ausschuss hat eben beschlossen, Ton- und Bildaufnahmen dieser Beweisaufnahme in einen anderen Sitzungssaal - heute ist es der Raum PLH E 800 - zu übertragen - sind Sie hiermit einverstanden? -, weil eben die Öffentlichkeit heute nicht hier in diesem Raum auf der Besuchertribüne teilnimmt, sondern in diesem Raum. - Ich sehe, Sie nicken zustimmend; Sie sind damit einverstanden.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen wurden und dass der Erhalt der Ladung auf den heutigen Sitzungstag am 24.11.20 bestätigt wurde. - Zunächst noch mal herzlichen Dank.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundstagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Guido Beermann: Nein.

Vorsitzender Udo Schiefner: Okay. Keine Fragen. - Dann möchte ich Sie nochmals darauf hinweisen, Herr Rechtsanwalt Dr. Krause, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst je-

doch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen hier beantragen.

Herr Minister Beermann, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschussgesetz fassen kann.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Guido Beermann: Keine Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Nein, Sie haben keine Fragen. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Gibt es dazu Ihrerseits noch Fragen? - Das ist nicht der Fall.

Falls Sie nach einer längeren Befragungsdauer eine kurze Unterbrechung wünschen, lassen Sie mich das wissen. Dann machen wir eine kurze Pause, am besten immer nach einer kompletten Berliner Runde.

Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Guido Beermann: Erst mal auch von mir: Guten Abend! - kann man ja fast sagen. Mein Name ist Guido Beermann. Ich freue mich, dass ich zum Abgeordneten avisiert bin. Ich bin kein Mitglied des Landtages; aber ich glaube, das ist lässlich. ²⁰ Mein Alter ist - jetzt muss ich überlegen - 55. Und die ladungsfähige Adresse - da können Sie die nehmen, die Sie auch genommen haben -, das ist das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 in 14467 Potsdam.

Vorsitzender Udo Schiefner: Vielen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. In diesem Statement bitte ich Sie nun auch, wenn Sie davon Gebrauch machen, dem Ausschuss kurz darzustellen, wie Sie sich auf die Sitzung vorbereitet haben. Konnten Sie irgendwelche Unterlagen einsehen? Haben

Sie noch Gespräche geführt vor der Vernehmung zum Thema, und ist Ihnen Hilfestellung angeboten bzw. gegeben worden?

Ich gehe mal davon aus, dass Sie von Ihrem Recht Gebrauch machen wollen, und gebe Ihnen dann das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Zeuge Guido Beermann: Vielen herzlichen Dank. - Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren, die jedenfalls digital zugeschaltet sind! Ich bin mit Wirkung vom 19. März 2018 vom Bundesministerium für Gesundheit an das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur versetzt und am 21. März 2018 zum Staatssekretär ernannt worden. Im BMVI übernahm ich die Zuständigkeit für folgende Abteilungen: die Abteilung G, Grundsatzangelegenheiten, die Abteilung DG, Digitale Gesellschaft, Abteilung LF, Luftfahrt, und die Abteilung WS, Wasserstraßen und Schifffahrt. Gleichzeitig übernahm ich Mandate in den jeweiligen Aufsichtsräten der Deutschen Bahn AG und des Münchner Flughafens. Zudem war ich Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

Zu Beginn der laufenden Legislaturperiode wurde Herr Dr. Gerhard Schulz zum Staatssekretär im BMVI ernannt. In seine Zuständigkeiten fielen folgende Abteilungen: die Abteilung Z, Zentralabteilung, die Abteilung StB, Bundesfernstraßen, die Abteilung StV, Straßenverkehr, und die Abteilung E, Eisenbahnen. Nach dem Wechsel von Herrn Dr. Schulz zu Toll Collect im März 2019 wurde Herr Dr. Michael Güntner zum Staatssekretär ernannt. Mit seiner Ernennung gab es eine Veränderung in der Zuständigkeit. Ich gab die Abteilung WS, Wasserstraßen und Schifffahrt, an den neuen Staatssekretär Dr. Güntner ab und übernahm die Abteilung StV, Straßenverkehr.

Am 20. November 2019 wurde ich im Landtag zum Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg ernannt. Dement-

²⁰ Ergänzung des Zeugen: „Ich bin Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg.“, siehe Anlage 2, S. 80



Nur zur dienstlichen Verwendung

sprechend lag rund acht Monate die Zuständigkeit für die Abteilung StV bei mir. Diese umfasste unter anderem das Thema „Infrastrukturabgabe für Pkw“. Weder davor noch danach befasste ich mich mit dem Thema bzw. war das Thema Gegenstand meiner Tätigkeit.

Insbesondere nach der Ernennung zum Minister in Brandenburg und der Übernahme der neuen Aufgabe war das Thema Pkw-Maut für mich abgeschlossen. Das heißt, letztmalig im November 2019 war ich mit dem Thema befasst, seitdem nicht mehr. Zum Zeitpunkt meines Ausscheidens waren Schadensersatzforderungen nicht konkret geltend gemacht worden. Es gab auch noch kein Schiedsverfahren.

Meine Damen und Herren, bis zum Urteil des EuGH am 18. Juni 2019 war das Thema Maut eines unter zahlreichen und vielfältigen Themen, die in meiner Zuständigkeit lagen. An besondere Termine, Vorlagen, Vermerke oder Vorkommnisse in der Zeit bis zum Urteil habe ich heute keine Erinnerung mehr. Ich habe lediglich eine vage Erinnerung an eine Lenkungskreissitzung. An Einzelheiten, die dort erörtert wurden, kann ich mich aber nicht erinnern.

Am 18. Juni 2019, dem Tag des EuGH-Urteils, befand ich mich ganztägig in Potsdam auf einer Strategiesitzung des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG. Diese Sitzung begann morgens und dauerte bis in den Abend. Nach meiner Erinnerung wurde ich im Laufe des Tages von Herrn Staatssekretär Dr. Güntner von der Entscheidung des EuGH unterrichtet. Die Entscheidung des EuGH war für uns alle - und damit auch für mich - überraschend. Da ich an der Aufsichtsratsitzung der Deutschen Bahn AG teilnahm, übernahm Staatssekretär Dr. Güntner die weitere Koordinierung im unmittelbaren Nachgang zum Ergehen der EuGH-Entscheidung. Details kann ich nicht nennen und habe auch keine in Erinnerung.

Ich erinnere mich, dass ich am späten Abend im Anschluss an die Strategiesitzung ins BMVI gefahren bin. Dort kam ich zu später Stunde an und bin zu einer Besprechung im Büro des Ministers gestoßen. An den genauen Teilnehmerkreis kann

ich mich heute nicht mehr erinnern. Allerdings erinnere ich mich daran, dass, als ich eintraf, die Frage der Versendung bzw. Zustellung einer Kündigung an die Auftragnehmer besprochen wurde. Details dazu habe ich nicht in Erinnerung. Grundsätzliche Fragen zu einer Kündigung wurden nach meiner Erinnerung während meiner Teilnahme an der Besprechung nicht erörtert. Die Runde löste sich nach meinem Hinzutreten dann auch bald auf.

Am nächsten Tag, dem 19. Juni 2019, hatte ich nach meiner Erinnerung am Vormittag eine weitere Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn. In der Mittagszeit nahm ich an einem Treffen mit Vertretern der Betreiberfirmen teil. Neben dem Bundesminister und mir war das BMVI nach meiner Erinnerung nur noch durch Herrn Görrissen, Leiter der Abteilung „Leitung und Kommunikation“, vertreten. An die Vertreter des Konsortiums habe ich nur eine vage Erinnerung, da ich diese dort nach meiner Wahrnehmung zum ersten Mal persönlich getroffen habe. Ich kann mich an Herrn Schulenberg erinnern. Ob ich heute die anderen Teilnehmer mit Namen zuordnen könnte, bezweifle ich, da ich mit diesen im Anschluss an dieses Treffen bis zu meinem Wechsel nach Brandenburg im November 2019 nach meiner Erinnerung nicht mehr zusammengetroffen bin.

Insgesamt ist mir das Gespräch und sein Verlauf nicht in bleibender Erinnerung, nur so viel, dass seitens des Ministers über den aktuellen Stand seit dem Urteil berichtet wurde, und ich erinnere mich, dass seitens der Vertreter des Konsortiums die Kündigung kritisiert wurde. Von wem was gesagt wurde, kann ich heute nicht mehr sagen.

Meine Damen und Herren, der Minister hatte nach der EuGH-Entscheidung eine Taskforce eingerichtet. Diese Taskforce traf sich nach konkretem Bedarf, wobei sich die Zusammensetzung nach den konkret anstehenden Themen richtete. Nach meiner Erinnerung hatte ich mich vor allem mit Herrn Rechtsanwalt Neumann, Herrn Molitor als zuständigem Unterabteilungsleiter und Herrn Stadler als zuständigem Referatsleiter in der Taskforce ausgetauscht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Insbesondere in der ersten Zeit nach dem Urteil waren noch weitere Teilnehmer dabei. Die Aufgaben der Taskforce bestanden insbesondere darin, die erforderlichen Vorbereitungen für das Parlament, die anstanden, zu koordinieren. Erörtert wurden auch Fragen zum weiteren Vorgehen, zum Beispiel die Frage weiterer Kündigungserklärungen oder die Frage der Geltendmachung von Vertragsstrafen.

Mit fortschreitender Zeit nahm die Zahl der Treffen der Taskforce ab. Erinnerungen an die Zusammensetzungen, Abläufe und Diskussionsverläufe einzelner Sitzungen der Taskforce habe ich nicht mehr.

Auch wenn ich mich an viele Einzelheiten nicht mehr erinnern kann, weil diese hinter meinen aktuellen Aufgaben zurücktreten bzw. von diesen verdrängt worden sind, unterstütze ich Ihre Untersuchung gerne und stehe nun gerne für Ihre Fragen zur Verfügung. - Vielen Dank.

Vielleicht erlauben Sie mir noch ganz kurz, weil Sie das gefragt haben, zum Thema Vorbereitung - - In der Tat habe ich mir noch mal einen Überblick verschafft und habe dazu, ich glaube, es waren Sachen²¹, die in meinem E-Mail-Verkehr waren, die Ihnen vorgelegt wurden, und Vermerke, mit denen ich zu tun hatte, mir angeschaut und kursorisch²² angeguckt. Gespräche inhaltlicher Art habe ich nicht geführt. Ich habe natürlich mit Frau Bethge Kontakt gehabt, weil ich wissen wollte, wie die Dinge im Ablauf sind; das ist, glaube ich, selbstverständlich. Und ich habe heute Herrn Dr. Krause gebeten, mitzukommen, weil ich natürlich auch in einem Gespräch mit ihm darüber gesprochen habe - die Frage, die Sie auch schon angerissen haben -: „Wie verhält es sich mit öffentlichen, nichtöffentlichen Sitzungen?“, weil ich natürlich an der Stelle schon darauf achten möchte, dass ich hier in öffentlicher Sitzung das sage, was in die öffentliche Sitzung gehört - - aber auch dann, wenn etwas in die nichtöffentliche Sitzung gehört, dass das dann

auch dort erörtert wird. - Ich glaube, das waren die Fragen, die Sie mir gestellt hatten.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann können wir in die erste Fragerunde einsteigen, und das Wort hat für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Lange.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke schön. - Herr Beermann, ich fasse das jetzt mal relativ knapp zusammen: Als Sie ins Haus gekommen sind, waren die wesentlichen Entscheidungen getroffen. Und dann kam der Juni 2019 mit einem Urteil, wie wir es heute schon gehört haben, mit dem keiner gerechnet hatte.

Ich fange jetzt trotzdem noch mal an mit dem Zeitpunkt, als Sie ins Haus gekommen sind und vom damaligen Staatssekretär Schulz die Aufgaben übernommen haben. Sie haben ja schon gesagt, Sie haben eigentlich mit der Maut an sich - oder Infrastrukturabgabe, wie es korrekterweise heißt - nichts zu tun gehabt. Uns würde nur interessieren: Gab es bei der Übergabe quasi ein Briefing: „Hier stehen wir; hier haben wir noch - - Hier sehen wir ein Risiko; an dem und dem Punkt ist noch nachzuarbeiten oder nachzusteuern“, oder gab es eine Übergabe, indem man gesagt hat: „Die Maut kommt“?

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe an ein solches Briefing, ein solches Gespräch mit dem Staatssekretär Schulz keine Erinnerung; deswegen kann ich dazu nichts sagen. Aber vielleicht erlauben Sie mir, dass ich eins anmerken kann: Was ich in Erinnerung habe, das war am Anfang, dass ich irgendwann mal ein Gespräch hatte mit dem zuständigen Unterabteilungsleiter; aber auch da habe ich, ehrlich gesagt, keine konkreteren Erinnerungen zu dem Thema.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön. - Dann gehe ich auch gleich auf den 18. Juni, weil da dazwischen keine Entscheidungen in dem Sinn ja anstanden. Sie haben jetzt selber schon gesagt, Sie sind am 18. Juni dann abends in diese Runde

²¹ Richtigstellung des Zeugen: „Vorgänge“, siehe Anlage 2, S. 82

²² Richtigstellung des Zeugen: „einen kursorischen Überblick verschafft.“, siehe Anlage 2, S. 82



Nur zur dienstlichen Verwendung

dazugestoßen. Können Sie uns vielleicht trotzdem noch ein bisschen genauer erläutern, wie Sie über das Urteil - - auch wenn man in einer Sitzung sitzt, kriegt man natürlich dann irgendwann mal so eine Mitteilung: da läuft heute was nicht so, wie es hätte laufen sollen -, wie sich der Tag gestaltet hat, wie Sie sich entschieden haben oder wann Sie sich entschieden haben, zu dieser Sitzung dazuzustoßen? Gab es einen Zwischenkontakt mit dem Minister, dass man gesagt hat: „Jetzt müssen wir zumindest mal diesen oder jenen Schritt gehen“? Vielleicht können Sie uns das ein bisschen schildern, wie sich der Tag aus Ihrer Sicht dargestellt hat.

Zeuge Guido Beermann: Ja, ich will das gerne versuchen. - Also, wie ich das in meinem Eingangsstatement ja schon dargestellt habe, hatten wir an dem Tag eine Strategiesitzung der Bahn²³, die morgens begann. Das war in Potsdam, und dort bin ich dann auch hingefahren. Und ich kann Ihnen leider aus meiner Erinnerung nicht mehr sagen, wann das Gespräch mit Herrn Güntner stattgefunden hat. Ich habe nur in Erinnerung, dass er mich angerufen hat und dann darüber²⁴ berichtet hat und dass aber dann auch klar war, dass ich dort bei der Strategiesitzung in Potsdam bleibe, weil wir in Bezug auf die Bahn wichtige Themen dort zu erörtern hatten. Und die Entscheidung habe ich dann abends getroffen, also nach der Strategiesitzung, dass ich noch mal in das BMVI fahre. Und einen Kontakt - das war, glaube ich, noch eine Frage, die Sie gestellt haben - zum Minister habe ich nach meiner Erinnerung an dem Tag nicht gehabt.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Sie hatten auch schon geschildert, dass die Entscheidung zur Kündigung, als Sie zu der Besprechung dazugestoßen sind - das war wohl die Besprechung im Ministerbüro an diesem Abend; -

Zeuge Guido Beermann: Ach so, ja.

Ulrich Lange (CDU/CSU): - das war schon gar nicht mehr die große Runde -, schon gefallen war. War zu dem Zeitpunkt auch schon klar, dass

nicht nur aus einem, sondern aus weiteren Gründen gekündigt werden sollte, oder wurde hier noch abgewogen und diskutiert?

Zeuge Guido Beermann: Also - Entschuldigung, das habe ich vergessen vorhin darzustellen -, in der Tat: Ich bin - aber das hatte ich, glaube ich, im Eingangsstatement gesagt - in das Büro des Ministers dazugestoßen. Und wie ich das gesagt habe: Eine Diskussion oder eine weitere Debatte über die Frage der Kündigung habe ich dort nicht in Erinnerung. Und ich habe auch nur in Erinnerung - in der Tat -, dass dort die Kündigungsgründe dann auch im Raum standen, die Sie beschrieben haben. Also, ich habe eine Diskussion - das kann ich dazu sagen - nicht mehr in Erinnerung.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Am Folgetag - von Ihnen auch schon angesprochen - fand dann das Gespräch mit den Betreibern statt. Sie sollen gesagt haben, dass man auf das Verbindende schauen soll, statt im Streit auseinanderzugehen; MAT A D-1/6, Blatt 6 f. Vielleicht können Sie uns, vielleicht auch aus der Erinnerung, ohne dass wir jetzt - ich weiß nicht, ob die Vorlage jemand hat - die Vorlage - - einfach nur aus der Erinnerung schildern, wie Sie dieses Gespräch erlebt haben und was Sie mit dieser Aussage gemeint haben könnten.

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, mir ist die Vorlage, die Sie gerade beschrieben haben, nicht bekannt.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, Moment.

Zeuge Guido Beermann: Deswegen kann ich dazu nichts sagen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Die kriegen Sie, Moment. - Klar, wenn Sie etwas einsehen wollen, bitte ich um den Hinweis. Das ist klar, dass Sie dann - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der

²³ Richtigstellung des Zeugen: „des Aufsichtsrates der DB AG in Potsdam“, siehe Anlage 2, S. 83

²⁴ Richtigstellung des Zeugen: „über die Entscheidung“, siehe Anlage 2, S. 83



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe es jetzt kurz überflogen, ich habe es jetzt nicht im Detail gelesen. Aber ich möchte zuerst anmerken, dass mir dieses Papier nicht bekannt ist; ich sehe, dass das auch von, unten steht drunter, Herrn Blum und Herrn Schneble angeblich geschrieben wurde. Und dieses Papier lag mir auch nicht vor nach meiner Erinnerung. Also, deswegen kann ich zu der Qualität und der Aussage des Papiers nichts sagen.

Zu den Abläufen, wie gesagt, habe ich wirklich nur - also das, was ich vorhin in der Erinnerung²⁵ gesagt habe - in Erinnerung, dass der Minister dort dargestellt hat, was nach dem Ergehen des EuGH-Urteils passiert ist. Ich habe noch in Erinnerung, dass es seitens der Betreiber dort eine Kritik gab hinsichtlich der Kündigung. Und ehrlich gesagt: Dass ich das hier angeblich gesagt habe, habe ich auch nicht mehr in Erinnerung; kann ich jetzt nicht bestätigen, aber ich kann es auch nicht dementieren.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ebenfalls auf Aussage der Betreiber beruhte ein Vermerk oder ein Hinweis, dass der Minister gesagt habe, er, der Minister, könne sich im bevorstehenden Verkehrsausschuss „so oder so“ zu den Kündigungsgründen äußern. Der Herr Schulenberg hat hier dann dargestellt, dass er das Ganze als eine Art Drohung durch den Minister verstanden haben wollte. Ist Ihnen dazu noch irgendetwas in Erinnerung? Ergibt sich zum einen aus der gleichen Unterlage, die, wie gesagt, von den Betreibern stammt, bzw. aus der Aussage von Herrn Schulenberg hier, dass sich der Minister in drohender Art gegenüber den Betreibern geäußert hätte.

Zeuge Guido Beermann: Also, zu der Aussage von Herrn Schulenberg, die Sie gerade zitieren, kann ich nichts sagen; die liegt mir nicht vor. Und deswegen - - Ich war ja auch nicht dabei, als er die getätigt hat; da fehlt mir dann auch der Kontext. Zu der Frage - und deswegen kann ich

mich ja nur auf die Fakten beziehen, die Sie ansprechen -, ob eine entsprechende Aussage getätigt wurde, kann ich sagen, dass ich das nicht in Erinnerung habe.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön. - Dann vielleicht nur noch zum Abschluss und grundsätzlichen Verständnis: Sie haben selber Ihre Arbeit in der Taskforce schon beschrieben. Können Sie uns noch ein bisschen erklären, wer in der Taskforce sozusagen den Hut aufhatte? War das eher Ihre Seite? Oder wer war eigentlich die steuernde und lenkende Kraft dann in der Taskforce?

Zeuge Guido Beermann: Also, wie ich einleitend gesagt habe: Die Taskforce setzte sich je nach Aufgabe und Thema, das dort erörtert wurde, mit unterschiedlichen Personen zusammen. Und die Leitung der Taskforce lag bei mir.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön. - Damit wäre ich auch bereits am Ende.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat der Kollege Wiehle jetzt das Wort.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Wort. - Herr Minister Beermann, vielen Dank, dass Sie zur Verfügung stehen heute für unsere Befragung. - Darf ich Sie höflich fragen, ob Sie dem Ausschuss Ihr Eingangsstatement zur Verfügung stellen könnten? Gelegentlich hatten wir das schon gemacht, dass wir so ein Eingangsstatement, wenn es zur Verfügung steht, zum Nachlesen gleich kopiert haben. Das würde vielleicht die ein oder andere Frage abkürzen helfen.

Zeuge Guido Beermann: Ich werde das gerne am Ende der Sitzung entscheiden, wenn Sie einverstanden sind.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, ist recht. - Dann darf ich zunächst in die Vergangenheit ein Stückchen zurückblicken. Ihr Lebenslauf weist ja eine ganze Menge Stationen auf, an denen Sie vielleicht schon mit der Pkw-Maut oder jedenfalls mit

²⁵ Richtigstellung des Zeugen: „im Eingangsstatement“, siehe Anlage 2, S. 83



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mautfragen in allgemeinerer Weise zu tun hätten haben können. Sie waren ja beispielsweise von 1994 bis 2002 Referent im Bundeskanzleramt, und möglicherweise hatten Sie dann schon zu tun mit der Lkw-Maut, die ja zunächst am EuGH gescheitert war und dann nachgebessert wurde und schließlich 2005 in Kraft getreten ist. Haben Sie da noch Erinnerungen an diese ganzen Vorgänge, wenn Sie damit zu tun hatten, und Schwierigkeiten, die mit der Einführung der Lkw-Maut verbunden waren?

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, ich habe nicht in Erinnerung, dass ich mit dem Thema Lkw-Maut in der von Ihnen beschriebenen Zeit zu tun hatte.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke für Ihre kurze und knappe Antwort. - Dann ein bisschen weiter auf dem Zeitstrahl. Sie waren ja dann auch Referent bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wenn meine Unterlagen das richtig sagen, von 2002 bis 05, und dann später Leiter des Büros des Staatsministers im Bundeskanzleramt, bis 2012.

In dieser Zeit wurde die Idee einer Pkw-Maut schon betrachtet, und zwar im Zusammenhang mit einem möglichen Verkauf der Bundesautobahnen an private Investoren. In welcher Weise hatten Sie denn in dieser Zeit mit dieser Verkaufsidee und einer Idee einer Pkw-Maut zu tun?

Zeuge Guido Beermann: Sowohl in der zuerst beschriebenen Zeit in der CDU/CSU-Fraktion hatte ich mit dem Thema nach meiner Erinnerung keine Berührungspunkte, und auch in der zweiten Zeit, als ich das Büro des Staatsministers geleitet habe, lag in meiner Zuständigkeit nicht das Thema Lkw-Maut, sodass ich auch da keine Erinnerung habe, mich damit irgendwie beschäftigt zu haben, auch mit der Pkw-Maut nicht.

Wolfgang Wiehle (AfD): Das heißt also, wenn ich das noch mal konkretisieren darf in der Nachfrage, Sie hatten mit dem Thema Pkw-Maut da gar nichts zu tun in diesen beiden Zeiten, von denen ich gesprochen habe?

Zeuge Guido Beermann: Ja, es ist so, wie ich es geschildert habe. Also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich da mit dem Thema intensiver beschäftigt war.

Wolfgang Wiehle (AfD): Mhm. Danke schön. - Später waren Sie dann in anderen Bereichen, in Berlin und auf Bundesebene, bis Sie dann zum BMVI gekommen sind. Darüber hatten wir hier gerade schon gesprochen, auch über Ihre Zuständigkeiten. Und sind Sie denn gelegentlich, am Rande zunächst, auch ab Beginn Ihrer Tätigkeit im BMVI mit Pkw-Maut-Themen befasst worden, schon ab März 18?

Zeuge Guido Beermann: Nach meiner Erinnerung bin ich mit den Themen nicht befasst worden. Sie lagen ja auch nicht in meiner Zuständigkeit.

Wolfgang Wiehle (AfD): Hatten Sie in irgendeiner Weise mit den Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen im November 18 zu tun? Wenn ja, können Sie uns dazu bitte etwas sagen?

Zeuge Guido Beermann: Auch da kann ich nur nach meiner Erinnerung sagen, dass ich damit nichts zu tun hatte.

Wolfgang Wiehle (AfD): Waren Sie in irgendeiner Weise beschäftigt mit dem zweiten finalen Angebot in dem Bereich Erhebung und vielleicht mit haushaltrechtlichen Fragen, also insbesondere dem Thema, dass bestimmte Leistungen auf andere Weise im Haushalt untergebracht werden mussten, also beispielsweise Portokosten?

Zeuge Guido Beermann: Nee²⁶, auch da: Nach meiner Erinnerung kann ich nur sagen, dass ich damit nicht befasst war.

Wolfgang Wiehle (AfD): Dann komme ich zu dem Tag mit dem EuGH-Urteil und mit der Kündigung. Da haben ja Sie dann nach den Unterlagen, die mir vorliegen - und hier habe ich fürs Protokoll jetzt auch eine MAT-Nummer, nämlich MAT A BMVI-5/1_a-4, Blatt 75 - - Da haben Sie

²⁶ Richtigstellung des Zeugen: „Nein“, siehe Anlage 2, S. 85



Nur zur dienstlichen Verwendung

die Ermächtigung an Greenberg Traurig ausgestellt, die Verträge zu Entwicklung, Aufbau und Betrieb des Mautsystems zu kündigen.

Zeuge Guido Beermann: Wenn Sie mir das vorlegen könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, gerne. Ich habe das hier auch als Papier. Das können wir Ihnen gerade mal geben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Sie haben ja schon dargestellt, bei welchen Gesprächen Sie jetzt persönlich dabei waren und bei welchen vorher nicht, weil Sie auf dieser Strategietagung der Bahn waren. Haben Sie sich denn in irgendeiner Weise Gedanken drüber gemacht und die auch geäußert, eine Kündigung abzuwenden und das Projekt Pkw-Maut noch zu retten, also zum Beispiel, indem man ökologische Aspekte in das Vignetten-System mit einbaut?

Zeuge Guido Beermann: Nach meiner Erinnerung war das nicht der Fall.

Wolfgang Wiehle (AfD): Haben - - Also, an der Taskforce-Sitzung - da möchte ich noch mal nachfragen, um es sicher richtig verstanden zu haben -, die dann am Nachmittag war, haben Sie auch gar nicht teilgenommen. Da waren Sie noch Potsdam. Stimmt das?

Zeuge Guido Beermann: So ist es.

(Kirsten Lühmann (SPD):
Das kann ich bestätigen!)

Wolfgang Wiehle (AfD): Frau Lühmann kann bestätigen, weil sie im Aufsichtsrat bei der Bahn saß. - Und waren Sie überhaupt der Auffassung, dass man in irgendeiner Weise die Kündigung der Betreiberverträge noch hätte vermeiden können? Also, auch wenn Ihnen das quasi auf den Tisch gelegt wurde, dass die Entscheidung schon gefallen war. Aber hatten Sie da Zweifel dran, dass das so sein musste?

Zeuge Guido Beermann: Können Sie die Frage noch mal präzisieren? Das habe ich jetzt, ehrlich gesagt, doch nicht so ganz - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Also, ich habe Sie vorhin so verstanden, dass zu dem Zeitpunkt, wo Sie dann zu der Sitzung im Ministerbüro am Abend - oder mit dem Minister am Abend - hinzustießen, die Entscheidung über die Kündigung schon gefallen war. Und mich beschäftigt jetzt die Frage - die stelle ich Ihnen -, ob Sie denn, auch wenn Sie das vielleicht nicht geäußert haben, noch Zweifel gehabt hatten, dass diese Kündigung sein muss.

Zeuge Guido Beermann: Die Entscheidung war ja gefällt. Wie ich vorhin dargestellt habe, war ich zu dem Zeitpunkt auch nicht mit dabei. Ich bin zu einem Zeitpunkt gekommen, als es um die Frage der Zustellung ging. Und deswegen habe ich - - An der Entscheidungsfindung - kann ich wenig zu sagen - habe ich ja nicht mitgewirkt.

Wolfgang Wiehle (AfD): Und Sie hatten also auch keine privaten Zweifel jetzt, die Sie dann zurückgenommen haben?

Zeuge Guido Beermann: Nein, ich hatte keine - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Nicht mehr geäußert.

Zeuge Guido Beermann: Nein, in der Sache hatte ich keine privaten Zweifel, die ich hätte zurücknehmen müssen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke schön. - So viel für diese Runde.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann gebe ich jetzt der Kollegin Lühmann das Wort.

Kirsten Lühmann (SPD): Hallo, Herr Beermann!

Zeuge Guido Beermann: Hallo, Frau Lühmann!

Kirsten Lühmann (SPD): Ich fange mal an einem Zeitpunkt an, wo Sie gerade ausgeführt haben, dass Sie mit der Pkw-Maut noch nichts zu tun hatten. Und zwar habe ich hier ein Schreiben von Ihnen vom 11. Oktober 2018. Das ist die MAT A



Nur zur dienstlichen Verwendung

BMVI-6/5p, Blatt 6 bis 21. Das ist ein Schreiben von Ihnen an den Abgeordneten Rehberg von der CDU/CSU aus dem Haushaltsausschuss. Und in dem Schreiben melden Sie Bedarf für Stellen im BMVI, KBA und BAG für die Infrastrukturabgabe an. Das können wir Ihnen auch vorlegen, wenn Sie es möchten.

Zeuge Guido Beermann: Gerne.

Kirsten Lühmann (SPD): Gerne? Gut, machen wir.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Meine Frage ist, warum *Sie* dieses Schreiben geschickt haben, wobei weder Haushalt noch Maut in Ihrem Zuständigkeitsbereich sind. Sondern aus unserer Sicht hätte es ja eigentlich Herr Schulz schreiben müssen.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick in die Unterlagen)

Zeuge Guido Beermann: Ja, also, das Schreiben ist eindeutig von mir unterschrieben. Ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung, warum ich das unterschrieben habe. Es ist nur so - das kann ich allgemein schildern -, dass wir uns natürlich gegenseitig vertreten haben, wenn zum Beispiel einer nicht da war oder im Urlaub war. Also, das kann ich jetzt schlecht sagen. Das ist jetzt - das kann ich sagen - kein sehr außergewöhnlicher Vorgang.

Kirsten Lühmann (SPD): Okay. - Sie haben eben gesagt, als Sie Staatssekretär wurden, ist Ihnen das zwar berichtet worden, dass die Maut jetzt in Ihren Zuständigkeitsbereich fällt; aber Sie konnten auf die Frage - ich weiß gar nicht, wer sie gestellt hat - nichts Besonderes sagen, was Ihnen nun berichtet wurde, als Sie das Amt übernahmen, zum Beispiel von Herrn Molitor.

Ich versuche es jetzt noch mal ein bisschen konkreter. Wir haben wieder eine Vorlage für Sie, und zwar die MAT A BMVI-5/1_b-5, Blatt 40 bis

42. Da hat Ihnen das Mautreferat für die Leitungsklausur des BMVI Unterlagen zur Pkw-Maut zusammengestellt. Und darin heißt es - Sie werden es gleich sehen -, dass die Feinplanungsdokumentation am 01.04.2019 eingereicht worden sei und dass die Arbeiten zur Systemeinrichtung der Infrastrukturabgabe planmäßig voranschreiten. - Meine Frage ist: Haben Sie vorher schon mal von der Feinplanungsdokumentation gehört? Und nach Kenntnisnahme dieses Schreibens: Was war Ihr Eindruck bezüglich dieses Punktes des Projektes?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe, ehrlich gesagt, keine Erinnerung mehr daran. Ich sehe den Vorgang; das ist richtig. Das ist ein Sprechzettel für die Leitungsklausur, die wir offensichtlich am 10. April hatten. Und deswegen: Da kann ich, ehrlich gesagt, wenig zu sagen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ich hätte jetzt noch weitere Materialien, die ich Ihnen gebe. Aber ich versuche es mal andersrum. Sieben Tage später haben Sie wieder Unterlagen bekommen, in denen drinsteht, dass eine erste Prüfung ergab, dass die Feinplanungsdokumentation bezüglich Form und Inhaltstiefe nicht die Erwartungshaltung des Bundes erfüllt. Das ist also eine Woche später. Ich zeige Ihnen das jetzt nicht. Aber meine Frage ist: Stichwort „Feinplanungsdokumentation“: Was fällt Ihnen zu diesem Stichwort ein? - Vielleicht versuchen wir es so rum.

Zeuge Guido Beermann: Na gut, das ist natürlich eine sehr allgemeine Frage.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, richtig. Aber wenn ich jetzt konkret nach bestimmten Sachen frage, dann sagen Sie mir - - Also, jetzt mach ich es mal ganz global.

Zeuge Guido Beermann: Ja, das ist in Ordnung, Frau Lühmann. Gerne. - Das Thema Feinplanung: Wenn ich mir das in meiner Erinnerung vor Augen führe, dann habe ich in Erinnerung, dass das



Nur zur dienstlichen Verwendung

natürlich ein Grund war oder einer der wesentlichen Gründe, weswegen wir gekündigt haben: weil eben die Feinplanungsdokumentation nicht leistungsgerecht vorlag. Das ist die Erinnerung, die ich daran habe.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. Und wie kamen Sie dadrauf? Also, es ist ja Ihr Zuständigkeitsberitt gewesen. Ich hatte Ihnen eben ein Dokument vorgelegt, da stand noch drin: Alles in Ordnung. - Sieben Tage später - ich könnte es Ihnen vorlegen, wenn Sie es haben wollen - steht drin: Es gab Probleme. - Und da Sie ja zuständig sind und das ein ganz wichtiges Projekt ist und wenn in diesem Projekt Probleme auftauchen, bin ich davon ausgegangen, dass sich dann der zuständige Staatssekretär zumindest berichten lässt, wie es mit den Problemen weitergegangen ist. Und das war meine Frage.

Dass ganz am Ende die Kündigung unter anderem aufgrund dieses Punktes ausgesprochen wurde, das wissen wir; das haben wir von ganz vielen Zeugen hier schon gehört. Meine Frage ist einfach der Weg dahin. Von dem Dokument 10. April, wo drinsteht: „in Ordnung“, bis hin zu dem Punkt: „Es ist ein Kündigungsgrund“, das ist ja ein weiter Weg. Und da würde ich gerne mehr von Ihnen hören, was Sie da gemacht haben, wie Sie sich informiert haben, wie der Fortgang der Dinge war, wie gravierend Ihnen das geschildert wurde, wer es Ihnen gravierend geschildert hat.

Zeuge Guido Beermann: Also, daran habe ich keine Erinnerungen mehr, wie mit dem Thema weiter umgegangen wurde und wie ich mich damit befasst habe. Ich bitte um Nachsicht, da kann ich nichts zu sagen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, ich versuche es aber trotzdem noch mal. Sie haben eben gesagt, das war ein Grund - diese mangelnde Feinplanungsdokumentation - für eine Kündigung. Das ist ja ein sehr gravierender Vorgang, wenn ich aus Schlechtleistung kündige. Ist das wirklich das Einzige, an das Sie sich erinnern bei dem Thema Feinplanungsdokumentation: „Es war so gravierend, dass wir deshalb gekündigt wurden [sic]“? Warum es so gravierend ist, was ich in der Zeit

gemacht habe: kann ich mich nicht mehr erinnern. Das Einzige, was ich weiß - - Ich bin gerade ein bisschen - Sie merken das - fordernd; aber die Frage bewegt mich schon, dass das das Einzige ist, was Sie wissen: Es war so gravierend; aber warum, weiß ich nicht mehr.

Zeuge Guido Beermann: Also, Stand heute, wenn ich diese Frage beantworten soll, kann ich Ihnen nur das sagen, was ich gesagt habe. Und, ja - -

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Dann muss ich ein paar Seiten weiterblättern, weil einige Fragen wegfallen. - Ich komme jetzt zu der Vorbereitung des 18. Juni. Und wir haben ein Dokument von Ihrer persönlichen Referentin. Die hat Ihnen das am 17. Juni, also einen Tag vor dem Gerichtsurteil, geschickt. Das ist MAT A BMVI-5/1_b-2, Blatt 5 bis 9.

Und da schickt Ihnen die Presseabteilung mehrere Sprachregelungen für den Folgetag - jeweils für die verschiedenen Möglichkeiten des Ausgangs des EuGH-Urteils.

Ich gebe Ihnen noch mal Zeit, das zu lesen; vielleicht erinnern Sie sich dann an den Vorgang.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Ich habe es überflogen, ja.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Also, das ist ja augenscheinlich das, was man sinnvollerweise macht - eine Vorbereitung auf den nächsten Tag -, dass man nicht völlig überrascht wird, und mehrere Möglichkeiten wurden da durchgespielt. Was ist mit diesen Vorschlägen der Pressestelle Ihrer Erinnerung nach passiert?

Zeuge Guido Beermann: Also, wenn ich die Vorlage nehme, steht drauf: Es ist mir zur Kenntnis gegeben worden. Ich habe keine Erinnerung, ob ich es zur Kenntnis genommen habe, und deswegen kann ich dazu auch wenig sagen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kirsten Lühmann (SPD): Als Sie dann am Abend zurückkamen von unserer Klausursitzung, da gab es ja zu irgendeinem Zeitpunkt eine Situation, dass sich der Minister mit Ihnen und Herrn Dr. Neumann in das Ministerbüro zurückgezogen hat. Zumindest haben wir Dokumente, die das aussagen. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Guido Beermann: Moment! Wer hat sich mit wem zurückgezogen?

Kirsten Lühmann (SPD): Der Minister mit Ihnen und Herrn Dr. Neumann - in das Ministerbüro.

Zeuge Guido Beermann: Das würde ja bedeuten - nur als Verständnis -, also, dass ich irgendwo mit denen war, wo ich hingegangen bin dann.

Kirsten Lühmann (SPD): Na ja, Sie waren ja schon im Ministerium, und da war eine große Runde. Und aus der großen Runde - das haben Zeugen gesagt; müsste ich noch mal nachgucken, wo - sollen Sie sich mit Herrn Dr. Neumann und dem Minister dann noch mal in das Ministerbüro - also, keine Ahnung, Nachbarzimmer, übernächstes Zimmer - zu einer kleineren Runde zurückgezogen haben.

Zeuge Guido Beermann: Also, nach meiner Erinnerung bin ich ins Ministerbüro gekommen.

Kirsten Lühmann (SPD): Direkt?

Zeuge Guido Beermann: Das war - -

Kirsten Lühmann (SPD): Und da waren mehr Leute?

Zeuge Guido Beermann: Das war meine Erinnerung.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Guido Beermann: Und nach meiner Erinnerung - also, da bin ich mir definitiv sicher - waren dort mehrere Leute. Aber ich kann Ihnen nicht mehr sagen, wer alles dabei war.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. - Und es gab keine Situation, dass sich noch eine kleinere Gruppe,

der Sie angehört haben, separiert hat von der großen Gruppe?

Zeuge Guido Beermann: Kann ich mich nicht dran erinnern.

Kirsten Lühmann (SPD): Mhm. - Was war die Rolle von Dr. Neumann, an die Sie sich erinnern? War er Wortführer? Ist er nur - - Hat er nur gere-det, wenn er gefragt wurde? Hat er an der Ent-scheidungsfindung deutlichen Anteil gehabt?

Zeuge Guido Beermann: Wie gesagt: Als ich kam, ging es um die Frage - daran kann ich mich ent-sinnen - - um die Versendung, um die Zustel-lung. Und ich habe nicht in Erinnerung, dass es da irgendwie eine Wortführung oder Ähnliches gab.

Kirsten Lühmann (SPD): Können Sie sich noch erinnern, dass man eine Öffentlichkeitsstrategie abgestimmt hat und, wenn ja, welche? Denn die Frage muss ja auch gekommen sein: Was mache ich jetzt mit der Öffentlichkeit? - Der Minister hatte ja am Nachmittag - - oder hatte der Presse ja schon eine Stellungnahme gegeben, und jetzt musste ja nach der Kündigung auch irgendetwas folgen. Ist darüber geredet worden?

Zeuge Guido Beermann: Habe ich auch nicht in Erinnerung.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut. - Dann habe ich nur noch eine Frage zu einem ganz anderen Thema, und zwar gab es ja den BRH-Bericht et-was später. Und der BRH-Bericht: Da gab es eine Antwort aus dem Ministerium drauf. - Und die Zeugin Geese berichtete von einem Treffen am 30. Oktober 2019, in welchem mit dem Minister über die Stellungnahme auf dem Berichtsentwurf des BRH diskutiert wurde. - Da gibt es ein Doku-ment zu; das ist die MAT A BMVI-4/1b4, Blatt 47.

Wir geben Ihnen das, und meine Frage ist, ob Sie sich an das Treffen erinnern. Und dann habe ich - - Wenn ja, habe ich dazu eine Frage.

(Dem Zeugen werden Un-terlagen vorgelegt - Der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Also, ich sehe da die E-Mail und erkenne, dass die auch an mein Büro gegangen ist, also „Sts-Be“. Und es steht unten drunter:

Für eine kurze Rückmeldung bezüglich Ihrer Teilnahme wäre ich Ihnen dankbar.

Ich habe leider keine Erinnerung, ob ich daran teilgenommen habe.

Ich bitte wirklich um Verständnis - ich glaube, ich muss das hier noch mal sagen -: Es ist für mich aufgrund - ich habe es vorhin einleitend gesagt - der Tätigkeit, die ich jetzt habe, und der Veränderungen, die damit verbunden sind, wirklich eine Zeit, die für mich sehr weit zurückliegt und wo ich die Dinge einfach nicht mehr gegenwärtig habe. Und deswegen habe ich auch nicht gegenwärtig, ob ich an der Besprechung teilgenommen habe. Also, ich müsste da mutmaßen.

Kirsten Lüthmann (SPD): Damit erübrigt sich auch meine Frage zu dem Inhalt. - Keine Fragen mehr, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat jetzt der Kollege Jung das Wort.

Dr. Christian Jung (FDP): So, guten Abend, Herr Minister! Schön, Sie mal persönlich zu sehen. Wir hatten, glaube ich, noch nie miteinander zu tun direkt.

Was mich jetzt ein bisschen irritiert an dem, was Sie bisher sagen: Sie waren damals, als Sie Staatssekretär waren - verbeamteter Staatssekretär -, für dieses Thema „PKW-Maut“ zuständig, oder?

Zeuge Guido Beermann: So wie ich das geschildert habe, habe ich die Abteilung StV übernommen. Und eines der Themen dort war die Infrastrukturabgabe genau in dem Zeitraum, wie ich ihn beschrieben habe. Wenn man es über den Daumen reißt: acht Monate.

Dr. Christian Jung (FDP): Weil was mich ein bisschen stutzig macht: Sie haben ja geschildert, dass Sie bei einer Strategietagung der Deutschen Bahn in Potsdam waren. Das war jetzt ja nicht in Stuttgart oder in Honolulu, sondern in Potsdam. Und was mich sehr irritiert die ganze Zeit bei dem, was Sie sagen: Warum sind Sie nicht sofort, als das EuGH-Urteil kam, ins Ministerium gekommen? Weil bei dieser Auf- - bei dieser Strategietagung; Das war ja keine Aufsichtsratssitzung, wo Beschlüsse gefasst worden sind, wo man Sie vielleicht auch gebraucht hätte, sondern es war nur - in Führungszeichen - eine Strategietagung. Warum sind Sie nicht ins Ministerium zurückgekommen?

Zeuge Guido Beermann: Also, Herr Abgeordneter - -

Dr. Christian Jung (FDP): Weil Sie waren ja zuständig, haben Sie gesagt.

Zeuge Guido Beermann: Ja. - Herr Jung, Abgeordneter Jung, zu der Bewertung kann ich jetzt nichts sagen. Das ist eine Bewertung; die können Sie treffen. Ich hatte das vorhin geschildert, dass mir das beschrieben wurde und dass wir die Entscheidung getroffen haben, das so zu machen, wie wir das getan haben.

Dr. Christian Jung (FDP): Ja, ich habe ja nur meine Verwunderung ausgedrückt, weil Sie da ja der verbeamtete Staatssekretär waren. - Okay.

Ich habe einige Fragen, weil wir haben ja viele Zeugen schon auch gehört, und es gibt da immer wieder so ein bisschen abweichende Beiträge. Und deswegen wollte ich einfach mal Ihre Sichtweise hören.

Wir haben ja von diesem Tag X - EuGH-Urteil - - haben wir ja keine Protokolle, und deswegen können wir auch nichts Genaues sagen über die Entscheidungsfindung. Wir hatten heute zum Beispiel den Zeugen Görrissen, der uns da interessante Sachen auch dazu gesagt hat, die wir sicherlich auch später - jetzt auch nach Ihrer Befragung - dann noch ausführlich würdigen werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Was ich Sie jetzt fragen wollte: Sie kommen also dann gegen Abend aus Potsdam. Und was waren jetzt die Grundlagen für die Entscheidungsfindung? War das sozusagen, wie ich das jetzt interpretiere, so ein unstrukturierter Stuhlkreis, wo immer wieder Leute dazugekommen sind, oder gab es wirklich handfeste Sachen, die zur Entscheidungsfindung herbeigeführt wurden? Oder Sie sind dann auch dazugekommen, und dann hat man einfach kollektiv entschieden, was man dann macht?

Zeuge Guido Beermann: Na ja, ich bin ja, wie ich beschrieben habe, zu einem späten Zeitpunkt dazugekommen. Über das Thema wurde dort, was die Entscheidungsgründe - - Ich vermute, Sie spielen auf das weitere Vorgehen in Sachen Kündigung an. Ich war ja nicht dabei. Deswegen kann ich dazu nichts sagen, zu der Entscheidungsfindung.

Dr. Christian Jung (FDP): Gut. - Aber Sie kommen dann dorthin, und dann wird dann - - Wird Ihnen dann nur das Ergebnis präsentiert, oder wird noch mal gemeinsam mit dem zuständigen Staatssekretär reflektiert, wie die Entscheidung jetzt gemacht wird? Oder sind Sie sozusagen nur derjenige, der kommt, und der kriegt die Entscheidung mitgeteilt, und das tragen Sie dann mit?

Zeuge Guido Beermann: Ich kann Ihnen, wie der konkrete²⁷ Verlauf ab dem Zeitpunkt, ab dem ich da war - - Wie das war, kann ich Ihnen leider nicht schildern, weil ich daran keine konkrete Erinnerung mehr habe.

Dr. Christian Jung (FDP): Aber Sie waren da bei Besprechungen dabei! Also, das irritiert mich jetzt auch ein bisschen, dass Sie da gar nichts mehr drüber wissen. Waren da - - Also, wer war denn da alles dabei bei den Gesprächen, wo Sie dabei waren?

Zeuge Guido Beermann: Ich bin zu später Stunde, wie ich das geschildert habe, in das Ministerbüro - so meine Erinnerung - dazugekommen, und ich habe leider keine konkrete Erinnerung mehr daran, wer alles dabei war in der Runde. Und ich kann nur wiederholen, dass, als ich dazukam, über dieses Thema der Zustellung der Kündigung gesprochen wurde. Und ich habe keine konkrete Erinnerung daran, ob über andere Sachen dort gesprochen wurde.

Dr. Christian Jung (FDP): Wissen Sie denn noch, wer die Teilnehmer waren an der Besprechung, wo Sie dabei waren? Es war ja anscheinend nur ein kleiner, überschaubarer Kreis.

Zeuge Guido Beermann: Wie ich sagte: Ich habe keine Erinnerung daran, wer jetzt konkret alles dabei war. Also, ich kann - -

Dr. Christian Jung (FDP): War zum Beispiel der Minister dabei?

Zeuge Guido Beermann: Ich kann sagen, dass der Minister dabei war, dass Herr Neumann dabei war; das habe ich in Erinnerung. Und ich habe in Erinnerung - -

Dr. Christian Jung (FDP): War Herr Görrissen dabei, zum Beispiel?

Zeuge Guido Beermann: Ich habe in Erinnerung, dass Herr Görrissen dabei war, aber ich kann Ihnen nicht sagen, ob noch weitere Leute dabei waren. Also, es war jetzt - - Nach meiner Erinnerung war der Kreis schon über diese hinaus, aber ich kann Ihnen nicht²⁸ sagen, wer alles dabeisaß. Um es so zu sagen: Ich habe es leider, bedauerlicherweise nicht vor meinem inneren Auge.

Dr. Christian Jung (FDP): Aber man könnte jetzt den Eindruck haben, dass es jetzt - also zumindest gegenüber Ihnen - nicht komplett strukturiert war. Also, Sie kommen da hin, und dann wird eine Entscheidung bekannt gegeben. Also,

²⁷ Richtigstellung des Zeugen: „den konkreten“, siehe Anlage 2, S. 91

²⁸ Ergänzung des Zeugen: „konkret“, siehe Anlage 2, S. 91



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie sind ja anscheinend an der Entscheidungsfindung als zuständiger Staatssekretär in keinster Weise beteiligt gewesen.

Also, mich irritiert das, ehrlich gesagt, sehr stark, weil Sie sind ja auch heute immerhin Landesminister, und vielleicht würden Sie ja, wenn jetzt so was wieder passieren würde, da auch erwarten, dass der zuständige Staatssekretär da auch eingebunden wird. Also, mich irritiert das wirklich sehr stark.

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, das ist eine Wertung, die Sie vornehmen können. Die, glaube ich, muss ich nicht kommentieren; das ist nicht meine Aufgabe. Ansonsten, glaube ich, habe ich die Abläufe dargestellt.

Dr. Christian Jung (FDP): Dann habe ich für diese Fragerunde erst mal keine Fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Herr Kollege Cezanne.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Minister Beermann, schönen guten Abend! Vielen Dank, dass Sie da sind.

Ich wähle mal einen anderen Einstieg. Mich würde noch mal interessieren, wie Sie den Arbeits- und Organisationszusammenhang im Ministerium - - Also, wie haben Sie mit dem Minister, wie haben Sie mit dem Staatssekretär Schulz, unter Umständen auch mit dem Herrn Görrissen - sich denn - - Wie haben Sie kommuniziert? Wie haben Sie sich abgestimmt? Gab es regelmäßige Leitungssitzungen? Gab es irgendwie eine morgendliche Tageslage oder dergleichen? Also, wie sind die - - Wie ist die inhaltliche Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Ihnen sichergestellt worden?

Zeuge Guido Beermann: Es gab verschiedene Abstimmungsrunden²⁹, wenn man so will:

Ich habe in Erinnerung, dass es eine Leitungsrunde gab, die immer am Mittwoch stattfand. Ich

kann Ihnen allerdings nicht sagen - das habe ich jetzt nicht mehr vor Augen -, ob die einmal im Monat war oder wie das immer geplant war. Ja, ich weiß nur, dass in dieser Leitungsrunde die Abteilungsleiter dabeisaßen, die Staatssekretäre, parlamentarischen Staatssekretäre, der Minister natürlich und auch dann - - Herr Görrissen war dabei als Abteilungsleiter; das ist richtig.

Es gab das Format einer Morgenlage, die allerdings sehr unregelmäßig stattfand, eigentlich, wenn ich das recht in Erinnerung habe, zumindest lange³⁰ Zeit sehr, sehr selten.

Und dann gab es ein Format, wo ich mich mit Herrn Görrissen und dem anderen Staatssekretär getroffen habe. - Puh, das war, meine ich, immer montags - richtig -, und das war relativ regelmäßig.

Ansonsten, glaube ich, dass sich das nicht unterscheidet, dass also die Verwaltungsvorgänge dann natürlich im Papier auch zwischen den Büros hin- und herlaufen.

Und das waren im Wesentlichen die Abläufe. Ansonsten müsste man konkret darüber reden, worauf Sie abzielen.

Ich weiß nicht, ob Ihnen das reicht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Können Sie noch mal etwas näher drauf eingehen, was in dieser Montagrunde zwischen Herrn Görrissen, Herrn Schulz und Ihnen so die üblichen Themen waren oder was - - Also der Inhalt im Vergleich zum Beispiel zu der Leitungsrunde mit den Abteilungsleitern?

Zeuge Guido Beermann: Also, da habe ich keine konkrete Erinnerung mehr daran, was wir in den Runden besprochen haben, und deswegen kann ich da auch zu einzelnen Dingen jetzt nichts sagen. Aber es war auch - das kann ich sagen - keine - - Es gab keine Tagesordnung in dem Sinne nach meiner Erinnerung, und deswegen

²⁹ Richtigstellung des Zeugen: „Runden“, siehe Anlage 2, S. 92

³⁰ Richtigstellung des Zeugen: „über eine längere“, siehe Anlage 2, S. 92



Nur zur dienstlichen Verwendung

hat man da sicherlich verschiedene Dinge besprochen.

(Dr. Christian Jung (FDP):
Herr Vorsitzender, wir würden gerne eine sofortige Sitzungsunterbrechung beantragen, eine Beratungssitzung beantragen!)

Vorsitzender Udo Schiefner: Können wir gerne machen, wenn es keinen Widerspruch gibt. - Wie viel Zeit brauchen wir dafür?

Dr. Christian Jung (FDP): 10 bis 15 Minuten.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut. - Wenn es keinen Widerspruch gibt, dann unterbrechen wir die Befragung. Dann wird die Öffentlichkeit zunächst mal wieder von der Videotechnik abgekoppelt, und wir können zunächst die Beratungssitzung machen, und dann wird die Befragung weiter fortgeführt.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:
17.57 Uhr - Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:
18.05 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Guido Beermann

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann setzen wir die öffentliche Befragung des Zeugen Beermann fort.

Ich kann dazu sagen: Wir hatten eine Beratungssitzung, und als Ergebnis möchte ich Sie natürlich auch hier noch mal, weil das Diskussionspunkt war, an die Belehrung erinnern, dass Sie natürlich wahrheitsgemäß zu antworten haben und nichts hinzufügen dürfen, was der Wahrheit

widerspricht, oder auch Dinge zurückhalten dürfen [sic!], die zur Wahrheitsfindung beitragen, weil es natürlich schon, Herr Minister Beermann, auffällig ist, dass Sie doch sehr oft - das ist Ihr gutes Recht; Sie sollen ja auch, nach Ihren Eindrücken gefragt, wahrheitsgemäß antworten -, ja, ich nenne es mal so, Erinnerungslücken an konkretere Dinge haben. Und darum möchte ich Sie da noch mal an die Belehrung erinnern, dass Sie eben wahrheitsgemäß antworten sollen. Ich möchte Sie auch nicht hier irgendwie verleiten, etwas zu sagen, woran Sie sich nicht mehr erinnern können, und womöglich was dazuzumachen. Aber das war halt auch eben Gegenstand der Diskussion in der Beratungssitzung. - Dies noch mal als Hinweis.

Zeuge Guido Beermann: Herr Schiefner, wenn ich was dazu sagen darf?

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja.

Zeuge Guido Beermann: Vielen Dank noch mal für den Hinweis. Ich hatte das ja auch bewusst bei mir in mein Eingangsstatement reingenommen, um deutlich zu machen, dass in der Tat zwei Dinge, glaube ich, einfach - - bitte ich, mitzunehmen.³¹

Das eine ist, dass ich zum einen seit letztem Jahr Minister in Brandenburg bin und dort ein Ministerium übernommen habe und damit natürlich Aufgaben, ein Portfolio, was sich in einem völlig anderen Bereich bewegt.

Und der Abgeordnete Wiehle hatte ja vorhin schon so ein bisschen angerissen, was ich in meinem Leben gemacht habe. Vielleicht darf ich das so mal darstellen: Sie sehen ja, dass ich tatsächlich öfters neue Aufgaben übernommen habe - und das auch mit einem breiten Spektrum an Themen. Und man - - Ich stürze mich dann da in diese Dinge rein, und ich bitte einfach um Nachsicht - das ist so -, dass dann plötzlich der Fokus auf anderen Sachen liegt.

³¹ Richtigstellung des Zeugen: „vielleicht erlauben Sie mir zwei Dinge noch mal deutlich zu machen.“, siehe Anlage 2, S. 93



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hinzu kommt - auch das hatte ich gesagt -, dass das Thema Maut eines war, das ich damals übernommen habe aufgrund des Wechsels, der dort stattgefunden hat. Und das war halt ein Thema neben vielen.

Also, ich habe jetzt nicht angesetzt, hier einen Vortrag zu halten, was ich alles für Themen hatte, aber ich hatte wirklich eine ganze Reihe an Aufgaben. Sie werden sich entsinnen, dass wir in dem Jahr das Thema Klima vor allem sehr stark im Fokus hatten. Wir hatten sehr intensive Beratungen, Frau Lühmann, was das Thema Bahn betrifft. Wir haben eine ganze Reihe an Gesetzesvorhaben gehabt. Es ging um - - Bei mir lag noch das ganze³² Thema mit dem Ausbau Mobilfunknetz usw. usf. Also, ich könnte die Reihe jetzt unglaublich fortsetzen, ja. Also, da war³³ wirklich eine ganze Menge einfach da³⁴.

Und auf der anderen Seite bitte ich um Verständnis - aber ich werde mir dann einen Augenblick Zeit nehmen -: Ich möchte auch ungerne spekulieren, ja? Das entspricht nicht meiner Art, und ich glaube, das ist³⁵ auch das, was Sie hier³⁶ gesagt haben, Herr Schiefner, was Sie ja nun auch nicht am Ende wollen, dass ich das mache, ne?

Ansonsten: Was man vielleicht machen kann, ist in der Tat, wenn es Vorhalte gibt oder so - - das mag ja sein, dass das, wenn - - dass da möglicherweise das etwas hilfreicher ist.

Vorsitzender Udo Schiefner: Sie sollen nach bestem Wissen und Gewissen antworten. Und wenn Sie das tun, dann, denke ich - - Allerdings möchte ich auch nicht verhehlen, dass es hier halt Punkt war, dass man sehr, sehr oft eben dieses Argument auch hier von Ihnen gehört hat. Wenn es so ist - - Es ist schon bemerkenswert ein Stück weit, sage ich auch ganz offen: Wenn Sie Erinnerungslücken haben und sagen, Sie können sich nicht erinnern, dann kann Ihnen natürlich auch kein anderer hier - - Ich möchte noch mal

eben an die Belehrung erinnern und an die gewissenhafte Beantwortung der Fragen.

Dann fahren wir jetzt fort. Jetzt weiß ich nicht mehr - - Herr Kollege Cezanne ist mit der Befragung - - Bitte.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja; danke, Herr Vorsitzender. - Minister Beermann, Sie hatten ja kurz - - Wir hatten ja die Frage angerissen, wie Sie sich untereinander verständigt haben. Jetzt noch mal: Wie sind denn Ergebnisse in diesen Leitungsrunden festgehalten worden? Also, der Herr Zielke hat hier zum Beispiel gesagt, dass auf Leitungsebene üblicherweise keine Protokolle erstellt worden sind. Wie wurden denn dann Arbeitsaufträge erteilt? Und wie konnte man nachhalten, ob die erfüllt werden?

Zeuge Guido Beermann: Also, in der Tat habe ich - - Ich kann mich auch nicht erinnern - das tut mir leid -, aber es ist wahrscheinlich so, dass dort³⁷ Protokolle erstellt wurden, und die Arbeitsaufträge sind dann, wenn es welche gab, mitgenommen worden.

Leitungsrunden dienten ja auch dem Austausch, dass man dort berichtet hat, worum es ging und was auch in den jeweiligen Abteilungen anstand. Die Morgenlage - wenn sie denn stattfand; wie gesagt, das war äußerst, nach meiner Meinung, sporadisch und selten - war sowieso nicht in dem Stil gedacht, dass man dort - nach meiner Erinnerung jetzt - eine Tagesordnung abgearbeitet hat und daraus dann irgendwelche Arbeitsaufträge kamen. Und ähnlich war das dann auch mit dem Treffen, das ich regelmäßig hatte mit dem anderen Staatssekretär und Herrn Görrissen. Das fand auch meistens im Rahmen eines Mittagessens statt. Und auch dort wurde allgemein geredet. Hintergrund war vor allem - vielleicht kann man das so erklären -, dass man sich im normalen Tagsgeschäft nicht sehr oft gesehen hat - denn wir waren alle terminlich sehr eingespannt -, und um dann überhaupt mal die Gelegenheit zu haben,

³² Richtigstellung des Zeugen: „zum Beispiel das“, siehe Anlage 2, S. 93

³³ Richtigstellung des Zeugen: „Es waren“, siehe Anlage 2, S. 93

³⁴ Richtigstellung des Zeugen: „an Themen in meiner Zuständigkeit“, siehe Anlage 2, S. 93

³⁵ Richtigstellung des Zeugen: „trifft“, siehe Anlage 2, S. 93

³⁶ Richtigstellung des Zeugen: „gerade“, siehe Anlage 2, S. 93

³⁷ Ergänzung des Zeugen: „keine“, siehe Anlage 2, S. 94



Nur zur dienstlichen Verwendung

sich auszutauschen, hat man sich dann zum Beispiel in dieser Morgenrunde getroffen. Das kann das vielleicht erklären. Und ein Protokoll gab es da auch nicht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Okay, ich probiere jetzt trotzdem noch mal, zu ein paar Terminen, von denen wir wissen, dass es sie gegeben hat, Ihnen vielleicht irgendeine Erinnerung zu entlocken.

Also, am 2. Oktober 2018 waren Sie eingeladen worden zu einer Besprechung mit Minister Scheuer, an der Sie, Staatssekretär Schulz, die Parlamentarischen Staatssekretäre, Herr Görrissen und andere Mitglieder teilnahmen. Thema war die Infrastrukturabgabe. Mich würde natürlich interessieren, ob Sie sich daran erinnern, die Einladung zumindestens - MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 1 -; die Einladung könnte ich Ihnen geben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Es fällt natürlich immer ein bisschen schwer, wenn ich jetzt den Kontext insgesamt nicht sehe. Also, ich weiß schon gar nicht, ob ich an der Runde teilgenommen habe. Also, es kann sein, dass ich eine Einladung bekommen habe, aber möglicherweise aus anderen Gründen gar nicht teilgenommen habe. Also, die Tatsache, dass man im Verteiler steht, heißt nicht zwingend, dass man dabei war. Ich sehe das: 2. Oktober. Ich habe jetzt, ehrlich gesagt, keine Vorstellung mehr, was so - am nächsten Tag, 3. Oktober, war ja Tag der Deutschen Einheit - - wie die Dinge dort gelaufen sind. Vielleicht ... (akustisch unverständlich) muss man einfach sagen: Das Thema war keines, was bei mir lag, die Infrastrukturabgabe, ja? Deswegen stand das bei mir auch nicht ganz im Fokus.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Wenn ich Ihnen sage, dass an diesem 3. Oktober eines der Geheimtreffen des Ministers mit den Betreibern stattgefunden hat - dieses, das dann nachher durch die

Presse ging -, macht das noch mal irgendetwas innerlich?

Zeuge Guido Beermann: Auch mit diesen - - An diese³⁸ Treffen habe ich überhaupt keine Erinnerung. Also, ich kann auch dazu sagen, weil es einfach nicht bei mir lag - - Kann mich nicht mal dran erinnern, dass ich von diesen Treffen gewusst habe. Was jetzt für mich wiederum - um das vielleicht zu erläutern - nicht verblüffend ist, weil man³⁹ hatte seine Zuständigkeiten, und im Rahmen dessen ist man mit den Dingen⁴⁰, glaube ich, umgegangen. Und wenn ich an mein Portfolio denke, was ich dort zu bearbeiten hatte, da ist man am Ende froh über jeden Inhalt, mit dem man sich nicht auseinandersetzen muss.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat der Kollege Krischer das Wort.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister Beermann, ich sage Ihnen ganz offen: Ich glaube Ihnen das nicht, dass Sie über solche Erinnerungslücken ... (akustisch unverständlich), weil Sie sind ja nicht ein nachrangiger Beschäftigter in diesem Ministerium gewesen, sondern Sie sind der höchste deutsche Beamte gewesen, der in einer entscheidenden Phase mit dem Thema beschäftigt war. Ich will Ihnen auch konkret sagen, warum ich das nicht glaube: weil in der Phase nach der Kündigung des Vertrages, ab 19. Juni: Gucke ich mir hier Ihren Terminkalender an, finde ich zahllose Termine, zahllose. Ich habe allein - - Innerhalb von zehn Tagen zähle ich hier 13 Besprechungen, also mehrere teilweise am Tag, wo über das Thema Maut gesprochen worden ist, und Sie haben jetzt hier auf die Fragen der Kollegen nichts quasi gesagt, dass Sie sich da noch dran erinnern können. Ich werde mich deshalb bemühen jetzt, zu einzelnen Gesprächen was zu fragen, um das irgendwie rauszukriegen, weil ich mir das nicht vorstellen kann, dass jemand, der heute Landesminister ist und vorher Bundesstaatssekretär war, verbeamteter Staatssekretär, und so eine Karriere hat, dass der

³⁸ Richtigstellung des Zeugen: „dieses“, siehe Anlage 2, S. 94

³⁹ Richtigstellung des Zeugen: „jeder“, siehe Anlage 2, S. 94

⁴⁰ Richtigstellung des Zeugen: „seinen Themen“, siehe Anlage 2, S. 94



Nur zur dienstlichen Verwendung

an so einer Stelle überhaupt keine Erinnerung mehr hat. Deshalb frage ich jetzt konkret nach: Bei den Terminen findet sich immer wieder - - die Sie so haben in Ihrem Terminkalender, mit Herrn Neumann, Herrn Zielke, Herrn Molitor, wechselt immer wieder - - steht „TF Maut“. Was heißt „TF“?

Zeuge Guido Beermann: „TF“ steht für Taskforce.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt Taskforce; das ist die Taskforce.

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe jetzt den Ausdruck des Terminkalenders nicht vorliegen, aber - -

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich Ihnen gerne geben.

Zeuge Guido Beermann: Aber das nehme ich an, dass das Taskforce heißt, ja.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Das heißt aber dann, diese Taskforce hat teilweise dann mit mehreren Personen - mit zwei Personen, dann mit sieben Personen, dann wieder nur zwei - - Also Sie haben da in sehr unterschiedlichen Zusammensetzungen gesprochen.

Zeuge Guido Beermann: So ist es. Das hatte ich ja auch in meinem Eingangsstatement einleitend gesagt, auch vorhin auf eine Frage so beantwortet, dass je nach Thema und je nach Kontext die Taskforcezusammensetzung ist⁴¹.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben die Sitzung dann geleitet jeweils. Egal wie die Zusammensetzung war, Sie haben das geleitet. Gab es eine Tagesordnung? Wie lief so eine Sitzung ab?

Zeuge Guido Beermann: Also: Die Sitzungen fanden zumeist bei mir im Büro statt. Also, ich würde es jetzt nicht für jede Sitzung sagen - Herr Krischer, sehen Sie es mir nach! -, aber ich habe das so in Erinnerung. Und in der Tat wurde die Sitzung von mir dann geleitet. Und eine Tagesordnung in dem Sinne gab es nach meiner Erinnerung keine, sondern wir haben die Themen besprochen, die dann eben anstanden. Und an der Vielzahl⁴² der Themen der Sitzung, die Sie beschreiben - - war es gerade am Anfang so⁴³ - das habe ich auch in Erinnerung, weil ja⁴⁴ aufgrund auch der parlamentarischen Abläufe - - Also, ich entsinne mich, Herr Krischer, dass wir dort⁴⁵ eine Sondersitzung, meine ich, hätten. Ob es jetzt eine Sondersitzung war, weiß ich nicht. Aber jedenfalls gab es eine Sitzung des Verkehrsausschusses damals, aber auch viele andere Dinge⁴⁶. Diese Fragen haben wir dort miteinander erörtert.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Können Sie denn einfach mal ein paar Beispiele sagen? Worüber haben Sie mit Herrn Neumann - der Name taucht ständig auf -, Herrn Molitor gesprochen, was sind da Themen, die da abgearbeitet worden sind im Nachgang zur Kündigung? Also, wir sind ja in der Situation: Die Maut ist schon gekündigt. Was erfordert da die dauerhafte Präsenz des Staatssekretärs in einer Taskforce, dass das, was da bearbeitet wird - -

Zeuge Guido Beermann: Also, ich entsinne mich, Herr Abgeordneter, dass wir damals teilweise das auch festgehalten haben, was dort besprochen wurde. Ich weiß nicht, ob die⁴⁷ vorliegen. Die Protokolle, hätte ich jetzt gesagt, die sind damals von meiner persönlichen Referentin verfasst worden, und da standen dann auch Punkte drin, die wir miteinander erörtert haben. Also, wenn ich die jetzt hier hätte, dann könnte man das vielleicht besprechen. Aus der Erinnerung heraus kann ich sagen, dass in der Tat natürlich ein Thema war die Offenlegung der Verträge - das habe ich in Erinnerung -; das haben wir natürlich

⁴¹ Richtigstellung des Zeugen: „war“, siehe Anlage 2, S. 95

⁴² Richtigstellung des Zeugen: „angesichts“, siehe Anlage 2, S. 95

⁴³ Ergänzung des Zeugen: „dass es eine Vielzahl an Sitzungen gab, wie Sie es gerade beschrieben haben,“ siehe Anlage 2, S. 95

⁴⁴ Richtigstellung des Zeugen: „gerade“, siehe Anlage 2, S. 95

⁴⁵ Richtigstellung des Zeugen: „z. B.“, siehe Anlage 2, S. 95

⁴⁶ Richtigstellung des Zeugen: „Themen standen an“, siehe Anlage 2, S. 95

⁴⁷ Ergänzung des Zeugen: „Protokolle“, siehe Anlage 2, S. 96



Nur zur dienstlichen Verwendung

besprochen. Und es gab eine ganze Reihe von Anfragen, Kleinen Anfragen. Darüber wurde natürlich gesprochen. Wir haben auch über die Kündigungsgründe gesprochen. Insoweit ist es richtig, dass an dem 18. September⁴⁸ ich damit nicht befasst war, aber natürlich in der Folge, weil ja noch weitere Kündigungsgründe kamen, wir natürlich darüber geredet haben. Also, es waren verschiedenste Themen. Wenn man jetzt die Protokolle angucken würde, dann, glaube ich, könnte sich das aufschlüsseln, was da noch so weiter besprochen wurde.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Herzlichen Dank, Herr Beermann, das ist eine sehr interessante Information, dass es da Protokolle geben soll. Wir finden dazu keine Protokolle, zu diesen Terminen.

Zeuge Guido Beermann: Weiß ich nicht.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, aber das ist ja dann wichtig, wenn Sie sagen, es hat Protokolle gegeben, die von Ihrer Referentin verfasst worden sind zu diesen Terminen. Sie haben ja jetzt auch ein paar Beispiele gesagt, was dort besprochen wurde. Klingt plausibel. Da kommen wir der Sache ja schon näher, was da bearbeitet wurde. Aber Protokolle, jedenfalls in den Unterlagen, die wir - - Kann sein, dass wir was übersehen haben. Das will ich jetzt nicht behaupten. Aber bisher haben wir - weil ich habe mir die Termine alle einzeln angeguckt - - Protokolle finde ich dazu nicht.

Zeuge Guido Beermann: Kann ich jetzt nichts zu sagen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Frau Bethge.

MDgn Petra Bethge (BMVI): Vielen Dank. - Die vorhandenen Protokolle sind von dem Mautreferat eingereicht worden und müssten in den Unterlagen zu finden sein. Frau Hönle bemüht sich gerade, die MAT-Nummern zu finden.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können Sie uns das ja sicherlich dann zur Verfügung stellen.

Dann hätte ich eine Frage. Herr Beermann, Sie haben dann auch - - Zum Beispiel ist ja ein Telefonat mit Herrn MdB Jurk zum Thema Pkw-Maut - - Jetzt finde ich faszinierend: Was hat Herr Jurk mit der Pkw-Maut zu tun?

Zeuge Guido Beermann: An das Telefonat kann ich mich, ehrlich gesagt, nicht erinnern. Also ist auch schon mal die erste Frage, die ich mir stelle, ob ich ihn angerufen habe und mit ihm sprechen wollte oder er mit mir. Kann ich jetzt auch nichts zu sagen; da müsste ich jetzt mutmaßen. Ist auch - - Wie gesagt, ich kann Ihnen da jetzt auch nichts mehr zu sagen, worüber da gesprochen wurde.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Udo Schiefner: Nur ein Hinweis: Der Kollege Jurk ist im Haushaltsausschuss; wollte ich nur erwähnt haben.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann ja mal fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ich wollte es ja nur der Ordnung halber erwähnen für die, die den Kollegen Jurk nicht kennen.

(RA Dr. Daniel Krause: Herr Vorsitzender, wir haben nicht verstanden, was Sie gerade gesagt haben zu dem - -)

- Ich habe gesagt, er hat angesprochen das Telefonat mit einem Abgeordneten Jurk. Der Kollege Jurk ist Mitglied des Haushaltsausschusses; wollte ich nur erwähnen. Jurk, ne? Also nicht zu verwechseln mit dem anwesenden Kollegen Jung.

⁴⁸ Richtigstellung des Zeugen: „Juni“, siehe Anlage 2, S. 96



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Christian Jung (FDP):
Nicht Jung! Wir haben
noch nie telefoniert!)

Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fragerunde. - CDU/CSU-Fraktion hat keine Fragen mehr. - Herr Kollege Wiehle.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Minister Beermann, ich gehe jetzt in meinen Fragen im Zeitstrahl weiter nach vorne und komme auf einen Zeitpunkt zu sprechen, der kurz vor dem EuGH-Urteil war. Da geht es um den 12. Juni 2019, also sechs Tage vor dem Urteil. Offensichtlich war der Termin im Ministerium auf dem Radar. Da haben Sie von Herrn Görrißen eine Mail erhalten mit der Bitte, eine Sprachregelung für den Tag der Urteilsverkündung des Gerichtshofs zu erstellen, also natürlich - notgedrungen - Plan A: Urteil positiv, Plan B: Urteil negativ. Ich habe eine MAT-Nummer dafür: MAT A BMVI-5/8, Blatt 1. Da möchte ich fragen: Auf welches Szenario waren Sie eingestellt? Ich weiß jetzt nicht, ob Sie das selber gemacht haben oder delegiert haben, diese Aufgabe. Aber auf welches Szenario waren Sie eingestellt: dass das Urteil zugunsten der deutschen Infrastrukturabgabe ausfällt oder dagegen?

Zeuge Guido Beermann: Könnte ich das sehen?

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja. Bitte.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Sie hatten ja vorhin schon, glaube ich, irgendwo eine E-Mail gezeigt, wo dann ja auch die Sprachregelung dabei war. In der Regel ist es so, dass, wenn eine solche Bitte kommt, ich die natürlich dann, wie Sie schon gesagt haben, delegiere und darum bitte, das zu erstellen, weil dafür gibt es ja dann auch am Ende eine Fachabteilung, die dann auch zusammen mit der Presseabteilung das machen. Das ist auch offensichtlich erfolgt, wenn ich das richtig sehe, dass dort dann eine solche Sprachregelung erteilt oder gemacht wurde zur Vorbereitung. Das ist auch, sage ich mal, allgemein jetzt

nichts Verblüffendes, sondern dass man sich darauf einstellt, glaube ich, ist nachvollziehbar.

Sie hatten mich gefragt, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, nach meiner eigenen Einstellung. Ich habe nicht damit gerechnet - wenn die Frage darauf abzielt -, dass das Urteil so ausfällt, und, ja, dementsprechend war natürlich auch meine Einstellung.

Wolfgang Wiehle (AfD): Können Sie uns eine Einschätzung so für die Wahrscheinlichkeit geben, die Sie erwartet haben - also: das Urteil geht zu 90 Prozent zugunsten Deutschlands aus oder zu 80 oder zu 70 -, haben Sie da ein Gefühl dafür? Wie war Ihre Einschätzung?

Zeuge Guido Beermann: Das waren nicht Überlegungen, die ich angestellt habe in der Form, dass ich nun mir innerlich irgendwo Quoten überlegt habe, wie sehr ich damit rechne, sondern ich habe damit gerechnet, dass das Ganze Bestand haben wird. Und so, wie ich es einleitend auch gesagt habe, dementsprechend war ich natürlich auch überrascht, als das Urteil gekommen ist.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke schön. - Gehen wir einen Monat weiter. Es gibt eine Mail vom 21. Juli 19, in der Ihnen Herr Görrißen mitteilt, dass der Minister, also Herr Scheuer, sehr ungehalten sei über die restriktive Vorgehensweise im Haus bezüglich bestimmter Offenlegungen. Da habe ich auch eine MAT-Nummer: MAT A BMVI 5/8, Seite 132. Ich muss leider feststellen, dass ich das nicht als Ausdruck finden kann. Jetzt ist die Frage, ob wir das irgendwie elektronisch verfügbar machen können.

Vorsitzender Udo Schiefner: Geht nicht, da wir ja die Videoüberwachung haben.

(Heiterkeit)

- Nicht Videoüberwachung, sorry, Videoübertragung haben; sorry, sorry, sorry! - Könnten wir höchstens mit dem Laptop jetzt hier vom - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich kann natürlich den Laptop umstecken.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Moment, der Herr Bohm hat, glaube ich - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Wolfgang Wiehle (AfD): Herzlichen Dank für die Unterstützung! - Es fängt also auf dem Blatt 132 unten an.

Zeuge Guido Beermann: Vielen Dank, ich habe es gelesen.

(Schluss der stenografischen Protokollierung:
18.30 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Guido Beermann ohne stenographische Protokollierung:
18.29 Uhr)

Wolfgang Wiehle (AfD): Herzlichen Dank für die Unterstützung. Es fängt also auf dieser, auf dem Blatt 132 unten an.

Zeuge Guido Beermann: Ja, vielen Dank, ich habe es gelesen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Sie haben es wahrgenommen?

Zeuge Guido Beermann: Ja, ich habe es wahrgenommen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Dankeschön. Dann darf ich jetzt zu meinen Fragen kommen. Ist das richtig, dass damit Ihr Vorgehen gemeint war hinsichtlich der Aktenfreigabe für den Verkehrsausschuss, der ja nach dem Urteil des EuGH sich dann intensiv mit der Pkw-Maut beschäftigt hat?

Zeuge Guido Beermann: Also, ich kann mich erinnern, dass wir damals das Thema hatten, was veröffentlicht werden kann. Und das Problem war, dass natürlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dort im Raume standen. Und ich habe natürlich auch noch vor Augen, dass es damals ein sehr komplexes Vertragswesen gab, wo das eine Frage war, was dort letztlich veröffentlicht werden kann und was nicht. Was jetzt der konkrete Hintergrund hier ist, kann ich aus der Lamäng so nicht beantworten. In der Regel aber, wenn so ein Auftrag kommt, dann wird der natürlich weitergegeben ins Haus, dass man dann genau diesen Auftrag und die Bitte, die dahinter steht, dass die natürlich umgesetzt wird. Aber ich habe jetzt nicht vor Augen – das ist Ihre Frage ja – warum jetzt der Minister ungehalten war und was er mit „unsere restriktive Vorgehensweise“⁴⁹ - - wen er damit adressiert.

Wolfgang Wiehle (AfD): Sie haben ja schon juristische Gründe genannt, also, dass es um zum Beispiel Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gegangen wäre. Gab es denn über diese juristischen Überlegungen hinaus noch andere Gründe für zurückhaltende Herausgabe von Unterlagen, also beispielsweise politische?

Zeuge Guido Beermann: Ach so. Nein. Also, soweit ich mich erinnere, war unsere Haltung, dass wir so viel wie möglich transparent machen wollten und das haben wir auch – natürlich im Rahmen dessen, was uns möglich war – getan. Ich entsinne mich, dass es – ich weiß nicht mehr, wie genau die Abläufe waren – dass es dort am Anfang irgendwann mal eine Frage gab, was tatsächlich – letztlich, weil es Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse waren – dann in die Geschäftsstelle, in die Geheimschutzstelle rein musste. Es hat sich auch dann geändert, weil dann der Vertragspartner, die Auftragnehmer dann – glaube ich – auch eingewilligt haben – wenn ich das richtig in Erinnerung habe –, dass man so gewisse Dinge⁵⁰ offenlegen kann. Aber unsere Strategie oder unser Bestreben – so will ich das sagen – war, so viel Transparenz und so viel offenzulegen, wie möglich.

Wolfgang Wiehle (AfD): Na, wenn Sie sagen, Ihr Bestreben war, so viel wie möglich offenzulegen, wie kann es dann sein, dass der Minister zu der Überzeugung kommt, dass das jetzt restriktiv war?

Zeuge Guido Beermann: Heute kann ich Ihnen das leider nicht beantworten, in welchem Kontext das zu sehen ist und wie das zu werten ist, dass hier eine solche Aussage steht. Aber die Zielweise war so, wie ich sie beschrieben habe. Und es kann durchaus sein, dass er dort an der Stelle einfach wollte, dass wir genau diese Strategie auch weiter intensiv umsetzen. Also, ich kann mich jedenfalls nicht entsinnen, dass irgendjemand gegen diese Strategie gearbeitet hätte.

⁴⁹ Ergänzung des Zeugen: „meinte“, siehe Anlage 2, S. 99

⁵⁰ Richtigstellung des Zeugen: „Vorgänge“, siehe Anlage 2, S. 99



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, darf ich noch eine Frage in dem Zusammenhang stellen?

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, bitte.

Wolfgang Wiehle (AfD): Dann würde ich in der nächsten Runde mit dem anderen Thema weitermachen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Okay.

Wolfgang Wiehle (AfD): Es geht da auch um Protokolle zum Risikomanagement – das ist auf der zweiten Seite oben. Und, waren Sie denn selber in das Risikomanagement involviert? Hatten Sie da irgendwie zu tun mit Workshops oder jedenfalls Ergebnissen von Workshops, Listen, die Ihnen vorgelegt wurden?

Zeuge Guido Beermann: Also, Risikolisten - - Also, es gab Listen. Daran entsinne ich mich oder meine ich mich zu entsinnen. Und nach meiner Erinnerung sind die auch durchaus bei mir im Büro durchgelaufen, ja.

Wolfgang Wiehle (AfD): Und haben Sie da bezüglich des EuGH-Urteils Aussagen wahrgenommen?

Zeuge Guido Beermann: Es geht ja um das Risikomanagement vor dem Urteil, wenn ich es richtig sehe - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja.

Zeuge Guido Beermann: - - und die Betrachtung der Fortgänge. Und ich weiß es nicht mehr genau, wie jetzt dort die Farbgestaltung war. Aber – also, ich habe es heute einfach nicht klar vor Augen –, aber wenn das bei mir durchgelaufen ist, habe ich es auch natürlich zur Kenntnis genommen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Aber Angaben, können Sie sich noch an Angaben erinnern?

Zeuge Guido Beermann: Müsste man sich jetzt anschauen, also - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Okay, Dankeschön.

Vorsitzender Udo Schiefner: So, jetzt hat die Frau Lühmann das Wort.

Kirsten Lühmann (SPD): Herr Beermann, ich habe nur noch eine Frage. Sie haben gesagt, an diesem 18. 6., als wir in Potsdam waren, da haben Sie telefoniert – und ich zitiere Sie –: Wir haben entschieden, ich muss nicht kommen – das ist jetzt kein Zitat mehr. Wer ist „wir“?

Zeuge Guido Beermann: Ich hatte mit Herrn Güntner gesprochen und natürlich haben wir darüber geredet, nachdem er gesagt hatte, und soweit ich mich entsinne – ich habe den Wortlaut nicht mehr im Sinn – sehen Sie, auf der einen Seite versuche ich dann, die Dinge darzustellen und dann ist es immer schwierig, wenn man dann gewisse Formulierungen wählt. Aber es war jedenfalls so, dass ich nicht zurückkommen musste ins Ministerium, weil – wie gesagt – wichtige Dinge ja auch anstanden bei uns in der Aufsichtsratssitzung und die Dinge von Herrn Güntner dort – so wie ich beschrieben habe – dann in die Wege geleitet wurden.

Kirsten Lühmann (SPD): War der Minister in diese Entscheidung, dass Sie zu dem Zeitpunkt nicht zurückkommen, eingebunden?

Zeuge Guido Beermann: Das kann ich – ehrlich gesagt – nicht sagen. Also, wir haben miteinander gesprochen, ich hatte aber – nach meiner Erinnerung – an dem Tag mit dem Minister selber nicht gesprochen.

Kirsten Lühmann (SPD): Entschuldigung, ich konnte es nicht hören.

Zeuge Guido Beermann: Ach so, ich hatte mit Herrn Güntner Kontakt, aber ich habe – nach meiner Erinnerung – an dem Tag keinen Kontakt mit dem Minister gehabt telefonisch.

Kirsten Lühmann (SPD): Jaja, bis Sie dann abends dahin kamen – ist mir schon klar. Ich stell' es mir gerade vor: Sie sind der beamtete Staatssekretär, der für diesen Bereich zuständig ist, Herr Güntner ist es nicht. Es ist jetzt etwas eingetreten, von dem keiner glaubte, dass es je eintreten wird.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Beermann: Mhm.

Kirsten Lühmann (SPD): Darum hat man sich früher auch keine Gedanken darüber gemacht. Wir haben ja auch mal gefragt – ich habe auch versucht, Sie zu fragen –: wie hat man sich vorbereitet? – die Frage habe ich nicht gestellt. Hat man geguckt, was das für finanzielle Folgen haben könnte? – hat keiner gemacht. Das heißt, jetzt ist dieses Szenario, auf das sich keiner vorbereitet hatte, das keiner für möglich hielt, ist eingetreten. Und der beamtete Staatssekretär, der dafür zuständig ist, wird nicht sofort ins Ministerium gerufen. Alle anderen ja: Herr Güntner, Molitor, wer auch immer da alles mit dabei war, Sie nicht. Ich finde es - - also, erklären Sie es mir, dass der Minister da nicht involviert war. Also, wenn ich Ministerin wäre und Sie wären mein Staatssekretär für dieses Thema und wir haben so eine Situation, ich hätte Sie gerne an meiner Seite oder, wenn Sie dann nicht erscheinen, würde ich das zumindest entscheiden wollen.

Zeuge Guido Beermann: Also, zu Ihrer Bewertung kann ich schlecht was sagen, Frau Lühmann, da bitte ich um Nachsicht. Wir haben die Entscheidung so getroffen. Ich denke auch – will ich dazu sagen –, ich finde es jetzt auch nicht so überraschend. Es musste ja niemand dazu gerufen werden. Herr Güntner war ja vor Ort und auch die Mitarbeiter waren vor Ort. Und insoweit ist ja mit dem Thema umgegangen worden.⁵¹ War eine Abwägung, die wir getroffen haben und die so getroffen wurde, wie ich sie beschrieben habe.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dankeschön. Dann hat der Kollege Jung das Wort.

Dr. Christian Jung (FDP): Herr Minister Beermann, ich bin – das habe ich ja vorhin schon gesagt – sehr erstaunt und auch irritiert über Ihre Antworten oder auch über das, was Sie nicht sagen konnten. Wir hatten Sie bewusst geladen, nicht den Herrn Dr. Güntner, weil wir davon ausgehen, dass derjenige, der als Staatssekretär dafür zuständig ist, uns auch umfassend Auskunft geben kann. Ich bedaure das sehr und werde Ihnen keine weiteren Fragen mehr stellen, weil

ich davon ausgehe, dass Sie sie – aus welchen Gründen auch immer, entweder aus Selbstschutz oder, weil Sie nicht andere belasten wollen – heute nicht beantworten können. Also, ich bedaure das wirklich sehr, ich bin sehr irritiert und muss auch offen sagen, dass ich dieses Auftreten von Ihnen für einen amtierenden Landesminister eines großen Bundeslandes für höchst problematisch halte. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke. Dann hat der Herr Kollege Cezanne das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Dankeschön, Herr Vorsitzender. Herr Beermann, ich mache mal noch ein bisschen da weiter, wo wir vorhin waren. Ein anderer Versuch: Sie selber haben von einer vagen Erinnerung an eine Lenkungsausschusssitzung gesprochen. Am 4. 6. steht ein solcher Termin bei Ihnen im Kalender. Wie vage ist die Erinnerung denn?

Zeuge Guido Beermann: Also, ich weiß, dass sie stattgefunden hat. Danke, dass Sie das Datum nennen, das hätte ich jetzt nicht mehr hinkommen. Und ich weiß, dass wir dort zusammensaßen mit dem Präsidenten des KBAs und mit den Fachbeamten und dort – glaube ich – über den Fortschritt und den aktuellen Sachstand natürlich gesprochen wurde. Ich habe keine Erinnerungen über Wortwechsel und was im Detail dort besprochen wurde, da müsste man wahrscheinlich auch - - Ich gucke mal, ob es eine Tagesordnung oder etwas ähnliches gab und dann könnte es sein, dass man da sich dem Thema dann nähern kann. Aber Stand heute, wenn ich hier sitze, kann ich dazu ziemlich wenig sagen.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Und das von Frau Lühmann schon angesprochene Thema Feinplanungsdokumentation, lässt das irgendwas klingeln?

Zeuge Guido Beermann: Also, das Thema Feinplanungsdokumentation: Schauen Sie, das ist so mit Erinnerungen. Ich weiß nicht, ob das da war oder ob das in einem anderen Zusammenhang war. Aber ich meine, mich zu erinnern, dass der

⁵¹ Ergänzung des Zeugen: „Es“, siehe Anlage 2, S. 101



Nur zur dienstlichen Verwendung

Präsident, Herr Zinke, irgendwo mal gesagt hat – aber es kann sein, dass das in der Sitzung war – dass seitens des KBAs da sehr viel Unterstützungsleistung gemacht⁵² wurde und – ich kriege es jetzt im Wortlaut nicht hin – es ging irgendwie so in die Richtung: Eigentlich hätte man sich das – So ein Satz in die Richtung, wo er sagte: Eigentlich hätte man sich das bezahlen lassen müssen. Ob das jetzt in der Sitzung war? Wahrscheinlich, weil – ich überlege, wo wir uns sonst vielleicht getroffen haben könnten, um solche Dinge zu besprechen – das macht dann natürlich Sinn.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Und wenn ich da nochmal ansetzte: Wann ist Ihnen denn – Also, wann ist – Wann sind Sie darauf gestoßen, dass die Mängel mit dieser Feinplanungsdokumentation so gravierend sind, dass sie eine Kündigung wegen Schlechtleistung rechtfertigen würden?

Zeuge Guido Beermann: Ich war ja an dem 18. nicht dabei. Aber natürlich habe ich dann in der Nachfolge auch die Kündigungsgründe natürlich gesehen. Und wir haben natürlich auch darüber gesprochen. Es hat ja auch noch weitere gegeben, die dann gefolgt sind. Und dort habe ich natürlich gesehen, dass ein Kündigungsgrund war, dass aufgrund der Nichterfüllung in Sachen Feinplanungsdokumentation dieser Grund gezogen wurde und dass die wesentliche rechtliche Wertung natürlich die war, dass man gesagt hat: Aufgrund des Urteils hat sich die Situation, hat sich der Sachstand komplett geändert. Die Feinplanungsdokumentation – aber, ich denke, das wird Ihnen alles bekannt sein – sollte vertragsgemäß zum 1. 4. vorliegen. Das war nicht der Fall. Und – ich sage es mal so – nach dem Urteil war damit das Thema natürlich – wie formuliere ich das – wertlos geworden und deswegen ist dieser Kündigungsgrund geltend gemacht worden.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Das heißt aber, der kritische Zustand der Feinplanungsdokumentation ist Ihnen erst am 18. 6. durch Herrn Neumann – oder wie? – bewusst geworden?

Zeuge Guido Beermann: Das habe ich gerade anders dargestellt. Ich habe ja gesagt, dass ich, dass wir darüber gesprochen haben und es ist schwierig. – Ich habe die Unterlagen nicht da, ich würde sowas immer gerne nachgucken, dass ich da hundertprozentig sicher bin. – Aber wie tief man da eingestiegen ist – Und ich habe das vorhin auch geschildert: Es ist jetzt nicht so, dass ich mich jeden Tag mit der Maut beschäftigt habe – also, das bitte ich einfach zu verstehen –, sondern, dass ich eine Reihe von vielen Themen habe, die mich massiv gebunden haben. Aber dass es dort bei dem Thema Probleme gab, das war vorher schon angesprochen worden.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Dann setzte ich nochmal an Ihrer Tätigkeit als Leiter dieser Task Force an: Sie haben ja jetzt schon mit dem Herrn Kriecher ein paar Sachen ausgetragen. Auch wir haben uns mal die Termine angesehen. Aber als Leiter sind Sie doch derjenige gewesen, der die Themen vorgegeben hat oder die Tagesordnung gesetzt hat oder bestimmt hat, wer zu welchen Tagesordnungspunkten dazukommen muss. Wie ist denn das vor sich gegangen? Haben Sie sicher jetzt auch nicht alles alleine gemacht, haben ja auch eine Abteilung dafür. Aber können Sie das nochmal ein bisschen darstellen, wie diese Arbeitsplanung für die Task Force zustande kam?

Zeuge Guido Beermann: Also, das war eher ein fließender Prozess – so muss man sich das vorstellen. Es gab natürlich eine Reihe von Themen, die auch einfach anstanden, weil [unverständlich] einfach⁵³ verschiedene Termine im Parlament anstanden und die waren natürlich dann auch bestimmend, um sich damit zu befassen. Und es ist jetzt nicht so, dass ich da saß und mir überlegt habe: So, was müssen wir jetzt heute besprechen? sondern – wie das dann in einem solchen fließenden Prozess ist – gibt es dann eben Themen, die da sind und die man dann miteinander erörtern muss, die auf dem Tisch liegen – so will ich das mal formulieren.

⁵² Richtigstellung des Zeugen: „erbracht“, siehe Anlage 2, S. 101

⁵³ Richtigstellung des Zeugen: „zum Beispiel“, siehe Anlage 2, S. 102



Nur zur dienstlichen Verwendung

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Nun gibt es zum Beispiel am 16. 7. 2019 eine Vorlage von Herrn Stadler, die Sie erreicht über Zielke, Molitor und Görissen, über die Geltendmachung von Vertragsstrafen über die Kündigung hinaus. Das ist MAT A BMVI-5/1_b, Blatt 43 ff. Wir können es Ihnen hoffentlich auch geben, Augenblick. Sie können gerne reingucken. Aber ich sage mal, worauf meine Frage hinausläuft: Da werden jetzt nach den Kündigungen wegen der ordnungspolitischen Gründe und wegen der Schlechtleistung nochmal eine weitere Kündigung, werden Vertragsstrafen eingefordert über die Kündigungsgründe hinaus. Und das ist ja nun tatsächlich – sagen wir mal – noch eine weitere Eskalation des Streits mit den Betreibern. Wie kam das zustande und wie haben Sie das damals bewertet?

Zeuge Guido Beermann: Ja, also die Vorlage ist eindeutig bei mir gewesen, sehe ich, habe ich auch gezeichnet. Und in der Tat ist über die Frage der Geltendmachung der Vertragsstrafen gesprochen worden und es ist auch abgewogen worden, es ist auch diskutiert worden und dann ist auch am Ende entschieden worden, dass – so habe ich es jedenfalls in Erinnerung – dass die dann auch geltend gemacht worden sind. Das ist das, was ich dazu in Erinnerung habe. Also, die Voraussetzungen lagen offensichtlich da, die rechtlichen Voraussetzungen, jedenfalls nach unserer rechtlichen Einschätzung, nach rechtlichen Beratungen. Und dann ist das geltend gemacht worden.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Wenn der Vorsitzende mich nicht bremst, stelle ich meine Anschlussfrage direkt noch: Hat es dann mal irgendwie in diesen Überlegungen eine Rolle gespielt, dass eine weitere Zuspitzung die Auseinandersetzung mit den Betreibern dieses Schlichtungsverfahrens ja auch nicht gerade einfacher macht?

Zeuge Guido Beermann: Das Schlichtungsverfahren - -

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Muss man es ja nicht immer einklagen wollen.

Zeuge Guido Beermann: Also, das Schlichtungsverfahren war zu dem Zeitpunkt, als ich noch die Verantwortung hatte, noch nicht eröffnet. Es gab da kein Schlichtungsverfahren in dem Augenblick. Also, insoweit haben wir, glaube ich - - Das ist dann immer die - - Es geht⁵⁴ dann nur darum, die Rechte und die Möglichkeiten, die Ansprüche, die man hat, auch geltend zu machen. Wie man dann nachher aber - - Wie die Dinge sich⁵⁵ weiterentwickeln⁵⁶, dazu kann ich dann im Weiteren Fortlauf, weil ich damit nicht weiter befasst war, an dieser Stelle wenig sagen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann kommen wir zum Kollegen Krischer, bitte.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Minister Beermann, ich würde nochmal da nachfragen, wo der Kollege Cezanne eben gefragt hat. Sie haben gesagt, das Thema Feinplanungsdokumentation könnte eventuell von Herrn Zinke Ihnen gegenüber angesprochen worden sein im Sinne, dass er gesagt hätte, man müsse sich das bezahlen lassen. Danach hat er aber nochmal nachgefragt, dann haben Sie gesagt, ja, Sie hätten doch von massiven Problemen gehört, haben Sie gesagt. Mich würde jetzt interessieren: War das Herr Zinke? – Das massive Problem – Oder gab es irgendwo woanders noch Informationen her? Oder ist es am Ende so, dass Sie sich zu diesem Thema Feinplanungsdokumentation dann auch nicht vor dem 18. Juni erinnern können?

Zeuge Guido Beermann: Also, Herr Abgeordneter, sehen Sie es mir nach, ich habe jetzt nicht vor Augen, ob ich wirklich von massiven Problemen gesprochen habe. Aber ich - - Wenn über diese Dinge gesprochen wurde, dann ist es ja so, dass dann anschließend, nicht anschließend, sondern, dass damit ja umgegangen wird. Also, sonst wäre es ja nicht angesprochen worden in diesem Lenkungskreis. Das heißt, es gibt ja dort einen Prozess, der vom KBA gestaltet wird, der auch

⁵⁴ Richtigstellung des Zeugen: „ging“, siehe Anlage 2, S. 103

⁵⁵ Ergänzung des Zeugen: „dann“, siehe Anlage 2, S. 103

⁵⁶ Richtigstellung des Zeugen: „weiterentwickelten“, siehe Anlage 2, S. 103



Nur zur dienstlichen Verwendung

vom Ministerium mit begleitet wird, wo die Dinge auch weiter verfolgt werden. Das ist dann aber auch nicht so, dass ich mich jetzt da ständig jeden Tag dann – wenn das Ihre Frage war – um diese Dinge kümmere, sondern dafür hat man ja ein Haus und bei der Vielzahl der ganzen Themen – ich kann das nur wiederholen –, die ich habe⁵⁷, ist es auch notwendig, dass man dort arbeitsteilig die Dinge weiterverfolgt.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wenn man - - Natürlich, dass eine Feinplanungsdokumentation jetzt keine Aufgabe des Staatssekretärs ist, ist mir auch klar. Die Frage ist doch nur, wenn das ein so relevantes Problem ist, dass dadurch das – ich nenne es mal so – Prestigeprojekt der das Verkehrsministerium regierenden Partei und der Bundesregierung insgesamt zu gefährden droht, dann ist das doch eine Frage, die den Staatssekretär beschäftigen muss, – das ist mein Punkt – der dann sich damit auseinandersetzen muss, welche Relevanz das hat, muss ich mich da kümmern oder nicht. Ich verstehe Sie jetzt so: Es gab da zwar Signale, aber – und es gab offensichtlich auch irgendwie Schwierigkeiten –, aber das war jetzt nicht etwas, was Ihnen den Schlaf geraubt hat.

Zeuge Guido Beermann: Also, die Wertung kann ich so schlecht kommentieren. Ich kann ja nur schildern, dass das angesprochen wurde und dass es dann im Haus auch weiterverfolgt wurde und dass natürlich auch an dem Thema weitergearbeitet wurde. Ich habe auch nicht davon gesprochen, ob nun das damit gefährdet wurde. Es ist einfach so, dass – ich glaube, das ist schon wichtig – dass mit dem Urteil sich die Situation komplett geändert hat und dass mit dieser Situation sich natürlich auch der Blick auf die Frage der Feinplanung, die zum 1. 4. hätte vorliegen müssen und eben nicht vorlag und damit eben eine Nichterfüllung dieser Leistungspflicht bestand, dass das ein Grund war, der dann gezogen wurde für die Kündigung. Und ich glaube, das ist schon etwas, das man dann unterscheiden muss, dass man ansonsten geguckt hat, dass man mit den Dingen weiter daran arbeitet, dass die Maut

ein Erfolg wird. Also, bevor das Urteil da war, das ist ja völlig klar. Nur, mit dem Urteil hat sich die Situation eigentlich komplett geändert und deswegen ist diese Kündigung ausgesprochen worden. Und dass es hier um einen wichtigen Punkt geht und dass diese Nichtleistung von Bedeutung ist, zeigt sich ja schon daran, dass das eben auch ein Punkt ist, der – unter den, ich weiß nicht mal⁵⁸, wie viele es sind, Punkten, die im Vertrag geregelt sind –, zu einer solchen Kündigung berechtigt.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, aber das war ja dann alles nicht so wichtig, dass Sie am 18. die Aufsichtsratsitzung oder die Klausur der Bahn verlassen hätten, um diese Grundsatzentscheidung dann zu beeinflussen, aber gut. Ich würde dann mal zum Zeitpunkt nach dem Urteil springen: Am 10. 9. haben Sie ein Gespräch mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten zum Thema Maut geführt. Können Sie mir da erläutern, worum es da ging, worüber Sie mit dem Präsidenten gesprochen haben?

Zeuge Guido Beermann: Ich habe nicht in Erinnerung, dass ich mit dem Präsidenten des Bundesrechnungshofs zur Maut ein Thema hatte.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, sagt ihr Kalender.

Zeuge Guido Beermann: Kann ich den bitte sehen?

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir den?

Zeuge Guido Beermann: Also, wenn ich das hier sehe - -

Vorsitzender Udo Schiefner: Können wir die MAT-Nummer ganz kurz bitte haben?

Zeuge Guido Beermann: Ach so, wenn ich das vortragen darf: MAT A BMVI-5/12, Blatt 29.

⁵⁷ Richtigstellung des Zeugen: „bei mir lagen“, siehe Anlage 2, S. 103

⁵⁸ Richtigstellung des Zeugen: „jetzt nicht“, siehe Anlage 2, S. 104



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Dankeschön.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Genau.

Zeuge Guido Beermann: So, das ist eine E-Mail von ⁵⁹ Scheuer an ⁶⁰ Görrissen. Am 3. schrieb ⁶¹ Görrissen: „Lieber Andy“ – also, es ist jetzt kein Auszug aus meinem Terminkalender –

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Nee nee, das ist eine Mail dafür, aber wo auf den Termin, den Sie führen, hingewiesen wird.

Zeuge Guido Beermann: „Hinweis Sts“ – und dann steht dort der Hinweis, dass die beiden Staatssekretäre Beermann und Güntner am 10. 9. das vereinbarte Gespräch mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten führen. Von Maut ist da allerdings nicht die Rede.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Gut, aber es ist in unseren Unterlagen und vom Ministerium explizit unter Thema Maut zur Verfügung gestellt, also insofern - -

Zeuge Guido Beermann: Aber, Herr Abgeordneter, sehen Sie es mir nach, also, das kann ich jetzt schlecht sagen, warum das in den Unterlagen drin ist. Aber nach meiner Erinnerung haben wir bei dem Thema, haben wir bei dem Gespräch - - Es hat ein Gespräch gegeben mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten, aber da ging es nicht um das Thema Maut.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Okay, aber Sie haben also mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten nicht zum Thema Maut gesprochen?

Zeuge Guido Beermann: Nein, nach meiner Erinnerung nicht.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Okay, dann hat aber am 30. 10., also ein paar Wochen später, auf Einladung des Ministers ein Ge-

spräch zum Bundesrechnungshofbericht stattgefunden, an dem Sie teilgenommen haben. Können Sie sich an dieses Gespräch erinnern?

Zeuge Guido Beermann: Das hatten wir ja vorhin schon mal. Also, ich habe zwar gesehen, dass da die Einladung war. Ich weiß aber nicht, ob ich teilgenommen habe. Das kann ich nicht sagen.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Hat Sie denn das ganze Thema Bundesrechnungshof irgendwie beschäftigt? Bundesrechnungshofbericht?

Zeuge Guido Beermann: Ja, ich weiß, dass es das Thema gab. Das war – das weiß ich noch – am Ende, bevor ich ja dann nach Brandenburg gegangen bin. Und das war - - Ich weiß gar nicht, ob der Bundesrechnungshofbericht zu dem Zeitpunkt schon überhaupt fertig war und zugestellt worden ist. An den Bundestag – glaube ich – ging das damals. Ich habe ihn nämlich nicht als Endprodukt vor Augen. Aber ich weiß, dass wir damals eine Stellungnahme gemacht haben und ich kann mich entsinnen, dass in der Abteilung – na, wie sage ich das – schon eine gewisse Irritation da war, was die Wahrnehmung und Aufnahme der Fakten und Informationen, die bei uns aus dem Haus gekommen sind, beim Bundesrechnungshof war. Aber ich müsste jetzt nachgucken. Also, es war wirklich – glaube ich – so in der Übergangszeit, als ich damals dann gewechselt bin. Wann der Bundesrechnungshofbericht jetzt dann genau gekommen ist, kann ich jetzt hier nicht beantworten.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Okay, meine Zeit - -

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, dann kommen wir zur CDU/CSU-Fraktion, keine Fragen. Herr Wiehle.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke für das Wort, Herr Vorsitzender. Herr Minister Beermann, ich möchte Sie noch gerne nach etwas fragen, was sich im Oktober 2019 zugetragen hat. Da geht es

⁵⁹ Ergänzung des Zeugen: „Herrn“, siehe Anlage 2, S. 104

⁶⁰ Ergänzung des Zeugen: „Herrn“, siehe Anlage 2, S. 104

⁶¹ Ergänzung des Zeugen: „Herr“, siehe Anlage 2, S. 104



Nur zur dienstlichen Verwendung

am Ende um eine Innenvereinbarung zwischen der Toll Collect und der Bundesrepublik Deutschland. Und da möchte ich Sie zunächst fragen, ob Sie diese Innenvereinbarung jedenfalls grob kennen oder wissen worum es bei der geht. Also, die ist von früher. Im Oktober 2019 wurde dann aber von der Presse nach dieser Innenvereinbarung gefragt. Aber die Innenvereinbarung selber ist von früher. Ich schaue mal, ob ich da ein Datum finde, hier: 14. Mai 2019. Ich habe auch eine MAT-Nummer dazu, MAT A BMVI-6/17-p, Blatt 48 fortfolgende.

Zeuge Guido Beermann: Wenn ich das sehen könnte, wäre ich sehr dankbar.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, gerne.

(Zeugen werden Unterlagen
übergeben, in denen er
liest)

Wolfgang Wiehle (AfD): Darf ich freundlich bitten, mal die Uhr anzuhalten. Alles gut.

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, ist das richtig, dass das die Vereinbarung ist, nur um das klar zu stellen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Also, da steht ja drüber „finaler Entwurf“, wenn ich das jetzt richtig sehe.

Zeuge Guido Beermann: Aber jedenfalls der Entwurf für die Vereinbarung, die Sie jetzt ansprechen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, richtig.

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe das Papier nicht in Erinnerung.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich ziehe mal den Blickwinkel noch mal ein bisschen größer. Erst mal danke für Ihre Antwort zu der Sache. Am 17. Oktober 2019 haben Sie eine E-Mail erhalten von Herrn Winderlich, in der Sie gebeten wurden, einen Antwortentwurf für eine Presseanfrage zu unterzeichnen. Die Presseanfrage war von dem ARD-Magazin Report Mainz. Auch dazu gibt es hier eine MAT-Nummer: MAT A BMVI-5/1_b-4

und dort dann Blatt 182. Das haben wir hier auch auf Papier, wenn Sie das brauchen. Und da gibt es einen Antwortentwurf und dann die schließlich veröffentlichte Richtigstellung, die man auch im Internet nachlesen kann. Lesen Sie erst mal, Entschuldigung, ich bin vielleicht zu schnell.

(Zeugen wurden Unterla-
gen übergeben, in denen er
liest)

Zeuge Guido Beermann: Also, das scheint ein Auszug aus irgendwie einem längeren Ausdruck zu sein, weil unten die Ziffer drei steht. Und wenn ich oben das Zeichen sehe von Referat StV 20 an Sts-Be, dann ist das – glaube ich – einfach über den Dienstweg über mich geleitet worden.

Wolfgang Wiehle (AfD): Es ist über Sie geleitet worden und - - Aber es ist nicht von Ihnen. Also, es ist jetzt auch nicht meine Erwartung, dass es von Ihnen persönlich stammt.

Zeuge Guido Beermann: Nein, aber nur ich - - Ich versuche das. Ich muss einfach gucken. Ich versuche gerade zu verstehen, was das für ein Vorgang ist. Und ich vermute, dass das ein Vorgang ist, der dann wahrscheinlich an die Pressestelle gegangen ist. Sie sagen ja, es geht hier um Report Mainz und eine Presseanfrage, die dort war, und die kam aus der Abteilung und ist dann ganz normal – man könnte fast sagen – den Dienstweg über mich dann in die Presseabteilung wahrscheinlich gegangen – nur zu erläutern, was das für ein Vorgang ist.

Wolfgang Wiehle (AfD): Also, ich kann - -

Zeuge Guido Beermann: Ich habe die anderen Seiten jetzt nicht dabei, also deswegen - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich kann dazu auch noch mehr sagen. Also, es gibt da noch – ich habe es jetzt leider nicht als kompletten Ausdruck hier – also das ganze Paket. Ich habe auch noch eine Seite hier, die dann auch wichtig wird: das Blatt 175 von dem gleichen Dokument. Ich erklär' zunächst einmal, worum es geht. Aber Sie können



Nur zur dienstlichen Verwendung

das auch haben dann. Und zwar geht es in diesem Antwortentwurf dann eben auch um eine Richtigstellung zu einem Thema – das ist auch im Internet abrufbar. Und das geht eben auch um die Frage, ob die Vergütung des Betreibers autoTicket an den Unterauftragnehmer Toll Collect marktüblich sei oder nicht. Also Toll Collect hat ja autoTicket helfen sollen - -

(Zeuge liest in den übergebenen Unterlagen)

Zeuge Guido Beermann: Also, nur zur Erläuterung für die anderen, weil ich habe jetzt das Papier von Ihnen bekommen, was Ihre Arbeitsunterlage ist, und da steht eben drunter „Widerspruch zu den Vereinbarungen“.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, das ist eine handschriftliche Notiz. Darauf möchte ich dann jetzt auch hinaus, weil es darum geht, einfach aufzuklären, was geschehen ist. Und die Toll Collect sollte die autoTicket dabei unterstützen, so Terminals bereit zu stellen. Und umstritten ist jetzt, ob die vereinbarte Vergütung, die autoTicket – das ist ein anderer Vertrag als die Innenvereinbarung –, die autoTicket an Toll Collect für diese Leistung zahlt, zahlen sollte, nun marktüblich sei oder nicht. Und dieser Antwortentwurf, den Sie jetzt vor sich liegen haben, der insinuiert, dass der Preis durchaus marktüblich sei. Und in der Innenvereinbarung – das ist das, was Sie auf Seite drei unten auch mit Markierstift quasi markiert sehen – da steht es aber:

Toll Collect erhält von der autoTicket für die Ertüchtigungsleistung wie in Ziffer 1.1.1a (19:06:23) definiert und für die TC Erhebungsleistung keinen einen Drittvergleich entsprechende (marktübliche) und mit ihren potentiellen Haftungsrisiken korrespondierende Vergütung.

Und das ist aus meiner Sicht schon eine knifflige Situation, wenn es mehr oder weniger vertragliche Unterlage gibt, in der das mal festgehalten

wurde, dass das nicht so ist mit der Marktüblichkeit, und dann an die Presse dann aber eine andere Auskunft geht. Und das ist jetzt auch dann meine erste Frage: Haben Sie das denn irgendwie geprüft oder anders gesehen, selbst wenn Sie es nicht selbst persönlich prüfen konnten? Wie ist das Verfahren im BMVI jedenfalls gewesen, um die Richtigkeit von solchen Äußerungen Richtung Presse sicherzustellen? Und hatten Sie das Ding dann, diesen Antwortentwurf gegengezeichnet?

Zeuge Guido Beermann: Ja, vielen Dank. Meine erste Frage ist jetzt – ich bin mir jetzt nicht ganz klar⁶² –: Ist das eigentlich Gegenstand im Schiedsverfahren? Weil dann wäre die Frage zu klären, wenn das relevant ist, dass wir das hier nicht besprechen können in öffentlicher Sitzung.

Wolfgang Wiehle (AfD): Kennt jemand den Sachverhalt genauer als ich?

Zeuge Guido Beermann: Naja, ich denke: nein. Also, das müsste schon - - Also, weil, ich überlege gerade, ob Toll Collect dort ja nicht als Unterauftragnehmer tätig ist und dass das deswegen hier von Bedeutung sein könnte. Ach so, ich habe gefragt, ob das relevant ist für das Schiedsverfahren, weil ich meine, dass Toll Collect - -, ob nicht Toll Collect Unterauftragnehmer gewesen sei⁶³ und damit natürlich⁶⁴ auch Bestandteil des Schiedsverfahrens.

Vorsitzender Udo Schiefner: Also, dann möchte ich Frau Bethge bitten, klar zu legen, darzulegen, wenn sie der Meinung ist, mit den notwendigen Argumenten dazu, dass das relevant ist für das Schiedsverfahren. Wir sind hier eigentlich – wir zwei hier, auch das Sekretariat, der Leiter und ich – der Meinung, es sei nicht relevant. Und der Zeuge könne entsprechend antworten. Wenn man anderer Meinung ist, dann bitte ich, die Argumentation vorzutragen. Dann machen wir gleich auch noch dazu eine nichtöffentliche Sit-

⁶² Richtigstellung des Zeugen: „sicher“, siehe Anlage 2, S. 107

⁶³ Richtigstellung des Zeugen: „war“, siehe Anlage 2, S. 107

⁶⁴ Richtigstellung des Zeugen: „möglicherweise“, siehe Anlage 2, S. 107



Nur zur dienstlichen Verwendung

zung. Allerdings müsste sich dann das Ministerium dazu äußern, damit wir das bewerten können. Ja, Herr Beermann, bitte.

Zeuge Guido Beermann: Kann man das vielleicht noch mal anders - -. Ich versuche es mal so herum: Sie fragen ja nach den Mechanismen im Ministerium. Und hier hat es eine Anfrage gegeben von - - Was war das?

Wolfgang Wiehle (AfD): Report Mainz.

Zeuge Guido Beermann: Und dazu hat es eine Antwort gegeben, die aus der Fachabteilung kam. Das habe ich ja⁶⁵ am Zeichen - - sieht man das ja oben, StV 20 war es. Und das geht dann ganz normal über Unterabteilung, Abteilungsleitung zu mir und dann dort weiter. Zu der Frage, wie wird eine solche Antwort erstellt - - Und dementsprechend kommt es auch aus der Fachabteilung. Ich kann jetzt zu dem, was Sie hier hingeschrieben haben: „Widerspruch“ wenig sagen, weil das, was Sie mir vorgelegt haben, wenn ich es richtig gesehen habe, war ein Entwurf. Und wahrscheinlich müsste man sich das jetzt genauer angucken. Ich kann es, Stand heute, hier, wenn ich hier sitze, Ihnen so nicht beantworten.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich habe hier auch noch eine Unterschriftfassung vorliegen vom 29. Mai. Die hat allerdings keine MAT-Nummer. Aber die könnten wir Ihnen jetzt geben, um es abzugleichen. Also, es ist dann schon so in den Vertrag gekommen, nach dem, was wir wissen.

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, wie gesagt, also ich kann das hier gerade nicht auflösen. Und deswegen ist jetzt die Frage, ob wir deswegen in eine nichtöffentliche Sitzung gehen müssen, um das zu vertiefen oder nicht.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, die Frage ist: in der nichtöffentlichen Sitzung – ich frage jetzt einfach mal zwischen drin –, wenn Sie jetzt keine Antwort geben können und nicht detailliert in der nichtöffentlichen Sitzung keine Antwort geben können, meine ich, brauchen wir auch keine

nichtöffentliche Sitzung. Und dann stellt sich auch die Frage nicht, ob das eventuell für das Schiedsverfahren relevant ist. Wenn Sie ja nichts – ich sage das so flapsig – dazu sagen können, dann verstehe ich Ihre Bewertung eigentlich nicht, dass es zum Verfahren gehört. Also dann müsste mir Frau Bethge – wie gesagt – die Gründe nennen, warum es in einer nichtöffentlichen Sitzung denn dann behandelt werden soll. Aber Frau Bethge – habe ich so den Eindruck – hat bisher auch noch nicht die Notwendigkeit erkannt. Und wir haben die Notwendigkeit auch nicht erkannt. Also, ich möchte hier nicht eine nichtöffentliche Sitzung abwürgen. Aber ich möchte auch nicht gleich in einer nichtöffentlichen Sitzung sitzen und wir kommen zu dem Ergebnis, was wir heute schon haben: da ist nichts nichtöffentliches an Ihrer Antwort, weil Sie eh die Zusammenhänge sich erst einmal alle wieder verinnerlichen müssten durch Aktenstudium und dann womöglich eine Antwort geben könnten, aber in der nichtöffentlichen Sitzung wir auch sagen müssen, da reicht im Moment Ihre Erinnerung nicht, um das vernünftig hier zu beantworten. Wenn Frau Bethge noch mal möchte - - Ansonsten – denke ich – müssen wir das zunächst einmal hier so zur Kenntnis nehmen, dass der Zeuge dazu hier detailliert jetzt nicht antworten kann aufgrund der Komplexität – wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Beermann. Dann können wir das hier abschließen. Okay.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, ich hätte bloß noch eine Nachfrage.

Vorsitzender Udo Schiefner: Bitte.

Wolfgang Wiehle (AfD): Weil ich vorhin auch in die Richtung fragte, welche Prozesse es denn zum damaligen Zeitpunkt im BMVI gab, um so eine Antwort, die aus der Fachabteilung kommt, qualitätszusichern: Ich habe verstanden, Sie kannten die Innenvereinbarung nicht. Sie konnten es selbst nicht herausfinden, ob das jetzt stimmt oder nicht, was da in der Mail steht. Aber

⁶⁵ Richtigstellung des Zeugen: „sieht man“, siehe Anlage 2, S. 107



Nur zur dienstlichen Verwendung

wie wird oder wie wurde das qualitätsgesichert, wie hätte es eigentlich aufkommen müssen?

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe nicht gesagt, dass ich das nicht kannte, sondern ich habe einfach keine Erinnerung daran. Deswegen müsste man - -, aber das habe ich vorhin ja dargestellt. Und der Weg geht hier aus der Fachabteilung heraus und ich habe in der Regel keinen Anlass, an der Fachkompetenz der Fachabteilung zu zweifeln. Ich kann es Ihnen hier nur wiederholen, einfach nicht aufklären.

Wolfgang Wiehle (AfD): Schade aber, danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut, dann Frau Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, aus der letzten Runde haben sich für mich drei Fragen ergeben. Die erste ist an Frau Bethge: Habe ich Sie vorhin richtig verstanden, dass Sie uns die MAT-Nummern liefern zu den Protokollen für die Task Force-Sitzungen? Denn wir haben alle jetzt auch noch mal in der vergangenen Zeit verzweifelt gesucht und die von Herrn Beermann angekündigten Protokolle nicht gefunden.

MDgn Petra Bethge (BMVI): Also, wir haben die auf jeden Fall eingereicht. Die sind wohl aber als VS-Dokumente – also eingestuft – eingereicht worden, weswegen wir die jetzt nicht dienstlich, „elektronisch“ wollte ich sagen, wir die jetzt hier nicht verfügbar haben und Ihnen daher auch die MAT-Nummer hier in diesem Moment nicht benennen können.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. Kann ich dann davon ausgehen, dass wir die MAT-Nummern morgen bekommen? Denn die werden ja voraussichtlich für die Vernehmung am Donnerstag und Freitag - - könnten die relevant werden. Wir müssen die vorher noch einsehen, wir müssen uns vorbereiten. Das heißt, wir bräuchten sie dann wirklich morgen. Und ich kann Ihnen sagen, dass ich ein sehr gutes Team habe, ich glaube, die anderen Kollegen und Kolleginnen auch. Wir haben sie bist jetzt nicht gefunden, das

heißt, wir sind zwingend da auf die Mithilfe des Ministeriums angewiesen.

MDgn Petra Bethge (BMVI): Wir unterstützen Sie gerne. Aber ich möchte auch noch mal betonen, dass wir die Unterlagen vorgelegt haben, und zwar vollständig. Aber gerne unterstützen wir Sie.

Kirsten Lühmann (SPD): Das wäre nett. Die zweite Frage geht an Herrn Beermann, und zwar: Der Kollege hat Ihnen vorgelegt – ich glaube Herr Cezanne war das – dieses Dokument aus der Tagesinformation des Ministers vom 13. 8., gefertigt von Herrn Görrißen, wo es um die Stellungnahme auf den Bundesrechnungshofbericht ging. Die müssten Sie noch vor sich liegen haben. Und dann haben Sie gesagt: Da ist auch auf einen Termin Bezug genommen, den Sie mit dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes haben, und der hätte nichts mit der Infrastrukturabgabe zu tun. Wenn ich mir das jetzt angucke, der Punkt, den Herr Görrißen da schreibt, lautet:

3. Briefwechsel BRH – MdB Kühn
Beigefügt ist der Antwortbrief des BRH-Präsidenten [...] in Sachen Begleitung und Abschlussbericht zum Vorhaben Infrastrukturabgabe [...]. Wir können [bla, bla, bla ...].

Hinweis: Staatssekretäre Beermann und G. führen am 10. 9. das vereinbarte Gespräch [...]

Wenn sich dieses Gespräch nicht auf die Infrastrukturabgabe bezieht, warum steht das dann da drin? Also, es erschließt sich für mich nicht. Das ist für mich logisch. Und wenn ich jetzt der Minister wäre, an den ging das Ganze ja, - - Und da gibt es den Punkt eins: EKF, zwei: Hongkong, vier: PBefG, drei: Briefwechsel Infrastrukturabgabe. Und da wird auf einen Termin hingewiesen. Warum ist das ein anderer Termin? Und nochmal: Worum ging es in dem Termin und warum steht der hier im Zusammenhang mit einem Bericht zur Infrastrukturabgabe?

Zeuge Guido Beermann: Also, zunächst mal muss ich natürlich vorweg sagen, dass ist eine E-Mail, die ich nicht geschrieben habe. Insoweit



Nur zur dienstlichen Verwendung

wäre das eine Frage, die hätte man Herrn Görrissen stellen müssen. Aber ich will trotzdem, weil ich - - Ich kann mich einfach nicht erinnern, dass wir mit Kay Scheller, mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten, über die Maut gesprochen haben. Ich kann mich aber an ein Gespräch mit ihm erinnern. Darüber – bitte ich um Verständnis – kann ich Ihnen nichts sagen, weil das von der Aussagegenehmigung nicht gedeckt ist.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, das hätten wir Herrn Görrissen fragen können. Aber wir waren natürlich davon ausgegangen – wir haben uns das übrigens auch angeguckt –, wir waren davon ausgegangen, dass es da um die Infrastrukturabgabe geht.

Zeuge Guido Beermann: Ja, also ist vielleicht das - - Die einzige Erklärung, die ich dazu habe, ist, dass, – wenn man so will, es ist das ja ein formloses Schreiben, eine formlose E-Mail, die hier gekommen ist, wo er⁶⁶ einfach *by the way*, weil hier das Thema Bundesrechnungshof auftaucht – dass Herr Görrissen das mit aufgenommen⁶⁷ hat. Das ist jetzt ehrlich eine Mutmaßung von mir.

Kirsten Lühmann (SPD): Das ist eine Mutmaßung. Wir haben sehr viel über diese Tagesberichte gesprochen, äh, Tagesinformationen gesprochen. Und aus dem, was wir eben von Herrn Görrissen zu diesen Tagesinformationen gehört haben, erschließt sich diese Begründung nicht. Aber da wir sie nicht wissen, können wir hier nicht weitermachen. Es ist nur sehr ärgerlich. Dann habe ich noch eine Frage. Da hat – glaube ich – auch der Kollege Cezanne nachgefragt, nein, der – ich glaube – Herr Krischer. Und das erschließt sich nicht. Mir ist auch aufgefallen, dass Sie gesagt haben, die Feinplanungsdokumentation, nach der ich ja mal gefragt habe, und – jetzt kommt es langsam wieder, das freut mich und darum steige ich da jetzt noch einmal ein – Sie haben gesagt, die Feinplanungsdokumentation sei nach dem Urteil wertlos geworden. Da hatte der Kollege Krischer nachgefragt. Da haben Sie gesagt: Na ja, vorher, als wir die Infrastrukturabgabe noch machen wollten, da war das halt

wichtig. Nachdem wir sowieso gekündigt haben, ist das jetzt auch sinnlos geworden, wertlos geworden und wir haben diese Schlechtleistung gemacht. Sie haben noch gesagt: Es war ja eine Nichterfüllung. Zum 1. April sollte geliefert werden und es wurde nicht geliefert. Also ist es eine Nichterfüllung und das ist so wichtig, dass es im Vertrag drinsteht als Kündigungsgrund. Das waren so Ihre Worte. Erstens. Ist Ihnen bekannt, dass zum 1. 4. etwas geliefert wurde? Also, es kann nicht von einer Nichterfüllung, wenn überhaupt von einer Schlechterfüllung gesprochen werden. Zweitens. Ist Ihnen bekannt, dass das KBA Fristen gesetzt hat, um nachzubessern, die übrigens in dem Vertrag auch drinstehen? In dem Vertrag steht nicht drin, wenn eine Seite sagt, das ist blöd, dann kann man sofort kündigen, sondern man muss die Möglichkeit der Nachbesserung geben und die wurde gegeben. Und zum Zeitpunkt der Kündigung war die Frist zur Nachbesserung noch nicht abgelaufen. Könnten Sie mir bitte eingedenk dieser beiden Sachen - - oder - - Ich habe sie Ihnen eben jetzt mitgeteilt. Die erste Sache habe ich Ihnen vorhin schon vorgehalten in einem Dokument, wo Sie mir hier gesagt haben, Sie können sich nicht daran erinnern. Deswegen sage ich Ihnen das jetzt noch einmal angesichts dieser beiden Tatsachen: Erstens, es ist geliefert worden. Zweitens, vertragsgemäß - - Übrigens hat das KBA eine Nachlieferungsfrist – zwei sogar – das weiß ich – aber auch eine zweite Nachlieferungsfrist gemacht, die noch nicht abgelaufen ist. Könnten Sie mir bitte unter diesem Gesichtspunkt erklären, warum dann durch das Urteil eine Schlechtleistung, die vorher zwar vorhanden war, aber nicht vertragsrelevant war, plötzlich ein Vorgang, der eigentlich gar nichts mit der Schlechtleistung zu tun hat, vertragsrelevant wird?

Zeuge Guido Beermann: Das ist – glaube ich – eindeutig Thema des Schiedsverfahrens. Deswegen – glaube ich – kann man das in der öffentlichen Sitzung nicht beantworten.

⁶⁶ Richtigstellung des Zeugen: „Herr Görrissen“, siehe Anlage 2, S. 109

⁶⁷ Richtigstellung des Zeugen: „angesprochen“, siehe Anlage 2, S. 109



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann müssten wir gleich noch eine nichtöffentliche Sitzung machen. Hatten Sie sich noch gemeldet, Frau Bethge? Okay. Herr Kollege Jung, Ja hätte ja sein können, dass sich noch einmal Fragen ergeben. Herr Kollege Cezanne.

Jörg Cezanne (DIE LINKE.): Ja, danke, Herr Vorsitzender. Herr Beermann. Ich würde nur eine, ein bisschen allgemeinere Frage stellen, um zu verstehen, wie man in so einem Ministerium mit einer relativen Staffelung von Hierarchieebenen damit umgeht. Herr Molitor hat zum Beispiel in seiner Befragung hier ausgesagt, dass er bei einer Mitzeichnung von Vorlagen keine eigene Prüfung vorgenommen habe, sondern sich mehr so auf politische Kompatibilität bezogen hat. Herr Zielke hat gesagt, dass er auch keine inhaltliche Prüfung vorgenommen habe, sondern sich auf die Korrektheit seiner Mitarbeiter verlassen hat. Und dann landet so eine Vorlage bei Ihnen. Also ich meine, ich bin ja auf einer sehr viel kleineren Ebene auch in solchen Situationen, dass ich Vorlagen bekomme, wo ich nicht vollständig beurteilen kann, ob alles, was da drinsteht, jetzt wirklich grandios und glänzend ist für die Zukunft der Linken oder für wen auch immer. Wie sind Sie im Ministerium damit umgegangen vor dem Hintergrund, dass Sie ja auch zum Beispiel – das haben Sie ja auch mehrfach deutlich gemacht – in diesen Mautfragen sich ja selbst erst einmal einarbeiten mussten?

Zeuge Guido Beermann: Ja, vielen Dank, Herr Abgeordneter. Also, ich kann jetzt zu den Aussagen von Herrn Molitor und Herrn Zielke nichts sagen. Die liegen mir nicht vor. Es geht ja auch mehr um die Frage, wenn so eine Vorlage bei mir landet, wie ich damit umgehe. Da habe ich zum einen – so wie ich es vorhin gesagt habe – ein hohes Vertrauen in die Fachkompetenz der Ministerien und auch der Mitarbeiter dort. Dementsprechend lese ich eine solche Vorlage – wie soll ich es nennen – kritisch. Aber es ist jetzt – ja, ich glaube, das sagt es einfach – in der Vorlage und ich lese sie mir kritisch durch.

Jörg Cezanne (DIE LINKE.): An welchem Punkt würde Ihnen dann was auffallen? Mit welchem Blick lesen Sie die durch, um eventuell doch einmal zu sagen: also hört mal Leute, das müssen wir aber noch einmal anders machen?

Zeuge Guido Beermann: Entschuldigen Sie, Herr Cezanne. Aber ich habe da kein Raster, das ich abhake, sondern das ist wirklich eine Frage des konkreten Vorgangs.

Jörg Cezanne (DIE LINKE.): Dankeschön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann gebe ich das Wort dem Kollegen Krischer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Ja. Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Minister, die Fragen, die ich gehabt hätte, hat Frau Lühmann gestellt. Zum Thema Schlechtleistung können wir uns gegebenenfalls nichtöffentlich austauschen. Ich wäre jetzt noch einmal zu den nichtauffindbaren Protokollen der Task-Force-Sitzungen gekommen. Meine Frage wäre: Sie haben eben gesagt, die Protokolle seien von Ihrer persönlichen Referentin verfasst worden. Die Suche würde es für uns erleichtern, wenn wir da einen Namen haben. Ich meine, wir haben aus den Organisationsplänen entnommen, dass das Frau Bolender ist. Trifft das zu?

Zeuge Guido Beermann: Das trifft zu, Herr Abgeordneter. Das ist ⁶⁸ Katja Bolender.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Udo Schiefner: Einen Moment.

Dann kommen wir zur nächsten Runde.

CDU/CSU-Fraktion: noch Fragen in der öffentlichen Sitzung? Herr Kollege Wiehle? Kollegin Lühmann? Kollege Cezanne? Kollege Krischer? – auch nicht. Dann werden wir jetzt die öffentliche Sitzung schließen.

Ich bedanke mich recht herzlich bei der Öffentlichkeit und den Pressevertretern für die - - und

⁶⁸ Ergänzung des Zeugen: „Frau“, siehe Anlage 2, S. 111



Nur zur dienstlichen Verwendung

schließe die Sitzung und sage, dass am kommenden Donnerstag, den 14. Januar 2021 um 9.00 Uhr die öffentliche Befragung der Zeugen weitergeht und zwar in dem bisher sonst üblichen Raum im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Ich wünsche Ihnen alles Gute, bleiben Sie gesund und einen guten Heimweg.

Dann darf ich darüber abstimmen lassen, dass wir die Sitzung nun als nichtöffentliche Sitzung fortfahren. Ich gehe davon aus, dass die Videoübertragung – wie man sieht – abgeschaltet ist. Ich schlage vor, wir fassen folgenden Beschluss: Für die weitere Vernehmung des Zeugen Guido Beermann wird am heutigen Tage die Öffentlichkeit nach Paragraph 14, Absatz 1, Nummer 3 PUAG ausgeschlossen, weil ein Geschäfts- und Betriebsgeheimnis zur Sprache kommt, durch dessen öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzt würden. Wer dem Beschlussvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Dann war die Beschlussfassung einstimmig. Dann können wir so verfahren. Das Wort hat die - -

Zeuge Guido Beermann: Herr Vorsitzender, Verzeihung. Könnten Sie vielleicht fünf Minuten Pause machen?

Vorsitzender Udo Schiefner: Wir können fünf Minuten Pause machen. Gar keine Frage. Gut. Dann würde ich sagen, wir setzen so gegen 19.35 Uhr die Sitzung fort.

(Unterbrechung von
19.27 Uhr bis 19.45)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vernehmung des Zeugen Karl-Heinz Görrißen

Ich darf Sie nun noch mal recht herzlich im BMVI begrüßen, Herr Görrißen. Herr Görrißen, der Ausschuss hat eben beschlossen, Ton- und Bildaufnahmen in einen anderen Sitzungssaal - heute ist es der Raum PLH E 800 - und zu Ihnen ins BMVI zur Ermöglichung Ihrer Zeugenvernehmung auf diesem Wege zu übertragen. Im Raum PLH E 800 kann die Öffentlichkeit die Beweisaufnahme verfolgen. Sind Sie damit einverstanden, Herr Görrißen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Vorsitzender, herzlichen Dank für Ihre Begrüßung. - Ich bin damit einverstanden.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ich hoffe, Sie können mich hinreichend verstehen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, es ist so weit alles gut. Wenn Sie irgendwie Probleme haben und die Übertragung nicht so funktioniert, bitte ich auch Ihrerseits um ein Zeichen.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Gerne.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Sie haben den Erhalt der Ladung auf den heutigen Sitzungstag am 25.11.2020 bestätigt. Haben Sie zunächst den besten Dank, dass Sie zur Verfügung stehen.

Ich habe darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Görrißen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein, habe ich nicht, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann möchte ich darauf hinweisen, dass der Zeuge vom Rechtsanwalt Dr. Daniel Krause betreut wird bei dieser Vernehmung. Ich stelle fest, dass Sie vom eben genannten Rechtsbeistand begleitet werden, Herr Görrißen.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Das ist zutreffend, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ich darf Sie, Herr Rechtsanwalt Krause, bitten, sich dem Ausschuss kurz vorzustellen.

RA Dr. Daniel Krause: Ich grüße Sie, Herr Vorsitzender. - Mein Name ist Dr. Daniel Krause. Ich bin Rechtsanwalt in Berlin.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Herr Rechtsanwalt Krause, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst jedoch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen hier beantragen.

Herr Görrißen, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren:

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestufteten Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschussgesetz fassen kann.

Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Görrißen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein, habe ich nicht, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, der sogenannten Berliner Stunde. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein, habe ich nicht.

Vorsitzender Udo Schiefner: Falls Sie nach einer längeren Befragungsdauer eine kurze Unterbrechung wünschen, lassen Sie mich das wissen. Dann machen wir eine kurze Pause, am besten nach einer kompletten Berliner Stunde.

Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen - -

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Vorsitzender, Entschuldigung. Dürfte ich zu dieser Anmerkung eine kleine Ergänzung meinerseits machen?

Vorsitzender Udo Schiefner: Bitte.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ich würde ganz gerne gegen 13 Uhr, so wir denn so lange tagen, eine etwas längere Pause machen, weil ich da mal einen kleinen Gang zur Toilette machen muss, was für mich heute etwas beschwerlich ist. Dazu benötige ich auch eine Hilfestellung durch meine Ehefrau. Also das wäre meine Bitte, dass wir so gegen 13 Uhr einmal unterbrechen könnten.

Vorsitzender Udo Schiefner: Das können wir gerne so machen, Herr Görrißen. Keine Frage.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Vielen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ich darf Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Mein Name ist Karl-Heinz Görrißen. Geboren wurde ich am 22.12.1953, bin also 67 Jahre alt. Die ladungsfähige Adresse ist Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Invalidenstraße 44, 10115 Berlin. Von Beruf bin ich Diplom-Verwaltungswirt und Leiter der Leitungsabteilung im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Ich möchte dann noch darauf hinweisen, dass vom Ausschusssekretariat Herr Simon im BMVI an Ihrer Befragung teilnimmt.

Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Wenn Sie davon Gebrauch machen, bitte ich Sie nun, dem Ausschuss dies kurz darzustellen, auch darzustellen, wie Sie sich auf die Sitzung vorbereitet haben. Konnten Sie irgendwelche Unterlagen einsehen? Haben Sie Gespräche geführt? Ist Ihnen Hilfestellung gegeben



Nur zur dienstlichen Verwendung

worden zur Vorbereitung auf die heutige Vernehmung? Möchten Sie Ihre Möglichkeit nach § 24 Absatz 4 nutzen, Herr Görrißen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ich würde gerne davon Gebrauch machen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann gebe ich Ihnen hiermit das Wort.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, dass ich mich einleitend äußern darf, um meine Berührungspunkte mit Ihrem Untersuchungsgegenstand zu beschreiben und Ihnen zu erläutern, auf welche Weise ich im Rahmen meiner Funktion im Ministerium mit der Pkw-Maut zu tun gehabt habe. Gerne unterstütze ich den Ausschuss bei der Erfüllung seiner Aufgabe nach meinen Möglichkeiten. Ich bitte aber schon jetzt um Verständnis, wenn mir nicht mehr jedes Detail für einen Zeitraum von elf Jahren in Erinnerung ist.

Zunächst zu meinem beruflichen Werdegang, der aber auch Bedeutung hat für meine konkreten Wahrnehmungen im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand: Nach der Ausbildung für den allgemeinen gehobenen Verwaltungsdienst des Landes Schleswig-Holstein habe ich 1976 im Gesetzgebungsreferat des Innenministeriums des Landes Schleswig-Holstein meine berufliche Tätigkeit begonnen. Schwerpunkt war die rechtsförmliche Prüfung von Gesetzentwürfen und Verordnungen diverser Landesministerien. 1980 wurde ich in die Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund nach Bonn versetzt. Hier war einer der Schwerpunkte die Funktion des Bundesratsreferenten, also die Vor- und Nachbereitung der Bundesratssitzungen. 1989 wurde ich beurlaubt für eine Tätigkeit des Büroleiters des Parlamentarischen Geschäftsführers bzw. des Landesgruppenvorsitzenden der CSU-Landesgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag. Schwerpunkt war hier die parlamentarische Arbeit im Bundestag, vor allem die Gesetzgebung und Koordination der politischen Arbeit. Während der Dauer der Beurlaubung wurde ich vom Land Schleswig-Holstein zum Deutschen Bundestag versetzt. Seit 2009 bin ich Leiter der Leitungsabteilung im

Bundesverkehrsministerium; das hatte ja damals noch eine andere Bezeichnung.

In allen Funktionen waren die Gesetzgebung und Koordinierungsaufgaben Schwerpunkt meiner Tätigkeit, nie die fachliche Tätigkeit in einem bestimmten Aufgabenbereich. Dies gilt insbesondere auch in Bezug auf meine Berührungspunkte mit der Pkw-Maut bzw. der Infrastrukturabgabe. Auch mit der Pkw-Maut bin ich nur in meiner koordinierenden Funktion in Berührung gekommen, nicht im Rahmen einer fachlichen oder inhaltlichen Tätigkeit.

Erlauben Sie mir jetzt, dass ich Ihnen kurz meine Aufgaben als Leiter der Leitungsabteilung darstelle. Mit dem Amtsantritt von Dr. Peter Ramsauer als Bundesminister 2009 haben wir im Ministerium die vorhandenen Stabsstellen in einer Leitungsabteilung zusammengefasst. Diese Abteilung wurde von mir in den letzten elf Jahren geleitet, und sie ist verschiedentlich in der Struktur leicht verändert worden. Dies hatte mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen der einzelnen Bundesminister zu tun, aber auch jeweils mit den dort tätigen Mitarbeitern.

Kernaufgabe dieser Abteilung sind Koordinierungsfunktionen im parlamentarischen Bereich, also Deutscher Bundestag und Bundesrat, Bundeskabinett, Bund-Länder-Beziehungen, und auch in den Bereichen Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienst. Zeitweilig waren es auch Europafragen und auch die Koordination der VMK, also der Verkehrsministerkonferenz der Länder. Eine gewisse Besonderheit dieser Abteilung ist die direkte Zuordnung zum jeweiligen Minister. Die konkreten Aufgaben sind in den jeweiligen Organisationsplänen, die Ihnen vorliegen, vor allem auch in der Ergänzung zur Gemeinsamen Geschäftsordnung **der Ministerien des Ministeriums**, im Einzelnen näher dargestellt. Wesentlich ist noch Folgendes: Meine Abteilung ist weitgehend keine aktenführende Einheit im Ministerium. Die Sachakten werden entsprechend der Registratur-richtlinie auf der Ebene der Betreffseinheiten, wie es dort so schön heißt, geführt. Die damit beschriebenen Rahmenbedingungen haben auch meine Berührungspunkte mit der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Pkw-Maut bestimmt, zu denen ich, unterteilt nach den Amtszeiten der einzelnen Bundesminister, unter denen ich tätig war bzw. bin, nun komme.

In der Amtszeit von Dr. Peter Ramsauer ging es vorrangig um die Fragestellung, ob eine europarechtskonforme Ausgestaltung einer Pkw-Maut entsprechend den Vorgaben des damaligen Koalitionsvertrages machbar ist. Das Ergebnis kennen Sie.

In der Amtszeit von Alexander Dobrindt wurde vom Minister eine vollkommen andere Konzeption entwickelt, nämlich die Infrastrukturabgabe. Hier waren meine Zuständigkeiten vor allem die Begleitung der beiden Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag und im Bundesrat. Dies waren sehr komplizierte Verfahren, da es sich **jeweils** um zwei Gesetzentwürfe handelte **jeweils**, die in unterschiedlichen Ausschüssen federführend beraten wurden. Es schlossen sich dann die Vertragsverletzungsverfahren und die Verhandlungen mit der EU-Kommission an, die letztlich in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren, was Ihnen bekannt ist, endeten. In der noch laufenden Amtszeit von **Herrn** Andreas Scheuer waren es schließlich das Vorgehen nach dem Urteil des EuGH und vor allem die pressemäßige Begleitung und das Fragewesen. Nicht befasst war ich mit rechtlichen und europarechtlichen Fragen, der inhaltlichen Ausgestaltung und dem Abschluss der beiden Verträge, dem Vergabeverfahren und den damit zusammenhängenden Verhandlungen. Insbesondere zur Jahreswende 2018 war ich persönlich anderweitig gebunden.

Ich möchte abschließend auf drei Punkte näher eingehen, die mir für Ihre Untersuchung bedeutsam erscheinen und die teilweise auch schon in der öffentlichen Diskussion angesprochen worden sind, nachdem Unterlagen aus dem Untersuchungsausschuss an die Presse bzw. an abgeordnetenwatch ~~(gelan--dort)~~ gelandet sind.

Der erste Punkt ist der Bereich „Koordinierung des Fragewesens“. Die Koordinierung des Frage-

wesens war und ist für mich eine besonders umfangreiche Aufgabe und ein umfangreiches Betätigungsfeld. Hier ging es um die Koordinierung der verschiedenen Fragewege, nämlich auf der einen Seite dem parlamentarischen Fragerecht mit Kleinen Anfragen und schriftlichen und mündlichen Fragen, auf der anderen Seite den Presseanfragen, dann dem Block der IFG-Anfragen und schließlich auch noch den Anfragen der Haushälter, ein parlamentarisches Gewohnheitsrecht, mit dem jeweils zu bestimmten parlamentarischen Terminen eben auch umfangreiche Fragen gestellt wurden. Diese Fragen wurden von verschiedenen Stellen im Ministerium sehr unterschiedlich beantwortet und lösten daher einen hohen Koordinierungsbedarf aus.

Der zweite Block ist ~~(mein vermeintlicher Vermerk oder)~~ mein Vermerk zur vermeintlichen Behinderung der Arbeit des 2. Untersuchungsausschusses. Im Vorfeld der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gab es Diskussionen, ob es überhaupt einen Untersuchungsausschuss geben soll oder die Aufklärung im fachlich zuständigen Verkehrsausschuss erfolgen könne, der damit ja bereits unter dem Vorsitz von Herrn Özdemir begonnen hatte. Hier wurde von einigen Oppositionspolitikern unter anderem aus rechtlichen Gründen als Alternative zu einem Untersuchungsausschuss der nicht gangbare Weg vorgeschlagen, einen Ermittlungsbeauftragten einzusetzen. In den Medien und auch im Ministerium selber hatten manche dies als eine Alternative zu einem Untersuchungsausschuss verstanden, also ein Ermittlungsbeauftragter statt eines Untersuchungsausschusses. Um den rechtlichen Sachverhalt zu klären, habe ich damals einen Vermerk angefertigt, der es dann zu abgeordnetenwatch geschafft hat und dort bewusst missinterpretiert wurde. Der Vermerk stellt lediglich die zutreffende Rechtslage dar, dass es einen Ermittlungsbeauftragten nur *nach* der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses geben kann, und erwähnt, dass es für das Ministerium natürlich der näherliegende Weg sei, eine Aufklärung durch den Fachausschuss zu erreichen als durch einen Untersuchungsausschuss. Die Unterstellung, die in den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Medien **gegeben erhoben** wurde, der Vermerk sei der Ver-such, die Arbeit eines noch nicht einmal existierenden Untersuchungsausschusses zu behindern, ist mir bis heute absolut unerklärlich; ja, sie ist einfach falsch.

Der dritte Punkt sind die sogenannten Tagesinformationen. Als 100-Prozent-Schwerbehinderter, der nach einem Schlaganfall auf den Rollstuhl angewiesen ist und dem mehrere Bundesminister die Chance gaben, auch weiter in seinem Beruf tätig sein zu können, musste ich mir überlegen, wie ich meinen jeweiligen Minister trotz gewisser körperlicher Handicaps umfassend informieren und unterstützen kann.

Minister Andreas Scheuer war und ist viel unterwegs, und es war und ist mir in der Regel nicht möglich, ihn zu begleiten. Die gebotene Information des Ministers war und ist aber ein Anspruch, den ich zu erfüllen hatte und auch gerne erfüllen möchte. Um dieses Ziel zu erreichen, habe ich die sogenannten Tagesinformationen eingeführt. In diesen Tagesinformationen habe ich den Minister an den Tagen, an denen er unterwegs oder kaum im Ministerium war, über das Tagesgeschehen informiert. Dies waren kurze Informationen über eingegangene Post, über parlamentarische Entwicklungen und auch vertrauliche Informationen über personelle Dinge oder auch regierungsinterne Abläufe usw.

Um sicherzustellen, dass derartige Informationen, die ich dem Minister sonst im persönlichen Gespräch gebe, nicht über einen großen Verteiler geschickt werden und damit die Vertraulichkeit gewahrt wird, habe ich diese Tagesinformationen an den MdB-Account des Abgeordneten Andreas Scheuer gesendet. Gelegentlich hat der Minister in der Regel sehr kurze Antworten gegeben. Meistens handelte es sich aber um reine Informationsübermittlungen durch mich, die keiner Beantwortung bedurften bzw. die wir später im Gespräch dann vertieft erörtert **hätten haben**.

Erlauben Sie mir noch den Hinweis: Ebenso wenig wie ich meine sonstigen mündlichen und sonstigen Informationen zu Ereignissen des Tages an den Minister in Form von Vermerken festhalte

und verakte, habe ich auch die E-Mails mit Tagesinformationen nicht in Akten des Ministeriums aufgenommen. Dazu bestand keine Veranlassung; denn es handelte sich jeweils nur um kurze Informationsübermittlungen als Ersatz für einen persönlichen Hinweis oder Zuruf.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich mit dem Thema Pkw-Maut bzw. Infrastrukturabgabe in meiner konkreten Tätigkeit und Funktion keinen herausgehobenen Stellenwert - - gesehen habe. Es war ein politisch wichtiges, aber kein meine Tätigkeit prägendes oder auch nur bestimmendes Thema. Es gab Monate, in denen es überhaupt nicht auf der Agenda stand, und dann wieder kurze Phasen, in denen es sehr aktuell war und uns intensiv befasst hat. Schon wegen meines Zuständigkeitsbereiches lagen sachliche Entscheidungen der Pkw-Maut nicht bei mir, sondern bei den Fachabteilungen und den Staatssekretären des Ministeriums. Ein Weisungsrecht gegenüber Fachabteilungen besteht nicht. Soweit ich in Besprechungen, an denen ich vereinzelt teilgenommen habe, zur anstehenden Entscheidung um meine Einschätzung gebeten wurde, habe ich diese abgegeben, soweit ich dies sachlich konnte. Sachentscheidungen getroffen habe ich zu keiner Zeit. Die Texte der Mautverträge habe ich erstmalig am 19. Juni abends erhalten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und stehe jetzt gerne für Ihre Fragen zur Verfügung.

Vorsitzender Udo Schiefner: Herzlichen Dank, Herr Görrissen. - Und dann können wir gleich in die Fragerunde einsteigen. Als Erstes hat das Wort die CDU/CSU-Fraktion. Herr Kollege Lange.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja. - Einen schönen guten Morgen, Herr Görrissen! - Ich weiß jetzt nicht, ob das so funktioniert; sonst nehme ich die Maske wirklich zum Fragen vielleicht doch besser runter, damit man es auch deutlicher versteht. - Danke auch für die Einführung, die natürlich, Herr Görrissen, den einen oder anderen Punkt der Fragen vorweggenommen hat, beantwortet hat, einiges erläutert hat, womit wir uns aber jetzt sicherlich in dem einen oder anderen Detail noch auseinandersetzen werden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie haben es ja selber schon geschildert: Sie dienen jetzt dem dritten Bundesverkehrsminister, angefangen mit Peter Ramsauer. Sie haben auch kurz schon beschrieben, welche Aufgaben Sie als Leiter der Koordination hatten.

Für mich oder für uns ist jetzt schon noch ein bisschen wichtig: Es ist klar: In Ihrer Abteilung oder bei Ihnen werden keine Sachentscheidungen getroffen, aber Sie koordinieren, wie Sie selber dargestellt haben, das Fragewesen. Um ein Fragewesen koordinieren zu können, müssen aber ja Sachinformationen bei Ihnen auch zusammenlaufen, um die Abwägung aus den einzelnen Abteilungen vornehmen zu können; denn ansonsten würde man ja ein Fragewesen nicht koordinieren müssen. Können Sie uns bitte informieren, und zwar grundsätzlich darstellen, wenn Sie aus Abteilungen, sage ich mal, unterschiedliche Antworten, nicht ganz identische Darstellungen, rechtliche Abwägungen, die vielleicht jetzt nicht ganz politisch sind, bekommen haben, wie dann die politische Rückkopplung stattgefunden hat bzw. wie die jeweiligen Minister - also, ich kenne ja auch alle drei; die sind ja doch ein bisschen unterschiedlich, auch von ihrer Art her - dann diese Koordination des Fragewesens politisch gestaltet haben?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Lange, vielen Dank für die Frage. Das will ich gerne versuchen. - Ich habe ja versucht, darzustellen, dass es natürlich auf der einen Seite einen sehr unterschiedlichen Herkunftsbereich der Fragen gibt. Sie haben jetzt sich bezogen auf das parlamentarische Fragerecht. Da haben wir die Situation, dass es dieses Mal ja Fragen waren, die sich teilweise ganz allgemein mit der Maut beschäftigt haben, dass es auch Fragen waren, die sich mit haushalterischen Fragen beschäftigt haben, dann wiederum mit vergaberechtlichen Fragen und auch mit ganz allgemeinen Dingen. Das heißt, diese Fragen wurden natürlich fachlich in den jeweiligen Fachabteilungen vorbereitet; aber ich sagte jetzt ganz bewusst: eben sehr unterschiedlich vorbereitet. - Sie wissen vielleicht, dass in der Geschäftsordnung der Bundesregierung steht, dass derartige Fragen knapp beantwortet werden sollen. Das hören Sie als Parlamentarier nicht alle gern; aber es ist die Tatsache.

Und insofern haben wir immer sehr unterschiedliche Antwortbeiträge bekommen, die teilweise sehr allgemein formuliert waren, aber auch sehr verständlich, aber auch manchmal sehr unverständlich. Und meine Aufgabe oder die Aufgabe meiner Abteilung ist es, daraus Texte zu machen, die eben allgemein verständlich sind, die den Fragekreis auch betreffen und die auch hinreichend richtig in ihrer Darstellung sind.

Und vor allem - ich hatte das eben mit meinen Tagesinformationen gesagt -: Genauso wie meine Tagesinformationen manchmal häufiger kamen, kamen auch die Fragen häufiger. Und wir haben häufig parallellaufende, auch fast gleichlautende Fragestellungen aus unterschiedlichen Fraktionen gehabt, sodass es darauf ankam, diese dann möglichst wieder so in eine Antwort zu bringen, dass sie zusammenpassten.

Und - Sie haben es gesagt -: Fragewesen. Die Fragen werden formal beantwortet vom jeweiligen Parlamentarischen Staatssekretär bei uns im Hause, von denen wir **teilweise zeitweise** drei, dann wieder zwei hatten, und sie werden bei ganz wichtigen Dingen auch mit dem Minister **immer** abgestimmt. Sie haben die unterschiedliche Arbeitsweise der Minister gerade genannt. Da gab es in der Tat auch Minister, die sich das etwas genauer noch angeschaut haben und daran noch mal politisch gearbeitet haben. Aber wir haben eben versucht, aus der Fülle von Materialien und verschiedenen Herkunftsstellen, die jeder Beamte hat - der eine schreibt viel, der andere schreibt wenig; der eine schreibt verständlich, der andere unverständlich -, dieses zusammenzuführen, damit wir eine geordnete Antwort und einheitliche Antwortvorgehensweise finden konnten.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön an dieser Stelle. - Sie hatten vorhin gesagt: Es gab dann Wochen und Monate, da spielte die Infrastrukturabgabe keine besondere Rolle mehr. Dann kam das Thema - ich meine, so war es ja auch für alle, die wir hier politisch damit beschäftigt waren - wieder massiver oder geballter. - Gab es im Rahmen dieses koordinierten Fragewesens durch die Minister mit den Abteilungen dann entsprechende Vorkoordinationen, bevor man wieder in den politischen Bereich gegangen ist, oder war es



Nur zur dienstlichen Verwendung

tatsächlich so, dass, je nachdem, ob das Thema tagesaktuell auf die Agenda kam, man sich auch tagesaktuell damit wieder auseinandersetzte?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Diese Frage kann ich jetzt nicht ganz richtig einordnen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Mir geht es ein bisschen um den roten Faden in der Koordination des Frageswesens. Wir haben ja auch parlamentarische Anfragen; wir haben Anfragen auch einzelner Abgeordneter. Das berühmteste Beispiel ist hier der Kollege Zylajew - - den damals der Parlamentarische Staatssekretär Andreas Scheuer noch beantwortet hat. Diese Koordination oder dieser rote Faden im Rahmen auch der Veränderung des tagespolitischen Geschäftes, der Auseinandersetzung mit der Maut musste ja irgendwo sich wieder abbilden. Lief der tagesaktuell, dass man gesagt hat, jetzt schaut man wieder an? Oder hat man gesagt: „Hier zieht sich ein Faden, und es haben sich gewisse Situationen verändert“? Das Modell, nach dem der Kollege Zylajew fragte, war ja nicht das Modell der Infrastrukturabgabe nach dem zweiten Änderungsgesetz.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir haben uns also bemüht, da ein System hineinzubringen. Die Frage von Herrn Zylajew war gerade ein Fall, wo es in eine ganz andere Richtung ging. Insofern haben wir schon uns bemüht, koordinierend einzugreifen und die Fragen so darzustellen, wie sie halt in der politischen Entwicklung aus den Gegebenheiten heraus, die sich auch aus den unterschiedlichen Koalitionen und Koalitionsverträgen ergaben - - zu beantworten und in der jeweiligen Handlungsweise darzustellen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke. - Da möchte ich noch mal ein bisschen auf die Informationspraxis im BMVI und auch der unterschiedlichen Minister - das hat uns ja auch schon beschäftigt - eingehen. Wir haben festgestellt, dass es bei Bundesminister Alexander Dobrindt eine Vielzahl von Leitungsvorlagen unmittelbar an den Minister gab. Die Praxis bei Bundesminister Andreas Scheuer hat sich dann durchaus etwas verändert; dort liefen die Vorlagen insbesondere an den dann zum Staatssekretär beförderten Herrn Dr. Schulz. Wie schätzen Sie oder wie beurteilen

Sie diese unterschiedlichen Informationsaufbauten durch die Minister? Oder hatte das durchaus etwas damit zu tun, dass Herr Dr. Schulz dann im Ministerium unter der Leitung von Andreas Scheuer Staatssekretär wurde und damit die Leitungsvorlage zum beamteten Staatssekretär ging?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Lange, das ist, glaube ich, genau die richtige Feststellung, die Sie gerade getroffen haben. In der Tat gab es bei Herrn Dobrindt häufiger Leitungsvorlagen. Seine Arbeitsmethodik bestand darin - entschuldigen Sie, ich darf das vielleicht so leicht salopp sagen -, dass er sehr gerne Abendsitzungen machte und wir sehr detailliert über Vorgänge gesprochen haben, während Herr Minister Scheuer eher im Tagesgeschäft gearbeitet hat und der Herr Dr. Schulz, den Sie zitieren, unser Staatssekretär zu dem Zeitpunkt, natürlich mit dieser Thematik sehr detailliert befasst war.

Insofern, glaube ich, müssen wir einmal unterscheiden zwischen Leitungsvorlagen und Ministervorlagen. Jede Ministervorlage ist auch eine Leitungsvorlage; aber nicht jede Leitungsvorlage ist eine Ministervorlage. Das heißt, viele Dinge hat Herr Dr. Schulz aus seiner Kenntnis heraus - - Er hat ja als Referatsleiter, als Abteilungsleiter, als Staatssekretär dann selber sehr intensiv an der Maut gearbeitet, vorher schon an der Lkw-Maut, dann an der Pkw-Maut, und war natürlich der optimale Informant und auch Gesprächspartner. Das heißt, es war gar nicht immer erforderlich, jetzt eine mühsam erstellte Leitungsvorlage, die die Hierarchieleiter hinaufging, zu machen, sondern häufig konnte im Gespräch der zuständige Staatssekretär sofort die Details darstellen und konnte auch Fragen, die der Minister hatte, beantworten. Das heißt also, auch Herr Scheuer hat natürlich sehr intensiv sich mit der Thematik befasst, aber eben in einer anderen Vorgehensweise.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke, Herr Görrissen, an dieser Stelle. - Ich will jetzt einen kleinen Sprung machen gedanklich - weg von der Arbeitsweise, hin in einen vielleicht politischen Bereich - und bitte nur dazu um ganz kurze, grundsätzliche Aussagen. Nachdem Sie vorhin Ihre Tätigkeit beschrieben haben, Sie jedoch - wie soll



Nur zur dienstlichen Verwendung

ich das nennen? - die Konstante an der Seite der Minister waren, von Ramsauer, Dobrindt bis Scheuer - - einen kurzen - wie soll ich sagen? - Seitenaspekt aus Sicht des Hauses, aber natürlich politisch nicht ganz unbedeutend, hin zum Koalitionsvertrag, der ja dann 2013 geschlossen wurde.

Nur noch mal zur Einordnung in die Diskussion: Wir haben gehört von Peter Ramsauer, seinen Kontakten mit Siim Kallas, die dann auch Alexander Dobrindt ja fortgesetzt hat, bis hin zu Violeta Bulc dann bei Alexander Dobrindt, und die damit von vornherein verbundenen Fragestellungen, die im Vorfeld des Koalitionsvertrages ja mehrfach diskutiert wurden. Wurden die auf Ebene BMVI - Koordinierung - damals schon thematisiert, oder hat man sich im Haus einfach mal zurückgezogen und gewartet: „Was wird der Koalitionsvertrag bringen? Und wir setzen uns im Anschluss damit, mit diesem auseinander“?

Vorsitzender Udo Schiefner: Es gab ein kleines Tonproblem.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich versuche es noch einmal.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, bitte.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Können Sie mich jetzt hören?

Vorsitzender Udo Schiefner: Jetzt ist okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Okay. - Bevor der Koalitionsvertrag, Herr Abgeordneter Lange, entstand, gab es ja die politischen Gespräche zum sogenannten Bayernplan, also dem Wahlprogramm der CSU, wo dieses Thema ja erstmalig hochkam. Und wir haben natürlich auch im Hause uns mit dieser Frage einer europarechtskonformen Ausgestaltung des Modells, was im „Bayernplan“ vorgesehen war und was dann **Einflussgang** in den Koalitionsvertrag nahm - - nach diesen Gesprächen oder Interviews, wie sie die damaligen Kandidaten geführt haben und wie es dann interpretiert wurde. Da hat es dann Modellüberlegungen gegeben, die in der Tat Peter Ramsauer und auch später Alexander Dobrindt mit

Herrn Kallas erörtert hatten, die ja in diese Richtung gingen, dass Herr Kallas sagte: Okay, das lässt sich europarechtskonform machen, wenn wir dieses so interpretieren, dass wir sagen: Nicht jeder einzelne Autofahrer, aber die deutschen Autofahrer in ihrer Gesamtheit werden nicht höher belastet. - Aber das war ein Modell, was mit dem Koalitionsvertrag nicht kompatibel wurde und nicht war.

Mit der Frau Bulc hat dann Herr Dobrindt die Gespräche geführt, die übrigens sehr viel schwieriger waren, als sie es mit Herrn Kallas waren. Herr Kallas war ein Mann, mit dem man reden konnte; Frau Bulc war sehr, sehr schwierig in ihrer Art. Umso wichtiger war es, dass man mit ihr sprach.

Und wir haben da natürlich auch als Haus zuge liefert und dann in dem - ich hatte es ja eingangs bemerkt - veränderten Modell, das Herr Dobrindt entwickelt hat - ich nenne es jetzt mal vereinfacht **„Konversationsmodell“** **„Kompensationsmodell“**, also den Änderungen der beiden Gesetze - - Und da haben wir in der Tat als Haus zugearbeitet und auch Empfehlungen gegeben, immer in dieser Kontinuität. Deshalb habe ich es erwähnt, dass Herr Dr. Schulz, der ja eigentlich - manche nenne ihn ja „Mister Maut - - Ich habe ihn kennengelernt als jemand, der wirklich ein exzellenter Fachmann auf diesem Gebiet war und auch heute noch ist.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke, Herr Görrissen. - Mit dem Wort „exzellenter Fachmann“ geben Sie mir natürlich quasi eine Vorlage für eine Frage. Die Zuarbeit kam aus dem Mautreferat. Wir hatten aber das europarechtliche Referat ja auch noch. Und vielleicht können Sie uns dann in diesem Zusammenhang, sofern Sie da eigene Kenntnis haben, kurz schildern, wie man dann auf den Professor Hillgruber als rechtliche Begleitung für die europarechtlichen Fragen gekommen ist.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Es ist vollkommen zutreffend, dass die Hauptvorschläge aus dem Mautreferat kamen und dort auch erarbeitet wurden. Ich habe ja einige Zeit lang auch die Zuständigkeit für den Europabereich gehabt im Hause. Das ist mir in meiner Tätigkeit nicht gelungen - es ist bis heute nicht gelungen -, darzustellen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass dieser Europabereich wirklich eigenständig arbeitet, sondern es ist auch mehr eine rein koordinierende Stelle. Das heißt, eigene Entwicklungen, eigene Stellungnahmen, eigene Positionierungen sind aus dieser jeweiligen Arbeitseinheit heraus nicht in großem Umfange erstellt worden. Vielfach ist dieses ja auch in vielen Dingen in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie - oder wie es dann jeweils auch hieß - getroffen worden, das ja in Europa-rechtsfragen die Federführung hat, auch in Abstimmung dann mit dem BMJ.

Ihre Frage zu Herrn Professor Hillgruber, den ich persönlich nicht kenne, kann ich nicht genau beantworten. Ich weiß, dass es damals ein Vorschlag des damals zuständigen beamteten Staatssekretärs Rainer Bomba war, nachdem man erkundet hat, welcher Rechtsprofessor in der Lage war, vor allem zeitlich auch in der Lage war, dieses Verfahren zu begleiten. Und da sind wir auf Herrn Hillgruber gekommen. Ich weiß, dass es da auch Stimmen gab, die etwas überrascht waren, weil Herr Hillgruber jetzt vielleicht nicht gerade der ausgewiesene Europarechtspolitiker-ler ist; aber ich habe die Erfahrung gemacht, dass er sich sehr, sehr tief in die Thematik eingearbeitet hat und auch mit anderen Professoren zusammengearbeitet hat. Aber ich kann Ihnen nicht sagen, wie genau und warum wir uns für Herrn Professor Hillgruber entschieden haben.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke schön. - Ich habe jetzt, glaube ich, noch zwei Minuten, drei Minuten?

Vorsitzender Udo Schiefner: Drei Minuten.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Drei Minuten. - Dann setze ich noch eine ganz kurze Frage an, europarechtlicher Art. Als dann die Kommission das Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat, hat man sich ja im BMVI zunächst entschieden, die Sache eher defensiv anzugehen. Können Sie uns kurz schildern, wie man zu dieser Entscheidung damals gekommen ist?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann das jetzt aus meiner Erinnerung heraus nicht genau darstellen; ich bitte um Verständnis. Ich erkenne

auch nicht, was Sie jetzt unter „defensiv“ verstehen; das müssten Sie mir näher erläutern.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Dann würde ich in der nächsten Runde, sofern das dann noch offen ist, wieder zu diesem Punkt zurückkommen, weil meine Zeit an dieser Stelle zu Ende ist. - Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön, Herr Kollege Lange. - Dann hat jetzt der Kollege Mrosek das Wort.

Andreas Mrosek (AfD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Görrissen, ich wünsche Ihnen erst mal ein gesundes neues Jahr und dass Sie gesund bleiben. - Eine allgemeine Frage: Haben Sie denn an bestimmten Verhandlungsgesprächen teilgenommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, vielen Dank für Ihre Wünsche. Das mit dem „gesund bleiben“ ist bei mir leider ein bisschen zu spät. Wie Sie sehen, bin ich leider schon nicht mehr ganz gesund, durch einen Schlaganfall leicht gehandicapt. Aber Sie beziehen das auf Corona, und dafür bedanke ich mich. - Sagen Sie noch mal genau, in welche Richtung Sie mit Ihrer Frage tendieren wollen.

Andreas Mrosek (AfD): Das BMVI hat sich doch schon länger mit der Infrastrukturabgabe beschäftigt. Seit wann eigentlich - das ist die Frage, weil Sie sind ja schon sehr lange im BMVI -, und haben Sie da an bestimmten Gesprächen, Verhandlungen teilgenommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Die Entstehungsgeschichte war ja die Pkw-Maut - ich hatte das eben schon als Stichwort genannt - in dem sogenannten Bayernplan, dem damaligen Wahlprogramm der CSU, wo - das ist ja heute der Kampfbegriff, wenn ich das so sagen darf - die Ausländermaut erfunden wurde. Und seitdem - - Das war so in der Schlussphase der Amtszeit von Herrn Ramsauer. Auch vorher gab es schon aus der CSU heraus diese Überlegungen; also insofern hat es viele Gespräche gegeben, politische Gespräche, wo man entwickelt hat, was eine Maut sein kann, aber auch Fachgespräche, wie man es umsetzen



Nur zur dienstlichen Verwendung

kann. Ich habe immer wieder an Gesprächen teilgenommen, aber nie in einer Detailtiefe oder - Sie haben, glaube ich, den Begriff „Verhandlungen“ gewählt; das waren keine Verhandlungen, sondern das waren Entwicklungen oder Fortsetzungsgespräche - nie in der Kerngeschichte; die sind von anderen. Ich hatte das versucht in meinem Eingangsstatement zu sagen: durch die Kollegen aus den Fachabteilungen.

Es gab ja auch bei uns unterschiedliche Zuständigkeiten, heute die Abteilung StV, früher einmal die Grundsatzabteilung. Und viele dieser Dinge wurden durch die damals zuständigen Staatssekretäre - - Es begann mit Rainer Bomba und dann Guido Beermann, aber eben vor allem auch mit Herrn Schulz, der eben auch schon in seiner Rolle als Abteilungsleiter die Kerngesprächsführung hatte, also in Detailgesprächen. Ich war bei Gesprächen mit Herrn Kallas, mit Frau Bulc dabei; aber da waren diese Mautthemen nicht die Kernthemen, sondern es waren immer Gegenstände der Erörterung neben vielen anderen Themen, die dort eine Rolle spielten.

Andreas Mrosek (AfD): Wurde denn im Zusammenhang mit diesem, wie Sie gesagt haben, „Bayernplan“ die Vereinbarkeit mit dem europäischen Recht besprochen, oder wie wurde das ausgewertet?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ja, gut, der „Bayernplan“ wurde erarbeitet, und es war eine der Forderungen der Partei, hier eben eine Maut, eine Pkw-Maut für Reisende aus dem Ausland auf deutschen Autobahnen zu schaffen, natürlich immer mit der Zielsetzung: Die muss europarechtskonform sein. - Das war ja allen bewusst, dass ein Modell, das nicht europarechtskonform ist, nicht funktionieren kann. Ausgangspunkt waren, glaube ich, im Wesentlichen die Vorhaben in Österreich, weil die Österreicher ja ein ähnliches Modell geschaffen hatten. Und das wollte man halt erreichen, dass man auch in Deutschland ein derartiges Thema sucht. Es war ein Thema in den süddeutschen Bundesländern; in den norddeutschen Bundesländern hat es eigentlich niemanden interessiert.

Und Sie können sich wahrscheinlich alle erinnern an dieses TV-Duell zwischen der Frau Bundeskanzlerin und Herrn Steinbrück, wo es am Schluss um diesen Satz ging: „Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben“, eine Aussage der Bundeskanzlerin, die, wie gesagt, im Laufe der Zeit dann durch die politischen Dinge und die Abstimmungen über den Koalitionsvertrag etwas relativiert wurde - also, eine lange Diskussion zu dieser Thematik.

Andreas Mrosek (AfD): Kurze Nachfrage: Wurde denn da konkret auch über dieses Diskriminierungsverbot gesprochen, in diesem „Bayernplan“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich war, wie gesagt, allenfalls immer mal am Rande beteiligt; insofern kann ich diese Frage nicht aus meiner Erinnerung heraus beantworten. Es war klar: Das muss irgendwie europarechtskonform geschaffen werden; das waren sozusagen die Aufträge an die beiden Minister Ramsauer und später dann auch Alexander Dobrindt.

Wie das vertieft erörtert worden ist: Natürlich hat es viele Gespräche gegeben; auch die Europapolitiker haben sich in diese Thematik immer wieder eingefunden. Klar war: Es muss ein Weg gefunden werden, wie das europarechtskonform laufen kann.

Andreas Mrosek (AfD): Dann möchte ich mal auf dieses Beweismaterial kommen, MAT A BRH-2/2i-01f, auf dieses Blatt 170 f. Da schreiben Sie - ich zitiere mal - an eine Frau Dr. Mohn:

... in der letzten Grossen Lage hatten Sie das Thema der Zulaessigkeit von Kompensationsmassnahmen bei der Einfuehrung einer Pkw-Maut angesprochen. Min hat die Bitte, ob Sie bitte noch im Laufe dieser Woche folgende Frage klaeren koennten: Ist es EU-rechtlich zulaessig, wenn bei der Einfuehrung einer Pkw-Maut in D

- Deutschland -



Nur zur dienstlichen Verwendung

alle in D Kfz-Steuerpflichtigen (unabhängig von der Staatsbürgerschaft) eine Vignette erhalten, ohne dass sie diese zahlen, während alle anderen Autofahrer dafür zahlen müssen?
Vielen Dank im voraus
Karl-Heinz Görrissen

Das war eine E-Mail vom 27.09.2011.

Und als Antwort haben Sie bekommen:

Lieber Herr Görrissen,
Anbei eine rechtliche Bewertung für BM

- Bundesminister -

zu seiner Anfrage. Einschätzung ist, dass das geschilderte Vorhaben EU-rechtswidrig ist, weil es eine verdeckte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit darstellt.
Grüß Astrid Mohn

Wie ist man denn mit dieser Einschätzung, mit diesem Ergebnis damals umgegangen?

(Der Zeuge blickt auf einen Bildschirm)

RA Dr. Daniel Krause: Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter, wir haben hier in dem Raum einen Vorhabtbildschirm, auf dem wir aber die Unterlage, die Sie jetzt zitiert haben, noch nicht sehen können. Könnten Sie so freundlich sein, noch mal die genaue Fundstelle anzugeben?

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, die Materialnummer bitte, Herr Kollege.

Andreas Mrosek (AfD): Ja, und zwar sage ich es noch mal: MAT A BRH-2/2i-01f, Blatt 170 f.

Vorsitzender Udo Schiefner: Also das, was hier auf dem Monitor angezeigt wird. Jetzt ist die Frage: Im BMVI, sagten Sie gerade, kann man dieses Material, dieses genannte, gerade nicht einsehen. - Ist das so, oder haben Sie da jetzt - -

(Der Zeuge blickt auf einen Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir haben es leider nicht sichtbar hier.

RA Dr. Daniel Krause: Also, wir haben hier eine - - Verzeihen Sie, Herr Vorsitzender; wenn ich das kurz erläutern darf.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, bitte.

RA Dr. Daniel Krause: Wir haben hier eine Aufstellung der Unterlagen, und unter der von dem Herrn Abgeordneten eben zitierten Materialbezeichnung hat die Mitarbeiterin hier keine Unterlage mit dieser Seitenanzahl finden können. Deshalb wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir einen Moment Zeit hätten.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, werden wir machen; werden wir jetzt klären. Die für die Technik Zuständigen aus dem Ausschussesekretariat - - Gibt es dazu eine Information, warum das da - -

RA Dr. Daniel Krause: So, jetzt haben wir hier eine E-Mail vorgelegt auf dem Bildschirm, vom 28. September 2011, 18.01 Uhr, von einer Frau Mohn an Herrn Görrissen. Aus dieser E-Mail - - Ist das richtig, dass da eben vorgehalten worden ist? Ist das die richtige E-Mail?

Vorsitzender Udo Schiefner: Herr Kollege.

Andreas Mrosek (AfD): Ich kann sie ja nicht sehen. Das ist eine E-Mail vom 28. September 2011, 18.01 Uhr, von Astrid Mohn an Herrn Görrissen, -

RA Dr. Daniel Krause: Danke sehr.

Andreas Mrosek (AfD): - wo sie antwortet auf die Frage von Herrn Görrissen - ich zitiere sie noch mal -:

Lieber Herr Görrissen,
Anbei eine rechtliche Bewertung für BM zu seiner Anfrage. Einschätzung ist, dass das geschilderte Vorhaben EU-rechtswidrig



Nur zur dienstlichen Verwendung

ist, weil es eine verdeckte Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit darstellt.
Gruß Astrid Mohn

Diese meine ich. Und da war meine Frage: Wie ist man damit danach umgegangen?

Vorsitzender Udo Schiefner: Können Sie das jetzt sehen? Ansonsten, die Frau Hönle ist, glaube ich, auch bei Ihnen; -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann es jetzt sehen; ich habe es auch gelesen.

Vorsitzender Udo Schiefner: - die müsste das auch aufrufen können. - Sie haben es.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ja, wir haben es.

Vorsitzender Udo Schiefner: Okay, Herr Görrissen. Dann können wir weiter fortfahren, okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe es jetzt gelesen. Sie werden verstehen, dass ich mich nach zehn Jahren nicht mehr genau an diese Mail oder diesen Mailverkehr mit Frau Dr. Mohn erinnern kann. Aber Frau Dr. Mohn war damals für die Europaangelegenheiten im Hause zuständig. Die Amtszeit von Dr. Peter Ramsauer ist ja, wie Ihnen bekannt ist, geendet mit dem Ergebnis, dass er die europarechtskonforme Pkw-Maut nicht hat einführen können, weil das in der Tat damals die Position des Hauses war. Ich habe das, wenn Sie sich erinnern, in meinem Einführungsstatement versucht deutlich zu machen, dass Herr Dobrindt, als er Minister wurde, mit ja eigentlich dem ähnlichen Auftrag versehen, einen vollkommen anderen Weg gegangen ist und mit diesem Kompensationsmodell - so habe ich es mal genannt -, also mit der Änderung des steuerlichen Teils, versucht hat, diese Besorgnis, die hier auch Frau Dr. Mohn zum Ausdruck bringt, zu beseitigen.

In der Tat war das, was Frau Mohn hier schreibt, die Position. Deswegen hatte ich ja auch auf das Testat von Herrn Kallas verwiesen, der da ja auch einige andere Lösungswege uns vorgeschlagen hat.

Aber das war damals die Arbeitsgrundlage im Hause, Herr Abgeordneter, wie Sie es gefragt haben.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zur Kollegin Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Hallo, Herr Görrissen! - Meine erste Frage ist eine grundsätzliche, und zwar nach der Fehlerkultur. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, Ihre Aufgabe ist es, zu koordinieren. Das heißt, aus den einzelnen Fachabteilungen kommen Meldungen rein, Sie müssen sie zusammenbinden, Sie müssen gucken, was das für Gesetzesvorhaben auslöst, wie die abzuwickeln sind, und Sie können inhaltlich eigentlich nichts dazu sagen, was aus den Fachabteilungen kommt.

Da stellt sich mir die Frage: Wer ist denn eigentlich die Person, die da noch mal draufguckt, ob das Ganze dann wirklich korrekt ist oder nicht?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Gut, Frau Lühmann, die Frage kann man natürlich ganz einfach beantworten und sagen: immer der Letztunterzeichner, wie man es so schön nennt; die Staatssekretäre oder der Minister, der die Letztverantwortung trägt.

Mein Versuch und mein Bemühen - wir kennen uns auch, glaube ich, seit sieben Jahren - ist es, inhaltlich natürlich mich vorzubereiten und auch mit einem gewissen politischen Gespür, das ich mir einfach vielleicht im Laufe der vielen Jahre angeeignet habe, zu prüfen, ob das in sich schlüssig ist, ob diese Konzeption denkbar ist. Aber wir haben acht Fachabteilungen - wenn ich den heutigen Stand des Hauses nehme -, wo wir eine exzellente Zuarbeit bekommen. Natürlich sind alle bemüht, dieses richtig und verständlich darzustellen. Meine Koordinierungsfunktion - - das klingt jetzt zwar etwas lächerlich, aber sie beginnt quasi bei einem Vermerk oder bei einer Anrede damit: Sind die Daten überhaupt richtig?

Es werden leider Gottes auch immer wieder Fehler gemacht; dass irgendwo etwas übersehen wird. Ich bin ein Mensch, der sehr viel liest, der



Nur zur dienstlichen Verwendung

auch häufig dann den aktuellen Stand oder aktuelle Ergänzungen noch hineinbringen kann. Und am Ende erwartet der Minister, dass wir - das heißt, die acht Kollegen und ich, wir neun Abteilungsleiter - ihm Vorlagen liefern, die fachlich und auch politisch - deswegen sind wir politische Beamte - richtig sind. Auf der Basis kann er oder können seine vier oder fünf Staatssekretäre - je nachdem, wie viel wir hatten - ihre Entscheidungen treffen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, aber das beantwortet ja meine Frage nicht richtig. Wo kann ein Fehler korrigiert werden? Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Wir haben hier die Leiterin des Haushaltsreferates gehört, die gesagt hat, von einer bestimmten Problematik hat sie nichts gewusst, weil das fachlich der Mitarbeiterin zugeordnet ist, die für Haushalt zuständig ist, aber nicht in ihrem Referat sitzt, sondern im Mautreferat. Und die hat eine Aussage getroffen, die zumindest kritikwürdig ist; wenn ich die Zeugin richtig verstanden habe, hat sie sogar gesagt, die wäre falsch. Im gesamten Verfahren ist das aber nirgends aufgefallen, weil im Mautreferat diese Mitarbeiterin die Einzige ist, die für Haushalt zuständig ist. Das heißt, im Mautreferat gibt es keinen anderen, der ihre Aussage überprüfen kann. Das Haushaltsreferat ist nicht eingebunden worden. Dann kommt es zu Ihnen. Sie sagen, Sie koordinieren dann, gucken noch mal die Plausibilität, und dann geht es hoch zum Staatssekretär oder Minister.

Wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, heißt das letztendlich: Der, der zum Schluss die Unterschrift daruntersetzt, ist der oder die politische Verantwortliche, und eine Möglichkeit, das noch inhaltlich zu überprüfen, gibt es nicht.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Natürlich gibt es die Möglichkeit, das inhaltlich zu überprüfen, wenn man Zweifel hat. Das ist ja genau die Kunst. Ich meine, mein Versuch ist es ja - - Ich bin ja nicht derjenige, der jetzt eine Vorlage nimmt und sagt: „So ist es“, sondern ich frage nach. Das heißt, in einem derartigen Fall, wenn mir dort gewisse Dinge unklar vorgekommen wären, hätte ich nachgefragt, im Zweifel auch im Haushaltsreferat.

Normalerweise soll solches ja durch die förmliche **Mitteilung -zeichnung** verhindert werden. Wenn das mal nicht erfolgt, worauf aber auch ja dann die zu-ständigen Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter zu achten haben, muss es im Zweifel nachgeholt werden. Sie werden sehen, dass es bei mir viele Vorgänge gibt, die nicht beim Minister anlanden, sondern erst einmal zurückgehen, noch mal in einen anderen Strang gehen, um eventuell vergaberechtlich, haushaltsrechtlich oder sonst wie - unter welchen Kriterien auch immer - - noch mal geprüft werden und quasi im Wege einer Mitzeichnung dann wieder ordentlich hergestellt werden, so wie Sie es erwarten.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke schön. - Sie hatten den Werdegang der Infrastrukturabgabe geschildert. Ich komme auch noch mal zurück auf Herrn Ramsauer. Der hat hier nämlich berichtet, dass er während der Koalitionsverhandlungen am 6. November 2013 mit Herrn Kallas geredet hat - Sie haben da auch drüber gesprochen -, und da ging es um die Voraussetzung für die Europarechtskonformität. Herr Kallas soll gesagt haben, dass es keine Verbindung zwischen Kfz-Steuersenkung und Maut geben dürfe, was unter anderem dadurch bewiesen werden könne, dass es bei den deutschen Haltern und Halterinnen auch Verlierer gäbe; Sie haben das auch, ein bisschen anders formuliert, schon angedeutet.

In dem Koalitionsvertrag stand ja dann etwas anderes drin, nämlich dass kein deutscher Fahrzeughalter oder - - Ich sage mal korrekter: Kein Fahrzeug, das in Deutschland zugelassen ist, darf finanzielle Nachteile durch diese Maut bekommen. - Wann ist Ihnen diese europarechtliche Problematik bewusst geworden, und haben Sie darüber mit Herrn Ramsauer gesprochen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Uns war diese europarechtliche Problematik bewusst. Ich will jetzt nicht sagen: Das war ja einer der Gründe mit vielleicht, warum die Amtszeit von Herrn Dr. Ramsauer nach vier Jahren endete: weil man politisch anders entschieden hat. - Sie haben gerade den Koalitionsvertrag - - wo es in der Tat heißt, dass kein Fahrzeughalter in Deutschland stärker belastet werden darf. Das war dann der neue Auftrag aus dem Koalitionsvertrag aus dem Jahre 2013,



Nur zur dienstlichen Verwendung

den es umzusetzen galt, und auch dort war ja noch aufgeführt, dass das europarechtskonform zu erfolgen hat und auch möglichst im Jahre 2014 noch ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll. Natürlich waren diese Dinge klar, aber deswegen - habe ich ja auch gesagt - sind wir mit einer neuen oder veränderten Konzeption gestartet.

Kirsten Lühmann (SPD): Diese neue Konzeption, da möchte ich kurz drauf eingehen oder auf die Vorarbeit. In einer Vorlage vom 14. Februar 2014 stellt, also nachdem Herr Dobrindt Verkehrsminister wurde - - Am 14. Februar 2014 hat das Mautreferat vier Lösungsvarianten vorgestellt, um die Vorgaben des Koalitionsvertrages zu erfüllen; das ist die MAT A BMVI-1/1_B30, Blatt 1 bis 4. Staatssekretär Bomba hat auf dieser Vorlage vermerkt, mit Ihnen abgesprochen zu haben, dass die Vorlage zunächst nicht an den Minister weitergeleitet werden soll. Sie haben dann am 27. Februar 2014 verfügt, die Vorlage zu den Akten zu geben. - Können Sie uns erklären, warum der Minister nicht über diese vier Varianten des Mautreferates informiert wurde?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe die jetzt gerade hier, Frau Lühmann, eingespeist; wenn ich sie vielleicht einmal gerade lesen darf.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Ich habe den Text gelesen, Frau Lühmann. Ich kann jetzt nicht aus der Erinnerung genau sagen, was da die gesamte Vorgeschichte war. Ich will es nur einmal versuchen, Ihnen zu erläutern, dass Sie meine Notiz oder meine Empfehlung verstehen.

Das war ziemlich zum Amtsbeginn von Herrn Dobrindt, wo es ja darum ging, ein Modell zu finden, das zu einer wirklichen Lösung führt. In diesem Vermerk sind verschiedene Punkte aufgeführt, wo immer wieder auch Schwierigkeiten dargestellt wurden, also Dinge, über die wir auch unabhängig von dieser Vorlage - und deswegen habe ich vorhin gesagt: Leitungsvorlage, Ministervorlage sind manchmal etwas unterschiedliche Dinge - auch in den Wochen oder Tagen

vorher schon intensiv diskutiert hatten, sodass das noch mal eine Zusammenfassung oder ein Vorschlag für das weitere Vorgehen war, was aber mit Sicherheit nicht auf die Schnelle zu einem Ergebnis geführt hätte. Und ich habe ja gesagt: Da stand im Koalitionsvertrag ja auch ein Zeitrahmen drin.

Wenn ich mich recht erinnere, habe ich damals mit Herrn Bomba darüber gesprochen und gesagt: Werter Herr Staatssekretär, ich glaube nicht, dass dieser Vermerk dem Minister hilfreich sein wird, um einen Lösungsweg zu finden. Es wäre klüger, wenn wir ihm jetzt nicht darstellen, wo wir überall Probleme sehen, sondern wenn wir jetzt endlich uns mal daran begeben, den Koalitionsvertrag so anzupacken, dass wir zu einer Lösung kommen; denn Herr Dobrindt hatte bereits signalisiert: Wir werden irgendwo einen Lösungsweg finden, und - ich habe das ja schon mehrfach gesagt - wir haben dann auch ja Wege gefunden, wie man es aus unserer damaligen Sicht europarechtskonform hinbekommt.

Also, ich glaube, es war mehr eine gut gemeinte Empfehlung - das Verhältnis Bomba/Dobrindt war eh nicht das beste -, jetzt nicht mit einem Vorschlag zu kommen, der wieder auch an vielen Stellen darstellt, was nicht geht, sondern den Versuch zu unternehmen, eine Lösung zu schaffen, mit der wir den Koalitionsvertrag umgesetzt bekommen.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Das verstehe ich. Ich habe da nur eine Frage. In dieser Vorlage steht unter anderem drin:

Die direkte Verbindung zwischen Pkw-Maut und Kompensation dürfte gegen das Diskriminierungsverbot der EU ... verstoßen.

Das ist einer von den Hinderungsgründen, die Sie gerade genannt haben.

Dann wissen wir, dass andere Ministerien, zum Beispiel das BMJV, das ähnlich gesehen haben; denn das Gesetz, das dann geschaffen wurde, sah ja genau das vor: eine direkte Kompensation; zwar in zwei Gesetzen, aber faktisch wurde die



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kfz-Steuer exakt um die Summe gesenkt, die die Höhe der Infrastrukturabgabe ausmachte.

Und auch in diesen Stellungnahmen heißt es nicht: „Das Gesetz ist europarechtskonform“, sondern: Es wäre gut vertretbar.

Wir haben hier die Zeugin Wunderlich gehabt aus dem BMVI. Die hat noch mal deutlich gesagt:

Wir haben durchweg auf das Risiko hingewiesen und haben auch nie gesagt, dass es europarechtskonform ist, sondern dass es europarechtlich gut vertretbar ist.

Protokoll vom 12.03.2020, Seite 17.

Allein Herr Hillgruber, also der Sachverständige, von dem wir eben schon gehört haben, dass er auch aufgrund seiner zeitlichen Verfügbarkeit ausgesucht wurde, sagte dann letztendlich, dass es europarechtlich problemlos sei. Auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat auf Probleme hingewiesen.

Meine Frage ist nun: Wenn ich jetzt so viele kritische Stimmen habe, warum wurde dann - und das haben uns andere Zeugen auch schon gesagt - allein auf das Gutachten von Herrn Hillgruber hin die Bewertung vorgenommen, dass das alles sauber ist und durchgehen wird?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, ich glaube nicht, dass man das jetzt allein auf das Gutachten von Herrn Hillgruber stützen kann, sondern es hat ja intensive Gespräche gegeben. Und wie Sie wissen, sind diese beiden Gesetzentwürfe vom Bundeskabinett beschlossen worden; das heißt, es haben die Fachressorts im Rahmen der Ressortabstimmung auch zugestimmt. Es ist parlamentarisch behandelt worden, und Sie kennen den Verlauf auf der europäischen Ebene.

Dass dieses eine Position war und dass es Interpretationsmöglichkeiten gibt, das ist allen bewusst gewesen. Aber wir waren der Meinung, dass man einen Lösungsweg finden konnte und dass wir den gefunden haben, wo wir - und das hat nichts mit Herrn Professor Hillgruber - - Und

ich habe auch nicht gesagt, dass er nur aus Zeitgründen - - sondern dass er einer war, der zeitlich verfügbar war. Aber, ich glaube, Herr Hillgruber ist schon ein anerkannter Rechtsprofessor. Also insofern ist es jetzt keine Notlösung gewesen, sondern es war schon jemand, der das mit Überzeugung und Verve - und er hat ja auch andere Mitarbeiter dabei gehabt - dargestellt hat. Also, die Tatsache, dass wir durch das Bundeskabinett entschieden haben - - glaube ich, sind die Bedenken, die immer wieder mal geäußert wurden und - die haben Sie ja gerade eben richtig zitiert - auch wieder ausgeräumt wurden durch dieses Modell, das der Herr Dobrindt entwickelt hat - - und das dann eben auch ja immerhin bis ins Gesetzblatt geschafft hat.

Und ich habe immer wieder den Eindruck, dass auch der Herr Bundespräsident - Joachim Gauck meine ich - damals sehr bewusst noch mal gerade diese europarechtliche Seite sich angeschaut hat. Denn wenn Sie in die Gesetzesmaterialien gehen, sehen Sie etwas, was etwas ungewöhnlich ist, nämlich dass Herr Gauck - sprich: das Bundespräsidialamt - immerhin vier Wochen geprüft hat, bevor das Gesetz endgültig ausgefertigt wurde - etwas, was sehr ungewöhnlich ist. Meistens dauert so eine Ausfertigungsphase einige Tage. Später bei Herrn Steinmeier ist es dann auch wesentlich schneller gegangen. Bei Herrn Gauck hat es vier Wochen gedauert, und es hieß immer, man lässt gerade noch mal diese europarechtliche Seite prüfen.

Also, sie ist ja kritisch gewürdigt worden, aber sie ist eben als ein Lösungsweg am Ende dargestellt worden. Und so sind ja auch die Formulierungen hier gewählt: dass es denkbar ist. Dass es gewisse Risiken gab, wussten wir im Vorfeld, aber sie sind durch die parlamentarische Beratung, durch die verschiedenen Instanzen, die sich damit beschäftigt haben, unseres Erachtens dann auch ausgeräumt worden.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Ich finde das immer sehr nett, wie Frau Lühmann darauf achtet, dass ihr eigenes Zeitfenster nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

überschritten wird, und sie selber darauf hinweist. - Jetzt hat der Kollege Jung das Wort.

Dr. Christian Jung (FDP): Vielen Dank. - Frau Lühmann, Sie sind immer sehr vorbildlich. - Sehr geehrter Herr Görrissen, schön, Sie zu sehen! Erst mal auch für Sie ein gutes neues Jahr! Und ich finde es auch gut, dass wir aus den von Ihnen beschriebenen Gründen auch diese Videobefragung machen. Das Wichtigste im Moment ist, dass alle gesund bleiben, auch wenn man schon Dinge hat, die auch vorher schon passiert sind. Deswegen freue ich mich, dass Sie heute über das BMVI zugeschaltet sind.

Ich interessiere mich vor allem in Bezug auf Ihre Arbeit für den Tag des EuGH-Urteils, und dazu hätte ich jetzt in der ersten Runde einige Fragen. Wenn Sie sich zurückversetzen an den Tag des EuGH-Urteils, an welchen Besprechungen haben Sie damals genau teilgenommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Vielen Dank für Ihre Wünsche, Herr Abgeordneter. - Sie meinen also den 18. Juni, über den ich Ihnen hier jetzt berichten soll.

Dr. Christian Jung (FDP): Genau. Exakt.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Der 18. Juni begann ja mit der Urteilsverkündung am relativ frühen Vormittag. Da haben wir dann im Kollegenkreis - - Das heißt, ich hatte meine beiden Unterabteilungsleiter zu mir geholt, weil ich selber leider nicht so beweglich bin, wie ich es früher gewohnt war; da bin ich zu Kollegen hingegangen, oder wir haben irgendwo eine Runde gebildet. Ich muss heute leider ein bisschen darauf Rücksicht nehmen, dass meine Beweglichkeit eingeschränkt ist. Deswegen hatte ich beide Kollegen zu mir gebeten.

Wir wussten ja nicht, wie das Urteil ausgeht. Wir waren der festen Überzeugung: Es kommt ein positives Urteil, vielleicht mit ein paar Hinweisen auf irgendetwas, was man noch ein wenig anpassen muss, um dem Ganzen gerecht zu werden. - Umso mehr hat uns das Urteil, wie es dann letztendlich gefällt wurde, überrascht. Wir haben dann relativ schnell den Minister informiert, und

wir haben dann erste Gespräche im Kollegenkreis geführt.

Die Bewertung des Urteils haben wir natürlich anschließend vorgenommen, aber sie war relativ einfach. Es war halt ein so klares Urteil: Das Modell, was wir im Gesetzblatt stehen hatten, wird nicht gehen. - Wir haben dann an diesem Tag verschiedene Gespräche geführt. Ich habe viele Anrufe bekommen von unterschiedlichen Stellen, Verbänden, Organisationen, die alle natürlich mit der Frage kamen: Was macht ihr jetzt? Also eine Frage, die ich gerne hätte beantworten mögen, aber nicht in der Lage war zu beantworten.

Sie wissen aus Ihren Befragungen, dass der Minister kurzfristig und sehr schnell entschieden hat, die Dinge, die wir am Laufen hatten, zu stoppen, damit nicht weiter Geld ausgegeben wird, damit keine Verbindlichkeiten eingegangen werden, weil da ja auch auf verschiedenen Ebenen Gespräche schon liefen, das eine oder andere zu machen. Wir haben dann eine Taskforce eingesetzt unter der Leitung des zuständigen Staatssekretärs, Guido Beermann, der leider an diesem Tag seine Aufgabe aber nicht wahrnehmen konnte, weil er nicht im Hause war. Wenn ich mich erinnere - aber das können Sie ihn genauer fragen -, meine ich, wäre er bei einer Klausurtagung oder Strategietagung des DB-Aufsichtsrates gewesen. Und wir haben diese Taskforce arbeiten lassen in einer variablen Zusammensetzung und haben dann am späten Nachmittag, frühen Abend mit dem Minister zusammen noch einmal uns die Ergebnisse dieser Taskforce berichten lassen aus den verschiedenen fachlich infragekommenen Bereichen und haben dann uns am späteren Abend zusammengesetzt in einem kleineren Kreis mit dem Minister, um noch einmal zu beraten und darüber zu befinden, wie wir mit dem Urteil umgehen. Details, glaube ich, sind Ihnen weitgehend bekannt. Das sind also die Gespräche, die ich bis in die Nacht hinein an diesem Tage geführt habe, also koordiniert, diese Kernrunde Taskforce usw.

Dr. Christian Jung (FDP): Vielen Dank. - Man könnte den Eindruck haben, obwohl wir uns nicht persönlich kennen, dass wir die Fragen so



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein bisschen abgesprochen haben, weil Sie dankenswerterweise einige meiner Fragen jetzt schon beantwortet haben.

Es gab ja die Taskforce, wie Sie gesagt haben. Und die Frage wäre für mich bei der Taskforce: Haben Sie die zusammengestellt, oder war das jemand anderes, die Teilnehmer?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Der Auftrag des Ministers - - Oder was heißt „Auftrag“? Wir haben darüber uns unterhalten, weil - das darf ich vielleicht an dieser Stelle einmal ganz offen sagen - wir haben seinerzeit zu der Amtszeit von Peter Ramsauer das Thema „Aschewolke“ - Sie können sich erinnern - gehabt und haben damals das Problem „Aschewolke“ gelöst, indem wir im Kollegenkreis zusammengesessen sind und das besprochen und verhandelt haben, und haben da den Fehler gemacht, keine Taskforce einzuberufen. Das ist uns später angekreidet worden. Ja, wie habt ihr das eigentlich gehandhabt? Wir hatten im Prinzip eine Taskforce. Wir haben nur die Taskforce nicht „Taskforce“ genannt. Und die Lehre haben wir gezogen und gesagt: Man muss jetzt das sozusagen formalisieren.

Wir haben dem Staatssekretär Guido Beermann, der ja nicht weg war, aber eben nicht verfügbar war, diesen Auftrag gegeben, und er hat das dann teilweise auf seinen Kollegen Dr. Michael Güntner delegiert, der dann - - Ich selber habe mich da überhaupt nicht drum gekümmert. Ich habe gleich gebeten, nicht in dieser Taskforce dabei sein zu müssen, weil ich gar nicht mit dem nötigen Sachverstand da hätte arbeiten können - ich wäre da eigentlich nur ein zuhörendes Organ gewesen -, habe also gebeten oder wir haben gebeten, dass der Staatssekretär die Kollegen dazuholt, die er meint zu brauchen, die fachlich Auskunft geben können, die das Urteil bewerten können, die Schlussfolgerungen ziehen können und dies auch gegebenenfalls unter Hinzunahme der Berater, die ja sich auch mit der Thematik immer sehr intensiv befasst haben. Aber ich selber war nicht Mitglied der Taskforce, die ja auch später - - Sie haben jetzt nur nach dem 18. gefragt, aber auch später hat es ja noch mal Tagungen oder Sitzungen gegeben unter der Leitung dann von Herrn Beermann.

Dr. Christian Jung (FDP): Also das heißt, Sie haben gar nicht an den Sitzungen teilgenommen der Taskforce?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ich habe an keiner Sitzung der Taskforce teilgenommen. Ich habe nur am späten Nachmittag, als der Minister dazu kam - jetzt kann man das noch eine Sitzung der Taskforce nennen; wie Sie wollen - - Wir haben dort sozusagen aus den verschiedenen Bereichen die zusammengefassten Ergebnisse uns berichten lassen, was man tun kann oder was man machen sollte, und noch mal so eine Gesamtschau auch des Urteils, wie das Urteil nun insgesamt bewertet wird. Es gab ja dann auch schon mediale Berichte darüber, wie es interpretiert wurde und was nun an Möglichkeiten gegeben ist, wie man weiter vorgeht bei dieser Taskforce.

Dr. Christian Jung (FDP): Jetzt, als Sie bei den Sitzungen dran teilgenommen haben dann mit dem Minister zusammen, an welche Teilnehmer können Sie sich denn noch erinnern? Wer war denn genau dabei? Wie hießen die?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Also, das fällt mir jetzt schwer, das aus der Erinnerung heraus zu sagen, wer alles dabei war. Es war ein größerer Kreis. Und ich hatte ja schon gesagt: Es oblag dem zuständigen Staatssekretär, darüber zu befinden, wen er dazuholt. Das heißt, in der Phase, wo ich dazukam, will ich jetzt nicht sagen: „Das war jetzt die Taskforce“, sondern das war ein Kreis, der dann noch zusammen tagte.

Natürlich waren es die Kollegen, die sich mit der Mautthematik aus der Abteilung StV beschäftigt hatten. Es waren die Kollegen, die sich mit den europarechtlichen Fragen beschäftigt hatten, dabei, und es waren auch - ich glaube jedenfalls - aus der Abteilung Z Haushalt usw. noch dabei. Aber eine genaue Liste sozusagen - - Es war ein relativ großer Kreis in unserem Besprechungsraum, der einen großen ovalen Tisch hat, wo 20 Leute Platz finden. Aber ich kann Ihnen nicht mehr im Detail sagen, wer da jetzt alles sozusagen als Taskforce dabei war.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut. Dann ist die Zeit auch abgelaufen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Christian Jung (FDP): Ich sehe, dass meine Zeit auch abgelaufen ist. Ich werde dann weitere Fragen in der nächsten Runde stellen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat jetzt der Kollege Cezanne das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Görrissen! Vielen Dank, dass Sie uns heute für Fragen zur Verfügung stehen.

Ich setze auch mal an dem Datum 18.06.2019 an. Mich würde interessieren: Sie haben selbst gesagt, Sie haben eigentlich mit einem positiven Urteil des EuGH gerechnet. Aber wie haben Sie denn dennoch für die Öffentlichkeitsarbeit, für die Außendarstellung diesen Tag inhaltlich vorbereitet? Gab es dazu Vorlagen intern oder ausgearbeitete - - keine Ahnung, ob das im Ministerium auch „Sprechzettel“ heißt - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, ich habe ja versucht, das deutlich zu machen, dass wir - und mit „wir“ meine ich eigentlich alle Stellen im Hause - der festen Überzeugung waren: „Es wird ein positives Urteil geben“, begründet dadurch, dass wir ein Gesetzgebungsverfahren hatten, das ~~uns~~ mühsam genug war, und am Ende aber niemand Zweifel dann mehr erhoben hat. Die beiden Gesetze sind von verschiedenen Bundespräsidenten sogar ausgefertigt worden; sie sind im Gesetzblatt veröffentlicht worden. Wir haben von der EU-Kommission unter der Ägide von Frau Bulc ein Testat bekommen, dass sie sagt: Es sind jetzt europarechtskonforme Regelungen. ~~—Und wir haben auch durch den Generalanwalt—~~ Nun habe ich gelernt, dass man auf Generalanwälte unterschiedlich einwirken kann. Manchmal treffen sie es scheinbar; manchmal treffen sie es nicht. Wir haben jetzt leider einen Fall gehabt, da war der Generalanwalt anderer Meinung als am Ende das Gericht.

Aber alles, was ich so vernommen hatte - - Ich war, wie gesagt, nicht bei den Terminen, die auf europäischer Ebene stattfanden usw., dabei, aus den bekannten Gründen, weil wenn ich reise, ist das immer ein Aufwand; ich bin immer eine Stunde später erst da, bevor die anderen das

schon alles erlebt haben. Aber wir haben eben durch die mündliche Verhandlung, über die mir der Kollege Dr. Schulz berichtet hat, über die Gespräche, über die Tatsache, dass das Projekt der Großen Kammer des EuGH zugewiesen wurde, wo er meinte, daraus könnte man ableiten, dass sie das Verfahren sehr ernst nehmen, aber wahrscheinlich auch nutzen werden, noch einige Dinge uns mit auf den Weg zu geben, zum Beispiel eben zu sagen, wie die europarechtliche Ausgestaltung der Eurovignetten-Richtlinie - - kommen, also so ein Grundsatzurteil, das eben nicht nur sich mit der reinen Thematik Pkw-Maut befasst, sondern auch darüber hinaus noch einige wegweisende Dinge, was die Gerichte ja gerne mal mögen, der Politik mit auf den Weg gibt.

Das heißt, wir waren eigentlich der festen Überzeugung und haben diesen Plan B, wenn Sie es so nennen wollen, nicht durchgespielt - was machen wir denn, wenn es schiefgeht? -, weil wir uns das einfach nicht vorstellen konnten. Ich sage Ihnen ganz offen: Ich habe manchmal das Gefühl gehabt, wenn noch etwas kommt, werden die einige kleinere Korrekturen anbringen, die wir dann umsetzen müssen, was - das können Ihnen Herr Lange und Frau Lüthmann bestätigen - sicher nicht einfach geworden wäre, aber man hätte es hinbekommen. Also, wir hatten diesen Fall „Es kommt ein Urteil, das uns sagt: Infrastrukturabgabe geht gar nicht“, nicht durchgeplant. Was hätten wir da auch planen sollen? Weil wir nicht wussten, was das Gericht verfasst, was das Gericht uns gibt, wo es - - Denn streng genommen hat es ja nur gesagt: Eine Pkw-Maut ist möglich, aber nicht in dieser Konstellation. - Also, mehr hatten wir nicht uns vorbereitet, weil wir der festen Überzeugung waren im ganzen Hause, dass das EU-konform abgelaufen ist und so auch im Gesetzblatt jetzt steht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - In den Unterlagen haben wir eine E-Mail von Ihnen vom 12. Juni 2019 an Herrn Beermann gefunden, wo Sie schreiben:

Lieber Guido,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Min bittet für den 18.6. (Urteilsverkündung EuGH zur Infrastrukturabgabe) für ihn und Herrn ...

- heißt wahrscheinlich „Landesgruppenvorsitzenden“ -

Dobrindt eine Sprachregelung und Kommunikationsstrategie zu erstellen.

Ich kann die MAT-Nummer sagen: MAT A BMVI-5/8, Blatt 1. - Wie ist denn - - Wollen Sie erst schauen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter - -

Riccy Simon (BT): Könnten Sie bitte die MAT-Nummer noch mal wiederholen?

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja, gerne: MAT A BMVI-5/8, Blatt 1.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich weiß jetzt nicht, Herr Abgeordneter, ob das noch weitergeht, ob es da eine Antwort gibt. Ich kann jetzt auch das - - Also, ich kann mich jetzt nicht genau an diesen Vorgang erinnern. Er ist ja relativ knapp und kurz. Es ist das übliche Verfahren eigentlich, wie ich es kenne, dass Herr Dobrindt angerufen hat und gesagt hat: Ich brauche was, wenn das Urteil kommt, dass ich argumentieren kann. - Da wir aber das Urteil nicht kannten, ist jetzt meine Vermutung, dass dieser Auftrag nicht erfüllt wurde, sondern dass wir eben alle drangesessen sind und gesagt haben: Sobald was kommt, werden wir auch eine Sprachregelung vorlegen. - Denn über ein nicht vorhandenes Urteil eine Sprachregelung zu fertigen - - Wahrscheinlich haben wir für den Fall, dass es positiv ausgeht, irgendwas vorbereitet gehabt noch mal zusammenfassend; aber ich kann nicht erinnern, was da vorbereitet war. Jedenfalls hatten wir nichts in der Tasche, was wir dort hätten vorlegen können.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - Nun hat es nach dem, was wir wissen, eine AG Kommunikation oder Informationsmanagement zwischen den Betreibern, dem Kraftfahrt-Bundesamt und dem Ministerium gegeben. Wissen Sie, wussten Sie von dieser AG Kommunikation, welche Aufgaben hatte sie, und waren Sie da mit eingebunden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Von dieser AG Kommunikation habe ich nie etwas gehört; ich kannte sie nicht, ich war auch nicht eingebunden. ... (akustisch unverständlich) Geschichte scheinbar. Ich kann es nicht bewerten und nicht beurteilen. Ich habe jedenfalls mit keinem jemals darüber gesprochen. Ich habe es jetzt erst im Nachhinein gehört oder mal irgendwo gelesen, dass es das gegeben hat. Mir war das nicht bekannt.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Und vielleicht dann noch eine letzte Frage zu diesem Themenkomplex: Bei autoTicket gab es einen relativ neuen Kommunikationschef, Herrn Kollner. Hatten Sie denn Kontakt mit ihm, oder gab es vom Ministerium Kontakt mit ihm? Herr Blum, zum Beispiel, von den Betreibern hat ausgesagt, dass es für den Tag des EuGH-Urteils intern eine Kommunikationsrichtlinie gegeben hätte, die wir aber in den Unterlagen bisher nicht gefunden haben. Können Sie dazu etwas sagen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Den von Ihnen genannten Herrn Kollner - oder wie Sie sagten - kenne ich nicht. Den habe ich nie kennengelernt. Ich kenne natürlich Herrn Dr. Blum, vor allem aus seiner vorherigen Tätigkeit bei Toll Collect, und ich kenne Herrn Schneble. Mir war nicht bekannt, dass die irgendwas vorbereitet haben. Die werden sicherlich firmenintern etwas gemacht haben, aber wir hatten keinerlei Kontakt mit denen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann darf ich das Wort geben dem Kollegen Krischer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Görrissen, danke, dass Sie hier zur Verfügung stehen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

und auch danke für Ihre Ausführungen zu Beginn, die ich sehr interessant fand. Und da möchte ich auch nachfragen.

Sie haben beschrieben, wie Sie mit den verschiedenen Ministern - die, manche sagen ja, unter Ihnen Minister waren -, denen Sie gedient haben, kommuniziert haben. Ich hätte eine Frage zu den Tagesinformationen, die Sie geschrieben haben. Wir haben ja einige dieser Tagesinformationen vorliegen, hier in den Unterlagen. Sie haben aber eben gesagt: Die sind nicht veraktet worden. - Können Sie uns das erklären, warum es dann einige dieser Tagesinformationen in den Unterlagen gibt, andere aber wahrscheinlich nicht? Oder wissen wir einfach nicht, ob es andere gab?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Abgeordneter, Sie dürfen jetzt den Begriff „Tagesinformationen“ nicht so verstehen, dass es jeden Tag irgendwas zu informieren gab, sondern es war halt ein gewillkürter Begriff, und wenn was zu berichten war, habe ich es berichtet.

Sie sagen, Sie haben einige in Ihren Akten vorliegen. Das würde ich anders interpretieren: Sie haben die in Ihren Akten vorliegen, die untersuchungsgegenständlich waren. - Es gibt einen großen Berg weiterer Tagesinformationen, die aber mit dem Thema Maut oder Infrastrukturabgabe oder drum herum nichts, aber auch gar nichts zu tun haben. Sie haben zu tun mit der Gründung der Autobahngesellschaft, mit vielen Fragestellungen, die wir im Bundesverkehrswegeplan - - also eine wirklich breite Palette. Und insofern haben Sie die vorliegen, die sich mit Mautfragen beschäftigen, also die untersuchungsgegenständlich sind. Und die habe ich Ihnen zur Verfügung gestellt.

Alle anderen, die es gibt, in großer Zahl sogar gibt, betreffen - - Und Sie haben ja einige Schwärzungen auch gesehen. Ich habe die Schwärzungen vorgenommen, weil es Informationen sind, die niemanden aus dem Bereich des Untersuchungsausschusses eigentlich betreffen, habe mir aber erlaubt, die Überschriften stehen zu lassen, damit Sie sehen, welche Themen das sind, und sehen, dass das eine wirklich breite Palette ist.

Das ist ein Riesenministerium, und Sie können sich vorstellen: Ich habe da manchmal auch ganz banale Dinge mitgeteilt. Wenn Sie als Abgeordneter eine Frage gestellt haben, Herr Krischer, dann habe ich dem Minister auch mitgeteilt: Der Abgeordnete Krischer hat eine Frage gestellt zum Thema Pkw-Maut, von der wir davon ausgehen dürfen, dass die morgen oder übermorgen in der Zeitung steht. - Entschuldigen Sie, wenn ich das als Beispiel nehme, aber so waren die Sachverhalte, weil das natürlich Ihre parlamentarische Arbeit ist, die ja auch vollkommen in Ordnung ist, aber wir eben am nächsten Tag - - Und Sie können sich gar nicht vorstellen, wie oft der Minister mich dann am Wochenende oder **was sonstwie** an-morst: „Was ist das schon wieder gewesen?“ o-der: „Was was steckt dahinter?“ Deswegen habe ich mir gesagt: Bevor er dich jedes Mal fragen muss, sagst du einfach, was du weißt sozusagen, informierst ihn, was da kommen wird. - Also, vo-rausschauende Informationspolitik betreiben, - **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: - das ist der Sinn der Tagesinformationen zu einem wirklich breiten Spektrum.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das freut mich ja zu hören, dass unsere Arbeit im Verkehrsministerium wertgeschätzt wird. - Meine Frage wäre dann zu den Tagesinformationen: Die haben Sie dann immer an den MdB-Account geschickt?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Hatte ich ja in meinem Einführungsstatement gesagt, warum ich das gemacht habe: weil der Minister-Account, der normale Minister-Account, ist ein Account, wo wohl am Tag - ja, lassen Sie mich grob schätzen - 200, 300 Mails einlaufen. Das heißt, der wird natürlich vorsortiert von den Sekretärinnen des Ministers, vom Leiter des Ministerbüros, von auch noch ein, zwei weiteren Mitarbeitern. Das heißt, dort haben viele Zugriff. Und wenn ich jetzt zum Beispiel - und ich habe es ja versucht darzustellen - - Normalerweise, früher bei Peter Ramsauer und auch vielfach noch bei Dobrindt, bin ich halt



Nur zur dienstlichen Verwendung

mit denen unterwegs gewesen, habe ihnen erzählt: Soundso, da kommt dies oder jenes. - Das war mir einfach aus Gesundheitsgründen bei Herrn Scheuer nicht mehr möglich, weil ich - - Ich sage es mal ganz salopp: Als Mittsechziger mit einem Anfang-Vierziger noch mithalten, und dann im Rollstuhl, das war einfach nicht möglich. - Aus dem Grunde habe ich diese Informationen ihm dann auf diesem Wege mitgeteilt, und damit war es auch nicht erforderlich, derartige Dinge - -

Wenn Herr Luksic ein Gutachten in der Presse zitiert hat, dann kam natürlich vom **Scheuer Minister** die Frage am Telefon: Woher hat er das? - Ja, woher soll ich wissen, wo Herr Luksic das Gutachten herhat? Bis ich dann feststellte, dass es ein Bericht des Wissenschaftlichen Dienstes ist, was er in Auftrag gegeben hat. Logischerweise hatte er es nur, und wir hatten es nicht; Herr Simon wird es bestätigen, der vor mir sitzt.

Also, insofern war das das **hilflose** Bemühen eines Abteilungsleiters, möglichst viele Informationen an einen Minister heranzutragen - und dass er sie auch wirklich liest und das nicht in der Fülle dieser Ministeriumsmails irgendwo untergeht -, aber eben auch vertrauliche Dinge. Wenn es um die Frage der Besetzung der Autobahngesellschaft ging, da konnte ich nicht öffentlich und offen diskutieren, wen wir da vorschlagen als Geschäftsführer.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Aber das ging immer an seinen MdB-Account?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: All diese Tagesinformationen sind an den MdB-Account gegangen. Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich: damit ich auch die Sicherheit hatte. Weil ich wusste: Das liest er. - Das andere, was ihm dann das Ministerbüro hätte weiterleiten müssen oder ihn drauf aufmerksam machen müssen, das hätte nicht funktioniert. Und Sie sehen es ja auch teilweise an meinen Zeiten: Ich arbeite nicht nur zu den normalen Zeiten, sondern ich mache manchmal auch etwas am Wochenende in aller Ruhe, weil ich das sonst einfach nicht schaffe, und es gibt eben auch Abende, wo einem noch etwas einfällt:

Mensch, du hast vergessen, den Minister über dies oder jenes zu informieren. - Und das war zwischen uns vereinbart, dass meine Informationen, wenn ich sie ihm dann schicke, eigentlich wichtig sind, um das politische Geschehen des Tages zu verfolgen und gerüstet zu sein für weitere **Informationen Gespräche**.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben eben gesagt: Diese Tagesinformationen sind nicht veraktet worden. - Dass uns aber jetzt welche zur Verfügung gestellt wurden, zeigt ja, dass sie im Ministerium vorliegen. Wo liegen die denn da dann vor?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sie liegen vor im Computer sozusagen. Ich meine, ich habe sie jetzt auch mir angeschaut noch mal, und ich habe sie ja sortiert, und ich kann Ihnen sagen: Sie könnten jetzt - - Ich könnte dem Herrn Simon einen Stapel geben, den kann er durchblättern, und er wird sehen: Das sind interessante Themen, politisch interessante Themen, aber es hat nichts mit dem Untersuchungsgegenstand des heutigen Tages zu tun.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wenn man in diese Tagesinformationen guckt, bestätigt sich das, was Sie sagen, dass da zu verschiedenen Themen ausgeführt wird. Sie haben aber eben gesagt, das seien sehr kurze Informationen. Also, ich habe hier eine - ich kann gern die MAT-Nummer sagen: MAT A BMVI-5/12, Blatt 35 -, da gibt es - das ist wohl vom 01.09.2019 - elf Punkte, und allein die Ausführungen zum Thema Infrastrukturabgabe umfassen fast eine DIN-A4-Seite mit sehr vielen auch relevanten Informationen. Das ist ja schon ein bisschen mehr als eine kurze Information, sondern das sind schon umfängliche Vorlagen, die Sie ja verschickt haben.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe jetzt gerade den Text hier vor Augen. Wenn ich das gerade mal durchschauen darf, weil ich jetzt natürlich nicht genau weiß, was - -

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das meiste ist schwarz. Das ist klar, weil da geht es um Klimaschutz - gut, da hat das Ministerium nicht so viel zu sagen - und andere Dinge, wo man nicht mal die Überschrift erkennen kann. Aber Punkt fünf und sechs von elf, da geht es um die Infrastrukturabgabe. Und meine Frage wäre an Sie nur: Würden Sie das, ein solch umfangreiches Dokument, als kurz bezeichnen? Weil Sie eben gesagt haben, diese Tagesinformationen seien kurze Informationen.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Abgeordneter, es ist Ihnen jetzt gelungen, ein Beispiel aufzunehmen, wo es mal anders ist. Ich meine, es ist wie im richtigen Leben: 90-mal geht es gut, und einmal geht es dann am Ende schief. - Also, natürlich, hier habe ich mal etwas mehr ausgeführt. Aber wenn Sie standardmäßig die anderen Texte sich anschauen: Die sind in der Regel kurz. - Nun kann man über „kurz“ streiten. Jedenfalls habe ich mich bemüht, immer zusammengefasst das darzustellen. Und das hier sind auch Zusammenfassungen - wenn Sie sehen: „das von der FDP beauftragte Gutachten“, dass man das nutzen kann. Da habe ich natürlich ein paar Dinge - - Manchmal kann man nicht ganz kurz schreiben, weil es dann der Betroffene nicht versteht. Manche Dinge kann man mit einem Stichwort beschreiben.

Also, ich bitte schon, mir abzunehmen, dass die Masse meiner Tagesinformationen kurz ist. Manchmal vielleicht - und Sie haben jetzt gerade einen Fall, am 1. September, gefunden, den ich etwas länger ausgeführt habe - - vielleicht manchmal auch aus Bequemlichkeitsgründen, dass man es irgendwo abschreibt. Denn das wissen Sie selber auch: Ein kurzer Text ist schwieriger verfasst als ein langer. - Das Erstellen von Tagesinformationen ist eine sehr, sehr schwierige Aufgabe, mit wenigen Worten einen komplexen Sachverhalt manchmal zu beschreiben oder zu umschreiben.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zur zweiten Runde. Und nach dieser zweiten Runde, würde ich vorschlagen, machen wir dann auch die Pause, die Herr Görrißen erbeten hat. - Herr Kollege Lange.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke schön. - Herr Görrißen, ich möchte noch mal ganz kurz einhaken in den Juni 2015. Da leitete die Kommission ja das Vertragsverletzungsverfahren wegen der Infrastrukturabgabe ein, und im BMVI hat Bundesminister Dobrindt dann entschieden, dass die Vergabeverfahren zwar intern vorbereitet werden, die Umsetzung jedoch erst vorgenommen wird, wenn die europarechtliche Klärung erfolgt ist. Wissen Sie heute noch, warum man sich zu diesem Schritt entschieden hatte, hier zunächst mal - das ist das, was ich vorhin meinte mit „defensiv“ - defensiv damit umzugehen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Jetzt verstehe ich Ihre Frage; aber ich kann Ihnen es trotzdem nicht erklären, weil ich das nicht erinnere, ob wir das diskutiert haben. Ich glaube eher, dass es eine fachliche Geschichte war. Und ich habe ja versucht, in meinen Einführungen zu sagen, dass ich in diesen fachlichen Diskussionen nicht dabei war. Also, ich kann Ihnen da als Zeuge jetzt keine Dinge benennen, die diese Frage beantworten.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Es gab dann in der Folge ja einen durchaus regen Austausch mit der Kommission, mit der Kommissarin. Am Ende des Jahres, also 1. Dezember 2016, fand man dann auch einen Kompromiss. Bei diesem Kompromiss ging es jetzt hier im Untersuchungsausschuss auch durchaus um die Frage: Welche Zugeständnisse gab es, und welche Qualität hatte dieser Kompromiss? Ist es ein rein politischer Kompromiss gewesen? Ist es ein politisch-juristischer Kompromiss mit der Kommission gewesen? Die Kommission hat ja dann am Ende auch das Vertragsverletzungsverfahren eingestellt und die Klage zurückgenommen. Wie hat man das auf Ihrer Seite und auch in der Kommunikation beurteilt?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Wir haben natürlich sehr begrüßt, dass am Ende Frau Bulc in einer Presseerklärung - am 1. Dezember war es, glaube ich - deutlich gemacht hat, dass sie bestätigt hat, dass das ein europarechtskonformes Vorgehen ist, und sie hat dann ja auch das Vertragsverletzungsverfahren eingestellt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es hat im Vorfeld viele Gespräche gegeben. Ich habe bereits gesagt, dass ich eigentlich an fast keinem teilgenommen habe; aber es hat Gespräche gegeben, von denen ich weiß, insbesondere auch mit dem Juristischen Dienst, auch mit Herrn Selmayr - Sie haben ihn ja als Zeugen vernommen -, wo wir bestimmte Dinge erörtert haben.

Dieses Gespräch mit der Frau Bulc, wo wir angeblich Zugeständnisse gemacht haben: Ich habe das nicht so mehr in Erinnerung, sondern meines Erachtens war das ein politisches Zugeständnis, dass man gesagt hat: Die Frau Bulc bestätigt, dass das Vertragsverletzungsverfahren auch rechtlich sauber in dieser Variante der Änderung des Gesetzes abgearbeitet ist, und wir haben politisch gesagt - aber das muss Herr Dobrindt Ihnen näher darstellen -: Wir unterstützen die Bemühungen der Kommission bei der Eurovignetten-Richtlinie, natürlich nur so, wie wir es politisch durchsetzen können. - Sie haben ja miterlebt, dass wir jetzt gerade im Rahmen unserer EU-Ratspräsidentschaft die EU-Richtlinie, die Eurovignetten-Richtlinie, versuchen anzupassen, und Sie haben auch miterlebt, wie schwer es ist, innerhalb der Bundesregierung zu einer Positionierung zu kommen. Und insofern war das für mich eine politische Zusage, die man gemacht hat: Wir bemühen uns auf den europäischen Ebenen. - Jeder Verkehrsministerrat hatte diese Eurovignetten-Richtlinie auf der Tagesordnung, und es war das große Bestreben von Frau Bulc, das zu einem Ende zu bringen, was sie aber nicht mehr in ihrer Amtszeit geschafft hat - lag aber teilweise auch an ihrer Unnahbarkeit bei bestimmten Themen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Darf ich an dieser Stelle einfach noch mal nachfragen? Ich weiß nicht, ob Sie dabei waren oder ob das überhaupt ein Thema in diesen Gesprächen war: Der Herr Selmayr hat hier ausgesagt, man habe quasi von Deutschland oder aus dem BMVI eine Zusage zu einer sogenannten Interoperabilität mit dem europäischen System und damit zu einer streckenbezogenen Maut bekommen und sei deswegen enttäuscht gewesen, dass sich Deutschland dann gegen eine streckenbezogene Maut ausgesprochen hätte. Waren Sie da in irgendeiner Weise involviert, oder ist Ihnen davon irgendetwas bekannt?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich war in keines dieser Gespräche involviert. Ich habe mit Herrn Selmayr nie ein Gespräch geführt oder war nie dabei, als mit ihm Gespräche geführt wurden, kann mir allerdings auch nicht vorstellen, dass wir eine streckengebundene Maut zugesagt haben, weil - Herr Lange, Sie wissen es selber - ich seit 30 Jahren im Umfeld der CSU tätig bin und ich weiß, dass es in Flächenländern - als jemand, der aus Schleswig-Holstein kommt, vielleicht nicht ganz so bedeutsam - halt mit der streckengebundenen Maut ein Riesenproblem gibt. Aber ich habe keine Detailkenntnisse.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke schön. - Dann mache ich jetzt einen relativ großen Sprung in das Jahr 2018. Am 17. Oktober 2018 kam das finale Angebot, mehrfach ja schon benannt und bekannt. Wurden Sie über den Eingang dieses finalen und einzigen Angebotes informiert? Hat man Sie informiert über die große Diskrepanz zwischen dem finalen Angebot und dem, was im Haushalt eingestellt war? In welcher Form waren Sie in diesen Informationskreislauf und, wenn, zu welchen Zeitpunkten eingebunden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich war in diesen Informationskreislauf nicht eingebunden. Mir waren die Termine nicht bekannt. Ich habe dann in immer wieder stattfindenden Gesprächen - aber das waren keine geplanten Gespräche, sondern es waren Gespräche, die man halt immer wieder geführt hat - von Herrn Dr. Schulz zwischenunterrichtet, sage ich mal, über den Stand: „Es läuft“ oder „Es sind Angebote da“. Aber ich habe keine Erkenntnisse, zu denen ich jetzt etwas konkret aussagen könnte, wie diese Vergabeverfahren - - Das waren Verwaltungsverfahren, die eigentlich in der Zuständigkeit der Staatssekretäre laufen und gar nicht über meinen Tisch in irgendeiner Form liefen.

Und, wie gesagt, vielfach hat der Herr Schulz dann auch direkt den Minister unterrichtet. Ich habe immer nur kurze Hinweise von Herrn Schulz bekommen über den Stand der Verfahren, aber keine Details, wer angeboten hat oder zu welchen Konditionen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ulrich Lange (CDU/CSU): Dann möchte ich jetzt noch mal genauer auf den 2. Oktober 2018 eingehen. Da erhielten Sie eine Einladung für ein Gespräch mit dem Minister zum Thema Infrastrukturabgabe; MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 1. Haben Sie, wenn Sie jetzt die Einladung sehen, am 2. Oktober, falls erinnerlich, an einem Gespräch teilgenommen, und, wenn ja, was wurde dabei besprochen, und ging es dabei eventuell um das Treffen am 3. Oktober 2018 mit Herrn Kapsch und Herrn Schneble? Das war ja am Tag darauf.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: An diese Einladung habe ich keinerlei Erinnerung, und ich meine auch, ich hätte daran nicht teilgenommen. Ich kann es jetzt nicht ganz genau sagen; aber gerade der 3. Oktober ist für mich eigentlich immer so ein Tag, wo ich, weil es meistens irgendwo Brückentage dann gibt, dieses gerne ausnutze, um in meine Zweitwohnung nach Husum zu fahren, weil ich ab und zu einfach mal ein paar Tage der Erholung brauche, und da ist der 3. Oktober eigentlich immer ein Standardtermin. Also, ich kann mich nicht daran erinnern, dass ich daran teilgenommen habe. An Inhalte könnte ich mich schon überhaupt nicht erinnern. Auf jeden Fall diente es nicht der Vorbereitung, weil dann war ich nämlich in Husum.

Wo ich mich noch wiederum gut dran erinnere: Ich war in Husum, weil hinter meiner Wohnung dort ein neues Einkaufszentrum eröffnet wurde, und aufgrund der langen Lärmbelastigung in der Bauphase war ich dort eingeladen und war ein Ehrengast, und ich habe, wenn ich ganz ehrlich sein soll, diese Rolle ein wenig genossen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja. Vielleicht gab es da sogar Krabbenbrötchen, die ich nicht gegessen hätte.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, leider nicht. Herr Lange, ich weiß, dass Sie das nicht essen würden. Nein, es gab ganz banale Dinge, die Sie auch gegessen hätten.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Herr Görrissen und ich haben das schon verstanden, was wir hier gerade gemeint haben. - Am 29. November 18 fand dann ja auch ein in der Presse vieldiskutiertes Gespräch statt mit dem Bundesminister, den Herren Schulenberg und Kapsch. Hat der Minister Ihnen in irgendeiner Form darüber berichtet, oder hat er Ihnen erzählt: „Die haben jetzt angeboten, das alles auszusetzen, bis der EuGH entschieden habe“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sie haben zu Recht die Teilnehmer benannt. Ich selber war nicht dabei. Sie kennen mich: Ich wäre natürlich als neugieriger Mensch gerne dabei gewesen; aber es war klüger, nicht dabei zu sein, weil dann hätten auch noch andere dabei sein wollen wie zum Beispiel Herr Schneble oder Sonstige. Wir haben über diesen Termin weder eine Vorbereitung getroffen noch Sonstiges.

Der Minister hatte immer mal den Wunsch geäußert, er würde gerne seine Vertragspartner kennenlernen. Ich weiß gar nicht, ob er zum damaligen Zeitpunkt den Herrn Kapsch persönlich kannte; ich glaube es aus irgendeiner Geschichte im deutsch-österreichischen Grenzraum. Auf jeden Fall, der Herr Schulenberg war uns allen nicht bekannt, und es war für uns natürlich schon eine leicht überraschende Situation, dass ein Unternehmer wie Schulenberg, den wir von Eventim, also Konzertkarten usw., kannten, jetzt sich für ein derartiges Projekt interessiert.

Der Minister hat immer wieder mal gesagt: Ich möchte gerne wissen: Wie will der das handhaben? Wir haben immerhin geredet über 41 Millionen Bescheide, die hätten verfasst werden müssen. Klappt das? Kann man sich auf den **verlassen** - - Ist das ein Vertragspartner, mit dem man vernünftig arbeiten kann? - Uns allen steckten natürlich in den Gliedern die Entstehungsgeschichte und die Anlaufphase der Lkw-Maut, wo man schlechte Erfahrungen hatte, und eine derartige Situation wollten wir vermeiden.

Also, ich habe über dieses Gespräch nur im Nachhinein noch mal kurz mit Herrn Schulz gesprochen, der gesagt hat: Och, lief ganz gut; die scheinen einen ganz vernünftigen Eindruck zu



Nur zur dienstlichen Verwendung

machen. - Dieser Umstand, den Sie jetzt nennen, dass man das nicht unterzeichnet oder irgendwie, ist mir nie bekannt gewesen; ich habe nichts davon gehört.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja. Danke schön. - Dann mache ich einen Sprung zum Dezember 2018. Sie haben vorhin in Ihrer Einleitung schon gesagt, dass Sie in diese Vertragsverhandlungen nicht eingebunden waren. Deswegen nur noch mal die Frage - das Ganze lief über den Herrn Schulz; mehrfach schon beschrieben -: War im Rahmen des Aufstellungsverfahrens Haushalt 2019 das Thema „Abschluss der Verträge“ irgendwie in Ihrem Umfeld mal adressiert worden, dass man gesagt hat: „Ja, da müssen wir noch aufpassen; da brauchen wir vielleicht in 19 noch mal Geld; wir wissen nicht, ob wir in 18 die Verträge zustande kriegen“, oder war das auf der Ebene „Koordinierung der Informationen“ zu dem Zeitpunkt kein Thema?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das war auf meiner Ebene, in meiner Zuständigkeit kein Thema, weil der Haushalt - - Die Haushaltsunterlagen waren dort, und es war klar, welcher Finanzrahmen vorgesehen war. Und mir zumindest war eigentlich auch klar, dass man keinen Erfolg haben würde, noch einmal mehr Geld zu organisieren. Aber ich war damit nicht befasst, und - Sie haben es gerade gesagt - Ende 2018 habe ich mich einfach mal für ein paar Wochen ausgeklinkt, weil da fiel hinein mein 65. Geburtstag, und da mein 60. in einer Reha landete, habe ich mir gesagt: Du möchtest noch einmal mit Freunden wirklich einen Geburtstag feiern, den es zu feiern lohnt. - Das habe ich da an diesem Jahresende gemacht und habe auch dem Minister gesagt und Herrn Schulz: Ihr könnt mir schicken, was ihr wollt; mich interessiert das jetzt nicht. Ich habe Geburtstag. - Aber ich habe zu den Haushaltsdingen keine Details.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön. - Dann springe ich. Weil ich das auch richtig verstanden habe, dass Sie auch die Verträge im Vorfeld nicht weiter gekannt haben oder sie besprochen wurden, nehme ich das jetzt einfach so und würde wirklich auch zu diesem 18./19. Juni zu sprechen

kommen, also der Tag, als das Urteil kam. Können Sie uns bitte schildern, wie dann Ihr Erstkontakt mit dem Minister lief, was Sie besprochen haben, wie man jetzt vorgehen will, wen man auch sonst aus dem politischen Bereich jetzt informieren und mit wem man sich abstimmen möchte, wen man im rechtlichen Bereich braucht? Wie sind Sie an diesem Tag dann mit der ja doch unerwarteten Situation umgegangen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das Urteil wurde, glaube ich, um 9.30 Uhr verkündet. Der Minister war nicht in Berlin anwesend, sondern war in seinem Wahlkreis und hatte mir kurz vorher schon eine SMS geschickt: „Sind alle aufmerksam dabei und beobachten das Urteil?“, und ich konnte ihm berichten: „Alle, die damit befasst sind, werden sich jetzt diese Urteilsverkündung genau anschauen“, weil wir ja auch dachten, es wird jetzt auf Details ankommen, was wir für eine Umsetzung brauchen. Dass es so klar wird, war nicht denkbar.

Ein paar Minuten nach der Urteilsverkündung - aufgrund der Klarheit - hat der Minister angerufen. Ich hatte die Kollegen, meine beiden Unterabteilungsleiter, bei mir, und wir haben dann gemeinsam mit dem Minister kurz nur besprochen. Und ich sagte ja schon eingangs: Es waren zwei Entscheidungen, die der Minister getroffen hat. Einmal: Stoppt bitte alle Maßnahmen, die noch laufen. - Da ging es ja auch um Grundstücksdinge oder Gebäude, Beschaffung für Personal beim KBA - das lief bei mir, in meiner Heimat in Nordfriesland; da gab es Überlegungen - und auch andere Dinge. Und das Zweite war eben das Einsetzen dieser Taskforce; das war die klare Entscheidung des Ministers.

Wir haben dann gesagt: Wir werden nachher noch mal eine Telefonschalte machen mit den Verkehrspolitikern aus der Fraktion. - Das waren ja damals - Herr Lange, Sie werden sich erinnern - im Wesentlichen CSU-Politiker, mit denen wir dann eine kurze Schalte - - Ich kann nicht mehr beurteilen, wer da jetzt alles drin war; das hat das Vorzimmer koordiniert. Wir haben dann noch mal alle informiert. Aber, wie gesagt, die Informationen waren ja über die Ticker schon gelaufen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben dann verschiedene Gespräche geführt. Der Minister hat sicher viele Leute informiert - das weiß ich nicht, weil er nicht da war -, und wir haben dann, wie Sie sicher auch alle wissen, diese Pressekonferenz vorbereitet, die am Flughafen München stattfand, weil die Presse natürlich drängte und Statements haben wollte. Das hätte zu lange gedauert, bis der Minister wieder in Berlin gewesen wäre, und er wäre dann auch in die Fraktionssitzung usw. hineingeplatzt. Also, wir mussten da ein wenig improvisieren und haben dann diese Gesprächsrunden, von denen ich eben schon in der Fragestellung von Herrn Dr. Jung berichtet habe, einberufen. Die Taskforce hat getagt, auch unter Beteiligung von Fachleuten usw., und wir haben dann abends die Bewertung vorgenommen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja. - Die Bewertung ist für mich jetzt auch ein Stichwort. Sie haben sich dann mit dem Minister in einem kleineren Personenkreis an diesem 18. Juni in das Büro des Ministers noch zurückgezogen - so hat es zumindest die Zeugin Bethge hier berichtet -, also nicht die gesamte Taskforce, sondern eine kleinere Runde, an der auch Sie teilgenommen haben sollen. Können Sie uns bitte kurz berichten, was man in dieser kleinen Runde besprochen hat und - man kam ja dann mit einem Ergebnis auch aus dieser Runde - wie man zur Abwägung und dann zu diesem Ergebnis für das weitere Vorgehen gekommen ist?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich hatte ja schon berichtet, dass es vorher noch mal den Termin der Taskforce mit dem Minister gab, wo die einzelnen Bereiche dargestellt haben, was sie im Laufe des Tages erörtert haben, was sie für rechtliche Bewertungen vorgenommen haben, was sie für Schlussfolgerungen vorbereitet haben, was sie veranlasst haben, um weitergehende Dinge, die beim KBA oder beim BAG gelaufen sind, zu stoppen. Wir haben dann gesagt: „Das hat jetzt keinen Sinn in dieser großen Runde, wo dann jeder noch mal wieder meint, noch mal wieder was sagen zu sollen“, sondern die Positionen waren dargestellt; der Minister hatte sich das dort angehört.

Wir haben gesagt: „Das müssen wir jetzt bewerten und zu einer Idee kommen, wie wir mit dem

Ganzen weiter umgehen“, und haben uns dann in der Tat in diese kleinere Runde zurückgezogen im Büro des Ministers, die ja aus - ich kann es jetzt nicht ganz genau sagen - sieben, acht Leuten bestand, und haben dort noch einmal Revue passieren lassen, was jetzt das Urteil konkret bedeutet, und haben uns insbesondere auch durch den anwesenden Rechtsberater Herrn Dr. Neumann noch mal Empfehlungen geben lassen, was man machen kann: die Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen auf der einen Seite, aber vor allem auch den weiteren Kündigungsgrund wegen der Schlechtleistung, der ja zu vollkommen anderen Rechtsfolgen auch führt.

Wir haben das alles noch einmal abgewogen, haben uns die Dinge noch mal vorgestellt und dargestellt, was rechtlich geht, was man machen könnte, wie die Verfahrenswege vor allem sind. Es gibt ja in dem Vertragswerk auch sehr genaue Kündigungsregelungen und Zustellungsbestimmungen. Über all diese Dinge haben wir uns unterhalten, und am Schluss bestand das Einvernehmen. Also, es ist jetzt nicht abgestimmt worden, oder irgendeiner hat gesagt: „So machen wir es“, sondern es ist, wie bei Herrn Scheuer häufig üblich, die Frage: Hat noch einer eine andere Meinung? Hat noch einer eine andere Position?

Und es war eigentlich die einhellige Meinung: Nein, wir müssen zu der Erkenntnis kommen - - Wir müssen kurzfristig - - Der Rechtsberater hatte gesagt: Wir haben vielleicht auch ein paar Tage Zeit. - Aber uns hatte eine Mail besonders verunsichert, die am Tag vorher versandt worden war, am 17. Juni, nämlich von der Kanzlei Noerr und Stiefenhofer - wie sie genau heißt, weiß ich jetzt nicht -, in der ja sinngemäß mitgeteilt wurde: „Wir sind dabei, diese **Feindokumentationsplanung Feinplanungsdokumentation** [sic!] zu betreiben, aber jetzt kommt ihr mit ganz anderen Forderungen noch, die auch vom Vertragswerk nicht gedeckt sind“, also wo man wittern könnte - Sie selber, Herr Lange, sind Jurist; Sie können das besser als ich als Nichtjurist bewerten -, wo man auch herauslesen konnte: Na, jetzt wollen sie noch Geld machen. Jetzt wollen sie uns noch aufdrücken, dass die Forderungen, die wir stellen, wo wir meinen, dass sie richtig sind für die **Feinplanungsdokumentation Feinplanungsdokumentation**, dass



Nur zur dienstlichen Verwendung

die noch - - Das hat uns sehr nachdenklich gestimmt, und wir haben gesagt: Bevor wir jetzt hier lange Zeit ins Land gehen lassen, entscheiden wir, dass diese Kündigungen jetzt vorgenommen werden aus den beiden genannten Gründen. Später ist ja dann noch ein weiterer Kündigungsgrund dazugekommen.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke, Herr Görrissen. Damit haben Sie den zweiten Teil meiner Frage vorweggenommen und mir die Möglichkeit gegeben, in der Zeit zu bleiben. - Danke.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das tut mir leid, Herr Lange; aber das ahnte ich nicht.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Perfekt.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat jetzt der Kollege Mrosek das Wort.

Andreas Mrosek (AfD): Ja, recht vielen Dank. - Herr Görrissen, ich habe noch mal eine kurze Frage. Die Frau Lühmann hatte vorhin erklärt, ich sage mal, dass Sie da, nachdem der Minister Dobrindt im Amt war, Warnungen gekriegt hatten - habe ich das so richtig verstanden, Frau Lühmann? -, und zwar - ich gehe noch mal darauf ein - saß der Kollege Ramsauer hier und hatte von sich gegeben, dass er vor dem Koalitionsvertrag gewarnt hatte, dass das so nicht geht, wie man das wollte. Dann war er kein Minister mehr; es wurde Herr Dobrindt Minister. Sie hatten dann Nachrichten bekommen, dass gewarnt wurde, dass das so nicht geht, und Sie sagten, wenn ich es richtig wahrgenommen habe: Wir wollen den Minister nicht mit so was bombardieren, was nicht geht, sondern wir wollen eine Lösung haben. - So haben Sie das auch wahrgenommen, ne?

(Abg. Kirsten Lühmann
(SPD) nickt)

Jetzt ist ja das Ganze auch in die Hose gegangen - das wissen wir ja nun -, und Sie sagten: Einen Plan B gab es nicht. - Deswegen frage ich: Warum gab es denn keinen Plan B? Denn uns liegen hier

auch Mails vor, so eine Art Pressemitteilungen, die gemacht werden sollten - nicht von Ihnen, von jemand anders -, wo die Pressemitteilung positiv ist, wenn das EuGH-Urteil für Deutschland gut ausfällt, aber die Pressemitteilung auch anders aussieht, wenn das EuGH-Urteil nicht gut für Deutschland ausfällt. Das heißt, man hatte sich ja im BMVI damit beschäftigt. Und deswegen war die Frage: ein Plan B. Wieso hatte man die Warnungen nicht aufgegriffen und doch schon an einem Plan B gearbeitet, anstatt sofort den ganzen Firmen zu kündigen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, ich habe jetzt nicht genau verstanden, welche Presseentwürfe Sie dort meinen, wer diese verfasst hat. Ich kenne sie nicht. Insofern kann ich dazu auch nichts sagen.

Ich will nur eins sagen: Sie vermengen jetzt „Warnungen“, wie Sie es nennen - - Ich würde es anders bezeichnen. Es waren Stellungnahmen, wie Europäer typisch sich äußern: ja nicht verbindlich, sondern immer noch mit der Abwägung, es könnte sein, aber es müsste nicht sein. Und das war im Jahre 2014, glaube ich, während das Urteil vier Jahre später kam. Also, insofern kann man, glaube ich, diese Verbindung nicht herstellen. Dazwischen - ich habe es versucht darzustellen - ist vier Jahre lang - entschuldigen Sie, wenn ich es so sage - verdammt viel passiert - ich habe es versucht darzustellen -: durch das Verhalten des Bundespräsidenten, durch Gesetzgebungsverfahren, durch die Positionierung der Kommission oder die Veränderung der Positionierung. Und insofern kann ich jetzt zwischen diesem Vermerk, den Sie haben, der in der Anfangsphase der Amtszeit von Herrn Dobrindt erstellt wurde - in Unkenntnis des Lösungsmodells, das Herr Dobrindt anstrebt -, und den „Warnungen“, die Sie hier nennen, die wir dann bei Verkündung des Urteils in Form eines Plans B hätten berücksichtigen müssen - - Ich sehe da keinerlei zeitlichen Zusammenhang, geschweige denn einen inhaltlichen.

Andreas Mrosek (AfD): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat jetzt die Kollegin Lühmann das Wort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kirsten Lühmann (SPD): Danke schön. - Herr Görrissen, ich habe noch mal eine Frage zu der Art und Weise, wie Herr Scheuer eingebunden wurde. Wie Herr Dobrindt eingebunden wurde, da haben wir drüber geredet - aber wie Herr Scheuer eingebunden wurde. Welche Rolle wollte er einnehmen? Wie stark wollte er eingebunden werden? Was für eine Rolle hatte Dr. Schulz, und was für eine Rolle sollten Sie einnehmen? Könnten Sie uns das mal kurz schildern?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das Schwerste ist jetzt, meine eigene Rolle darzustellen, weil das können besser Sie als Außenstehende **nehmen machen**. Die Rolle von Herrn Dr. Schulz ist klar: Er war der zuständige Staatssekretär, jedenfalls in der letzten Phase, vorher der zuständige Abteilungsleiter. Vor allem, Frau Lühmann: Es geht ja in vielen Dingen um reine Verwaltungsverfahren, wo in der Regel der Staatssekretär auch der Letztentscheider ist. Und auch das hat Herr Schulz in vielen Fällen getan, gerade in dem ganzen Bereich des Vergabeverfahrens. Das ist kein Verfahren üblicherweise, wo man einen Minister mit befasst; dann wäre ein Minister, glaube ich, auch überfordert. Und viele der Dinge sind eben über den zuständigen Staatssekretär gelaufen, der in unserem speziellen Fall nun auch wirklich der absolute Fachmann ist. Dem konnte keiner so ohne Weiteres Paroli bieten.

Und das hatte sich bereits in der Amtszeit von Herrn Dobrindt so eingeschpielt, dass Herr Dobrindt gerne es ausgenutzt hat und gesagt hat: Schulz soll zu mir kommen, soll mir das erläutern, und zwar nicht jetzt in Form von einem vierreseitigen Vermerk, sondern persönliches Erscheinen. - Und der Minister hat Fragen gestellt, und Herr Schulz hat sie beantwortet, wo man sonst wahrscheinlich auch wegen der Hierarchie lange Zeit gebraucht hätte, um erst mal auf der Arbeitsebene einen Vermerk zu machen, der dann hätte die Hühnerleiter herauflaufen müssen, und es hätte lange Verfahren gebraucht.

Hier war es so: Herr Schulz kam oft bei mir auch vorbei - Sie wissen, räumlich sitzen wir ja alle nicht weit auseinander -, ist bei mir kurz reingekommen, hat gesagt: Ich muss mal wieder zum

Chef und ihm die Details erläutern; da ist irgendeine Frage aufgetreten im Zusammenhang mit einer Presseanfrage oder einer kleinen oder schriftlichen Frage eines Abgeordneten. - Und, wie gesagt, bevor Herr Schulz dann einen langen Vermerk hat fertigen lassen, ist er halt mit den Unterlagen zum Minister gegangen und hat ihn informiert.

Ich war in der Regel nicht dabei, weil - das sage ich ganz offen - das sehr viel Kleinkram war. Wenn ich mich damit auch noch hätte beschäftigen müssen - - Ich habe immer das Gefühl, dass mein Bauchladen groß genug ist, wenn ich da einigermaßen à jour sein will. Und insofern war dort ein sehr guter und verlässlicher Informationsfluss gestartet zwischen Schulz und Dobrindt, fortgeführt zwischen Schulz und Scheuer.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Jetzt gab es aber bei Herrn Dobrindt trotzdem einige Ministervorlagen, und uns ist aufgefallen: Bei Herrn Scheuer gab es deutlich weniger. Am Tag der Ernennung von Herrn Scheuer zum Bundesminister erstellte das Mautreferat am 13. März 2018 so eine Vorlage; das ist die MAT A BMVI-6/50, Blatt 42 und 43. Diese Vorlage war an den Minister und an Sie adressiert, wurde jedoch weder von Ihnen noch von dem Minister gezeichnet. Meine Frage ist: Kennen Sie die? Sind die später noch gezeichnet worden?

Ich sage Ihnen auch den Hintergrund meiner Frage: Das am 13. März war eine Ministervorlage, von der wir nicht wissen, ob der Minister sie zur Kenntnis genommen hat, und die nächste war vom 14. Januar 2019, also nach Unterzeichnung des Vertrages. Also, meine erste Frage ist: Diese erste Ministervorlage vom 13. März 2018, hat er die irgendwann noch zur Kenntnis genommen, und haben Sie die zur Kenntnis genommen? Denn beide Vermerke fehlen.

RA Dr. Daniel Krause: Frau Abgeordnete, könnten Sie bitte so freundlich sein, noch mal die genaue Fundstelle zu bezeichnen? Das bereitet hier Schwierigkeiten, die zu finden.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kirsten Lühmann (SPD): MAT A BMVI-6/50 - klein Otto, Entschuldigung -, Blatt 42/43; mein Fehler.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Lühmann, ich muss mir das gerade mal anschauen, -

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: - weil auf Anhieb sagt mir diese Vorlage nichts.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Also, ich kann mich an diese Vorlage nicht erinnern. Ich könnte jetzt nicht sagen, dass ich sie jemals gesehen habe oder bewertet habe oder irgendwie was. Also, mir ist sie nicht bekannt.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Das finde ich spannend, weil sie ja auch an Sie adressiert ist. Gut, jetzt kann es sein, dass im - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Na ja, Sie müssen nur schauen: Sie ist an mich adressiert nach dem Herrn Bomba. Aber auf dem Exemplar, was Sie haben, hat Herr Bomba nicht abgezeichnet.

Kirsten Lühmann (SPD): Also, da könnte es hängen geblieben sein?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Da ist die Frage: Hat Herr Bomba sie jemals weitergeben? Vielleicht hat er sie schon nicht weitergegeben, weil er gesagt hat: Das werde ich dem Minister persönlich sagen. - Das gab es ja auch.

Entschuldigung, ich darf das einmal so offen sagen: Es gab natürlich auch gewisse Rivalitäten. Der Umstand, dass Herr Schulz - damals noch, wie Sie sehen, Abteilungsleiter - direkten Informationszugang sozusagen hatte zum Minister, gefiel nicht unbedingt dem Staatssekretär, dem Minister schon. Und insofern mag es Fälle geben, wo Vorlagen auch an diesen "bösen Görrissen" nicht erst gegeben wurden, sondern die der Staatssekretär dann direkt mal dem Minister gegeben hat. Das kann ich aber nicht beurteilen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nur, Sie können mich jetzt nicht als Empfänger bezeichnen; denn der Empfänger wäre ich erst nach Bomba geworden.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. - Ich formuliere neu: Sie stehen unter dem Adressatenkreis. - Aber es hat Sie nicht erreicht, wie wir jetzt gehört haben.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Auch jetzt durch Lektüre des Inhalts verfestigt sich kein Eindruck bei mir.

Kirsten Lühmann (SPD): Dann stelle ich fest, dass die erste Ministervorlage tatsächlich, die den Minister nachweislich erreicht hat, nach der Vertragsunterzeichnung ist.

Jetzt haben Sie gesagt verschiedene Dinge; das habe ich mitgenommen. Das Erste ist, dass Sie gesagt haben: Der Minister hat eine Fülle von Informationen, da geht einiges unter, darum habe ich diese Tagesmeldungen auf seinen MdB-Account geschickt, und das waren aber keine fachlichen Sachen, sondern eher politische, um ihn zu informieren, wie man damit umgeht. - Und für das Fachliche war Herr Schulz zuständig - so habe ich Sie verstanden -, und der ist öfter gekommen und hat gesagt: Ich muss mal wieder zum Minister und zu der einen oder anderen Frage referieren. - So habe ich das aufgenommen.

Meine Frage ist jetzt nur: Wie hat der Minister denn Informationen gekriegt, die er nicht persönlich angefordert hat, also zum Beispiel die Tatsache, dass ein Bieter nach dem anderen ausgestiegen ist, bis auf das Telefonat mit Herrn Höttges, der dem Minister persönlich mitgeteilt hat, dass T-Systems und AGES kein finales Angebot abgegeben werden? Das wusste er nun von dem persönlich. Aber die anderen Sachen, die hat er ja gar nicht mitgekriegt, und deswegen kann er auch nicht danach fragen. Deshalb kann er auch nicht



Nur zur dienstlichen Verwendung

Herrn Schulz bitten, zu einem Termin zu kommen und ihm darüber was zu erzählen.

Also, wie ist sichergestellt worden, dass der Minister über die problematischen Punkte - - Und Sie haben gerade eben gesagt: „Na ja, das ist eine reine Rechtsfrage“, Vergaberecht oder so. Aber ich sage mal: Sie sind lange genug im Geschäft, um zu wissen, dass die Tatsache, dass es zum Schluss nur noch einen Bieter gibt, keine rein vergaberechtliche, sondern auch eine politische ist. Also, meine Frage: Wie ist denn der Minister informiert worden, wenn es kein strukturelles Verfahren wie das von Ministervorlagen gab?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Frau Lühmann, Sie haben gesagt, ich mache meine Tagesinformationen, da sonst einiges untergeht. Das ist natürlich nicht die richtige Beschreibung.

Kirsten Lühmann (SPD): „Könnte“ habe ich gesagt.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: „Könnte.“ Es ist teilweise auch richtig. - Nein, es sind Informationen, die ich bekomme, wenn ich zum Beispiel mit der Abgeordneten Frau Lühmann über irgendwas spreche und sie mir beiläufig sagt: Da und da ist das und das. - Das wäre zum Beispiel etwas, wo ich sage: Mensch, das muss der Minister wissen, weil: Wenn Frau Lühmann nächste Woche auf ihn trifft, dann kommt sie wieder damit und dann ist er vorgewarnt und sagt: Ja, Sie haben doch schon dem unbedeutenden Görrißen das gesagt. - Also, es war der Versuch, eine Informationsquelle für ihn zu sein.

Jetzt ist es ja nicht so, dass ein Minister alleine durch Vorlagen informiert wird, sondern die Routine - die haben wir damals noch relativ streng eingehalten - des Hauses war, dass man einmal die Woche, am Mittwochnachmittag, eine sogenannte Leitungsrunde hatte - oder hat. Das klappt leider nicht immer durch die Strukturen, die jetzt im Parlament etwas anders geworden sind: dass wir häufig mittwochs schon parlamentarische Tagesordnungspunkte haben. Aber es war damals zumindest bei Dobrindt und auch später bei Scheuer in der Anfangsphase gang und

gäbe, dass wir am Mittwoch Leitungsrunde haben, und da berichtet jeder Abteilungsleiter über die Punkte, die aus seiner Sicht wichtig sind - plus die vier Staatssekretäre.

Und da kann ich jetzt nicht im Einzelnen sagen: „Das war dann und dann gewesen“; aber natürlich wird in diesen Runden auch intensiv über die Themen, die dann gerade aktuell sind - - Und sicher wird dort auch berichtet worden sein: Wir haben jetzt nur noch ein Angebot vorliegen, nachdem die anderen uns nichts mehr anbieten werden oder kein Letztangebot mehr machen werden. - Also, es gibt auch noch ganz andere Quellen, und es ist auch nicht so, dass der Minister von sich aus gesagt hat: „Ich brauche jetzt mal den Schulz“, sondern eben Schulz auch gesagt hat: „Da ist jetzt ein neuer Fall, eine Situation eingetreten.“

Und bevor ich da jetzt die ganze Maschinerie arbeiten lasse und einen Vermerk schreiben lasse - - Denn so Vermerke - wissen Sie auch -, die beginnen dann ja: „Die Einführung der Infrastrukturabgabe wurde im Jahre sowieso angeordnet, und jetzt ist die Situation“, sondern das ging halt schneller, indem der wirklich erfahrene Dr. Gerhard Schulz zum Minister gegangen ist mit seinen aktuellen Unterlagen, hat gesagt: Hier, Herr Minister, das und das ist jetzt die Situation. Da brauchen wir jetzt eine Entscheidung. - Oder er hat es selber entschieden. Ich sagte ja: Das sind Verwaltungsverfahren gewesen, die ja eigentlich in der Kompetenz eines Staatssekretärs auch liegen.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Übrigens, aus eigener Erfahrung im Team kann ich Ihnen sagen: Die Schreiben von solchen Vermerken, bei denen erst bei Adam und Eva angefangen wird, bevor man zum Punkt kommt, kann man durchaus verändern. Das funktioniert.

Die letzte Frage in dieser Runde bezieht sich auf den 3. Oktober 2018. Da trafen sich Minister Scheuer und Staatssekretär Dr. Schulz mit Herrn Kapsch am Flughafen Tegel. Wann haben Sie von diesem Treffen Kenntnis erlangt? Denn Sie haben an demselben Tag, also am 3. Oktober, eine Mail



Nur zur dienstlichen Verwendung

an die persönliche Referentin des Ministers, Frau Teufert, mit folgendem Text - -

Weißt Du übrigens, daß sich Sts S heute auf dem Flughafen wegen Maut mit Min.

Und Frau Teufert antwortete:

Nein. Wusste ich nicht. Komisch...

Das ist die MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 2. Also, wann haben Sie zum ersten Mal davon erfahren, und warum haben Sie diese Mail an Frau Teufert geschrieben?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich darf es mir gerade noch mal anschauen, Frau Lühmann.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Also, ich habe das ja gerade schon auf die Frage von Herrn Abgeordneten Lange gesagt, dass das wieder so ein Fall war, wo ich ganz gerne die Zeit einmal nutze mit einem Brückentag - - verbringe ich meinen Aufenthalt dann in Husum in einer behindertengerechten Wohnung, die ich mir dort gekauft habe. Und ich brauche ab und zu einfach mal so ein paar Tage der Entspannung. Das heißt, ich hatte in den Tagen - ich glaube, ich habe die ganze Woche Urlaub gehabt - mich nicht mit dem Tagesgeschäft beschäftigt.

Aber ich bin ein Mensch, der dann doch nicht lassen kann und irgendwann dann wieder schaut, und so habe ich, so meine ich mich zu erinnern, noch mal in den Kalender geschaut: Was ist jetzt eigentlich in den nächsten Tagen, was erwartet dich, oder was versäumst du? - Und dann habe ich gesehen diesen Termin im Kalender, dass der Minister sich mit Herrn Schulz auf dem Flughafen trifft. Das war ja an dem Tag, glaube ich, wo der Minister zu den deutsch-israelischen Konsultationen abreiste, wiederum eine gute Gelegenheit für mich, mal nicht da zu sein, weil er auch nicht da war, und habe dann gesehen diesen Termin und habe gedacht: Was ist denn das? Kein Mensch hat dir davon berichtet. - Und dann

habe ich die Frau Teufert, die damals schon, glaube ich, persönliche Referentin war - vorher ja, wie Sie wissen, meine engste Mitarbeiterin -, befragt, ob sie mir das erklären kann, und sie wusste es auch nicht.

Es war dann ja, wie sich herausgestellt hat, ein Termin, den der Leiter des Ministerbüros mit Herrn Schneble vereinbart hat. Es wurde ja sogar gesagt: angeblich sogar unter geheimem Namen vereinbart hat, was aber alles nicht stimmt, sondern die haben halt einen Raum in Tegel angemietet, weil eben die Herren der Betreiberseite - die haben ja den Luxus von Privatfliegern - dorthin geflogen sind und der Minister auf dem Flughafen war, weil er von dort dann direkt rüber zum militärischen Teil - - um nach Israel zu fliegen.

Das gehörte zu dem, was ich eingangs schon auch zu Herrn Lange sagte: dass der Minister immer mal gesagt hat: Ich will wissen, mit welchen Betreibern ich es hier zu tun habe, ob das Firmen sind, die mir wirklich zuverlässig garantieren können, dieses, ja, ich sage mal, Mammutprojekt mit über 40 Millionen Steuerbescheiden usw. in den Griff zu kriegen. - Und dazu hat dieses Gespräch gedient. Inhalte darüber sind mir nicht bekannt, und ich hatte vorher auch keine Kenntnis von diesem Termin. Aber bedingt dadurch, dass ich - - Frau Lühmann, was Sie bei mir selten kennen - Sie rügen es auch jedes Mal, wenn ich mal nicht da bin -: Da war ich einfach mal nicht da.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut. - Dann hat jetzt der Kollege Jung das Wort für die FDP.

Dr. Christian Jung (FDP): Sehr geehrter Herr Görrissen, ich finde es ja immer interessant, wenn man sich sozusagen - in Führungszeichen - als „unbedeutend“ bezeichnet. Ich bin da von Landräten aus Baden-Württemberg von der CDU ganz anderes gewohnt, die mir immer sagen, wenn sie was wollen, dann rufen sie erst mal Sie an in Berlin. Also, so unbedeutend können Sie nicht sein.

Aber die Frage, die ich jetzt habe an Sie - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Aber, Herr Dr. Jung, das sagt nur Ihr Landrat, mein Freund Riegger.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das rührt aber daher, dass wir alte Freunde sind und schon mal Kollegen in den Landesvertretungen waren. Sonst kann das keiner in Baden-Württemberg als Landrat von mir behaupten.

Dr. Christian Jung (FDP): Der hat das zum Beispiel gesagt; das stimmt, ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das war mir klar.

Dr. Christian Jung (FDP): Der hat mir aber auch selbst bestätigt, dass Sie nicht so unbedeutend sind, wie Sie jetzt hier sich darstellen. - Aber Spaß beiseite: Haben Sie sich mit dem Herrn Dr. Feser im Vorfeld der heutigen Veranstaltung besprochen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Dr. Feser ist mir natürlich seit rund 30 Jahren bekannt, weil ich mal dafür verantwortlich war, dass er eine Tätigkeit in der CSU-Landesgruppe aufgenommen hat. Auf gut Deutsch: Ich habe ihn damals eingestellt, bin ab und zu dafür beschimpft worden und auch wieder gelobt worden. Aber so ist es nun mal: Mit seinem Tun wird man manchmal gelobt, manchmal geschimpft.

Ich habe mich mit Herrn Feser im Vorfeld des Untersuchungsausschusses, also im Vorfeld der Einrichtung des Untersuchungsausschusses, unterhalten, weil wir, wie gesagt, alte Fahrensleute sind. Und ich behaupte: Wir waren in der Fraktion immer diejenigen, die vielleicht ein bisschen Ahnung vom PUAG hatten. - Ich habe festgestellt, dass viele gar nicht wissen, was das PUAG ist, geschweige denn die Inhalte kannten. Und Feser und ich sind da alte Leidenskumpane. Wir haben die Entstehungsgeschichte dieses Gesetzes mitgemacht.

Ich hatte damals den Kontakt mit Herrn Feser wegen dieser Frage des Ermittlungsbeauftragten. Das waren nicht - ich verrate ja keine Geheimnisse - die Herren Krischer und Cezanne, die damals in der Presse den Eindruck vermittelt hatten, es könne auch ein Ermittlungsbeauftragter - oder sie haben es, glaube ich, damals in den ersten Medienberichten „Sonderermittler“ genannt - eingesetzt werden, ohne dass es einen Ausschuss gibt - etwas, was eigentlich sehr sympathisch

war. Ich habe da auch die leicht ironische Bemerkung gemacht, das würde dann ja der Deutsche Bundestag bezahlen, den ganzen Aufwand, weil das so die Vorkehrungen sind. - Ich habe mit Herrn Feser gesprochen.

Ich habe dann bewusst keinen Kontakt mehr mit Herrn Feser gehabt, was ich sehr bedaure, was nämlich, Herr Dr. Jung, auch dazu geführt hat, dass ich ihm nicht mal zu seinem 60. Geburtstag gratuliert habe, was ich mir eigentlich als schweren Fehler vorwerfe. Aber ich habe mir geschworen: Wenn der Untersuchungsausschuss zu Ende ist, werde ich dieses würdig nachholen. Und insofern habe ich aber sonst mit ihm keinen Kontakt mehr gehabt, um ihn nicht in Schwierigkeiten zu bringen und mich auch nicht.

Dr. Christian Jung (FDP): Gut. Das ist auch sehr lobenswert, auch aus Fürsorgegründen gegenüber dem Herrn Dr. Feser. Hätte ja sein können, dass Sie gestern irgendwie mit ihm gesprochen hätten.

Jetzt hatten sie den 18.06. noch mal ausführlich beschrieben. Wie viele SMS haben Sie denn am 18.06. von dem Minister etwa bekommen? Sie haben ja sehr viel Kontakt an dem Tag gehabt.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe morgens eine bekommen, die da eben sagte: „Sind alle Gewehr bei Fuß? Also, kümmert ihr euch auch?“, also, so eine, wissen Sie, nach dem Motto: Ich glaube ja schon, dass der Görrissen was tut, aber ich kontrolliere ihn noch mal. - Und dann weiß ich nicht. Möglicherweise habe ich im Laufe des Tages noch mal eine bekommen, nämlich zu der Frage: Wann kommen denn jetzt Kapsch und Eventim? - Denn das war einer der Punkte - das habe ich Ihnen unterschlagen - -

Der Minister hatte dann auch gesagt: Vielleicht ist es klug, wenn wir uns mit denen noch mal unterhalten. - Und das hatten wir dann für den 18. vereinbart, Herr Schneble und ich. Und dann hat sich herausgestellt, dass das alles sich hinzieht bei uns durch diese Gespräche und Beratungen und Überlegungen in der Taskforce, und wir haben dann den Termin abgesagt. Und wir hatten im Rahmen der Taskforce-Überlegungen am Abend dann noch mal die Frage uns gestellt -



Nur zur dienstlichen Verwendung

und ich habe sie selber auch; Sie wollen ja auch darauf hinaus, dass ich doch bedeutender bin, als ich tue -, ob es sinnvoll ist, sich am 19. noch mal mit den beiden Herren zu treffen. Und es wurde dann auch anwaltlicherseits gesagt: Ja, es kann nicht schaden, dass man sich noch mal unterhält, dass man sich noch mal in die Augen schaut und miteinander redet. - Aber sonst war der Tag auch gar nicht dafür geeignet, sich SMS-mäßig auszutauschen, weil wir da einfach - - Wir haben mehrfach telefoniert. Der Minister war im Flieger, also nicht erreichbar, und wir haben dann auch viele Stunden eben zusammengesessen. Da brauchten wir uns ja nicht austauschen.

Dr. Christian Jung (FDP): Ich frage deswegen, Herr Görrissen: Sie hatten jetzt ja gesagt - etwa drei SMS oder vielleicht auch nur eine -: „Sind alle an Bord?“, sinngemäß. Diese SMS, diese Unterlagen liegen uns allerdings nicht vor. Wir haben gerade noch mal nachgeschaut in unseren Unterlagen. Sie haben ja, das Ministerium, eine Vollständigkeitserklärung auch über diese Unterlagen abgegeben. Das liegt uns leider nicht vor. Haben Sie das möglicherweise mit einem privaten Handy gemacht oder - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein. Mit meinem privaten Handy - das ist ein Uraltgerät; da würden Sie sich schämen, wenn Sie so ein Gerät benutzen müssten - habe ich - - Ich habe nur immer meine dienstlichen - - Aber, wie gesagt - -

Dr. Christian Jung (FDP): Ich frage deswegen, weil wir verschiedene Vollständigkeitserklärungen immer abgerufen haben, und diese Unterlagen liegen jetzt leider nicht vor. Ich bin jetzt ein bisschen verwirrt, weil wir immer -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich weiß jetzt nicht, welche Unterlagen Sie meinen.

Dr. Christian Jung (FDP): - die Mutmaßung haben, dass uns alle Unterlagen vorliegen.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich weiß jetzt nicht, was Sie mit „welche Unterlagen?“ meinen. Ich sage ja: Ich erinnere nur diese Morgen- - Das kann sein, dass die irgendwo, weil sie nun überhaupt keinen Bezug - - „Sind alle an Bord?“ Gut,

das hätte man auch fragen können: „Sind alle gesund?“ oder: „Hast du einen Krankenstand?“ Also, ich habe meine SMSen sehr sorgfältig geprüft und auch rechtlich bewerten lassen; ich habe es Ihnen ja gesagt. Also, da sehe ich jetzt keinen Fehler, dass da irgendwie Ihnen etwas nicht mitgeteilt worden ist.

Dr. Christian Jung (FDP): Jetzt hatten Sie ja über die Taskforce gesprochen, an der Sie ja, wie Sie gesagt haben, erst später teilgenommen haben: am Abend, als der Minister auch da war. Gab es denn insgesamt einen schriftlichen Arbeitsauftrag für die Taskforce?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, ich weiß nicht, ob jemand einen schriftlichen verfasst hat. Mir ist keiner bekannt.

Dr. Christian Jung (FDP): Haben Sie denn einem Teilnehmer oder einer Teilnehmerin der Taskforce explizit gesagt: „Wir brauchen kein Protokoll davon“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich weiß jetzt nicht genau, wo Sie mit Ihrer Frage hinwollen. Warum hätte ich das sagen sollen?

Dr. Christian Jung (FDP): Also, könnte es sein, dass Sie extra gesagt haben zu Mitarbeitern von Ihnen: „Wir brauchen an diesem Tag kein Protokoll“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, Sie machen es mir jetzt schwer, Herr Dr. Jung. Das Einzige war - - Ich habe Ihnen ja gesagt: Ich selber bin nicht in diese Taskforce hineingegangen, weil ich die Zeit auch gar nicht gehabt hätte. - Und, wie gesagt, mein Beitrag hätte da auch nicht sehr viel weitergeholfen.

Ich hatte in meiner Vertretung die Frau Bethge gebeten oder auch der Minister hat sie gebeten, an dieser Taskforce teilzunehmen. Und wir haben uns, Frau Bethge und ich, darüber unterhalten: Wie machen wir das? - Und da mag es sein, dass ich am Anfang zu ihr gesagt habe: „Schreiben Sie mal ein bisschen was auf“, wobei ich jetzt nicht formal von einem Protokoll, ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

glaube, gesprochen habe, weil: Was soll ein Protokoll bei allen Teilnehmern, die die entscheidenden Dinge treffen? Aber ich wollte vielleicht eine kleine Gedankenskizze haben: „Was ist dort erörtert worden?“, weil - - Ich habe Ihnen ja gesagt: Der Minister war in seinem Wahlkreis unterwegs, war dann auf dem Weg nach München und von München dann nach Berlin. - Und Sie wissen auch, von Passau nach München bist du schon mal lang unterwegs und dann wieder weiter. Das war alles nicht so schnell. Und ständig wollte er natürlich mit irgendeinem informiert sein - - dass ich ihr gesagt habe: Wenn es da was zu berichten gibt, schreiben Sie es auf.

Und dann habe ich irgendwann auch wieder gesagt: „Es hat eh keinen Sinn, weil das wird wahrscheinlich so hin- und hergehen, und wir müssen uns abends ja doch noch mal zusammensetzen“, sodass also von einem Protokoll jetzt in dem Sinne „Meier sagt dies, Jung sagt das; Meier will gar nicht mehr - - habe ich nicht ge-

Dr. Christian Jung (FDP): Ich war aber nicht dabei.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sie waren nicht dabei, nee. Sehen Sie. - Sie hätten natürlich ein Protokoll in Auftrag gegeben, aber ich habe es nicht. Also, ich habe nur erst gedacht, dass sie mir ein paar Stichworte schreibt, weil ich nämlich auch ein bequemer Beamter bin, und was man auf dem Papier hat, kann man mit nach Hause tragen. Nein, aber ein Protokoll habe ich nicht gefordert.

Dr. Christian Jung (FDP): Okay. - Vielen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hätte jetzt der Kollege Cezanne das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Görrissen, ich gehe auch noch mal auf den 18. Juni, also den Tag des EuGH-Urteils, ein. Sie haben um 11.13 Uhr eine E-Mail von Herrn Molitor erhalten mit einer schnellen Übersicht über die Kündigungsmöglichkeiten, die sich aus dem Vertrag ergeben. Wenn Sie wollen, kann ich die MAT-Nummer - können Sie sich gerne noch mal angucken - - MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 151, und dann eben

der entsprechende Anhang. Mich würde jetzt interessieren, mit wem Sie sich ausgetauscht haben bezüglich der rechtlichen Folgen einer Kündigung.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, ich muss mir das mal gerade anschauen, weil ich das jetzt nicht erinnere, was Sie - - Wir haben es aber hier.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Gerne.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann, Herr Abgeordneter Cezanne, dazu nur Folgendes sagen: Ich habe damals, an dem 18. Juni, ja auch die Frage gestellt, welche europarechtlichen Bedenken oder Punkte da jetzt zu berücksichtigen sind, weil wir ja wussten: Wir müssen gerüstet sein. - Und meine damalige Informantin, sage ich jetzt mal, im Hause war die Frau Dr. Gebauer, die dieses Verfahren begleitet hat und die auch immer sehr präzise - juristisch zwar etwas unmutig manchmal in der Abschlussdefinition - war, aber mir immer gut berichtet hat. Und das war hier jetzt ein Vermerk, wo noch mal die einzelnen Punkte dargestellt sind, die ich einfach haben wollte, um für weitere Gespräche, weitere Informationen - -

Denn ich hatte es ja gerade auch schon gegenüber Herrn Abgeordneten Lange gesagt: Wir haben dann eine Reihe von Telefonschalten noch gemacht und Telefonate geführt, dass man einfach noch mal diese Dinge - - und auch in Vorbereitung auf die Frage „Was kommt noch?“ gerüstet ist - - haben wir uns dieses von unseren Europarechtlern und der Frau Brändike, die damals ja - ich weiß gar nicht, ob die, ja, heute ist sie auch noch da, in dem Referat tätig ist - - zusammengestellt sind. Das war ein Informationsvermerk, mit dem ich eigentlich gar nicht gearbeitet hatte, sondern der einfach vorrätig war, um auf mögliche Nachfragen antworten zu können, weil - das habe ich ja anfangs deutlich gemacht - ich selber kein Jurist bin und mich deswegen immer im Sinne von Horst Seehofer verhalte als Erfahrungsjurist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber da haut nicht immer alles hin; deswegen müssen wir ein bisschen juristischen Beistand haben.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - Sie haben dann am Nachmittag noch mal ein Telefonat geführt mit Rechtsanwalt Graf von Westphalen - zumindest mit Juristen dort -, um sich über deren Bewertung der möglichen Kündigung noch mal - was weiß ich, wie sagt man? - eine zweite Meinung einzuholen. Warum haben Sie das getan, und was wurde Ihnen dort mitgeteilt?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sie haben das richtige Stichwort genannt: „zweite Meinung“. Wir haben natürlich die Meinung im Hause und auch die Meinung unserer Rechtsberater gehabt. Aber da auch Herr Scheuer ja kein Jurist ist - und wir hatten gerade in einem vollkommen anderen Zusammenhang mit der Kanzlei von Westphalen Kontakt, und ich hatte dem Minister über einige Dinge in den Tagen vorher berichtet, wo die Kollegen der Kanzlei mir einige Tipps gegeben hatten zu, wie gesagt, vollkommen anderen Dingen - - Und dann sagte er: So, ruf die doch einfach noch mal an, und frag, wie die das sehen würden. - Nun war es so, da habe ich natürlich in ein Wespennest geknipst. Denn dann wurde mir gleich gesagt: Ja, da müssen wir noch mal den Kollegen Sowieso und den Kollegen Sowieso holen. - Und im Prinzip haben sie mir das weitgehend noch mal so bestätigt, was ich schon wusste.

Es war einfach noch mal eine zweite Meinung holen, weil natürlich bei uns im Hause die Kollegen und auch die Rechtsberater, die sich damit befassten, ja nun ständig - - Und dann noch mal jemanden zu hören, der vollkommen neu sich in dieses Thema hineinkniet - - ob der jetzt sagt: Na, Moment, das ist ja vollkommen anders oder so. - Aber es war im Prinzip eine Bestätigung, und deswegen sind wir auch nicht weiter auf die Kanzlei von Westphalen zugegangen, und Kosten hat es auch nicht verursacht, weil es ein kollegiales Gespräch war - aber einfach noch mal eine Absicherung für einen Nichtjuristen.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - Sie haben selber das Schreiben der Kanzlei Noerr für

die Betreiber angesprochen. Wann ist Ihnen das denn bekannt geworden, und wann haben Sie die Bewertung, dass dort eine problematische Formulierung drinsteht, wahrgenommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: „Wahrgenommen“ in dem Sinne habe ich sie gar nicht - zunächst nicht. Ich habe nur von Herrn Dr. Neumann - - der hat uns an dem 18. abends davon berichtet, dass diese Kanzlei Noerr, was uns auch etwas verwundert hatte, weil normalerweise oder - -

Ich muss noch anders anfangen. Wir haben am 18. abends ja alles überlegt, und dann habe ich irgendwo, glaube ich, so salopp gesagt: Na ja, die Betreiber werden ja jetzt auch nicht sitzen und nur Däumchen drehen, sondern sie werden sich ja auch etwas überlegen. - Und es hat dann einer aus dem Kreise gesagt: Na ja, aber die trinken, wahrscheinlich jedenfalls, einen ordentlichen Rotwein dabei. - Und dann kam plötzlich: Na, Moment, wir müssen noch mal diese Notiz des Anwalts Frevert oder wie er heißt - ich weiß nicht; das ist der, glaube ich, der das Verfahren dort betreut hatte, aber es dann nicht mehr betreute plötzlich, was auch etwas verwunderlich war - - Aber jedenfalls, dort ist diese Mail, die am Morgen, glaube ich, des 18., so berichtete Herr Neumann, eingegangen war, erörtert worden und ist uns dort vorgelesen worden. Ich habe sie mir dann später noch mal besorgt, einfach um das zu begreifen. Und da steht so sinngemäß - ich kann es nur sinngemäß wiedergeben, aber Sie haben sie ja scheinbar vorliegen; Sie können es dann genau noch mal durchlesen -, dass da irgendwo Forderungen geltend gemacht werden, wenn man wirklich die Feinplanungsthematik bis zum Ende durchgeht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja, das ist ja genau die interessante Frage für uns: Wann ist denn die Frage aufgetaucht, ob man noch einen weiteren Kündigungsgrund geltend machen kann - außer den ordnungspolitischen, die nach dem Urteil ja völlig offen zutage lagen? Also, das würde mich jetzt noch mal interessieren.

Sie haben in der Besprechung durch Herrn Neumann von diesem Schreiben Kenntnis ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

nommen. In den Bewertungen von der Frau Gebauer war ja jetzt aber von so einer Kündigung wegen Schlechtleistung noch gar nicht die Rede. Ist das dann tatsächlich erst in der Situation in der verkleinerten Taskforce dann von Herrn Dr. Neumann eingebracht worden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe Ihnen ja gesagt, dass ich nicht Mitglied der Taskforce war. Aber ich bin eigentlich davon ausgegangen, dass diese Frage des zweiten Kündigungsgrundes bereits in der Taskforce erörtert worden ist und dass dann im zusammenfassenden Bericht von Herrn Dr. Neumann gesagt wurde: Neben dem Kündigungsgrund „ordnungspolitische Gründe“ gibt es noch einen zweiten, nämlich die Schlechtleistung. - Und das war ja ein Punkt, weil wir das auch in der Runde dann juristisch noch mal deutlich erörtert haben. Da gab es ja die Fristenfragen, bis zu welchem Termin das geheilt werden sollte oder nicht. Und insofern, fand ich, war dieser Hinweis vom 17. Juni, von dem ich nicht weiß, wer ihn genau - das haben Sie, aber ich habe ihn jetzt im Moment nicht vor Augen; Sie haben ihn ja vor sich liegen - - an wen er gerichtet war und von wem er weitergeleitet worden ist.

Wie gesagt, er ist dort eingeführt worden vielleicht schon am Nachmittag in der Runde - das weiß ich aber nicht, weil ich nicht dabei war -, aber dann am Abend zumindest noch mal wiederholt worden. Und es war eigentlich einer der entscheidenden Punkte auch mit für den zweiten Kündigungsgrund, den wir ja an diesem Abend auch vertieft erörtert haben - sehr vertieft sogar.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat jetzt der Kollege Krischer das Wort.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Görrissen, ich komme noch mal - -

RA Dr. Daniel Krause: Verzeihen Sie, wenn ich da noch mal unterbreche. Wir haben jetzt nach meiner Uhr drei Minuten vor eins. Wenn Herr Abgeordneter Krischer im Zusammenhang seine

Fragen stellen möchte und man andererseits dem Wunsch von Herrn Görrissen, den er eingangs nannte, Rechnung tragen möchte, dann ist vielleicht jetzt doch noch eine Zäsur vorzunehmen, die sich vor der Pause anbieten würde.

Vorsitzender Udo Schiefner: Also, wenn der Herr Görrissen jetzt sagt: „Wir machen jetzt die Pause, und die sechs Minuten, die der Herr Krischer jetzt noch nutzen könnte, wollen wir erst nach der Pause machen - - Ansonsten hätten wir die Berliner Runde in sechs Minuten dann abgeschlossen. Das überlassen wir Ihnen gerne.“

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Schließen wir die Runde da ab.

Vorsitzender Udo Schiefner: Bitte?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir können die Runde abschließen, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Wir werden die Runde abschließen, und dann, denke ich, haben wir kurz nach 13 Uhr die sechs Minuten auch von Herrn Krischer, und dann machen wir eine Stunde Pause. Wäre das okay für Sie, Herr Görrissen, eine Stunde?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ist so in Ordnung.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut, okay.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Görrissen, ich komme noch mal zu den Tagesinformationen, zu der, die ich eben auch schon aufgerufen habe. Das ist MAT A BMVI-5/12, Blatt 37. Da heißt es unter den Informationen, die Sie geben:

5. Infrastrukturabgabe

...

b) Klare Argumentationslinie zu den Aussagen im Gutachten, die Schadensersatzregelung sei unüblich (nachteilig) und überraschend.

Es geht um ein Gutachten der FDP.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dies sollte nicht Unsere bisherige (befangene) Kanzlei machen, sondern ein Außenstehender (Prof. Altmeyen?).

Das geht ja weit über eine Information hinaus, sondern Sie machen hier einen konkreten Vorschlag, wo ein Gutachter beauftragt werden soll. Mich würde interessieren: Wie hat Herr Scheuer denn darauf geantwortet?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, die Frage Altmeyen war eine andere Konstellation. Herr Scheuer hat bei Herrn Altmeyen mal ein Semester studiert und kannte ihn und hat gesagt: Das wäre vielleicht mal ganz interessant, wenn der sich das mal anschaut. - Ich hatte ihm weit vorher gesagt: Ich halte den Herrn Professor Altmeyen, den ich persönlich nicht kenne, für nicht so richtig geeignet, weil der eigentlich auf einem vollkommen anderen Gebiet tätig war. - Aber hier war es jetzt etwas - - Schadensersatz, hätte man vielleicht sagen können: Na ja, das kann vielleicht der Altmeyen sich mal angucken. - Der sollte eigentlich mehr eine juristische Bewertung vorher mal machen.

Und das war einfach die Frage, weil es damals ja um die verschiedenen Gutachten ging, die uns um die Ohren gehauen wurden. Sie selber, Herr Krischer, Ihre Fraktion hat ja auch ein Gutachten gemacht, die FDP hat ein Gutachten gemacht - mit unterschiedlichen Inhalten und Bewertungen, sage ich mal. Für uns war es halt so: Jetzt dieselben Leute, also die, die das Verfahren gemacht haben, die uns Vorschläge gemacht haben, immer wieder zu beauftragen - - Es wäre halt sinnvoll, mal - ich habe das gerade eben mit Herrn Cezanne erörtert - eine Zweitmeinung zu hören. Und da war diese Vorstellung, dass der Minister ganz gerne gesehen hätte, dass Herr Altmeyen sich das mal anschaut. - War ein Gedanke, der mir da kam, den ich da reingebracht habe. Daraus ist aber nichts geworden.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Frage ist ja - - Es ist ja gut, dass sich jetzt man mal überlegt, jemand anders zu beauftragen, nachdem Herr Professor Hillgruber jahrelang der einzige Vertreter war. Aber da war das Kind ja

schon in den Brunnen gefallen. Warum ist man denn nicht mal früher auf die Idee gekommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Hillgruber war nicht der Vertreter für diese Fragestellung. Das ist ja eine vollkommen andere Fragestellung, Schadensersatz.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut, Herr Hillgruber hat das ganze Verfahren vor dem EuGH vertreten; aber gut.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Er arbeitet in eine vollkommen andere Richtung.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Aber Herr Altmeyen wurde also dann nicht beauftragt.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Genau. Genau so ist es.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben den Minister ja gefragt, haben das ja selber vorgeschlagen. So anders kann man die Tagesinformationen ja nicht verstehen. Wie ist denn dann die Kommunikation zu Ihnen gegangen? Der Minister muss ja da irgendwie reagiert haben, weil: Wenn Sie ihm eine Frage stellen, dann muss ja irgendwo eine Antwort erfolgen.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Muss nicht zwingend, aber ist hilfreich. Ich habe das ja eingangs berichtet in meinem Statement, dass ich gesagt habe: Es gibt immer wieder mal Hinweise, dass der Minister meine Fragen beantwortet hat.

Aber Sie müssen sich das jetzt auch so vorstellen, Herr Krischer: Mein Problem war, an den Minister ranzukommen. Sein Problem, an mich ranzukommen, gab es nicht. Das heißt: Wir haben über diese Tagesinformationen, wenn ich sie ihm dann zugeleitet habe - - entweder durch ganz kurze Reaktionen, dass er mal gesagt hat: „Okay“ oder: „Nein, lass es“, bzw. ich wusste: Wenn er gar nicht reagiert, dann gefällt ihm das nicht. - Es ist ja nicht so, dass alle meine Ideen immer gleich toll waren, sondern vieles hat ihm auch nicht gefallen. Da hat er dann einfach nicht reagiert.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber wir haben eben in der Regel auch über diese Tagesinformationen in einer regulären Rücksprache oder bei einem Termin oder in einer Morgenlage - - dass der Minister gesagt hat: „Also, das mit dem Vorschlag Altmeppen: Das machen wir mal nicht“, oder ich selber dann auch wieder mich korrigiert habe und habe mal gesagt: Na ja, vielleicht brauchen wir es auch gar nicht mehr.

Also, Sie müssen sich mehrere Wege - - Mir ging es ja immer nur um den Weg: Wie bekomme ich eine Information an den Minister ran? Wie wir damit weiterarbeiten, da gab es verschiedene Wege, dass wir das im Rahmen von Besprechungen, von Terminen erörtert haben oder eben - - Ich meine, nach so vielen Jahren der Zusammenarbeit weiß man auch: Wenn jemand auf irgendwas spontan reagiert, findet er es gut; wenn er lange braucht bis zur Reaktion, findet er es nicht gut; wenn er gar nicht reagiert, findet er es überhaupt nicht gut. Insofern gab es - -

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich verstehe das richtig: Das ist so eine Art informelle Führung. Wenn der Minister nicht reagiert, dann wurde es halt nicht gemacht.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein, so kann man das - - Das ist jetzt eine sehr vereinfachte Information. Dann habe ich - -

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie aber gerade zu dem Beispiel gesagt.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ja, gut. Das wurde nicht gemacht. Wenn ich es hätte machen wollen, wenn ich es für - - Es war ja nur ein Gedanke. Ich meine, ich liege ja mit Herrn Jung ein wenig im Clinch, ob ich bedeutend bin oder nicht bedeutend bin.

(Dr. Christian Jung (FDP):
Das ist doch kein Clinch!
Ich weiß, dass Sie bedeutend sind!)

Ich habe mich jetzt auch nie für so bedeutend gehalten, dass jeder Vorschlag, den ich mache, toll ist und übernommen werden muss, sondern ich

kenne, kannte meine Chefs. Wenn ich bestimmte Dinge nicht beantwortet bekommen habe, dann weiß ich, dass sie es nicht wollten oder es verworfen haben. Also, wissen Sie, man vertraut sich auch und sagt: Wenn er - - Oder es war halt Stillschweigen, das ich interpretiert habe: Na ja, das will er schon so.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Also, Sie werden nicht jetzt überall ein klares Ja oder Nein oder eine schriftliche Antwort bekommen.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann möchte ich in dem Themenkomplex bleiben, aber etwa ein Jahr zurückspringen, und zwar - -

Vorsitzender Udo Schiefner: Können wir das in der nächsten Runde - -

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Udo Schiefner: Würde ich vorschlagen. Ich weiß nicht, wie viel Fragen sich sonst anschließen. Dann wäre das nachher - - Dann würde ich jetzt vorschlagen, dass wir um vier nach 13 Uhr die Pause machen. „Eine Stunde“, hatten wir gesagt. Ich würde sagen: Bis 14 Uhr oder 14.05 Uhr unterbreche ich dann die Befragung. Wir sehen uns dann später hier wieder. - Danke.

(Unterbrechung von 13.04
bis 14.07 Uhr)

Vorsitzender Udo Schiefner: Meine Damen und Herren, dann können wir mit der Sitzung fortfahren. - Können Sie wieder alles so weit verfolgen, Herr Görrißen? Die technischen Bedingungen sind so weit klar?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Jawohl. Es ist alles in Ordnung, Herr Vorsitzender.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kommen wir zur nächsten Fragerunde. Die CDU/CSU hätte das Wort.

Nina Warken (CDU/CSU): Wir haben momentan keine Fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Hat keine Fragen. - Dann kommt der Kollege Wiehle für die AfD.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, Herr Görrissen, vielen Dank für das Wort zunächst. - Ich habe das Staffelholz vom Kollegen Mrosek übernommen und mir auch sagen lassen, was schon besprochen ist. Ich hoffe also, dass ich keine Fragen doppelt stelle. Ich bitte aber um Nachsicht, wenn es an der einen oder anderen Ecke doch passieren sollte.

Zunächst geht es mir um den Zeitpunkt vor der notariellen Beurkundung des Vertrags. Da liegt mir eine E-Mail von Ihnen vor an den Herrn Minister vom 22. November. Das ist fürs Protokoll MAT A BMVI-5/12, Blatt 5. Da geht es um die Tagesinfo eben vom 22. November. Da ist geschrieben unter Ziffer 1:

Kapsch verlangt wohl stärkere Garantien, wenn sie mit dem Angebot runtergehen soll.

Meine Frage an dieser Stelle ist ganz einfach: Hatten Sie Kenntnis davon, welche stärkeren Garantien Kapsch verlangt hat?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Wiehle, zu Ihrer Frage kann ich nur sagen: Ich hatte keine Detailkenntnisse. Das war ein Hinweis von Herrn Dr. Schulz. Ich hatte das heute Morgen ja wiederholt gesagt, dass Herr Dr. Schulz mich immer wieder einmal informiert hat. Er hatte mir den Hinweis gegeben: Wir müssen da noch nachbessern, damit wir auf die Summe kommen, die haushalterisch verantwortlich ist. - Aber Details waren mir nicht bekannt.

Wolfgang Wiehle (AfD): Dann darf ich zu einer E-Mail von einem späteren Zeitpunkt, ebenfalls an den Herrn Minister, Ihnen noch eine Frage

stellen. Es geht jetzt diesmal um die Tagesinformation vom 10. Dezember 2018. Ich gebe hier auch noch mal die MAT-Nummer. Wenn ich richtig sehe, ist es das gleiche Dokument, aber jetzt Blatt 10. Da ist unter Ziffer 4 b auch die Infrastrukturabgabe genannt, insbesondere mit dem Stichwort - ich zitiere das ganz schnell; halbe Zeile -: „Unterzeichnung der ISA-Verträge am 30.12.18“.

Jetzt ist Ihre E-Mail vom 10.12., zu einem Zeitpunkt also, wo das Angebot noch gar nicht abgegeben war. Wissen Sie, wie es dazu kam, dass an diesem Tag schon die Terminierung für den 30.12. vorgenommen wurde, obwohl ja noch gar kein zuschlagsreifes Angebot vorlag?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Auch das, Herr Abgeordneter Wiehle, kann ich Ihnen nicht im Detail sagen. Das ist auch die Wiedergabe, wie ich es heute Morgen ja schon mal versucht habe darzustellen, einer Information, die mir Herr Staatssekretär Dr. Schulz gegeben hat, so nach dem Motto: „Sagst du dem Chef Bescheid, oder informierst du ihn?“, aber ohne das jetzt im Detail zu hinterfragen oder was. Das kann ich nicht sagen. Das waren die Planinformationen, die ich aus der Abteilung StV über den Staatssekretär bekommen habe. Aber ich kann das nicht im Detail - - Das müssen die Fachleute Ihnen sagen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Dann erst mal danke für Ihre Auskunft. Dann werden wir den Herrn Staatssekretär Dr. Schulz danach auch fragen.

Dann komme ich auf einen anderen Zeitpunkt, nämlich auf die Kündigung der Betreiberverträge nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Ganz konkret geht es mir darum: Wer hat wann die Entscheidung getroffen, nach dem Urteil des EuGH die Betreiberverträge zu kündigen?

Und insbesondere geht es mir darum zunächst mal - ich habe dann noch eine zweite Frage -: Warum wurde nicht ins Auge gefasst, das Infrastrukturabgabengesetz anzupassen entsprechend dem, was der Europäische Gerichtshof moniert hatte? Auch dazu habe ich noch eine MAT-Nummer, jetzt fürs Protokoll - ich werde Ihnen auch ganz kurz in Erinnerung rufen, was das war; Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden das sicher kennen -: MAT A BMVI-6-20a, Blatt 7. Da geht es speziell um eine Mail von dem Herrn Strater an den Herrn S [REDACTED] mit zwei verschiedenen, je nach Urteil, Reaktionen an die Presse, also Sprachregelungen für den Herrn Minister, je nachdem, ob der EuGH die Klage von Österreich zurückweist oder ihr stattgibt. Das war also vorbereitet in die eine oder in die andere Richtung.

Für den Fall, dass das Gericht gegen Deutschland urteilt, war hier im letzten Satz dann auch formuliert - das darf ich kurz zitieren -:

Klar bleibt: Die Pkw-Maut lebt. Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Hebel in Bewegung setzen, um unsere Regelungen europarechtskonform anzupassen.

Das war - Stand 14.06., also vier Tage vor dem Urteil - die Idee, wie man auf ein eventuelles negatives Urteil reagiert. Später kam dann aber die Kündigung und nicht mehr der Versuch, das ISA-Gesetz anzupassen. Das also jetzt der Hintergrund.

Meine Frage an Sie, Herr Görrissen: Welche Kenntnisse haben Sie dazu? Warum wurde die Entscheidung so getroffen, nicht mehr weiter zu versuchen, ISA umzusetzen, sondern in die Kündigung zu gehen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, vielleicht fange ich mal rückwärts mit Ihnen, wenn ich es richtig gezählt habe, drei Fragen an. - Diese Pressevorbereitung, die Sie zitiert haben, die ich hier auch lese, war auf der Arbeitsebene im Vorfeld entstanden, allerdings - das habe ich ja heute Morgen schon gesagt - ohne Kenntnis des Urteils. Das heißt: Das war etwas, was man einfach mal so aufgeschrieben hat: Wie könnte es ausgehen? Diese hat keinerlei Relevanz gehabt. Es war einfach mal ein Arbeitsdokument, das man hingelegt hat für den Fall, dass man es braucht. Wir haben es aber nicht gebraucht, weil es zu dem eigentlichen Urteil gar nicht passte.

Die zweite Frage, die Sie gefragt haben, wie man das Gesetz anpasst oder ob man das Gesetz anpasst: Das Urteil war so eindeutig, dass man eine Anpassung des Gesetzes nicht vornehmen konnte. Natürlich war das eine Überlegung im Vorfeld immer gewesen, wenn mal was kommt. Aber bei dem klaren Urteil - - Und für uns war ja Grundlage - ich habe das heute Vormittag bereits auch zu einer Frage von Frau Lühmann ausgeführt - - war ja der Umstand, dass wir keinen deutschen Autofahrer schlechterstellen durften, als er im Vorfeld gestanden war. Also, insofern hätte eine Modifikation des Gesetzes uns in keiner Weise weitergeholfen. Es wäre ein Verstoß gegen den Koalitionsvertrag gewesen und vor allem eine Regelung gewesen, die innerhalb der Koalition keinerlei Mehrheit gefunden hätte.

Das Dritte war, glaube ich, Ihre Frage, wer am Abend des 18. Juni oder überhaupt am 18. entschieden hat, die **Klagen-[sic!]-zu-erheben Kündigung auszusprechen**. Wir haben - das hatte ich heute Morgen ja auch bereits versucht darzustellen - die Taskforce eingesetzt, die sehr ausführlich gearbeitet hat. Wir haben uns dann am Abend in einem etwas kleineren Kreis im Büro des Ministers getroffen und haben noch mal genau abgewogen, welche Kriterien da sind, die beiden Kündigungsgründe, die wir dann auch relevant gezogen haben, und haben in dem Kreise entschieden, dass der Kündigungsweg der richtige Weg ist. Also, keine Entscheidung einer einzelnen Person oder aufgrund irgendeiner Vorlage, sondern im Gespräch und in der Replizierung des Ergebnisses der Taskforce war das das Ergebnis, die Kündigung aus den ordnungspolitischen Gründen und aus dem Grund der Schlechtleistung umgehend zu vollziehen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. Ihre Zeit - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich hätte noch eine Nachfrage.

Vorsitzender Udo Schiefner: Eine Nachfrage; okay.

Wolfgang Wiehle (AfD): Das ist jetzt eine Frage - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Oder in der nächsten Runde dann auch.

Wolfgang Wiehle (AfD): Wir können das in die nächste Runde nehmen; ich könnte sie jetzt stellen. Das überlasse ich Ihnen, Herr Kollege Schiefner.

Vorsitzender Udo Schiefner: Haben Sie noch viele Fragen in der nächsten Runde?

Wolfgang Wiehle (AfD): Nein, ich habe nur noch diese eine Frage.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann machen wir sie noch.

Wolfgang Wiehle (AfD): Auch im gleichen Zusammenhang, Herr Görrissen, hat vielleicht für die Kündigung auch eine Rolle gespielt, dass es noch bei der Umsetzung der ISA Probleme gegeben hätte oder die absehbar gewesen wären, auch im Bereich der Vollstreckung?

Dazu habe ich auch hier eine Nachricht vorliegen vom Herrn Staatssekretär Dr. Schulz an das BMF, an den Herrn Dr. Böisinger. Das stammt vom 02.08.2018; MAT A BMVI-5/4a, Blatt 40. Da stellt der Herr Dr. Schulz dar, dass das BMVI die Vollstreckungsaufgaben nicht übernehmen kann, sondern dass das schon auch wegen der Einheitlichkeit der Anwendung beim BMF liegen müsste.

Aber zu dem betreffenden Zeitpunkt war jedenfalls nicht klar, ob es eine Einigung zwischen dem BMVI und dem BMF über diese Frage gibt. Wenn diese Unklarheit, was ich jetzt nicht weiß und Sie hiermit fragen möchte, zum 18.06.19 noch bestand: War das vielleicht auch ein Grund, jetzt dann aufzustecken und das Projekt zu beenden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Wiehle, soweit ich das erinnere, hat das am 18. Juni keinerlei Rolle gespielt. Dies war eine vollkommen andere Diskussion, weil es ist in der Bundesverwaltung üblich, dass die Vollstreckung durch die Zollverwaltung erfolgt. Hier hat man aber gesagt, der Herr Böisinger und auch andere:

Das ist uns zu aufwendig, weil wir haben 41 Millionen Fälle. Und es ist zu erwarten, dass es ganz, ganz viele Fälle gibt. - Da hat das BMF gesagt: „Das schaffen wir mit dem vorhandenen Personal nicht; ihr müsst als BMVI eine eigene Vollstreckung aufbauen“, was ein Riesenaufwand ist und was auch sehr ungewöhnlich ist, aber was in Angriff genommen worden wäre. Für die Kündigung, also Ihre eigentliche Frage, hat das keinerlei Rolle gespielt.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herzlichen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat die Kollegin Lühmann nun das Wort.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. - Herr Görrissen, am 17. Oktober 2018 ging nur ein Angebot für den Betreibervertrag „Erhebung“ ein, und das lag mehr als 1 Milliarde über dem zur Verfügung stehenden Haushaltsrahmen. Von wem und wann erfuhren Sie davon, dass dieses Angebot eingegangen ist und deutlich über dem Haushaltsrahmen lag?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, von wem ich das erfahren habe, war Herr Dr. Schulz, dass es deutlich über dem Haushaltsrahmen lag, im Prinzip 1 Milliarde drüber. Wann ich das erfahren habe, Frau Lühmann, kann ich Ihnen nicht sagen; das weiß ich nicht. Es war keine formelle Information durch eine Vorlage oder irgendwas, sondern das hat er mir halt in einem unserer - ich habe es ja heute Vormittag schon gesagt - zahlreichen Gespräche berichtet, dass die Situation eingetreten ist, dass wir nur ein Angebot haben, das wesentlich überhöht ist. Und wir haben uns dann darüber unterhalten, woher das kommen kann, woran das liegen kann, ob die geahnt haben, dass sie der einzige Anbieter sind usw. Aber wann das genau war, vermag ich nicht zu sagen, beim besten Willen nicht.

Kirsten Lühmann (SPD): Nun haben wir hier Zeugen gehabt, Frau Geese und Herrn Molitor, die übereinstimmend berichtet haben, dass Herr Schulz erst Mitte November, also vier Wochen nach Eingang dieses Angebotes, realisiert hat, dass es noch ein gewaltiges Problem gibt. Und dann hat er auch ein Treffen gemacht, und das



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde da besprochen. Er hat sich ziemlich aufge-regt. Am Tag davor, am 13. November, traf Staats-sekretär Dr. Schulz laut seines Terminkalenders Minister Scheuer. Waren Sie da mit dabei, bei dem Treffen? Wissen Sie, worum es da ging?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann mich jetzt da an kein konkretes Treffen erinnern, wobei - ich habe es ja heute auch schon gesagt -: Wir haben ständig Termine gehabt, wo wir uns getroffen haben. Aber hier jetzt konkret - ich habe keinerlei Erinnerung.

Ich war auch - und da bin ich ziemlich über-zeugt - nirgendwo dabei, wo wir über das Thema gesprochen haben. Ich habe das ja schon einlei-tend gesagt: In diese Fachdinge hinein, in das ei-gentliche Vergabeverfahren usw., war ich über-haupt nicht involviert. Ich habe immer nur so die Gesamtzusammenhänge mir berichten lassen. Aber hier habe ich keinerlei Detailkenntnisse.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, jetzt ist aber für mich der Fakt, dass drei Wochen vor Vertragsunter-zeichnung, geplanter Vertragsunterzeichnung - der Minister hat ja immer gesagt, er will noch im Jahre 2018 den Vertrag unterzeichnen, aus haus-haltsrechtlichen Gründen - - also drei Wochen vor Vertragsunterzeichnung ist die Summe, die im Angebot steht, 1 Milliarde über dem, was zur Verfügung steht. Das ist ein Drittel. Das ist aus meiner Sicht nicht Schräubchenkunde einer Fachdiskussion, sondern das ist eine handfeste politische Diskussion: Wie sollen wir in drei Wo-chen ein Angebot 1 Milliarde runterverhandeln? Trotzdem sagen Sie, Sie waren nicht eingebun-den in diese Diskussion.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Abgeordnete Lühmann, wenn Sie sich daran erinnern, habe ich heute Morgen gesagt, dass ich mich in einer koordinierenden Rolle gesehen habe, aber jetzt nicht in der Rolle eines Fachabteilungsleiters, der sich um bestimmte Dinge kümmert. Das war eine Frage, die zwischen der Haushaltsabteilung auf der einen Seite und der Fachabteilung StV auf der anderen Seite mit dem Staatssekretär behan-delt wurde.

Ich bin vielleicht hier und da über ein paar Punkte informiert worden, aber ich war nicht be-teiligt an diesem Gespräch. Ich hätte auch nichts dazu beitragen können; denn Sie haben ja gese-hen: Auch wenn es nur eine Spanne von drei Wochen war, aber es ist ja gelungen, dieses Ver-handlungsergebnis so zu verändern, dass wir eine Basis hatten, die dem Haushaltsrecht ent-sprochen hat. - Ich war nicht beteiligt an diesem Gespräch. Ich kann deswegen auch in meiner Zeugenrolle hier keine Informationen dazu ge-ben.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. - Zu Ihrer letzten Aussage haben wir unterschiedliche Zeugenaus-sagen bezüglich des Haushaltsrechtes; nur fürs Protokoll.

Der Kollege Wiehle hat zwei von Ihren Tagesin-formationsschreiben zitiert, die ich auch zitiert hätte. Sie haben es erklärt: Herr Schulz hat Sie gebeten, dem Minister das mitzuteilen. - Jetzt frage ich mich: Sie haben vorhin gesagt, Herr Schulz hat dem Minister immer direkt berichtet, auch häufig ohne dass Sie das wussten. Jetzt ha-ben wir aber die Situation, dass Herr Schulz Sie gebeten hat, dem Minister gewisse Dinge mitzu-teilen. Das passt für mich nicht ganz zusammen. Das ist die erste Frage.

Und die zweite Frage ist: Was ist denn danach passiert? Also, das waren ja wieder Dinge, und das war ja exakt das, wo Sie gesagt haben, da ha-ben Sie eigentlich gar nichts mit zu tun, nämlich so ein Klein-Klein.

Kapsch verlangt wohl stärkere Ga-rantien ...

Das ist für mich Klein-Klein, übrigens mehr Klein-Klein als 1 Milliarde, die ich noch finden muss.

Und dann ging es - das ist ja auch schon gefragt worden - um den Zeitpunkt der Unterzeichnung. Also, was ist hinterher passiert, und warum ist in diesem Fall davon abgewichen worden, dass Sie sich um solches Klein-Klein kümmern und Herr Schulz nicht direkt an den Minister gegangen ist?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Lühmann, Ihre Aussage, dass das nicht zusammenpasst, kann ich nicht teilen, weil - ich habe das ja auch schon versucht zu erklären - es gibt natürlich viele Informationswege. Ich habe den Minister auf meinem Weg informiert. Parallel sind andere Informationen gelaufen. Herr Schulz hatte auch nicht immer Gelegenheit, an den Minister ranzukommen, und hat manches dann mir mal gesagt: Kannst du ihm das schnell mal mitteilen? - Oder es war halt beiläufig ein Bericht, den er mir gegeben hat, und ich meinte: Ich muss es dem Minister weiter mitteilen. - Aber es gab andere Themen, wo Herr Schulz gesagt hat: Das will ich dem Chef selber darstellen. - Und so war auch meine Notiz, die der Schulz mir kurz berichtet hatte. Im weiteren Verlauf haben dann Gespräche stattgefunden, wo Herr Schulz das dann dem Minister auch intensiver erläutert hat bzw. worüber dann gesprochen wurde.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich bin sozusagen in der Rolle eines Mediators gewesen, der einfach nur dafür sorgt, dass Informationen von A nach B kommen, und irgendwo Wege findet. Denn Sie wissen selber, wie es im Ministerium zugeht: Man hat manchmal Tage, wo man überhaupt keine Chance hat, irgendwelche Informationen im Hause zu verteilen; dann gibt es wieder Tage, wo man stundenlang zusammensitzt und alles berichten könnte und man hat nichts mehr zu berichten.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. Danke schön. - Ich komme noch mal auf den Dezember 2018, etwas später, zurück. Sie haben gesagt, da haben Sie sich irgendwann in den Urlaub ausgeklinkt, weil Sie Geburtstag hatten. Aber am 20. Dezember - es kann also durchaus sein, dass Sie das nicht aufgenommen haben; ich frage Sie aber trotzdem - haben Sie einen Vermerk von Frau Gebauer aus dem Mautreferat bekommen. Der Vermerk kommt am Ende zu folgendem Fazit:

Aus den Fragen der Richter und des Generalanwalts ließ sich keine abschließende Tendenz für den Ausgang des Verfahrens erkennen.

Ich lasse jetzt einen Satz aus. Der letzte Satz lautete:

Der Ausgang des Verfahrens erscheint nach der mündlichen Verhandlung zumindest offen.

Das ist hier schon sehr oft zitiert worden; trotzdem noch mal: MAT A BMVI-7-1e, Blatt 133 bis 138. - Haben Sie diese Bewertung zur Kenntnis genommen, oder war das auch eine von denen, wo Sie gesagt haben: „Da habe ich im Urlaub nicht so draufgeguckt“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Lassen Sie uns das gerade mal hier aufmachen.

(Der Zeuge blickt auf einen Bildschirm)

Wir haben sie leider noch nicht gefunden. Herr Simon sucht noch. - Frau Lühmann, würden Sie freundlicherweise die Nummer noch mal wiederholen?

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. MAT A BMVI-7-1e, Blatt 133 bis 138. Ich gucke mal, ob da ein Übertragungsfehler ist, was ich aber nicht glaube.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Lühmann, ich kenne diesen Vermerk. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass ich ihn nicht am 20. Dezember gelesen habe, weil ich da wirklich - - Ich weiß, dass das jetzt etwas eigenartig klingt; aber Sie können sich vorstellen: Ich war in einer ziemlich schwierigen Situation nach meinem Schlaganfall. Und ich hatte mir jetzt wirklich vorgenommen: Diesen 65. - es gab Momente, da habe ich gedacht: den wirst du nicht erleben -, den wirst du jetzt feiern, und da können dir Frau Gebauer und sonst wie Leute Mails schicken; die sind halt alle da, aber die sind auch nach diesem Geburtstag noch da.

Ich habe diesen Vermerk später mal gelesen; das erinnere ich sehr gut. Und ich kann Ihnen auch sagen, dass dieser letzte Satz für Frau Dr. Ge-



Nur zur dienstlichen Verwendung

bauer typisch ist: Ja keine klare Position darstellen. Es könnte ja später sein, dass man verhaftet wird und es heißt - wenn es jetzt anders ausgegangen wäre -: Aber Sie haben doch damals in Ihrem Vermerk gesagt: So und so erwarte ich den Ausgang.

Ich habe vor allem über diese mündliche Verhandlung, an der ich persönlich natürlich nicht teilgenommen habe, mit Herrn Dr. Schulz gesprochen. Der kam mit einem recht guten Gefühl aus dieser mündlichen Verhandlung zurück. Ich habe das vorhin ja schon mal angedeutet. Er hatte vor allem den Eindruck, dass allein schon durch die Zuweisung an die Große Kammer und die Art und Weise der Fragestellung dort durch den Richter oder die Richter es in diese Richtung gehen könnte, dass es ein Grundsatzurteil geben wird zur Pkw-Maut, zur Eurovignetten-Richtlinie usw. Aus dem Grunde war er sehr optimistisch, dass es ein positives Ergebnis gibt.

Diese besorgte Formulierung von Frau Dr. Gebauer ist leider typisch für unsere Europäer so nach dem Motto: Ja nicht klare Farbe bekennen; wir lassen das mal offen. - Das war aber nicht der Gesamteindruck anderer Teilnehmer aus dieser Runde.

Kirsten Lühmann (SPD): Wir werden die anderen dann dazu befragen.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das ist eine Möglichkeit.

Kirsten Lühmann (SPD): Ich gehe jetzt mal - - Nach der Vertragsunterzeichnung, und zwar am 11. Januar 2019, forderte das Mautreferat bei der rechtlichen Beratung eine Ausarbeitung zu der Frage an, welche Möglichkeiten bestehen, den Betreibervertrag nach einem negativen EuGH-Urteil zu kündigen, und welche Entschädigungszahlungen in einem solchen Falle drohen. Aus meiner Sicht ist das eigentlich eine ganz zentrale Frage. Die stelle ich mir immer, wenn ich irgendein Haus kaufe, ein Auto kaufe, einen Arbeitsvertrag mache. Ich gehe immer davon aus: Das läuft alles super, die Abzahlungsraten funktionieren.

Aber ich mache mir immer Gedanken: Was ist eigentlich der Worst Case? Was passiert, wenn doch etwas dazwischenkommt?

Nun ist das das erste Mal, dass wir in irgendeiner Art und Weise das gefunden haben, ganz konkret die Frage: Was passiert denn eigentlich, und was für Entschädigungszahlungen sind dann zu leisten? Sie haben gesagt, Sie haben koordinierende Aufgaben innegehabt; aber aus meiner Sicht ist das ja nun auch eine Frage, die koordiniert werden könnte: Was passiert eigentlich, wenn der Worst Case eintritt? Haben Sie irgendwann dieses Thema „Was passiert eigentlich, wenn der Vertrag gekündigt wird, und was für Entschädigungszahlungen sind fällig?“ gehört in Ihrer Arbeit? Waren Sie da am 11. Januar eingebunden? Was ist danach passiert? Ist das danach etwas vertieft diskutiert worden, oder ist das gar nicht an Sie rangetragen worden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Können Sie mir das vielleicht einmal vorhalten, was Sie gerade zitiert haben, weil mir das im Moment nichts sagt?

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, das ist MAT A BMVI-6-1a-16, Blatt 298 bis 309. Das ist eine Vorlage, die ist - - Also, wir haben keine Hinweise in den Akten, dass das an Sie herangetragen wurde. Da das aber so ein wichtiges Thema ist, ist meine Frage: Haben Sie mit dem Minister oder Staatssekretär darüber gesprochen? Ist das irgendwie mal Thema gewesen nach diesem 11. Januar? Und die erste Frage war ja: Ist davor schon mal irgendwann darüber geredet worden, wie das mit möglichen Entschädigungen aussieht?

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, das ist, wie ich vermutet habe, Frau Lühmann, eine Notiz, die, glaube ich, gemacht wurde für den Minister zur Vorbereitung des Ausschusses. Ich selber habe mich nicht damit befasst; wir haben es auch nicht erörtert. Aber es waren ja Fragen, die im Vorfeld der Ausschussberatung auch gestellt wurden, die eben auch öffentlich gestellt wurden. Und das war eine Vorbereitung. Sie wissen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

dass immer viele Dinge prophylaktisch aufbereitet werden. Ein Minister geht mit einer Riesensmappe in den Ausschuss, und am Ende werden ganz andere Fragen gestellt. Aber ich bin mit der Thematik als solche nicht befasst gewesen, sondern nur im Vorfeld der Vorbereitung der Ausschusssitzung.

Kirsten Lühmann (SPD): Und vorher war das nie Thema?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Als das im Ausschuss erörtert worden ist; das wissen Sie vielleicht sogar besser als ich.

Kirsten Lühmann (SPD): Entschuldigung, vorher war das nie Thema?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, ich hatte ja gesagt, wir sind immer davon ausgegangen, dass dieses Urteil im positiven Sinne für uns ausgehen wird. Und wir haben uns immer wieder deutlich gemacht, dass es eigentlich keine Gründe geben kann. Ich habe die einzelnen Bereiche heute Morgen ja schon mal genannt, die uns eigentlich immer wieder bestätigt haben: Das wird nicht schiefgehen. - Ich sage ja: Wir haben keine Anhaltspunkte gehabt. Jetzt im Nachhinein zu sagen „Ja, das haben wir doch immer schon gewusst“: Das ist leider Gottes auf Gottes Erdboden immer so, dass man danach klüger ist.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat jetzt der Kollege Jung das Wort.

Dr. Christian Jung (FDP): So, also wieder herzlich willkommen aus der Mittagspause! Ich will jetzt nicht mit Ihnen streiten, wie bedeutend Sie sich selbst finden. Aber ich glaube, Sie sind - das kann man vielleicht festhalten, auch nach verschiedenen Berichten, auch über Sie - schon ein Mensch, der sehr strategisch ist.

Was ich jetzt nicht verstehe nach dem, was Sie gesagt haben, und was ich gern noch besser verstehen würde, ist: Warum wurde damals der ortsabwesende Staatssekretär Beermann vom Minister mit der Leitung dieser Taskforce beauftragt? Und Sie haben ja berichtet, dass Sie den ganzen Tag sozusagen da gar nicht dran teilgenommen

haben. Also, das heißt, diese Taskforce war offenbar ohne irgendeine Leitung und hat da vor sich hin gewurschtelt.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Dr. Jung, dazu kann ich Ihnen ganz klar Folgendes sagen: Die Idee, diese Taskforce einzurichten, ist in dem ersten Telefonat nach Bekanntwerden des Urteils gefallen: Richtet unter Leitung des zuständigen Staatssekretärs eine Taskforce ein. - Der zuständige Staatssekretär war zu dem damaligen Zeitpunkt Guido Beermann. Jetzt haben manche die Terminkalender aller Staatssekretäre usw. - auch wenn sie bedeutend sind - im Kopf. Ich beherrsche dieses nicht, sondern ich bin noch ein Mensch des Papiers; ich schaue nach. So, und dann habe ich den Herrn Beermann angerufen und ihn zwar erreicht, aber er hat mir gesagt: „Du, ich kann heute nicht; wir haben“ - ich bitte um Nachsicht, wenn ich mich da jetzt vertue - „heute“ - ich glaube, vielleicht auch sogar schon den Tag vorher - „eine Strategieklausur des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG.“ Sie wissen als Verkehrspolitiker, dass das BMVI die Koordination der Position des Bundes dort vornimmt. Das heißt, Guido Beermann musste als Vertreter des Bundes in diese Strategiesitzung, die eben ja im großen Kreise des Aufsichtsrates lief.

Und daher war es logisch, dass in seiner Vertretung - so ist es in der Geschäftsordnung vorgesehen - der Stellvertreter, nämlich Staatssekretär Dr. Michael Güntner, das sofort übernommen hat und unter seiner Leitung dann diese Taskforce einberufen wurde. Die bestand eben nicht - - fixiert auf bestimmte Leute, sondern das wurde denen anheimgegeben, was sie gerade - - Der Herr Güntner selber ist auch Jurist, kennt sich also auch in vielen Dingen aus, und er hat dann die Leute zusammengetrommelt oder zusammen-trommeln lassen, die sich daran beteiligt haben.

Ich selber habe das deutlich gemacht: Ich war nicht beteiligt, weil ich erstens nicht viel hätte beitragen können, wenn es um all diese Fragen aus dem Vertragswerk ging. Zum Zweiten wäre es mir zeitlich gar nicht möglich gewesen, weil es jetzt ja darum ging, viele Gespräche zu führen. Ich will damit nicht meine Bedeutung unterschlagen. Wenn Sie meinen, dass ich bedeutend



Nur zur dienstlichen Verwendung

bin, können Sie sich vorstellen, dass mich dann auch plötzlich ganz viele Leute angerufen haben. Also, insofern war ich auch als Gesprächspartner gefragt und habe dann meine Meinung vertreten und Informationen gegeben an viele Stellen innerhalb und außerhalb des Hauses.

Dr. Christian Jung (FDP): Dann halte ich fest nach dem, was Sie gesagt haben, dass der Herr Dr. Güntner bis zum Eintreffen von dem Herrn Beermann dann sozusagen die Leitung der Taskforce offiziell hatte. Das heißt, es waren - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Es ist richtig, Herr Abgeordneter: Herr Beermann ist am späten **Abend** (akustisch unverständlich) zugestoßen und hat dann den Vorsitz quasi übernommen und hat in den Folgetagen dann das auch weitergeführt.

Dr. Christian Jung (FDP): Das heißt, als Volljuristen waren dann bis zum Eintreffen zum Beispiel der Herr Dr. Neumann dabei. Von der Frau Bethge wissen wir, dass sie Volljuristin ist, von dem Herrn Dr. Güntner. Waren da noch weitere Volljuristen dabei, bei diesen Besprechungen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann Ihnen jetzt nicht - - Ich weiß auch nicht bei jedem, wer jetzt Volljurist ist oder nicht. Ich glaube, Frau Dr. Gebauer war dabei; soweit ich weiß, ist sie auch Volljuristin. Es war Herr Zielke weitgehend oder teilweise - das kann man jetzt unterschiedlich sehen - dabei, der Volljurist ist. Herr Molitor war in weiten Zügen dabei, der Volljurist ist. Also, es waren sehr viele Juristen dabei.

Dr. Christian Jung (FDP): Jetzt hatten Sie ja schon heute gesagt, dass es aus verschiedenen Gründen kein Protokoll dieses Tages gab und Sie auch selbst nicht durchgehend dabei waren. Jetzt hatten Sie vorhin gesagt, dass Sie dann gemeinsam mit dem Minister auf Basis der Beratungsergebnisse dann eine gemeinsame Entscheidung gefällt haben. Wie haben Sie denn das gemacht? Haben Sie die Entscheidung gefällt oder der Minister? Wer hat das gemacht?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das ist relativ einfach zu beantworten. Ich habe das auch in meinem Eingangsstatement deutlich gemacht, dass

ich keine Entscheidungen zu fällen habe, sondern wir haben am Ende der Taskforce - - Also, diese Taskforce hat getagt den Tag über in unterschiedlicher Besetzung, hat sich mit den Themen befasst bis etwa - da muss ich jetzt spekulieren - halb sechs oder wann es war.

So am Abend hin sind der Minister und ich - ich weiß nicht, ob noch ein, zwei mehr mitgekommen sind - in diese Taskforce hineingegangen und haben uns über die Beratungen, die im Laufe des Tages stattgefunden haben, unterrichten lassen. Dort wurde dann vorgetragen von den Kollegen, die dort schon länger zusammen waren, was sie für Kündigungsgründe, was sie für all diese Fragestellungen, die sich halt - - Der Herr Minister hat dann hier und da auch wieder nachgefragt.

Wir haben uns dann, wie Sie es schon berichtet haben, auch in die kleinere Runde zurückgezogen und haben da noch einmal eine abschließende Bewertung dieser Aufgaben oder dieser Ergebnisse der Taskforce, die in der Tat jetzt nicht aufgeschrieben waren - weil wir hätten sie ja für uns selber nur aufgeschrieben; es waren ja immer dieselben Leute wieder dabei - - die sind noch mal zusammengeführt worden. Und aufgrund dieser Ergebnisse haben wir im Kollegium, wenn Sie so wollen, eine Gesamtentscheidung herbeigeführt.

Dr. Christian Jung (FDP): Aber das heißt, es gab jetzt keine schriftlich ausgearbeitete und auch juristisch noch mal überprüfte Zusammenfassung, die als Entscheidungsgrundlage diente.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Die Entscheidungsgrundlage wurde von den Juristen vorgetragen. Nun sind wir noch in der Lage, einige Dinge aufzunehmen, und das haben wir auch verstanden. Man hätte es aufschreiben können - das hätte viel Zeit gebraucht -, und die hätten uns das noch mal vorlesen können. Statt des Vorlesens haben sie uns vorgetragen, und das hatte die gleiche Wirkung. Es war nämlich überzeugend dargestellt, dass es Kündigungsgründe gab. Die beiden haben wir schon genannt. Insofern wäre die Verfertigung eines Papierses eigentlich eine überflüssige



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tat gewesen, die viel Zeit gekostet hätte und allenfalls wieder einen hierarchischen Gang ausgelöst hätte, dass noch mehrere Instanzen das hätten sich anschauen müssen. Und hier waren alle vertreten, immerhin auch ein Staatssekretär, der als Jurist - und ich kenne den Herrn Dr. Güntner auch seit vielen Jahren, und ich darf mir erlauben zu sagen: als wirklich guter Jurist - auch mit Informationen dazu beitragen konnte, zu einer vernünftigen Entscheidung zu kommen.

Dr. Christian Jung (FDP): Ich habe nur deswegen gefragt, weil es natürlich oftmals so ist, dass viele Dinge sehr lange rechtlich geprüft werden. Hier hat man bei einer Sache von erheblicher Bedeutung diese lange Prüfungszeit wegen den ganzen Persönlichkeiten, die da waren, so nicht gebraucht. - Das war eine Frage.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Kann ich nur bestätigen.

Dr. Christian Jung (FDP): Gut. - Ich habe noch weitere Fragen in der nächsten Runde.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat der Kollege Cezanne das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Görrissen, ich setze daran gleich noch mal an. Also auch, wenn da jetzt lauter qualifizierte Leute um einen Tisch sitzen: Man weiß, man ist von einem Urteil am Vormittag überrascht; man weiß jetzt, nachdem man einen Tag lang daran gearbeitet hat, es gäbe den offensichtlichen Kündigungsgrund und es gibt noch einen zusätzlichen Kündigungsgrund wegen der Schlechtleistung. Beide Kündigungsgründe ergaben aber keinen Zeitdruck oder keine Notwendigkeit, das unbedingt an diesem Tag zu entscheiden. Was war denn aus Ihrer Erinnerung der ausschlaggebende Grund, warum Sie in dieser Runde am Abend dieses Tages sich dann schon für die Kündigung entschieden haben?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Aus meiner Erinnerung heraus war der entscheidende Grund, dass wir eben in der Tat, was Sie jetzt sagen, uns auch gefragt haben: Wie viel Zeit haben wir? Der Rechtsberater hat dann gesagt: Na ja, ein paar

Tage kann man drüber nachdenken. - Aber ich habe das ja schon erwähnt: Sehr nachdenklich hat uns dieser Mailverkehr des Anwalts Frevert von Noerr gestimmt, der ja schon tags vorher, also unabhängig auch von dem Urteil, gekommen war, wo er Bedenken äußerte. Und wir haben uns eben auch gesagt: Die Gegenseite wird ja auch etwas überlegen. - Und sie haben ja dann im Nachhinein - das wussten wir nicht an dem Abend, aber wir haben ja später gesehen - die Unterauftragnehmerveträge noch verändert; das kam ja dann ein paar Tage später.

Und insofern haben wir gesagt: Es ist vielleicht besser, das jetzt schnell zu machen, als jetzt einen langen Abwägungsprozess darzustellen, wo auch die Gegenseite dann vielleicht irgendwelche anderen Schritte geht. Wir hatten hier zwei aus unserer Sicht klare Kündigungsgründe, nämlich das Urteil und diese Schlechtleistung, die uns eigentlich bestätigt worden war noch mal durch die Gespräche am Nachmittag in der Taskforce und eben auch durch diese Mail vom Tag vorher über die Anwaltskanzlei.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Nun hat der Herr Schneble, mit dem Sie an diesem Tag nach seiner Erinnerung dreimal telefoniert haben, hier bei uns ausgesagt, dass er in diesen Gesprächen die Bereitschaft der Betreiber ausgesprochen habe, in veränderter Form, wie auch immer, weiter an dem Projekt zu arbeiten. Das muss Ihnen doch - - Also, zumindest nach den Aussagen von Herrn Schneble war Ihnen bekannt, dass die Betreiber interessiert sind, das Projekt fortzusetzen, unabhängig davon, was in dem Schreiben von der Kanzlei Noerr und Herrn Frevert steht. Wie haben Sie das denn miteinander in Einklang gebracht, dann hinterher trotzdem zu sagen: „Nee, wir kündigen jetzt, und zwar auf der Stelle“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich bin mir gar nicht mal bewusst, ob Herr Schneble zu dem Zeitpunkt das Schreiben der Kanzlei Noerr gekannt hat. Herr Schneble war Geschäftsführer seit kurzer Zeit. Ich kannte ihn als Lobbyisten. Insofern weiß ich nicht, inwieweit und in welcher Tiefe er in dieser Thematik insgesamt drin war, weil das ja auch ganz andere Leute dann inhaltlich gesteuert haben. Das ist das eine.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zum Zweiten habe ich in der Tat mit Herrn Schneble an dem Tag - Sie sagen, er sagt dreimal; ich bin mir nicht ganz sicher, ob zwei- oder dreimal; aber egal - - Wir haben miteinander telefoniert. Und - das habe ich ja schon gesagt - es war die Überlegung, man trifft sich noch mal und unterhält sich.

Es gab dann auch in der öffentlichen Diskussion, die ja ganz schnell begann, die Frage: Gibt es nicht die Möglichkeit, diese Maut zu ändern, in eine Ökomaut umzuwandeln? Das war eine Sache, die man politisch vielleicht hätte machen können; sie wäre aber enorm schwierig gewesen. Und wir haben relativ schnell auch in den Gesprächen, die wir in Vorbereitung auf die Kündigung an dem Abend geführt haben, festgestellt, dass wir eine veränderte Maut mit veränderten Strukturen oder die Einführung einer Ökomaut - - die wäre nie möglich gewesen, ohne den deutschen Autofahrer zu belasten. Und damit war die Bereitschaft innerhalb der Koalition nicht vorhanden, da Änderungen herbeizuführen.

Das Urteil war leider so vernichtend, dass man eben sagen musste: Es bietet keine Chance mehr, jetzt zu einer Änderung zu kommen. - Dass die Unternehmen Kapsch und Eventim natürlich daran interessiert waren, ein gutes Geschäft zu machen - denn das wäre es ja, wenn es funktioniert hätte, geworden -, war klar, und dass sie sich auch bemühten und sagten: Wir müssen noch einmal überlegen. - Aber es gab für uns - und das war leider Gottes der Tenor dieses Urteils - - so eindeutig, dass das, was der Koalitionsvertrag uns vorgab, nicht hätte realisiert werden können. Aus dem Grunde brauchten wir da auch nicht mehr lange über Alternativen oder derartige Dinge nachzudenken.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Dennoch hat Herr Scheuer - jetzt muss ich allerdings aus dem Gedächtnis arbeiten; da kann ich Ihnen jetzt keine Vorhaltung machen - am kommenden Tag, am Mittwoch dann, im Kabinett die Frage ja offensichtlich noch mal aufgeworfen und hat dann berichtet, dass es - das stimmt; da haben Sie dann das, wie soll ich sagen, vorausgeahnt am Dienstagabend - im Kabinett keine Bereitschaft gibt, das Thema weiterzuverfolgen. Aber wäre das

nicht ein relativ logischer Schritt gewesen, am Dienstag zu sagen: „Also jetzt, Leute, macht mal halblang; morgen ist Kabinettsitzung, da können wir das ja noch mal mit den Kollegen aus der Regierung besprechen“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sie wissen und Sie vermuten ja sicher auch, dass Herr Scheuer am Tag selber schon mit einigen in der Regierung gesprochen hatte, und insofern war das eigentlich ziemlich eindeutig. Die Kabinettsberichterstattung war halt einfach, die Kollegen, die sich nicht mit der Thematik befassen, aber natürlich politisch von so einer wegweisenden Entscheidung auch betroffen sind, noch einmal zu informieren und auch sicher noch mal das gesamte Stimmungsbild zu sehen. Aber es war für uns relativ eindeutig, dass wir in der Phase keine Chance hatten auf der Basis des vorhandenen Koalitionsvertrages. Und, Herr Abgeordneter Cezanne, Sie wissen selber, dass diese Maut auch innerhalb der Koalition begrenzte Freunde hatte. Also, das war eine schwierige Diskussion.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke sehr.

Vorsitzender Udo Schiefner: Herr Kollege Krischer hat dann das Wort.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Görrissen, ich bleibe bei diesem Tag und dem Thema Taskforce. Ich habe, ehrlich gesagt, immer noch nicht verstanden: Wer hat denn am 18. - und was dann im Laufe des Tages passierte - die Teilnehmer ausgewählt? Wie ist da entschieden worden, wer dort hinkommen soll? Wie passierte das? War das Ihre Aufgabe? Waren Sie damit befasst?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich habe das ja versucht schon darzustellen. Meine Aufgabe bestand darin, den Wunsch des Ministers, eine Taskforce einzusetzen, weiterzugeben. Dieses habe ich weitergegeben an den zuständigen Staatssekretär oder an sein Büro, wo sich aber dann herausstellte, dass Herr Beermann eben nicht da ist und auch nicht verfügbar ist. Und er hat dann mit seinem Stellvertreter, dem zweiten Staatssekretär unseres Hauses, gesprochen. Und Herr Güntner hat dann entschieden, wer dazukommt. Ich will



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht ausschließen, dass Herr Güntner mich zwischendurch noch mal gefragt hat: Wen, meinst du, sollte man noch dazuholen? - Aber wir haben dann natürlich auch gesagt: Das weiß Herr Zielke. - Der Herr Zielke hat seine Leute geholt, die seit Jahr und Tag in der Abteilung StV daran arbeiteten. Es sind die Europarechtler dazugekommen; es sind, glaube ich, vom Haushalt einige dazugekommen. Aber ich kann Ihnen nicht sagen - -

Ich habe da auch nichts mitentschieden, sondern ich habe nur gesagt: Der Minister möchte gerne eine Taskforce, die nicht aus einer festen Zusammensetzung besteht, wo man sagt: „1 bis 17 sind die Leute“, sondern ihr sollt euch die zusammenholen, auch unter Beteiligung der Rechtsberater bzw. der Berater - wir haben ja neben den Rechtsberatern auch noch andere gehabt, die sich mit dieser Thematik befasst haben, die das Vertragswerk kannten und die sich inhaltlich mit der Thematik beschäftigt haben - - dass sie dort eine Zusammenstellung machen der Kollegen, die man dafür braucht, egal welche Ebene, ob Sachbearbeiter oder Referatsleiter oder Unterabteilungsleiter. Und so wurde halt diese Taskforce, soweit ich weiß - wie gesagt, ich bin selber ja nicht dabei gewesen -, auch in unterschiedlicher Zusammensetzung - - Sie werden sich das thematisch etwas aufgeteilt haben. Die Wortführung, vermute ich mal, werden im Wesentlichen Herr Zielke und der Herr Molitor als die Kernabteilung, die für die Maut zuständig ist, gehabt haben.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat es Sie nicht gewundert? Da kommt jetzt ein Urteil, und das ist ja wie eine Bombe eingeschlagen, hat alle überrascht. Sie haben halt mit etwas anderem gerechnet; das hören wir von allen hier. Was mich wundert, ist, dass der Prozessbevollmächtigte, der beim EuGH das Haus vertreten hat, nicht dabei ist. Warum?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Krischer, das kann ich Ihnen nicht sagen, weil - ich hatte es gerade gesagt - ich war für die Zusammensetzung nicht verantwortlich. Nun war der Prozessbevollmächtigte ja auch nicht am Ort. Ich weiß aber nicht, ob mit ihm telefonischer

Kontakt oder was gehalten wurde. Ich sage ja: Ich habe mich weder in die Zusammensetzung der Taskforce noch in die Arbeit dieser Taskforce in irgendeiner Form eingemischt.

Die anderen Fragen, die dort wegen des - - Das hätten Sie Herrn Zielke fragen können. Ich weiß nicht, ob Herr Hillgruber oder ob andere Beteiligte, die wir eingeschaltet hatten, die wir beteiligt haben - - Und vieles ist eben auch über die Kanzleien gelaufen. Also, wie gesagt: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich nicht beteiligt war.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben Herrn Zielke gefragt. Er kann es auch nicht sagen.

Ich komme dann auf den 20. Juni und habe da eine Vorlage. Das ist MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 231. Da gibt es einen Mailverkehr. - Gucken Sie erst mal, wenn Sie schauen möchten.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Aber was ist jetzt Ihre Frage, Herr Abgeordneter?

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Frage zielt darauf ab, dass Staatssekretär Beermann Sie am 20. zur „Task Force Maut“ am 21. einlädt. Und da steht drunter:

Ihre persönliche Teilnahme ist erforderlich.

Das ist fett unterstrichen.

Dann fragt Sie Frau Julie Heidl, ob Sie da hingehen, und Sie sagen: „Nö, gehe ich nicht hin“, obwohl es eine Aufforderung - würde ich es mal so formulieren -, keine Einladung ist, dort zu erscheinen. Und Sie schreiben - das finde ich sehr bemerkenswert - an die Frau Julie Heidl:

Ehrlich gesagt, würde ich es Ihnen nicht empfehlen, ich gehe nicht hin.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Die ist auch eingeladen, die Julie Heinl.

Ich finde das sehr bemerkenswert, dass man vom Staatssekretär aufgefordert wird - kann man schon sagen -, persönlich zu erscheinen, und dann sagt: Ich gehe da nicht hin.

Jetzt haben Sie eben erläutert, Sie seien da nicht so ganz involviert gewesen. Aber wenn der Staatssekretär Sie auffordert und Sie gehen einfach nicht hin und dann sagen Sie auch noch Kollegen: „Geht ihr auch mal nicht hin“: Finde ich komisch. Können Sie mir das erläutern?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das will ich gerne versuchen Ihnen zu erläutern. Das ist eine Standardeinladung, die Herr Beermann ja an viele andere geschickt hat. Das heißt also, das ist keine persönliche Aufforderung an mich, zu erscheinen, sondern er hatte um Präsenz gebeten. Wir hatten aber bereits - - Also, das ist büromäßig abgelaufen. Ich hatte von vornherein gesagt: Ich werde mich an diesen Taskforce-Sitzungen nicht beteiligen, weil ich das zeitlich einfach nicht schaffen kann.

Und dann ist immer die Frage: Wenn in so einer Taskforce, die sich inhaltlich mit den Themen beschäftigt, Vertreter der Pressestelle dabei sind und dann kommen Presseanfragen, dann muss man auch vernünftige Antworten geben können. Und deswegen war meine Empfehlung: Lasst uns lieber die Ergebnisse nachher haben, dann müssen wir auch nicht sagen: Ja, wir wissen das alles, aber wir sagen nichts.

Ich habe von vornherein ausgeschlossen, dass ich an einer Taskforce-Sitzung teilnehme, weil ich, wie gesagt, inhaltlich nichts hätte beitragen können und im Übrigen auch einfach nicht den Zeitrahmen zur Verfügung hatte, mich dort auch noch stundenlang im Zweifel zu beschäftigen. Die Aufforderung, persönlich zu erscheinen, war ja nicht an mich persönlich gerichtet, sondern an eine ganze Reihe von Teilnehmern. Und das ist in unserem Hause leider so üblich, dass man den Abteilungsleiter L, wenn man ihn mit in die Verantwortung nehmen will, gerne mit einlädt und auch erwartet, dass er kommt. Aber das ist die Ubiquität, Herr Abgeordneter Krischer, die ich

noch nicht schaffe. ... (akustisch unverständlich) von vornherein klargestellt: Ich werde mich da nicht beteiligen.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann frage ich in der nächsten Runde weiter, weil ich glaube, meine Zeit ist um, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat jetzt das Wort der Kollege Lange.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Keine Wiederholungen und keine Fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Kollege Wiehle?

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich bin gerade noch dabei, was zu klären. Bitte am Ende der Runde noch mal fragen. - Danke.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke. - Kollegin Lühmann?

Kirsten Lühmann (SPD): Danke schön. - Herr Görrissen, nachdem der Vertrag unterschrieben war, haben Sie in Ihren Tagesinformationen noch dreimal das Thema Vertrag oder Vertragspartner erwähnt; das Thema Feinplanungsdokumentation kommt nicht ein einziges Mal vor. Ist bis zur Kündigung des Vertrages das Thema „Probleme bei der Feinplanungsdokumentation“ bei Ihnen aufgelaufen, vielleicht dass Herr Schulz gekommen ist auf dem Weg zum Minister und Ihnen das mitgeteilt hat, dass Ihnen andere das mitgeteilt haben mit der Bitte, es dem Minister zu sagen? Also dieses Thema „Probleme bei Feinplanungsdokumentation“ bis zum Tag der Kündigung: Haben Sie davon irgendetwas gehört?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Dann habe ich noch einige Fragen zu der Situation nach der Kündigung oder nach dem EuGH-Urteil. Nach dem Tag der Kündigung - wir haben ja eben darüber geredet: was passierte an dem Tag? Taskforce, Sie haben nicht teilgenommen; Entscheidung -, an dem Tag nach dem Urteil und nach der Kündigung kam es am 19. Juni 2019 von



Nur zur dienstlichen Verwendung

12.30 bis 13.30 Uhr zu einem Treffen zwischen Ministeriumsspitze und Betreiber. Dieses Treffen - das haben wir auch gehört - ist erst für den Tag davor um 18 Uhr angesetzt worden, ist dann verlegt worden. Und zwar haben da laut Protokoll des Betreibers teilgenommen: Minister Scheuer, Staatssekretär Beermann und Sie und aufseiten des Betreibers Herr Laux, Herr Schulenberg, Herr Blum und Herr Schneble. Das Dokument, auf das ich mich beziehe, hat die Nummer MAT A D-1/6, Blatt 6 und 7. Ist die Darstellung des Teilnehmerkreises so zutreffend? Haben Sie da teilgenommen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir schauen erst mal, was Sie jetzt gerade als Material meinten.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Lühmann, ich glaube, Sie haben gerade bei der Auflistung den Herrn Ruoff vergessen gehabt, der hier im Text steht und der mir auch rememberlich ist, aber nicht jetzt als groß Beitragenden, sondern dass er dabei war.

Kirsten Lühmann (SPD): Stimmt, habe ich vergessen.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Sonst ist der Teilnehmerkreis dort richtig wiedergegeben.

Kirsten Lühmann (SPD): Was erinnern Sie sich noch? Wie ist dieses Gespräch abgelaufen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nun gut, es war ein Gespräch, über das man vorher sich überlegt hatte: Führen wir es überhaupt noch, oder führen wir es nicht? Wir haben dann gesagt: Wir führen das noch mal. - Der Minister hat seine Ausführungen gemacht und noch mal die ganze Lage dargestellt, auch die Problematik, die sich nach dem Urteil ergibt. Und Sie haben mir ja jetzt gerade hier eingespielt diesen Vermerk, den, wenn ich es richtig sehe, die Kollegen Schneble und Dr. Blum gemacht haben. Ich hatte ihn auch

schon einmal wahrgenommen, weil er auch pressmäßig schon verkauft worden ist.

Mich hat in diesem Vermerk etwas überrascht die Bedeutung, die Herr Schneble dort plötzlich sich selbst zuschreibt. Die ist mir so nicht rememberlich, sondern es war mehr ein Gespräch zwischen Herrn Minister Scheuer und Herrn Schulenberg, bei dem es insbesondere natürlich - und dieser Begriff ist in diesem Vermerk auch nicht aufgeführt - um das Thema Schlechtleistung geht. Ich verstehe, dass Herr Schneble und Herr Blum das nicht in ihren Vermerk hineinschreiben wollten, weil das ja auch für sie nicht gerade ein Aushängeschild jetzt war, dass dort Schlechtleistung erbracht worden ist. Übrigens der Begriff „Schlechtleistung“, wie ihn der Minister in dem Gespräch verwandt hat, hat bei Herrn Schulenburg zu ziemlicher Aufregung geführt, weil er sich in seiner kaufmännischen Ehre gekränkt fühlte und es nicht akzeptieren wollte, dass er nun Schlechtleistung vollbracht hat. Und die Kollegen schreiben ja auch lieber „Feinplanung“; aber wir haben das eben als Schlechtleistung bezeichnet. Und insofern war die Atmosphäre für dieses Gespräch nicht ganz optimal.

Natürlich haben die Betreiber versucht, noch einmal darzustellen, dass sie alles tun werden, um das in Griff zu bekommen. Wir haben unsere Position dargestellt. Und es war halt eine Stunde, die wir uns miteinander unterhalten haben, die aber zu keinerlei Ergebnissen geführt hat und die eben deutlich gemacht hat die Verärgerung auf unserer Seite, die schwierige Situation, die sich nach dem Urteil ergibt, und das Bemühen, sage ich jetzt mal, von den Herren Laux und Ruoff, die im Zweifel nicht viel gesagt haben - Herr Schneble hat etwas mehr gesagt; Herr Blum hat meines Wissens fast gar nichts gesagt -, die sich versuchen zu rechtfertigen und zu sagen: Na, so schlimm ist das alles nicht; wir kriegen das schon irgendwie hin.

Das ist so meine grobe Erinnerung an diese Stunde, die wir dort miteinander zusammensaßen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kirsten Lühmann (SPD): Der Zeuge Schulenberg hat hier erklärt, dass entweder er oder Herr Schneble - das wusste er nicht mehr so genau - am Ende des Gesprächs den Minister gefragt haben, was sie jetzt noch tun könnten, also vonseiten der Betreibenden; das ist im vorläufigen Protokoll vom 01.10., Seite 80 und 81. Wissen Sie noch, wie der Minister auf die Frage geantwortet hat?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein. Wir schauen gerade mal in den Text, Frau Lühmann, bitte.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Kirsten Lühmann (SPD): Seite 82 [sic!], links, zweiter Absatz. Er endet mit einem - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Gefunden.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Soweit ich das erinnere, war das der Kollege Schneble, der gesagt hat: Was können wir noch machen? - Und, ja Gott, es war nicht mehr viel zu machen. Also, das war mehr so eine Floskel, wie man halt sagt: Hör mal, irgendwie - - Und wir haben ja, wenn Sie sich erinnern - so ist es, glaube ich, auch in dem Vermerk notiert -, gesagt: Wir wollen uns noch mal wieder treffen. - Und insofern hätte man noch mal überlegen können, ob man noch irgendwas besprechen kann. Aber richtig klare Vorstellungen, was das hätte sein können, hatte zu dem Zeitpunkt, glaube ich, niemand. Ich habe das mehr als Höflichkeitsgeschichte gesehen.

Kirsten Lühmann (SPD): Sie haben ja die Presse erwähnt, die unter anderem die Formulierung, die gefallen sein soll, der Minister könne seinen Bericht im Ausschuss so oder so ausfallen lassen, zum Inhalt hatte. Können Sie sich an die Äußerung des Ministers erinnern?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Eine wirkliche Erinnerung an diese Äußerung habe ich nicht. Es könnte sinngemäß so gewesen sein, dass er gesagt hat: Wir werden mal sehen, wie ich es im Ausschuss darstelle. - Man kann ja - so wie ich es gerade versucht habe in den Vermerk hineinzudeuteln - von Fehlern in der Feinplanung sprechen; man hätte aber auch von Schlechtleistung sprechen können. Und das war vielleicht, je nachdem, wie gehen wir jetzt insgesamt damit um, ja auch - und das ist Tage später dann in die Medien gegangen - die Frage des Schadensersatzes. Es kursierten ja dann unterschiedliche Summen in den nächsten Tagen. Und das war, glaube ich, so zu verstehen. Dass das irgendwas anderes war, habe ich nicht so wahrgenommen.

Kirsten Lühmann (SPD): Also, Sie haben es nicht wahrgenommen. Also, Sie wissen nicht, ob es passiert ist; denn Sie wissen ja: In den Medien stand, dass der Minister das von einer Bedingung abhängig gemacht haben soll, ob er in dem Verkehrsausschuss so oder so aussagt. Ob es diese Bedingung gegeben hat, daran können Sie sich nicht erinnern. Habe ich Sie so richtig verstanden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Da haben Sie mich richtig verstanden. Ich habe daran keinerlei Erinnerung.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Ich habe jetzt eine MAT-Nummer, die ich Ihnen gerne vorhalten möchte: Das ist die MAT A BMVI-5/12, Blatt 35 bis 37. Da geht es um eine Tagesinformation von Ihnen, die sich mit der maximal möglichen Transparenz beschäftigt, die ja der Minister nach der Kündigung der Öffentlichkeit und insbesondere auch dem Ausschuss versprochen hat. Und da schreiben Sie:

Unsere Strategie der Transparenz hilft m.E. nicht mehr weiter. Sie führt dazu, dass die Gegenseite immer neue Felder aufmacht, wo wir nicht ausreichend vorgelegt haben.

Sie können es ja gleich noch mal lesen; das geht ja noch etwas weiter.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das heißt, die Strategie der Transparenz - - Wenn Sie schreiben: „Es kommen Fragen nach Dingen, die nicht vorgelegt wurden“, ist das ja nicht maximale Transparenz, weil augenscheinlich ja Dinge nicht vorgelegt wurden. Aber der Kern meiner Frage geht dahin: Ist also schon im September diese Strategie wieder aufgegeben worden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, die Strategie der maximalen Transparenz - das habe ich mir geschworen -, die werde ich nie wieder vorschlagen,

(Heiterkeit der Abg. Nina Warken (CDU/CSU) und Kirsten Lühmann (SPD) -
Kirsten Lühmann (SPD):
Sehr gut!)

weil ich habe gelernt, dass man darüber befinden muss, was Transparenz oder maximale Transparenz ist, und habe gelernt, dass wir darüber nicht hätten befinden können, sondern dass Sie - ich meine Sie jetzt nicht persönlich, Frau Abgeordnete Lühmann, aber Ihre Kollegen usw. - darüber befunden haben. Und Sie hätten nie erklärt: Das reicht uns jetzt. - Aber es wäre immer noch wieder irgendwo etwas gekommen.

Und deswegen habe ich so versucht darzustellen: Leute, es hat keinen Sinn, jetzt ständig von dieser maximalen oder vollständigen Transparenz zu sprechen; es wird immer wieder irgendeiner kommen und sagen: „Moment, das fehlt aber noch“ usw. Und deswegen würde ich nicht sagen, dass wir sie aufgegeben haben. Es war ein Versuch, möglichst das, wo wir meinten, dass es mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun hat, was man braucht, um den Sachverhalt aufzuklären, das aber auch aus Ihrer Sicht dazugehört, weil ich irgendwo formuliert habe: „Herr Luksic hat wieder eine Frage gestellt - - Das war für mich nicht Teil einer maximalen Transparenz, weil ich das für ziemlich albern gehalten habe. Ich habe ihn aber auch gefragt: Warum sollte ich den Chef unterrichten? - Aber ich habe es gemacht, damit er weiß, wenn am Samstag wieder in den Zeitungen steht: „FDP fordert ...“, wo kommt das her,

dass ich ihm sagen konnte: Das kommt aus dieser Anfrage heraus.

Also das war eine Strategie. In meinem zweiten Berufsleben - ich weiß nicht, wo ich es dann beginne - werde ich diesen Vorschlag nicht wieder machen.

Kirsten Lühmann (SPD): Aufgenommen. - Ich habe noch eine Frage; dann bin ich auch durch. Das geht wieder um eine Materialnummer, und zwar MAT A BMVI-5/12, Blatt 40 und 41. Das ist ein Papier vom 13. September 2019. Und da kam der Minister mit der Idee an Sie heran, doch noch eine Vereinbarung mit dem Betreiber zu beschließen. Es geht mir nicht um den Inhalt, sondern es geht mir um das Verfahren. Möchten Sie Zeit haben, um den Inhalt noch mal zu lesen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Schon aufgemacht hier. Ich will es nur ganz kurz einmal durchlesen, -

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: - wenn Sie gestatten.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

So, jetzt bitte ich aber, Frau Lühmann, noch mal die Frage zu stellen, die ich jetzt nicht mehr ganz präsent habe.

Kirsten Lühmann (SPD): Nee, ich hatte sie noch gar nicht gestellt.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ach so. Dann habe ich sie auch in der Tat ja nicht verstehen können.

Kirsten Lühmann (SPD): Richtig. - Ich habe dazu zwei Fragen. Die erste: Wessen Idee war das? War das die Idee des Ministers, das, was da drinsteht, oder hat er die von jemand anders? Wenn von jemand anders: Von wem?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Da bringen Sie mich jetzt in eine leichte Schwierigkeit, weil ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

das nicht genau sagen kann. Ich meine, zu erinnern - aber ich meine es wirklich nur; ich weiß es nicht -, dass das eine Idee war, die der Minister mit Herrn Kollegen Zielke im Gespräch entwickelt hat. Sie wissen ja, dass die Verträge - - Wir haben sie gekündigt, aber die Kündigung wurde ja erst im September wirksam. Und es war im Vorfeld dieses Kündigungsdatums, also der Wirksamkeit der Kündigung am 30.09., dass dieses Thema mal diskutiert wurde.

Es ist ja dort das Stichwort des Moratoriums, und es war die Frage: Können wir das hinauszögern, dass man eventuell noch zu einer anderen vertraglichen Vereinbarung kommt? Das war auch, glaube ich, zu sehen in dem Gesamtzusammenhang mit der ökologischen Maut, dass man gesagt hat: Vielleicht ergeben sich noch mal weitere Entwicklungen. - Die Zeit war ja schon weitergegangen, und das ist ja heute auch ein Thema. Aber ich kann nicht hundertprozentig sagen - - Ich meine, zu erinnern, es wäre eine Idee gewesen, die so in einem Gespräch - - Der Kollege Zielke hat immer interessante Ideen gehabt.

Und Sie merken vielleicht an meiner Rückfrage bei Herrn Dr. Schulz: Ich war sehr skeptisch, ob das überhaupt funktionieren kann und funktionieren wird. Und das hat ja Herr Schulz in seiner kurzen Erwiderung - - Denn den hatte ich, weil ich, wie gesagt, rechtlich das überhaupt nicht bewerten konnte, noch mal gebeten um sein Testat, wie er das sieht.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Das ist nämlich jetzt genau meine zweite und letzte Frage: Warum Herr Schulz? Der war zu dem Zeitpunkt nicht mehr Staatssekretär. Er war in einer Funktion, die bei einer möglichen ökologisch ausgerichteten Maut auch als Betreiber infrage kommen könnte. Sie merken den Hintergrund meiner Frage: Ich sehe da einen Interessenkonflikt. Und im Hause gab es ja wohl genug juristischen Sachverstand, um das auch im Haus prüfen zu können.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das ist auch eine Frage des Vertrauens. Wenn man einen vertraulichen Hinweis hat, eine vertrauliche Überlegung hat, dann muss man einmal schauen: Wie wird es

gesehen? - Wenn meine Vermutung nicht ganz falsch ist, dass es vielleicht von Herrn Zielke kommt, hätten seine Mitarbeiter natürlich einen Teufel getan, das irgendwie zu bewerten; da hätten sie sich gar nicht getraut. Und insofern war Herr Dr. Schulz - Sie haben recht - natürlich in einer neuen Funktion, aber war für mich ein absoluter Spitzenfachmann, was dieses Thema anbelangt, der in dieser Thematik drin war. Und ich brauchte, wie ich das heute Morgen schon mal sagte, noch mal eine zweite Meinung neben meiner, um zu hören: Ist das überhaupt ein gangbarer Weg? Denn ich hielt ihn für nicht gangbar; aber ich konnte es nicht so wirklich begründen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ein - -

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: An einen Interessenkonflikt -

Kirsten Lühmann (SPD): Genau.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: - habe ich in dem Zeitpunkt überhaupt nicht gedacht und ihn auch nicht in irgendeiner Weise gesehen. Es war einfach ein kollegialer Rat.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann gebe ich das Wort dem Kollegen Jung.

Dr. Christian Jung (FDP): Ja, vielen Dank, auch für die Ausführungen zu dem Innenleben des Ministeriums. Ich meine, man kann, glaube ich, festhalten: Kommunikation ist eine schwierige Sache.

Was ich jetzt noch nicht so ganz nachvollziehen kann, weil Sie da sehr gesprungen sind und auch viele Gesprächspartner das erste Mal erwähnt worden sind: Könnten Sie bitte noch mal genau den Tagesablauf von Ihnen vom 18. Juni ab etwa 9.30 Uhr sagen - vielleicht können Sie es chronologisch machen - und, weil Sie ja sehr viele Telefonate auch aufgeführt haben, mit wem Sie alles telefoniert haben? Sie haben zum Beispiel erwähnt, dass Sie sich mit den zuständigen Unionsabgeordneten abgestimmt haben. Was ist bei diesen Gesprächen auch mit wem genau gesprochen worden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Dr. Jung, ich kann mich sicher wiederholen; es wird aber nicht anders dadurch. Ich glaube, ich habe auf die Frage des Abgeordneten Lange versucht, deutlich zu machen, wie ungefähr der Tagesablauf war, wobei - jetzt muss ich doch wieder auf meine bescheidene Rolle zurückkommen - nicht ich diese Gespräche geführt habe, sondern ich habe dafür gesorgt, dass sie überhaupt geführt werden können. Es waren teilweise Gespräche, die auch andere geführt haben. Aber ich kann jetzt gerne noch einmal den ganzen 18. Ihnen vortragen.

Dr. Christian Jung (FDP): Genau, bitte ganz konkret und chronologisch.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Wir können uns aber auch ins ... (akustisch unverständlich) setzen, dass Sie ins Protokoll schauen und dann noch einmal - -

Dr. Christian Jung (FDP): Bitte ganz konkret und chronologisch.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Ja, das ist morgens angefangen und hat abends aufgehört. Das ist nun mal die Chronologie eines Tages. Ich kann es, wie gesagt, noch mal gerne wiederholen. Das macht mir nichts aus, aber es hilft Ihnen keinen Deut.

Dr. Christian Jung (FDP): Sehr gerne.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Wir sind morgens um halb zehn mit dem Urteil konfrontiert worden. Ich saß mit Frau Bethge und Herrn Ainetter, meinen beiden Unterabteilungsleitern, zusammen, und wir haben dieses Urteil zur Kenntnis genommen. Wir haben daraufhin den Minister informiert. Der Minister hat das natürlich über Ticker - die Ticker sind immer schneller, als wir unsere Telefone hinbekommen - auch schon erfahren. Wir haben dann eine kurze Schalte gemacht mit allen Beteiligten, sprich: der Frau Gebauer, glaube ich, dem Herrn Zielke und den beiden eben Genannten, haben noch einmal kurz Revue passieren lassen, dass er sozusagen noch mal hört. Und es war einvernehmlich ja klares Testat: Dieses Urteil ist so eindeutig; wir können da gar nichts machen.

Der Minister hat entschieden, dass wir eine Taskforce einsetzen. Ich habe das gerade eben noch einmal geschildert, wie das erfolgt ist. Das, glaube ich, muss ich nicht noch mal wiederholen. Und der Minister hat entschieden, dass bestimmte Maßnahmen, die derzeit ergriffen wurden vom KBA und auch vom BAG, kurzfristig gestoppt werden, damit nicht weitere Personaleinstellungen erfolgen. Ich könnte Ihnen noch ein konkretes anderes Thema nennen - das ging um eine Liegenschaft in Schleswig-Holstein, wo das KBA sich ausbreiten wollte -, was auch gerade in der Schlussphase war.

Wir haben dann, wie gesagt, eine Telefonschalte der Verkehrspolitiker der Union gemacht. Ich hatte das heute Morgen zu der Frage von Herrn Lange bereits gesagt: Das waren weitgehend halt CSU-Politiker, weil die damals in der Verantwortung in der Fraktion waren. - Und dann hat es sicher bei mir viele Anrufe gegeben; das bin ich nicht in der Lage Ihnen zu sagen. Ich habe auch mit Herrn Schneble dazwischen gesprochen, wie wir schon festgestellt haben.

Wir haben dann diese Taskforce tagen lassen. Wir sind dann am Nachmittag, am späten Nachmittag, der Minister und ich, in diese Taskforce hineingegangen, haben uns ... (akustisch unverständlich) lassen. Wir sind nach der Taskforce in sein Büro gegangen, in einem kleineren Kreis, und haben dort noch einmal konkret über die Kündigungsgründe und über die Kündigungsvarianten und das Verfahren gesprochen. Und irgendwann, ein Stück weit nach Mitternacht, bin ich nach Hause gefahren, weil mir der Tag, ehrlich gesagt, reichte. Und bei mir heißt „nach Hause fahren“ noch lange nicht, dass ich im Bett liege. Das braucht immer noch ein bisschen.

Dr. Christian Jung (FDP): Und am Ende dieses Tages hat dann der Minister diese Entscheidung als Verantwortlicher getroffen, zu kündigen?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Herr Abgeordneter Dr. Jung, ich habe das auch schon jetzt mehrfach gesagt: Wir haben in der Runde, in der wir zusammensaßen, beraten, was man machen kann. Es lag dieser Vorschlag auf dem Tisch, diese beiden Kündigungen auszusprechen. Und wir haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

einvernehmlich - ich glaube, ich hatte eben den Begriff „Kollegialorgan“ gewählt - gesagt: Der Kündigungsweg, so wie wir ihn dargestellt bekommen haben, ist der richtige, und den gehen wir.

Natürlich ist der Minister der Letztentscheidende; aber es ist eine Art bei Herrn Scheuer, dass er häufig fragt: „Gibt es noch jemand, der anderer Meinung ist?“ oder: „Habt ihr eine andere Meinung?“ Es hatte jeder die Gelegenheit, sich da zu äußern; das ist auch erfolgt. Und wir waren einheitlich der Meinung, dass es der richtige Weg ist, die Kündigung so, wie wir sie dort vorbesprochen haben, am nächsten Morgen formalisiert durchzuführen.

Das ganze Verfahren, wie das formalisiert jetzt geht, glaube ich, muss ich nicht wiederholen, mit Zustellung und was weiß ich; war alles und ist alles im Vertragswerk geregelt. Genau so sind wir auseinandergegangen. Und wenn ich ganz ehrlich sein soll: Mir reichte es auch.

Dr. Christian Jung (FDP): Ich frage deswegen, weil wir haben hier auch in einer der letzten Sitzungen eine Aussage gehabt eines hochrangigen Beamten des Ministeriums, dass der Minister selbst diese Entscheidung getroffen hätte.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Gut, das ist jetzt eine Interpretationsfrage. Natürlich ist ein Minister immer der, der die Letztentscheidung trifft. Ich habe das aber als ein Ergebnis einer intensiven Beratung eines Kollegialorgans, das immerhin dann in der Schlussphase aus zwei beamteten Staatssekretären und zwei Abteilungsleitern, mindestens einem Unterabteilungsleiter und noch zwei, drei anderen bestand, die in der Tat jetzt, wenn Sie mich nehmen - da sind wir beide uns ja nicht ganz einig, wie weit meine Bedeutung geht - - Aber ich hätte eine derartige Entscheidung nicht treffen dürfen, weil sie meiner Aufgabe nicht entspricht. Und insofern war mein Eindruck - und so bin ich aus dieser Runde gegangen, und er ist auch heute noch mein Eindruck -, dass wir alle, die wir dort saßen - und es gab kein Gegenvotum -, der Meinung waren: Es ist der richtige Weg, diesen Kündigungsweg zu beschreiten und das in dieser formalisierten

Form, wie wir es dort erörtert hatten, nun auch zu tun.

Dr. Christian Jung (FDP): Was Sie jetzt ja gesagt haben: Der Minister ist jemand, der sich gerne in seinem Umfeld noch mal rückversichert. - Hat er sich denn auch mit Ihrer Hilfe noch anderweitig zurückversichert? Sie haben ja exzellente Kontakte aus Ihrer Karriere in die CSU. Mit welchen Politikern der CSU hat er sich rückversichert? Hat er mit der Bundeskanzlerin gesprochen? Hat er mit dem Vizekanzler gesprochen? Weil diese Entscheidung trifft man ja nicht so einfach. Und der Herr Scheuer ist ja jemand, wie Sie ja zu Recht gesagt haben, der sich gerne rückversichert. Bei wem hat er sich denn über Ihnen noch rückversichert?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Dr. Jung, diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten, weil ich es nicht weiß. Ich habe ja gesagt: Der Minister war den ganzen Tag auch unterwegs. Es werden viele Gespräche stattgefunden haben, aber ich bin nicht über die Details informiert, mit wem er da geredet hat. Das weiß ich nicht.

Dr. Christian Jung (FDP): Sie haben auch zu CSU-Spitzenpolitikern an diesem Tag keinerlei Kontakte gehabt? Sie haben ja da sehr enge Beziehungen, auch aus der Vergangenheit, zu einzelnen Persönlichkeiten.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Mit „Sie“ meinen Sie mich jetzt, also großgeschrieben?

Dr. Christian Jung (FDP): Ja, ich meine Sie. Ich meine Sie, ja.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, nicht gehabt. Ich habe nur diese Telefonschalte, von der ich sprach, bei der einige Verkehrspolitiker dabei waren. Und für mich sind auch Verkehrspolitiker bereits hochrangige Politiker.

Dr. Christian Jung (FDP): Gut.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wenn Sie an Parteivorsitz oder Ähnliches denken - oder Generalsekretär -: Habe ich keine da gehabt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Christian Jung (FDP): Okay.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat der Kollege Cezanne nun das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Görrissen, auch da knüpfe ich gleich noch mal an. Herr Seehofer hat bei seiner Befragung hier ausgesagt, dass er, nachdem er von dem Urteil Kenntnis genommen hatte, den Herrn Dobrindt angerufen habe und sich mit ihm verständigt habe, dass damit das Thema Maut jetzt mal gut sei - also, das ist jetzt meine Formulierung -, und sich mit Herrn Dobrindt auch verständigt, dass der sich mit dem Parteivorsitzenden in Bayern in Verbindung setzt. Haben Sie Kenntnis darüber, ob aus diesem Kreis der drei Herren auch mit Herrn Scheuer gesprochen worden ist?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Klare Antwort, danke schön. - Am 28. August 2019 gab es ein Gespräch bei Minister Scheuer, an dem Sie, Staatssekretär Beermann und weitere Personen teilnahmen. Da ging es um die Geltendmachung von Vertragsstrafen. Ich sage auch mal die MAT-Nummer. Also das ist MAT A BMVI-5/1_b-3, Blatt 208.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm - Zuruf des RA Dr. Daniel Krause)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Entschuldigung bitte, Herr Abgeordneter, könnten Sie noch mal genau sagen, was Sie vorhalten wollen inhaltlich?

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Nein, die Frage habe ich noch nicht gehabt, aber es geht um die Einladung zu diesem Gespräch am 28.08.:

Betreff: Sts Be Gespräch mit Minister, Herr Görrissen, Herr Mollitor zu „Vertragsstrafen“

Und zu den Vertragsstrafen gab es eine Vorlage. Meine Frage wäre, was das Ergebnis des Gesprächs war. Und dann würde ich gern noch eine Anschlussfrage stellen.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter, ich kann Ihnen nur sagen: Ich kenne das nicht. Ich kann mich auch nicht daran erinnern, dass wir uns da zusammengesetzt haben.

Sie dürfen nicht immer, wenn mein Name drinsteht - - Den schreibt man überall rein, immer nach dem Motto: Damit der ja nicht später kommen kann und sagen kann, er sei ja nicht informiert gewesen.

Aber ich kann mich an diese Notiz nicht erinnern, auch nicht sagen, was daraus erfolgt ist.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Na ja, dann ist es ja gut, dass wir Sie dann heute fragen können. - Trotzdem würde mich noch mal interessieren: Also, wir haben jetzt die offensichtliche Kündigung aus ordnungspolitischen Gründen. Wir haben zusätzlich die Kündigung wegen Schlechtleistung. Dann hat man noch mal nachgesetzt wegen der Vergabe von Unterauftragnehmerverträgen, die noch weiter ausgefertigt worden sind. Und jetzt setzt man mit den Vertragsstrafen noch mal einen drauf. Hat denn bei Ihnen im Ministerium in der Diskussion nie mal eine Rolle gespielt, dass es für das Schiedsverfahren vielleicht taktisch klug sein könnte, nicht jede Eskalationsstufe in dieser Auseinandersetzung zu betreten?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Auch diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten; ich weiß es nicht. Dieses Thema Vertragsstrafen, das ist irgendwie in der Fachabteilung hochgekommen; dazu kann ich Ihnen keine Informationen geben. Ich kann mich ... (akustisch unverständlich) Beteiligung oder Gespräche erinnern.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön. - Und eine letzte Frage von mir noch mal zu der - wie



Nur zur dienstlichen Verwendung

soll ich sagen? - Erfindung der Transparenzstrategie. Da geht es jetzt um zwei Dokumente. Aber wesentlich wäre, glaube ich, hier MAT A BMVI-5/12, Blatt 19.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Was ist jetzt Ihre konkrete Frage, Herr Abgeordneter?

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja, mich würde interessieren - - Also, das ist ja jetzt eine E-Mail, die Sie am Samstag an den MdB-Account von Herrn Scheuer geschickt haben mit Vorschlägen, wie er - wie soll ich sagen? - befreundete Abgeordnete informieren könnte.

Das eine, was mich interessiert: Was haben denn die Kollegen Lange, Ludwig, Lühmann und der Landesgruppenvorsitzende am Montag als Munition erhalten? Das ist der letzte Absatz. Könnte ich natürlich auch Kirsten Lühmann fragen oder den Herrn Lange.

Und die zweite Frage ist: Also das ist ja jetzt, sagen wir mal - - Also, wie ist denn die Abwägung? Weil eigentlich können Sie den Kollegen ja nur Sachen zur Verfügung stellen, die Sie im Zweifelsfall auch mir oder dem Herrn Krischer geben müssten. Wie funktioniert denn die Abwägung, wie man dann im Ministerium mit solchen Sachen umgeht?

(Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fände ich gut übrigens!)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, was wir da für Unterlagen wirklich genau weitergegeben haben. Es war - - Wann war der Zeitpunkt dieses - -

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Das war am 22. Juni 2019.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Denn das - - Auslöser waren ja Briefe aus der Opposition, wo sie uns mit Forderungen überhäuft haben. Und da

war natürlich und ist natürlich auch, dass innerhalb der Koalition darüber eine Meinungsbildung herbeigeführt werden musste oder eine Information, was denn da wirklich Gegenstand war, damit wir sozusagen wieder Waffengleichheit hatten. Aber ich kann im Detail Ihnen das nicht sagen, was daraus geworden ist oder was wir da zu geleitet haben. Das weiß ich nicht mehr.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Herzlichen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kommen wir jetzt zu Kollege Krischer. Bitte schön.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe heute schon mal viel gelernt. Dass es Kollegialorgane in Ministerien gibt, wusste ich auch noch nicht; aber das war interessant.

Ich hätte aber eine konkrete Frage noch mal zu einer Vorlage aus dem Jahr 2018. Ich würde auch gleich die Nummer sagen: MAT A BMVI-6/5x, Blatt 235.

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Vorsitzender Udo Schiefner: Fragen Sie Ihre Frage, Herr Krischer, bitte.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. - Das ist eine Vorlage, die Frau Henke geschrieben hat, und da geht es darum - so verstehe ich das -, dass im nachgeordneten Bereich beim KBA und BAG ungefähr 300 Stellen fehlen, die geschaffen werden müssen, um die Infrastrukturabgabe umzusetzen und abzuwickeln. Es wird detailliert erläutert, was da alles problematisch ist und eigentlich noch zu tun ist, und es wird darauf gedrängt, dass diese Stellen dann auch beim Finanzministerium zu akquirieren sind. Die ist über Herrn Zielke gegangen, und der hat draufgeschrieben: „am 19.06. bei AL L“ - das sind Sie, gehe ich mal davon aus - „abgegeben. Er spricht mit Min.“ Also Minister, gehe ich mal von aus, heißt das.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wir haben Herrn Zielke dazu gefragt. Der hat gesagt, er kann sich an diese Vorlage erinnern und erinnert sich daran, dass er die bei Ihnen persönlich abgegeben hat. Da ist der Auftrag drin, mit dem Minister über diese Frage zu reden, wie denn der Personalbedarf geregelt werden soll. Herr Zielke konnte am Ende nicht so wirklich beantworten, ob das Problem denn geregelt wurde oder nicht.

Mich würde einfach interessieren: Was ist danach passiert, was haben Sie mit dieser Vorlage gemacht? Wie haben Sie danach mit dem Minister über dieses ja nicht kleine Problem oder Herausforderung zu dieser Zeit gesprochen, und was geschah dann?

(Der Zeuge liest in einem Dokument auf einem Bildschirm)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, Sie sehen ja - und da sind wir wieder bei der Kernproblematik Leitungsvorlagen -: Das ist eine Leitungsvorlage, die an den Staatssekretär gegangen ist. Der Kollege Zielke hatte den Eindruck, dass er das gerne noch mal ein bisschen nachsteuern wollte und dass er auch gerne wollte, dass der Minister darüber informiert ist, und hat deswegen eine Kopie - das ist ja nicht das Original; das lagert ja bei Herrn Schulz - mir gegeben mit der Bitte, das dem Minister noch mal zu sagen, dass dort ein Problem besteht, was übrigens niemanden überraschte; denn das war ja auch gerade das Thema, was wir schon mal hatten bei der Vollstreckung, dass wir da zusätzliches Personal brauchten, wenn die OFDen oder vielmehr der Zoll das nicht macht. Was daraus jetzt geworden ist, kann ich aus der Erinnerung nicht mehr genau sagen.

Das waren so Vorgänge, die man dann in einer der nächsten Besprechungen entweder mit Herrn Dr. Schulz oder mit dem Minister zusammen noch mal erörtert hat, und wir haben das, glaube ich, sogar dann in einer Leitungsrunde oder irgendwie noch mal auch mit der Abteilung Z, weil die ja für die Beschaffung des Personals oder für die Beschaffung der Stellen zuständig ist, erörtert. Aber was da jetzt konkret - -

Ich meine, Sie haben gerade formuliert, das war ein Auftrag an mich. Das ist kein Auftrag; das ist eine Bitte, eine begleitende Bitte, so in der Hoffnung: Wenn der Görrissen das dem Minister sagt, dann hat das vielleicht noch ein bisschen mehr Nachdruck, und alle sehen, dass da objektiv was kommt.

Es war uns allen klar, dass wir noch einen ziemlichen Personalbedarf haben. Und das war ja einer der Punkte, wo ich gesagt habe: Nach der Kündigung hat der Minister gesagt: Stoppt diese ganze Maschinerie, damit da nicht weitere Leute eingestellt werden und Geld verursachen. - Aber das ist ein Verfahren - - Sie haben gerade eben gesagt, Sie lernen vieles Neues über ein Ministerium. Herr Krischer, wenn man wie ich 40 Jahre in dem Geschäft ist, dann lernt man ganz fürchterlich viel, jeden Tag. Also, das ist ein Vorgang, der einfach noch mal zur Bekräftigung des Anliegens der Fachabteilung an mich herangetragen wurde mit der Bitte um Unterstützung, dass dort wirklich Personalstellen geschaffen werden.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber ich kann davon ausgehen, dass diese Vorlage der Minister nicht gesehen hat? Das ist da nicht weitergeleitet worden?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kann Ihnen allenfalls sagen: Sie können davon ausgehen, dass wir das Thema im Hause weiter behandelt haben. Entweder hat Herr Dr. Schulz es direkt gelöst. Und ich würde hier sogar vermuten, dass ich mit Herrn Schulz darüber gesprochen habe und gesagt habe: Pass auf, was können wir denn da machen? - Es war ja nicht so, dass das nicht allen bewusst war, sondern es war einfach noch mal der Versuch, noch mal auf einer zweiten Schiene vielleicht ein bisschen Schnelligkeit hineinzubringen, damit es etwas schneller geht. Ich weiß nicht, ob der Minister - - Also, der Minister ist mit dem Thema sicher befasst gewesen. Ob er diese Vorlage gesehen hat, das weiß ich nicht.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann würde mich zum Thema Leitungsvorlagen - das ist auch meine letzte Frage zu dem Thema - noch mal interessieren: Sie haben ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

eben die Tagesinformationen - - die haben Sie an den MdB-Account geschickt. Hat es denn per E-Mail noch irgendwelche andere Kommunikation mit dem Minister gegeben?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Nein. Ich habe ja keine direkte E-Mail-Kommunikation mit dem Minister, sondern die Vorlagen, die bei mir eingehen, gehen dann an seinen Schreibtisch oder über seinen Schreibtisch. Es war halt nur diese Tagesinformation, die Möglichkeit zu haben, vertrauliche Informationen an den Minister heranzutragen, auch wenn er nicht für mich auf die Schnelle erreichbar war. Das hätte man auch alles telefonisch machen können. Aber das wäre nie gelungen, weil ich ihn so oft gar nicht ans Telefon bekommen hätte und auch die Geduld eines Ministers irgendwann erschöpft ist, wenn nun irgendjemand immer redet, aber andererseits auch die Unzufriedenheit da ist, wenn man nicht informiert wird.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig klar. Aber das heißt, per E-Mail haben Sie außer über den MdB-Account mit ihm nicht kommuniziert?

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Per E-Mail habe ich nicht mit ihm kommuniziert, weil das wäre ja albern gewesen. Was hätte ich da ihm schreiben sollen? Das waren ja Dinge, die - - Wir sitzen ja fast Tür an Tür. Also, wenn Sie jetzt klassisch hierarchisch in ein Ministerium hineinschauen, müssen Sie sich vorstellen: Bei uns war es ein bisschen anders und ist es ein bisschen anders. Der Minister oder - ich will sagen: - die Minister - es war bei Herrn Dobrindt genauso - kommen auch zu mir, und wir nutzen dann die Gelegenheit, uns schnell mal zusammzusetzen, irgendwas zu besprechen, einfach auch in Rücksichtnahme auf meinen Gesundheitszustand, weil ich halt immer gleich ein bisschen mühsam erst unterwegs bin.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Völlig okay.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Also, das ist ein enger Informations- und Kommunikationsaustausch. Da bedarf es keines E-Mail-Verkehrs.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut. Aber Sie haben ja die Tagesinformation schon per E-Mail verschickt. Aber okay. Da habe ich jetzt verstanden.

Ich hätte dann noch eine Frage zu Herrn Schulz. Frau Lühmann hat eben von einem möglichen Interessenkonflikt gesprochen. Sie haben - das hat mich etwas überrascht - in Ihrem Eingangsstatement vom „Mister Maut“ gesprochen in Bezug auf Herrn Schulz. Können Sie mir erläutern, wie Herr Schulz eigentlich von der einen Funktion als Staatssekretär in die andere gelangt ist, wie die Entscheidungen getroffen sind? Weil das ist ja in dem Zusammenhang vielleicht nicht ganz irrelevant.

Zeuge Karl-Heinz Görrißen: Das kann ich Ihnen im Näheren nicht erläutern. Er hat sich für diese Position interessiert gezeigt. Und ich meine, der Begriff „Mister Maut“ ist keine Erfindung von mir. Gucken Sie mal Wikipedia sich an, und Sie werden dort das sehen. Ich habe das also nur nachgeplappert. Ich bitte also, nicht da mich jetzt als Erfinder eines neuen Begriffes zu verakten, sondern das habe ich nur - -

Herr Schulz hat - ja, ich will fast mal sagen - sein ganzes Berufsleben lang sich mit Mautfragen beschäftigt, vor allem auch mit der Lkw-Maut. Und dass so jemand, wenn er Interesse zeigt, sagt: „Ich könnte mir vorstellen, auch dieses Unternehmen zu leiten - - dass ein Minister dann sagt: „Mensch, das ist eine kluge Entscheidung, jemanden zu nehmen, der Ahnung von der Sache hat.“

Hätten wir da jemand anders hingesetzt, hätten Sie heute kritisiert, wie man so eine unfähige Person da hinsetzen kann, weil das Toll Collect ein etwas schwieriges Unternehmen war in der Anfangsphase, das sich dann aber toll entwickelt hat und auch heute einen wirklich tollen Job macht.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Sie sagen mir bitte wieder Bescheid, Herr Görrißen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn Sie eine Pause wünschen. - Ansonsten gehen wir jetzt in der Runde noch zum Abschluss zu Herrn Wiehle.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Görrissen, ich habe noch eine Frage im Zusammenhang mit der Einschätzung der Europarechtskonformität des Infrastrukturabgabengesetzes, und zwar Folgendes: Sie sagten vorhin, wenn ich das richtig weiß, es gab keinen Anlass, anzunehmen in Ihrem Hause, dass das EuGH-Urteil negativ ausfällt.

Jetzt erinnere ich mich an die letzte Videozeugenvernehmung, die wir hier im Ausschuss hatten. Da hatten wir den Herrn Martin Selmayr aus Wien zugeschaltet. Ich verweise dazu auf das Protokoll, ohne jetzt eine Seitennummer zu haben. Aber ich denke, die Kollegen hier im Ausschuss erinnern sich auch daran, dass Herr Selmayr sagte: Nach dem ersten Vertragsverletzungsverfahren hatte sich ja die Bundesregierung mit der EU-Kommission auf einen Lösungsansatz verständigt, und aus der Sicht der EU-Kommission sei dann aber die Anpassung des Infrastrukturabgabengesetzes in 2017 nicht so gewesen, wie man sich es dort vorgestellt hätte.

Jetzt hat ja möglicherweise das BMVI in der Zeit, wo dieses neue Gesetz erarbeitet wurde, also mutmaßlich Anfang 17, auch bestimmte Gestaltungsspielräume gesehen und ausgeschöpft, vielleicht dabei aber auch Bedenken gehabt, ob das jetzt der Absprache mit der EU-Kommission entspricht. Können Sie sich daran erinnern, dass in Ihrem Hause über solche Fragen gesprochen wurde: „Passt das noch zu der Verabredung mit der EU-Kommission oder nicht?“ Und wie waren Sie da selber drin involviert?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Wiehle, Sie waren heute Vormittag nicht dabei, als Herr Abgeordneter Lange eine Frage zu diesem Komplex gestellt hat, die ich beantwortet habe, was diese Verbindung der Zusage von Frau Bulc auf der einen Seite und der Erwartungen von Frau Bulc - - Die Äußerungen von Selmayr habe ich in der Presse gelesen. Sie haben mich sehr verwundert, muss ich ganz ehrlich sagen. Aber ich sehe da keinerlei Zusammenhang, dass

sich da irgendetwas verändert hat. Wir haben da eine klare Linie gefahren. Und ich kann also das, was Sie jetzt dort vermuten, nicht bestätigen.

Ich habe aber auch an diesen Gesprächen - - Das war auch meine Eingangsbemerkung, dass ich aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage war, diese Europatermine mit wahrzunehmen. Ich war nirgendwo dabei. Insofern kann ich weder die Wahrnehmung von Herrn Selmayr bestätigen noch mich erinnern, dass das irgendwie ein Thema so war in der Form.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann steigen wir jetzt ein in die nächste Runde. CDU/CSU-Fraktion? - Keine Fragen mehr. - AfD? - Keine Fragen mehr. - SPD? - Keine Fragen mehr. - Herr Kollege Jung.

Dr. Christian Jung (FDP): Ja, vielen Dank. - Ich hätte noch einige Fragen, weil wir natürlich auch, Herr Görrissen, immer wieder auch die Aussagen mit denen von anderen vergleichen müssen. Und deswegen wollte ich von Ihnen noch mal wissen - Sie hatten ja gesagt, dass Sie da bei den abendlichen Sitzungen auch vor der sogenannten Kollegialentscheidung dabei gewesen seien -: Welche Beiträge gab es denn von den einzelnen Teilnehmern, an die Sie sich noch gut erinnern können, vor allem bei dieser abendlichen Sitzung mit dem Minister?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Abgeordneter Dr. Jung, das fällt mir jetzt schwer, darzustellen, welche Beiträge die einzelnen Kollegen gegeben haben. Ich habe ja gesagt: Es war ein Brainstorming auf der einen Seite und auf der anderen Seite die Zusammenfassung der Ergebnisse vom Tag. - Dazu bin ich jetzt nicht in der Lage, zu sagen, wer was gesagt hat, wer welche Idee entwickelt hat. Ich kann mich nur erinnern, dass wir über viele Fragestellungen geredet haben und viele Fragen an Herrn Dr. Neumann gerichtet haben, die sich auf das Vertragswerk bezogen, weil die Details des Vertragswerkes kannten im Prinzip nur Herr **Mudde Molitor** (?) und Herr Dr. Neumann. Aber wer jetzt was gefragt hat - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich kann mich sehr gut erinnern, dass ich am Schluss die Frage gestellt habe, ob es sinnvoll ist, tags darauf sich noch mal mit den Herren Schulenberg und Kapsch zu treffen. Und ich kann mich daran erinnern, dass wir eine relativ lange Diskussion über die Frage der Zustellung hatten: Wie macht man das? Wie geht es, dass das auch formal richtig ist, dass es später nicht heißt: „Das ist nicht zugestellt worden“? Und das steht leider sehr detailliert in dem Vertragswerk drin. Das hatten wir nicht gleich auf Anhieb parat. Aber was für Beiträge da jetzt im Einzelnen gegeben wurden - - Das ist einfach eine breite Palette der Darstellung der Kündigungsgründe. Da hat jeder seinen Beitrag geliefert, jeder gesagt, was er davon hält. Aber es gab keine dominanten **Personen** - Ich sage ja: Die Hauptrolle hat sicher der Herr Neumann gespielt, weil er der Informant war, der uns unterrichtet hat über die Abläufe, auch gerade über die Entwicklung dieser Feinplanung, wie da der Stand ist. - Aber verstehen Sie bitte, dass ich das jetzt nicht im Detail den einzelnen Personen zuordnen kann. Das könnte ich dann auch nur fälschlicherweise.

Dr. Christian Jung (FDP): Wenn Sie jetzt sich mehr so allgemein erinnern können: Wie waren denn Ihre persönlichen wesentlichen Wortbeiträge bei dieser Entscheidungsfindung?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Auch da kann ich Ihnen ja nur sagen, was ich gerade schon ausgeführt habe, dass ich mich über die Zustellungsdinge ein bisschen - - Weil ich war früher mal im Land Schleswig-Holstein für Landesverwaltungsrecht auch zuständig und habe da Zustellungsbestimmungen gemacht. Insofern kenne ich mich da ein bisschen aus. Darüber habe ich mich etwas intensiver mit Herrn Dr. Neumann ausgetauscht.

Und wie gesagt: Einer der weiteren Beiträge war es, die Frage zu stellen, ob wir am nächsten Tag noch - - ob es Rechtsgründe gebe, die dagegen sprächen, sich mit Schulenberg und Kapsch zu treffen. Ansonsten, wie gesagt, war es eine Diskussion, in der wir immer wieder uns ausgetauscht haben. Da habe ich sicher nicht die dominante Rolle gespielt, weil als Nichtjurist muss man manchmal auch Stillschweigen bewahren

und sich auf das verlassen, was die Juristen gerade in solchen Rechtsfragen einem raten.

Dr. Christian Jung (FDP): Jetzt hatten wir von der Frau Bethge ja auch hier eine Zeugenaussage. Und ich habe dazu noch einige sozusagen Erkenntnislücken, die Sie vielleicht mir helfen können dann zu beseitigen. Und da können Sie sicherlich mit Ihrer Expertise beitragen. Ich will mich mal beziehen auf das Stenografische Protokoll 19/34 I vom 15.11.2020 [sic!], die Seite 66. Wir können Ihnen das bestimmt auch vorlegen. Ich würde es aber schon mal zitieren. Zitat, Zeugin Bethge sagt - dann fängt das Zitat an -:

Ich meine, mich erinnern zu können, dass Herr Zielke zum Beispiel sich zum Koalitionsvertrag und zu der politischen Landschaft geäußert hatte, was andere Mautkonzepte, also insbesondere eine streckenbezogene Mautvariante, angeht.

Zitat Ende.

Herr Zielke hat in seiner Zeugenaussage, die ich hier jetzt eigentlich nicht verlesen möchte - aber kann ich gern auch machen -, erklärt, er habe diese Punkte nach seiner Erinnerung *nicht* angesprochen. - Stenografisches Protokoll der 40. Sitzung in der vorläufigen Fassung vom 10. Dezember 2020, Seite 121.

Und ich wollte Sie jetzt einfach fragen: Wie war das jetzt mit dem Herrn Zielke? Hat der jetzt hier Ausführungen gemacht, wie das die Frau Bethge gesagt hat, zu anderen Mautkonzepten und insbesondere zur politischen Landschaft?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, das kann ich jetzt nicht aus der Erinnerung genau sagen. Ich glaube sehr wohl, dass wir, wie es Frau Bethge hier formuliert hat, über dieses Thema gesprochen haben. Ich habe das ja vorhin auch schon mal angedeutet, dass natürlich bei der Frage Alternativen - welche Möglichkeiten gibt es? - man immer sehr schnell bei der streckengebundenen Maut landet, was ja auch die EU-Kommission will, aber was für Flächenländer Teufelszeug ist.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber dass wir das jetzt vertieft dort erörtert haben - - und zumindest waren es keine Punkte, die entscheidend jetzt für die Kündigung waren.

Also, das ist, glaube ich, schon angesprochen worden, so ähnlich, wie Frau Bethge es darstellt. Aber ich kann es nicht zuordnen, und ich weiß es nicht, ob wir das wirklich nur mal so am Rande besprochen haben. Wenn man dann überlegt hat: „Welche Alternative haben wir, oder haben wir überhaupt Alternativen?“, dann ist ja immer sehr schnell wieder das Ergebnis gekommen: „Nein, wir haben eigentlich keine Alternativen, weil alles, was zu einer streckengebundenen Maut führt, führt uns in die Irre.“ Aber ich kann jetzt den Dissens - das hätten Sie die beiden dann fragen müssen -, wer was da - - Ich kann es nicht genau erinnern.

Dr. Christian Jung (FDP): Eine wichtige Frage für mich. Die Frau Bethge war aber bei diesen Sitzungen auch dabei?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Frau Bethge war dabei, ich glaube, nicht ganz bis zum bitteren Ende. Aber sie war ja in der Taskforce dabei auf meine Bitte hin, und sie war am Abend auch dabei.

Dr. Christian Jung (FDP): Ich frage nur deswegen, weil der Herr Zielke fast ein Bein geschworen hätte, dass sie nicht dabei gewesen wäre; zumindest konnte er sich nicht daran erinnern, dass sie dabei gewesen wäre. Was kann denn die Frau Bethge damit gemeint haben, dass der Herr Zielke gesprochen habe über die politische Landschaft? Um was ging es da? „Politische Landschaft“ verstehe ich nicht so ganz.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Da bitte ich aber jetzt um Verständnis. Ich bin hier nicht der Interpret von Frau Bethge oder von Herrn Zielke. Ich erinnere den Begriff nicht. Also, das kann ich Ihnen jetzt - - Das könnte ich jetzt spekulieren. Aber das ist nicht meine Aufgabe als Zeuge.

Dr. Christian Jung (FDP): Also, „politische Landschaft“ könnte zum Beispiel bedeuten, dass man sich hätte überlegen können, dass man sozusagen eine grüne Maut macht, dass man zum Beispiel auch hier anwesende Kolleginnen oder Kollegen

von den Grünen anruft und versucht, sozusagen dieses CSU-Projekt noch zusammen mit den Grünen zu retten. Haben Sie denn darüber diskutiert, oder hat man gleich gesagt: „Wir kündigen jetzt“?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich glaube, Herr Abgeordneter, dass wir zu dem Zeitpunkt nicht Überlegungen angestellt haben, eine Maut mit den Grünen zusammen zu retten.

(Heiterkeit)

Dr. Christian Jung (FDP): Es hätte ja sein können, weil das war ja durchaus eine Option. Ich meine, wenn man so strategisch auch vorgeht, wie Sie das vielleicht auch tun, dann wäre es ... (akustisch unverständlich)

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Es war schon schwer, Mautfachmann der FDP zu werden.

Vorsitzender Udo Schiefner: So, jetzt haben wir 8:15 Minuten. Sie können gleich gerne noch mal in der nächsten Runde. - Herr Kollege Cezanne.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Ich habe noch zwei Fragen, Herr Görrissen. Die eine Frage, ganz praktisch - das habe ich vorhin vergessen -: An dem 18.06., hatten Sie denn da - oder am 19. - auch ein persönliches Gespräch noch mal mit dem Herrn Dr. Schulz zu der Frage: „Wie umgehen mit der Kündigung?“

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, hatte ich nicht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Hatten Sie nicht. - Und eine abschließende Frage. Bei der Entscheidung über die Kündigung: Kannten Sie die Position des Kraftfahrt-Bundesamtes, das zunächst noch von einer Klärung der Situation und dann einer weiteren, weiterführenden Zusammenarbeit der Umsetzung der Infrastrukturabgabe ausging? Also, der Beleg wäre da unter anderem eine E-Mail von Herrn Blumenberg am 19. Juni. Wenn Sie sich das angucken wollen: eine sehr lange Materialnummer: MAT A BMVI 6/20 Unterordner 2019 I/06 JUN/P850 800 20190619. Aber die Frage in Kurzfassung ist eben: Kannten Sie die Position des KBA und, wie gesagt, von Herrn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Blumenberg, dass man da eigentlich am 19.06. noch davon ausging, dass man die Situation klärt und dann eine weiterführende Zusammenarbeit zur Umsetzung der ISA möglich sei?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, das kannte ich nicht. Ich kannte auch Herrn Blumenberg nicht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat der Kollege Krischer jetzt das Wort.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe noch eine Frage, und zwar schließt das genau an den Komplex an, zu dem der Herr Kollege Cezanne gerade gefragt hat. Sie haben uns eben sehr ausführlich erläutert, was man in diesen Tagen der Kündigung auch in der Gruppe besprochen hat. Sie haben geschildert: Da ging es um Fragen der Zustellung. - Also, das überrascht ja ein bisschen, dass man in einem so hochrangig besetzten Kreis dann über Zustellungsfragen diskutiert.

Mich würde in dem Zusammenhang interessieren: Es gab ja durchaus auch vom KBA Nachfristsetzungen zur Behebung der Probleme und der - - was dann vonseiten des Ministeriums als Schlechtleistung, vonseiten der Betreiber als Feinplanungsdokumentation beschrieben worden ist. Sie haben ja auch die Begriffe erläutert, woher sie kommen. Ist das diskutiert worden? Weil es ist ja ein bisschen merkwürdig, wenn man sagt, auf der einen Seite setzen wir Nachfristen, dass bestimmte Probleme behoben werden können; auf der anderen Seite kündigt man. Das entspricht eigentlich nicht dem üblichen Verfahren.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Über diese Nachfristen ist natürlich gesprochen worden, und ich hatte das ja versucht deutlich zu machen. Diese Mail der Kanzlei Noerr hat uns eher verunsichert, weil in der Tat es ja Hinweise gab, dass man sich bemüht, die Nachfristen zu erfüllen. Es wurden aber auch immer wieder Probleme dargestellt, jetzt im Rahmen dieser Taskforce, deren Ergebnisse wir uns haben dann berichten lassen. Das war dort Gegenstand der Erörterungen. Und es ist

vor allem bei uns dann nachdenkliche Meinung hervorgerufen durch diese Mail vom 17., wo es hieß: Na ja, da ist noch so viel, was ihr euch jetzt vorstellt. Das können wir vielleicht korrigieren, aber, Moment, es passt nicht zum Vertragswerk. - Also, als Nichtjurist sage ich mal: Das hieß doch: Also, wir werden die Hand aufhalten; wir wollen noch mal Geld nachgefordert bekommen. - Und insofern: Das ist erörtert worden. Das ist auch behandelt worden, welche Wirkungen das auf die Kündigungen hat usw. - Aber das sind jetzt juristische Fragen, Herr Krischer. Das bitte ich dann lieber die Juristen zu fragen als mich.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann kämen wir in die nächste Runde. CDU/CSU-Fraktion? - Keine Fragen mehr. - AfD? - Keine Fragen mehr. - SPD? - Keine Fragen mehr. - Herr Kollege Jung.

Dr. Christian Jung (FDP): Herr Görrissen, bitte schildern Sie noch, nachdem der Staatssekretär Beermann dann eingetroffen ist, was dann dessen Beiträge waren bis zu der gemeinsamen Entscheidung der Kündigung. Was hat er jetzt gesagt?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Soweit ich das erinnere, ist Herr Beermann zu einem Zeitpunkt eingetroffen, wo eigentlich wir weitgehend die Punkte erörtert hatten. Ich glaube, irgendjemand hat ihm noch mal kurz gesagt, wie der Stand unserer Gespräche war. Aber Sie haben ja noch das Vergnügen, ihn heute zu befragen. Ich kann nicht erinnern, dass er sich da noch groß geäußert hat, was auch keinen Sinn ergeben hätte, wenn Sie überlegen, dass man stundenlang über ein Thema redet und dann kommt jemand neu hinein und der soll dann noch einmal anfangen. Also, es war mehr eine Information, die wir ihm gegeben haben, damit er weiß - - Und er hat das dann bekräftigt, aber nicht noch, dass er ins Detail gegangen ist. Aber dann sollten Sie ihn fragen, ob er noch aus seiner Sicht wichtige Beiträge meint dazugeben zu haben. Ich kann es nicht erinnern.

Dr. Christian Jung (FDP): Die Frage stellt sich nämlich für mich immer wieder. Man hat ja dann



Nur zur dienstlichen Verwendung

diese Entscheidung getroffen. Aber man hätte ja auch durchaus versuchen können - ich habe das ja schon angedeutet, wie man das hätte machen können; wir versuchen, uns ja auch immer sozusagen in Sie oder andere mehr oder weniger wichtige Spitzenbeamte hineinzudenken -, dass man dieses ganze Projekt hätte retten können. Hat man denn gar nicht überlegt: „Wie können wir“, ich sage mal, „dieses CSU-Jahrhundertprojekt überhaupt gemeinsam retten?“? Weil immer innerhalb von einem Tag so was aufzugeben - - Ich meine, wenn man jetzt lange verheiratet ist, lässt man sich ja auch nicht innerhalb von einem Tag scheiden.

Vorsitzender Udo Schiefner: Kommt immer darauf an.

Dr. Christian Jung (FDP): Einige haben anscheinend andere Erfahrungen hier im Raum; aber ich spreche jetzt mal von mir.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Also, Herr Abgeordneter, ich wollte gerade sagen: Das weiß ich jetzt nicht. Da muss jeder seine Erfahrungen nehmen. Ich bin 35 Jahre verheiratet mit ein und derselben Frau -

Dr. Christian Jung (FDP): Sehr gut.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: - und würde mir das nicht innerhalb von ein, zwei Tagen überlegen.

Das Projekt zu retten: Ja, klar. Haben Sie eine Idee gehabt? Und retten Sie mal etwas, wenn Sie Nichtschwimmer sind wie ich und haben niemanden dabei, der sich wirklich darum bemüht. Denn innerhalb der Koalition gab es, glaube ich, viele, die ganz glücklich waren, dass das Ding weg war; bei Ihnen in der Opposition sowieso. Und insofern: Wir haben keine Idee gehabt, wie man es retten hätte können. Wenn da jemand gewesen wäre, der hätte sich sehr verdient gemacht. Aber da muss ich jetzt wieder sagen in aller Bescheidenheit: So weit reicht mein Einfluss auch nicht. Ich habe auch keine Idee gehabt. Ich hätte es gerne ger- -

Dr. Christian Jung (FDP): Ich will nur wissen - weil Sie verstehen ja anscheinend, auf was ich hinauswill -: Wenn man jetzt so viel Arbeit da hineininvestiert hat - und auch Sie haben ja da sich wirklich lange die Sache überlegt - und dann innerhalb von wenigen Stunden kündigt man dann am gleichen Tag noch, da würde ich jetzt immer sagen, auch aus vielem Hintergrundwissen: Da ist ja durchaus die Frage: Gab es da nicht wirklich noch eine andere Möglichkeit? - Weil Sie waren ja völlig überrascht morgens. Und dann kündigt man doch nicht eigentlich sofort, sondern dann wartet man doch vielleicht zwei, drei Tage oder versucht, das mit den wirklichen Spitzenpolitikern der CSU und der Koalition auch noch zu retten. Und dann habe ich ja gesagt - das haben wir uns ja überlegt: was hätten wir vielleicht gemacht, wenn wir die CSU gewesen wären? -: Wir hätten vielleicht die Grünen angerufen. Aber das wurde ja auch nicht gemacht.

Vorsitzender Udo Schiefner: Herr Kollege Jung, könnten Sie jetzt eine Frage stellen und nicht alle Dinge aufzählen, die man hätte machen können?

Dr. Christian Jung (FDP): Ja. Haben Sie diese Überlegungen, die ich sozusagen gerade vorgetragen habe, jemals gehabt, Herr Görrissen?

Vorsitzender Udo Schiefner: „Hätte, hätte, Fahrradkette“, gab es mal.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Herr Vorsitzender, Sie haben jetzt - -

Dr. Christian Jung (FDP): Herr Vorsitzender, ich habe eine Frage gestellt und möchte hier nicht lächerlich gemacht werden, ja? Das interessiert die deutsche Öffentlichkeit, Herr Vorsitzender, ja?

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, weiß ich.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Ich kann dazu leider keine andere Antwort geben, als ich es getan habe. Wir hatten keine Lösung. Und, Herr Abgeordneter Jung, Sie sehen bis heute: Wir haben bis heute keine. - Wenn uns was eingefallen wäre - - Und Sie müssen immer sehen: Der Ausgangspunkt war: Kein deutscher Autofahrer darf mehr



Nur zur dienstlichen Verwendung

belastet werden. - Das war schon mal eine verdammt schwierige Hürde zu nehmen. Ich weiß keine Lösung. Und da hätte man jetzt - - Da sind wir wieder bei „hätte“ und bei „man“. „Man“ ist immer ein Schreibfehler, weil den gibt es gar nicht; Thomas Mann schrieb sich mit zwei n. Also, wir können da nicht irgendwo jetzt fachsimpeln, was man hätte machen können.

Ich glaube, die Grünen anzurufen, wäre eine ziemlich - entschuldigen Sie -, ich will nicht sagen: alberne Nummer, aber eine unergiebig Nummer gewesen. Wir waren nämlich in einer Koalition. Und ich kenne viele Koalitionen. Ich habe auch eine Vier-Jahre-Koalition mit der FDP sehr erfolgreich gehabt. Da war man koalitions-treu. Und wenn etwas nicht ging, dann ging etwas nicht.

Also, hier hat es keine Lösung gegeben. Sie mögen recht haben mit den Überlegungen aus heutiger Sicht. Wenn Sie heute im Rahmen der Diskussion über Klima und Klimaschutz - - Einer Ihrer Kollegen hat vorhin gesagt, Klimaschutz spiele ja beim Verkehrsministerium keine Rolle. Ich war schon geneigt, Ihnen zu widersprechen. Aber ich habe es dann nicht getan, weil es nicht mein Recht ist, als Zeuge Ihnen zu widersprechen. Aber wir haben keine andere Lösung gehabt. Da hätten wir noch tagelang drüber nachdenken können. Wenn die jemand gefunden hätte - gehe ich jede Wette mit Ihnen ein -, hätte man sie vorgebracht und hätte versucht, sie umzusetzen.

Dr. Christian Jung (FDP): Zum Abschluss hätte ich gerne noch von Ihnen gewusst: Bevor jetzt die Entscheidung getroffen worden ist, die ja immer dann - - Im Endeffekt ist der Minister dafür verantwortlich, für die Entscheidung, auch wenn sie gemeinsam getroffen worden ist. Wie hat er denn jetzt diese Entscheidung begründet? Hat er dann gesagt: „Wir müssen das jetzt so machen“ oder: „Wir sind uns alle einig“? Wie hat er jetzt diese Entscheidung, die man vielleicht auch im Nachhinein anders getroffen hätte, genau begründet vor allen? Sie sind ja dann gemeinsam noch mal rausgegangen zu der großen Taskforce und haben dann die Entscheidung auch bekannt gegeben.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Wir sind nicht mehr gemeinsam rausgegangen, sondern wir haben das dort in dem kleinen Kreis abschließend - - Und das habe ich Ihnen ja gesagt. Sie nehmen mich jetzt so ein bisschen auf den Arm mit dem Begriff „Kollegialorgan“. Natürlich entscheidet ein Minister. Aber wir haben in unserem Hause die Praxis - - Und gerade am Wochenende war der Begriff, mein Minister sei „beratungsresistent“. Ich kann nur sagen: Das war er nicht, und das ist er nicht, sondern er lässt sich beraten. Und wir haben in diesem Kreis - das können Sie jetzt „Kollegialorgan“ nennen; ich habe es „Kollegium“ genannt -, also der leitenden Mitarbeiter des Hauses, gemeinsam ein Projekt beschlossen. Wir haben ein gemeinsames Ergebnis in dieser Runde vereinbart und haben das dargestellt. Wir sind nicht nach draußen gegangen und haben es noch mal den Mitarbeitern, die dort waren, begründet oder irgendwas, sondern wir haben es vollzogen. Und wenn Sie jetzt sagen: Man hätte alles - - Und da bedanke ich mich für den Hinweis des Vorsitzenden: Es ist halt: Hätte, hätte, Fahrradkette.

Dr. Christian Jung (FDP): Vielen Dank. - Mit dem Begriff „Beratungsresistenz“ habe ich persönlich oder auch die FDP nichts zu tun; wollte ich nur noch mal klarstellen. Das kommt aus einer anderen Ecke.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Das „sie“ war kleingeschrieben, Herr Jung.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann hat der Kollege Cezanne jetzt das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Keine Fragen mehr.

Vorsitzender Udo Schiefner: Kollege Krischer? - Keine Fragen mehr. - CDU/CSU? - AfD? - SPD? - Kollege Jung?

Dr. Christian Jung (FDP): Nein.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann frage ich nach: Sind noch Fragen offen, die nichtöffentlich oder gegebenenfalls in eingestufte Sitzung zu beantworten sind? - Haben wir nicht. Dann sind wir am Ende der Zeugenvernehmung.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Nach seiner Fertigstellung wird Ihnen vom Sekretariat das Stenografische Protokoll übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Übertragung vorzunehmen oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen. Erst nach Ablauf dieser Frist oder wenn Sie auf die Einhaltung dieser Frist verzichten, kann der Abschluss Ihrer Zeugenvernehmung durch den Untersuchungsausschuss beschlossen werden. Über diesen Beschluss erhalten Sie eine separate Mitteilung.

Nach Abschluss der Vernehmung kann der Tatbestand einer falschen uneidlichen Aussage gemäß § 153 des Strafgesetzbuches vollendet sein. - Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Görrissen?

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Nein, Herr Vorsitzender, das habe ich nicht.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann darf ich mich noch mal ganz recht herzlich bei Ihnen bedanken für Ihre Ausführungen und wünsche Ihnen alles Gute.

Zeuge Karl-Heinz Görrissen: Vielen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann werden wir gleich Herrn Minister Beermann hier befragen mit seinem Rechtsbeistand Herrn Dr. Krause, der dann auch hier anwesend sein wird. Dann können wir ihn hier begrüßen. Und bis dahin unterbreche ich die Sitzung. Das Sekretariat geht davon aus: 20 bis 30 Minuten. - Ihnen noch mal herzlichen Dank.

Die Sitzung ist dann hiermit unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 16.10 Uhr - Folgt Beratungssitzung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 16.56 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Guido Beermann**

Vorsitzender Udo Schiefner: Damit setzen wir nun die Befragung des heutigen Tages fort, und ich begrüße nun den Zeugen Herrn Minister Guido Beermann - herzlich willkommen! - mit seinem Rechtsbeistand Herrn Dr. Krause, der auch eben als Rechtsbeistand im BMVI anwesend war bei der Vernehmung des Herrn Görrißen.

Herr Beermann, der Ausschuss hat eben beschlossen, Ton- und Bildaufnahmen dieser Beweisaufnahme in einen anderen Sitzungssaal - heute ist es der Raum PLH E 800 - zu übertragen - sind Sie hiermit einverstanden? -, weil eben die Öffentlichkeit heute nicht hier in diesem Raum auf der Besuchertribüne teilnimmt, sondern in diesem Raum. - Ich sehe, Sie nicken zustimmend; Sie sind damit einverstanden.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen wurden und dass der Erhalt der Ladung auf den heutigen Sitzungstag am 24.11.20 bestätigt wurde. - Zunächst noch mal herzlichen Dank.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Guido Beermann: Nein.

Vorsitzender Udo Schiefner: Okay. Keine Fragen. - Dann möchte ich Sie nochmals darauf hinweisen, Herr Rechtsanwalt Dr. Krause, dass Sie den Zeugen zwar beraten dürfen, Ihnen selbst je-

doch kein Rede- oder Fragerecht zusteht. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls kann Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen hier beantragen.

Herr Minister Beermann, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren.

Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 Untersuchungsausschussgesetz fassen kann.

Haben Sie dazu noch Fragen?

Zeuge Guido Beermann: Keine Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Nein, Sie haben keine Fragen. - Nach diesen notwendigen Vorbermerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Gibt es dazu Ihrerseits noch Fragen? - Das ist nicht der Fall.

Falls Sie nach einer längeren Befragungsdauer eine kurze Unterbrechung wünschen, lassen Sie mich das wissen. Dann machen wir eine kurze Pause, am besten immer nach einer kompletten Berliner Runde.

Ich darf Sie bitten, sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

Ich bin Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg
Zeuge Guido Beermann: Erst mal auch von mir: Guten Abend! - kann man ja fast sagen. Mein Name ist Guido Beermann. *Ich freue mich, dass ich zum Abgeordneten avisiert bin. Ich bin kein Mitglied des Landtages; aber ich glaube, das ist lässlich. Mein Alter ist jetzt muss ich überlegen - 55. Und die ladungsfähige Adresse + da können Sie die nehmen, die Sie auch genommen haben + das ist das Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg, Henning-von-Tresckow-Straße 2-8 in 14467 Potsdam.*

Vorsitzender Udo Schiefner: Vielen Dank. - Zunächst möchte ich Ihnen, wenn Sie dies wünschen, entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. In diesem Statement bitte ich Sie nun auch, wenn Sie davon Gebrauch machen, dem Ausschuss kurz darzustellen, wie Sie sich auf die Sitzung vorbereitet haben. Konnten Sie irgendwelche Unterlagen einsehen? Haben Sie noch Gespräche geführt vor der Vernehmung zum Thema, und ist Ihnen Hilfestellung angeboten bzw. gegeben worden?

Ich gehe mal davon aus, dass Sie von Ihrem Recht Gebrauch machen wollen, und gebe Ihnen dann das Wort. Bitte schön, Herr Minister.

Zeuge Guido Beermann: Vielen herzlichen Dank. - Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren, die jedenfalls digital zugeschaltet sind! Ich bin mit Wirkung vom 19. März 2018 vom Bundesministerium für Gesundheit an das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur versetzt und am 21. März 2018 zum Staatssekretär ernannt worden. Im BMVI übernahm ich die Zuständigkeit für folgende Abteilungen: die Abteilung G, Grundsatzangelegenheiten, die Abteilung DG, Digitale Gesellschaft, Abteilung LF, Luftfahrt, und die Abteilung WS, Wasserstraßen und Schifffahrt. Gleichzeitig übernahm ich Mandate in den jeweiligen Aufsichtsräten der Deutschen Bahn AG und des Münchner Flughafens. Zudem war ich Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt.

Zu Beginn der laufenden Legislaturperiode wurde Herr Dr. Gerhard Schulz zum Staatssekretär im BMVI ernannt. In seine Zuständigkeiten fielen folgende Abteilungen: die Abteilung Z, Zentralabteilung, die Abteilung StB, Bundesfernstraßen, die Abteilung StV, Straßenverkehr, und die Abteilung E, Eisenbahnen. Nach dem Wechsel von Herrn Dr. Schulz zu Toll Collect im März 2019 wurde Herr Dr. Michael Güntner zum Staatssekretär ernannt. Mit seiner Ernennung gab es eine Veränderung in der Zuständigkeit. Ich gab die Abteilung WS, Wasserstraßen und Schifffahrt, an den neuen Staatssekretär Dr. Güntner ab und übernahm die Abteilung StV, Straßenverkehr.

Am 20. November 2019 wurde ich *im Landtag* zum Minister für Infrastruktur und Landesplanung des Landes Brandenburg ernannt. Dementsprechend lag rund acht Monate die Zuständigkeit für die Abteilung StV bei mir. Diese umfasste unter anderem das Thema „Infrastrukturabgabe für Pkw“. Weder davor noch danach befasste ich mich mit dem Thema bzw. war das Thema Gegenstand meiner Tätigkeit. *12*



Nur zur dienstlichen Verwendung

Insbesondere nach der Ernennung zum Minister in Brandenburg und der Übernahme der neuen Aufgabe war das Thema Pkw-Maut für mich abgeschlossen. Das heißt, letztmalig im November 2019 war ich mit dem Thema befasst, seitdem nicht mehr. Zum Zeitpunkt meines Ausscheidens waren Schadensersatzforderungen nicht konkret geltend gemacht worden. Es gab auch noch kein Schiedsverfahren.

Meine Damen und Herren, bis zum Urteil des EuGH am 18. Juni 2019 war das Thema Maut eines unter zahlreichen und vielfältigen Themen, die in meiner Zuständigkeit lagen. An besondere Termine, Vorlagen, Vermerke oder Vorkommnisse in der Zeit bis zum Urteil habe ich heute keine Erinnerung mehr. Ich habe lediglich eine vage Erinnerung an eine Lenkungskreissitzung. An Einzelheiten, die dort erörtert wurden, kann ich mich aber nicht erinnern.

Am 18. Juni 2019, dem Tag des EuGH-Urteils, befand ich mich ganztägig in Potsdam auf einer Strategiesitzung des Aufsichtsrates der Deutschen Bahn AG. Diese Sitzung begann morgens und dauerte bis in den Abend. Nach meiner Erinnerung wurde ich im Laufe des Tages von Herrn Staatssekretär Dr. Güntner von der Entscheidung des EuGH unterrichtet. Die Entscheidung des EuGH war für uns alle - und damit auch für mich - überraschend. Da ich an der Aufsichtsratsitzung der Deutschen Bahn AG teilnahm, übernahm Staatssekretär Dr. Güntner die weitere Koordinierung im unmittelbaren Nachgang zum Ergehen der EuGH-Entscheidung. Details kann ich nicht nennen und habe auch keine in Erinnerung.

Ich erinnere mich, dass ich am späten Abend im Anschluss an die Strategiesitzung ins BMVI gefahren bin. Dort kam ich zu später Stunde an und bin zu einer Besprechung im Büro des Ministers gestoßen. An den genauen Teilnehmerkreis kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Allerdings erinnere ich mich daran, dass, als ich eintraf, die Frage der Versendung bzw. Zustellung einer Kündigung an die Auftragnehmer besprochen wurde. Details dazu habe ich nicht in Erinnerung. Grundsätzliche Fragen zu einer Kündigung wurden nach meiner Erinnerung während meiner

Teilnahme an der Besprechung nicht erörtert. Die Runde löste sich nach meinem Hinzutreten dann auch bald auf.

Am nächsten Tag, dem 19. Juni 2019, hatte ich nach meiner Erinnerung am Vormittag eine weitere Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn. In der Mittagszeit nahm ich an einem Treffen mit Vertretern der Betreiberfirmen teil. Neben dem Bundesminister und mir war das BMVI nach meiner Erinnerung nur noch durch Herrn Görrissen, Leiter der Abteilung „Leitung und Kommunikation“, vertreten. An die Vertreter des Konsortiums habe ich nur eine vage Erinnerung, da ich diese dort nach meiner Wahrnehmung zum ersten Mal persönlich getroffen habe. Ich kann mich an Herrn Schulenberg erinnern. Ob ich heute die anderen Teilnehmer mit Namen zuordnen könnte, bezweifle ich, da ich mit diesen im Anschluss an dieses Treffen bis zu meinem Wechsel nach Brandenburg im November 2019 nach meiner Erinnerung nicht mehr zusammengetroffen bin.

Insgesamt ist mir das Gespräch und sein Verlauf nicht in bleibender Erinnerung, nur so viel, dass seitens des Ministers über den aktuellen Stand seit dem Urteil berichtet wurde, und ich erinnere mich, dass seitens der Vertreter des Konsortiums die Kündigung kritisiert wurde. Von wem was gesagt wurde, kann ich heute nicht mehr sagen.

Meine Damen und Herren, der Minister hatte nach der EuGH-Entscheidung eine Taskforce eingerichtet. Diese Taskforce traf sich nach konkretem Bedarf, wobei sich die Zusammensetzung nach den konkret anstehenden Themen richtete. Nach meiner Erinnerung hatte ich mich vor allem mit Herrn Rechtsanwalt Neumann, Herrn Molitor als zuständigem Unterabteilungsleiter und Herrn Stadler als zuständigem Referatsleiter in der Taskforce ausgetauscht.

Insbesondere in der ersten Zeit nach dem Urteil waren noch weitere Teilnehmer dabei. Die Aufgaben der Taskforce bestanden insbesondere darin, die erforderlichen Vorbereitungen für das Parlament, die anstanden, zu koordinieren. Erörtert wurden auch Fragen zum weiteren Vorgehen,



Nur zur dienstlichen Verwendung

zum Beispiel die Frage weiterer Kündigungserklärungen oder die Frage der Geltendmachung von Vertragsstrafen.

Mit fortschreitender Zeit nahm die Zahl der Treffen der Taskforce ab. Erinnerungen an die Zusammensetzungen, Abläufe und Diskussionsverläufe einzelner Sitzungen der Taskforce habe ich nicht mehr.

Auch wenn ich mich an viele Einzelheiten nicht mehr erinnern kann, weil diese hinter meinen aktuellen Aufgaben zurücktreten bzw. von diesen verdrängt worden sind, unterstütze ich Ihre Untersuchung gerne und stehe nun gerne für Ihre Fragen zur Verfügung. - Vielen Dank.

Vielleicht erlauben Sie mir noch ganz kurz, weil Sie das gefragt haben, zum Thema Vorbereitung - - In der Tat habe ich mir noch mal einen Überblick verschafft und habe dazu, ich glaube, es waren Sachen, die in meinem E-Mail-Verkehr waren, die Ihnen vorgelegt wurden, und Vermerke, mit denen ich zu tun hatte, mir angeschaut und kursorisch angeguckt. Gespräche inhaltlicher Art habe ich nicht geführt. Ich habe natürlich mit Frau Bethge Kontakt gehabt, weil ich wissen wollte, wie die Dinge im Ablauf sind; das ist, glaube ich, selbstverständlich. Und ich habe heute Herrn Dr. Krause gebeten, mitzukommen, weil ich natürlich auch in einem Gespräch mit ihm darüber gesprochen habe - die Frage, die Sie auch schon angerissen haben -: „Wie verhält es sich mit öffentlichen, nichtöffentlichen Sitzungen?“, weil ich natürlich an der Stelle schon darauf achten möchte, dass ich hier in öffentlicher Sitzung das sage, was in die öffentliche Sitzung gehört - - aber auch dann, wenn etwas in die nichtöffentliche Sitzung gehört, dass das dann auch dort erörtert wird. - Ich glaube, das waren die Fragen, die Sie mir gestellt hatten.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann können wir in die erste Fragerunde einsteigen, und das Wort hat für die CDU/CSU-Fraktion der Kollege Lange.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ja, danke schön. - Herr Beermann, ich fasse das jetzt mal relativ knapp

zusammen: Als Sie ins Haus gekommen sind, waren die wesentlichen Entscheidungen getroffen. Und dann kam der Juni 2019 mit einem Urteil, wie wir es heute schon gehört haben, mit dem keiner gerechnet hatte.

Ich fange jetzt trotzdem noch mal an mit dem Zeitpunkt, als Sie ins Haus gekommen sind und vom damaligen Staatssekretär Schulz die Aufgaben übernommen haben. Sie haben ja schon gesagt, Sie haben eigentlich mit der Maut an sich - oder Infrastrukturabgabe, wie es korrekterweise heißt - nichts zu tun gehabt. Uns würde nur interessieren: Gab es bei der Übergabe quasi ein Briefing: „Hier stehen wir; hier haben wir noch - - Hier sehen wir ein Risiko; an dem und dem Punkt ist noch nachzuarbeiten oder nachzusteuern“, oder gab es eine Übergabe, indem man gesagt hat: „Die Maut kommt“?

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe an ein solches Briefing, ein solches Gespräch mit dem Staatssekretär Schulz keine Erinnerung; deswegen kann ich dazu nichts sagen. Aber vielleicht erlauben Sie mir, dass ich eins anmerken kann: Was ich in Erinnerung habe, das war am Anfang, dass ich irgendwann mal ein Gespräch hatte mit dem zuständigen Unterabteilungsleiter; aber auch da habe ich, ehrlich gesagt, keine konkreteren Erinnerungen zu dem Thema.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön. - Dann gehe ich auch gleich auf den 18. Juni, weil da dazwischen keine Entscheidungen in dem Sinn ja anstanden. Sie haben jetzt selber schon gesagt, Sie sind am 18. Juni dann abends in diese Runde dazugestoßen. Können Sie uns vielleicht trotzdem noch ein bisschen genauer erläutern, wie Sie über das Urteil - - auch wenn man in einer Sitzung sitzt, kriegt man natürlich dann irgendwann mal so eine Mitteilung: da läuft heute was nicht so, wie es hätte laufen sollen -, wie sich der Tag gestaltet hat, wie Sie sich entschieden haben oder wann Sie sich entschieden haben, zu dieser Sitzung dazuzustoßen? Gab es einen Zwischenkontakt mit dem Minister, dass man gesagt hat: „Jetzt müssen wir zumindest mal diesen oder jenen Schritt gehen“? Vielleicht können Sie uns das ein bisschen schildern, wie sich der Tag aus Ihrer Sicht dargestellt hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

*des Auftritts
H. v. d. L.
Ul. L. in
Potsdam*

Zeuge Guido Beermann: Ja, ich will das gerne versuchen. - Also, wie ich das in meinem Eingangsstatement ja schon dargestellt habe, hatten wir an dem Tag eine Strategiesitzung der Bahn, die morgens begann. Das war in Potsdam, und dort bin ich dann auch hingefahren. Und ich kann Ihnen leider aus meiner Erinnerung nicht mehr sagen, wann das Gespräch mit Herrn Güntner stattgefunden hat. Ich habe nur in Erinnerung, dass er mich angerufen hat und dann darüber berichtet hat und dass aber dann auch klar war, dass ich dort bei der Strategiesitzung in Potsdam bleibe, weil wir in Bezug auf die Bahn wichtige Themen dort zu erörtern hatten. Und die Entscheidung habe ich dann abends getroffen, also nach der Strategiesitzung, dass ich noch mal in das BMVI fahre. Und einen Kontakt - das war, glaube ich, noch eine Frage, die Sie gestellt haben - zum Minister habe ich nach meiner Erinnerung an dem Tag nicht gehabt.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Sie hatten auch schon geschildert, dass die Entscheidung zur Kündigung, als Sie zu der Besprechung dazugestoßen sind - das war wohl die Besprechung im Ministerbüro an diesem Abend; -

Zeuge Guido Beermann: Ach so, ja.

Ulrich Lange (CDU/CSU): - das war schon gar nicht mehr die große Runde -, schon gefallen war. War zu dem Zeitpunkt auch schon klar, dass nicht nur aus einem, sondern aus weiteren Gründen gekündigt werden sollte, oder wurde hier noch abgewogen und diskutiert?

Zeuge Guido Beermann: Also - Entschuldigung, das habe ich vergessen vorhin darzustellen -, in der Tat: Ich bin - aber das hatte ich, glaube ich, im Eingangsstatement gesagt - in das Büro des Ministers dazugestoßen. Und wie ich das gesagt habe: Eine Diskussion oder eine weitere Debatte über die Frage der Kündigung habe ich dort nicht in Erinnerung. Und ich habe auch nur in Erinnerung - in der Tat -, dass dort die Kündigungsgründe dann auch im Raum standen, die Sie beschrieben haben. Also, ich habe eine Diskussion - das kann ich dazu sagen - nicht mehr in Erinnerung.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Am Folgetag - von Ihnen auch schon angesprochen - fand dann das Gespräch mit den Betreibern statt. Sie sollen gesagt haben, dass man auf das Verbindende schauen soll, statt im Streit auseinanderzugehen; MAT A D-1/6, Blatt 6 f. Vielleicht können Sie uns, vielleicht auch aus der Erinnerung, ohne dass wir jetzt - ich weiß nicht, ob die Vorlage jemand hat - die Vorlage - - einfach nur aus der Erinnerung schildern, wie Sie dieses Gespräch erlebt haben und was Sie mit dieser Aussage gemeint haben könnten.

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, mir ist die Vorlage, die Sie gerade beschrieben haben, nicht bekannt.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, Moment.

Zeuge Guido Beermann: Deswegen kann ich dazu nichts sagen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Die kriegen Sie, Moment. - Klar, wenn Sie etwas einsehen wollen, bitte ich um den Hinweis. Das ist klar, dass Sie dann - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe es jetzt kurz überflogen, ich habe es jetzt nicht im Detail gelesen. Aber ich möchte zuerst anmerken, dass mir dieses Papier nicht bekannt ist; ich sehe, dass das auch von, unten steht drunter, Herrn Blum und Herrn Schneble angeblich geschrieben wurde. Und dieses Papier lag mir auch nicht vor nach meiner Erinnerung. Also, deswegen kann ich zu der Qualität und der Aussage des Papiers nichts sagen.

Zu den Abläufen, wie gesagt, habe ich wirklich nur - also das, was ich vorhin in der Erinnerung gesagt habe - in Erinnerung, dass der Minister dort dargestellt hat, was nach dem Ergehen des EuGH-Urteils passiert ist. Ich habe noch in Erinnerung, dass es seitens der Betreiber dort eine

*Für Einzug
steht bereit*



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kritik gab hinsichtlich der Kündigung. Und ehrlich gesagt: Dass ich das hier angeblich gesagt habe, habe ich auch nicht mehr in Erinnerung; kann ich jetzt nicht bestätigen, aber ich kann es auch nicht dementieren.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Ebenfalls auf Aussage der Betreiber beruhte ein Vermerk oder ein Hinweis, dass der Minister gesagt habe, er, der Minister, könne sich im bevorstehenden Verkehrsausschuss „so oder so“ zu den Kündigungsgründen äußern. Der Herr Schulenberg hat hier dann dargestellt, dass er das Ganze als eine Art Drohung durch den Minister verstanden haben wollte. Ist Ihnen dazu noch irgendetwas in Erinnerung? Ergibt sich zum einen aus der gleichen Unterlage, die, wie gesagt, von den Betreibern stammt, bzw. aus der Aussage von Herrn Schulenberg hier, dass sich der Minister in drohender Art gegenüber den Betreibern geäußert hätte.

Zeuge Guido Beermann: Also, zu der Aussage von Herrn Schulenberg, die Sie gerade zitieren, kann ich nichts sagen; die liegt mir nicht vor. Und deswegen - - Ich war ja auch nicht dabei, als er die getätigt hat; da fehlt mir dann auch der Kontext. Zu der Frage - und deswegen kann ich mich ja nur auf die Fakten beziehen, die Sie ansprechen -, ob eine entsprechende Aussage getätigt wurde, kann ich sagen, dass ich das nicht in Erinnerung habe.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön. - Dann vielleicht nur noch zum Abschluss und grundsätzlichen Verständnis: Sie haben selber Ihre Arbeit in der Taskforce schon beschrieben. Können Sie uns noch ein bisschen erklären, wer in der Taskforce sozusagen den Hut aufhatte? War das eher Ihre Seite? Oder wer war eigentlich die steuernde und lenkende Kraft dann in der Taskforce?

Zeuge Guido Beermann: Also, wie ich einleitend gesagt habe: Die Taskforce setzte sich je nach Aufgabe und Thema, das dort erörtert wurde, mit unterschiedlichen Personen zusammen. Und die Leitung der Taskforce lag bei mir.

Ulrich Lange (CDU/CSU): Danke schön. - Damit wäre ich auch bereits am Ende.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat der Kollege Wiehle jetzt das Wort.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Wort. - Herr Minister Beermann, vielen Dank, dass Sie zur Verfügung stehen heute für unsere Befragung. - Darf ich Sie höflich fragen, ob Sie dem Ausschuss Ihr Eingangsstatement zur Verfügung stellen könnten? Gelegentlich hatten wir das schon gemacht, dass wir so ein Eingangsstatement, wenn es zur Verfügung steht, zum Nachlesen gleich kopiert haben. Das würde vielleicht die ein oder andere Frage abkürzen helfen.

Zeuge Guido Beermann: Ich werde das gerne am Ende der Sitzung entscheiden, wenn Sie einverstanden sind.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, ist recht. - Dann darf ich zunächst in die Vergangenheit ein Stückchen zurückblicken. Ihr Lebenslauf weist ja eine ganze Menge Stationen auf, an denen Sie vielleicht schon mit der Pkw-Maut oder jedenfalls mit Mautfragen in allgemeinerer Weise zu tun hätten haben können. Sie waren ja beispielsweise von 1994 bis 2002 Referent im Bundeskanzleramt, und möglicherweise hatten Sie dann schon zu tun mit der Lkw-Maut, die ja zunächst am EuGH gescheitert war und dann nachgebessert wurde und schließlich 2005 in Kraft getreten ist. Haben Sie da noch Erinnerungen an diese ganzen Vorgänge, wenn Sie damit zu tun hatten, und Schwierigkeiten, die mit der Einführung der Lkw-Maut verbunden waren?

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, ich habe nicht in Erinnerung, dass ich mit dem Thema Lkw-Maut in der von Ihnen beschriebenen Zeit zu tun hatte.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke für Ihre kurze und knappe Antwort. - Dann ein bisschen weiter auf dem Zeitstrahl. Sie waren ja dann auch Referent bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, wenn meine Unterlagen das richtig sagen, von 2002 bis 05, und dann später Leiter des Büros des Staatsministers im Bundeskanzleramt, bis 2012.

✓



Nur zur dienstlichen Verwendung

In dieser Zeit wurde die Idee einer Pkw-Maut schon betrachtet, und zwar im Zusammenhang mit einem möglichen Verkauf der Bundesautobahnen an private Investoren. In welcher Weise hatten Sie denn in dieser Zeit mit dieser Verkaufsidee und einer Idee einer Pkw-Maut zu tun?

Zeuge Guido Beermann: Sowohl in der zuerst beschriebenen Zeit in der CDU/CSU-Fraktion hatte ich mit dem Thema nach meiner Erinnerung keine Berührungspunkte, und auch in der zweiten Zeit, als ich das Büro des Staatsministers geleitet habe, lag in meiner Zuständigkeit nicht das Thema Lkw-Maut, sodass ich auch da keine Erinnerung habe, mich damit irgendwie beschäftigt zu haben, auch mit der Pkw-Maut nicht.

Wolfgang Wiehle (AfD): Das heißt also, wenn ich das noch mal konkretisieren darf in der Nachfrage, Sie hatten mit dem Thema Pkw-Maut da gar nichts zu tun in diesen beiden Zeiten, von denen ich gesprochen habe?

Zeuge Guido Beermann: Ja, es ist so, wie ich es geschildert habe. Also, ich kann mich nicht erinnern, dass ich da mit dem Thema intensiver beschäftigt war.

Wolfgang Wiehle (AfD): Mhm. Danke schön. - Später waren Sie dann in anderen Bereichen, in Berlin und auf Bundesebene, bis Sie dann zum BMVI gekommen sind. Darüber hatten wir hier gerade schon gesprochen, auch über Ihre Zuständigkeiten. Und sind Sie denn gelegentlich, am Rande zunächst, auch ab Beginn Ihrer Tätigkeit im BMVI mit Pkw-Maut-Themen befasst worden, schon ab März 18?

Zeuge Guido Beermann: Nach meiner Erinnerung bin ich mit den Themen nicht befasst worden. Sie lagen ja auch nicht in meiner Zuständigkeit.

Wolfgang Wiehle (AfD): Hatten Sie in irgendeiner Weise mit den Aufklärungs- und Verhandlungsgesprächen im November 18 zu tun? Wenn ja, können Sie uns dazu bitte etwas sagen?

Zeuge Guido Beermann: Auch da kann ich nur nach meiner Erinnerung sagen, dass ich damit nichts zu tun hatte.

Wolfgang Wiehle (AfD): Waren Sie in irgendeiner Weise beschäftigt mit dem zweiten finalen Angebot in dem Bereich Erhebung und vielleicht mit haushaltrechtlichen Fragen, also insbesondere dem Thema, dass bestimmte Leistungen auf andere Weise im Haushalt untergebracht werden mussten, also beispielsweise Portokosten?

Zeuge Guido Beermann: ~~Nein~~, auch da: Nach meiner Erinnerung kann ich nur sagen, dass ich damit nicht befasst war. *Nein*

Wolfgang Wiehle (AfD): Dann komme ich zu dem Tag mit dem EuGH-Urteil und mit der Kündigung. Da haben ja Sie dann nach den Unterlagen, die mir vorliegen - und hier habe ich fürs Protokoll jetzt auch eine MAT-Nummer, nämlich MAT A BMVI-5/1_a-4, Blatt 75 - - Da haben Sie die Ermächtigung an Greenberg Traurig ausgestellt, die Verträge zu Entwicklung, Aufbau und Betrieb des Mautsystems zu kündigen.

Zeuge Guido Beermann: Wenn Sie mir das vorlegen könnten, wäre ich Ihnen dankbar.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, gerne. Ich habe das hier auch als Papier. Das können wir Ihnen gerade mal geben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Sie haben ja schon dargestellt, bei welchen Gesprächen Sie jetzt persönlich dabei waren und bei welchen vorher nicht, weil Sie auf dieser Strategietagung der Bahn waren. Haben Sie sich denn in irgendeiner Weise Gedanken drüber gemacht und die auch geäußert, eine Kündigung abzuwenden und das Projekt Pkw-Maut noch zu retten, also zum Beispiel, indem man ökologische Aspekte in das Vignetten-System mit einbaut?

Zeuge Guido Beermann: Nach meiner Erinnerung war das nicht der Fall.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wolfgang Wiehle (AfD): Haben - - Also, an der Taskforce-Sitzung - da möchte ich noch mal nachfragen, um es sicher richtig verstanden zu haben -, die dann am Nachmittag war, haben Sie auch gar nicht teilgenommen. Da waren Sie noch Potsdam. Stimmt das?

Zeuge Guido Beermann: So ist es.

(Kirsten Lühmann (SPD):
Das kann ich bestätigen!)

Wolfgang Wiehle (AfD): Frau Lühmann kann bestätigen, weil sie im Aufsichtsrat bei der Bahn saß. - Und waren Sie überhaupt der Auffassung, dass man in irgendeiner Weise die Kündigung der Betreiberverträge noch hätte vermeiden können? Also, auch wenn Ihnen das quasi auf den Tisch gelegt wurde, dass die Entscheidung schon gefallen war. Aber hatten Sie da Zweifel dran, dass das so sein musste?

Zeuge Guido Beermann: Können Sie die Frage noch mal präzisieren? Das habe ich jetzt, ehrlich gesagt, doch nicht so ganz - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Also, ich habe Sie vorhin so verstanden, dass zu dem Zeitpunkt, wo Sie dann zu der Sitzung im Ministerbüro am Abend - oder mit dem Minister am Abend - hinzustießen, die Entscheidung über die Kündigung schon gefallen war. Und mich beschäftigt jetzt die Frage - die stelle ich Ihnen -, ob Sie denn, auch wenn Sie das vielleicht nicht geäußert haben, noch Zweifel gehabt hatten, dass diese Kündigung sein muss.

Zeuge Guido Beermann: Die Entscheidung war ja gefällt. Wie ich vorhin dargestellt habe, war ich zu dem Zeitpunkt auch nicht mit dabei. Ich bin zu einem Zeitpunkt gekommen, als es um die Frage der Zustellung ging. Und deswegen habe ich ~~an~~ ^{an} der Entscheidungsfindung ~~kann ich~~ ^{habe ich ja} wenig zu sagen - habe ich ja nicht mitgewirkt.

Wolfgang Wiehle (AfD): Und Sie hatten also auch keine privaten Zweifel jetzt, die Sie dann zurückgenommen haben?

Zeuge Guido Beermann: Nein, ich hatte keine - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Nicht mehr geäußert.

Zeuge Guido Beermann: Nein, in der Sache hatte ich keine privaten Zweifel, die ich hätte zurücknehmen müssen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke schön. - So viel für diese Runde.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann gebe ich jetzt der Kollegin Lühmann das Wort.

Kirsten Lühmann (SPD): Hallo, Herr Beermann!

Zeuge Guido Beermann: Hallo, Frau Lühmann!

Kirsten Lühmann (SPD): Ich fange mal an einem Zeitpunkt an, wo Sie gerade ausgeführt haben, dass Sie mit der Pkw-Maut noch nichts zu tun hatten. Und zwar habe ich hier ein Schreiben von Ihnen vom 11. Oktober 2018. Das ist die MAT A BMVI-6/5p, Blatt 6 bis 21. Das ist ein Schreiben von Ihnen an den Abgeordneten Rehberg von der CDU/CSU aus dem Haushaltsausschuss. Und in dem Schreiben melden Sie Bedarf für Stellen im BMVI, KBA und BAG für die Infrastrukturabgabe an. Das können wir Ihnen auch vorlegen, wenn Sie es möchten.

Zeuge Guido Beermann: Gerne.

Kirsten Lühmann (SPD): Gerne? Gut, machen wir.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Meine Frage ist, warum *Sie* dieses Schreiben geschickt haben, wobei weder Haushalt noch Maut in Ihrem Zuständigkeitsbereich sind. Sondern aus unserer Sicht hätte es ja eigentlich Herr Schulz schreiben müssen.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick in die Unterlagen)

Zeuge Guido Beermann: Ja, also, das Schreiben ist eindeutig von mir unterschrieben. Ich habe jetzt keine konkrete Erinnerung, warum ich das

U



Nur zur dienstlichen Verwendung

unterschrieben habe. Es ist nur so - das kann ich allgemein schildern -, dass wir uns natürlich gegenseitig vertreten haben, wenn zum Beispiel einer nicht da war oder im Urlaub war. Also, das kann ich jetzt schlecht sagen. Das ist jetzt - das kann ich sagen - kein sehr außergewöhnlicher Vorgang.

Kirsten Lühmann (SPD): Okay. - Sie haben eben gesagt, als Sie Staatssekretär wurden, ist Ihnen das zwar berichtet worden, dass die Maut jetzt in Ihren Zuständigkeitsbereich fällt; aber Sie konnten auf die Frage - ich weiß gar nicht, wer sie gestellt hat - nichts Besonderes sagen, was Ihnen nun berichtet wurde, als Sie das Amt übernahmen, zum Beispiel von Herrn Molitor.

Ich versuche es jetzt noch mal ein bisschen konkreter. Wir haben wieder eine Vorlage für Sie, und zwar die MAT A BMVI-5/1_b-5, Blatt 40 bis 42. Da hat Ihnen das Mautreferat für die Leitungsklausur des BMVI Unterlagen zur Pkw-Maut zusammengestellt. Und darin heißt es - Sie werden es gleich sehen -, dass die Feinplanungsdokumentation am 01.04.2019 eingereicht worden sei und dass die Arbeiten zur Systemeinrichtung der Infrastrukturabgabe planmäßig voranschreiten. - Meine Frage ist: Haben Sie vorher schon mal von der Feinplanungsdokumentation gehört? Und nach Kenntnisaufnahme dieses Schreibens: Was war Ihr Eindruck bezüglich dieses Punktes des Projektes?

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe, ehrlich gesagt, keine Erinnerung mehr daran. Ich sehe den Vorgang; das ist richtig. Das ist ein Sprechzettel für die Leitungsklausur, die wir offensichtlich am 10. April hatten. Und deswegen: Da kann ich, ehrlich gesagt, wenig zu sagen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ich hätte jetzt noch weitere Materialien, die ich Ihnen gebe. Aber ich versuche es mal andersrum. Sieben Tage später haben Sie wieder Unterlagen bekommen, in denen drinsteht, dass eine erste Prüfung ergab, dass die

Feinplanungsdokumentation bezüglich Form und Inhaltstiefe nicht die Erwartungshaltung des Bundes erfüllt. Das ist also eine Woche später. Ich zeige Ihnen das jetzt nicht. Aber meine Frage ist: Stichwort „Feinplanungsdokumentation“: Was fällt Ihnen zu diesem Stichwort ein? - Vielleicht versuchen wir es so rum.

Zeuge Guido Beermann: Na gut, das ist natürlich eine sehr allgemeine Frage.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, richtig. Aber wenn ich jetzt konkret nach bestimmten Sachen frage, dann sagen Sie mir - - Also, jetzt mach ich es mal ganz global.

Zeuge Guido Beermann: Ja, das ist in Ordnung, Frau Lühmann. Gerne. - Das Thema Feinplanung: ~~Wenn ich mir das in meiner Erinnerung vor Augen führe, dann~~ habe ich in Erinnerung, dass das natürlich ein Grund war oder einer der wesentlichen Gründe, weswegen wir gekündigt haben: weil eben die Feinplanungsdokumentation nicht leistungsgerecht vorlag. Das ist die Erinnerung, die ich daran habe.

F. Ketz

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. Und wie kamen Sie darauf? Also, es ist ja Ihr Zuständigkeitsbereich gewesen. Ich hatte Ihnen eben ein Dokument vorgelegt, da stand noch drin: Alles in Ordnung. - Sieben Tage später - ich könnte es Ihnen vorlegen, wenn Sie es haben wollen - steht drin: Es gab Probleme. - Und da Sie ja zuständig sind und das ein ganz wichtiges Projekt ist und wenn in diesem Projekt Probleme auftauchen, bin ich davon ausgegangen, dass sich dann der zuständige Staatssekretär zumindest berichten lässt, wie es mit den Problemen weitergegangen ist. Und das war meine Frage.

Dass ganz am Ende die Kündigung unter anderem aufgrund dieses Punktes ausgesprochen wurde, das wissen wir; das haben wir von ganz vielen Zeugen hier schon gehört. Meine Frage ist einfach der Weg dahin. Von dem Dokument 10. April, wo drinsteht: „in Ordnung“, bis hin zu dem Punkt: „Es ist ein Kündigungsgrund“, das ist ja ein weiter Weg. Und da würde ich gerne mehr von Ihnen hören, was Sie da gemacht haben, wie Sie sich informiert haben, wie der Fortgang der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dinge war, wie gravierend Ihnen das geschildert wurde, wer es Ihnen gravierend geschildert hat.

Zeuge Guido Beermann: Also, daran habe ich keine Erinnerungen mehr, wie mit dem Thema weiter umgegangen wurde und wie ich mich damit befasst habe. Ich bitte um Nachsicht, da kann ich nichts zu sagen.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, ich versuche es aber trotzdem noch mal. Sie haben eben gesagt, das war ein Grund - diese mangelnde Feinplanungsdokumentation - für eine Kündigung. Das ist ja ein sehr gravierender Vorgang, wenn ich aus Schlechtleistung kündige. Ist das wirklich das Einzige, an das Sie sich erinnern bei dem Thema Feinplanungsdokumentation: „Es war so gravierend, dass wir deshalb gekündigt wurden [sic!]“? Warum es so gravierend ist, was ich in der Zeit gemacht habe: kann ich mich nicht mehr erinnern. Das Einzige, was ich weiß - - Ich bin gerade ein bisschen - Sie merken das - fordernd; aber die Frage bewegt mich schon, dass das das Einzige ist, was Sie wissen: Es war so gravierend; aber warum, weiß ich nicht mehr.

Zeuge Guido Beermann: Also, Stand heute, wenn ich diese Frage beantworten soll, kann ich Ihnen nur das sagen, was ich gesagt habe. Und, ja - -

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Dann muss ich ein paar Seiten weiterblättern, weil einige Fragen wegfallen. - Ich komme jetzt zu der Vorbereitung des 18. Juni. Und wir haben ein Dokument von Ihrer persönlichen Referentin. Die hat Ihnen das am 17. Juni, also einen Tag vor dem Gerichtsurteil, geschickt. Das ist MAT A BMVI-5/1_b-2, Blatt 5 bis 9.

Und da schickt Ihnen die Presseabteilung mehrere Sprachregelungen für den Folgetag - jeweils für die verschiedenen Möglichkeiten des Ausgangs des EuGH-Urteils.

Ich gebe Ihnen noch mal Zeit, das zu lesen; vielleicht erinnern Sie sich dann an den Vorgang.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der

Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Ich habe es überflogen, ja.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke. - Also, das ist ja augenscheinlich das, was man sinnvollerweise macht - eine Vorbereitung auf den nächsten Tag -, dass man nicht völlig überrascht wird, und mehrere Möglichkeiten wurden da durchgespielt. Was ist mit diesen Vorschlägen der Pressestelle Ihrer Erinnerung nach passiert?

Zeuge Guido Beermann: Also, wenn ich die Vorlage nehme, steht drauf: Es ist mir zur Kenntnis gegeben worden. Ich habe keine Erinnerung, ob ich es zur Kenntnis genommen habe, und deswegen kann ich dazu auch wenig sagen.

Kirsten Lühmann (SPD): Als Sie dann am Abend zurückkamen von unserer Klausursitzung, da gab es ja zu irgendeinem Zeitpunkt eine Situation, dass sich der Minister mit Ihnen und Herrn Dr. Neumann in das Ministerbüro zurückgezogen hat. Zumindest haben wir Dokumente, die das aussagen. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Guido Beermann: Moment! Wer hat sich mit wem zurückgezogen?

Kirsten Lühmann (SPD): Der Minister mit Ihnen und Herrn Dr. Neumann - in das Ministerbüro.

Zeuge Guido Beermann: Das würde ja bedeuten - nur als Verständnis -, also, dass ich irgendwo mit denen war, wo ich hingegangen bin dann.

Kirsten Lühmann (SPD): Na ja, Sie waren ja schon im Ministerium, und da war eine große Runde. Und aus der großen Runde - das haben Zeugen gesagt; müsste ich noch mal nachgucken, wo - sollen Sie sich mit Herrn Dr. Neumann und dem Minister dann noch mal in das Ministerbüro - also, keine Ahnung, Nachbarzimmer, übernächstes Zimmer - zu einer kleineren Runde zurückgezogen haben.

Zeuge Guido Beermann: Also, nach meiner Erinnerung bin ich ins Ministerbüro gekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Kirsten Lühmann (SPD): Direkt?

Zeuge Guido Beermann: Das war - -

Kirsten Lühmann (SPD): Und da waren mehr Leute?

Zeuge Guido Beermann: Das war meine Erinnerung.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja.

Zeuge Guido Beermann: Und nach meiner Erinnerung - also, da bin ich mir definitiv sicher - waren dort mehrere Leute. Aber ich kann Ihnen nicht mehr sagen, wer alles dabei war.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja. - Und es gab keine Situation, dass sich noch eine kleinere Gruppe, der Sie angehört haben, separiert hat von der großen Gruppe?

Zeuge Guido Beermann: Kann ich mich nicht dran erinnern.

Kirsten Lühmann (SPD): Mhm. - Was war die Rolle von Dr. Neumann, an die Sie sich erinnern? War er Wortführer? Ist er nur - - Hat er nur geredet, wenn er gefragt wurde? Hat er an der Entscheidungsfindung deutlichen Anteil gehabt?

Zeuge Guido Beermann: Wie gesagt: Als ich kam, ging es um die Frage - daran kann ich mich entsinnen - - um die Versendung, um die Zustellung. Und ich habe nicht in Erinnerung, dass es da irgendwie eine Wortführung oder Ähnliches gab.

Kirsten Lühmann (SPD): Können Sie sich noch erinnern, dass man eine Öffentlichkeitsstrategie abgestimmt hat und, wenn ja, welche? Denn die Frage muss ja auch gekommen sein: Was mache ich jetzt mit der Öffentlichkeit? - Der Minister hatte ja am Nachmittag - - oder hatte der Presse ja schon eine Stellungnahme gegeben, und jetzt musste ja nach der Kündigung auch irgendetwas folgen. Ist darüber geredet worden?

Zeuge Guido Beermann: Habe ich auch nicht in Erinnerung.

Kirsten Lühmann (SPD): Gut. - Dann habe ich nur noch eine Frage zu einem ganz anderen Thema, und zwar gab es ja den BRH-Bericht etwas später. Und der BRH-Bericht: Da gab es eine Antwort aus dem Ministerium drauf. - Und die Zeugin Geese berichtete von einem Treffen am 30. Oktober 2019, in welchem mit dem Minister über die Stellungnahme auf dem Berichtsentswurf des BRH diskutiert wurde. - Da gibt es ein Dokument zu; das ist die MAT A BMVI-4/1b4, Blatt 47.

Wir geben Ihnen das, und meine Frage ist, ob Sie sich an das Treffen erinnern. Und dann habe ich - - Wenn ja, habe ich dazu eine Frage.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Also, ich sehe da die E-Mail und erkenne, dass die auch an mein Büro gegangen ist, also „Sts-Be“. Und es steht unten drunter:

Für eine kurze Rückmeldung bezüglich Ihrer Teilnahme wäre ich Ihnen dankbar.

Ich habe leider keine Erinnerung, ob ich daran teilgenommen habe.

Ich bitte wirklich um Verständnis - ich glaube, ich muss das hier noch mal sagen -: Es ist für mich aufgrund - ich habe es vorhin einleitend gesagt - der Tätigkeit, die ich jetzt habe, und der Veränderungen, die damit verbunden sind, wirklich eine Zeit, die für mich sehr weit zurückliegt und wo ich die Dinge einfach nicht mehr gegenwärtig habe. Und deswegen habe ich auch nicht gegenwärtig, ob ich an der Besprechung teilgenommen habe. Also, ich müsste da mutmaßen.

Kirsten Lühmann (SPD): Damit erübrigt sich auch meine Frage zu dem Inhalt. - Keine Fragen mehr, Herr Vorsitzender.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat jetzt der Kollege Jung das Wort.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Christian Jung (FDP): So, guten Abend, Herr Minister! Schön, Sie mal persönlich zu sehen. Wir hatten, glaube ich, noch nie miteinander zu tun direkt.

Was mich jetzt ein bisschen irritiert an dem, was Sie bisher sagen: Sie waren damals, als Sie Staatssekretär waren - verbeamteter Staatssekretär -, für dieses Thema „PKW-Maut“ zuständig, oder?

Zeuge Guido Beermann: So wie ich das geschildert habe, habe ich die Abteilung StV übernommen. Und eines der Themen dort war die Infrastrukturabgabe genau in dem Zeitraum, wie ich ihn beschrieben habe. Wenn man es über den Daumen reißt: acht Monate.

Dr. Christian Jung (FDP): Weil was mich ein bisschen stutzig macht: Sie haben ja geschildert, dass Sie bei einer Strategietagung der Deutschen Bahn in Potsdam waren. Das war jetzt ja nicht in Stuttgart oder in Honolulu, sondern in Potsdam. Und was mich sehr irritiert die ganze Zeit bei dem, was Sie sagen: Warum sind Sie nicht sofort, als das EuGH-Urteil kam, ins Ministerium gekommen? Weil bei dieser Auf- - bei dieser Strategietagung: Das war ja keine Aufsichtsratssitzung, wo Beschlüsse gefasst worden sind, wo man Sie vielleicht auch gebraucht hätte, sondern es war nur - in Anführungszeichen - eine Strategietagung. Warum sind Sie nicht ins Ministerium zurückgekommen?

Zeuge Guido Beermann: Also, Herr Abgeordneter - -

Dr. Christian Jung (FDP): Weil Sie waren ja zuständig, haben Sie gesagt.

Zeuge Guido Beermann: Ja. - Herr Jung/Abgeordneter Jung, zu der/Bewertung kann ich jetzt nichts sagen. Das ist eine Bewertung; die können Sie treffen. Ich hatte das vorhin geschildert, dass mir das beschrieben wurde und dass wir die Entscheidung getroffen haben, das so zu machen, wie wir das getan haben.

Dr. Christian Jung (FDP): Ja, ich habe ja nur meine Verwunderung ausgedrückt, weil Sie da ja der verbeamtete Staatssekretär waren. - Okay.

Ich habe einige Fragen, weil wir haben ja viele Zeugen schon auch gehört, und es gibt da immer wieder so ein bisschen abweichende Beiträge. Und deswegen wollte ich einfach mal Ihre Sichtweise hören.

Wir haben ja von diesem Tag X - EuGH-Urteil - - haben wir ja keine Protokolle, und deswegen können wir auch nichts Genaues sagen über die Entscheidungsfindung. Wir hatten heute zum Beispiel den Zeugen Görrissen, der uns da interessante Sachen auch dazu gesagt hat, die wir sicherlich auch später - jetzt auch nach Ihrer Befragung - dann noch ausführlich würdigen werden.

Was ich Sie jetzt fragen wollte: Sie kommen also dann gegen Abend aus Potsdam. Und was waren jetzt die Grundlagen für die Entscheidungsfindung? War das sozusagen, wie ich das jetzt interpretiere, so ein unstrukturierter Stuhlkreis, wo immer wieder Leute dazugekommen sind, oder gab es wirklich handfeste Sachen, die zur Entscheidungsfindung herbeigeführt - also, die diese Entscheidungsfindung dann herbeigeführt haben? Oder Sie sind dann auch dazugekommen, und dann hat man einfach kollektiv entschieden, was man dann macht?

Zeuge Guido Beermann: Na ja, ich bin ja, wie ich beschrieben habe, zu einem späten Zeitpunkt dazugekommen. Über das Thema wurde dort, was die Entscheidungsgründe - - Ich vermute, Sie spielen auf das weitere Vorgehen in Sachen Kündigung an. Ich war ja nicht dabei. Deswegen kann ich dazu nichts sagen, zu der Entscheidungsfindung.

Dr. Christian Jung (FDP): Gut. - Aber Sie kommen dann dorthin, und dann wird dann - - Wird Ihnen dann nur das Ergebnis präsentiert, oder wird noch mal gemeinsam mit dem zuständigen Staatssekretär reflektiert, wie die Entscheidung jetzt gemacht wird? Oder sind Sie sozusagen nur derjenige, der kommt, und der kriegt die Entscheidung mitgeteilt, und das tragen Sie dann mit?



Nur zur dienstlichen Verwendung

tu Zeuge Guido Beermann: Ich kann Ihnen ^{den} wie der konkrete Verlauf ab dem Zeitpunkt, ab dem ich da war ~~Wie das war, kann ich Ihnen~~ leider nicht schildern, weil ich daran keine konkrete Erinnerung mehr habe.

Dr. Christian Jung (FDP): Aber Sie waren da bei Besprechungen dabei! Also, das irritiert mich jetzt auch ein bisschen, dass Sie da gar nichts mehr drüber wissen. Waren da - - Also, wer war denn da alles dabei bei den Gesprächen, wo Sie dabei waren?

Zeuge Guido Beermann: Ich bin zu später Stunde, wie ich das geschildert habe, in das Ministerbüro - so meine Erinnerung - dazugekommen, und ich habe leider keine konkrete Erinnerung mehr daran, wer alles dabei war in der Runde. Und ich kann nur wiederholen, dass, als ich dazukam, über dieses Thema der Zustellung der Kündigung gesprochen wurde. Und ich habe keine konkrete Erinnerung daran, ob über andere Sachen dort gesprochen wurde.

Dr. Christian Jung (FDP): Wissen Sie denn noch, wer die Teilnehmer waren an der Besprechung, wo Sie dabei waren? Es war ja anscheinend nur ein kleiner, überschaubarer Kreis.

Zeuge Guido Beermann: Wie ich sagte: Ich habe keine Erinnerung daran, wer jetzt konkret alles dabei war. Also, ich kann - -

Dr. Christian Jung (FDP): War zum Beispiel der Minister dabei?

Zeuge Guido Beermann: Ich kann sagen, dass der Minister dabei war, dass Herr Neumann dabei war; das habe ich in Erinnerung. Und ich habe in Erinnerung - -

Dr. Christian Jung (FDP): War Herr Görrissen dabei, zum Beispiel?

Fleischhut Zeuge Guido Beermann: Ich habe in Erinnerung, dass Herr Görrissen dabei war, aber ich kann Ihnen nicht sagen, ob noch weitere Leute dabei waren. Also, es war jetzt -- Nach meiner Erinnerung war der Kreis schon über diese hinaus, aber ich kann Ihnen nicht sagen, wer alles dabei saß.

Um es so zu sagen: Ich habe es leider, bedauerlicherweise nicht vor meinem inneren Auge.

Dr. Christian Jung (FDP): Aber man könnte jetzt den Eindruck haben, dass es jetzt - also zumindest gegenüber Ihnen - nicht komplett strukturiert war. Also, Sie kommen da hin, und dann wird eine Entscheidung bekannt gegeben. Also, Sie sind ja anscheinend an der Entscheidungsfindung als zuständiger Staatssekretär in keinsten Weise beteiligt gewesen.

Also, mich irritiert das, ehrlich gesagt, sehr stark, weil Sie sind ja auch heute immerhin Landesminister, und vielleicht würden Sie ja, wenn jetzt so was wieder passieren würde, da auch erwarten, dass der zuständige Staatssekretär da auch eingebunden wird. Also, mich irritiert das wirklich sehr stark.

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, das ist eine Wertung, die Sie vornehmen können. Die, glaube ich, muss ich nicht kommentieren; das ist nicht meine Aufgabe. Ansonsten, glaube ich, habe ich die Abläufe dargestellt.

Dr. Christian Jung (FDP): Dann habe ich für diese Fragerunde erst mal keine Fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Herr Kollege Cezanne.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Minister Beermann, schönen guten Abend! Vielen Dank, dass Sie da sind.

Ich wähle mal einen anderen Einstieg. Mich würde noch mal interessieren, wie Sie den Arbeits- und Organisationszusammenhang im Ministerium - - Also, wie haben Sie mit dem Minister, wie haben Sie mit dem Staatssekretär Schulz, unter Umständen auch mit dem Herrn Görrissen - sich denn - - Wie haben Sie kommuniziert? Wie haben Sie sich abgestimmt? Gab es regelmäßige Leitungssitzungen? Gab es irgendwie eine morgendliche Tageslage oder dergleichen? Also, wie sind die - - Wie ist die inhaltliche Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Ihnen sichergestellt worden?



Nur zur dienstlichen Verwendung

fr

Zeuge Guido Beermann: Es gab verschiedene Abstimmungsrunden, wenn man so will:

Ich habe in Erinnerung, dass es eine Leitungsrunde gab, die immer am Mittwoch stattfand. Ich kann Ihnen allerdings nicht sagen - das habe ich jetzt nicht mehr vor Augen -, ob die einmal im Monat war oder wie das immer geplant war. Ja, ich weiß nur, dass in dieser Leitungsrunde die Abteilungsleiter dabeisaßen, die Staatssekretäre, parlamentarischen Staatssekretäre, der Minister natürlich und auch dann Herr Görrißen war dabei als Abteilungsleiter, das ist richtig.

J

Es gab das Format einer Morgenlage, die allerdings sehr unregelmäßig stattfand, eigentlich, wenn ich das recht in Erinnerung habe, zumindest lange Zeit sehr, sehr selten.

über einer längeren

Und dann gab es ein Format, wo ich mich mit Herrn Görrißen und dem anderen Staatssekretär getroffen habe. - ~~Put~~ Das war, meine ich, immer montags richtig, und das war relativ regelmäßig.

J

Ansonsten, glaube ich, dass sich das nicht unterscheidet, dass also die Verwaltungsvorgänge dann natürlich im Papier auch zwischen den Büros hin- und herlaufen.

Und das waren im Wesentlichen die Abläufe. Ansonsten müsste man konkret darüber reden, worauf Sie abzielen.

Ich weiß nicht, ob Ihnen das reicht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Können Sie noch mal etwas näher drauf eingehen, was in dieser Montagsrunde zwischen Herrn Görrißen, Herrn Schulz und Ihnen so die üblichen Themen waren oder was - - Also der Inhalt im Vergleich zum Beispiel zu der Leitungsrunde mit den Abteilungsleitern?

Zeuge Guido Beermann: Also, da habe ich keine konkrete Erinnerung mehr daran, was wir in den Runden besprochen haben, und deswegen kann ich da auch zu einzelnen Dingen jetzt nichts sagen. Aber es war auch das kann ich sagen keine - Es gab keine Tagesordnung in dem

J

Sinne nach meiner Erinnerung, und deswegen hat man da sicherlich verschiedene Dinge besprochen.

(Dr. Christian Jung (FDP):
Herr Vorsitzender, wir würden gerne eine sofortige Sitzungsunterbrechung beantragen, eine Beratungssitzung beantragen!)

Vorsitzender Udo Schiefner: Können wir gerne machen, wenn es keinen Widerspruch gibt. - Wie viel Zeit brauchen wir dafür?

Dr. Christian Jung (FDP): 10 bis 15 Minuten.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut. - Wenn es keinen Widerspruch gibt, dann unterbrechen wir die Befragung. Dann wird die Öffentlichkeit zunächst mal wieder von der Videotechnik abgekoppelt, und wir können zunächst die Beratungssitzung machen, und dann wird die Befragung weiter fortgeführt.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:
17.57 Uhr - Folgt Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:
18.05 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Guido Beermann

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann setzen wir die öffentliche Befragung des Zeugen Beermann fort.

Ich kann dazu sagen: Wir hatten eine Beratungssitzung, und als Ergebnis möchte ich Sie natürlich auch hier noch mal, weil das Diskussionspunkt war, an die Belehrung erinnern, dass Sie natürlich wahrheitsgemäß zu antworten haben und nichts hinzufügen dürfen, was der Wahrheit widerspricht, oder auch Dinge zurückhalten dürfen [sic!], die zur Wahrheitsfindung beitragen, weil es natürlich schon, Herr Minister Beermann,



Nur zur dienstlichen Verwendung

auffällig ist, dass Sie doch sehr oft - das ist Ihr gutes Recht; Sie sollen ja auch, nach Ihren Eindrücken gefragt, wahrheitsgemäß antworten -, ja, ich nenne es mal so, Erinnerungslücken an konkretere Dinge haben. Und darum möchte ich Sie da noch mal an die Belehrung erinnern, dass Sie eben wahrheitsgemäß antworten sollen. Ich möchte Sie auch nicht hier irgendwie verleiten, etwas zu sagen, woran Sie sich nicht mehr erinnern können, und womöglich was dazuzumachen. Aber das war halt auch eben Gegenstand der Diskussion in der Beratungssitzung. - Dies noch mal als Hinweis.

Zeuge Guido Beermann: Herr Schiefner, wenn ich was dazu sagen darf?

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja.

Zeuge Guido Beermann: Vielen Dank noch mal für den Hinweis. Ich hatte das ja auch bewusst bei mir in mein Eingangsstatement reingenommen, um deutlich zu machen, dass in der Tat zwei Dinge, glaube ich, einfach -- bitte ich, mitzunehmen. *F F noch mal deutlich machen*

Das eine ist, dass ich zum einen seit letztem Jahr Minister in Brandenburg bin und dort ein Ministerium übernommen habe und damit natürlich Aufgaben, ein Portfolio, was sich in einem völlig anderen Bereich bewegt.

Und der Abgeordnete Wiehle hatte ja vorhin schon so ein bisschen angerissen, was ich in meinem Leben gemacht habe. Vielleicht darf ich das so mal darstellen: Sie sehen ja, dass ich tatsächlich öfters neue Aufgaben übernommen habe - und das auch mit einem breiten Spektrum an Themen. *J* Und man -- Ich stürze mich dann da in diese Dinge rein, und ich bitte einfach um Nachsicht - das ist so -, dass dann plötzlich der Fokus auf anderen Sachen liegt.

Hinzu kommt - auch das hatte ich gesagt -, dass das Thema Maut eines war, das ich damals übernommen habe aufgrund des Wechsels, der dort stattgefunden hat. Und das war halt ein Thema neben vielen. *J*

Also, ich habe jetzt nicht angesetzt, hier einen Vortrag zu halten, was ich alles für Themen hatte, aber ich hatte wirklich eine ganze Reihe an Aufgaben. Sie werden sich entsinnen, dass wir in dem Jahr das Thema Klima vor allem sehr stark im Fokus hatten. Wir hatten sehr intensive Beratungen, Frau Lühmann, was das Thema Bahn betrifft. Wir haben eine ganze Reihe an Gesetzesvorhaben gehabt. *12* Es ging um -- Bei mir lag noch das ganze Thema mit dem Ausbau Mobilfunknetz usw. usf. Also, ich könnte die Reihe jetzt unglaublich fortsetzen, ja. Also, da war wirklich eine ganze Menge einfach da. *F zu dem das* *F E1 wa F an Thema* *ii mache d. h. h. l. k.*

Und auf der anderen Seite bitte ich um Verständnis - aber ich werde mir dann einen Augenblick Zeit nehmen -: Ich möchte auch ungerne spekulieren, ja? Das entspricht nicht meiner Art, und ich glaube, das ist auch das, was Sie hier gesagt haben, Herr Schiefner, was Sie ja nun auch nicht am Ende wollen, dass ich das mache, ne? *F. h. h.* *F. g. r. a. d.*

Ansonsten: Was man vielleicht machen kann, ist in der Tat, wenn es Vorhalte gibt oder so -- das mag ja sein, dass das, wenn -- dass da möglicherweise das etwas hilfreicher ist. *12*

Vorsitzender Udo Schiefner: Sie sollen nach bestem Wissen und Gewissen antworten. Und wenn Sie das tun, dann, denke ich -- Allerdings möchte ich auch nicht verhehlen, dass es hier halt Punkt war, dass man sehr, sehr oft eben dieses Argument auch hier von Ihnen gehört hat. Wenn es so ist -- Es ist schon bemerkenswert ein Stück weit, sage ich auch ganz offen: Wenn Sie Erinnerungslücken haben und sagen, Sie können sich nicht erinnern, dann kann Ihnen natürlich auch kein anderer hier -- Ich möchte noch mal eben an die Belehrung erinnern und an die gewissenhafte Beantwortung der Fragen.

Dann fahren wir jetzt fort. Jetzt weiß ich nicht mehr -- Herr Kollege Cezanne ist mit der Befragung -- Bitte.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Ja; danke, Herr Vorsitzender. - Minister Beermann, Sie hatten ja kurz -- Wir hatten ja die Frage angerissen, wie Sie sich untereinander verständigt haben. Jetzt noch mal: Wie sind denn Ergebnisse in diesen



Nur zur dienstlichen Verwendung

Leitungsrunden festgehalten worden? Also, der Herr Zielke hat hier zum Beispiel gesagt, dass auf Leitungsebene üblicherweise keine Protokolle erstellt worden sind. Wie wurden denn dann Arbeitsaufträge erteilt? Und wie konnte man nachhalten, ob die erfüllt werden?

Keine
Zeuge Guido Beermann: Also, in der Tat habe ich - - Ich kann mich auch nicht erinnern - das tut mir leid -, aber es ist wahrscheinlich so, dass dort Protokolle erstellt wurden, und die Arbeitsaufträge sind dann, wenn es welche gab, mitgenommen worden.

Leitungsrunden dienten ja auch dem Austausch, dass man dort berichtet hat, worum es ging und was auch in den jeweiligen Abteilungen anstand. Die Morgenlage - wenn sie denn stattfand; wie gesagt, das war äußerst, nach meiner Meinung, sporadisch und selten - war sowieso nicht in dem Stil gedacht, dass man dort - nach meiner Erinnerung jetzt - eine Tagesordnung abgearbeitet hat und daraus dann irgendwelche Arbeitsaufträge kamen. Und ähnlich war das dann auch mit dem Treffen, das ich regelmäßig hatte mit dem anderen Staatssekretär und Herrn Görrissen. Das fand auch meistens im Rahmen eines Mittagessens statt. Und auch dort wurde allgemein geredet. Hintergrund war vor allem - vielleicht kann man das so erklären -, dass man sich im normalen Tagesgeschäft nicht sehr oft gesehen hat - denn wir waren alle terminlich sehr eingespannt -, und um dann überhaupt mal die Gelegenheit zu haben, sich auszutauschen, hat man sich dann zum Beispiel in dieser Morgenrunde getroffen. Das kann das vielleicht erklären. Und ein Protokoll gab es da auch nicht.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Okay, ich probiere jetzt trotzdem noch mal, zu ein paar Terminen, von denen wir wissen, dass es sie gegeben hat, Ihnen vielleicht irgendeine Erinnerung zu entlocken.

Also, am 2. Oktober 2018 waren Sie eingeladen worden zu einer Besprechung mit Minister Scheuer, an der Sie, Staatssekretär Schulz, die Parlamentarischen Staatssekretäre, Herr Görrissen und andere Mitglieder teilnahmen. Thema

war die Infrastrukturabgabe. Mich würde natürlich interessieren, ob Sie sich daran erinnern, die Einladung zumindestens - MAT A BMVI-5/2-a, Blatt 1 -; die Einladung könnte ich Ihnen geben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Es fällt natürlich immer ein bisschen schwer, wenn ich jetzt den Kontext insgesamt nicht sehe. Also, ich weiß schon gar nicht, ob ich an der Runde teilgenommen habe. Also, es kann sein, dass ich eine Einladung bekommen habe, aber möglicherweise aus anderen Gründen gar nicht teilgenommen habe. Also, die Tatsache, dass man im Verteiler steht, heißt nicht zwingend, dass man dabei war. Ich sehe das: 2. Oktober. Ich habe jetzt, ehrlich gesagt, keine Vorstellung mehr, was so - am nächsten Tag, 3. Oktober, war ja Tag der Deutschen Einheit - - wie die Dinge dort gelaufen sind. Vielleicht ... (akustisch unverständlich) muss man einfach sagen: Das Thema war keines, was bei mir lag, die Infrastrukturabgabe, ja? Deswegen stand das bei mir auch nicht ganz im Fokus.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Wenn ich Ihnen sage, dass an diesem 3. Oktober eines der Geheimgespräche des Ministers mit den Betreibern stattgefunden hat - dieses, das dann nachher durch die Presse ging -, macht das noch mal irgendetwas innerlich?

Zeuge Guido Beermann: Auch mit diesen - An diese Treffen habe ich überhaupt keine Erinnerung. Also, ich kann auch dazu sagen, weil es einfach nicht bei mir lag - Kann mich nicht dran erinnern, dass ich von diesen Treffen gewusst habe. Was jetzt für mich wiederum - um das vielleicht zu erläutern - nicht verblüffend ist, weil man hatte seine Zuständigkeiten, und im Rahmen dessen ist man mit den Dingen umgegangen. Und wenn ich an mein Portfolio denke, was ich dort zu bearbeiten hatte, da ist man am Ende froh über jeden Inhalt, mit dem man sich nicht auseinandersetzen muss.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Danke schön.

*Ja
 Ps
 F, dann ist
 E kan
 Jede
 F sein Thema*



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke schön. - Dann hat der Kollege Krischer das Wort.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister Beermann, ich sage Ihnen ganz offen: Ich glaube Ihnen das nicht, dass Sie über solche Erinnerungslücken ... (akustisch unverständlich), weil Sie sind ja nicht ein nachrangiger Beschäftigter in diesem Ministerium gewesen, sondern Sie sind der höchste deutsche Beamte gewesen, der in einer entscheidenden Phase mit dem Thema beschäftigt war. Ich will Ihnen auch konkret sagen, warum ich das nicht glaube: weil in der Phase nach der Kündigung des Vertrages, ab 19. Juni: Gucke ich mir hier Ihren Terminkalender an, finde ich zahllose Termine, zahllose. Ich habe allein - - Innerhalb von zehn Tagen zähle ich hier 13 Besprechungen, also mehrere teilweise am Tag, wo über das Thema Maut gesprochen worden ist, und Sie haben jetzt hier auf die Fragen der Kollegen nichts quasi gesagt, dass Sie sich da noch dran erinnern können. Ich werde mich deshalb bemühen jetzt, zu einzelnen Gesprächen was zu fragen, um das irgendwie rauszukriegen, weil ich mir das nicht vorstellen kann, dass jemand, der heute Landesminister ist und vorher Bundesstaatssekretär war, verbeamteter Staatssekretär, und so eine Karriere hat, dass der an so einer Stelle überhaupt keine Erinnerung mehr hat. Deshalb frage ich jetzt konkret nach: Bei den Terminen findet sich immer wieder - - die Sie so haben in Ihrem Terminkalender, mit Herrn Neumann, Herrn Zielke, Herrn Molitor, wechselt immer wieder - - steht „TF Maut“. Was heißt „TF“?

Zeuge Guido Beermann: „TF“ steht für Taskforce.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt Taskforce; das ist die Taskforce.

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe jetzt den Ausdruck des Terminkalenders nicht vorliegen, aber - -

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich Ihnen gerne geben.

Zeuge Guido Beermann: Aber das nehme ich an, dass das Taskforce heißt, ja.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Das heißt aber dann, diese Taskforce hat teilweise dann mit mehreren Personen - mit zwei Personen, dann mit sieben Personen, dann wieder nur zwei - - Also Sie haben da in sehr unterschiedlichen Zusammensetzungen gesprochen.

Zeuge Guido Beermann: So ist es. Das hatte ich ja auch in meinem Eingangsstatement einleitend gesagt, auch vorhin auf eine Frage so beantwortet, dass je nach Thema und je nach Kontext die Taskforcezusammensetzung ~~ist~~ *ist*

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Sie haben die Sitzung dann geleitet jeweils. Egal wie die Zusammensetzung war, Sie haben das geleitet. Gab es eine Tagesordnung? Wie lief so eine Sitzung ab?

Zeuge Guido Beermann: ~~Also~~ Die Sitzungen fanden zumeist bei mir im Büro statt. ~~Also~~ ich würde es jetzt nicht für jede Sitzung sagen - Herr Krischer, sehen Sie es mir nach! -, aber ich habe das so in Erinnerung. Und in der Tat wurde die Sitzung von mir dann geleitet. Und eine Tagesordnung in dem Sinne gab es nach meiner Erinnerung keine, sondern wir haben die Themen besprochen, die dann eben anstanden. Und ~~in der~~ *anzahl* ~~Vielzahl~~ der Themen der Sitzung, die Sie beschreiben - war es gerade am Anfang so, ~~das~~ *das* habe ich auch in Erinnerung, ~~weil ja~~ *weil ja* aufgrund ~~auch~~ *auch* der parlamentarischen Abläufe - - Also, ich entsinne mich, Herr Krischer, dass wir ~~dort~~ *da* eine Sondersitzung, ~~meine ich~~ *hätten*. Ob es jetzt eine Sondersitzung war, weiß ich nicht. Aber jedenfalls gab es eine Sitzung des Verkehrsausschusses damals, aber auch viele andere ~~Dinge~~ *Dinge*. Diese Fragen haben wir dort miteinander erörtert.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Können Sie denn einfach mal ein paar Beispiele sagen? Worüber haben Sie mit Herrn Neumann - der Name taucht ständig auf -, Herrn Molitor gesprochen, was sind da Themen, die da abgearbeitet worden sind im Nachgang zur Kündigung? Also, wir sind ja in der Situation: Die Maut ist schon gekündigt. Was erfordert da die

H war

angemitt
F danc e ein
Virtuell an
Sitzungen gab
wie Sie es
genau
bestimmen
haben,
F genau
E.B.



Nur zur dienstlichen Verwendung

dauerhafte Präsenz des Staatssekretärs in einer Taskforce, dass das, was da bearbeitet wird - -

Zeuge Guido Beermann: Also, ich entsinne mich, Herr Abgeordneter, dass wir damals teilweise das auch festgehalten haben, was dort besprochen wurde. Ich weiß nicht, ob die vorliegen. Die Protokolle, hätte ich jetzt gesagt, die sind damals von meiner persönlichen Referentin verfasst worden, und da standen dann auch Punkte drin, die wir miteinander erörtert haben. Also, wenn ich die jetzt hier hätte, dann könnte man das vielleicht besprechen. Aus der Erinnerung heraus kann ich sagen, dass in der Tat natürlich ein Thema war die Offenlegung der Verträge - das habe ich in Erinnerung -; das haben wir natürlich besprochen. Und es gab eine ganze Reihe von Anfragen, Kleinen Anfragen. Darüber wurde natürlich gesprochen. Wir haben auch über die Kündigungsgründe gesprochen. Insoweit ist es richtig, dass an dem 18. September ich damit nicht befasst war, aber natürlich in der Folge, weil ja noch weitere Kündigungsgründe kamen, wir natürlich darüber geredet haben. Also, es waren verschiedenste Themen. Wenn man jetzt die Protokolle angucken würde, dann, glaube ich, könnte sich das aufschlüsseln, was da noch so weiter besprochen wurde.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Herzlichen Dank, Herr Beermann, das ist eine sehr interessante Information, dass es da Protokolle geben soll. Wir finden dazu keine Protokolle, zu diesen Terminen.

Zeuge Guido Beermann: Weiß ich nicht.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, aber das ist ja dann wichtig, wenn Sie sagen, es hat Protokolle gegeben, die von Ihrer Referentin verfasst worden sind zu diesen Terminen. Sie haben ja jetzt auch ein paar Beispiele gesagt, was dort besprochen wurde. Klingt plausibel. Da kommen wir der Sache ja schon näher, was da bearbeitet wurde. Aber Protokolle, jedenfalls in den Unterlagen, die wir - - Kann sein, dass wir was übersehen haben. Das will ich jetzt nicht behaupten. Aber bisher haben wir - weil ich habe mir die Termine alle einzeln angeguckt - - Protokolle finde ich dazu nicht.

Zeuge Guido Beermann: Kann ich jetzt nichts zu sagen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Frau Bethge.

MDgn Petra Bethge (BMVI): Vielen Dank. - Die vorhandenen Protokolle sind von dem Mautreferat eingereicht worden und müssten in den Unterlagen zu finden sein. Frau Hönle bemüht sich gerade, die MAT-Nummern zu finden.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann können Sie uns das ja sicherlich dann zur Verfügung stellen.

Dann hätte ich eine Frage. Herr Beermann, Sie haben dann auch - - Zum Beispiel ist ja ein Telefonat mit Herrn MdB Jurk zum Thema Pkw-Maut - - Jetzt finde ich faszinierend: Was hat Herr Jurk mit der Pkw-Maut zu tun?

Zeuge Guido Beermann: An das Telefonat kann ich mich, ehrlich gesagt, nicht erinnern. Also ist auch schon mal die erste Frage, die ich mir stelle, ob ich ihn angerufen habe und mit ihm sprechen wollte oder er mit mir. Kann ich jetzt auch nichts zu sagen; da müsste ich jetzt mutmaßen. Ist auch - - Wie gesagt, ich kann Ihnen da jetzt auch nichts mehr zu sagen, worüber da gesprochen wurde.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meine Zeit ist um.

Vorsitzender Udo Schiefner: Nur ein Hinweis: Der Kollege Jurk ist im Haushaltsausschuss; wollte ich nur erwähnt haben.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann ja mal fragen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ich wollte es ja nur der Ordnung halber erwähnen für die, die den Kollegen Jurk nicht kennen.

(RA Dr. Daniel Krause: Herr Vorsitzender, wir haben nicht verstanden, was Sie gerade gesagt haben zu dem - -)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ich habe gesagt, er hat angesprochen das Telefonat mit einem Abgeordneten Jurk. Der Kollege Jurk ist Mitglied des Haushaltsausschusses; wollte ich nur erwähnen. Jurk, ne? Also nicht zu verwechseln mit dem anwesenden Kollegen Jung.

(Dr. Christian Jung (FDP):
Nicht Jung! Wir haben
noch nie telefoniert!)

Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fragerunde. - CDU/CSU-Fraktion hat keine Fragen mehr. - Herr Kollege Wiehle.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Herr Minister Beermann, ich gehe jetzt in meinen Fragen im Zeitstrahl weiter nach vorne und komme auf einen Zeitpunkt zu sprechen, der kurz vor dem EuGH-Urteil war. Da geht es um den 12. Juni 2019, also sechs Tage vor dem Urteil. Offensichtlich war der Termin im Ministerium auf dem Radar. Da haben Sie von Herrn Görrißen eine Mail erhalten mit der Bitte, eine Sprachregelung für den Tag der Urteilsverkündung des Gerichtshofs zu erstellen, also natürlich - notgedrungen - Plan A: Urteil positiv, Plan B: Urteil negativ. Ich habe eine MAT-Nummer dafür: MAT A BMVI-5/8, Blatt 1. Da möchte ich fragen: Auf welches Szenario waren Sie eingestellt? Ich weiß jetzt nicht, ob Sie das selber gemacht haben oder delegiert haben, diese Aufgabe. Aber auf welches Szenario waren Sie eingestellt: dass das Urteil zugunsten der deutschen Infrastrukturabgabe ausfällt oder dagegen?

Zeuge Guido Beermann: Könnte ich das sehen?

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja. Bitte.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Zeuge Guido Beermann: Sie hatten ja vorhin schon, glaube ich, irgendwo eine E-Mail gezeigt, wo dann ja auch die Sprachregelung dabei war. In der Regel ist es so, dass, wenn eine solche Bitte kommt, ich die natürlich dann, wie Sie schon gesagt haben, delegiere und darum bitte, das zu erstellen, weil dafür gibt es ja ~~dann~~ auch

am Ende eine Fachabteilung, die ~~dann auch~~ zusammen mit der Presseabteilung das machen. Das ist auch offensichtlich erfolgt, wenn ich das richtig sehe, dass dort dann eine solche Sprachregelung erteilt oder gemacht wurde zur Vorbereitung. Das ist auch, sage ich mal, allgemein jetzt nichts Verblüffendes, sondern dass man sich darauf einstellt, glaube ich, ist nachvollziehbar.

Sie hatten mich gefragt, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, nach meiner eigenen Einstellung. Ich habe nicht damit gerechnet - wenn die Frage darauf abzielt -, dass das Urteil so ausfällt, ~~und~~ ja, dementsprechend war natürlich auch meine Einstellung.

Wolfgang Wiehle (AfD): Können Sie uns eine Einschätzung so für die Wahrscheinlichkeit geben, die Sie erwartet haben - also: das Urteil geht zu 90 Prozent zugunsten Deutschlands aus oder zu 80 oder zu 70 -, haben Sie da ein Gefühl dafür? Wie war Ihre Einschätzung?

Zeuge Guido Beermann: Das waren nicht Überlegungen, die ich angestellt habe in der Form, dass ich nun mir innerlich irgendwo Quoten überlegt habe, wie sehr ich damit rechne, sondern ich habe damit gerechnet, dass das Ganze Bestand haben wird. Und so, wie ich es einleitend auch gesagt habe, dementsprechend war ich natürlich auch überrascht, als das Urteil gekommen ist.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke schön. - Gehen wir einen Monat weiter. Es gibt eine Mail vom 21. Juli 19, in der Ihnen Herr Görrißen mitteilt, dass der Minister, also Herr Scheuer, sehr ungehalten sei über die restriktive Vorgehensweise im Haus bezüglich bestimmter Offenlegungen. Da habe ich auch eine MAT-Nummer: MAT A BMVI 5/8, Seite 132. Ich muss leider feststellen, dass ich das nicht als Ausdruck finden kann. Jetzt ist die Frage, ob wir das irgendwie elektronisch verfügbar machen können.

Vorsitzender Udo Schiefner: Geht nicht, da wir ja die Videoüberwachung haben.

(Heiterkeit)

✓



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Nicht Videoüberwachung, sorry, Videoübertragung haben; sorry, sorry, sorry! - Könnten wir höchstens mit dem Laptop jetzt hier vom - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich kann natürlich den Laptop umstecken.

Vorsitzender Udo Schiefner: Moment, der Herr Bohm hat, glaube ich - -

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Wolfgang Wiehle (AfD): Herzlichen Dank für die Unterstützung! - Es fängt also auf dem Blatt 132 unten an.

Zeuge Guido Beermann: Vielen Dank, ich habe es gelesen.

(Schluss der stenografischen Protokollierung:
18.30 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Guido Beermann ohne stenographische Protokollierung: 18.29 Uhr)

Wolfgang Wiehle (AfD): Herzlichen Dank für die Unterstützung. Es fängt also auf dieser, auf dem Blatt 132 unten an.

Zeuge Guido Beermann: Ja, vielen Dank, ich habe es gelesen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Sie haben es wahrgenommen?

Zeuge Guido Beermann: Ja, ich habe es wahrgenommen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Dankeschön. Dann darf ich jetzt zu meinen Fragen kommen. Ist das richtig, dass damit Ihr Vorgehen gemeint war hinsichtlich der Aktenfreigabe für den Verkehrsausschuss, der ja nach dem Urteil des EuGH sich dann intensiv mit der Pkw-Maut beschäftigt hat?

Zeuge Guido Beermann: Also, ich kann mich erinnern, dass wir damals das Thema hatten, was veröffentlicht werden kann. Und das Problem war, dass natürlich Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse dort im Raume standen. Und ich habe natürlich auch noch vor Augen, dass es damals ein sehr komplexes Vertragswesen gab, wo das eine Frage war, was dort letztlich veröffentlicht werden kann und was nicht. Was jetzt der konkrete Hintergrund hier ist, kann ich aus der Lämäng so nicht beantworten. In der Regel aber, wenn so ein Auftrag kommt, dann wird der natürlich weitergegeben ins Haus, dass man dann genau diesen Auftrag und die Bitte, die dahintersteht, dass die natürlich umgesetzt wird. Aber ich habe jetzt nicht vor Augen – das ist Ihre Frage ja – warum jetzt der Minister ungehalten war und was er mit „unsere restriktive Vorgehensweise“ – wen er damit adressiert.

Wolfgang Wiehle (AfD): Sie haben ja schon juristische Gründe genannt, also, dass es um zum Beispiel Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse gegangen wäre. Gab es denn über diese juristischen

Überlegungen hinaus noch andere Gründe für zurückhaltende Herausgabe von Unterlagen, also beispielsweise politische?

Zeuge Guido Beermann: Ach so. Nein. Also, soweit ich mich erinnere, war unsere Haltung, dass wir so viel wie möglich transparent machen wollten und das haben wir auch – natürlich im Rahmen dessen, was uns möglich war – getan. Ich entsinne mich, dass es – ich weiß nicht mehr, wie genau die Abläufe waren – dass es dort am Anfang irgendwann mal eine Frage gab, was tatsächlich – letztlich, weil es Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse waren – dann in die Geschäftsstelle, in die Geheimschutzstelle ~~rein~~ musste. Es hat sich auch dann geändert, weil dann der Vertragspartner, die Auftragnehmer dann – glaube ich – auch eingewilligt haben – wenn ich das richtig in Erinnerung habe –, dass man so gewisse Dinge offenlegen kann. Aber unsere Strategie oder unser Bestreben – so will ich das sagen – war, so viel Transparenz und so viel offenzulegen, wie möglich.

Wolfgang Wiehle (AfD): Na, wenn Sie sagen, Ihr Bestreben war, so viel wie möglich offenzulegen, wie kann es dann sein, dass der Minister zu der Überzeugung kommt, dass das jetzt restriktiv war?

Zeuge Guido Beermann: Heute kann ich Ihnen das leider nicht beantworten, in welchem Kontext das zu sehen ist und wie das zu werten ist, dass hier eine solche Aussage steht. Aber die Zielweise war so, wie ich sie beschrieben habe. Und es kann durchaus sein, dass er dort an der Stelle einfach wollte, dass wir genau diese Strategie auch weiter intensiv umsetzen. Also, ich kann mich jedenfalls nicht entsinnen, dass irgendjemand gegen diese Strategie gearbeitet hätte.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, darf ich noch eine Frage in dem Zusammenhang stellen?

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, bitte.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wolfgang Wiehle (AfD): Dann würde ich in der nächsten Runde mit dem anderen Thema weitermachen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Okay.

Wolfgang Wiehle (AfD): Es geht da auch um Protokolle zum Risikomanagement – das ist auf der zweiten Seite oben. Und, waren Sie denn selber in das Risikomanagement involviert? Hatten Sie da irgendwie zu tun mit Workshops oder jedenfalls Ergebnissen von Workshops, Listen, die Ihnen vorgelegt wurden?

Zeuge Guido Beermann: Also, Risikolisten - - Also, es gab Listen. Daran entsinne ich mich oder meine ich mich zu entsinnen. Und nach meiner Erinnerung sind die auch durchaus bei mir im Büro durchgelaufen, ja.

Wolfgang Wiehle (AfD): Und haben Sie da bezüglich des EuGH-Urteils Aussagen wahrgenommen?

Zeuge Guido Beermann: Es geht ja um das Risikomanagement vor dem Urteil, wenn ich es richtig sehe - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja.

Zeuge Guido Beermann: - - und die Betrachtung der Fortgänge. Und ich weiß es nicht mehr genau, wie jetzt dort die Farbgestaltung war. Aber – also, ich habe es heute einfach nicht klar vor Augen –, aber wenn das bei mir durchgelaufen ist, habe ich es auch natürlich zur Kenntnis genommen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Aber Angaben, können Sie sich noch an Angaben erinnern?

Zeuge Guido Beermann: Müsste man sich jetzt anschauen ~~also~~ - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Okay, Dankeschön.

Vorsitzender Udo Schiefner: So, jetzt hat die Frau Lühmann das Wort.

Kirsten Lühmann (SPD): Herr Beermann, ich habe nur noch eine Frage. Sie haben gesagt, an

diesem 18. 6., als wir in Potsdam waren, da haben Sie telefoniert – und ich zitiere Sie –: Wir haben entschieden, ich muss nicht kommen – das ist jetzt kein Zitat mehr. Wer ist „wir“?

Zeuge Guido Beermann: Ich hatte mit Herrn Güntner gesprochen und natürlich haben wir darüber geredet, nachdem er gesagt hatte, und soweit ich mich entsinne – ich habe den Wortlaut nicht mehr im Sinn – sehen Sie, auf der einen Seite versuche ich dann, die Dinge darzustellen und dann ist es immer schwierig, wenn man dann gewisse Formulierungen wählt. Aber es war jedenfalls so, dass ich nicht zurückkommen musste ins Ministerium, weil – wie gesagt – wichtige Dinge ja auch anstanden bei uns in der Aufsichtsratssitzung und die Dinge von Herrn Güntner ~~hat~~ – so wie ich beschrieben habe – dann in die Wege geleitet wurden.

Kirsten Lühmann (SPD): War der Minister in diese Entscheidung, dass Sie zu dem Zeitpunkt nicht zurückkommen, eingebunden?

Zeuge Guido Beermann: Das kann ich – ehrlich gesagt – nicht sagen. Also, wir haben miteinander gesprochen, ich hatte aber – nach meiner Erinnerung – an dem Tag mit dem Minister selber nicht gesprochen.

Kirsten Lühmann (SPD): Entschuldigung, ich konnte es nicht hören.

Zeuge Guido Beermann: Ach so, ich hatte mit Herrn Güntner Kontakt, aber ich habe – nach meiner Erinnerung – an dem Tag keinen Kontakt mit dem Minister gehabt ~~telefonisch~~.

Kirsten Lühmann (SPD): Jaja, bis Sie dann abends dahin kamen – ist mir schon klar. Ich stell' es mir gerade vor: Sie sind der beamtete Staatssekretär, der für diesen Bereich zuständig ist, Herr Güntner ist es nicht. Es ist jetzt etwas eingetreten, von dem keiner glaubte, dass es je eintreten wird.

~~Zeuge Guido Beermann: Mhm.~~

~~Kirsten Lühmann (SPD):~~ Darum hat man sich früher auch keine Gedanken darüber gemacht. Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben ja auch mal gefragt – ich habe auch versucht, Sie zu fragen –: wie hat man sich vorbereitet? – die Frage habe ich nicht gestellt. Hat man geguckt, was das für finanzielle Folgen haben könnte? – hat keiner gemacht. Das heißt, jetzt ist dieses Szenario, auf das sich keiner vorbereitet hatte, das keiner für möglich hielt, ist eingetreten. Und der beamtete Staatssekretär, der dafür zuständig ist, wird nicht sofort ins Ministerium gerufen. Alle anderen ja: Herr Güntner, Molitor, wer auch immer da alles mit dabei war, Sie nicht. Ich finde es – also, erklären Sie es mir, dass der Minister da nicht involviert war. Also, wenn ich Ministerin wäre und Sie wären mein Staatssekretär für dieses Thema und wir haben so eine Situation, ich hätte Sie gerne an meiner Seite oder, wenn Sie dann nicht erscheinen, würde ich das zumindest entscheiden wollen.

Zeuge Guido Beermann: Also, zu Ihrer Bewertung kann ich schlecht was sagen, Frau Lühmann, da bitte ich um Nachsicht. Wir haben die Entscheidung so getroffen. ~~Ich denke auch – will ich dazu sagen –~~ ich finde es jetzt auch nicht so überraschend. Es musste ja niemand dazu gerufen werden. Herr Güntner war ja vor Ort und auch die Mitarbeiter waren vor Ort. Und insoweit ist ja mit dem Thema umgegangen worden. ~~War~~ eine Abwägung, die wir getroffen haben und die so getroffen wurde, wie ich sie beschrieben habe.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dankeschön. Dann hat der Kollege Jung das Wort.

Dr. Christian Jung (FDP): Herr Minister Beermann, ich bin – das habe ich ja vorhin schon gesagt – sehr erstaunt und auch irritiert über Ihre Antworten oder auch über das, was Sie nicht sagen konnten. Wir hatten Sie bewusst geladen, nicht den Herrn Dr. Güntner, weil wir davon ausgingen, dass derjenige, der als Staatssekretär dafür zuständig ist, uns auch umfassend Auskunft geben kann. Ich bedaure das sehr und werde Ihnen keine weiteren Fragen mehr stellen, weil ich davon ausgehe, dass Sie sie – aus welchen Gründen auch immer, entweder aus Selbstschutz oder, weil Sie nicht andere belasten wollen – heute nicht beantworten können. Also, ich bedaure das wirklich sehr, ich bin sehr irritiert und muss auch offen sagen, dass ich dieses Auftreten

von Ihnen für einen amtierenden Landesminister eines großen Bundeslandes für höchst problematisch halte. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Udo Schiefner: Danke. Dann hat der Herr Kollege Cezanne das Wort.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Dankeschön, Herr Vorsitzender. Herr Beermann, ich mache mal noch ein bisschen da weiter, wo wir vorher waren. Ein anderer Versuch: Sie selber haben von einer vagen Erinnerung an eine Lenkungsausschusssitzung gesprochen. Am 4. 6. steht ein solcher Termin bei Ihnen im Kalender. Wie vage ist die Erinnerung denn?

Zeuge Guido Beermann: Also, ich weiß, dass sie stattgefunden hat. Danke, dass Sie das Datum nennen, das hätte ich jetzt nicht mehr hinkommen. Und ich weiß, dass wir dort zusammensaßen mit dem Präsidenten des KBAs und mit den Fachbeamten und dort – glaube ich – über den Fortschritt und den aktuellen Sachstand natürlich gesprochen wurde. Ich habe keine Erinnerungen über Wortwechsel und was im Detail dort besprochen wurde, da müsste man ~~wahrscheinlich auch – ich gucke mal, ob es~~ eine Tagesordnung oder etwas ähnliches ~~gab~~ und dann könnte es sein, dass man da sich dem Thema ~~dann~~ nähern kann. Aber Stand heute, wenn ich hier sitze, kann ich dazu ziemlich wenig sagen.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Und das von Frau Lühmann schon angesprochene Thema Feinplanungsdokumentation, lässt das irgendwas klingen?

Zeuge Guido Beermann: Also, das Thema Feinplanungsdokumentation: Schauen Sie, das ist so mit Erinnerungen. Ich weiß nicht, ob das da war oder ob das in einem anderen Zusammenhang war. Aber ich meine, mich zu erinnern, dass der Präsident, Herr Zinke, irgendwo mal gesagt hat – aber es kann sein, dass das in der Sitzung war – dass seitens des KBAs ~~da~~ sehr viel Unterstützungsleistung ~~gemacht~~ wurde und – ich kriege es jetzt im Wortlaut nicht hin – es ging ~~irgendwie so~~ in die Richtung: ~~Eigentlich hätte man sich das – – So ein Satz in die Richtung, wo er sagte~~ Eigentlich hätte man sich das bezahlen lassen müssen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ob das jetzt in der Sitzung war? Wahrscheinlich; weil – ich überlege, wo wir uns sonst vielleicht getroffen haben könnten, um solche Dinge zu besprechen – das macht dann natürlich Sinn.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Und wenn ich da nochmal ansetzte: Wann ist Ihnen denn - - Also, wann ist - - Wann sind Sie darauf gestoßen, dass die Mängel mit dieser Feinplanungsdokumentation so gravierend sind, dass sie eine Kündigung wegen Schlechtleistung rechtfertigen würden?

Zeuge Guido Beermann: Ich war ja an dem 18. nicht dabei. Aber natürlich habe ich dann in der Nachfolge auch die Kündigungsgründe natürlich gesehen. Und wir haben natürlich auch darüber gesprochen. Es hat ja auch noch weitere gegeben, die dann gefolgt sind. Und dort habe ich natürlich gesehen, dass ein Kündigungsgrund war, dass aufgrund der Nichterfüllung in Sachen Feinplanungsdokumentation dieser Grund gezogen wurde und dass die wesentliche rechtliche Wertung natürlich die war, dass man gesagt hat: Aufgrund des Urteils hat sich die Situation, hat sich der Sachstand komplett geändert. Die Feinplanungsdokumentation – aber, ich denke, das wird Ihnen alles bekannt sein – sollte vertragsgemäß zum 1. 4. vorliegen. Das war nicht der Fall. Und – ich sage es mal so – nach dem Urteil war damit das Thema natürlich – wie formuliere ich das – wertlos geworden und deswegen ist dieser Kündigungsgrund geltend gemacht worden.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Das heißt aber, der kritische Zustand der Feinplanungsdokumentation ist Ihnen erst am 18. 6. durch Herrn Neumann – oder wie? – bewusst geworden?

Zeuge Guido Beermann: Das habe ich gerade anders dargestellt. Ich habe ja gesagt, dass ich, dass wir darüber gesprochen haben und es ist schwierig. – Ich habe die Unterlagen nicht da, ich würde sowas immer gerne nachgucken, dass ich da hundertprozentig sicher bin. – Aber wie tief man da eingestiegen ist - - Und ich habe das vorhin auch geschildert: Es ist jetzt nicht so, dass ich mich jeden Tag mit der Maut beschäftigt habe – also, das bitte ich einfach zu verstehen –, sondern, dass ich eine Reihe von vielen Themen habe, die mich massiv gebunden haben. Aber dass es dort bei

dem Thema Probleme gab, das war vorher schon angesprochen worden.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Dann setzte ich nochmal an Ihrer Tätigkeit als Leiter dieser Task Force an: Sie haben ja jetzt schon mit dem Herrn Kriecher ein paar Sachen ausgetragen. Auch wir haben uns mal die Termine angesehen. Aber als Leiter sind Sie doch derjenige gewesen, der die Themen vorgegeben hat oder die Tagesordnung gesetzt hat oder bestimmt hat, wer zu welchen Tagesordnungspunkten dazukommen muss. Wie ist denn das vor sich gegangen? Haben Sie sicher jetzt auch nicht alles alleine gemacht, haben ja auch eine Abteilung dafür. Aber können Sie das nochmal ein bisschen darstellen, wie diese Arbeitsplanung für die Task Force zustande kam?

Zeuge Guido Beermann: Also, das war eher ein fließender Prozess – so muss man sich das vorstellen. Es gab natürlich eine Reihe von Themen, die auch einfach anstanden, weil ~~unverständlich~~ einfach verschiedene Termine im Parlament anstanden und die waren natürlich dann auch bestimmend, um sich damit zu befassen. Und es ist jetzt nicht so, dass ich da saß und mir überlegt habe: So, was müssen wir jetzt heute besprechen? sondern – wie das dann in einem solchen fließenden Prozess ist – gibt es dann eben Themen, die da sind und die man dann miteinander erörtern muss, die auf dem Tisch liegen – so will ich das mal formulieren.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Nun gibt es zum Beispiel am 16. 7. 2019 eine Vorlage von Herrn Stadler, die Sie erreicht über Zielke, Molitor und Görissen, über die Geltendmachung von Vertragsstrafen über die Kündigung hinaus. Das ist MAT A BMVI-5/1_b, Blatt 43 ff. Wir können es Ihnen hoffentlich auch geben, Augenblick. Sie können gerne reingucken. Aber ich sage mal, worauf meine Frage hinausläuft: Da werden jetzt nach den Kündigungen wegen der ordnungspolitischen Gründe und wegen der Schlechtleistung nochmal eine weitere Kündigung, werden Vertragsstrafen eingefordert über die Kündigungsgründe hinaus. Und das ist ja nun tatsächlich – sagen wir mal – noch eine weitere Eskalation des Streits mit den Betreibern. Wie kam das zustande und wie haben Sie das damals bewertet?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Beermann: Ja, also die Vorlage ist eindeutig bei mir gewesen, sehe ich, habe ich auch gezeichnet. Und in der Tat ist über die Frage der Geltendmachung der Vertragsstrafen gesprochen worden und es ist auch abgewogen worden, es ist auch diskutiert worden und dann ist auch am Ende entschieden worden, dass – so habe ich es jedenfalls in Erinnerung – dass die dann auch geltend gemacht worden sind. Das ist das, was ich dazu in Erinnerung habe. Also, die Voraussetzungen lagen offensichtlich da, die rechtlichen Voraussetzungen, jedenfalls nach unserer rechtlichen Einschätzung, nach rechtlichen Beratungen. Und dann ist das geltend gemacht worden.

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Wenn der Vorsitzende mich nicht bremst, stelle ich meine Anschlussfrage direkt noch: Hat es dann mal irgendwie in diesen Überlegungen eine Rolle gespielt, dass eine weitere Zuspitzung die Auseinandersetzung mit den Betreibern dieses Schlichtungsverfahrens ja auch nicht gerade einfacher macht?

Zeuge Guido Beermann: Das Schlichtungsverfahren - -

Jörg Cezanne (DIE LINKE): Muss man es ja nicht immer einklagen wollen.

Zeuge Guido Beermann: Also, das Schlichtungsverfahren war zu dem Zeitpunkt, als ich noch die Verantwortung hatte, noch nicht eröffnet. Es gab da kein Schlichtungsverfahren in dem Augenblick. Also, insoweit haben wir, glaube ich - - Das ist dann immer die - - Es geht dann nur darum, die Rechte und die Möglichkeiten, die Ansprüche, die man hat, auch geltend zu machen. Wie man dann nachher aber - - Wie die Dinge sich weiterentwickeln, dazu kann ich dann im Weiteren Fortlauf/ weil ich damit nicht weiter befasst war, an dieser Stelle/ wenig sagen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann kommen wir zum Kollegen Krischer, bitte.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Herr Minister Beermann, ich würde nochmal da nachfragen, wo der Kollege Cezanne eben gefragt

hat. Sie haben gesagt, das Thema Feinplanungsdokumentation könnte eventuell von Herrn Zinke Ihnen gegenüber angesprochen worden sein im Sinne, dass er gesagt hätte, man müsse sich das bezahlen lassen. Danach hat er aber nochmal nachgefragt, dann haben Sie gesagt, ja, Sie hätten doch von massiven Problemen gehört, haben Sie gesagt. Mich würde jetzt interessieren: War das Herr Zinke? – Das massive Problem – Oder gab es irgendwo woanders noch Informationen her? Oder ist es am Ende so, dass Sie sich zu diesem Thema Feinplanungsdokumentation dann auch nicht vor dem 18. Juni erinnern können?

Zeuge Guido Beermann: Also, Herr Abgeordneter, sehen Sie es mir nach, ich habe jetzt nicht vor Augen, ob ich wirklich von massiven Problemen gesprochen habe. ~~Aber ich~~ – Wenn über diese Dinge gesprochen wurde, dann ist es ja so, ~~dass dann anschließend, nicht anschließend, sondern,~~ dass damit ja umgegangen wird. Also, sonst wäre es ja nicht angesprochen worden in diesem Lenkungskreis. Das heißt, es gibt ja dort einen Prozess, der vom KBA gestaltet wird, der auch vom Ministerium mit begleitet wird, wo die Dinge auch weiter verfolgt werden. Das ist dann aber auch nicht so, dass ich mich jetzt da ständig jeden Tag dann – wenn das Ihre Frage war – um diese Dinge kümmere, sondern dafür hat man ja ein Haus und bei der Vielzahl der ganzen Themen – ich kann das nur wiederholen –, die ich ~~habe~~/ ist es auch notwendig, dass man dort arbeitsteilig die Dinge weiterverfolgt.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wenn man - - Natürlich, dass eine Feinplanungsdokumentation jetzt keine Aufgabe des Staatssekretärs ist, ist mir auch klar. Die Frage ist doch nur, wenn das ein so relevantes Problem ist, dass dadurch das – ich nenne es mal so – Prestigeprojekt der das Verkehrsministerium regierenden Partei und der Bundesregierung insgesamt zu gefährden droht, dann ist das doch eine Frage, die den Staatssekretär beschäftigen muss, – das ist mein Punkt – der dann sich damit auseinandersetzen muss, welche Relevanz das hat, muss ich mich da kümmern oder nicht. Ich verstehe Sie jetzt so: Es gab da zwar Signale, aber – und es gab offensichtlich auch irgendwie Schwierigkeiten –



Nur zur dienstlichen Verwendung

aber das war jetzt nicht etwas, was Ihnen den Schlaf geraubt hat.

Zeuge Guido Beermann: Also, die Wertung kann ich so schlecht kommentieren. Ich kann ja nur schildern, dass das angesprochen wurde und dass es dann im Haus auch weiterverfolgt wurde und dass natürlich auch an dem Thema weitergearbeitet wurde. Ich habe auch nicht davon gesprochen, ob nun das damit gefährdet wurde. Es ist einfach so, dass – ich glaube, das ist schon wichtig – dass mit dem Urteil sich die Situation komplett geändert hat und dass mit dieser Situation sich natürlich auch der Blick auf die Frage der Feinplanung, die zum 1. 4. hätte vorliegen müssen und eben nicht vorlag und damit eben eine Nichterfüllung dieser Leistungspflicht bestand, dass das ein Grund war, der dann gezogen wurde für die Kündigung. Und ich glaube, das ist schon etwas, das man dann unterscheiden muss, dass man ansonsten geguckt hat, dass man mit den Dingen weiter daran arbeitet, dass die Maut ein Erfolg wird. Also, bevor das Urteil da war, das ist ja völlig klar. Nur, mit dem Urteil hat sich die Situation eigentlich komplett geändert und deswegen ist diese Kündigung ausgesprochen worden. Und dass es hier um einen wichtigen Punkt geht und dass diese Nichtleistung von Bedeutung ist, zeigt sich ja schon daran, dass das eben auch ein Punkt ist, der – unter den, ich weiß nicht mal, wie viele es sind, Punkten, die im Vertrag geregelt sind –, zu einer solchen Kündigung berechtigt.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, aber das war ja dann alles nicht so wichtig, dass Sie am 18. die Aufsichtsratssitzung oder die Klausur der Bahn verlassen hätten, um diese Grundsatzentscheidung dann zu beeinflussen, aber gut. Ich würde dann mal zum Zeitpunkt nach dem Urteil springen: Am 10. 9. haben Sie ein Gespräch mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten zum Thema Maut geführt. Können Sie mir da erläutern, worum es da ging, worüber Sie mit dem Präsidenten gesprochen haben?

Zeuge Guido Beermann: Ich habe nicht in Erinnerung, dass ich mit dem Präsidenten des Bundesrechnungshofs zur Maut ein Thema hatte.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, sagt ihr Kalender.

Zeuge Guido Beermann: Kann ich den bitte sehen?

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir den?

Zeuge Guido Beermann: Also, wenn ich das hier sehe --

Vorsitzender Udo Schiefner: Können wir die MAT-Nummer ganz kurz bitte haben?

Zeuge Guido Beermann: Ach so, wenn ich das vortragen darf: MAT A BMVI-5/12, Blatt 29.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dankeschön.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Guido Beermann: So, das ist eine E-Mail von Scheuer an Görrissen. Am 3. schrieb Görrissen: „Lieber Andy“ – also, es ist jetzt kein Auszug aus meinem Terminkalender –

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nee nee, das ist eine Mail dafür, aber wo auf den Termin, den Sie führen, hingewiesen wird.

Zeuge Guido Beermann: „Hinweis Sts“ – und dann steht dort der Hinweis, dass die beiden Staatssekretäre Beermann und Güntner am 10. 9. das vereinbarte Gespräch mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten führen. Von Maut ist da allerdings nicht die Rede.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, aber es ist in unseren Unterlagen und vom Ministerium explizit unter Thema Maut zur Verfügung gestellt, also insofern --

Zeuge Guido Beermann: Aber, Herr Abgeordneter, sehen Sie es mir nach, also, das kann ich jetzt schlecht sagen, warum das in den Unterlagen drin ist. Aber nach meiner Erinnerung haben wir bei dem Thema, haben wir bei dem Gespräch --



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es hat ein Gespräch gegeben mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten, aber da ging es nicht um das Thema Maut.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, aber Sie haben also mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten nicht zum Thema Maut gesprochen?

Zeuge Guido Beermann: Nein, nach meiner Erinnerung nicht.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann hat aber am 30. 10., also ein paar Wochen später, auf Einladung des Ministers ein Gespräch zum Bundesrechnungshofbericht stattgefunden, an dem Sie teilgenommen haben. Können Sie sich an dieses Gespräch erinnern?

Zeuge Guido Beermann: Das hatten wir ja vorhin schon mal. Also, ich habe zwar gesehen, dass da die Einladung war. Ich weiß aber nicht, ob ich teilgenommen habe. Das kann ich nicht sagen.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat Sie denn das ganze Thema Bundesrechnungshof irgendwie beschäftigt? Bundesrechnungshofbericht?

Zeuge Guido Beermann: Ja, ich weiß, dass es das Thema gab. Das war – das weiß ich noch – am Ende, bevor ich ja dann nach Brandenburg gegangen bin. ~~Und das war~~ – Ich weiß gar nicht, ob der Bundesrechnungshofbericht zu dem Zeitpunkt schon überhaupt fertig war und zugestellt worden ist. An den Bundestag – glaube ich – ging das damals. Ich habe ihn nämlich nicht als Endprodukt vor Augen. Aber ich weiß, dass wir damals eine Stellungnahme gemacht haben und ich kann mich entsinnen, dass in der Abteilung – na, wie sage ich das – schon eine gewisse Irritation da war, was die Wahrnehmung und Aufnahme der Fakten und Informationen, die bei uns aus dem Haus gekommen sind, beim Bundesrechnungshof war. Aber ich müsste jetzt nachgucken. Also, es war wirklich – glaube ich – so in der Übergangszeit, als ich damals dann gewechselt bin. Wann der Bundesrechnungshofbericht ~~jetzt~~ dann genau gekommen ist, kann ich jetzt hier nicht beantworten.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, meine Zeit - -

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, dann kommen wir zur CDU/CSU-Fraktion, keine Fragen. Herr Wiehle.

Wolfgang Wiehle (AfD): Danke für das Wort, Herr Vorsitzender. Herr Minister Beermann, ich möchte Sie noch gerne nach etwas fragen, was sich im Oktober 2019 zugetragen hat. Da geht es am Ende um eine Innenvereinbarung zwischen der Toll Collect und der Bundesrepublik Deutschland. Und da möchte ich Sie zunächst fragen, ob Sie diese Innenvereinbarung jedenfalls grob kennen oder wissen worum es bei der geht. Also, die ist von früher. Im Oktober 2019 wurde dann aber von der Presse nach dieser Innenvereinbarung gefragt. Aber die Innenvereinbarung selber ist von früher. Ich schaue mal, ob ich da ein Datum finde, hier: 14. Mai 2019. Ich habe auch eine MAT-Nummer dazu, MAT A BMVI-6/17-p, Blatt 48 fortfolgende.

Zeuge Guido Beermann: Wenn ich das sehen könnte, wäre ich sehr dankbar.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, gerne.

(Zeugen werden Unterlagen übergeben, in denen er liest)

Wolfgang Wiehle (AfD): Darf ich freundlich bitten, mal die Uhr anzuhalten. Alles gut.

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, ist das richtig, dass das die Vereinbarung ist, nur um das klar zu stellen.

Wolfgang Wiehle (AfD): Also, da steht ja drüber „finaler Entwurf“, wenn ich das jetzt richtig sehe.

Zeuge Guido Beermann: Aber jedenfalls der Entwurf für die Vereinbarung, die Sie jetzt ansprechen.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, richtig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe das Papier nicht in Erinnerung.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich ziehe mal den Blickwinkel noch mal ein bisschen größer. Erst mal danke für Ihre Antwort zu der Sache. Am 17. Oktober 2019 haben Sie eine E-Mail erhalten von Herrn Winderlich, in der Sie gebeten wurden, einen Antwortentwurf für eine Presseanfrage zu unterzeichnen. Die Presseanfrage war von dem ARD-Magazin Report Mainz. Auch dazu gibt es hier eine MAT-Nummer: MAT A BMVI-5/1, b-4 und dort dann Blatt 182. Das haben wir hier auch auf Papier, wenn Sie das brauchen. Und da gibt es einen Antwortentwurf und dann die schließlich veröffentlichte Richtigstellung, die man auch im Internet nachlesen kann. Lesen Sie erst mal, Entschuldigung, ich bin vielleicht zu schnell.

(Zeugen wurden Unterlagen übergeben, in denen er liest)

Zeuge Guido Beermann: Also, das scheint ein Auszug aus irgendwie einem längeren Ausdruck zu sein, weil unten die Ziffer drei steht. Und wenn ich oben das Zeichen sehe von Referat StV 20 an Sts-Be, dann ist das – glaube ich – einfach über den Dienstweg über mich geleitet worden.

Wolfgang Wiehle (AfD): Es ist über Sie geleitet worden und - - Aber es ist nicht von Ihnen. Also, es ist jetzt auch nicht meine Erwartung, dass es von Ihnen persönlich stammt.

Zeuge Guido Beermann: ~~Nein, aber nur ich – ich versuche das. Ich muss einfach gucken. Ich versuche gerade zu verstehen, was das für ein Vorgang ist. Und ich vermute, dass das ein Vorgang ist, der dann wahrscheinlich an die Pressestelle gegangen ist. Sie sagen ja, es geht hier um Report Mainz und eine Presseanfrage, die dort war, und die kam aus der Abteilung und ist dann ganz normal – man könnte fast sagen – den Dienstweg über mich dann in die Presseabteilung wahrscheinlich gegangen – nur zu erläutern, was das für ein Vorgang ist.~~

Wolfgang Wiehle (AfD): Also, ich kann - -

Zeuge Guido Beermann: Ich habe die anderen Seiten jetzt nicht dabei, also deswegen - -

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich kann dazu auch noch mehr sagen. Also, es gibt da noch – ich habe es jetzt leider nicht als kompletten Ausdruck hier – also das ganze Paket. Ich habe auch noch eine Seite hier, die dann auch wichtig wird: das Blatt 175 von dem gleichen Dokument. Ich erklär' zunächst einmal, worum es geht. Aber Sie können das auch haben dann. Und zwar geht es in diesem Antwortentwurf dann eben auch um eine Richtigstellung zu einem Thema – das ist auch im Internet abrufbar. Und das geht eben auch um die Frage, ob die Vergütung des Betreibers autoTicket an den Unterauftragnehmer Toll Collect marktüblich sei oder nicht. Also Toll Collect hat ja autoTicket helfen sollen - -

(Zeuge liest in den übergebenen Unterlagen)

Zeuge Guido Beermann: Also, nur zur Erläuterung für die anderen, weil ich habe jetzt das Papier von Ihnen bekommen, was Ihre Arbeitsunterlage ist, und da steht eben drunter „Widerspruch zu den Vereinbarungen“.

Wolfgang Wiehle (AfD): Ja, das ist eine handschriftliche Notiz. Darauf möchte ich dann jetzt auch hinaus, weil es darum geht, einfach aufzuklären, was geschehen ist. Und die Toll Collect sollte die autoTicket dabei unterstützen, so Terminals bereit zu stellen. Und umstritten ist jetzt, ob die vereinbarte Vergütung, die autoTicket – das ist ein anderer Vertrag als die Innenvereinbarung –, die autoTicket an Toll Collect für diese Leistung zahlt, zahlen sollte, nun marktüblich sei oder nicht. Und dieser Antwortentwurf, den Sie jetzt vor sich liegen haben, der insinuiert, dass der Preis durchaus marktüblich sei. Und in der Innenvereinbarung – das ist das, was Sie auf Seite drei unten auch mit Markierstift quasi markiert sehen – da steht es aber:

Toll Collect erhält von der autoTicket für die Ertüchtigungsleistung wie in Ziffer 1.1.1a (19:06:23) definiert und für die TC Erhebungsleistung keinen einen Drittver-



Nur zur dienstlichen Verwendung

gleich entsprechende (marktübliche) und mit ihren potentiellen Haftungsrisiken korrespondierende Vergütung.

Und das ist aus meiner Sicht schon eine knifflige Situation, wenn es mehr oder weniger vertragliche Unterlage gibt, in der das mal festgehalten wurde, dass das nicht so ist mit der Marktüblichkeit, und dann an die Presse dann aber eine andere Auskunft geht. Und das ist jetzt auch dann meine erste Frage: Haben Sie das denn irgendwie geprüft oder anders gesehen, selbst wenn Sie es nicht selbst persönlich prüfen konnten? Wie ist das Verfahren im BMVI jedenfalls gewesen, um die Richtigkeit von solchen Äußerungen Richtung Presse sicherzustellen? Und hatten Sie das Ding dann, diesen Antwortentwurf gegengezeichnet?

Sie
Zeuge Guido Beermann: Ja, vielen Dank. Meine erste Frage ist jetzt – ich bin mir jetzt nicht ganz sicher –: Ist das eigentlich Gegenstand im Schiedsverfahren? Weil dann wäre die Frage zu klären, wenn das relevant ist, dass wir das hier nicht besprechen können in öffentlicher Sitzung.

Wolfgang Wiehle (AfD): Kennt jemand den Sachverhalt genauer als ich?

J
Zeuge Guido Beermann: ~~Naja, ich denke nein.~~ Also, das müsste schon -- Also, weil, ich überlege gerade, ob Toll Collect dort ja nicht als Unterauftragnehmer tätig ist und dass das deswegen hier von Bedeutung sein könnte. Ach so! Ich habe gefragt, ob das relevant ist für das Schiedsverfahren, weil ich meine, dass Toll Collect --, ~~ob nicht Toll Collect Unterauftragnehmer gewesen sei und damit natürlich auch Bestandteil des Schiedsverfahrens.~~

*wa
Frage
Was*

Vorsitzender Udo Schiefner: Also, dann möchte ich Frau Bethge bitten, klar zu legen, darzulegen, wenn sie der Meinung ist, mit den notwendigen Argumenten dazu, dass das relevant ist für das Schiedsverfahren. Wir sind hier eigentlich – wir zwei hier, auch das Sekretariat, der Leiter und ich – der Meinung, es sei nicht relevant. Und der Zeuge könne entsprechend antworten. Wenn

man anderer Meinung ist, dann bitte ich, die Argumentation vorzutragen. Dann machen wir gleich auch noch dazu eine nichtöffentliche Sitzung. Allerdings müsste sich dann das Ministerium dazu äußern, damit wir das bewerten können. Ja, Herr Beermann, bitte.

Zeuge Guido Beermann: Kann man das vielleicht noch mal anders --. Ich versuche es mal so herum: Sie fragen ja nach den Mechanismen im Ministerium. Und hier hat es eine Anfrage gegeben von -- Was war das?

Wolfgang Wiehle (AfD): Report Mainz.

Zeuge Guido Beermann: Und dazu hat es eine Antwort gegeben, die aus der Fachabteilung kam. Das ~~habe ich ja~~ am Zeichen -- ~~sieht man das ja oben~~, StV 20 war es. Und das geht dann ganz normal über Unterabteilung, Abteilungsleitung zu mir und dann ~~dort~~ weiter. Zu der Frage, wie wird eine solche Antwort erstellt -- Und dementsprechend kommt es auch aus der Fachabteilung. Ich kann jetzt zu dem, was Sie hier hingeschrieben haben: „Widerspruch“ wenig sagen, weil das, was Sie mir vorgelegt haben, wenn ich es richtig gesehen habe, war ein Entwurf. Und wahrscheinlich müsste man sich das jetzt genauer angucken. Ich kann es, Stand heute, hier, wenn ich hier sitze, Ihnen so nicht beantworten.

Wird von

Wolfgang Wiehle (AfD): Ich habe hier auch noch eine Unterschriftfassung vorliegen vom 29. Mai. Die hat allerdings keine MAT-Nummer. Aber die könnten wir Ihnen jetzt geben, um es abzugleichen. Also, es ist dann schon so in den Vertrag gekommen, nach dem, was wir wissen.

Zeuge Guido Beermann: Herr Abgeordneter, wie gesagt, also ich kann das hier gerade nicht auflösen. Und deswegen ist jetzt die Frage, ob wir deswegen in eine nichtöffentliche Sitzung gehen müssen, um das zu vertiefen oder nicht.

Vorsitzender Udo Schiefner: Ja, die Frage ist: in der nichtöffentlichen Sitzung – ich frage jetzt einfach mal zwischen drin –, wenn Sie jetzt keine Antwort geben können und nicht detailliert in der nichtöffentlichen Sitzung keine Antwort geben können, meine ich, brauchen wir auch keine



Nur zur dienstlichen Verwendung

nichtöffentliche Sitzung. Und dann stellt sich auch die Frage nicht, ob das eventuell für das Schiedsverfahren relevant ist. Wenn Sie ja nichts – ich sage das so flapsig – dazu sagen können, dann verstehe ich Ihre Bewertung eigentlich nicht, dass es zum Verfahren gehört. Also dann müsste mir Frau Bethge – wie gesagt – die Gründe nennen, warum es in einer nichtöffentlichen Sitzung denn dann behandelt werden soll. Aber Frau Bethge – habe ich so den Eindruck – hat bisher auch noch nicht die Notwendigkeit erkannt. Und wir haben die Notwendigkeit auch nicht erkannt. Also, ich möchte hier nicht eine nichtöffentliche Sitzung abwürgen. Aber ich möchte auch nicht gleich in einer nichtöffentlichen Sitzung sitzen und wir kommen zu dem Ergebnis, was wir heute schon haben: da ist nichts nichtöffentliches an Ihrer Antwort, weil Sie eh die Zusammenhänge sich erst einmal alle wieder verinnerlichen müssten durch Aktenstudium und dann womöglich eine Antwort geben könnten, aber in der nichtöffentlichen Sitzung wir auch sagen müssen, da reicht im Moment Ihre Erinnerung nicht, um das vernünftig hier zu beantworten. Wenn Frau Bethge noch mal möchte – Ansonsten – denke ich – müssen wir das zunächst einmal hier so zur Kenntnis nehmen, dass der Zeuge dazu hier detailliert jetzt nicht antworten kann aufgrund der Komplexität – wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Beermann. Dann können wir das hier abschließen. Okay.

Wolfgang Wiehle (AfD): Herr Vorsitzender, ich hätte bloß noch eine Nachfrage.

Vorsitzender Udo Schiefner: Bitte.

Wolfgang Wiehle (AfD): Weil ich vorhin auch in die Richtung fragte, welche Prozesse es denn zum damaligen Zeitpunkt im BMVI gab, um so eine Antwort, die aus der Fachabteilung kommt, qualitätszusichern: Ich habe verstanden, Sie kannten die Innenvereinbarung nicht. Sie konnten es selbst nicht herausfinden, ob das jetzt stimmt oder nicht, was da in der Mail steht. Aber wie wird oder wie wurde das qualitätsgesichert, wie hätte es eigentlich aufkommen müssen?

Zeuge Guido Beermann: Also, ich habe nicht gesagt, dass ich das nicht kannte, sondern ich habe

einfach keine Erinnerung daran. Deswegen müsste man – –, aber das habe ich vorhin ja dargestellt. Und der Weg geht hier aus der Fachabteilung heraus und ich habe in der Regel keinen Anlass, an der Fachkompetenz der Fachabteilung zu zweifeln. Ich kann es Ihnen hier nur wiederholen, einfach nicht aufklären.

Wolfgang Wiehle (AfD): Schade aber, danke schön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Gut, dann Frau Lühmann.

Kirsten Lühmann (SPD): Ja, aus der letzten Runde haben sich für mich drei Fragen ergeben. Die erste ist an Frau Bethge: Habe ich Sie vorhin richtig verstanden, dass Sie uns die MAT-Nummern liefern zu den Protokollen für die Task Force-Sitzungen? Denn wir haben alle jetzt auch noch mal in der vergangenen Zeit verzweifelt gesucht und die von Herrn Beermann angekündigten Protokolle nicht gefunden.

MDgn Petra Bethge (BMVI): Also, wir haben die auf jeden Fall eingereicht. Die sind wohl aber als VS-Dokumente – also eingestuft – eingereicht worden, weswegen wir die jetzt nicht dienstlich, „elektronisch“ wollte ich sagen, wir die jetzt hier nicht verfügbar haben und Ihnen daher auch die MAT-Nummer hier in diesem Moment nicht benennen können.

Kirsten Lühmann (SPD): Danke sehr. Kann ich dann davon ausgehen, dass wir die MAT-Nummern morgen bekommen? Denn die werden ja voraussichtlich für die Vernehmung am Donnerstag und Freitag – – könnten die relevant werden. Wir müssen die vorher noch einsehen, wir müssen uns vorbereiten. Das heißt, wir bräuchten sie dann wirklich morgen. Und ich kann Ihnen sagen, dass ich ein sehr gutes Team habe, ich glaube, die anderen Kollegen und Kolleginnen auch. Wir haben sie bis jetzt nicht gefunden, das heißt, wir sind zwingend da auf die Mithilfe des Ministeriums angewiesen.

MDgn Petra Bethge (BMVI): Wir unterstützen Sie gerne. Aber ich möchte auch noch mal betonen, dass wir die Unterlagen vorgelegt haben, und



Nur zur dienstlichen Verwendung

zwar vollständig. Aber gerne unterstützen wir Sie.

Kirsten Lüthmann (SPD): Das wäre nett. Die zweite Frage geht an Herrn Beermann, und zwar: Der Kollege hat Ihnen vorgelegt – ich glaube Herr Cezanne war das – dieses Dokument aus der Tagesinformation des Ministers vom 13. 8., gefertigt von Herrn Görrißen, wo es um die Stellungnahme auf den Bundesrechnungshofbericht ging. Die müssten Sie noch vor sich liegen haben. Und dann haben Sie gesagt: Da ist auch auf einen Termin Bezug genommen, den Sie mit dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes haben, und der hätte nichts mit der Infrastrukturabgabe zu tun. Wenn ich mir das jetzt angucke, der Punkt, den Herr Görrißen da schreibt, lautet:

3. Briefwechsel BRH – MdB Kühn
Beigefügt ist der Antwortbrief des
BRH-Präsidenten [...] in Sachen
Begleitung und Abschlussbericht
zum Vorhaben Infrastrukturabgabe [...]. Wir können [bla, bla, bla
...].

Hinweis: Staatssekretäre Beer-
mann und G. führen am 10. 9. das
vereinbarte Gespräch [...]

Wenn sich dieses Gespräch nicht auf die Infrastrukturabgabe bezieht, warum steht das dann da drin? Also, es erschließt sich für mich nicht. Das ist für mich logisch. Und wenn ich jetzt der Minister wäre, an den ging das Ganze ja, - - Und da gibt es den Punkt eins: EKF, zwei: Hongkong, vier: PBefG, drei: Briefwechsel Infrastrukturabgabe. Und da wird auf einen Termin hingewiesen. Warum ist das ein anderer Termin? Und nochmal: Worum ging es in dem Termin und warum steht der hier im Zusammenhang mit einem Bericht zur Infrastrukturabgabe?

Zeuge Guido Beermann: Also, zunächst mal muss ich natürlich vorweg sagen, dass ist eine E-Mail, die ich nicht geschrieben habe. Insoweit wäre das eine Frage, die hätte man Herrn Görrißen stellen müssen. Aber ich will trotzdem, weil ich - - Ich kann mich einfach nicht erinnern, dass wir mit Kay Scheller, mit dem Bundesrechnungshofpräsidenten, über die Maut gesprochen haben.

Ich kann mich aber an ein Gespräch mit ihm erinnern. Darüber – bitte ich um Verständnis – kann ich Ihnen nichts sagen, weil das von der Aussagegenehmigung nicht gedeckt ist.

Kirsten Lüthmann (SPD): Ja, das hätten wir Herrn Görrißen fragen können. Aber wir waren natürlich davon ausgegangen – wir haben uns das übrigens auch angeguckt –, wir waren davon ausgegangen, dass es da um die Infrastrukturabgabe geht.

Zeuge Guido Beermann: Ja, also ist vielleicht das - - Die einzige Erklärung, die ich dazu habe, ist, dass, – wenn man so will, es ist das ja ein formloses Schreiben, eine formlose E-Mail, die hier gekommen ist, wobei einfach *by the way*, weil hier das Thema Bundesrechnungshof auftaucht – dass Herr Görrißen das mit aufgenommen hat. Das ist jetzt ehrlich eine Mutmaßung von mir.

Kirsten Lüthmann (SPD): Das ist eine Mutmaßung. Wir haben sehr viel über diese Tagesberichte gesprochen, äh, Tagesinformationen gesprochen. Und aus dem, was wir eben von Herrn Görrißen zu diesen Tagesinformationen gehört haben, erschließt sich diese Begründung nicht. Aber da wir sie nicht wissen, können wir hier nicht weitermachen. Es ist nur sehr ärgerlich. Dann habe ich noch eine Frage. Da hat – glaube ich – auch der Kollege Cezanne nachgefragt, nein, der – ich glaube – Herr Krischer. Und das erschließt sich nicht. Mir ist auch aufgefallen, dass Sie gesagt haben, die Feinplanungsdokumentation, nach der ich ja mal gefragt habe, und – jetzt kommt es langsam wieder, das freut mich und darum steige ich da jetzt noch einmal ein – Sie haben gesagt, die Feinplanungsdokumentation sei nach dem Urteil wertlos geworden. Da hatte der Kollege Krischer nachgefragt. Da haben Sie gesagt: Na ja, vorher, als wir die Infrastrukturabgabe noch machen wollten, da war das halt wichtig. Nachdem wir sowieso gekündigt haben, ist das jetzt auch sinnlos geworden, wertlos geworden und wir haben diese Schlechtleistung gemacht. Sie haben noch gesagt: Es war ja eine Nichterfüllung. Zum 1. April sollte geliefert werden und es wurde nicht geliefert. Also ist es eine Nichterfüllung und das ist so wichtig, dass es im

1)
Herr Görrißen
Feinplanungsdokumentation
hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vertrag drinsteht als Kündigungsgrund. Das waren so Ihre Worte. Erstens. Ist Ihnen bekannt, dass zum 1. 4. etwas geliefert wurde? Also, es kann nicht von einer Nichterfüllung, wenn überhaupt von einer Schlechterfüllung gesprochen werden. Zweitens. Ist Ihnen bekannt, dass das KBA Fristen gesetzt hat, um nachzubessern, die übrigens in dem Vertrag auch drinstehen? In dem Vertrag steht nicht drin, wenn eine Seite sagt, das ist blöd, dann kann man sofort kündigen, sondern man muss die Möglichkeit der Nachbesserung geben und die wurde gegeben. Und zum Zeitpunkt der Kündigung war die Frist zur Nachbesserung noch nicht abgelaufen. Könnten Sie mir bitte eingedenk dieser beiden Sachen -- oder -- Ich habe sie Ihnen eben jetzt mitgeteilt. Die erste Sache habe ich Ihnen vorhin schon vorgehalten in einem Dokument, wo Sie mir hier gesagt haben, Sie können sich nicht daran erinnern. Deswegen sage ich Ihnen das jetzt noch einmal angesichts dieser beiden Tatsachen: Erstens, es ist geliefert worden. Zweitens, vertragsgemäß -- Übrigens hat das KBA eine Nachlieferungsfrist -- zwei sogar -- das weiß ich -- aber auch eine zweite Nachlieferungsfrist gemacht, die noch nicht abgelaufen ist. Könnten Sie mir bitte unter diesem Gesichtspunkt erklären, warum dann durch das Urteil eine Schlechtleistung, die vorher zwar vorhanden war, aber nicht vertragsrelevant war, plötzlich ein Vorgang, der eigentlich gar nichts mit der Schlechtleistung zu tun hat, vertragsrelevant wird?

Zeuge Guido Beermann: Das ist -- glaube ich -- eindeutig Thema des Schiedsverfahrens. Deswegen -- glaube ich -- kann man das in der öffentlichen Sitzung nicht beantworten.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann müssten wir gleich noch eine nichtöffentliche Sitzung machen. Hatten Sie sich noch gemeldet, Frau Bethge? Okay. Herr Kollege Jung. Ja hätte ja sein können, dass sich noch einmal Fragen ergeben. Herr Kollege Cezanne.

Jörg Cezanne (DIE LINKE.): Ja, danke, Herr Vorsitzender. Herr Beermann. Ich würde nur eine, ein bisschen allgemeinere Frage stellen, um zu verstehen, wie man in so einem Ministerium mit einer relativen Staffelung von Hierarchieebenen

damit umgeht. Herr Molitor hat zum Beispiel in seiner Befragung hier ausgesagt, dass er bei einer Mitzeichnung von Vorlagen keine eigene Prüfung vorgenommen habe, sondern sich mehr so auf politische Kompatibilität bezogen hat. Herr Zielke hat gesagt, dass er auch keine inhaltliche Prüfung vorgenommen habe, sondern sich auf die Korrektheit seiner Mitarbeiter verlassen hat. Und dann landet so eine Vorlage bei Ihnen. Also ich meine, ich bin ja auf einer sehr viel kleineren Ebene auch in solchen Situationen, dass ich Vorlagen bekomme, wo ich nicht vollständig beurteilen kann, ob alles, was da drinsteht, jetzt wirklich grandios und glänzend ist für die Zukunft der Linken oder für wen auch immer. Wie sind Sie im Ministerium damit umgegangen vor dem Hintergrund, dass Sie ja auch zum Beispiel -- das haben Sie ja auch mehrfach deutlich gemacht -- in diesen Mautfragen sich ja selbst erst einmal einarbeiten mussten?

Zeuge Guido Beermann: Ja, vielen Dank, Herr Abgeordneter. Also, ich kann jetzt zu den Aussagen von Herrn Molitor und Herrn Zielke nichts sagen. Die liegen mir nicht vor. Es geht ja auch mehr um die Frage, wenn so eine Vorlage bei mir landet, wie ich damit umgehe. Da habe ich zum einen -- so wie ich es vorhin gesagt habe -- ein hohes Vertrauen in die Fachkompetenz der Ministerien und auch der Mitarbeiter dort. Dementsprechend lese ich eine solche Vorlage -- wie soll ich es nennen -- kritisch. ~~Aber es ist jetzt -- ja, ich glaube, das sagt es einfach -- in der Vorlage und ich lese sie mir kritisch durch.~~

Jörg Cezanne (DIE LINKE.): An welchem Punkt würde Ihnen dann was auffallen? Mit welchem Blick lesen Sie die durch, um eventuell doch einmal zu sagen: also hört mal Leute, das müssen wir aber noch einmal anders machen?

Zeuge Guido Beermann: Entschuldigen Sie, Herr Cezanne. Aber ich habe da kein Raster, das ich abhake, sondern das ist wirklich eine Frage des konkreten Vorgangs.

Jörg Cezanne (DIE LINKE.): Dankeschön.

Vorsitzender Udo Schiefner: Dann gebe ich das Wort dem Kollegen Krischer.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Ja. Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Minister, die Fragen, die ich gehabt hätte, hat Frau Lühmann gestellt. Zum Thema Schlechtleistung können wir uns gegebenenfalls nichtöffentlich austauschen. Ich wäre jetzt noch einmal zu den nichtauffindbaren Protokollen der Task-Force-Sitzungen gekommen. Meine Frage wäre: Sie haben eben gesagt, die Protokolle seien von Ihrer persönlichen Referentin verfasst worden. Die Suche würde es für uns erleichtern, wenn wir da einen Namen haben. Ich meine, wir haben aus den Organisationsplänen entnommen, dass das Frau Bolender ist. Trifft das zu?

Zeuge Guido Beermann: Das trifft zu, Herr Abgeordneter. Das ist Katja Bolender.

Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Udo Schiefner: Einen Moment. Dann kommen wir zur nächsten Runde.

CDU/CSU-Fraktion: noch Fragen in der öffentlichen Sitzung? Herr Kollege Wiehle? Kollegin Lühmann? Kollege Cezanne? Kollege Krischer? – auch nicht. Dann werden wir jetzt die öffentliche Sitzung schließen.

Ich bedanke mich recht herzlich bei der Öffentlichkeit und den Pressevertretern für die - - und schließe die Sitzung und sage, dass am kommenden Donnerstag, den 14. Januar 2021 um 9.00 Uhr die öffentliche Befragung der Zeugen weitergeht und zwar in dem bisher sonst üblichen Raum im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus. Ich wünsche Ihnen alles Gute, bleiben Sie gesund und einen guten Heimweg.

Dann darf ich darüber abstimmen lassen, dass wir die Sitzung nun als nichtöffentliche Sitzung fortfahren. Ich gehe davon aus, dass die Videoübertragung – wie man sieht – abgeschaltet ist. Ich schlage vor, wir fassen folgenden Beschluss: Für die weitere Vernehmung des Zeugen Guido Beermann wird am heutigen Tage die Öffentlichkeit nach Paragraph 14, Absatz 1, Nummer 3 PUAG ausgeschlossen, weil ein Geschäfts- und Betriebsgeheimnis zur Sprache kommt, durch dessen öffentliche Erörterung überwiegende

schutzwürdige Interessen verletzt würden. Wer dem Beschlussvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Dann war die Beschlussfassung einstimmig. Dann können wir so verfahren. Das Wort hat die - -

Zeuge Guido Beermann: Herr Vorsitzender, Verzeihung. Könnten Sie vielleicht fünf Minuten Pause machen?

Vorsitzender Udo Schiefner: Wir können fünf Minuten Pause machen. Gar keine Frage. Gut. Dann würde ich sagen, wir setzen so gegen 19.35 Uhr die Sitzung fort.

(Unterbrechung von
19.27 Uhr bis 19.45)

F_{12/26}